

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
33

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Das Deutsche Reich
im Urteil der Großen Mächte
und europäischen Nachbarn
(1871–1945)

Herausgegeben von
Klaus Hildebrand
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit
Rudolf Cohen, Arnold Esch, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Christian Meier, Horst Niemeyer,
Peter Pulzer, Winfried Schulze, Michael Stolleis und Eberhard Weis
Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:
Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Klaus Hildebrand (Bonn) war – zusammen mit Professor Dr. Robert E. Lerner (Evanston, Ill./USA), Professor Dr. Wolfgang J. Mommsen (Düsseldorf) und Dr. Andreas Schulz (Frankfurt/Main) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1992/93. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Klaus Hildebrand aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945)“ vom 19. bis 22. Juli 1993 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Das Deutsche Reich im Urteil der grossen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945) / hrsg. von Klaus Hildebrand unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München : Oldenbourg, 1995

(Schriften des Historischen Kollegs : Kolloquien ; 33)
ISBN 3-486-56084-0

NE: Hildebrand, Klaus [Hrsg.]; Historisches Kolleg <München> :
Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1995 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München
ISBN 3-486-56084-0

Inhalt

Zur Einführung <i>Klaus Hildebrand</i>	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	IX
<i>Peter Stadler</i> Das Deutsche Reich im Urteil der Schweiz	1
<i>Helmut Rumpfer</i> Das Deutsche Reich im österreichischen Urteil	13
<i>Klaus Pabst</i> Der übermächtige Nachbar. Belgische, niederländische und luxemburgische Urteile über das Deutsche Reich	27
<i>Nils Runeby</i> Zeugen eines deutschen Jahrhunderts. Schwedische Urteile über das Deutsche Reich	49
<i>Hans Lemberg</i> Das Deutsche Reich im polnischen Urteil 1871–1945	69
<i>Jiří Kořalka</i> Das Deutsche Reich im tschechischen und slowakischen Urteil	85
<i>Wolfgang Altgeld</i> Das Deutsche Reich im italienischen Urteil 1871–1945	107
<i>Edgar Hösch</i> Südosteuropäische Urteile über das Deutsche Reich	123
<i>Detlef Junker</i> Die manichäische Falle: Das Deutsche Reich im Urteil der USA, 1871–1945 ..	141
<i>Peter Alter</i> Herausforderer der Weltmacht. Das Deutsche Reich im britischen Urteil	159
<i>Helmut Altrichter</i> „... und ganz unter dem Schweif stehen Lessing und Kant ...“ Das Deutsche Reich aus russischer und sowjetischer Sicht	179

<i>Jacques Bariéty</i>	
Das Deutsche Reich im französischen Urteil, 1871–1945	203
<i>Harold James</i>	
Deutschland und die deutsche Identität 1871–1945	219
Personenregister	227

Zur Einführung

Noch fünf Jahre nach der Gründung des Deutschen Reiches konnte man unter dem Datum des 7. September 1876 in der Londoner „Times“ lesen, England blicke, erwartungsvoll und gespannt zugleich, auf den einigermäßen plötzlich in Erscheinung getretenen deutschen Nationalstaat: Ebenso unbefangen wie kritisch beobachte man die Zeichen seiner sich zum Guten oder zum Bösen bewegenden Existenz und Entwicklung. So war es am Anfang der Geschichte des Bismarckreiches, und so sollte es während der Jahrzehnte seines knapp achtzigjährigen Daseins bleiben. Wie das Reich und seine Bürger, was die Deutschen zum eigenen Nachteil oftmals unterschätzt haben, von ihren europäischen Nachbarn, von den Großen Mächten des alten Kontinents und von den weltgeschichtlichen Potenzen der Staatenwelt abhängig waren, so zeigten sich diese ihrerseits, freilich mit erheblichen Abstufungen im wechselseitigen Verhältnis, auf das in der Mitte Europas nationalstaatlich zusammengefaßte Deutschland gleichfalls als angewiesen.

Die Bedeutung der zentralen Fragen, welche die Teilnehmer des Kolloquiums des Historischen Kollegs in den Tagen vom 19. bis zum 22. Juli 1993 beschäftigt haben, liegt daher auf der Hand: Wie beurteilten die kleinen, mittleren und großen Staaten in Europa und in der Welt das Deutsche Reich während der verschiedenen Stadien und Erscheinungsformen seiner sich wandelnden Existenz? Wie spiegelten sich die einzelnen Phasen der deutschen Geschichte in den zeitgenössischen Außenurteilen? Wie fiel die zeitgleiche Einschätzung über den schwierigen Nachbarn im Zentrum des Kontinents aus? Wie erscheint „Das vergangene Reich“ den anderen im historischen Rückblick?

Was die Anlage der Veranstaltung betrifft, wurde der europäische Radius möglichst umfassend abgeschritten. Aus evidenten Gründen, die kaum der Erläuterung bedürfen, stand die Beschäftigung mit dem schweizer Urteil über das Deutsche Reich am Anfang. Überschritten wurden die Grenzen der alten Welt, was gleichfalls kaum der weiteren Kommentierung bedarf, mit dem Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Und beendet wurde die tour d'horizon, was für die Disposition des Gesamten ebenfalls plausibel erscheinen mag, mit der Auseinandersetzung über die französische Einschätzung der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Unter dem Eindruck des in den einzelnen Sektionen Erfahrenen und Erörterten wurde abschließend nach der deutschen Identität gefragt. Dieser uneindeutige Terminus kommt manchem inzwischen derartig abgegriffen vor, daß man ihn zu benutzen zögert. Allein, es sollte festgestellt werden, ob die oftmals ebenso eigenbetört wie hilflos aufgeworfene Frage nach diesem Phänomen neue Antworten erhält, wenn man sie unter den Perspektiven dieses Kolloquiums behandelt, sie also im Banne der Bilder reflektiert, die sich die anderen von den Deutschen gemacht haben.

Damit sei nicht zum geringsten einer Überzeugung der unmißverständliche Ausdruck verliehen, die in unseren Tagen erneut umstritten ist und die über das Gelehrte hinaus ins Aktuelle reicht: Jene scheinbar selbstbewußten Stimmen, die beispielsweise publizistisch dafür eintreten, sich nicht groß um das zu kümmern, was die anderen über uns denken und sagen, was die anderen von uns erwarten und wollen, haben etwas von einer höchst problematischen Überklugheit an sich. Ohne Not begeben sie sich wertvoller Erkenntnischancen, die für interessenbestimmtes Handeln Voraussetzung sind. Ebenso fraglich nimmt sich freilich die Betrachtungsweise derjenigen aus, welche sich den Problemen der nationalen Außenpolitik und der internationalen Beziehungen bevorzugt mit Hilfe moralischer Kategorien nähern und darüber nicht selten das Eigentliche des historischen Zusammenhangs verfehlen. Den Sinn für die Zwischentöne zu schärfen, in den Nuancen der Geschichte, wie Hermann Oncken einmal sinngemäß gefordert hat, ihr Wesen zu entdecken, war daher ein Anliegen des Münchener Kolloquiums.

Nun ist es eine Binsenwahrheit, daß politische Herausforderungen der Zukunft kaum in der historischen Gestalt des Zurückliegenden auftreten. Dennoch mag die Beschäftigung mit den Urteilen der anderen über den von Bismarck gegründeten und von Hitler ruinierten deutschen Nationalstaat dazu beitragen, daß wir mit den mannigfachen Problemen des wiedervereinigten Deutschland im Rahmen der Staatenwelt zurechtkommen können. Das beschreibt jedenfalls eine Hoffnung, die sich über den Gewinn von wissenschaftlichen Erkenntnissen und geschichtlichen Einsichten hinaus mit dieser Veranstaltung verbindet. „Daß deutsche Politik niemals wie auf der Insel Utopia formuliert und durchgesetzt werden kann“, so hat Michael Salewski zutreffend geurteilt, lag daher dem Verlauf der Veranstaltung als richtungweisende Maxime zugrunde. Meine Darlegungen zum Thema „Reich – Großmacht – Nation. Betrachtungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945“, die ich am Vorabend des Kolloquiums im Rahmen eines öffentlichen Vortrags in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften entwickeln durfte, beschrieben im Zusammenwirken mit den sich an den folgenden Tagen anschließenden Vorträgen den Ausgangspunkt für die Debatten über „Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945)“.

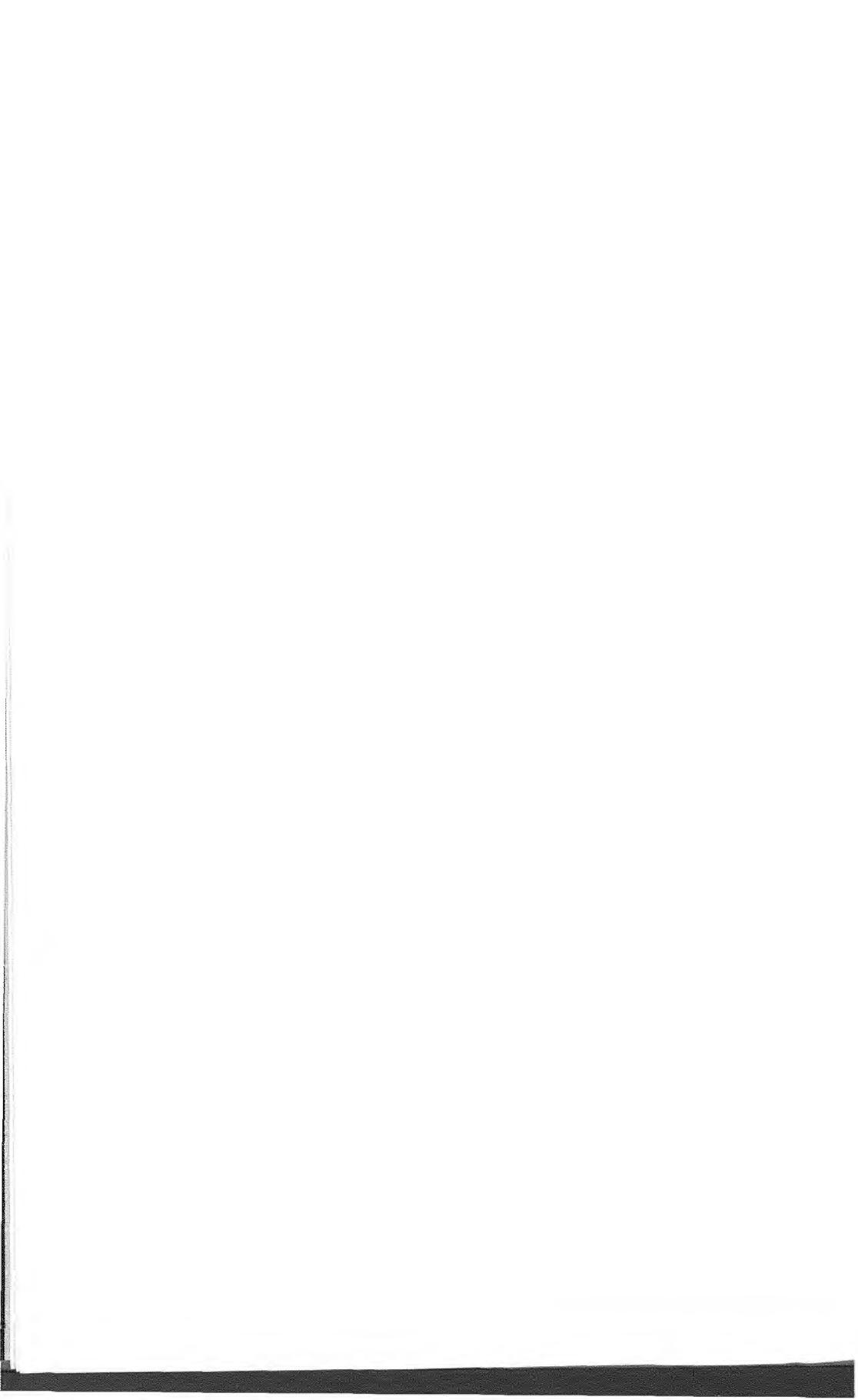
Die erfolgreiche Durchführung der Veranstaltung, die sich in erfreulich kollegialer und erörterungsintensiver Atmosphäre vollzog, ist in erster Linie dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft bzw. dem Stiftungsfonds Deutsche Bank zu verdanken. Die Referenten, Diskussionsleiter und Diskutanten trugen, wofür ihnen aufrichtig gedankt sei, mit ihren im einzelnen ganz unterschiedlich gestalteten Beiträgen zu einem ertragreichen Verlauf des Gesamten bei. Herzlich danken möchte ich nicht zuletzt dem Geschäftsführer der Stiftung Historisches Kolleg, Herrn Georg Kalmer. Für die Organisation des Kolloquiums und das Erscheinen dieses Bandes war die umsichtige und allgegenwärtige Hilfe von Frau Dr. Müller-Luckner unverzichtbar, der dafür ein ganz besonderer Dank gilt.

Bonn, im Juli 1994

Klaus Hildebrand

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

- Prof. Dr. Peter Alter, London
Prof. Dr. Wolfgang Altgeld, Würzburg
Prof. Dr. Helmut Altrichter, Erlangen
Prof. Jacques Bariéty, Paris
Dr. Rainer A. Blasius, Bonn
Prof. Dr. Knut Borchardt, Icking
Prof. Dr. Jost Dülffer, Köln
Prof. Dr. Lothar Gall, Frankfurt/Main
Prof. Dr. Günther Grünthal, Karlsruhe
Prof. Dr. Klaus Hildebrand, Bonn (Stipendiat des Historischen Kollegs 1992/93)
Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, München
Prof. Dr. Edgar Hösch, München
Prof. Harold James, Princeton, N.J./USA
Prof. Dr. Detlef Junker, Heidelberg
Prof. Dr. Eberhard Kolb, Köln
Doz. Dr. Jiří Kořalka, Prag
Prof. Dr. Peter Krüger, Marburg
Prof. Dr. Hans Lemberg, Marburg
Prof. Dr. Wolfgang J. Mommsen, Düsseldorf (Stipendiat des Historischen Kollegs
1992/93)
Prof. Dr. Horst Möller, München
Dr. Klaus Pabst, Köln
Prof. Dr. Konrad Repgen, Bonn
Prof. Dr. Helmut Rumpfer, Klagenfurt
Prof. Nils Runeby, Stockholm
Dr. Andreas Schulz, Frankfurt/Main (Stipendiat des Historischen Kollegs 1992/93)
Prof. Dr. Hagen Schulze, Neubiberg
Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich
Prof. Dr. Eberhard Weis, Gauting



Peter Stadler

Das Deutsche Reich im Urteil der Schweiz*

Die Schweiz und das Deutsche Reich – das ist die Geschichte einer bald engeren, bald loseren, doch – zumindest innerlich – nie völlig gelösten Verknüpfung. Sie drückt sich schon in der schweizerischen Redewendung von Deutschland als dem „großen Kanton“ aus – einem burschikosen und humorigen Ausdruck, in dem jedoch der Unterton von Beunruhigung mitschwingt. Es ist das Bewußtsein einer Nachbarschaft, die gegenwärtig völlig problemlos erscheint, es aber keineswegs immer war und es auch nicht immer und allezeit zu bleiben verheißt; zu unterschiedlich sind Gewichte und Potentiale. Denn die Eidgenossenschaft ist ja aus dem Reich herausgewachsen, hat sich die Unabhängigkeit erkämpft – in einer Verkettung von Kriegen im 14. und 15. Jahrhundert, die zunächst mehr der Abwehr von Versuchen zur Aufrichtung einer habsburgischen Landesherrschaft galten; erst mit dem Schwaben- oder Schweizerkrieg von 1499 wurde offenkundig, daß es um eine Emanzipation vom Reiche und der Reichsgewalt ging, die dann hundertfünfzig Jahre später, im Westfälischen Frieden von 1648, ihre international-völkerrechtliche Sanktion erfuhr. Das war aber nur noch die stille Endphase einer Ablösung. Mittlerweile hatte die Schweiz ihre Expansionsphase längst hinter sich; aus einem Faktor der Unruhe, wie noch um 1500, war sie zu einem solchen der Erstarrung und Stabilisierung geworden, indem sie kraft ihrer Zwischenlage einen abfedernden Puffer zwischen den kontinentalen Großmächten Frankreich und Habsburg-Österreich darstellte und somit das strategisch wichtige Alpen- und Voralpengebiet aus der direkten Konfrontation ausklammerte. Sie wurde dadurch ohne eigenes Zutun zu einem Element des europäischen Gleichgewichts, das nur einmal wirklich aus den Angeln gehoben wurde: in der Zeit der Französischen Revolution und Napoleons, da die Schweiz zuerst ganz unmittelbar, dann doch mittelbar dem Herrschaftsbereich Frankreichs einverleibt wurde. Soweit war es zuvor niemals gekommen. Auch in den Zeiten der bedrohlichen Machtzusammenballungen unter Karl V., Ferdinand II. und Ludwig XIV. war die Schweiz im wesentlichen unbehelligt

* Ich beschränke mich im folgenden auf die Belege von Zitaten. Die Literatur zum Thema ist sehr umfangreich; eine gute Bibliographie enthält die von mir mitverfaßte „Geschichte der Schweiz“ (Handbuch der europäischen Geschichte dtv/Klett-Cotta, München 1991). Vgl. auch Peter Stadler, Die Schweiz und die deutsche Reichsgründung, in: GWU 25 (1974) 209–227; ders., in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Europa vor dem Krieg von 1870 (München 1987) 113–118; ders., Aspekte der Bismarckzeit im Spiegel der „Diplomatischen Dokumente der Schweiz“, in: Zwischen Mächten, Mächtigen und Ideologien. Aufsätze zur europäischen Geschichte (Zürich 1990) 227–284. DDS = Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848–1945, 15 Bde. (Bern 1990 ff.) (noch nicht ganz abgeschlossen).

geblieben. 1815 bedeutete somit sehr wörtlich eine Restauration als Wiederherstellung einer Balance, die für den Kleinstaat der europäischen Mitte eine Lebensnotwendigkeit war. Das hat auf seine Weise auch Metternich erkannt, als er im Sinne restaurativer Ideologie die zentrale Funktion des Alpenlandes – angesichts des bereits drohenden Niederganges seines Systems – 1826 in einer Instruktion an den österreichischen Gesandten in der Schweiz mißtrauisch diagnostizierte. „La Suisse, par sa position géographique“, lesen wir da, „est l'un des pays qui peuvent le plus pour le bien et le mal: placée entre les foyers révolutionnaires de France et d'Italie, elle a été, jusqu'ici, l'un des principaux conducteurs, le grand canal de communication entre ces deux pays, le véhicule de l'action révolutionnaire sur l'Allemagne et le nord; se ralliant à nous, elle couperait pour toujours une trainée de poudre qui ... peut faire éclater à tout instant, dans trois pays voisins, une explosion ...“¹. Man sieht: Metternichs Besorgnis setzt die Gleichgewichtsüberlegungen mit antirevolutionärer Spitze fort; die Schweiz muß oder sollte schon deshalb dem Einfluß Österreichs nicht entzogen bleiben, weil sie sonst zum geopolitischen Werkzeug der internationalen Umsturbewegung werden könnte. Von daher begreift man, daß er nach 1830 ihre Liberalisierung mit einem Argwohn verfolgte, der sich schließlich zur Unterstützung des Sonderbundes steigerte. Nur der europäische Revolutionsausbruch von 1848 hat der Schweiz wohl ihre ungestörte innere Konsolidierung auf der Basis des neuen Bundesstaates ermöglicht, der fortan – wenn auch mit gelegentlichen Verfassungsrevisionen – das bis heute gültige Grundgesetz abgab. Dem Jahr 1848 kommt aber in der Sicht unserer Fragestellung noch eine andere prinzipielle Bedeutung zu. Indem die Bundesverfassung in Art. 108 das Deutsche, Französische und Italienische als die „drei Hauptsprachen des Bundes“ festlegte, löste sie ein Problem, dem gerade damals – im Zeichen und Zeitalter des sich entfaltenden Nationalismus – eine zentrale Funktion zukam. Das verstand sich keineswegs von selbst. Die alte Eidgenossenschaft der XIII Orte hatte sich noch bewußt als deutschsprachige verstanden; französisch- und italienischsprachige Gebiete waren mit der Zeit hinzuerobert worden, ohne als gleichberechtigt anerkannt zu werden; erst die seit dem Untergang der alten Schweiz 1798 eintretende Entwicklung hatte da einen Wandel eingeleitet, der jetzt seine verfassungsrechtliche Sanktion fand. Obwohl die beiden nichtdeutschen Sprachen minoritär blieben, haben Romands und Tessiner nie den Charakter von Minoritäten angenommen. Nicht nur aus gesamtschweizerischer Verbindlichkeit. Es war vielmehr von großem Wert, daß die Schweiz an drei kulturellen Hochsprachen Europas partizipierte; das verleiht ihr den Charakter eines wirklichen europäischen Sonderfalls, weit mehr als die seit 1815 völkerrechtlich anerkannte Neutralität, die sie zwar bewahren konnte, die aber andere europäische Staaten – beispielsweise Belgien – nicht vor Vergewaltigung schützte. Zu den drei anerkannten Hauptsprachen ist dann 1938 noch die rätoromanische hinzugekommen, was die Mehrsprachigkeit der Schweiz zwar erweiterte, aber nicht grundsätzlich veränderte.

¹ Zit. bei Werner Näf, Die Schweiz im „System“ Metternichs, in: Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik zum 60. Geburtstag (München 1938) 249. Instruktion für Baron Binder, 9. 6. 1826.

Die Schweiz hatte also – und das ist wichtig – ihren nationalen Integrationsprozeß auf ihre Weise vorwegvollzogen, als nach den Rückschlägen von 1849 die nationale Welle in den 1850er Jahren erneut in Bewegung kam und zwischen 1859 und 1871 zu den Einigungen Italiens und Deutschlands führte. Nun war sie nach 1870 von vier Großmächten umgeben; der Gürtel von kleineren und mittleren Staaten im Norden und Süden, der sie bis anhin neben Frankreich im Westen und Österreich im Osten umgeben hatte, fiel jetzt dahin.

In diesem Paradigmenwechsel – um im modernen Jargon zu sprechen – liegt ein entscheidender Akzent der Schwerpunktverlagerungen von 1870/71, ohne daß die europäische Pentarchie, die ja seit 1815 unbestritten bestand, wirklich beseitigt worden wäre. Nicht nur gab es eine neue Vormacht – das Deutsche Reich –, es gab nun im Umkreis der Schweiz keine Pufferzone mehr. Jacob Burckhardt, als Bürger der Grenzstadt Basel gegenüber solchen Veränderungen in besonderem Maße sensibilisiert, hat seinem Unbehagen bereits im Herbst 1866 Ausdruck verliehen; er konstatierte angesichts der bevorstehenden Neuordnung Deutschlands „das völlige Verzweifeln an allem Kleinen, welches um sich greift: wer nicht zu einem Dreißig-Millionen-Volk gehört, der schreit: Hilf Herr, wir versinken. Der Philister will mit Teufels Gewalt an einem großen Kessel essen, sonst schmeckt es ihm nicht mehr.“² Ein solches Zitat steht in einem bestimmten Kontext. Vielen Zeitgenossen erschien der Kleinstaat gerade damals als eine Art Schrumpfform und Relikt alter und idyllischer Zeiten, jedoch ohne Zukunft. Es sei hier nur an die Untersuchungen eines Heinrich von Treitschke über „Bundesstaat und Einheitsstaat“ oder über die „Republik der Vereinigten Niederlande“ erinnert: Hier wie dort findet sich allenfalls herablassendes Wohlwollen, aber auch Nicht-Wohlwollen gegenüber einer solchen irgendwie auf halbem Wege stehengebliebenen Existenzform des Staates.

Das heißt nun keineswegs, daß man in der Schweiz der Reichsgründung skeptisch oder gar ablehnend gegenübergestanden wäre. Die ‚Gebildeten‘ – und die sog. öffentliche Meinung eines Landes setzt sich ja überwiegend aus Menschen zusammen, welche die Fähigkeit und die Möglichkeit haben, ihre Meinung publik zu machen und damit zur veröffentlichten Meinung zu erheben – die Gebildeten also, haben wohl mehrheitlich diesen Einigungsprozeß als naturgegebene Fortsetzung des italienischen hingegenommen bis begrüßt – umso mehr, als das bonapartistische Frankreich doch stets mit einigem Argwohn bedacht worden war, während das abgelegene Preußen bisher kaum Gelegenheit gefunden hatte, als Bedrohungsfaktor in Erscheinung zu treten. Conrad Ferdinand Meyer erinnert in einem Aufsatz über seinen Erstling „Huttens letzte Tage“ an den zeitgeschichtlich bedingten Aufschwung aus langer Stagnation („das glückliche Fortschreiten der italienischen Einigung“), an frühe Begegnungen mit Paul Pfizer und dessen Glauben an die deutsche Vormacht; dann fügt er hinzu: „Dieser wundersame Glaube an das Preußen zustehende Amt blieb für mich die langen Jahre hindurch ein nicht zu bezweifelnder Satz, den ich übrigens für mich behielt, bis ich, bei herannahender Entscheidung, in François Wille, meinem lieben Freunde und

² *Jacob Burckhardt*, Briefe, 4.Bd. (Basel 1960) 226f. An Friedrich Salomon Vögelin, 17. 9. 1866.

Nachbarn in Meilen, einen feurigen Glaubensgenossen fand.“³ Nun kann man diese Stimmen, denen sich noch andere anfügen ließen, als der deutschen Schweiz zugehörig und insofern einseitig einstufen. Das ist nicht unrichtig, aber doch nur teilweise berechtigt. Der geistig wohl markanteste Vertreter der Romandie zu jener Zeit, allerdings erst viel später durch seine Tagebücher wirklich berühmt geworden, war der Genfer Henri-Frédéric Amiel (1821–1881). Der ausgebrochene Krieg bewog ihn zu einer intensiven, von Zuneigung und Sorge bestimmten Auseinandersetzung mit dem Frankreich seiner Gegenwart, dessen wesentlichen Charakterzug er durch eine gewisse Ahnungslosigkeit geprägt sieht, die sich durch die ganze Geschichte hindurch wiederhole. Wörtlich: „D'un bout à l'autre de l'histoire de France, on retrouve ces traits du caractère national: l'irréflexion et la gloriole.“ Dieses Übel sei im Mark, man finde es beim Gassenjungen ebenso wie beim Generalissimus. Demgegenüber sieht er das deutsche Wesen – vielleicht nun auch wieder nicht ohne eine gewisse idealisierende Typisierung – mehr durch Aufrichtigkeit und Nüchternheit bestimmt. „L'intimité (Innigkeit), la possession de soi-même, la dégustation de l'harmonie intérieure et de l'accord avec l'harmonie universelle, c'est la grande force de la grande faculté germanique.“⁴ Ganz vereinzelt steht eine derartige Abrechnung nicht da: Wenig später hat Ernest Renan angesichts der Niederlage seines Landes in seinem kleinen Buch „La Réforme intellectuelle et morale de la France“ von 1871 eine im Prinzip ähnliche Bilanz gezogen. Demgegenüber fiel international kaum ins Gewicht, wenn der katholische Föderalist und Historiker Philipp Anton von Segesser in seiner Schrift „Das Ende des Kaiserreiches“ auch die positiven Aspekte des nunmehr verschwundenen Second Empire in Erinnerung zu rufen unternahm: Modernisierung und fortschrittliche Sozialpolitik bei grundsätzlichem Festhalten an einer liberal verstandenen katholischen Christlichkeit – von der neuen Siegermacht versprach er sich demgegenüber wenig Gutes.

Rufen wir uns aber in Erinnerung, daß der Titel unserer Betrachtung lautet „Das Deutsche Reich im Urteil der Schweiz“ – woran sich denn gleich die Frage anschließt, ob es ein solches Urteil „der“ Schweiz überhaupt gebe? In gewissem Sinne ja, nämlich dann, wenn man sich auf amtliche Äußerungen zurückzieht. Eine solche gab es in Gestalt des – etwas spät abgesandten – Glückwunsches des schweizerischen Bundesrates vom 20. Februar 1871 an den neuen Kaiser durchaus, der zugleich die Anerkennung des Kaiserreiches beinhaltete. Die Schweizer Regierung verband mit bewundernden Worten aber auch „die fernere Hoffnung, daß es den übrigen Staaten und Völkern vergönnt sein werde, in der eben vollzogenen großartigen politischen Schöpfung stets einen starken Hort zu finden für Recht und Gerechtigkeit wie für den edlen Wettstreit in allen Bestrebungen echter Zivilisation und wahrer Humanität.“⁵ Man wählte in Bern die Worte mit Bedacht und nicht ohne Vorbehalte. Die „Neue Züricher Zeitung“ hatte übrigens schon zuvor in einem Leitartikel „Deutschland und die Schweiz“

³ *Conrad Ferdinand Meyer*, Sämtliche Werke. Historisch-kritische Ausgabe besorgt von Hans Zeller und Alfred Zäch, Bd. 8 (Bern 1970) 194f.

⁴ Zit. bei *Ursula Schöni*, Henri Frédéric Amiel. Réflexions sur les Français et les Allemands à l'occasion de la guerre franco-allemande de 1870–71 (Berne 1972) 80–82.

⁵ Zitate bei *Stadler*, GWU 25 (1974) 221 (Anm. 27) – 223.

bemerkt, diese habe „in vielen Beziehungen deutsches Wesen, deutsches Recht, deutsche Gemeindeverfassung etc. sogar treuer bewahrt als manche beim Reiche gebliebenen Teile; sie empfängt nicht bloß viele hohe Gaben von dem stammverwandten und eng verbundenen Brudervolk, sondern sie gibt ihm auch mancherlei Wertvolles zurück...“. Interessant bleibt eine solche Bewertung auch deshalb, weil fast siebenzig Jahre später die Dichterin Ricarda Huch, im inneren Zwiespalt mit dem Dritten Reich ihrer Gegenwart ihre Jugenderinnerungen „Frühling in der Schweiz“ (1938) schrieb, voller Zürcher Studienreminiszenzen: Darin fand auch sie, die Schweiz sei ihr eigentlich als das ursprünglichere und echtere deutsche Reich vorgekommen, gerade weil es die republikanischen Formen bewahrt habe⁶.

Wir sind damit bereits über das Jahr 1871 hinausgestoßen, das allerdings eben doch die eigentlichen Grundlagen unseres Problems gelegt hat: Deutschland als Einheit und damit als Übermacht. Immerhin machte diese der Schweiz in den folgenden Jahrzehnten wenig zu schaffen, weniger als befürchtet. Es gab zwar Konflikte, die zu Befürchtungen Anlaß boten – Stichwörter: Tonhallekrawall von 1871 und Wohlgemuthandel von 1889 –, aber sie ließen sich begrenzen und taten wenig Schaden. Der Kulturkampf wiederum sah wenigstens für ein paar Jahre die Schweiz und das nationalliberal gefärbte neue Reich Seite an Seite – Bismarck selbst drückte das einmal in Worten an den schweizerischen Gesandten in Berlin so aus: „Wir kämpfen auf dem nämlichen Boden und um die nämlichen Ziele.“⁷ Das demokratische Öl, mit welchem das Bismarckreich gesalbt war – mitsamt Reichstagswahlen, Presse- und Meinungsfreiheit – erleichterte der Schweiz die Angewöhnung an das neue Machtgebilde, wenn auch die Repression der Sozialdemokratie nicht immer auf Verständnis stieß. Nach Erlass der Sozialistengesetze wurde die Schweiz – wie schon nach 1830 und 1848 – zum Exilland und zeitweilig sogar zum Sammelbecken unruhiger Elemente, bis ihr dann London diese Last abnahm. Die Erinnerungen von Eduard Bernstein halten interessante Details über diese Phase der Beziehungen und auch der Beziehungskrisen fest. Enger aber verwachsen die beiden Nachbarn durch Immigration und das Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen. Eine große und mehrheitlich unpolitische deutsche Kolonie siedelte sich in der Schweiz an, sozial wesentlich disparater als die um die gleiche Zeit stark zunehmende Zahl von Italienern. Während diese zumeist den Unterschichten entstammten, ergab sich bei den Deutschen eine bemerkenswerte Diversifikation von unten über die Mitte bis ganz oben – von Arbeitern und Handwerkern über Angestellte, Akademiker bis zu Unternehmern und Großunternehmern. Die Universitäten der deutschen Schweiz wiesen einen großen Bestandteil an deut-

⁶ Ricarda Huch, *Frühling in der Schweiz* (Zürich 1938) 67f. Bezeichnend für ihr kulturpolitisches Deutschlandverhältnis ihr Briefwechsel mit dem Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste anläßlich ihres Austritts aus diesem Gremium im Frühjahr 1933: *Hildegard Brenner*, *Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 24, Stuttgart 1972) 63–66.

⁷ Peter Stadler, *Bismarck und der Ausbruch des Kulturkampfes in der Schweiz*, in: *Innen- und Außenpolitik. Primat oder Interdependenz?* Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer (Bern 1980) 511ff. Zum weiteren Zusammenhang: Peter Stadler, *Der Kulturkampf in der Schweiz* (Frauenfeld, Stuttgart 1984). Auch DDS 3, 7–9.

sehen Lehrkräften auf; gewisse Lehrstühle z.B. der medizinischen Fakultäten waren beinahe traditionell von Deutschen besetzt. Aber selbst eine welsche Universität wie Lausanne war relativ stark mit Deutschen versehen, weil sie häufig auch von deutschen Studierenden besucht wurde; man war so im französischen Sprachgebiet, ohne in Frankreich sein zu müssen. Obwohl viele Professoren ihre Stellungen in der Schweiz als Sprungbrett betrachteten, gab es im ganzen doch eine Kontinuität, die sich fast bis zum Zweiten Weltkrieg erhielt. Von den Jüngeren, die in der Schweiz studierten oder das Gymnasium besuchten und sich teilweise darüber in Erinnerungen äußerten, ist Albert Einstein in die große Wissenschafts- und Gerhart Hauptmann in die große Literaturgeschichte eingegangen; aber selbst etwas verblaßte Namen wie Carl Hauptmann oder Frank Wedekind leben in der Dichtung noch fort. Die Pionierrolle Zürichs im Frauenstudium zog neben vielen Russinnen auch Deutsche oder doch deutschsprachige – neben der bereits genannten Huch auch Rosa Luxemburg – an. Zu allem hinzu kam ein starker Stamm von Rentnern im alten Sinne (also Angehörige der vermögenden Schichten); denn Zürich war eine der südlichsten Städte im deutschen Sprachbereich und von hoher Wohn- und Kulturqualität. Theater, Konzerte etc. richteten sich ganz nach dem deutschen Geschmack aus. Prominente Direktoren waren Deutsche. Relativ stark war der deutsche Einfluß auch im Medienbereich, vor allem in Zeitungsredaktionen. Einzelne Zeitungen wie z.B. der „Tages Anzeiger“ waren fest in deutscher Hand; ein Schriftsteller wie Hermann Stegemann schrieb dann 1914–18 im Berner „Bund“ vielbeachtete Kriegsberichte ganz im deutschen Sinne, aus denen seine vierbändige „Geschichte des Krieges“ erwuchs. Potentiell fast bedeutsamer wurde die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verstärkende Gruppe von Spitzenkaufleuten und Unternehmern, von denen es einigen gelang, in an sich nicht deutschen Unternehmungen Spitzenpositionen für sich oder ihre Söhne zu gewinnen, ja zu eigentlichen Innovatoren zu werden, etwa in Firmen wie Bally, Nestlé oder Boveri oder in der Zwischenkriegszeit auch der Waffenfabrikant und Kunstmäzen Bührlé in der Maschinenfabrik Oerlikon. Die Industrialisierung der Schweiz, besonders auch ihre Weiterentwicklung im Zuge der sog. zweiten industriellen Revolution (Chemie, Elektrizität – Stichwort: Rathenau, Lebensmittel) hat durch solche Persönlichkeiten und ihr ‚know how‘ eine wesentliche Förderung erfahren. Über solche Zusammenhänge handelt Klaus Uerner in seinem wirklich fundamentalen Werk „Die Deutschen in der Schweiz. Von den Anfängen der Koloniebildung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges“ (Frauenfeld-Stuttgart 1976). Die große Masse der eingewanderten Deutschen bestand jedoch aus Arbeitern und Handwerkern, ihre Kontakte zu den Landsleuten der Oberschicht waren im ganzen gering. Sie haben überdies durch Konkurrenzierung schweizerischer Arbeitskräfte (bei Streikaktionen auch als importierte Streikbrecher) dazu beigetragen, daß Spannungen zur Bevölkerung des Gastlandes erhalten blieben – sie bildeten übrigens auch einen Anlaß zum Ausbruch des erwähnten Tönhallekrawalls. Bis 1914, als wegen des Krieges dann eine Mobilisierungs- und Rückwanderungswelle einsetzte, blieb der Konzentrationsgrad in gewissen Städten groß und in der schweizerischen Öffentlichkeit dementsprechend eine gewisse latente Überfremdungsangst vorhanden – ähnliche Reaktionen haben sich erst wieder um und nach 1970 (aber dann nicht mehr wegen Deutschen) ergeben.

Angesichts solcher Häufungen war eine gewisse Politisierung unter den Deutschen nicht auszuschließen. Am besten organisiert war und blieb auch nach dem Fall der Sozialistengesetze die Linke. Personelle Kontakte waren intensiv und reichten von Engels, dem jungen Münzenberg und der Klara Zetkin bis zum ‚grand old man‘ August Bebel, der 1913 während eines Erholungsaufenthaltes im Bündner Bad Passugg starb, in Zürich unter gewaltigem Zulauf beigesetzt wurde und hier auch seine Grabstätte fand – ein sichtbares Zeichen der Internationalität der von ihm repräsentierten Bewegung. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß Zürich auch zur Gründungsstätte des Alldeutschen Verbandes wurde; einige hier niedergelassene Deutsche nahmen den (ihres Erachtens schmachvollen) Helgoland-Vertrag als Anlaß zu einem Aufruf „Deutschland wach‘ auf!“, der von Hugenberg übernommen wurde. Auf weitere Einzelheiten, die gleichfalls bei Urner (S. 533 ff.) nachzulesen sind, kann hier nicht eingegangen werden.

Die große Politik, auf die wir hier wieder einschwenken, verlief im Blick auf unser Thema ohne große Aufregungen. Wenn Jacob Burckhardt bereits Ende 1870 einen deutsch-russischen und dann weitere Kriege voraussah, erwartete sich sein Pessimismus fürs nächste nicht. Ja, später nötigte ihm Bismarcks außenpolitische Meisterschaft einigen fast widerwilligen Respekt ab. Europäische Kriege gab es, von der Unruhezone des Balkans abgesehen, bis zum Sommer 1914 keine mehr. Die Ära des Imperialismus wirkte sich auf die Mitte des Kontinents eher beruhigend aus; die Expansionskräfte der Großmächte verlagerten sich um die Jahrhundertwende und später in Weltgegenden, wo sie der Schweiz keinen Schaden taten. Wenn sich das Land trotzdem gelegentlich bedroht fühlte, dann eher durch den italienischen Irredentismus, kaum je von Deutschland. Einem im Januar 1887 mit Moltke geführten Gespräch durfte der schweizerische Gesandte in Berlin entnehmen, daß die Hauptsorge des deutschen Heerführers dahin ging, Frankreich könnte eine allfällige Schwäche der Schweiz zum Anlaß einer Umgehungsoperation durch ihr Gebiet nehmen – daher seine Aufforderung: „Rüsten Sie sich nur!“ Er setze alles Vertrauen in die Schweiz und ihr Heer; weniger zweifellos erscheine ihm dagegen die eventuelle Haltung Belgiens. Immerhin halte er einen französischen Durchmarsch durch Belgien eher für unwahrscheinlich und sah vielmehr Elsaß-Lothringen mit Metz und Straßburg als Hauptangriffsobjekte des Feindes voraus⁸. Tatsächlich hat die Schweiz im Rahmen ihrer Möglichkeiten fast alles getan, um sich militärisch auf der Höhe zu halten; vor allem nützte sie ihre Wehrkraft so aus, daß das Heer trotz der demographischen Schwäche von kaum mehr als drei Millionen Einwohnern numerisch stärker war als das belgische. Als Kaiser Wilhelm II. im September 1912 seinen vielumjubelten Besuch in die Schweiz unternahm und dabei auch die Manöver visitierte, ging es freilich – entgegen populären Meinungen – nicht darum, ob das Land im Kriegsfall zu verschonen sei oder nicht; damals stand der unselige Schlieffenplan mit seinem Offensivzwang gegen Belgien und zur Kanalküste schon seit Jahren fest.

Man nahm im Sommer 1914 diesen Neutralitätsbruch in der Schweiz wohl etwas

⁸ Bericht des Gesandten A. Roth an den Bundespräsidenten vom 6. 1. 1887 über ein Gespräch mit Moltke: DDS 3, 670 f.

zu leicht hin. Deutschland zu kritisieren, hatte man sich – abgesehen allenfalls von sozialdemokratischen Blättern – schon seit längerem abgewöhnt. Es fiel fast aus dem Rahmen, als der Dichter und Feuilletonredaktor des „Bund“, Joseph Viktor Widmann, durch eine kritische Zeitungsglosse über eine der rhetorischen Entgleisungen Kaiser Wilhelms II. anstieß. Prompt wurde dies Widmanns Freund Johannes Brahms hinterbracht; der sehr deutschtümelnde Komponist brach mit ihm und stellte seine musikalisch so fruchtbaren Ferienreisen nach Thun ein⁹. Aber das war ein Ausnahmefall; der Respekt vor dem Monarchen herrschte vor. Was die Sympathien der deutschen Schweiz bei Kriegsausbruch 1914 fast uneingeschränkt Deutschland zulenkte, war die deutsch-österreichische Waffenbrüderschaft, die nun auch die Katholiken in Bann zog – anders als 1866 und noch 1870. Die kaum gehemmte Deutschfreundlichkeit der deutschen Schweiz wurde auch von der Generalität ungefiltert übernommen, ja verschärft, ausgeprägter und aggressiver als die Frankreichfreundlichkeit in der Romanie. Da war es das entscheidende Verdienst des Dichters Carl Spitteler, in seiner schon am 14. Dezember 1914 vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Zürich gehaltenen Rede, dazu ein markantes Zeichen der Selbstkontrolle gesetzt zu haben. Es stehen da Worte des Mitgeföhls für Belgien und überhaupt für die kleineren Staaten, es findet eine Entidealisierung des Krieges statt, der auf den nackten Eroberungstrieb zurückgeführt wird. Im Zentrum aber findet sich die Mahnung, mit den unreflektierten Sympathien für die eine oder andere Seite aufzuhören: „Wollen wir oder wollen wir nicht ein schweizerischer Staat bleiben, der dem Ausland gegenüber eine politische Einheit darstellt? Wenn Nein, wenn jeder sich dahin mag treiben lassen, wohin ihn seine Privatneigung schiebt und wohin er von außen gezogen wird, dann habe ich Ihnen nichts zu sagen. Dann lasse man's meinetwegen laufen, wie es geht und schlottert und lottert. Wenn aber ja, dann müssen wir innwerden, daß die Landesgrenzen auch für die politischen Geföhle Marklinien bedeuten.“¹⁰ Die Wirkung der Rede war groß. Negativ in Deutschland, wo der Dichter mit einem Schlag viele Sympathien einbüßte. Ähnliche Reaktionen in der germanophilen Deutschschweiz. Nur ein allerdings extremes Beispiel: Der in Basel lehrende Historiker Hermann Bächtold, Schüler Georg von Belows, schrieb seine Broschüre „Die nationalpolitische Krisis der Schweiz und unser Verhältnis zu Deutschland“ (Basel 1916) im Tone leidenschaftlichen Eintretens für den nördlichen Nachbarn – diese Studie liest sich streckenweise wie ein Anti-Spitteler; der Geschichtsprofessor wirft dem Dichter kurzerhand Dilettantismus und mangelnde Sachkenntnis vor, mit einer Überheblichkeit, die sich heute von selbst erledigt. Derlei Differenzen kulminierten in den Jahren 1916/17 in der Obersten- und der

⁹ Vgl. *Werner G. Zimmermann*, Brahms in der Schweiz. Eine Dokumentation (Zürich 1983) 97 ff.

¹⁰ *Carl Spitteler*, Unser Schweizer Standpunkt (Zürich 1915) 17. Neudruck der Rede in: *Gesammelte Werke*, Bd. 8 (Zürich 1947) 579 ff. Eine gewisse Distanz zum neuen Reich hatte Spitteler schon 1887 in einem damals kaum beachteten Aufsatz „Der Einfluß der deutschen Einheit auf die Poesie“ markiert, indem er etwa die spöttische Frage aufwarf: „Nach den glorreichen Schlachten des letzten deutsch-französischen Krieges hätten, der Theorie gemäß, die Homere wie Pilze aus dem Boden schiessen müssen. Wo sind sie?“ *Werke*, Bd. 7 (Zürich 1947) 518 ff. Spitteler war internationaler geprägt als die meisten Deutschschweizer; die Hauslehrerjahre in Rußland hatten in seinem Habitus unverkennbare Spuren hinterlassen.

Hofmann-Grimmaffäre, die mit dem Rücktritt des deutschfreundlichen Bundesrates und Außenministers Arthur Hofmann endete, der einen Sonderfrieden zwischen Deutschland und Rußland einzufädeln hoffte (nachdem er zuvor bereits den Kriegseintritt der USA unter der Hand hatte verhindern wollen)¹¹. Seitdem war die Prädominanz der Germanophilen gebrochen; das Kriegsende mit dem Generalstreik und der internationalen Revolutionsgefahr setzte ohnehin andere Prioritäten. Der Zusammenbruch der Zentralmächte frustrierte viele ihrer Anhänger auch in der Schweiz; doch erweckte der Ende 1918 drohende Anschluß Österreichs an das Reich dann doch Bedenken, wie aus einer Anweisung des schweizerischen Außenministeriums (genau: der Direktion des Politischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten) an die Gesandtschaften in Washington und London vom 17. März 1919 hervorgeht. Wir lesen da: „Die Nichtvereinigung der beiden genannten Staaten ist für unser Land von größter Wichtigkeit, denn eine vom Umbrail bis Basel reichende deutsche Grenze würde für die Schweiz wirtschaftlich und politisch schwerwiegende Folgen haben.“¹² Der Wunsch, das kleine Rest-Österreich nicht zusätzlich zu schwächen, war denn auch mitbestimmend bei der Zurückhaltung, mit welcher Bern damals den Anschlußwünschen des Vorarlberg begegnete. Der 1920 ausgetragene Kampf um den Beitritt zum Völkerbund, welcher in der Schweiz durch Volksabstimmung entschieden werden mußte, sammelte nochmals alle Deutschfreunde zur Abwehr – übrigens in merkwürdiger Allianz mit den Sozialisten, welche von dem Bund der kapitalistischen Siegermächte nichts wissen wollten. Erzielte das Nein auch keinen Durchbruch, so zeitigte die Debatte doch Folgen in der Gründung des sehr deutschfreundlichen „Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz“, dem eine Reihe von rechtsgerichteten Intellektuellen und Unternehmern angehörten. Unter dessen Aegide begannen damals die „Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur“ zu erscheinen, die entsprechend ausgerichtet waren und heute immer noch als „Schweizer Monatshefte“ herauskommen, allerdings liberalisiert und von jener Bindung an Deutschland längst emanzipiert.

Die 1920er Jahre brachten eine Beruhigung und Entpolitisierung im Verhältnis zu Deutschland vor allem als die Weimarer Republik sich stabilisierte und mit dem Locarnopakt in die Bahnen des Völkerbundes einschwenkte – desto brüsker dann die Überraschung des Jahres 1933 mit dem jähen Absturz in die NS-Diktatur, der trotz aller Rechtstendenzen nach 1930 so nicht erwartet worden war. Das erschien umso bedrohlicher, als zeitweise virulente Rechtsgruppierungen in der Schweiz selbst die Umwälzung positiv bewerteten¹³. So geriet mit zunehmender Expansion der faschistischen Mächte und angesichts der wiedererstandenen Allianz von Berlin und Rom die Schweiz durchaus nolens und nicht volens in eine Abwehrgemeinschaft mit den zögernd nachrüstenden demokratischen Mächten – bei allem Willen zum Festhalten an

¹¹ Dazu eingehend mit den Aktenverweisen *Edgar Bonjour*, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. 2 (Basel 1965) insbes. 604 ff.

¹² DDS 7/1, 514 f.

¹³ Dazu neuerdings (mit gesamtschweizerischem Quellenmaterial) *Konrad Zollinger*, Frischer Wind oder faschistische Reaktion? Die Stellungnahme der Schweizer Presse zum Frontismus 1933 (Zürich 1991).

überkommener Neutralität. Die mannigfach abgestufte Besorgnis verstärkte sich unversehens beim Anschluß Österreichs, dem man nun – anders als 1919 – keinerlei offizielle Bedenken mehr entgegensetzen konnte. Ein eindrückliches Zeugnis damaliger Stimmungslage stellt der Briefwechsel zwischen dem Wiener Historiker Heinrich Ritter von Srbik und seinem Berner Kollegen Werner Näf dar. Dem ob der endlich gelungenen Schaffung Großdeutschlands aufjubelnden Österreicher kontert der Schweizer (obwohl als Schüler von Erich Marcks Deutschland gegenüber durchaus offen) mit betonter Zurückhaltung: „Verehrter Freund, ... wir können freilich mit Ihrer Freude nicht Schritt halten. Glauben Sie nicht, daß ein Verständnis fehle. Es wird ja schon durch die Kenntnis der zugrundeliegenden historischen Probleme vermittelt. Ich habe auch nachhaltig genug unter dem Eindruck des Kriegsabschlusses von 1919 gestanden, um die materielle und geistige Not Ihres Vaterlandes mitfühlen zu können. Jetzt ist Ihnen und vielen, deren patriotische Gesinnung wir nur respektieren können, ein Herzenswunsch in Erfüllung gegangen. Aber wird das Resultat des großdeutschen Staates nicht mit teuersten menschlichen und menschheitlichen Werten erkaufte? ... Was hülfte der deutschen Nation das größere Deutschland, wenn es geistig ein ärmeres, engeres, ja ein schwächeres Deutschland wäre, einseitig in einem offiziellen Dogma abweichende Meinungen nicht ertragend?“¹⁴ Mit dieser Frage endete der Briefwechsel fürs nächste; die Fortsetzung übernahm die Zeitgeschichte, welche die Berechtigung der Näf'schen Befürchtungen bald genug bestätigte, freilich zuvor noch dem Enthusiasmus Srbiks Recht zu geben schien. Deutschlands Siege stürzten die Schweiz in eine eigentliche Identitätskrise, die ihren Tiefpunkt wohl im Sommer 1940 fand, als man sich, wenn nicht mit einem deutschen Endsieg, so doch mit einer Vorherrschaft im mittel- und westeuropäischen Raum vertraut machen mußte. Der Verfasser, damals Gymnasiast, entsinnt sich noch gut der deprimierten Stimmung jener Zeit bei allen Nicht-Deutschfreunden. So fand sich der Schweizer Gesandte in Berlin, Hans Froelicher, der seit Amtsantritt 1938 auf die Karte der siegenden Sache gesetzt hatte, in seinen Erwartungen bestätigt. Er war nun, wie seinem Bericht vom 11. Juni 1940 zu entnehmen ist, überzeugt, „daß Deutschland für lange die entscheidende Kontinentalmacht sein wird und Italien die Mittelmeermacht“, empfahl entsprechende Kursanpassungen wie z.B. den sofortigen Austritt aus dem Völkerbund, dazu immer wieder und mit steigendem Nachdruck Maßnahmen gegen die nicht genügend gleichgeschaltete Schweizer Presse¹⁵. Er spielte sich dann unerbeten als Ratgeber auf, was allerdings von Bern nicht ganz honoriert wurde. Doch kam man den deutschen Kredit- und Transitbegehren weit entgegen, ließ auch verbotene rechtsextremistische Gruppierungen wieder zu; vor allem betrieb man eine sehr restriktive Flüchtlingspolitik insbesondere gegen Juden, was in jüngster Zeit den Behörden immer wieder vorgerechnet wurde und mit zu einer Art von innerem Wiedergutmachtungszwang in Form einer fast unbegrenzten Öffnung gegenüber Drittwelt- und Balkanimmigranten geführt hat. 1942 war die Einschnürung perfekt; das sicherheitspolitische Trauma

¹⁴ Heinrich Ritter von Srbik, *Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912–1945*, hrsg. v. Jürgen Kämmerer (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 55, Boppard a.Rh. 1988) 488. W. Näf an Srbik, 23. 4. 1938.

¹⁵ DDS 13, 721f.

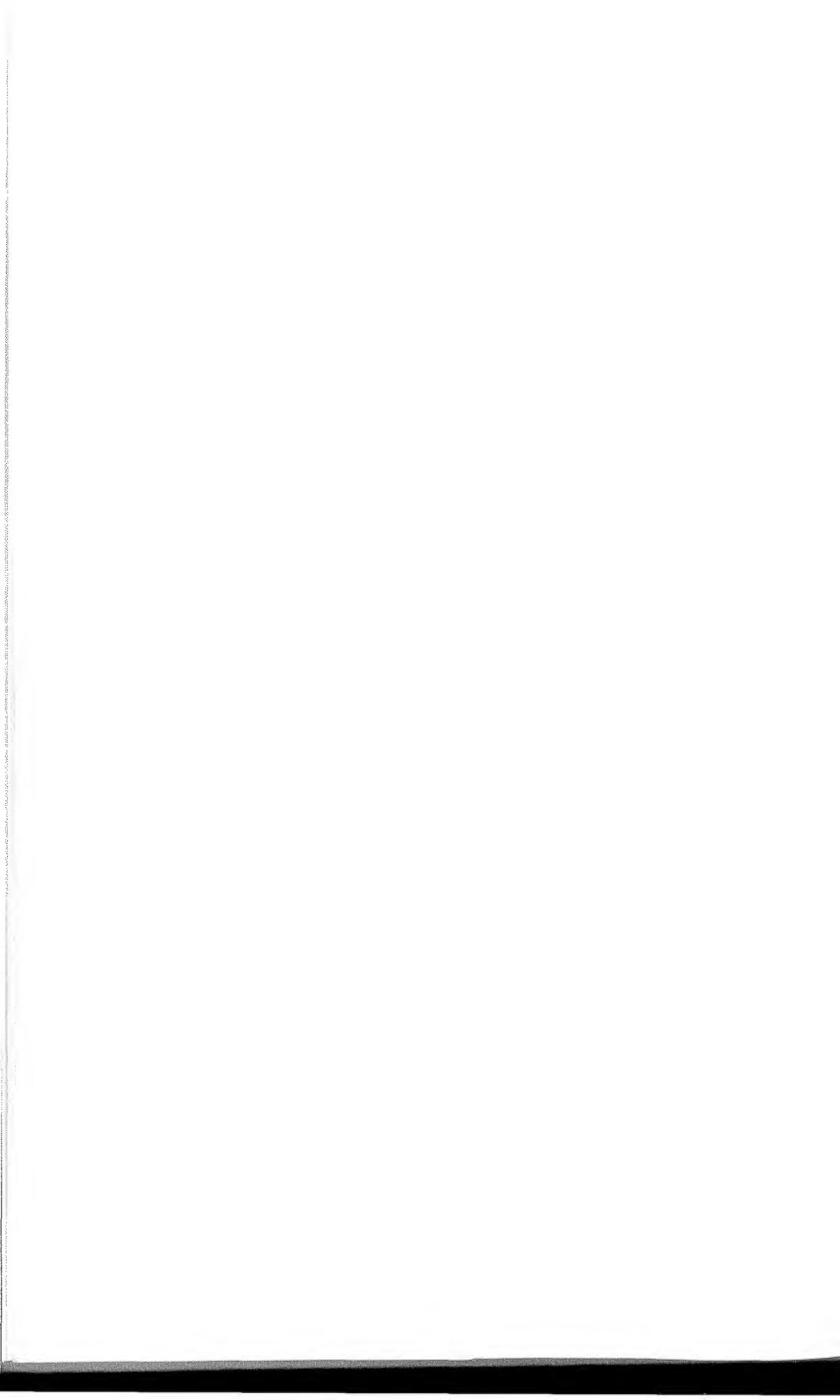
wurde erst nach der doppelten Wende von Stalingrad und Nordafrika allmählich überwunden. Dann allerdings kam der Zerfall der deutschen Vormacht rasch voran; das Friedensjahr 1945 wurde auch für die unbesetzt gebliebene Schweiz zum großen Befreiungsjahr.

Zurück blieb aber nach allem, was man jetzt von den Konzentrations- und Vernichtungslagern erfuhr, ein Schock. Wie war das in einem stamm- und kulturverwandten Volk überhaupt möglich gewesen? Der jüngere Max Frisch sprach damals wohl stellvertretend für viele, wenn er es „erschreckend“ fand, wie viele Deutsche sich jetzt – nach 1945 – fast stereotyp auf ihre bessere Vergangenheit beriefen: „Sie erwähnen, wenn von der deutschen Frage gesprochen wird, immer wieder Goethe, Hölderlin, Beethoven, Mozart und all die anderen, die Deutschland hervorgebracht hat, und es geschieht fast immer im gleichen Sinn: Genie als Alibi. Im Grunde ist es die harmlos-gräßliche Vorstellung, ein Volk habe Kultur, wenn es Symphonien habe...“ So in seiner Studie „Kultur als Alibi“¹⁶.

Wir stehen damit am Ende unserer Betrachtung. Deutschland, anders als 1918 nun auch räumlich entscheidend beschränkt, okkupiert und geteilt, bot fortan keinen Anlaß mehr zur Bedrohung – es war als Bundesrepublik auf die Dimensionen eines starken und hochindustrialisierten Mittelstaates reduziert, einbezogen in die westliche Abwehrfront gegen den sowjetischen Totalitarismus, wie informell – bei aller Neutralität – die Schweiz eben auch.

Daß dann 1989/90 die Wiedervereinigung in der Schweiz neben der Freude über den Fall des ungeliebten, spionagesüchtigen DDR-Regimes auch gewisse Besorgnisse erweckte, läßt sich wohl nicht ganz bestreiten; ob dergleichen Empfindungen beim jüngsten Schweizer Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum wirklich mitgespielt haben, ist im nachhinein schwer zu sagen; wahrscheinlich erscheint es in Anbetracht des vorangegangenen Neins zum UNO-Beitritt kaum. Die gleichsam normalen Größenverhältnisse der Nachbarschaft sind eben wiederhergestellt, mit denen der Kleinstaat sich abfinden muß. Bleibt zu hoffen, daß sie niemals wieder Anlaß zu konkreten Ängsten bieten mögen.

¹⁶ Max Frisch, *Gesammelte Werke* (Edition Suhrkamp), Bd. II/1 (Frankfurt/Main 1976) 341.



Helmut Rumpler

Das Deutsche Reich im österreichischen Urteil

Das Verhältnis Österreichs zum Deutschen Reich war zu allen Zeiten ein besonderes. Schon der Staat Österreich-Ungarn war gegenüber dem neuen Kaiserreich nicht einfach eine unter anderen Großmächten, sondern einerseits der schärfste ideelle Konkurrent, andererseits jene europäische Macht, die Deutschland im allgemeinen aufgrund einer langen und prägenden Geschichte am engsten verbunden war. Und die Österreicher – insbesondere, wenn man darunter nur die deutschen Österreicher versteht – waren nicht einfach europäische Nachbarn der Reichsdeutschen wie andere Völker auch, sondern ein in besonderer Weise „befreundetes Volk“, das Deutschland als seine „Nährmutter in Cultur“ – so die Diktion der deutschliberalen Wiener Presse – betrachtete. Allein aufgrund dieser politischen Voraussetzungen war Österreich – was immer dieser schwer definierbare Begriff historisch jeweils bedeuten mochte – zu einem Urteil über das Deutsche Reich kaum fähig¹. Und je schlechter politisch und wirtschaftlich sich die Zeiten in Österreich gestalteten, desto enger wurden die emotionalen Bindungen der Österreicher an Deutschland und die Deutschen. Der zunächst nur als internationaler Vertrag ohne tiefere Grundlagen geschlossene Zweibund von 1879 wurde in diesem Sinn einer Sonderbeziehung sehr bald zur „Schick-

¹ Angesichts der enormen politischen Bedeutung der Frage nicht nur für die österreichische und deutsche, sondern für die weitere mitteleuropäische Geschichte ist es erstaunlich, daß das Thema der Beurteilung des Deutschen Reiches durch Österreich nahezu unerforscht ist; nicht einmal Teilgebiete wie Diplomatie, Publizistik, Literatur, Geschichtswissenschaft sind aufgearbeitet. Pressestimmen im unmittelbaren zeitlichen Umfeld 1870/71 analysiert *Heinrich Lutz*, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871 (Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1979) 316–341 (Exkurs: „Die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn angesichts der Verfassungskämpfe und der Gründung des Deutschen Reiches. September bis Dezember 1870“). Versuch eines breiteren Ansatzes bei *Helmut Rumpler*, Das Deutsche Reich aus der Sicht Österreichs, in: Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71–1914. Historikergespräch Österreich-Bundesrepublik 1989, hrsg. v. *Helmut Rumpler* (Wien, München 1991) 221–233. Eine quantitative Aufarbeitung der gegenseitigen Wahrnehmung bei *Peter J. Katzenstein*, Disjoined Partners. Austria and Germany since 1815 (Berkeley, Los Angeles, London 1976). In den Sammelbänden zum deutsch-österreichischen Verhältnis von *Robert A. Kann*, *Friedrich Prinz* (Hrsg.), Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch (Wien, München 1980) und *Heinrich Lutz*, *Helmut Rumpler* (Hrsg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 9, Wien 1982) berühren die Frage des gegenseitigen Urteils und der Kenntnisnahme nur indirekt.

salsgemeinschaft“. In der zunehmend beschworenen „Nibelungentreue“ ging man für eine kurze, aber entscheidende Zeit den gemeinsamen Weg in den „götterdämmerigen“ politischen Untergang. Dabei mußte aber viel aus einer schwer belasteten Konfliktgeschichte vergessen werden. Manches wurde auch nur verdrängt.

Zu dieser, hier nur angedeuteten politisch-historischen Befrachtung des Problems kommt noch eine methodische Komplikation: Was österreichisch in der österreichischen Geschichte ist, läßt sich auch an sich, d.h. ohne Bezug zum Deutschen Reich und zur deutschen Geschichte, nur schwer bestimmen. Ein spezifisch „österreichisches“ Urteil über das Reich ist demnach auch ganz allgemein nur schwer zu orten. Vor 1918, weil es politisch schwer abzugrenzen ist, nach 1918, weil sich eine nun staatlich eindeutiger gefaßte spezifische österreichische Identität erst langsam, und zunächst nur in Ansätzen, entwickelte.

Vor 1918, im näheren historischen Umfeld der Reichsgründung, stellt sich die Frage nach einem „österreichischen Urteil“ zudem auch als eine politisch-soziologische: Groß waren nämlich die Unterschiede zwischen den Urteilen aus dem Kreis der habsburgisch-dynastischen Führungsspitze der Hofgesellschaft, des Militärs, der Bürokratie, der k.u.k. gemeinsamen, der k.k. österreichischen und der kgl. ung. Regierung einerseits und der öffentlichen Meinung, der Parlamente in Wien und Budapest, der politischen und nationalen Parteien, der Wirtschaft und der Wissenschaft etc. andererseits.

Der Kern der Schwierigkeit liegt ohne Zweifel in der Frage, ob es, gerade in der Stellungnahme zum Deutschen Reich, überhaupt eine genuin „österreichische“ oder nur eine „deutschösterreichische“ Position gab. Es gab allerdings sowohl das eine wie das andere. Auch wenn das „Österreichische“ in der Abgrenzung zum „Deutschen“ immer ein Problem war, ein Österreicherum mit einer spezifisch „österreichischen“ Haltung gegenüber dem Deutschtum im Reich und gegenüber dem Deutschen Reich gab es sehr wohl². Aber einen wesentlichen Teil dieser österreichischen Position besetzten die Deutschösterreicher. Sie bildeten wohl sogar den Kern des Österreicherums, und am Ende waren sie dessen alleinige Exponenten. Denn seit der Eskalation

² Eine gute Beschreibung des „Altösterreichertums“ – begrenzt auf die Zeit um 1848 und vielleicht doch etwas zu eng auf die deutsche Führungsschicht beschränkt – bei *Jiří Kořalka*, Prag – Frankfurt im Frühjahr 1848. Österreichisches Großdeutschtum und Austroslawismus, in: *Lutz Rumpler*, Österreich und die deutsche Frage (zit. Anm.1), 121–125; ausführlicher *ders.*, Fünf Tendenzen einer modernen nationalen Entwicklung in Böhmen, in: *ders.*, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 8, Wien, München 1991) 27–37. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Österreich-Problematik hat in Österreich erst neuerdings stark zugenommen: Nach der politisch engagierten Arbeit von *Friedrich Heer*, Der Kampf um die österreichische Identität (Wien, Köln, Graz 1981) vgl. *Ernst Bruckmüller*, Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung (Wien, Köln, Graz 1984); die neueste Diskussion verarbeitend *Gerald Stourzh*, Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewußtsein im 20. Jahrhundert (Wien 1990); mit einer guten Literaturzusammenstellung auch *Peter Malina*, Von Historikern und ihren Geschichten. Der nationale Ort Österreich in der österreichischen und der deutschen Diskussion, in: Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis, hrsg. v. *Oliver Rathkolb*, *Georg Schmid* u. a. (Salzburg 1990) 93–109.

der Nationalitätenkonflikte in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts gab es weder den ungarischen Reichspatriotismus der 1867er Ausgleichspartei im Sinne eines József Eötvös und Ferenc Déak, noch den alten Austroslawismus der Tschechen, Polen, Slowenen und Kroaten, von woher sich die „Österreicher“ hätten rekrutieren können. Es blieben also die Deutschen übrig, die ja auch in früheren Epochen die politische und ökonomische Elite eines Staates gebildet hatten, den es vor 1918 weder dem Namen nach, noch im staatsrechtlichen Sinne als „österreichischen Staat“ gab.

Gerade diese Deutschen Österreichs hatten aber die größten Sprachschwierigkeiten, wenn sie über das Deutsche Reich urteilen wollten. Denn gerade sie waren die am meisten geschädigten Opfer der Reichsgründung. Ihre Idee von der deutschen Nation und deren Rolle in Mitteleuropa und Europa war derjenigen unterlegen, die sich eben mit der Gründung des Deutschen Reiches im engeren Deutschland durchgesetzt hatte. Als sie daher 1871 diese für sie epochale Niederlage endgültig hinnehmen mußten, fiel ihnen zum Deutschen Reich auf weitere Sicht fast nichts mehr ein.

Man hat es daher mit dem erstaunlichen, aber unübersehbaren Phänomen zu tun, daß österreichische Urteile über das Deutsche Reich an sich eher dünn gesät und dazu von einer beträchtlichen Sprachverwirrung geprägt sind. Es war – frei nach Jacob Burckhardt – der „stummgemachte Jammer der Unterlegenen“, der die Artikulationskraft lähmte. Dieser Zustand verschlimmerte sich, als das Reich zum übermächtigen Bündnispartner und zur scheinbar einzigen Schutzmacht Österreichs wurde. Niederlage und Abhängigkeit lösten auf lange Sicht in Österreich ein Trauma aus. Die Deutschen Österreichs hatten sich ja spätestens seit 1848 mit dem Deutschtum als nationaler Kategorie voll identifiziert. Sie widmeten dann bis 1871 dem Kampf um eine Lösung der deutschen Frage unter Einschluß Österreichs ihre ganze politische Kraft. Deshalb gehörten gerade sie zu den großen Verlierern angesichts von Bismarcks Sieg und dessen Folgen, sowohl außenpolitisch in der Deutschlandpolitik, wie innenpolitisch in der Frage der Gestaltung und Erhaltung des Habsburgerreiches³. Nicht nur, und nicht so sehr der wirtschaftliche Niedergang nach der Krise von 1873 hat dem Deutschtum und dem deutschen Liberalismus in Österreich die politische Lebenskraft genommen. Viel folgenschwerer und direkt verursachender für diesen Niedergang war die Gründung des Deutschen Reiches. Damit hatte nämlich die staatstragende deutschliberale Partei der westlichen Reichshälfte der Habsburgermonarchie ihr zentrales ideelles Fundament verloren. Jetzt war man vor eine im Endergebnis ruinöse Wahl gestellt: Sollte man das neue Reich, das gleich im Jahr seiner Gründung durch einen schnellen Schwenk der Wiener Diplomatie zum Bündnispartner der Zukunft wurde, weiter bekämpfen, weil es mit seinem Nationalstaatspostulat den österreichischen Nationalitätenstaat, mit dem sich die österreichischen Deutschliberalen nach wie vor identifizierten, konterkarierte? Oder sollte man sich in den rettenden

³ Über die Breite der Auswirkungen der Reichsgründung auf Österreich-Ungarn *Helmut Rumpfer*, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches, in: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 6 (N.F.), hrsg. v. *Eberhard Kolb* (München 1980) 139–167; zur engeren politisch-diplomatischen Dimension vgl. *István Diószegi*, Österreich-Ungarn und der französisch-deutsche Krieg 1870–1871 (Budapest 1974) und *ders.*, Die Außenpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie 1871–1877 (Wien, Köln, Graz 1985), sowie *Lutz*, Österreich-Ungarn (zit. Anm.1).

Arm dieses Reiches werfen, um die zunehmend gefährdete politische Position der Deutschen im Habsburgerstaat zu retten?

Die Schwierigkeit dieser Entscheidung ist verständlich, wenn man die lange Vorgeschichte mitbedenkt.

Urteile über das Deutsche Reich gab es in Österreich schon, ehe dieses Reich gegründet war. Für Österreich trat das Reich ja nicht plötzlich und überraschend in die Wirklichkeit. Es war vielmehr eine schon ältere Drohung. Seit es die Idee dieses Reiches gab, war es die große Herausforderung für die österreichische Politik. Und nicht nur die Regierung Schwarzenberg-Bruck hat 1849 aus machtpolitischen Gründen die Reichsgründung bekämpft. Auch die als „Großdeutsche“ nach Frankfurt gegangenen österreichischen Abgeordneten, an ihrer Spitze der Reichsministerpräsident und Paradeliberale Anton von Schmerling, kehrten enttäuscht und ernüchert als „Großösterreicher“ nach Wien zurück. Ebenso entschieden und aus ähnlichen Motiven formulierte der geistige Führer der Tschechen, František Palacký, seine berühmte Absage an das Paulskirchenparlament. Bis hinein in Formulierungsdetails stand dabei der Tscheche in Übereinstimmung mit Programmen aus dem gouvernementalen Liberalismus der Jahre um 1848⁴. Palacký's Argumentation dabei war nicht primär eine staatsdiplomatische (Österreich als außenpolitisch-militärischer Schutz der kleinen Völker Mitteleuropas vor einem Großrußland und Großdeutschland), sondern nahm pointiert auf die nationale Problematik Bezug: „Der ausgesprochene Zweck ihrer Versammlung ist, einen deutschen Volksbund an die Stelle des bisherigen Fürstenbundes zu setzen, die deutsche Nation zu wirklicher Einheit zu bringen, das deutsche Nationalgefühl zu kräftigen und Deutschlands Macht dadurch nach innen und außen zu erhöhen ... Sie wollen und werden notwendigerweise darauf ausgehen, Österreich als selbständigen Kaiserstaat unheilbar zu schwächen, ja ihn unmöglich zu machen, einen Staat, dessen Erhaltung, Integrität und Kräftigung eine hohe und wichtige Angelegenheit nicht meines Volkes allein, sondern ganz Europas, ja der Humanität und Zivilisation selbst ist und sein muß.“⁵ Für die Wiener Politik bis 1866 stellte sich die Frage noch nicht in ihrer nationalen Dimension. Es ging in Wien im Sinne Metternichs, dessen politische Schüler bis 1871 die Politik des Ballhausplatzes beherrschten, einfach um die Erhaltung des deutschen und europäischen Gleichgewichts, um die Frage der Erhaltung bzw. des Bruchs des Wiener Vertragssystems.

Ganz in diesem Argumentationsrahmen hielten sich dann auch die österreichischen Urteile über das von der Bismarckschen Politik 1866–1871 geschaffene Deutsche Reich.

Das beste und zugleich klassisch österreichische Urteil schlechthin stammt von Franz Grillparzer. Seine Qualität bezieht es nicht davon, daß es literarisch pointiert formuliert ist, sondern weil der politisierende Dichter ein exponierter Liberaler, ein bekenntnisstarker Deutscher, aber gerade als solcher ein ebenso extremer „gelernter“ Österreicher war. Zuerst hatte sich Grillparzer mit seinem berühmten Diktum von 1848 allgemein vom Nationalismus, insbesondere aber von dessen deutscher Variante,

⁴ Die Belege bei *Jiří Kořalka*, Palacký und Österreich als Vielvölkerstaat, in: Österreichische Osthefte 28 (1986) 22–37.

⁵ *Palacký*, Österreichs Staatsidee (Prag 1866) 80 f.

abgegrenzt: „Der Weg der neueren Bildung geht/ Von Humanität/ Durch Nationalität/ Zur Bestialität.“⁶ Was die deutsche Nationalbewegung, die deutsche Führungsmacht Preußen und schließlich der deutsche Nationalstaat dem deutschen Volk als ganzem angetan hatten, all das lastete er dem Deutschen Reich an: „Ihr meint, ihr habt ein Reich gegründet, und habt doch nur ein Volk zerstört.“⁷ Aber nicht nur inhuman und nationalpolitisch verderblich, sondern auch, und vor allem ehrlos war für den Wiener Poeten dieses neudeutsche Reich. Auf den Deutschen Kaiser münzte er anlässlich der Verbringung des gefangenen Kaisers der Franzosen nach Schloß Wilhelmshöhe das Epigramm: „Er ist sein würdiger Genöß / Es sperrt der Dieb den Räuber / Ins gestohl'ne Schloß.“⁸ Das war wohl in der Diktion zunächst nur das Privaturlteil eines notorisch frustrierten Nörglers, der Grillparzer in allen Lebenslagen war. Es war aber doch Ausdruck einer gerade in der deutschösterreichischen Führungsschicht sehr weit verbreiteten Desorientierung, die 1871 einen verzweifelten Höhepunkt erreichte.

Was der österreichische Nationaldichter und Bekenntnisdeutsche formulierte, fand nämlich auch in der großen Politik eine Entsprechung. Ludwig von Biegeleben, nicht nur Vorstand der deutschen Abteilung des Wiener Außenministeriums, sondern Inspirator der deutschen Politik Österreichs seit dem Ministerium Schwarzenberg 1848, formulierte in einem pathetischen Sonett zum Jahr 1866, an Bismarck und dessen Werk gerichtet: „Der du das Wort Macht geht vor Recht gesprochen/ Ich sage Frevler dir, du wirst nicht sterben/ Eh Gott in flammendem Verderben/ Die Ehre seines Ebenbilds gerochen.“⁹ Auch der österreichische Generalstabschef Heinrich Hess beschwor gegenüber seinem preußischen Kollegen diesen Gedanken: „Nun ist aber die Revolution von oben durch Euch in Mode gekommen. Wehe Euch doppelt, wenn sie Euch nach hinweggespültem Rechtsgefühl in der Flut der Zeit einmal selbst ergreift.“¹⁰ Ohne ein solches Pathos und etwas umwegiger, aber politisch schärfer, hat der aus Sachsen nach Österreich geflüchtete und dort an die Spitze der Politik gekommene Friedrich Ferdinand Beust 1871 das neue Deutsche Reich beurteilt. Es hätte aus seiner Sicht „zwei verschiedene Richtungen der Organisierung des deutschen Gemeinwesens“ gegeben: „Die eine sucht die Lösung des Problems auf dem friedlichen Wege freithätiger Vereinbarung ohne Verkürzung der Rechtsbefugnisse der einzelnen

⁶ Franz Grillparzer, *Gesammelte Werke*, hrsg. v. August Sauer u.a., Bd.12/2 (=I Abt., Gedichte 3/2) (Wien 1937) 213.

⁷ Zit. bei Heinrich v. Srbik, *Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz 4* (München 1942) 470. Dieses bei den österreichischen Historikern in verschiedenen Variationen und differierenden Zeitzuordnungen (*Heer* 1866, *Lutz* 1871) beliebte Zitat ist bei Grillparzer selbst nicht feststellbar; die Quellenangaben bei Srbik stimmen nicht. Die Aussage deckt sich aber mit anderen Pointen in den „Epigrammen“ Grillparzers.

⁸ Grillparzer, *Gedichte* 3/2, 354. Für die politischen und persönlichen Begleitumstände vgl. Gottfried Mraz, *Diskussionsbeitrag*, in: Rumpler, *Innere Staatsbildung* (zit. Anm. 1), 259.

⁹ Hier nach Rüdiger von Biegeleben, Ludwig Freiherr von Biegeleben (Wien 1930) 348; die Veröffentlichung der „Geharnischten Sonnette über 1866“ erfolgte nach seinem Tod in London 1872 durch Max Gagern unter dem Titel „1866“.

¹⁰ Zit. nach Egon Cäsar Conte Corti, *Mensch und Herrscher. Wege und Schicksale Kaiser Franz Josefs zwischen Thronbesteigung und Berliner Kongreß* (Graz, Wien, Altötting 1952); Oskar Regele, *Feldzeugmeister Benedek. Der Weg nach Königgrätz* (Wien, München 1960) 479f.

Teile zu Gunsten eines anderen, es wäre denn der Gesamtheit. Die andere behandelt die Frage als ein coincidierendes Moment der eigenen Macht, für deren Zuwachs die Teile aufzukommen hätten.“ Und unter Bezugnahme auf „Blut und Eisen“ als Grundlage des neuen Reiches fügt er hinzu: „Diesem Principe gemäß wird dann auch freilich das neugestaltete Staatsgebäude seinen Ursprung nicht verleugnen können; wenigstens erscheint es nach den Gesetzen der Natur sehr fraglich, ob der blutige Kitt wirklich nur die Bausteine zu einem Hort der Gottesfurcht und der guten Sitte zusammengefügt habe, ob nicht das im Blutbann gezeugte Kind die Male der Gewalt tragen wird.“¹¹ Auch Beusts Nachfolger als österreichisch-ungarischer Außenminister, der dann zum Anreger und Förderer des Bündnisses von 1879 gewordene Gyula Andrassy, hat dieses Urteil über das Deutsche Reich, an das gerade er die Zukunft der Habsburgermonarchie so folgenschwer geknüpft hat, geteilt: „Die Folge der letzten Kriege ist, daß Macht über Recht geht.“¹²

Dabei haben diese Österreicher, die so hart über das Deutsche Reich urteilten, nicht nur als unterlegene Gegner oder übervorteilte und daher gekränkte Partner argumentiert. Sie haben mehr geahnt als wirklich gewußt, welche Folgen der so glänzende Sieg des deutschen Nationalstaatsgedankens für den noch immer recht und schlecht funktionierenden österreichischen Nationalitätenstaat haben mußte. In der Habsburgermonarchie war ja, wie darüber hinaus in ganz Mittel- und Osteuropa, angesichts des ethnographischen und zum Teil auch schon ökonomischen Gleichgewichts vielfältiger größerer und kleinerer Gesellschaften und Subgesellschaften durch Macht nichts zu regeln. Zumindest dies, wenn schon sonst nicht mehr allzu viel, war der österreichischen Staatskunst aus einer langen historischen Erfahrung gegenwärtig. Das Beispiel einer erfolgreichen Nationalstaatsgründung auf der Grundlage der Macht des Stärkeren war, auf die Verhältnisse Mitteleuropas übertragen, gleichbedeutend mit einer allgemeinen Kriegserklärung aller gegen alle. Das Deutsche Reich war als großer Sieg des nationalen Selbstbestimmungsrechtes ein Fanal für das österreichische Mitteleuropa. Die Österreicher jedenfalls, aber auch die Deutschösterreicher hatten ja bis dahin gerade um die Begrenzung dieses Selbstbestimmungsrechtes gekämpft, nicht nur gegen die nichtdeutschen Nationalitäten, sondern auch für sich selbst. Die Österreicher und Deutschösterreicher waren der Auffassung, daß es gerade die Aufgabe der Deutschen sei, nicht die nationale Selbstverwirklichung anzustreben, sondern die übernationale Vermittlung auf der Basis der deutschen Kultur zu versuchen. Das war

¹¹ Aus einer von Beust inspirierten, vom Pressebüro des Ballhausplatzes im Pester Lloyd schon vom 8. bis 18. Oktober 1870 in direkter Bezugnahme auf die Pläne in Richtung „Kaiserreich“ plazierten Artikelserie „Randglossen zum Preußisch-Französischen Krieg“; der anonyme Verfasser war der Mitarbeiter des Pressebüros, *Ludwig Ritter von Präzibram* (ders., *Erinnerungen eines alten Österreicher* (Stuttgart, Leipzig 1910/12) 273); Anfang November 1870 erschien die Artikelserie auch als Broschüre (*Karl-Georg Faber*, *Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871. Eine kritische Bibliographie 2* (Düsseldorf 1963) 573). Nachweis der Autorschaft Beusts bei *Lutz*, *Österreich-Ungarn* (zit. Anm. 1), 551 f., A. 28.

¹² Protokoll der Wiener Geheimkonferenz vom 17. 2. 1872, publiziert von *Heinrich Lutz*, *Politik und militärische Planung in Österreich-Ungarn zu Beginn der Ära Andrassy*, in: *Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler*, hrsg. v. *Gerhard Botz, Hans Hautmann, Helmut Konrad* (Wien 1974) 23–44, Zit. 29.

eine Position, die spätestens seit 1848 auch für die Deutschen der Monarchie unsicher und umstritten war. Seit 1871 war nun diese Position zumindest unattraktiv, eigentlich schon aussichtslos.

Zumindest die Deutschen und Magyaren waren für den ersten Moment beeindruckt und nach dem erfolgreichen deutschen Beispiel in ihren Vorstellungen von der ihnen selbst zukommenden Vormachtstellung gefährlich für den mühsam aufrechterhaltenen inneren Frieden stimuliert. Was dies speziell für die Deutschen in Cisleithanien bedeuten konnte, hat der scheidende Reichskanzler Beust fast als einziger unter den Politikern in einer zentralen Denkschrift für Kaiser Franz Joseph aufgezeigt: „Österreich-Ungarn wurde durch diese Katastrophe [der Reichsgründung] in doppelter Beziehung schmerzlich berührt. Einmal nämlich von dem Verlust von Hoffnungen und Erwartungen, die es zu hegen berechtigt gewesen war und um welche es sich durch ein sinn- und kopfloses Vorgehen von Seiten Frankreichs nun auf einmal betrogen sah. Dann aber, und in viel gefährlicherer Weise, durch das riesenmächtige Anschwellen Preußens zu einem tonangebenden Nationalstaate, welcher noch dazu innerhalb unserer Grenzen mannigfache Anknüpfungspunkte zu finden und auszubeuken leider stets erwarten kann.“¹³ Die Gefahr eines deutschen Irredentismus begann dann auch tatsächlich sehr schnell Gestalt anzunehmen.

Schon während der Krise zu Ende des Jahres 1870 zog das deutsch-liberale „Fremdenblatt“ innenpolitische Folgerungen aus dem Erfolg der nationalen Bewegung in Deutschland, die jetzt als Schutz und Ermunterung für die Deutschen Österreichs gesehen wurde: „... kein Staatsmann ist verblendet genug, das deutsche Element in Österreich zu schädigen, während die deutschen Stammesgenossen außerhalb Österreichs durch ihre Taten der ganzen Welt Bewunderung einflößten. Schon die Notwendigkeit, ein freundschaftliches Verhältnis zu dem geeinigten Deutschland anzubahnen, schon die Rücksicht auf die nationalen Gefühle des befreundeten Volkes machen es unmöglich, das Recht der Deutschen Österreichs zu verkümmern, und nur ein Todfeind der Monarchie könnte den Rath erteilen, die Deutschösterreicher zu Schmerzenskindern zu machen, deren Nothschrei nur zu bald Erhöhung fände.“¹⁴ Im übrigen standen aber dieselben Deutschliberalen dann dem neuen Reich sehr kritisch gegenüber: „Nicht der Liebe des Volkes, sondern der Schärfe des Schwertes verdankt das in Versailles geborene Kaiserthum sein Dasein. Möge nie der Tag kommen, wo man mit gleichen Argumenten den Gegenbeweis für dessen Berechtigung versuchen wird.“¹⁵ Diese im Grunde distanzierte Haltung zwischen nationaler Sympathie und liberaler Kritik änderte sich sofort, als die Wiener Regierung Hohenwarth-Schäffle mit den böhmischen „Fundamentalartikeln“ den Versuch machte, gerade angesichts der eben erfolgten Reichsgründung den Tschechen ein Zeichen des Ausgleiches zu geben. Das war nun für die Deutschen Österreichs gerade in der Situation von 1871/72 mit dem Blick auf die deutsche Nationalstaatsgründung unannehmbar. Der Kampf

¹³ Denkschrift Beusts, Wien, 18. 5. 1871, ediert von *Heinrich Lutz*, Zur Wende der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1871, in: Festschrift für L. Mikoletzky, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 25 (1972) 169–184, das Zitat ebd. 177 f.

¹⁴ Zit. bei *Lutz*, Österreich-Ungarn (zit. Anm.1), 322.

¹⁵ Ebd. 330.

der Nationalitäten gegeneinander und gegen den Staat hatte zwar in Österreich schon längst begonnen, er erfuhr aber durch die deutsche Reichsgründung eine dramatische Verschärfung.

Nicht einmal ein Jahrzehnt dauerte es, bis 1878 mitten in der „großen Depression“ und im Vorfeld des Zweibundes, der Waldviertler Abgeordnete Georg von Schönerer im österreichischen Reichsrat verkündete: „Es gibt nur einen Gott, Bismarck, und ich, Schönerer, bin sein Prophet.“¹⁶ Als die Regierungen Taaffe und Badeni in den 90er Jahren noch einmal den Versuch machten, den nichtdeutschen Nationalitäten mehr politische Rechte zu gewähren, da trat das ein, wovor insbesondere Palacky und Eötvös 1849 aus Anlaß der Frankfurter Nationalversammlung, 1859 angesichts der turbulenten Schillerfeiern und 1866 im Zusammenhang mit der Auflösung des Deutschen Bundes und dem Abschluß des „österreichisch-ungarischen Ausgleiches“ gewarnt hatten: Österreich hatte einen Deutschnationalismus mit pangermanischen Zielen.

Tatsächlich hat sich das Deutschtum in Österreich durch die Reichsgründung und die folgende deutsch-österreichische Bündnisideologie, die allerdings nicht identisch war mit der tatsächlichen Bündnispolitik, langsam aber sicher grundlegend geändert. Die Deutschen Österreichs wurden nun auch nationalistisch, sie wandelten sich von Deutschen Österreichs zu österreichischen Deutschen. Sie haben nun nicht mehr mit kulturellen und ökonomischen Argumenten, sondern mit nationalen Ansprüchen ihre Vorherrschaft im Vielvölkerstaat und darüberhinaus in Ostmitteleuropa gefordert und verteidigt, damit den anderen Nationalitäten ein Beispiel gebend, sie gleichsam zum Konkurrenzkampf einladend. Gewiß waren auch die außenpolitischen Folgen der Reichsgründung für Österreich-Ungarn folgenschwer im Sinne des Abstiegs von einer eigenständigen Großmacht zuerst zum Partner, später zum Sekundanten des Deutschen Reiches. Aber wirklich revolutionär waren eher die Wirkungen auf das nationalpolitische Gleichgewicht, das durch die Gründung des Deutschen Reiches ins Wanken geriet. Und je enger dann die Bindungen Österreich-Ungarns an das Deutsche Reich wurden, desto gefährlicher waren sie für die Möglichkeiten der österreichischen Innenpolitik.

Die Politik Wiens mußte jedenfalls immer mehr mit einem außenpolitischen Partner zusammenarbeiten, von dem sie viel zu fürchten und wenig zu hoffen hatte, auch wenn das Reich seit Bismarck offiziell sich einer offenen Intervention lange Zeit enthielt. Das war eine lähmende Situation, der man sich in Wien nicht nur auf Regierungsebene zunehmend bewußt wurde. In beinahe exemplarischer Weise fand diese Schizophrenie in der habsburgischen Familie ihren Ausdruck. Kaiser Franz Joseph war in seiner Ehre als „deutscher Fürst“, als den er sich vor 1866 demonstrativ bezeichnet hatte, zutiefst verletzt. Und doch spielte er gespensterhaft den treuen Bundesgenossen. Seine Lieblingstochter, Marie Valerie, schrieb 1889 bei einem Besuch des Niederwalddenkmals in ihr Tagebuch: „Tief empfand ich, wie fremd wir dem deutschen Vaterland geworden, da wir an den herrlichen großen Taten der Jahre 70/71 keinen Anteil gehabt, fremd und ausgewiesen vor der siegreichen Germania stehend, deren Anblick doch auch in unseren Herzen stolzes, freudiges Siegesbewußtsein

¹⁶ Zit. *Heer*, Österreichische Identität, 287.

erwecken sollte.¹⁷ Ein Jahr vorher hatte im Gegensatz dazu der Thronfolger, Kronprinz Rudolf, seine anonym geführte publizistische Kampagne gegen das deutsch-österreichische Bündnis mit einer in Paris veröffentlichten Denkschrift abgeschlossen¹⁸. Das Deutsche Reich kommentierte er mit der Frage: „Darüber würde ich gerne die großen Freiheitsdichter und Freiheitskämpfer befragen, ob das heutige Kaiserthum ihren Träumen von Freiheit, Religion und Vaterland entspricht.“¹⁹

Nie hat das historische Österreich bis 1945 aus diesem Zwiespalt herausgefunden, einerseits deutsch zu sein und deutsch sein zu wollen, andererseits das Deutsche Reich als deutschen Nationalstaat abzulehnen, weil man in Österreich ein eigenes Programm für ein deutsches Mitteleuropa oder für ein Mitteleuropa ohne Nationalstaatsprinzip vertrat. Trotz Schönererbewegung, trotz Linzer Programm von 1882, in dem sich die Deutschliberalen von ihrer österreichischen Vergangenheit verabschiedeten und entschlossener den Zusammenschluß des deutschen Österreich mit dem Deutschen Reich ins Auge faßten, auch trotz der Radikalisierung des deutschen Lagers während der Badenikrise 1897 hat sich allerdings eine wirkliche Akzeptanz des Deutschen Reiches nicht einmal bei den deutschen Parteien durchgesetzt²⁰.

Erst in der außen- wie innenpolitischen Extremsituation des Ersten Weltkrieges verließen die Deutschen wirklich das „Lager Österreich“. Sowohl die bis dahin staatstragende politische Elite aus Regierung, Bürokratie und Armee, wie auch die deutschen politischen Parteien der Alpenländer und Böhmens begannen, ihre bisherige nationalpolitische Position zu relativieren. Entweder man schloß sich überhaupt dem alldeutschen Programm an und forderte im Sinne der großdeutschen Tradition den Anschluß der deutschen Gebiete der Monarchie an das Reich, oder man suchte zumindest eine festere Bindung an Deutschland im Rahmen der Mitteleuropakonzeption Friedrich Naumanns²¹.

Aber gerade als Reaktion auf diese Hinwendung zum Deutschen Reich formierte sich noch einmal eine pointiert österreichische Gegenposition, die, was bis dahin ja nie erwogen wurde, eine totale Abkoppelung Österreichs von Deutschland und auch eine Verabschiedung von einer deutschen Politik in Österreich ins Auge faßte. Auf eher privater Ebene fanden sich z.B. in der „Österreichischen Politischen Gesell-

¹⁷ Tagebucheintragung zum 1. 5. 1889, Abschrift im Nachlaß Egon Cäsar Conte Corti, HHStA Wien, zit. *Brigitte Hamann*, Die Habsburger und die deutsche Frage im 19. Jahrhundert, in: *Lutz Rumpfer*, Österreich und die deutsche Frage (zit. Anm. 1), 230.

¹⁸ Österreich-Ungarn und seine Allianzen. Offener Brief an S.M.Kaiser Franz Joseph I, von *Julius Felix*, Paris April 1888, ed. v. *Brigitte Hamann*, Kronprinz Rudolf. Majestät, ich warne Sie ... Geheime und private Schriften (Wien, München 1979) 191–227.

¹⁹ Ebd. 215.

²⁰ Das bestätigt sich auch nach der Detailstudie von *Lothar Höbelt*, Kornblume und Kaiseradler. Die deutsch-freiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien, München 1993). Daß die alldeutsche Bewegung nur eine kleine Minderheit der Deutschen Österreichs erfaßte, ist das Ergebnis der Studie von *Andrew G. Whiteside*, Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet (Graz 1981, amerikan. Originalausgabe: *The Socialism of Fools. Georg Ritter von Schönerer and Austrian Pan Germanism*, Berkely 1975).

²¹ Vgl., über die engere Fragestellung der Haltung der Historiker hinausgehend, *Günther Ramhardt*, Geschichtswissenschaft und Patriotismus. Österreichische Historiker im Weltkrieg 1914–1918 (Österreicharchiv, Wien 1973) 31–52.

schaft“ Gelehrte, Politiker und Schriftsteller wie Joseph Redlich, Joseph Schumpeter, Joseph Maria Baernreither, Hugo von Hofmannsthal zu einer publizistischen Österreich-Initiative zusammen. Der Historiker Wilhelm Bauer begann mit der Herausgabe der Zeitschrift „Österreich“²². Nach dem Regentenwechsel 1916 von Kaiser Franz Joseph zu Karl sammelten sich die Reformpolitiker aus dem ehemaligen Belvederekreis des Thronfolgers Franz Ferdinand teils um den Kabinettschef Arthur Polzer-Hoditz, teils um den international angesehenen Völkerrechtler und Pazifisten Heinrich Lammasch²³. Ein wesentlicher Teil ihres auf eine innere Gesamtreform der Monarchie gerichteten Programmes war die Trennung vom Deutschen Reich. Kaiser Karl hat sich im Anschluß an diese Ideen mit seiner Sixtus-Aktion bis an die Grenze des Bündnisbruches vorgewagt. Das ganze endete in einem Desaster. Karl war zu einem Canossagang ins deutsche Hauptquartier nach Spaa gezwungen, und der Außenminister Czernin, der ursprünglich als Mitglied der Reformpartei ins Amt berufen worden war, mußte selbst die Rückkehr Österreich-Ungarns ins deutsche Bündnis öffentlich bekräftigen. Der beabsichtigte Befreiungsschlag war gründlich mißlungen. Die Deutschen Österreichs aber blieben so desorientiert, wie sie es immer gewesen waren.

Es gibt ein persönliches Bekenntnis aus dieser Zeit, das die damalige mentale Zwangslage eines österreichischen Deutschen treffend illustriert. Der Generalstabsoffizier und spätere konservativdeutschnationale Historiker Edmund Glaise von Horstenau hat sie in seinen „Erinnerungen“ anschaulich beschrieben. Glaise-Horstenau gehörte zu jener Partei in der Armee, die sich rückhaltslos zum Bündnis mit dem Deutschen Reich bekannte. Das war in der k.u.k. Armee nicht selbstverständlich, und auch Glaise-Horstenau verstand dieses Bekenntnis zunächst nur in einem militärisch-diplomatischen Sinn. Irgendwann aber, es war noch vor 1914, entdeckte er ein „neues Fundament“ für seine politische Haltung, deren Problematik in der Spannung zwischen österreichisch und deutsch ihm leidend bewußt geworden war. Er entdeckte, „daß es neben dem schönen großen österreichischen Vaterlande noch ein zweites Vaterland ... gab: die Einheit der deutschen Nation, der ich mich zugehörig fühlte.“²⁴ Allzuviel hat ihm diese Neuorientierung für sich und die Deutschen Österreichs nicht gebracht. Denn gleichzeitig mit dieser Wende bezeugt er, daß es noch immer die anderen Deutschen in Österreich gab, die sich dem Zwiespalt zwischen deutschnationaler Gesinnung und österreichischem Staatsbewußtsein nicht so einfach zu entziehen vermochten, die trotz deutscher Gesinnung weiter an ihrem „Österreichertum“ festhielten. Der Autor begegnet letzteren sogar mit nicht wenig Sympathie: „Während ich diese Dinge niederschreibe, kommt mir der Gedanke, daß dieses Österreichertum in seiner Gesamtheit so zwiespältig war, wie ich es damals zu werden begann. Ethnographisch, im Sinne des 19. Jahrhunderts, war der Österreicher, der die Alpenlande

²² Siehe *Fritz Fellner*, Die Historiographie zur österreichisch-deutschen Problematik als Spiegel der nationalen Diskussion, in: *Lutz, Rumpler*, Österreich und die deutsche Frage, 39 f.

²³ Zwar weiter ausholend, steht dies im Mittelpunkt des Werkes von *Stephan Verosta*, Theorie und Realität von Bündnissen. Heinrich Lammasch, Karl Renner und der Zweibund (1897–1914) (Wien 1971)

²⁴ *Peter Broucek* (Hrsg.), Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau I (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 67, Wien, Köln, Graz 1980) 238.

und die Ränder der böhmisch-mährischen Lande bewohnte, ein Deutscher. Er hatte bis zum Jahre 1866 zum Deutschen Bund gehört, und seine Herrscher hatten, trotz der reichlich ungünstigen Lage Wiens, durch lange Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone getragen. Daneben gab es aber auch ein geistesgeschichtlich gewordenes Österreichertum, das sich als Gralshüter einer wunderbaren übernationalen Idee, eines Überrestes von dem das Mittelalter beherrschenden Universalismus betrachtete; ihm gehörten auch die Männer des Kreises um Franz Ferdinand an, ein Kristóffy, ein Vajda-Voevod, ein Frank. Diese geistesgeschichtlich gewordene Seele, die vielleicht inhaltsreicher war als die andere, ging im Jahre 1918 verloren.²⁵ Wie die Namensbeispiele eines Ungarn, eines Rumänen und eines Kroaten zeigen, gehörten zu diesen Österreichern nicht nur Deutsche, sondern Vertreter fast aller Nationalitäten des Vielvölkerstaates. Sie alle litten aber unter der gleichen Problematik, für die auch Glaise-Horstenau mit seiner Option keine Lösung gefunden hatte: Wenn die Deutschen Österreichs Österreicher im politischen Sinn sein wollten, und das wollten sie bis 1918 weitestgehend, dann gerieten sie mit ihrem Deutschtum in Konflikt, insbesondere seitdem das Deutschtum im Deutschen Reich ein politisches und geistiges, immer stärker werdendes Zentrum gefunden hatte. Alle österreichischen Urteile über das Deutsche Reich waren von dieser Problematik belastet.

Es ist allerdings charakteristisch, daß für den aus Braunau am Inn stammenden altösterreichischen Legitimisten, der 1938 kurz Vizekanzler im Kabinett Seyß-Inquart war und durch Selbstmord während der Nürnberger Prozesse endete, nicht das Deutsche Reich, sondern die deutsche Nation der Gegenstand seiner politischen Neuorientierung war. Auch große Kritiker Österreichs, wie Karl Kraus – seine monumentale Anklage „Die letzten Tage der Menschheit“ entstand 1915 bis 1918 – konnten sich nicht entscheiden, ob sie für oder gegen das preußisch-deutsche Reich sein sollten²⁶. Ähnlich hat sich Robert Musil 1919 sarkastisch über die geistigen Belebungsversuche der Österreich-Idee geäußert²⁷, dann aber doch sein berühmtes Loblied auf Kakanien gesungen: „Dort in Kakanien, diesem seither untergegangenen, unverständenen Staat, der in so vielem ohne Anerkennung vorbildlich gewesen ist ...“. Und in nuancierter Anspielung auf Deutschland: „Und in Kakanien wurde überdies immer nur ein Genie für einen Lummel gehalten, aber niemals, wie es anderswo vorkam, schon der Lummel für ein Genie.“²⁸ Auch dabei lag eine zwar prodeutsche, aber keineswegs reichische Haltung zugrunde. Dasselbe gilt auch für die massive, alle politischen Lager umfassende Anschlußbewegung der Ersten Republik, ja selbst für die ebenso massive Involvierung der Österreicher in den Nationalsozialismus und ins Großdeutsche Reich. Gemeint war mit „Anschluß“ von Otto Bauer und Karl Renner über Seipel, Dollfuß, Schuschnigg und Innitzer immer der Anschluß an die deutsche Nation, zu

²⁵ Ebd.

²⁶ Vgl. *Monika Glettler*, Karl Kraus zwischen Prussophilie und Prussophobie. Bismarck und Wilhelm II. in der „Fackel“, in: *Österreich in Geschichte und Literatur* 3 (1979) 148–166.

²⁷ *Robert Musil*, Der Anschluß an Deutschland (März 1919), in: *ders.*, *Gesammelte Werke*, hrsg. v. *Adolf Irsić*, 2 (Reinbek b. Hamburg 1978) 1041.

²⁸ *Ders.*, Der Mann ohne Eigenschaften, in: *ders.*, *Gesammelte Werke* 1 (Reinbek b. Hamburg 1978) 32f.

der man sich in mehr oder weniger konsequenter, meist recht widersprüchlicher Form bekannte, nie der Anschluß an das historische Deutsche Reich von 1871 oder dessen Erneuerung nach 1918²⁹. Gerade die pointierte Österreich-Position des Ständestaates sowohl bei Dollfuß, wie, in extremster und schon unglaubwürdiger Form, bei Schuschnigg war einerseits radikal „deutsch“, sogar im Sinne eines reklamierten „besseren Deutschtums“ des gleichzeitig propagierten „österreichischen Menschen“³⁰. Sie grenzte sich aber andererseits ebenso radikal von jeder Identifikation mit dem Deutschen Reich von 1871 ab, so wie sie den Anschluß an dessen politische Neuauflage kämpferisch ablehnte³¹.

Als Kronzeuge dieser diffizilen, jedoch aus der deutsch-österreichischen Geschichte leicht erklärbaren Position kann das nicht nur wissenschaftlich bedeutende, sondern darüber hinaus auch politisch so folgenreiche Werk Heinrich von Srbiks gelten. Auch er hat weder in seinen vielen Beiträgen zur deutsch-österreichischen Geschichte, noch in seiner persönlichen tagespolitischen Haltung eine auch nur annähernd konsequente Antwort zu finden vermocht. Zunächst war auch er der Meinung, daß „die Größe deutscher Zukunft nur auf Bismarcks Werk ... beruhen“ konnte³². Aber seine „gesamtdeutsche“ Konzeption war auch nur deutschnational, nicht reichsdeutsch orientiert. Das Deutsche Reich hat er, berücksichtigt man sein historiographisches Gesamtwerk – neben der „Deutschen Einheit“ auch den „Wallenstein“ und insbesondere das durchaus auch bekenntnishaft Metternich-Werk –, keineswegs als Verwirklichung der deutschnationalen Idee gelten lassen. Dagegen rekurrierte er, sachlich relativ unlogisch und unhistorisch, auf das Heilige Römische Reich als genuine Verwirklichung der deutschen Staatsidee. Auch in der Bismarckkontroverse entschied er sich für Franz Schnabel gegen Gerhard Ritter, d.h. für das Modell einer im Sinne Metternichs europäisch verankerten und föderativen Lösung der deutschen Frage gegen die kleindeutschzentralistische Variante des Deutschen Kaiserreiches³³.

„Auf halben Wegen und mit halben Mitteln“, immer zögernd und mit Mentalreservationen jeder Art, sehnsüchtig hingewendet, meist aber überheblich verachtend, das war in Summe das österreichische Urteil über das Deutsche Reich. Nicht einmal als man „heimgekehrt“ war ins Deutsche Reich, hat man sich in der immer frivolen „Ostmark“ des doppelbödigen Spiels zwischen Akzeptanz und Ablehnung enthalten. Und selbst die Zweite Republik brauchte nach einer ersten Euphorie nach 1945 erstaunlich lange, um den Weg in eine gesicherte österreichische Identität zu finden. Die Erklärung liegt nicht in irgendeiner Besonderheit des österreichischen Volkscharakters,

²⁹ Trotz einer Flut von Anschluß-Literatur ist eine differenzierte Darstellung des Problems noch ausständig.

³⁰ Diese Seite des Problems ist herausgestellt bei *Anton Staudinger*, Zur Österreich-Ideologie des Ständestaates, in: Das Juliabkommen von 1936 (Wissenschaftliche Kommission, Veröffentlichungen 4, Wien 1977) 198–240.

³¹ Dies wurde erst sehr spät entsprechend betont von *Gottfried-Karl Kindermann*, Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter US-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg 1934 (Hamburg 1984).

³² *Srbik*, Deutsche Einheit 3 (zit. Anm. 6), 209.

³³ *Ders.*, Die Bismarck-Kontroverse. Zur Revision des deutschen Geschichtsbildes, in: Wort und Wahrheit 5 (1950) 918–931.

zu dessen wesentlichen Ingredienzien die in der schönen Literatur so auffällig oft stilisierte Ambivalenz des „Zerrissenen“ zu gehören scheint. Als Erklärung genügt die wahrhaft gewaltige Last einer Grenzängergeschichte: Auf der einen Seite stand die mitteleuropäische Aufgabe, die man durchaus als besondere „Mission“ empfunden hat. Auf der anderen Seite faszinierte die nationale Verheißungsgeschichte des Deutschen Reiches, von dem Österreich allerdings nichts zu hoffen hatte, wenn es nicht bereit war, sich selbst in seiner historisch-kulturellen Eigenart aufzugeben.



Klaus Pabst

Der übermächtige Nachbar. Belgische, niederländische und luxemburgische Urteile über das Deutsche Reich

Aus deutscher Perspektive werden die Niederlande, Belgien und Luxemburg historisch wie geographisch bedingt häufig als eine Trias benachbarter Staaten betrachtet, deren außenpolitische Interessen und folglich auch Urteile über die Nachbarn mit allenfalls geringen Unterschieden die gleichen sind¹. Auch der handliche Begriff „Benelux“ trägt dazu bei, die drei Länder nach außen hin als übergreifende politische Einheit erscheinen zu lassen, obwohl der Beneluxvertrag erst von 1944 datiert und bis heute ausschließlich die Wirtschafts- und Währungspolitik betrifft². Tatsächlich unterscheiden sich öffentliche Meinung und Außenpolitik der drei Staaten bis zur Gegenwart, erst recht aber in der Zeit der Reichsgründung und der beiden Weltkriege aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen, Sozialstrukturen, Konfession, Sprache, Parteipräferenzen und nicht zuletzt der jeweiligen geostrategischen Lage in einem solchen Maße voneinander, daß hier eigentlich drei verschiedene Darstellungen am Platze wären. Da dies aber schon aus Raumgründen nicht möglich ist, soll die folgende Skizze sich darauf beschränken, die Entwicklung der Deutschland-Urteile in den drei Ländern exemplarisch einander gegenüberzustellen, wobei die Schwerpunkte zwar bei den Stichjahren 1870/71, 1914, 1918/19, 1933 und 1940/44 liegen, die dazwischenliegenden Zeiten aber auch nicht außer acht bleiben dürfen, da sie das langfristig vorhandene Bild vom jeweiligen Nachbarn eher noch deutlicher hervortreten lassen als die oft kurzfristigen Reaktionen auf spektakuläre Ereignisse.

¹ Das Problem, die reichlich vorhandenen Unterschiede auf dem Hintergrund einer vielfach gemeinsamen Geschichte dennoch sichtbar zu machen, stellt sich für jede Gesamtdarstellung der niederländisch-belgischen Geschichte, so zuletzt noch bei *Franz Petri, Ivo Schöffer* und *Jan Juli-aan Waltjer*, Geschichte der Niederlande. Holland, Belgien, Luxemburg (München 1991, bibliographisch aktualisierte Zusammenfassung der einschlägigen Beiträge aus dem Handbuch der Europäischen Geschichte) und *Michael Erbe*, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes (Stuttgart 1993). Dem gleichen Prinzip folgen niederländische Handbücher wie die Allgemeine Geschiedenis der Nederlanden (Redaktion *Dirk P. Blok* u. a., völlige Neubearbeitung in 15 Bdn., Haarlem 1979–1983) oder *Ernst H. Kossmann*, De Lage Landen 1780–1940 (Amsterdam, Brüssel 1976), engl. Fassung: *The Low Countries 1780–1940* (Oxford History of Modern Europe 1978).

² *Erbe*, Belgien, 276; *Théo Luycks*, Politieke Geschiedenis van België, 2: 1944–1977 (Amsterdam, Brüssel 1978) 461.

Noch eine zweite Vorfrage wäre zu klären: *Wessen* Urteile über das Deutsche Reich sind hier gemeint? Die der belgischen und niederländischen, in umgekehrter Richtung auch der deutschen Diplomaten, deren sachliche Berichterstattung im allgemeinen umfassend und politisch wohlinformiert ist, bisweilen aber doch Sensibilität für populäre Unterströmungen vermissen läßt und daher manchmal zu falschen Einschätzungen der tatsächlich vorhandenen Stimmungen kommt? Die der Staatsmänner, der politischen Parteien und ihrer Sprecher, die oft mehr innenpolitischen Argumentationszwängen als der tatsächlichen Lage folgen? Oder die der Unternehmer und Kaufleute, deren Urteil naturgemäß ihren wirtschaftlichen Interessen entspricht, die den politischen und humanitären häufig entgegenstehen? Nicht übergangen werden dürfen auch die Kommentare der Presse unterschiedlichster Richtung der drei Länder, wobei dann immer noch zu prüfen wäre, welches Gewicht der so veröffentlichten Meinung im Kontext der nationalen Ansichten über den deutschen Nachbarn zukommt. Möglicherweise gibt es auch im Urteil der einzelnen Länder über Deutschland erhebliche regionale oder konfessionelle Unterschiede. Und welchen Stellenwert haben in diesem Zusammenhang traditionelle Freund- und Feindbilder, also je nach der politischen Lage latente oder wieder hervortretende nationale Stereotypen? Schon wegen der nötigen Kürze wird das Schwergewicht im folgenden auf schriftlichen Äußerungen von Politikern, Diplomaten und Publizisten sowie auf einschlägigen Kommentaren der Presse gelegt werden müssen, ohne die Bedeutung solcher Stereotypen jedoch zu vernachlässigen.

I.

Das Verhältnis der Niederländer zu ihren östlichen Nachbarn, insbesondere den Norddeutschen, war schon vor der Reichsgründung nie besonders herzlich gewesen. Als „gleichsam frühreifes Kind der europäischen Staatenwelt“³, als eine Staatsnation, die ihre Formierung aus protestantisch-rationalem Geist und aus eigener wirtschaftlicher und politischer Kraft schon Jahrhunderte früher erfahren hatte, standen die Niederländer der romantischen Aufbruchstimmung des deutschen Nationalismus im 19. Jahrhundert mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Sie vergaßen nicht, daß Ernst Moritz Arndt und nicht wenige seiner geistigen Nachfahren das Land an der Rheinmündung unter Berufung auf Deutschlands natürliche Grenzen aus historischen wie aus Gründen der Sprachverwandtschaft immer wieder als einen Teil der deutschen Nation eingefordert und damit das ausgeprägte politische Selbstbewußtsein der Holländer mißachtet hatten, das auf der historischen und kulturellen Bedeutung ihres Landes im 16. und 17. Jahrhundert beruhte⁴. Hinzu kam häufig ein moralisches Über-

³ *Horst Lademacher*, Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert (Darmstadt 1989) 5.

⁴ *Ernst Moritz Arndt*, Die Frage über die Niederlande und die Rheinlande (1831), in: *ders.*, Ausgewählte Werke, hrsg. v. *H. Meisner* und *R. Geerds*, Bd.15 (Leipzig o.J./1908) 6ff.; *ders.*, Belgien und was daran hängt (1834), ebd. 150f.; *Johan Christiaan Boogman*, Nederland en de Duitse Bond 1815–1851 (Diss. Utrecht, Groningen 1955) I, 87ff. – Weitere Beispiele deutschen An-

legenheits- oder gar Auserwähltheitsbewußtsein der Niederländer, übrigens nicht nur gegenüber dem deutschen Nachbarn, das sich vor allem aus religiösen Quellen wie der Prädestinationslehre des holländischen Calvinismus speiste⁵. In der Geringschätzung ihrer Sprache als einer „Unsprache“, eines verkommenen deutschen „Provinzialdialekts“ oder gar Schlimmerem, wie sich schon Herder oder August Wilhelm von Schlegel geäußert hatten, oder in ihrer Einschätzung als „geiziges Krämervolk“, „Chinesen Europas“⁶ erblickten die Niederländer einen als typisch deutsch empfundenen Mangel an Toleranz, gepaart mit unangebrachter deutscher Überheblichkeit. Denn der durchschnittliche Holländer war über die geistige Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert nur wenig informiert und kannte leibhaftige Deutsche meist nur in Gestalt der sogenannten „Hollandgänger“, deutscher Saisonarbeiter und Torfstecher, Hausknechte und Dienstboten, die nun wirklich nicht geeignet waren, ihn an der Überlegenheit niederländischer Frömmigkeit, Kultur und Lebensart über die deutsche zweifeln zu lassen⁷. Solche Vorstellungen prägten wohl auch das schon im 17. Jahrhundert nachweisbare niederländische Stereotyp vom „mof“ wesentlich mit, jenes muffigen, schlecht erzogenen, dabei aber arroganten, brutalen und eigensüchtigen Deutschen, das wie ein roter Faden die letzten 200 Jahre deutsch-niederländischer Beziehungen durchzieht und bis heute immer dann wieder hervorgeholt wird, wenn sich die Niederländer von ihren östlichen Nachbarn bedroht, beiseite gedrängt oder in ih-

Fortsetzung Fußnote von Seite 28

spruchdenkens (Niebuhr/Gagern) bei *Hermann von der Dunk*, *Der deutsche Vormärz und Belgien 1830/48* (Veröff. d. Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge 41, Wiesbaden 1966); eine Zusammenfassung der einschlägigen Publizistik unter Berücksichtigung auch der wenigen zustimmenden Äußerungen von Niederländern jetzt bei *Lademacher*, *Nachbarn*, 27 ff.

⁵ Allerdings sollte der Einfluß kalvinistischen Denkens auf die niederländische Politik, der seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich abnimmt, auch nicht überbewertet werden. Zwar hat es die „Politik des Predigers und Kaufmanns“ (J.C. Boogman) der frühen Niederlande gleichsam als Staatsreligion entscheidend mitgeprägt, stellt heute neben dem politischen Katholizismus, dem Liberalismus und der Arbeiterbewegung aber nur noch eine der vier „Säulen“ dar, auf denen die politische Kultur der Niederlande und damit auch deren Urteil über die Nachbarn beruht. Vgl. hierzu *Paul Luyx*, *Die niederländischen Konfessionellen und das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft im 20. Jahrhundert*, in: *Jürgen P. Nautz und Joachim F.E. Bläsing* (Hrsg.), *Staatliche Intervention und gesellschaftliche Freiheit. Staat und Gesellschaft in den Niederlanden und Deutschland im 20. Jahrhundert* (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte 5, Kassel 1987) 73–96, sowie *Horst Lademacher*, *Die Niederlande. Politische Kultur zwischen Individualität und Anpassung* (Propyläen Geschichte Europas, Ergänzungsband, Berlin 1993) 527 ff.

⁶ *Lademacher*, *Nachbarn*, 20; *Ernst F. Kossmann*, *Holland und Deutschland. Wandlungen und Vorurteile* (Den Haag 1901) 20 f. mit weiteren Beispielen. Die „Chinesen“ u. a. bei *Ernst Moritz Arndt*, *Holland und die Holländer*, in: *Allgemeine Zeitschrift für Geschichte* 7 (1847) I, 54; vgl. auch *Pieter J. van Winter*, *De Chinezen van Europa* (Groningen 1965).

⁷ *Jan Bientjes*, *Holland und die Holländer im Urteil deutscher Reisender 1400–1800* (Groningen 1967) 231 f.; *Hermann von der Dunk*, *Die Niederlande und die Reichsgründung*, in: *Walther Hoffer* (Hrsg.), *Europa und die Einheit Deutschlands* (Köln 1970) 96; *Ludwig Beutin*, *Nordwestdeutschland und die Niederlande seit dem Dreißigjährigen Krieg*, in: *VSWG* 32 (1939) 131 f. Im Gegensatz dazu steht die Tätigkeit hochqualifizierter niederländischer Fachleute in der norddeutschen Landwirtschaft, im Wasser-, Schiff- und Städtebau bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein.

ren kalvinistisch strengen moralisch-humanitären Vorstellungen verletzt fühlen⁸. In seiner pejorativen Bedeutung ist der „mof“ dem französischen „boche“ sehr ähnlich. Die Vorstellung, daß es im deutschen Charakter liege, entweder als Sklave oder als Tyrann aufzutreten, verband sich folgerichtig schon vor der Reichsgründung mit einem tiefen Mißtrauen gegenüber jedem Zuwachs an deutscher Machtstellung, das sich etwa in jenem Reim des 17. Jahrhunderts ausdrückt, in dem es heißt:

„Indien de mof is arm end' kael
So sprecht hij zeer bescheyden tael;
Dog als hij compt tot groeten staet,
So doet hij God en menschen quaedt.“⁹

Den Staat, diese zutiefst bürgerliche Zweckinstitution, etwa mit Hegel als Inkarnation des Weltgeistes anzusehen, wie es in Deutschland so häufig geschah, mußte niederländischem Denken immer unverständlich und daher bedrohlich erscheinen. Eine Minderheit von Holländern, unter ihnen der Orientalist Pieter Johannes Veth, befürwortete 1848 trotzdem einen engeren Anschluß an Deutschland, selbst unter Aufgabe der eigenen Sprache, da ihr der niederländische Kleinstaat im Zeitalter der neuen Nationalstaaten nicht mehr überlebensfähig schien¹⁰.

Insgesamt genoß der preußische Nachbar mehr noch als der hannoversche – die süddeutschen Staaten blieben ohnehin außerhalb des niederländischen Blickfeldes – bis 1866 zwar Respekt wegen seiner aufgeklärten Toleranz und effizienten Verwaltung, doch blieb er den Holländern auch als europäischer Machtkonkurrent immer etwas unheimlich und wurde niemals populär¹¹.

Doch waren dies eher unterschwellige Vorbehalte, denn in seiner konkreten Politik hatte Preußen den Niederländern vor Bismarck niemals Anlaß zu Annexionsfurcht oder überhaupt zu nachhaltigen Beschwerden gegeben. Die Limburger Los-von-Holland-Bewegung des Jahres 1848 ging nicht auf das Konto Preußens, sondern der Paulskirchenversammlung und war auch mehr eine Folge regionaler Unzufriedenheit mit der Regierung in Den Haag¹². Auf der Grundlage gemeinsamer antikatholischer

⁸ Lademacher, Nachbarn, 32. Zur Dauerhaftigkeit solcher Stereotypen vgl. Jürgen C. Heß und Friso Wielenga, Gibt es noch Ressentiments? Das niederländische Deutschlandbild seit 1945, in: Jürgen C. Heß und Hanna Schisler (Hrsg.), Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 52, Frankfurt/M. 1988) 13–36, bes. 14 ff.

⁹ Zit. nach Louis Piérard, Malmédy et la Wallonie malmédienne (Bruxelles o. J.) 47. Deutsche Übersetzung etwa: „Solange der ‚mof‘ arm und kahl ist, führt er eine sehr bescheidene Sprache; doch wenn er zu großer Macht gelangt, fügt er Gott und Menschen Schlimmes zu.“ (Übers. v. Verfasser).

¹⁰ Johan Christiaan Boogman, Die Suche nach der nationalen Identität. Die Niederlande 1813–1814 (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge 49, Wiesbaden 1958) 30 f.; Lademacher, Nachbarn, 35 f.

¹¹ Von der Dunk, Niederlande (wie Anm. 7), 95.

¹² Boogman, Nederland (wie Anm. 4); Hans-Georg Kraume, Außenpolitik 1848. Die holländische Provinz Limburg in der deutschen Revolution (Düsseldorf 1979); Klaus Pabst, Loyalitätsprobleme einer Grenzbevölkerung. Das Beispiel Niederländisch-Limburgs im 19. und 20. Jahrhundert, in: Harm Kluiting (Hrsg.), Nation, Nationalismus, Postnation. Beiträge zur Identitätsfin-

und antirevolutionärer Vorstellungen bestand damals sogar eine Art geistiger Koalition zwischen protestantisch-konservativen Niederländern und der preußischen Monarchie. Das änderte sich mit der Politik Bismarcks, die schon im Vorfeld der Reichsgründung, etwa mit dem Krieg von 1866 oder während der Luxemburg-Krise des folgenden Jahres, gerade bei der christlich-konservativen Führungsschicht der Niederlande auf erhebliche Vorbehalte stieß. Zwar begrüßten einige orthodoxe Calvinisten Bismarcks Sieg über Österreich noch als verdiente Bestrafung des katholischen Habsburger Hauses, doch verurteilte die Mehrheit die dann folgenden Annexionen und die später bekanntgewordenen Tauschangebote an Napoleon III. als zynischen Machiavellismus und Verstoß gegen eine gottgewollte fürstliche Legitimität. Bismarck habe mit seiner Politik „Recht und Billigkeit“ gröblich verletzt und das Ideal christlicher Staatsführung mißachtet, warf ihm der christlich-konservative Staatsmann und Historiker Groen von Prinsterer 1867 in einer polemischen Auseinandersetzung mit der Berliner „Kreuzzeitung“ vor¹³, ein Mann übrigens, der mit preußischen Konservativen wie Ernst Ludwig von Gerlach und Julius Stahl in Briefwechsel stand. Für ihn und seine konservativen Gesinnungsgenossen übernahm Bismarck schon 1866 die Rolle des Bösewichts unter den europäischen Staatsmännern, die bis dahin Napoleon III. ziemlich unangefochten innegehabt hatte. Deshalb war Groen drei Jahre später auch durchaus mit Bismarcks Krieg gegen das französische Kaiserreich einverstanden, verübelte ihm jedoch, diesen nach Napoleons Sturz weitergeführt zu haben, da es sich nach Sedan nur noch um einen Annexionskrieg gegen das nun vermeintlich friedliebende Frankreich gehandelt habe. Dahinter stand natürlich die Befürchtung, die Grundsätze Bismarckscher „Realpolitik“ eines Tages auch gegenüber den Niederlanden angewandt zu sehen.

Darin trafen sich die holländischen Konservativen auch mit ihren liberalen Gegnern, die Bismarck zwar nicht Mißachtung des Evangeliums, wohl aber Cäsarismus und die Annexion Elsaß-Lothringens wie überhaupt den Krieg gegen die französische Republik vorwarfen, und mit ihrem König Wilhelm III., dessen nassauische Erblande Bismarck 1866 ebenfalls annektiert hatte. Als Gründe für Wilhelms Bismarck-Feindschaft lassen sich außerdem seine Verehrung Napoleons und der Ärger über das Scheitern seiner eigenen Luxemburger Pläne, vielleicht auch die durch seine erste Frau, die preußenfeindliche Sophie von Württemberg, und andere dynastische Verwicklungen stark getrübbten Beziehungen zu den hohenzollernschen Verwandten nennen.

Bismarcks Reichsgründung selbst weckte in den Niederlanden neue Furcht vor einer unzulässigen politischen Einflußnahme oder gar einer Annexion durch das neue Reich, zumal auch preußische Historiker wie Treitschke, der solchen Kleinstaaten wie den Niederlanden generell die Existenzberechtigung absprach und keinen Zweifel

Fortsetzung Fußnote von Seite 30

dung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert (Festschrift Leo Haupts, Köln, Weimar 1992) 27–46.

¹³ *Guillaume Groen van Prinsterer*, La Prusse et les Pays-Bas. A mes amis de Berlin (Amsterdam 1867); *ders.*, L'empire prussien et l'apocalypse. A mes amis de Berlin (Amsterdam 1867). Zum Folgenden vgl. auch *Lademacher*, Nachbarn, 49 ff., sowie *von der Dunk*, Niederlande, 100 f.

daran ließ, daß ihm eine Reform des vermeintlichen holländischen „Krämergeistes“ in Richtung auf mehr Blut und Eisen erforderlich schien: „Gräßlich geht an dem Heldenvolke des achtzigjährigen Krieges der Fluch des Mammons in Erfüllung, zu so namenloser Schande führt der *feige Wahn*, der den Frieden für das höchste der Güter hält.“¹⁴ Liberale niederländische Publizisten wie der Utrechter Albert Cornelis Vreede hielten die neue kleindeutsche Einheit mit Argumenten, die meist von süddeutschen Bismarck-Gegnern wie Robert von Mohl oder Constantin Frantz übernommen wurden, ebenfalls für eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts und des Friedens. Vreede plädierte deshalb 1878 für einen Bund der kleineren europäischen Staaten unter der moralischen Führung Hollands, um dem „Straßenräubertum“ der Großmächte gegenüber eine Politik des Rechts und der Sittlichkeit zu vertreten¹⁵.

Als sich jedoch zeigte, daß das Gewitter der deutschen Einigungskriege ohne Schaden an den Niederlanden vorübergegangen war, legten sich auch die meisten Besorgnisse vor einer allzu engen Einbeziehung der Niederlande in die Einflußsphäre preußisch-deutscher Politik. Dazu trugen beruhigende Äußerungen Bismarcks¹⁶ ebenso bei wie die Rückbesinnung auf eigene holländische Traditionen, mit der die vorhergegangene Phase politischer Kleinmütigkeit in den Niederlanden ihren Abschluß fand. „Gott, das Wasser, batavischer Heldenmut, das europäische Gleichgewicht, die Eifersucht der Mächte untereinander und schließlich die Jahrhunderte alte Geschichte unserer Republik“ seien die Garantien dafür, daß nicht so leicht eine andere Macht den Niederlanden gefährlich werden könne; mit diesem – schon älteren – Zitat und seiner bezeichnenden Reihenfolge der Faktoren hatte beispielsweise der Jurist R. J. C. Bake schon früher seine Landsleute beruhigt, ohne allerdings erreichen zu können, daß die Gefahr einer Angliederung an das Reich, in welcher Form auch immer, völlig aus den niederländischen Köpfen verschwand¹⁷. Statt durch die offizielle Politik Bismarcks erhielt sie ihre Nahrung nun durch immer wieder auftretende deutsche Pressekampagnen etwa mit dem Ziel, die Niederlande wenigstens in den Deutschen Zollverein einzubeziehen, und natürlich durch die alldeutsche Propaganda der beiden letzten Vorkriegsjahrzehnte. Wenn der alldeutsche Publizist Fritz Bley 1897 ein „staatsrechtlich verbrieftes Schutz- und Trutzbündnis“ mit den „niederländischen Stammesbrüdern“ und eine gemeinsame Kolonialverwaltung des Reiches und der Niederlande forderte¹⁸, so steckte dahinter nicht nur die Vorstellung einer fast unbesiegbaren Kombi-

¹⁴ Heinrich v. Treitschke, Die Republik der Vereinigten Niederlande, in: *ders.*, Historische und politische Aufsätze N.F.I. (Leipzig 1870) 515.

¹⁵ Albert Cornelis Vreede, Hoofdartikelen Utrechtsch Dagblad 1869–1880 (Leiden 1906) 310; *von der Dunk*, Niederlande, 105; Coenraad Arnold Tamse, Nederland en België in Europa (1859–1871). De Zelfstandigheidspolitiek van twee kleine staten (Diss. Groningen, Den Haag 1973) 60 ff.

¹⁶ Unter anderem in mehreren Unterredungen mit dem niederländischen Gesandten van Rochussen zwischen 1871 und 1874, *von der Dunk*, Niederlande, 108.

¹⁷ R. W. J. C. Bake, Nederland en Duitschland (Den Haag 1867), zit. nach Lademacher, Nachbarn, 41 f. Das Zitat stammt von Johannes Meerman, einem Publizisten des 18. Jahrhunderts.

¹⁸ Fritz Bley, Die alldeutsche Bewegung und die Niederlande (Der Kampf um das Deutschtum 11, München 1897) 22. Der Vorschlag einer gemeinsamen Marine- und Kolonialpolitik auch in einem Schreiben Kaiser Wilhelms II. an die niederländische Königin Wilhelmina vom 27. März

nation von deutscher Land- und niederländischer Seemacht. Auch der Egoismus solcher Argumentation und die darin liegende Arroganz gegenüber dem vermeintlichen Juniorpartner Niederlande waren gerade für die Angesprochenen kaum zu übersehen. Kein Wunder, daß dies auch in den Niederlanden gelegentlich zu phantasievollen Befürchtungen eines künftigen deutsch-niederländischen Krieges oder zu markigen Feststellungen wie der des Kriegsministers General Beyen führte, der seine Etatrede 1877 im Hinblick auf Deutschland mit einer Paraphrase des Rheinliedes von Nikolaus Becker schloß: „Sie sollen es nicht haben, das freie Niederland!“¹⁹ Doch die Mehrzahl der Niederländer glaubte nach 1880 immer weniger an eine ernsthafte Bedrohung ihrer Neutralität durch den deutschen Nachbarn, von dessen wirtschaftlich-industriellem Aufschwung auch sie selbst zunehmend profitierten. Die deutschen Leistungen auf diesem Gebiet, nicht zuletzt auch diejenigen deutscher Unternehmer und Fachleute, die zur relativ späten Industrialisierung der Niederlande beitrugen, erweckten bei den praktisch denkenden Holländern durchaus Respekt²⁰.

Der oranische Hof und die „höheren Kreise“ allerdings verharteten, sicher auch unter dem Einfluß der Königin Sophie, nach einer späteren Darstellung des deutschen Gesandten von Pourtalès noch über ein Jahrzehnt lang in ihrer frankophilen, antipreußischen Haltung, die geradezu eine Voraussetzung dafür gewesen sein soll, damals in der niederländischen Diplomatie Karriere zu machen²¹. Vielleicht stand dahinter auch die für König Wilhelm bittere Einsicht, daß die niederländische Großmachtrolle früherer Zeiten, ja selbst die der europäischen Mittelmacht von 1815 seit der Reichsgründung endgültig ausgeträumt war und Holland sich fortan mit der Position eines Kleinstaats, wenn auch „des Größten unter den Kleinen“, würde zufriedengeben müssen. Doch auch die Haltung des Hofes änderte sich 1890 mit der Thronbesteigung der als deutschfreundlich geltenden Königin Wilhelmina und ihrer Heirat mit einem deutschen Prinzgemahl, wenn es auch nicht der von Kaiser Wilhelm II. eigentlich gewünschte Prinz aus dem Hause Hohenzollern war. Allerdings vermochte weder diese Liaison noch die wachsende Dichte der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Deutschland, noch die Abkühlung der Beziehungen zu England infolge der Burenkriege die vorwiegend auf Westeuropa gerichtete Grundeinstellung der Holländer im Prinzip zu verändern²².

Bei aller Anerkennung deutscher Tüchtigkeit, so hieß es 1889 in einem deutschen Gesandtenbericht aus Den Haag, sei aber doch immer noch ein wenig Neid über den Aufstieg der früher verachteten Nachbarn und – so fügen wir hinzu – auch ein wenig

Fortsetzung Fußnote von Seite 32

1900: Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871 bis 1914, Bd.15 (Berlin 1927) Nr.4494, 535 ff.

¹⁹ Petri, Geschichte (wie Anm. 1), 158; zur Heirat *Lademacher*, Nachbarn, 58.

²⁰ *Von der Dunk*, Niederlande, 95; *Franz Petri*, Deutschland und die Niederlande. Wege und Wandlungen im Verhältnis zweier Nachbarvölker, in: Westfälische Forschungen 13 (1960) 34; *Fritz Krieger*, Die wirtschaftliche Verflechtung des Unterruhrgebietes mit den Niederlanden im 19. Jahrhundert (Diss. Köln 1935) 24 ff.

²¹ Bericht Pourtalès vom 28. August 1900, zit. nach *Lademacher*, Nachbarn, 51; ähnlich *Tamse*, (wie Anm. 15), 58 und 81.

²² *Lademacher*, Nachbarn, 76 f.

Besorgnis um die eigene Freiheit vorhanden, so daß eine wirkliche Deutschfreundlichkeit oder gar, wie es der Gesandte gern gesehen hätte, eine „ehrbietige Haltung vor dem mächtigen Nachbarn“²³ auch in den Jahren vor 1914 kaum aufkommen konnte. Sie blieb deshalb auf einzelne Persönlichkeiten wie den Pastor und antirevolutionären Parteigründer Abraham Kuyper, der deswegen auch kritisiert wurde, beschränkt. Bezeichnenderweise wurde England, das historisch wie kolonialpolitisch ein viel stärkerer Gegner der Niederlande war, in der öffentlichen Meinung am Ende des Jahrhunderts meist positiver gesehen als das Deutsche Reich.

II.

Belgien, das zweite der hier zu betrachtenden Länder, befand sich, verglichen mit den Niederlanden, von Anfang an in einer politisch wie strategisch viel schwächeren Position. Seit seiner revolutionären Entstehung 1830/39 viel stärker als jene vom Wohlwollen der Großmächte abhängig, geographisch eingekeilt zwischen Frankreich und Preußen sowie dem Belgien zunächst keineswegs freundlich gesinnten Holland im Norden, blieb die Existenz des kleinen Landes bis ins 20. Jahrhundert hinein immer gefährdet und setzte ein ständiges Lavieren der belgischen Diplomatie zwischen den Interessen der beteiligten Großmächte voraus. „Nous ne devons oublier que la Belgique est un pays essentiellement diplomatique, formé qu'il est par la diplomatie et se soutenant par la diplomatie“, so drückte der stellvertretende Gesandte Belgiens in Berlin, Baron Beaulieu, diesen Sachverhalt 1869 treffend aus²⁴. In diesem Balanceakt galt Frankreich in Brüssel jedenfalls bis 1870 als der gefährlichere Nachbar, wie sich zuletzt noch in den belgischen Kompensationsforderungen Napoleons III. nach 1866 und im Eisenbahnkonflikt von 1869 gezeigt hatte, als Frankreich die Kontrolle über einige strategisch wichtige ostbelgische Eisenbahnlinien anstrebte und damit natürlich deutsche Proteste und Gegenmaßnahmen hervorrief²⁵. Die latente Sorge vor einer Annexion durch Frankreich legte es der belgischen Diplomatie vor 1870 nahe, Anlehnung außer in Großbritannien auch bei der kleineren Großmacht Preußen zu suchen, obwohl sie Bismarcks Opportunismus im Hinblick auf Belgien zwischen 1866 und 1870 durchaus erkannte. Im Gegensatz zum napoleonischen Frankreich galt Preußen der bürgerlich-liberalen und der katholischen belgischen Oberschicht trotz konfessioneller Unterschiede als Hort der inneren und außenpolitischen Ordnung, als christlich fundierter Staat, an dessen Respekt vor der von ihm mitgarantierten belgischen Neu-

²³ P.A.Bonn, Acta betr. die Niederländische Presse, vol. 1, Bericht der deutschen Gesandtschaft in Den Haag vom 2. Oktober 1889, zit. nach *Lademacher*, Nachbarn, 69.

²⁴ Beaulieu an Außenminister d'Anethan, Berlin 2. Dezember 1869, bei *Tamse*, Nederland, 175.

²⁵ *Tamse*, Nederland, 141 ff.; *Horst Lademacher*, Die belgische Neutralität als Problem der europäischen Politik 1830–1914 (Bonn 1971) 224 f.; *Klaus Pabst*, Jean-Baptiste Nothomb und Deutschland. Die außen- und wirtschaftspolitische Sicherung der belgischen Unabhängigkeit nach 1839, in: *Roger Petit* (Hrsg.), Jean-Baptiste Nothomb et les débuts de la Belgique indépendante. Actes du Colloque international du Habay-la-Neuve 5 juillet 1980 (Bruxelles 1982) 131 ff.

tralität es jedenfalls keinen Zweifel gab²⁶. Hinzu kamen als Faktoren belgischer Sympathie gegenüber Preußen-Deutschland der Respekt vor der deutschen Wissenschaft, die auch an belgischen Universitäten durch zahlreiche Gelehrte vertreten war, das in der jungen flämischen Bewegung sehr wohl registrierte deutsche Interesse an flämischer Literatur und Kunst²⁷ und nicht zuletzt die engen wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen der belgischen Oberschicht zu den preußischen Westprovinzen, deren Industrialisierung im 19. Jahrhundert zu einem guten Teil das Werk belgischer Unternehmer, Fachleute und Kapitalgeber gewesen war²⁸. Wie in einem Brennglas lassen sich solche Beziehungen etwa an der Persönlichkeit des belgischen Staatsmitgründers, Ministers und Diplomaten Jean Baptiste Nothomb aufzeigen, der durch seine Heirat mit der saarländischen Industriellentochter Wilhelmine Boch, lebenslange Freundschaft mit dem rheinischen Liberalen David Hansemann und vor allem durch seine 36jährige Tätigkeit als Gesandter in Berlin zu einem zwar kritischen, aber doch aufrichtigen Bewunderer Preußens und sogar Bismarcks geworden war, auch wenn er in kritischen Situationen wie 1870 oder während des preußischen Kirchenkampfes die belgischen Interessen in Berlin sehr wohl zu wahren wußte²⁹.

Bismarcks geheime, durch Indiskretion jedoch bald in Brüssel bekanntgewordene Zustimmung zu einer französischen Annexion Belgiens zur Befriedigung der Kompensationswünsche Napoleons III. 1866 und der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges vier Jahre später machten der belgischen Öffentlichkeit allerdings deutlich, wie gefährdet die staatliche Existenz Belgiens zwischen den Großmächten trotz der 1839 garantierten Neutralität im Ernstfall noch immer war³⁰. Nicht die Reichsgründung selbst, sondern die befürchtete eigene Verwicklung in den deutsch-französischen Konflikt wurde in Brüssel als die eigentliche Gefahr der Jahre 1870/71 empfunden. Als es der belgischen Diplomatie gelang, diese Gefahr durch geschickte Kombination eines britisch-französischen mit einem britisch-preußischen Beistandsversprechen für den Fall eines Einmarschs der jeweils anderen kriegführenden Macht zu bannen³¹, begrüßten zumindest die belgischen Konservativen die Bismarcksche Reichsgründung sogar als stabilisierendes Element der europäischen Politik, da sie die französische Gefahr verminderte, selbst aber nicht als Bedrohung der belgischen Existenz empfunden wurde. Dabei wurde sogar die fortdauernde deutsch-französische Spannung mit Erleichterung registriert, hatten die Bismarckschen Avancen von 1866 gegenüber Na-

²⁶ Jacques Willequet, *Belgique et Allemagne 1914–1945*, in: *Sentiment national en Allemagne et en Belgique (XIX–XX siècles)*. Colloque des 25 et 26 avril 1963 (Bruxelles o.J./1965) 60.

²⁷ *Von der Dunk*, Vormärz (wie Anm. 4), 161; *Peter Hans Nelde*, *Flandern in der Sicht Hoffmanns von Fallersleben* (Bibliotheca Belgica 2, Wilrijk 1967); *Dieter Düdling*, *Politische Opposition im Vormärz. Das deutsch-flämische Sängerefest in Köln (1846)*, in: *Geschichte im Westen 3* (1988) 7–18.

²⁸ *Hans Seeling*, *Wallonische Industriepioniere in Deutschland* (Lüttich 1983); *Joachim Deeters* (Bearb.), *Belgien in Köln* (Ausstellungskatalog Köln 1981).

²⁹ *Jacques Ruzette*, *Jean-Baptiste Nothomb* (Bruxelles 1946) sowie die Beiträge bei *Petit*, *Jean-Baptiste Nothomb* (wie Anm. 25).

³⁰ *Lademacher*, *Neutralität* (wie Anm. 25), 200 ff.; *Pabst*, *Nothomb*, 130 f.

³¹ *Lademacher*, *Neutralität*, 224 ff.; *Tamse*, *Niederland*, 141 ff.; weiter Einzelheiten hierzu bei *Pabst*, *Nothomb*, 131.

poleon doch gezeigt, daß ein allzu enges deutsch-französisches Einvernehmen für Belgien nicht weniger gefährlich werden konnte als eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den beiden Nachbarn.

Allerdings war dies vor allem die Sicht der katholisch-konservativen Oberschicht, der belgischen Diplomatie und des politisch einflußreichen Unternehmertums. Liberale und oft antiklerikale Intellektuelle sowie die Arbeiterschaft vornehmlich im wallonischen Süden, die politisch meist sozialistisch dachte, machte demgegenüber aus ihren Sympathien für die laizistische, demokratische französische Republik keinen Hehl, blieben bis zum Ersten Weltkrieg jedoch in der Minderheit. In der Organisation der belgischen Arbeiterpartei und ihrer Übernahme reformistischer Vorstellungen ist das Vorbild der deutschen Sozialdemokratie allerdings nicht zu verkennen³².

Auch das anfangs positive Verhältnis der belgischen Katholiken zum Bismarckreich erlitt durch den Kulturkampf der siebziger Jahre einen vorübergehenden Bruch, zumal nicht wenige der damals aus Preußen vertriebenen ultramontanen Priester und Ordensleute sich, wie schon einmal im Kölner Kirchenstreit von 1837, im benachbarten Belgien niederließen und dort nicht mit antibismarckischer Propaganda sparten³³. Da ihre belgischen Glaubensgenossen sich uneingeschränkt hinter sie stellten, schlugen die bisherigen Sympathien für das Bismarckreich im klerikalen Belgien rasch in ihr Gegenteil um. Das reicht vom Mechelner Kardinalprimas Dechamps, der seinem Gnesener Amtsbruder Ledochowski in dessen Widerstand gegen die preußische Kirchenpolitik öffentlich den Rücken stärkte, bis zu jenem Lütticher Kupferschmied, der sich brieflich erbot, Bismarck als einen Feind der katholischen Kirche durch ein Attentat ums Leben zu bringen³⁴. Wohl brachte Bismarcks rigoroser Kirchenkampf ihm jetzt den Beifall einiger bisher feindlicher belgischer Liberaler ein – in der Abgeordnetenkammer wurde die Forderung nach ähnlich laizistischen Schulgesetzen auch für Belgien laut³⁵ –, doch wog das den Vertrauensschwund der katholischen Mehrheit gegenüber dem deutschen Reichskanzler nicht auf. Die belgischen Sozialisten, in ihren wenig bismarckfreundlichen Gefühlen durch eine bedeutende Emigration deutscher Arbeiter in die belgischen Industriestädte nach dem deutschen Sozialistengesetz noch bestärkt³⁶, sahen ohnehin keinen Anlaß, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem konservativen Bismarckreich zu ändern.

³² *Willequet*, Belgique (wie Anm. 26), 60; *Els Witte* und *Jan Craeybeckx*, La Belgique politique de 1830 à nos jours (Bruxelles 1987) 108 ff.

³³ *Pabst*, Nothomb 134 ff.; *Luyckx*, Geschiedenis (wie Anm. 2), I, 158; *Louis Leclère*, Bismarck et la Belgique, in: Bulletin de l'Académie Belge, Cl. Lettres 13,4 (1927).

³⁴ Der auf einer belgischen Zeitungsmeldung beruhende Bericht des deutschen Gesandten v. Balan aus Brüssel über die Korrespondenz Dechamps' vom 28. Januar 1874 war allerdings stark übertrieben; vgl. *Pabst*, Nothomb, 134. Der ganze Vorgang in P.A.Bonn, Belgien, Klerikale Agitationen Bd. I, 1873–1874. Zum Anerbieten des Kupferschmieds *Fernand de Lannoy*, Un incident germano-belge à propos du Kulturkampf (Schaarbeek 1938); es veranlaßte die belgische Regierung zu einer Verschärfung des belgischen Strafrechts, um Bismarck entgegenzukommen.

³⁵ Verwirklicht im neuen laizistischen Schulgesetz von 1879, *Luyckx*, Geschiedenis, 169 ff.

³⁶ *Klaus Pabst*, Belgien und Rheinland-Westfalen seit dem 19. Jahrhundert, in: Geschichte im Westen 5 (1990) 32. Zur Entwicklung der belgisch-deutschen Handelsbeziehungen in dieser Zeit vgl. *Helmut Sydow*, Die Handelsbeziehungen zwischen Belgien und dem Zollverein 1883–1885. Vertragspolitik und Warentausch, 2 Bde. (Köln, Wien 1979).

Allerdings fällt auf, daß die vehemente Ablehnung des preußischen Kirchenkampfs in Belgien eher eine antibismarckische als antideutsche Stimmung erzeugte, die grundsätzliche Einstellung Deutschland gegenüber also eher positiv blieb. Das sollte sich nach Bismarcks Abgang wieder an der Einschätzung Wilhelms II. erweisen, der sich als „Sozialkaiser“ in seinen ersten Regierungsjahren sogar bei belgischen Sozialisten einiger Beliebtheit erfreute und bei seinem ersten Besuch in Belgien auch von linken Blättern freundlich begrüßt wurde³⁷. Noch 1904 konnte der deutsche Gesandte aus Brüssel nach Berlin berichten, daß „der Kaiser insbesondere bei den konservativen Elementen Belgiens große Sympathien besitzt. Das von ihm geleitete Deutsche Reich gilt ihnen als der feste Stützpunkt in Europa für Recht und Ordnung, als das Bollwerk der Monarchie“³⁸. Im Gegenzug bemühte sich die deutsche Politik freilich, das überwiegend flämische, katholisch-konservative Element in Belgien nach Möglichkeit zu stützen, um es gegenüber den in Berlin mit Recht als weniger deutschfreundlich eingeschätzten französisch-liberalen bis sozialistischen Kräften nach Möglichkeit zu stärken³⁹.

Korrekt, aber nicht besonders herzlich entwickelte sich demgegenüber das persönliche Verhältnis König Leopolds II. sowie seines Neffen und Nachfolgers Albert I. zu ihrem kaiserlichen Berliner Verwandten. Wenn Wilhelm II. seinen königlichen Amtsbruder in seinen Marginalien einen „alten Juden“ nannte, „Satan und Mammon in eins“ oder auch, auf Leopolds Verhältnis zu der Pariser Tänzerin Cléo de Mérode anspielend, „Roi Cléopold“⁴⁰, so mag dabei sogar ein gewisser Respekt vor Leopolds bekannter Geschäfts- und Liebestüchtigkeit mit im Spiel gewesen sein. Leopold seinerseits revanchierte sich, indem er Bülow gegenüber das pompöse Gehabe des Kaisers durch ironisches Nachahmen des Berliner Hofstils verspottete: „Seine Majestät der König und Kaiser haben die hohe Gnade gehabt, mir über Allerhöchstderer Stellungnahme zu der in Rede stehenden Frage huldvollst Nachstehendes zu sagen, was aus Allerhöchstdero Munde zu hören den Wert der Eröffnung und das Glück, in Allerhöchstdero Nähe zu weilen, für mich noch erhöht.“⁴¹ Als Wilhelm allerdings Leopold und später noch einmal Albert anbot, ihnen die Krone eines noch zu errichtenden großbürgundischen Reiches zu verschaffen, falls sie in einem künftigen Krieg gegen Frankreich auf deutscher Seite kämpften, zweifelten beide Monarchen denn doch an der politischen Ernsthaftigkeit des Kaisers, obwohl zumindest Albert in seinen ersten

³⁷ *Lademacher*, Neutralität, 385.

³⁸ Bericht des deutschen Gesandten v. Wallwitz aus Brüssel, zit. bei *Lademacher*, Neutralität, 389.

³⁹ *Lademacher*, Neutralität, 397; vgl. den dort zitierten Erlaß Bismarcks an v. Alvensleben vom 28. November 1888.

⁴⁰ *Lademacher*, Neutralität, 385; *Jacques Willequet*, Les Dossiers „Belgique“ de la Wilhelmstraße 1900–1914, in: Archives, Bibliothèques et Musées de la Belgique 22 (1961) 1,5. Als „schlauer polnischer Jude“ erschien Leopold II. auch *Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst*, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hrsg. v. *Karl Alexander v. Müller* (Stuttgart 1931) 363 im Zusammenhang mit Geschäften zwischen ihm und Kaiser Wilhelm II., bei denen „einige Millionen“ zugunsten der deutschen Marine abfallen sollten.

⁴¹ *Bernhard v. Bülow*, Denkwürdigkeiten I (Berlin 1930) 17.

Regierungsjahren eine allzu prononcierte pro-deutsche Einstellung nachgesagt wurde⁴².

Die nach der Jahrhundertwende zunehmenden Anzeichen einer deutsch-französischen Auseinandersetzung unter möglicher Einbeziehung Belgiens, etwa die Anlage eines großen deutschen Truppenübungsplatzes bei Elsenborn unmittelbar an der belgischen Grenze, und die bramarbasierenden Vorkriegsreden des Kaisers wurden zwar auch von der belgischen Diplomatie besorgt registriert, viel weniger jedoch in der öffentlichen Meinung, die sich im Schutz der Neutralität Belgiens absolut sicher glaubte. Um so größer war der Schock, den das deutsche Ultimatum vom 2. August 1914 und der nachfolgende Einmarsch deutscher Truppen auslösten. Er ist bis heute das entscheidende Trauma in den belgisch-deutschen Beziehungen geblieben und löste neben einem bisher unbekanntem radikalen belgischen Nationalismus eine Welle von Haß und Verachtung gegenüber dem Angreifer aus, die das belgische Urteil über Deutschland in der Folge für mehrere Jahrzehnte, teilweise bis nach dem Zweiten Weltkrieg, maßgeblich bestimmen sollte. Das lag vor allem an der nach belgischem Empfinden unprovokierten, durch Bethmann Hollwegs bekannte Erklärung im Reichstag auch von deutscher Seite als Vertragsbruch zugegebenen Verletzung der belgischen Neutralität, die sich von einem Verlegenheitskompromiß der Großmächte von 1839 im Laufe von 70 Jahren in belgischen Augen zu einem „Talisman“, einer „quasi-religiösen Garantie“⁴³ der belgischen Unabhängigkeit entwickelt hatte und nun durch Deutschland gebrochen wurde. Das in der Tat oft brutale Verhalten der deutschen Truppen, die selbst ein Opfer ihrer Francitieurspsychose wurden⁴⁴, die belgische Gegenpropaganda, die die früher einmal als belgische „Kongogreuel“ behaupteten abgehackten Kinderhände und ähnliche Schandtaten jetzt kurzerhand deutschen Soldaten unterstellte und, weil man denen jetzt alles zutraute, weithin auch wirklich geglaubt wurde⁴⁵; später dann die Zwangsmaßnahmen der deutschen Besatzungsverwaltung, der Abtransport belgischer Zwangsarbeiter nach Deutschland, die Hungerrationen der Kriegsjahre, völkerrechtswidrige deutsche Eingriffe in die innere belgische

⁴² *Bülow*, Denkwürdigkeiten II, 74ff.; zu Alberts Deutschfreundlichkeit bis 1914 *Lademacher*, Neutralität, 416 und passim.

⁴³ *Willequet*, Belgique, 60.

⁴⁴ *Petri*, Geschichte (wie Anm. 1), 181; *Peter Schöller*, Der Fall Löwen und das Weißbuch (Köln, Graz 1958); Zusammenfassung der bisherigen Diskussion bei *Franz Petri* und *Peter Schöller*, Zur Bereinigung des Francitreurproblems vom August 1914, in: *VfZG* 9 (1961) 234–248. Kritisch dagegen: *Wilhelm Alff*, Die Deutschen aus unbekannter Sicht, in: *ders.*, Materialien zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte (edition suhrkamp 714, Frankfurt/M. 1976) 109–126 sowie *Lothar Wieland*, Belgien 1914. Die Frage des belgischen „Francitreurkrieges“ und die deutsche öffentliche Meinung von 1914 bis 1936 (Studien zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte 2, Frankfurt/M. 1984).

⁴⁵ *Henri Pirenne*, Histoire de la Belgique des origines à nos jours 4 (Bruxelles 1952) 294 ff. (mit Illustrationen); *Louis Gille*, *Alphonse Ooms* und *Paul de Landsbeere*, Cinquante mois d'occupation allemande, 4 Bde. (Bruxelles 1919). Auch von britischer Seite wurden zahlreiche Grausamkeiten deutscher Truppen, vor allem beim Vormarsch 1914, gegenüber der belgischen Zivilbevölkerung bestätigt, vgl. etwa den Bericht der Kommission zur Untersuchung der von deutschen Truppen verübten Gewalttätigkeiten, eingesetzt von der Regierung seiner britannischen Majestät unter dem Vorsitz von Viscount Brice (London, Lausanne 1915) oder *Arnold Toynbee*, Le terrorisme allemand en Belgique (o.O.u.J., London 1917).

Verwaltung unter offensichtlicher Bevorzugung des flämischen Aktivismus, dazu die immer wieder aus Deutschland herüberklingenden Annexionsabsichten für die Zeit nach dem Krieg – das alles trug zwar ebenfalls wesentlich zu dem totalen Umschwung des belgischen Urteils über Deutschland bei, blieb aber gegenüber dem eigentlichen Sündenfall des Neutralitätsbruchs von 1914 letztlich doch sekundär⁴⁶. Lediglich eine kleine Gruppe nationalflämischer Aktivisten arbeitete – nicht aus Deutschfreundlichkeit, sondern zur Durchsetzung ihrer autonomistischen Forderungen – dabei der Besatzungsmacht in die Hand; nach dem Krieg sollte sie es bitter zu büßen haben⁴⁷. Es war, wie schon Karl Lamprecht als Zeitgenosse bemerkte, sicher ein strategischer Fehler der deutschen Seite, ihre Sympathiewerbung auf diese kleine und wenig angesehene politische Randgruppe zu konzentrieren, anstatt sich um einen wenigstens teilweisen Abbau des Widerwillens in der großen Bevölkerungsmehrheit zu bemühen⁴⁸.

III.

Auch in der niederländischen Öffentlichkeit erregten der deutsche Neutralitätsbruch und das Verhalten der deutschen Truppen in Belgien zunächst Bestürzung und deutlich geäußerten Abscheu⁴⁹. Er wurde noch durch die Erzählungen einiger hunderttausend belgischer Flüchtlinge verstärkt, die sich auf holländisches Gebiet gerettet hatten. Als sich jedoch zeigte, daß die eigene Neutralität offenbar nicht bedroht war, wichen solche Urteile einer eher nüchternen Betrachtung der Lage, zumal die Niederländer bald merkten, daß sich an Lebensmittel- und Rohstofflieferungen in das blockierte Deutschland recht gut verdienen ließ. Hof und Offizierskreise sowie die Führer der konfessionellen Parteien neigten weiterhin mehr der deutschen Seite zu, während die Kaufleute ihre Sympathien jeweils derjenigen Seite schenkten, die ihren vom Kriege betroffenen Überseehandel am wenigsten behinderte. Gespalten zeigte sich auch die holländische Presse, die sich vor allem der möglichen Folgen einer deutschen Annexion Belgiens für die Niederlande annahm. Über allem bemühte sich die Regierung um eine formell möglichst strikte Wahrung der holländischen Neutralität, die in der Praxis allerdings manches Wohlwollen für Deutschland zeigte. Das gilt auch noch für die Endphase des Krieges, als die Niederlande den Rückzug deutscher Truppen über holländisches Gebiet erlaubten und, zum großen Ärger der siegreichen Alliierten, dem

⁴⁶ *Willequet*, Belgique, 61; zum belgischen Widerstand jetzt *Ilse Meseberg-Haubold*, Der Widerstand Kardinal Merciers gegen die deutsche Besetzung Belgiens 1914–1918. Ein Beitrag zur politischen Rolle des Katholizismus im Ersten Weltkrieg (Europ. Hochschulschriften III, 176, Frankfurt/M. 1982).

⁴⁷ *Winfried Dolderer*, Deutscher Imperialismus und belgischer Nationalitätenkonflikt. Die Rezeption der Flamenfrage in der deutschen Öffentlichkeit und deutsch-flämische Kontakte 1890–1920 (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte 7, Melsungen 1989) 34 ff.

⁴⁸ *Dolderer*, Imperialismus, 48 f. Auch Lamprecht stellte im besetzten Belgien eine „allgemeine Abneigung gegen die Deutschen“ fest, „bei den Flamen fast noch mehr als bei den Wallonen“, die vor allem auf die Greuelthaten während des Einmarsches zurückzuführen sei und die von alldeutscher Seite oft geforderte Einverleibung in das Reich ganz unmöglich mache.

⁴⁹ *Lademacher*, Nachbarn, 98 ff.; *ders.*, Geschichte der Niederlande (Darmstadt 1983) 313 f.; *Nikolaus Japikse*, Die Stellung Hollands im Weltkrieg (Gotha 1921).

abgedankten Kaiser als Privatmann Asyl gewährten. Obwohl dies wohl weniger auf Sympathien für Wilhelm II. als auf monarchischer Solidarität und einer christlich fundierten Hilfsbereitschaft beruhte, die in den ersten Nachkriegsjahren auch das hungrierende Deutschland von seiten der Niederlande erfuhr, manövierten sich die Niederlande mit dieser Haltung den Alliierten gegenüber in eine ausgesprochene Isolation; nach einer Formulierung Jacques Willequets waren sie 1919 in Brüssel „ungefähr ebenso populär wie die Deutschen“⁵⁰. Dazu trug auch die niederländische Ablehnung der auf der Pariser Friedenskonferenz vorgetragenen belgischen Forderung nach einer Abtretung Seelands und Holländisch-Limburgs bei, für die die überhaupt nicht kriegführenden Niederlande durch deutsches Gebiet um Kleve und Krefeld entschädigt werden sollten⁵¹. Als „unannehmbarer Vertrag“⁵² hat dieses bis 1925 mehrfach wiederholte Ansinnen die belgisch-niederländischen Beziehungen erheblich belastet und mit verhindert, daß die Niederlande zu einem Parteigänger der alliierten Politik gegenüber dem besiegten Deutschland wurden.

Der Erste Weltkrieg führte somit in beiden Ländern zu einem Umschlag des früheren Urteils über das Deutsche Reich, allerdings in gegensätzlicher Richtung. In Belgien stand der deutsche Nachbar nun für lange Zeit im Ruf eines auch in Zukunft noch immer gefährlichen Aggressors, der durch ein Militärabkommen mit Frankreich (1920) und die Teilnahme an der alliierten Rheinland- sowie Ruhrbesetzung in Schach gehalten werden mußte, und dessen scheinbare oder tatsächliche Versuche, sich von den Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrags zu befreien, auf das genaueste registriert wurden. Für die Niederländer dagegen war die uneingestandene Bedrohlichkeit des Kaiserreichs der außenpolitischen Schwäche der Weimarer Republik gewichen, die als Handelspartner willkommen war und als Nachbar jedenfalls sympathischer beurteilt wurde als Belgien, dessen Nationalisten unter Führung des Senators Pierre Nothomb und des von ihm gegründeten „Comité de Politique Nationale“ ihre territorialen Ansprüche gegenüber den Niederlanden 1928 sogar mit einem demonstrativen Landungsversuch auf niederländischem Grundgebiet im Stil Gabriele d’Annunzios unterstrichen⁵³.

⁵⁰ *Willequet*, Belgique, 67.

⁵¹ *Japikse*, Stellung, 333 und passim; *Petri*, Geschichte, 192f.; *Klaus Pabst*, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964) 253f.; *Sally Marks*, Innocent Abroad. Belgium at the Paris Peace Conference of 1919 (Chapel Hill 1981) 261 ff.

⁵² *Rolf Leonard Schuurmsma*, Het onaannemelijk tractaat. Het verdrag met België van 3 april 1925 en de Nederlandse publieke opinie (Diss. Utrecht 1975); *Jacobus Verboeff*, Die niederländisch-belgischen Verhandlungen in der Nachkriegszeit mit besonderer Berücksichtigung des Scheldeproblems (Diss. Köln 1939).

⁵³ *M.P.H. Desneux*, Pierre Nothomb et la révision des traités de 1839, in: *Francis Balace* u.a., Pierre Nothomb et le nationalisme belge de 1914 à 1930 (Cahiers de l’Académie Luxembourgeoise N.S.8, Arlon 1980) 51. Pierre Nothomb als „belgischer d’Annunzio“: *Jonathan E. Helmreich*, Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy (Den Haag 1976) 287. Zu den gespannten belgisch-deutschen Beziehungen dieser Zeit vgl. die sehr materialreiche Arbeit von *Christoph W.W. Jacobs*, Belgien und die Rhein-Ruhr-Frage 1918–1923 (Diss. Bonn 1976).

IV.

Nicht ganz so krass wie in Belgien, aber doch deutlich genug vollzog sich der Umschwung der Urteile über Deutschland während des Ersten Weltkriegs auch im kleineren Luxemburg, das bis dahin als Mitglied des Zollvereins, bis 1866 auch des Deutschen Bundes, und durch die enge Verflechtung seiner Stahlindustrie mit der rheinischen und lothringischen in den engsten Beziehungen zu Deutschland gestanden hatte⁵⁴. Zwar war das Lied „Mer welle keine Preisen sin“ während der ungeliebten preußischen Besatzung Luxemburgs bis 1867 zur inoffiziellen Nationalhymne des Landes geworden und kann somit als kompetenter Ausdruck der öffentlichen Meinung gelten, doch richtete sich diese Abneigung vor allem gegen das militärisch-arrogante Preußentum, weniger gegen Deutschland an sich und schon gar nicht gegen die unmittelbaren Nachbarn im Rhein-Mosel-Gebiet, zu denen enge sprachliche und oft auch familiäre Beziehungen bestanden. Der deutsche Einmarsch von 1914 und ein taktloser Besuch Kaiser Wilhelms während des Krieges hatten aber auch im neutralen Luxemburg die Sympathien für Deutschland so weit zerstört, daß die als deutschfreundlich geltende Großherzogin Maria Adelheid Anfang 1919 zurücktreten mußte, um das Land in einer Art Königinnenopfer vor der drohenden französischen Annexion zu retten⁵⁵. Selbst ein nach deutschem Vorbild gebildeter luxemburgischer Bauern- und Soldatenrat, der, wenn auch folgenlos, 1918 auch dort die Republik ausrief, zeigte für Deutschland keinerlei Sympathien⁵⁶. Wie ein Referendum vom 28. September 1919 zeigte, neigte die Mehrzahl der Luxemburger vielmehr einem wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich und zugleich der Fortdauer ihrer politischen Selbständigkeit unter der neuen Großherzogin Charlotte zu⁵⁷. Anstelle des Zollanschlusses an das Deutsche Reich ging Luxemburg 1920 dennoch eine Zoll- und Währungsunion mit dem belgischen Nachbarn ein. Ungeachtet der weiterhin engen Beziehungen zum benachbarten Rheinland und der Bemühungen luxemburgischer Industrieller wie Emil Mayrisch um eine deutsch-französisch-belgisch-luxemburgische Rohstahlgemeinschaft blieb das Verhältnis zu Deutschland, das nach wie vor als latente Gefahr für die Selbständigkeit des Großherzogtums angesehen wurde, nach 1918 lange Zeit distanziert. Erst nach dem Abschluß der Garantieverträge von Locarno, freilich ohne eigene Beteiligung Luxemburgs, und einem Berlinbesuch des als „ausgesprochen deutschfreundlich“ geltenden Ministerpräsidenten Joseph Bech 1930 erwärmten sich

⁵⁴ *Albert Calmes*, Der Zollanschluß des Großherzogtums Luxemburg an Deutschland, Bd. 2 (1842–1918) (Luxemburg 1919); *James Newcomer*, The Grand Duchy of Luxemburg. The Evolution of Nationhood 963 A.D. to 1983 (London 1984).

⁵⁵ *Gilbert Trausch*, Le Luxembourg à l'époque contemporaine (1839–1974) (Luxemburg 1975) 131f.; *Nikolaus Welter*, Im Dienste. Erinnerungen aus verworrenere Zeit (Luxemburg 1926) 92 ff.; *Christian Calmes*, 1914–1919. Le Luxembourg au centre de l'annexionisme belge (Histoire contemporaine du Grand-Duché de Luxembourg X, Luxembourg 1976) 485 ff.

⁵⁶ *Welter*, Im Dienste, 46.

⁵⁷ *Christian Calmes*, 1919. L'Etrange Referendum du 28 Septembre (Histoire Contemporaine du Grand-Duché de Luxembourg XI, Luxembourg 1979); *Welter*, im Dienste, 95; *Trausch*, Luxemburg, 135.

die luxemburgisch-deutschen Beziehungen wieder zu einem gutnachbarlichen Verhältnis⁵⁸.

V.

Im belgischen Urteil dagegen galt die Weimarer Republik anders als in Holland und teilweise Luxemburg als geistige und bald auch machtpolitische Nachfolgerin des deutschen Kaiserreichs und deshalb als nicht minder gefährlich. Die nur zum Teil durchgesetzten belgischen Forderungen auf der Pariser Friedenskonferenz, ständige Reibungen zwischen der Reichsregierung oder örtlichen deutschen Behörden und der belgischen Besatzung im Rheinland, vermeintliche oder tatsächliche Unwilligkeit der Deutschen zur Zahlung der gerade im zerstörten Belgien dringend benötigten Reparationen, der passive und teilweise auch aktive Widerstand gegen belgische Truppen während der Ruhrbesetzung von 1923, nicht zuletzt auch die als Unbußfertigkeit ausgelegte deutsche Ablehnung des Kriegsschuldartikels 235 des Versailler Vertrages, dies alles trug, von der belgischen Presse immer wieder anklagend zur Sprache gebracht, dazu bei, daß sich das seit 1914 aus Abneigung und Furcht gemischte belgische Urteil über den deutschen Nachbarn nach dem Ende des Krieges eher noch verstärkte⁵⁹. Nicht zu vergessen sind dabei auch die sogenannte „belgische Markfrage“ und die ständigen, offen oder verdeckt vorgetragenen deutschen Revisionsforderungen im Hinblick auf das an Belgien abgetretene Gebiet von Eupen und Malmédy⁶⁰, die in Belgien auch deshalb sehr ernst genommen wurden, weil sie nicht nur von der nationalen Rechten, sondern auch aus dem katholischen Zentrum und sogar aus manchen Kreisen der deutschen Sozialdemokratie kamen und durch eine irredentistische Bewegung in Eupen-Malmédy selbst Unterstützung fanden⁶¹. Von den großen belgischen Parteien unterstützten lediglich die Sozialisten und ihre Presse die deutsche Forderung und traten für eine Lösung der Eupener Frage durch eine erneute Abstimmung der Betroffenen ein. Das durch Indiskretion zumindest in großen Zügen bekanntgewordene Angebot Stresemanns, Belgien gegen Hergabe eines größeren Kredits 1925/26 zur Rückgabe Eupen-Malmédys zu veranlassen, fand in der belgischen Presse ein zwiespältiges Echo: katholische, liberale und sozialistische Blätter erklärten sich zumindest im Prinzip damit einverstanden, während die konservativ-nationalistische „Nation belge“ darin einen erneuten deutschen Versuch zur Erschütterung des gesamten Systems von Versailles sah. Lediglich die flämische „Frontpartei“, das Sam-

⁵⁸ Paul Dostert, *Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940–1945* (Diss. Freiburg/Br., Luxemburg 1985).

⁵⁹ Willequet, *Belgique*, 66; Helmreich, (wie Anm. 53), 217 f.

⁶⁰ Manfred J. Enssle, *Stresemann's Territorial Revisionism. Germany, Belgium and the Eupen-Malmédy Question 1919–1929* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 94, Wiesbaden 1980) 115 ff.; Pabst, *Eupen-Malmédy*, 322 ff. Zur „Markfrage“, der nicht durch den Friedensvertrag gedeckten Forderung der belgischen Nationalbank nach Aufwertung ihrer durch die Inflation wertlos gewordenen Bestände an deutscher Papiermark, Enssle, 33–50, sowie Pabst, 453 ff.

⁶¹ Pabst, *Eupen-Malmédy*, 459 f.

melbecken der flämischen Aktivisten aus den Schützengräben des Weltkriegs, erblickte im Zwischenkriegsdeutschland nach wie vor das große Brudervolk, von dem, wenn auch auf vorläufig noch nebelhafte Weise, am ehesten Hilfe zur Befreiung von französisch-francobelgischer Vorherrschaft zu erhoffen war⁶².

Erstaunlicherweise hat die Machtergreifung Hitlers das belgische Verhältnis zu Deutschland, abgesehen von den Hitler strikt ablehnenden Sozialisten und Kommunisten, zunächst einmal merklich entspannt. Noch im Juni 1934 sprach Ministerpräsident Jaspar anerkennend von einer Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen, da das Reich unter Hitlers Führung endlich aufgehört habe, die Bestimmungen des Locarno-Vertrags ständig in Frage zu stellen⁶³. Wie große Teile der belgischen Öffentlichkeit wurde auch Jaspar damit ein Opfer jener „grandiosen Selbstverharmlosung“⁶⁴, mit der das Dritte Reich seinen Nachbarn jahrelang seine angebliche Friedfertigkeit und Ungefährlichkeit vor Augen führte. Wie sehr man sich da täuschte, sollte sich schon in den folgenden Jahren erweisen, als deutsche Wehrhoheit und die Wiederbesetzung des Rheinlands unter Verletzung der Locarno-Verträge auch Belgien schmerzhaft vor Augen führten, daß die Gefahr aus dem Osten seit 1933 nicht geringer, sondern größer geworden war. Besorgnis vor der Politik Hitlers war jetzt nicht mehr nur aus der sozialistischen und kommunistischen, sondern auch aus einem Teil der bürgerlichen Presse heraus zu lesen, obwohl einige Blätter aufgrund deutscher Subsidien und vor allem belgische Wirtschaftskreise, die von der Aufrüstung des Reiches profitierten, auch nach 1936 eine in Berlin gern gesehene „Deutschfreundlichkeit“ zeigten⁶⁵, und wie die Regierung den deutschen Nachbarn einschätzte, zeigte auch ohne Worte der Neubau eines starken Festungsgürtels ostwärts der Maas. Die belgischen Sorgen betrafen auch die deutsche „Heimatsbewegung“ in Eupen und Malmedy, die ab 1935 reorganisiert und im Sinne nationalsozialistischer „Volksgruppenpolitik“ zu einem informellen Instrument deutscher Einflußnahme ausgebaut wurde⁶⁶.

Mit dem Zusammenbruch der Locarno-Politik war 1936 ein wesentlicher Fixpunkt der belgischen Nachkriegsdiplomatie verlorengegangen; jetzt mußten wohl auch die positiven Urteile revidiert werden, die belgische Politiker zuvor außer über Hitler auch über andere führende Nationalsozialisten geäußert hatten⁶⁷. Leopolds III. Ausweg in

⁶² Ebd. 470 f.; zu den Rückgabeverhandlungen vgl. ADAP, Serie B, I,1 (Göttingen 1966) 42 passim. Das Deutschlandbild der „Frontpartij“ nach dem Kriege bei *Dolderer*, Imperialismus (wie Anm. 47), 233.

⁶³ Bericht des Gesandtschaftsrats Adelman aus Brüssel vom 30. Juni 1934, BA Koblenz, Reichskanzlei R 43II/1426 Belgien I (Abschrift).

⁶⁴ Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938 (Frankfurt/M., Berlin 1968 328).

⁶⁵ *Witte und Crayebeckx*, Belgique (wie Anm. 32), 244; *John Gillingham*, Belgian Business and the Nazi New Order (Gent 1977) 11 ff.

⁶⁶ *Pabst*, Eupen-Malmedy, 383 ff.; *Martin R. Schärer*, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg (Europ. Hochschulschriften III,38, Bern u.a. 1978) 32 ff.

⁶⁷ So zeigte sich der langjährige belgische Außenminister Paul Hymans auch von der Persönlichkeit Josef Goebbels' beeindruckt: „Figure curieuse, énigmatique, qui laisse une impression

eine erneuerte belgische Neutralität muß eher als ein Ausdruck der Hilflosigkeit denn als wirkliche Lösung gelten, und auch die Beschwichtigungsversuche der Oslo-Staaten, innerhalb derer es endlich auch wieder zu einer belgisch-niederländischen Annäherung kam, zeitigten eher Hoffnungen als meßbaren Erfolg⁶⁸. Angesichts solcher pessimistischer Erwartungen rief der zweite deutsche Einmarsch von 1940 in Belgien bei weitem nicht mehr die gleichen antideutschen Reaktionen hervor wie der erste 26 Jahre zuvor. Die meisten Belgier hatten anscheinend ein Gefühl dafür, daß, anders als 1914, im deutsch-belgischen Verhältnis noch mehrere Rechnungen offenstanden, die nun von deutscher Seite beglichen wurden. Zwar lehnten die meisten Belgier auch im Zweiten Weltkrieg die deutsche Besatzung und besonders ihre Zwangsaktionen gegen Juden und Widerstandskämpfer ab, aber nicht, wie im Ersten, auch die Besatzer selbst, deren Zurückhaltung im Rahmen des Möglichen im belgischen Urteil durchaus Anerkennung fand⁶⁹. Nicht zuletzt trug dazu die vorsichtige, stets auf eine sachliche Zusammenarbeit bedachte Militärverwaltung des Generals von Falkenhausen bei, eine „Ausnahme unter den deutschen Besatzungsverwaltungen“ (Weber), deren Chef in belgischen Widerstandskreisen als Gegner des Nationalsozialismus und möglicher Minister einer deutschen Regierung nach der Beseitigung Hitlers galt⁷⁰. Überdies fanden der Einmarsch von 1940 und die nachfolgende deutsche Besatzung, dem ideologischen Charakter des Zweiten Weltkriegs entsprechend, in viel größerem Umfang als 1914 auch Unterstützung in Teilen der belgischen Bevölkerung. Hier sind nicht nur die flämischen Nationalisten des V.N.V. (Vlaams National Verbond) und die Nationalsozialisten der SS-nahen Gruppe „De Vlag“ zu nennen, sondern auch die zahlenmäßig starke Rex-Bewegung des Wallonen Léon Degrelle⁷¹. Daraus erklärt sich auch, daß sich das belgische Urteil über die Deutschen nach einer relativ kurzen Aufwallung patriotischer, deutschfeindlicher Gefühle am Ende des Krieges rasch von verständlichen Emotionen löste und seit etwa 1950 zu einer sachlichen, beiden Seiten gerecht werdenden Beurteilung des Zweiten Weltkriegs tendiert, während das Trauma des Ersten

Fortsetzung Fußnote von Seite 43

complexe et exerce une attraction.“ Aufzeichnung Hymans' von der Völkerbundstagung in Genf, 29. September 1933, in: Documents Diplomatiques Belges, publiés par Charles De Visser et Fernand De Langenhove, III (Bruxelles 1964) 179 (Dok. Nr. 55).

⁶⁸ David Owen Kieft, *Belgium's Return to Neutrality* (Oxford 1972); Ger van Roon, *Small States in Years of Depression. The Oslo Alliance 1930–1940* (Assen, Maastricht 1989).

⁶⁹ Willequet, *Belgique*, 70 f.; Petri, *Geschichte*, 212. Ein belgisches Standardwerk zur Lage unter deutscher Besatzung ist immer noch *Jo Gérard-Libois und José Gotovich, L'an 40. La Belgique occupée* (Bruxelles 1971).

⁷⁰ Willequet, *Belgique*, 71; Wolfram Weber, *Die innere Sicherheit im besetzten Belgien und Nordfrankreich 1940–44* (Diss. Köln, Düsseldorf 1978) 167 ff.; Wilfried Wagner, *Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkriegs* (Wehrwiss. Forschungen 18, Boppard 1978). Falkenhausens eigene Stellungnahme in: *Alexander von Falkenhausen, Mémoires d'Outre-guerre. Comment j'ai gouverné la Belgique de 1940–1944*, éd. par Jo Gérard (Bruxelles 1974).

⁷¹ Umfangreichste Darstellung von Albert De Jonghe, *La lutte Himmler – Reeder pour la nomination d'un HSSPF à Bruxelles 1942–44*, 5 Teile, in: *Cahiers d'Histoire de la Seconde Guerre Mondiale* 3–5, 7 und 8 (Bruxelles 1974–84); ders., H.-J. Elias als Leeder van het Vlaams Nationaal Verbond, in: *Revue belge d'histoire contemporaine* 6 (1975) 197–238 und 7 (1976) 329–423.

noch immer nicht ganz vergessen ist⁷². Jener deutsche Diplomat der 1950er Jahre, der beim Amtsantritt in Brüssel erwartete, auf Schritt und Tritt mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs konfrontiert zu werden, während die des Ersten wohl endlich überwunden seien, und dann erstaunt feststellen mußte, daß es sich genau umgekehrt verhielt, hatte die Paradoxie des belgischen Nachkriegsurteils über den deutschen Nachbarn kennengelernt⁷³.

VI.

Ähnlich wie die Belgier täuschten sich nach 1933 auch viele Holländer lange Zeit über den wahren Charakter des Dritten Reiches. Zwar verurteilten Sozialisten und Kommunisten auch hier Hitlers Machtergreifung von Anfang an, weil sie in Europa zum Krieg führen müsse; ein von ihnen und den linken Gewerkschaften 1933 ausgerufenen Boykott deutscher Waren wurde bezeichnenderweise aber nur sporadisch befolgt⁷⁴. Denn die beiden protestantischen Konfessionsparteien, die Christlich-Historische Union und die Antirevolutionäre Partei, und die von ihnen gebildeten Regierungen beurteilten das neue Deutschland vor allem unter den Gesichtspunkten des Handels und der in den Niederlanden üblichen ideologischen Toleranz. So kommentierte der den Antirevolutionären nahestehende „Standaard“ die „Machtergreifung“ Hitlers 1933 im wesentlichen mit der Feststellung, daß die Ernennung Hugenbergs zum Landwirtschaftsminister wenig Hoffnung auf eine Steigerung der holländischen Agrarexporte lasse⁷⁵. Selbst die nationalsozialistische Sozialisten- und Kommunistenverfolgung und der deutsche Judenboykott vom April 1933 trafen trotz allgemeiner Mißbilligung bei den konservativen protestantischen Parteiführern auf Zustimmung oder wenigstens auf ein gewisses Verständnis. Dagegen gehörte die Römisch-Katholische Staatspartei aus religiösen Gründen schon recht früh zu den entschiedenen Gegnern NS-Deutschlands. Goebbels galt ihrer Presse als „abgefallener Katholik“, Göring als „fanatischer Katholikengegner“ und Hitler als Verfassungsbrecher gegenüber der katholischen Kirche⁷⁶. Hinter dieser Ablehnung standen aber wohl nicht nur konfessionelle Motive, sondern besonders in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre auch die Sorge vor der offen mit Hitlers Deutschland sympathisierenden NSB (Nationaal-Socialistische Beweging) Adriaan Musserts, die zwar nur einmal, bei Provinzialwahlen

⁷² Kurt Grünebaum, Belgien blickt auf die Bundesrepublik, in: *Johannes Haas-Heye* (Hrsg.), *Im Urteil des Auslandes. Dreißig Jahre Bundesrepublik* (Beck'sche Schwarze Reihe 194, München 1979) 38f.

⁷³ Die Anekdote bei *Willequet*, Belgique, 59.

⁷⁴ *Lademacher*, Nachbarn, 149.

⁷⁵ *Horst Lademacher*, Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: *Heß* und *Schisler*, (wie Anm. 8), 53; zum Folgenden *ders.*, Nachbarn, 143 und 145. Dagegen allerdings der konsequente Widerstand evangelisch-kirchlicher Kreise in den Niederlanden gegen den Nationalsozialismus: *Ger van Roon*, *Zwischen Neutralismus und Solidarität. Die evangelischen Niederlande und der deutsche Kirchenkampf 1933–1942* (Studien zur Zeitgeschichte 24, Stuttgart 1984) bes. 40ff.

⁷⁶ *Lademacher*, Nachbarn, 148; *ders.*, *Geschichte*, 358.

1935, über 10 Prozent der Wählerstimmen hinauskam, diese aber bevorzugt in den katholischen Hochburgen Limburgs und Nordbrabants fand⁷⁷.

Wirtschaftlich erzwangen die schwierigen Jahre nach 1933 eine enge Kooperation mit Deutschland, bei der in der niederländischen Presse auch viel Lob für die augenscheinliche Effektivität der deutschen Wirtschaftspolitik abfiel. Gegenseitige Besuche holländischer und deutscher Kaufleute und Kommunalpolitiker in Rotterdam und Köln, in deren Tischreden gegenseitig viele Komplimente erklangen, verstärkten für die Öffentlichkeit noch den Eindruck einer guten, ja freundschaftlichen Zusammenarbeit⁷⁸. Die Rolle der „Deutsch-Niederländischen Gesellschaft“ bei dieser Kontaktpflege dürfte ähnlich hoch einzuschätzen sein wie die der luxemburgischen „Gedelit“, die auf ähnliche Weise im Großherzogtum eine gesteuerte Imagepflege zugunsten des Dritten Reiches betrieb⁷⁹. Aber auch von der niederländischen Verwaltung wurden beispielsweise die deutschen Methoden zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, etwa durch Einführung des Reichsarbeitsdienstes, bewundert und in Holland zur Nachahmung empfohlen. Niederländischen Arbeitslosen wurde die heimische Unterstützung entzogen, wenn sie sich weigerten, ihnen in Deutschland angebotene Arbeitsplätze anzunehmen⁸⁰.

Bei soviel niederländischem Wohlverhalten mußte der deutsche Überfall von 1940 dort zu einem ähnlichen Schock wie 1914 in Belgien führen. Zunächst schien es selbst nach dem deutschen Einmarsch noch so, als sei ein friedliches Zusammenleben mit der im Anfang durchaus respektierten deutschen Besatzung möglich. Doch die ideologisch bestimmte Politik des in den Niederlanden durch einen zivilen, also nationalsozialistischen Reichskommissar ausgeübten deutschen Besatzungsregimes, seine harten Reaktionen auf alle Versuche niederländischen Widerstands etwa bei den großen Streiks von 1941 und 1943/44 sowie vor allem seine rigorose Judenpolitik verletzen zutiefst das niederländische Selbstbewußtsein und Toleranzgefühl, so daß eine Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzung immer weniger möglich schien⁸¹. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, an dessen Ende in den Niederlanden noch die Zerstörung großer landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Überschwemmung und ein schrecklicher Hungerwinter standen, haben zu einem sehr negativen, von Mißtrauen und Abneigung geprägten Urteil über die letzten 12 Jahre des deutschen Reiches geführt, das lange Zeit auch auf die Bundesrepublik übertragen wurde und bis heute Ursache einer aufs höchste gesteigerten Sensibilität gegenüber allen Erscheinungsformen des deutschen Rechtsradikalismus blieb.

⁷⁷ *Lademacher*, a.a.O.; *Sjoerd Y.A. Vellenga*, *Katholiek Zuid Limburg en het fascisme. Een onderzoek naar het kiesgedrag van de Limburger in de jaren dertig* (Diss. Utrecht, Assen 1975) 43 f.

⁷⁸ *Lademacher*, *Beziehungen* (wie Anm. 75), 56 f.

⁷⁹ *Ders.*, *Nachbarn*, 132 ff.; *Dostert*, *Luxemburg* (wie Anm. 58), 30 ff.

⁸⁰ *Lademacher*, *Geschichte*, 348.

⁸¹ *Konrad Kwiet*, *Reichkommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung* (Schriftenreihe d. VfZG 17, Stuttgart 1968); *Falkenhausen*, *Memoirs* (wie Anm. 70).

VII.

Abschließend bleibt festzustellen, daß das Urteil über Deutschland in allen drei Ländern, vielleicht noch am wenigsten in Luxemburg, ganz überwiegend vom Erlebnis der beiden Weltkriege geformt worden ist. Ihnen gegenüber fallen die davorliegenden Friedenszeiten heute kaum noch ins Gewicht. Während der Erste Weltkrieg vor allem in Belgien prägend war und das dortige, bis dahin eher günstige Deutschlandbild in sein Gegenteil verkehrte, hat die deutsche Niederlage von 1918 im neutralen Holland dazu beigetragen, die „geheime Besorgnis“ im niederländisch-deutschen Verhältnis der Vorweltkriegszeit⁸² abzutragen und das Deutschland von Weimar, das überdies eher als das Kaiserreich den demokratischen Vorstellungen der Holländer entsprach, in ein günstigeres Licht zu rücken, ein positives Urteil, das die Mehrheit der Niederländer in Verkennung von dessen wahren Charakter später auch auf das Dritte Reich übertrug. Um so unerwarteter kam für sie, die sich im Schutz ihrer selbst gewählten Neutralität und des im Ersten Weltkrieg bewährten guten Verhältnisses zu Deutschland sicher fühlten, dann die Besetzung von 1940 mit ihren inneren Folgen, die für das niederländische Urteil in den folgenden Jahrzehnten auch gegenüber der Bundesrepublik maßgebend waren. Belgien als Siegermacht des Ersten Weltkriegs hat dagegen zur Weimarer Republik und ihren Forderungen nach Revision des Versailler Friedensvertrags niemals ein ungetrübtes Verhältnis gefunden. Die auch in Belgien feststellbare anfängliche Fehleinschätzung des Dritten Reiches als einer friedliebenden Macht wurde dort aufgrund der sich nach 1935 häufenden Vertragsverletzungen Hitlers sowie der Radikalisierung der deutschen Minderheit in Eupen und Malmedy allerdings früher korrigiert als in den davon nicht betroffenen Niederlanden. Daher konnte auch der quasi erwartete deutsche Überfall vom Mai 1940 in Belgien nicht die gleichen psychologischen Folgen haben wie dort. So paradox es auch klingen mag: Die deutsche Besetzung im Zweiten Weltkrieg trug mit dazu bei, das belgische Trauma von 1914 zu überwinden und, ebenso wie in Luxemburg, wenige Jahre nach Kriegsende wieder ein unbefangeneres Urteil über den deutschen Nachbarn zu finden, ein Weg, der in den Niederlanden wesentlich länger dauerte und bis heute noch nicht vollständig abgeschlossen ist⁸³.

⁸² Petri, Geschichte, 138.

⁸³ Jürgen C. Heß und Friso Wielenga, Gibt es noch Ressentiments? Das niederländische Deutschlandbild seit 1945, in: Heß und Schissler, Nachbarn (wie Anm. 8), 13 ff.; Friso Wielenga, West-Duitsland, partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949–1955 (Den Haag 1989); ders., Schaduwen van de Duitse Geschiedenis. De omgang met het nazi- en DDR-verleden en de Bondsrepubliek Duitsland (Amsterdam 1993).

Nils Runeby

Zeugen eines deutschen Jahrhunderts. Schwedische Urteile über das Deutsche Reich

I.

„Die Preussen haben dekretiert: Frankreich soll deutsch und Deutschland preussisch werden; der Nil, der Tiber und die Seine sind Nebenflüsse der Spree. Die Hauptstadt, die während vier Jahrhunderte die Welt mit ihrem Strahlkranz umhüllt hat, ist überflüssig; Berlin reicht in der Zukunft aus; Montaigne, Rabelais, Pascal, Molière, Diderot, Rousseau, Danton und die französische Revolution haben nie existiert; wir brauchen keinen Voltaire, weil wir einen Bismarck haben; Denken, Wissenschaft, Poesie, Kunst, Fortschritt werden in Zukunft in Potsdam anfangen und in Spandau aufhören.“

Als der schwedische Publizist Carl von Bergen im Jahre 1870 diese Abrechnung mit Preußen (mit Hilfe von Victor Hugo) in seiner Zeitschrift „Die Zukunft“ publizierte, befand er sich im Einklang sowohl mit der Mehrheit seiner Kollegen in Schweden als auch mit der bisherigen offiziellen schwedischen Politik. Die schwedische Linie war beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges ausgesprochen profranzösisch, und das aufstrebende Deutsche Reich wurde mit Argwohn und Ablehnung betrachtet. Der Grund für diese Haltung lag nicht nur in einer allgemeinen Sympathie für Frankreich. Die deutsch-dänischen Kriege von 1848 und 1864 waren immer noch in lebhafter Erinnerung, und die sog. skandinavistische Bewegung, die die öffentliche Debatte in den 40er und 50er Jahren beherrscht hatte, hinterließ aus vielen Gründen einen bitteren Nachgeschmack.

Die Bewegung, die eine engere Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Schweden/Norwegen – kulturell und politisch – befürwortete, und die auch antirussisch gefärbt war (die russische Eroberung Finnlands im Jahr 1809 war in Schweden nicht vergessen), hatte in den 40er Jahren in beiden Staaten als eine gewissermaßen national-liberale und generationsbedingte Studentenrevolte angefangen. Nach dem Scheitern der europäischen Revolution wurde sie jedoch von führenden Gruppen aufgefangen, der Skandinavismus wurde offiziöser, und die Schlagworte von skandinavischer Zusammenarbeit wurden als ein außenpolitisches Werkzeug benutzt.

Die große Krise der skandinavischen Rethorik kam im Jahr 1864. Die Stimmung war wieder eindeutig antideutsch, aber die in Dänemark erwartete schwedische Hilfe gegen Deutschland blieb, trotz skandinavistischer Sympathieerklärungen selbst von

seiten des schwedischen Königs, aus. Die schwedische Regierung ließ – aus realpolitischer Einsicht – die Dänen im Stich. Die Situation war ziemlich kompliziert und für die Zukunft von großer Bedeutung. Die verhängnisvolle Entscheidung, sich von schwedischer Seite nicht einzumischen, bedeutete teils einen Schritt auf dem Wege zu der Neutralitätspolitik, die in den kommenden hundert Jahren für Schweden richtungsweisend werden sollte, teils einen bedeutenden Prestigeverlust des Königs und der Königsmacht, was nach heftigen Auseinandersetzungen später zu dem Durchbruch des parlamentarischen Systems und der politischen Demokratie führte. Im Jahr 1870 aber ist von Bergens Bitterkeit verständlich.

Bemerkenswert in den antideutschen Polemiken in Schweden zur Zeit der dänischen und französischen Kriege ist die Kritik gegen das durch Bismarck verkörperte Preußen. Preußen symbolisierte Machtentfaltung und Gleichschaltung (Deutschland wird „preußifiziert“), politische Reaktion, Brutalisierung des Politischen und eine maßlose kulturelle Überheblichkeit. Die Einigung Deutschlands, heißt es in einer großen, liberalen Zeitung, bedeute nicht die Freiheit Deutschlands, sondern „die Versklavung des deutschen Volkes im Dienste der hohenzollerschen Eroberungssucht“. Bismarck, schreibt ein führender politischer Kommentator, beabsichtige, „die bisher selbständigen Königreiche und Fürstentümer in Deutschland zu unterdrücken und danach alle die Gebiete in Europa zu erobern, wo eine Majorität oder eine Minorität deutschsprachig ist“. Es näherte sich somit eine neue Eisenzeit. Das militaristische, preußische Deutschland, das Europa und Skandinavien bedroht, wurde zum Standardargument.

Ein mehr philosophischer Kopf mochte die Entwicklung aus weltgeschichtlicher Sicht betrachten: Die Zeit der lateinischen Völker sei nun zu Ende, und es näherte sich die Epoche der Germanen. Das bedeute aber auch, daß das Abendland sich selbst zerfleische. Die slavische Barbarei werde vom Osten kommen und es schlucken. Vielleicht entstehe dadurch eine Möglichkeit für die Angelsachsen in Amerika, aber das Schicksal Europas sei besiegelt. Die Vorstellung einer fast unausweichlichen Konfrontation zwischen Ost und West gehörte nun zum ständigen Repertoire¹. Schweden befand sich in der Zange zwischen Deutschland und Rußland.

Es kann behauptet werden, daß die komplizierte Problematik der deutschen Einigung, der ‚germanischen‘ Expansion und des neuen deutschen Reiches ein Hauptfaktor im schwedischen politischen und kulturellen Leben der nächsten hundert Jahre wurde. Im folgenden wird versucht, mit Hilfe von drei schwedischen Deutschlandreisenden aus verschiedenen Epochen und einigen kurzen, ergänzenden Kommentaren und Hinweisen die Entwicklung dieser Problematik andeutungsweise zu beleuchten. Damit wird sich die Argumentation hoffentlich deutlicher herauskristallisieren.

¹ Erik Gullberg, *Tyskland i svensk opinion 1856–1871* (Lund 1952) 288 ff. Vgl. die Besprechung von *Sture M. Waller*, in: *Historisk tidskrift* (1956) 106 ff. Von grundlegender Bedeutung für die Beurteilung der schwedischen Außenpolitik ist immer noch das Sammelwerk *Den svenska utrikespolitikens historia*, hier: III:4 1872–1914 von *Folke Lindberg* (Stockholm 1958); im folgenden zitiert: *Lindberg*, *Utrikespolitiken*.

II.

Die schwedischen Reaktionen auf die deutsche Expansion waren nicht überall gleicherweise negativ. Es gab auch Alternativen zu den pessimistischen Analysen, und ein Beispiel zur Zeit der deutschen Expansion soll etwas ausführlicher angeführt werden, weil dort Themen anklingen, die nachher fast stereotyp wiederkehren. Diese Analyse stammt aus dem Jahre 1869, und der Verfasser klagt, daß es zur Mode geworden sei, vor allem in der Presse, „den Germanismus und [die] germanische Kultur zu verhöhnern“. Spotte man nicht über den eigenen König und seine Regierung, gelte der Hohn Deutschland, Preußen, Bismarck oder „den hochtrabenden und unpraktischen Professoren“ „mit ihrer unduldsamen Intelligenz“, ihrem „unergründlichen ‚Gemüth‘“, ihrer Forderung auf „deutsches Bildungssupremat“, oder „den steifen, preußischen, pickelbehaubten Soldaten mit ihrem ‚Geist‘, ihrer Potsdamer Schinderei“, oder „dem zahllosen formalistischen Beamtenchwarm mit seiner unerträglichen Zentralisierung und seiner kleinlich ‚bureaukratischen‘ Pünktlichkeit“. Diese Zusammenfassung der anti-deutschen Kritik gibt ein klares Bild von der Mischung aus älteren und aktuellen Argumenten, die in der Polemik verwendet wurde.

Gegen diese „ungerechte Einseitigkeit“, die – wie es hieß – von Skandalschreibern verbreitet wurde, wollte nun der Verfasser protestieren. Königstreue und Disziplin seien positive Eigenschaften, und „die germanische Nation“ habe eine beneidenswerte „Lebenskraft“ und „Bildsamkeit“. Liberale Hypothesenmacher hätten die deutschen Einheitsbestrebungen nicht anerkennen wollen. Selbst der Verfasser wollte die deutsche Frage in einer historischen Perspektive sehen. Schweden und Deutschland seien durch die Reformation, durch Luther, durch den Dreißigjährigen Krieg, wo Schweden als „Schutzgeist des liberalen Germanismus“ eine Rolle gespielt habe, eng miteinander verbunden gewesen. Das gemeinsame protestantische Erbe sei dann vom Großen Kurfürsten, von Friedrich dem Großen, und durch den Befreiungskrieg von 1813 weitergeführt worden. Der deutsche Einheitsgedanke dürfe nicht mit „Borussianismus“ verwechselt werden. Außerdem könne heutzutage „Borussianismus“ nur „Germanismus“ bedeuten. Der Verfasser gab zu, daß er früher Bismarck nicht immer gebührend geschätzt habe. Er selbst war des öfteren in den 60er Jahren in Deutschland gewesen und dort von nationalliberalen Politikern beeinflusst worden, die denselben Fehler gemacht hätten. Jetzt denke er aber (wie sie) anders. Die „Skandinavisten“ hätten nicht verstanden, daß „ein großes Volk wie das Germaniens“ immer von einer instinktiven „Expansionskraft“ beherrscht würde, die „historisch bewiesen“ sei. Bedauerlicherweise habe dies zu einem mangelnden Verständnis zwischen Skandinavien und Germanien geführt.

Die deutsche Einheit werde aber bald kommen, so unser Gewährsmann, und zwar in der Form, daß Preußen in Deutschland aufgehe (und nicht umgekehrt). Gewisse „Hyperberliner oder Potsdamer“ werden das zwar beklagen, aber stattdessen entstehe „eine selbständige, geeinigte und kräftige germanische Rasse“, und Deutschland werde, was es sein müsse, „falls nicht die Gefahren von Osten uns allen übermächtig werden“. Für die Zukunft Europas sei es von großer Bedeutung, daß „die verwandten

Volksstämme von Skandinavien und Germanien sich versöhnen“, um gemeinsam „die drohende Flut vom Osten“ eindämmen zu können².

Der Verfasser dieser (erst viel später veröffentlichten) Betrachtung war der damalige schwedische Kronprinz. Im Jahre 1872 wurde er König von Schweden und Norwegen mit dem Namen Oscar II. Politisch wurde sein Einfluß begrenzt als der seiner Vorgänger, aber in der hier aktuellen Hinsicht hatte er Erfolg. Auch stand er mit seinen Ansichten nicht allein. Im Jahre 1873 schrieb er einen Aufsatz über die Lage der Nation und wiederholte sein Anathema über die bisherige (und liberale) schwedische Deutschlandpolitik, die „alle Gemeinsamkeit an Interessen, Gewohnheiten, Religion und Stammesverwandtschaft“ übersehen habe. Nach dem Ausbruch von Radikalismus und Kommunismus in Frankreich bestehe aber die Hoffnung, daß man nun die Lage richtiger einschätzen und die protestantische Mission besser verstehen könne. Beide Staaten hätten Grund, Rußland und die slavische Rasse zu fürchten, die eine Bedrohung für die europäische Kultur und Gesellschaftsordnung, für die protestantische Religion und Zivilisation darstellten³. Zusammen mit dem germanischen Deutschland gegen Rußland, das sei die neue Politik für Skandinavien.

Im Jahre 1875 stattete Oscar dem Kaiser einen offiziellen Besuch ab, und damit war die neue schwedische Linie bestätigt⁴. Ohne Umschweife erklärte er in einem Gespräch mit dem Staatssekretär von Bülow seinen Standpunkt. Der König, berichtet von Bülow, äußerte, „daß er zunächst Neutralität für Schweden wünsche und hoffe, und eine Gefahr nur von einer Seite erblicke, nämlich von Rußland. Er tue alles um mit dem alten Feinde Schwedens bon voisinage zu pflegen und habe jetzt nicht die geringsten Besorgnisse; aber die Zukunft sei dunkel, und für alle Fälle hoffe er auf Deutschlands Schutz und Allianz.“⁵ Die heikle Kombination von Neutralität und Deutschfreundlichkeit, die Oscar hier formuliert, versetzte Schweden auch in der Zukunft und in der Epoche der beiden Weltkriege in eine Lage, die nicht immer leicht zu bewältigen war.

Oscar blieb dieser Linie, die er in dem Gespräch mit von Bülow dekretiert hatte, treu, obwohl er Schwierigkeiten mit Kaiser Wilhelm hatte, und dieser mit aller Offenheit seinen Hohn über den wankelmütigen Oscar und die mangelnde Tatkraft des schwedischen Königs und der schwedischen Regierung (u. a. während der Unionskrise) zum Ausdruck brachte. Tatkräftiger waren die Schweden leider in ihrem Kampf für das allgemeine Stimmrecht. Oscar versuchte seinerseits fast pathetisch, die skandi-

² *Oscar II.*, Anteckningar om internationella förhållanden (1869), in: *ders.*, Mina memoarer III., hrsg. v. *Nils F. Holm* (Stockholm 1962); im folgenden zitiert: *Oscar*, Memoarer. Zu Oscars ‚Bekehrung‘ zu einer prodeutschen Politik und seinen Beziehungen zu liberalen deutschen Fürsten (z. T. durch seine Ehe mit Sophie von Nassau) siehe auch *Sture M. Waller*, *Oscar (II.)*. Preußen och Tyskland. En politisk omvändelse och dess orsaker, in: *Historisk tidskrift* (1959).

³ *Oscar II.*, Förenade rikenas politiska ställning 1873, in: *Oscar*, Memoarer.

⁴ *Gustaf Utterström*, *Kring Oscar II.: s utrikesresor 1875*. En studie i svensk utrikespolitik och pressopinion, in: *Skrifter utgivna av Humanistiska föreningen vid Stockholms högskola II* (Stockholm 1948). Siehe auch *Lindberg*, *Utrikespolitiken* und *Folke Lindberg*, *Oscar II. och utrikespolitiken*, in: *ders.*, *Kunglig utrikespolitik. Studier i svensk utrikespolitik under Oscar II. och fram till borggårdskrisen* (Stockholm 1966); im folgenden zitiert: *Lindberg*, *Oscar II.*

⁵ Zit. *Lindberg*, *Utrikespolitiken*, 37.

navische Eigenständigkeit den mächtigen Stammesverwandten, vor allem den Pickelhauben, gegenüber zu betonen. In einer Aufzeichnung vom Ende der 80er Jahre erzählt er, daß er sich früher geweigert habe, den Ehrengrad eines preußischen Regiments zu empfangen. Nun habe er aber eine Auszeichnung in der Marine entgegengenommen, denn die Marine sei „kaiserlich“ und „deutsch“ (und nicht preußisch), und er könne dem Kaiser eine ähnliche Auszeichnung anbieten. Die Gegenseitigkeit sei wichtig. Er wolle alles vermeiden, äußerte er, was einen Beigeschmack von „Vasallentum“ haben könnte⁶.

Diese Befürchtungen verfolgten die deutsch-schwedischen Beziehungen auch weiterhin. In Deutschland gab es auch zu diesem Zeitpunkt und später ein Interesse, Schweden enger an Deutschland zu knüpfen. „Es muß ein Zollverein geschaffen werden“, schrieb Kaiser Wilhelm bei Verhandlungen zwischen Deutschland und Schweden über einen Handelstraktat zu Beginn des Jahrhunderts. Dadurch könne Schweden „zum Bundesstaat herübergezogen werden“. Die Sympathien für Deutschland seien in Schweden zwar stark, kommentiert der Historiker Anders Lindberg, der diese Verhandlungen untersucht hat, aber gleichzeitig war man sich der sicherheitspolitischen Risiken bewußt, die eine Annäherung an Deutschland mit sich führen würden⁷. Die Lösung wurde in vorsichtiger Anpassung und im Kompromiß gesehen. Das Muster ist bekannt. Die empfindliche Lage eines Kleinstaates kommt hier deutlich zum Tragen.

Wichtig aber ist, die Wende in der schwedischen Politik festzuhalten. Der deutsche Gesandte in Stockholm schrieb im Jahre 1904 von einer „Bekehrung zum Germanismus“, und in einigen schwedischen Regimentern wurde sogar die Pickelhaube eingeführt⁸. Oscars Deutschfreundlichkeit, so der Politologe Nils Elvander in seiner Studie über den schwedischen Konservatismus um die Jahrhundertwende, habe „eine starke Unterstützung in den führenden Schichten der Gesellschaft erworben“. „Für die herrschende konservative Meinung war das wilhelminische Deutschland das sichere Bollwerk gegen die Drohung vom Osten und gegen die demokratischen Strömungen der Zeit.“⁹ „Orientierung an Deutschland, Versuche, die Überbleibsel des persönlichen Königtums zu retten, ausgeprägter Konservatismus in innenpolitischen und sozialen Fragen – diese Konstellation, die während der ersten Jahre unter Oscars

⁶ *Oscar II.*, Tvenne bemärkelsedagar 1888, in: *Oscar*, Memoarer. Vgl. Oscars Brief an Alfred Lagerheim vom 19. 2. 1890, gedruckt in: *Majestät i närbild*. Oscar II. i brev och dagböcker, hrsg. v. *Stig Hadenius, Torgny Nevéns* (Uppsala 1960) 182 ff.

⁷ *Anders Lindberg*, Småstat mot stormakt. Beslutssystemet vid tillkomsten av 1911 års svensk-tyska handels- och sjöfartstraktat (Bibliotheca Historica Lundensis 55, Lund 1983) 43 ff. Vgl. *Carl-Axel Gemzell*, Review of a Research Project. Industrialization and Foreign Politics. Some Aspects of Sweden's Economic-Political Relations with the Great Powers 1905–1945, in: *Scandinavian Journal of History* (1987).

⁸ *Lindberg*, Utrikespolitiken, 125, 135. Vgl. *Sten Carlsson*, Die schwedische Neutralität. Eine historische Übersicht, in: *Schwedische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. *R.L. Bindschedler, H.R. Kurz, W. Carlgren, S. Carlsson* (Basel 1985); im folgenden zitiert: *Carlsson*, Neutralität.

⁹ *Nils Elvander*, Harald Hjärne och konservatismen. Konservativ idédebatt i Sverige 1865–1922 (Skrifter utgivna av Statsvetenskapliga föreningen i Uppsala 42, Uppsala 1961) 373; im folgenden zitiert: *Elvander*, Hjärne.

Regierung ausgeformt wurde, erhielt eine erstaunliche Lebensdauer“, so faßt der Historiker Folke Lindberg Oscars Grundanschauung und die sog. ‚oscarianische‘ Zeit zusammen¹⁰.

III.

Ohne Zweifel kann dies auch für die noch längere Regierungszeit seines Sohnes, Gustav V. (König 1907–1950) behauptet werden, ein Standpunkt, der zu offenen innenpolitischen Konfrontationen in der Ära einer immer mächtiger werdenden Sozialdemokratie führte, obwohl auch die Sozialdemokraten lebhaft Verbindungen mit (anderen Kreisen in) Deutschland unterhielten¹¹. Die Wende in der schwedischen Außenpolitik und die Bewunderung für die Leistungen des deutschen Kaiserreiches bedeuteten den Anfang eines Höhepunktes des deutschen Einflusses in Schweden. Es kann – ohne zu übertreiben – behauptet werden, daß Schweden, politisch, ökonomisch, wissenschaftlich und kulturell im Schatten Deutschlands stand. Es herrscht hierüber breiter Konsens in der schwedischen wissenschaftlichen Literatur. „Das deutsche Kaiserreich, ‚das große Vaterland‘, wurde in Schweden zum Beispiel für die Armee, die Zivilverwaltung, für Literatur und Kunst und bald auch für die fachliche und politische Arbeiterbewegung“, schreibt der Historiker Sten Carlsson¹². Es ist auch nachgewiesen worden, daß die Studienreisen der schwedischen Offiziere, auch während des Ersten Weltkrieges, in großer Zahl nach Deutschland führten¹³. Über die notwendige Neutralität Schwedens im Krieg herrschte zwar Einigkeit unter den Parteien, abgesehen von einer aktivistischen Gruppe, die den Anschluß an das germanische Bruderfolk forderte, aber in der Praxis kam die Neutralität deutschen Zwecken zugute¹⁴.

Schweden war, hebt der Germanist Gustav Korlén hervor, „in kultureller Hinsicht fast so etwas wie eine deutsche Provinz“. „Deutsch war vor allem *die* Sprache der Wissenschaft. – Deutschland war in den Augen des schwedischen Bildungsbürgertums

¹⁰ Lindberg, Oscar II., 15.

¹¹ Wilhelm M. Carlgren, Gustav V. och utrikespolitiken, in: Studier i modern historia tillägnade Jarl Torbacke den 18. augusti 1990 (Stockholm 1990).

¹² Carlsson, Neutralität, 22.

¹³ Klaus-Richard Böhme, Deutsch-schwedische Militärbeziehungen 1918–1932, in: Nicht nur Strindberg. Kulturelle und literarische Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland 1870–1933, hrsg. v. Helmut Müssener (Stockholmer Germanistische Forschungen 24, Stockholm 1979). Siehe auch Lindberg, Utrikespolitiken, 135.

¹⁴ Zu den Aktivisten siehe Inger Schubert, Schweden und das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg. Die Aktivistenbewegung 1914–1918 (Bonner Historische Forschungen 46, Bonn 1981). Interessante schwedisch-finnische Beziehungen unter den Aktivisten und den Traum von einem „Fennoscandia“ behandelt Torbjörn Norman in seinem Aufsatz Right-Wing Scandinavism and the Russian Menace, in: Contact or Isolation? Soviet-Western Relations in the Interwar Period, hrsg. v. John Hiden, Aleksander Loit (Studia Baltica Stockholmiensia 8, Uppsala 1991). Zu den Friedensbestrebungen der schwedischen Sozialdemokratie (vor allem Hjalmar Brantings) siehe Martin Grass, Friedensaktivität und Neutralität. Die skandinavische Sozialdemokratie und die neutrale Zusammenarbeit im Krieg, August 1914 bis Februar 1917 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 117, Bonn, Bad Godesberg 1975).

das Land der Dichter und Denker.“¹⁵ Ein Beispiel scheint mir hier bezeichnend zu sein. Ab 1901 wurde der Nobelpreis verliehen. Ein Überblick über die Länderverteilung der Nobelpreisträger in den Jahren 1901–1914 ergibt ein ganz eindeutiges Bild¹⁶. Fast ein Drittel der Namen ist deutsch. Natürlich kommt hier mit eindrucksvoller Klarheit die Qualität der deutschen Kultur und Wissenschaft zum Vorschein, aber die Verteilung kann meiner Meinung nach auch etwas über die Situation in Schweden aussagen.

Verschiedene Ebenen müssen berücksichtigt werden. Innen- und Außenpolitik sind eng miteinander verbunden. Urteile über Deutschland sind auch von inner-schwedischen Auseinandersetzungen abhängig. Schwedische Urteile über das Deutsche Reich vermischen sich mit generellen Urteilen sowohl über die Deutschen als auch über die Schweden, die chronologisch weit zurückreichen können, die aber in der Zeit der hemmungslosen Völkerpsychologie und der Theorien einer germanischen Schicksalsgemeinschaft neu formuliert werden. Bezeichnend ist hier die Konstruktion einer Geopolitik, eine Erfindung des konservativen, deutsch-freundlichen und aktivistischen schwedischen Politologen Rudolf Kjellén, dessen Schriften mit Interesse in Deutschland rezipiert und weiterentwickelt wurden¹⁷.

Einige wichtige Voraussetzungen für dieses deutsch-schwedische Geflecht müssen berücksichtigt werden. Durch Schulreformen in den 40er und 50er Jahren des 19. Jahrhunderts mußte die lateinische Sprache als erste Fremdsprache weichen. Stattdessen wurde Deutsch in den schwedischen Schulen eingeführt. Fast hundert Jahre lang behielt die deutsche Sprache ihre Vorrangstellung. Durch das Schulgesetz im Jahre 1905 „nahm Deutsch unter den modernen Fremdsprachen den unbestrittenen ersten Platz ein, und hatte damit in seiner Entwicklung zu einem immer bedeutenderen Fach einen Höhepunkt erreicht, über den es später nie herausgekommen ist“, urteilt der Germanist Gösta Björn in seiner Studie über die Deutschbücher des schwedischen Gymnasiums¹⁸. Eine bunte Auswahl moralisierender und deutsch-patriotischer Schriftstücke gehörte zum Lesekanon der schwedischen Gymnasiasten¹⁹.

Es ist auch nachgewiesen worden, daß die Übersetzungen vom Deutschen ins Schwedische in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts quantitativ einen Höhepunkt erlebten. Der Umfang und die Vielfältigkeit der Übersetzungen von Courtsmahler bis Brehms „Tierleben“ und Handbüchern für den jungen Elektrotechniker

¹⁵ *Gustav Korlén*, Deutsche Literatur von Schweden aus gesehen, in: *Rezeption der deutsche Gegenwartsliteratur im Ausland*, hrsg. v. *D. Papenfuss, J. Söring* (Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975) 137, 153; im folgenden zitiert: *Korlén*, Literatur.

¹⁶ Vgl. *Gustav Korlén*, *Om det tyska inflytandet i Sverige* (Stockholm 1979).

¹⁷ Zu Kjellén siehe *Elvander*, Hjärne. Zu der Frage der ‚Modernität‘ Kjelléns vgl. *Svenbjörn Kiland*, *Rudolf Kjellén (1864–1922). A Swedish Intellectual*, in: *Contemplating Evolution and Doing Politics*, hrsg. v. *Ragnar Björk* (Kungl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademien, Konferenser 27, Stockholm 1993) 91–99.

¹⁸ *Gösta Björn*, Deutsche Literatur in den Deutschbüchern des schwedischen Gymnasiums 1905–1970 (Stockholmer Germanistische Forschungen 26, Stockholm 1979) 21.

¹⁹ Vgl. *Gustav Korlén*, Zur Rezeption von Gustav Frenssen in Schweden, in: *Der Nahe Norden*. Otto Oberholzer zum 65. Geburtstag. Eine Festschrift, hrsg. v. *Wolfgang Butt, Bernhard Glienke* (Frankfurt a.M. 1985).

sind erstaunlich²⁰. Es ist auch wichtig zu betonen, daß Deutschland in Schweden nicht nur das Land der Dichter und Denker (und Pickelhauben), sondern auch das der Techniker, Ingenieure und Großunternehmer war. Für ein spät industrialisiertes Land wie Schweden war Deutschland nicht nur ein notwendiger Handelspartner, sondern auch ein interessantes Vorbild im Zeitalter des organisierten Kapitalismus²¹.

Die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg veränderte diese Situation nicht, auch wenn sie von aktivistischen Gruppen als eine fast persönliche Katastrophe empfunden wurde. Der Friede von Versailles wurde auch von Kreisen, die wenig Verständnis für das Kaiserreich und für die Dolchstoßtheorien hatten (z. B. in der Arbeiterbewegung) und ententefreundlich waren, als ungerecht angesehen. Schweden fand aber jetzt im Völkerbund eine Möglichkeit, sich international so zu betätigen, daß dies mit der Neutralität Schwedens vereinbar war. Die aktive Mitarbeit wurde eine wichtige Angelegenheit für den führenden sozialdemokratischen Politiker Hjalmar Branting, der die Rolle der Kleinstaaten in der internationalen Zusammenarbeit vertrat. Das Engagement Schwedens (und der Sozialdemokratie, die Anfang der 30er Jahre die ausschlaggebende Kraft in der schwedischen Politik wurde) setzte sich auch nach Brantings Tod fort²². Brantings Tätigkeit kann gewissermaßen als eine Fortsetzung seiner Friedensaktivität im Ersten Weltkrieg angesehen werden.

Die Entwicklung in Deutschland, die Instabilität der Republik und die zunehmende politische Polarisierung wurden in Schweden genau verfolgt. Antidemokratische und antiparlamentarische Stimmen ließen sich auch in der schwedischen Debatte hören. Die faschistischen und nationalsozialistischen Gruppierungen waren zwar laut, blieben aber in Schweden politisch ohne Bedeutung²³. Sympathien für das neue

²⁰ Helmut Müssener, *Gisela Frandsen*, Deutschsprachige Publikationen in schwedischer Übersetzung 1870–1933 (Stockholmer Germanistische Forschungen 27, Stockholm 1981) und *Helmut Müssener*, Deutschsprachige Belletristik in schwedischer Übersetzung 1870–1979. Bibliographie und Kommentar (Stockholmer Germanistische Forschungen 31, Stockholm 1985). Vgl. auch Müsseners Beitrag in dem von ihm herausgegebenen Sammelband *Anti-Kriegsliteratur zwischen den Kriegen (1919–1939) in Deutschland und Schweden* (Stockholmer Germanistische Forschungen, Stockholm 1987); es wird hier nachgewiesen, daß deutsche Kriegsliteratur in den 20er und 30er Jahren in immer geringerem Ausmaß ins Schwedische übersetzt wurde.

²¹ Eine neuere Analyse der schwedischen Entwicklung um die Jahrhundertwende gibt *Svenbjörn Kilander* in der Monographie: *Den nya staten och den gamla. En studie i ideologisk förändring* (Studia Historica Upsaliensia 164, Uppsala 1991). Zu der Entwicklung des technischen Ausbildungswesens und der Ingenieurideologie in Schweden vgl. *Henrik Björck*, *Teknikens art och teknikernas grad. Föreställningar om teknik, vetenskap och kultur speglade i debatterna kring en teknisk doktorsgrad 1900–1927* (Stockholm Papers in History and Philosophy of Technology, Stockholm 1992).

²² Zur Außenpolitik der schwedischen Sozialdemokratie siehe zusammenfassend *Alf W. Johansson, Torbjörn Norman*, *Sweden's Security and World Peace: Social Democracy and Foreign Policy*, in: *Creating Social Democracy. A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden*, hrsg. von *Klaus Misgeld, Karl Molin, Klas Åmark* (University Park, Penn. 1988); im folgenden zitiert: *Johansson, Norman*, *Security*. Siehe auch den Sammelband: *Socialdemokratin och svensk utrikespolitik*, hrsg. von *Bo Huldt, Klaus Misgeld* (Stockholm 1990) und *Lars Björlin*, *Die Forschung über die schwedischen Arbeiterparteien in den 70er und 80er Jahren. Einige Hauptzüge*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung* 10 (1990).

²³ Zu den nationalsozialistischen Parteien in Schweden siehe *Heléne Lööw*, *Hakkorset och Wasa-*

Deutschland waren jedoch in traditionell deutschfreundlichen, vor allem konservativen Kreisen verbreitet, und an Persönlichkeiten des kulturellen Lebens fehlte es nicht, die die neue Zeit begrüßten. Der in Schweden und Deutschland gleichermaßen beliebte Schriftsteller und Asienreisende Sven Hedin und der Literaturwissenschaftler und Kritiker Fredrik Böök gehören hier zu den namhaftesten²⁴. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde auch die schwedische Öffentlichkeit durch Organisationen, Zeitungen, Vorträge, Einladungen und pure Infiltration von deutscher Seite intensiv bearbeitet²⁵.

Besonders interessant sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Bauernpartei und der konservativen Partei, wo rechtsradikale Strömungen deutlich zum Vorschein kamen. In beiden Parteien kam es zu einer Krise. Im Jahr der Machtübernahme Hitlers machte die Bauernpartei eine Kehrtwendung und erreichte ein Übereinkommen mit der Sozialdemokratie in der Krisenpolitik. Die sog. Nationalen sonderten sich von den Konservativen ab und gerieten rechtsaußen in eine politisch unfruchtbare Position²⁶. Das schwedische parlamentarische System stabilisierte sich. Für die Liberalen und die Sozialdemokraten war die Beurteilung des neuen Deutschlands (innen- wie außenpolitisch) weniger problematisch. Hitler an der Macht, heißt es bei den Historikern A.W. Johansson und Torbjörn Norman, bedeutete „a concerted attack on the fundamental principles that had guided Swedish Social Democracy during the 1920s: collective security and disarmament“²⁷. Die Wege Deutschlands und Schwedens gingen somit in den 30er Jahren auseinander, und die Volksgemeinschaft, die in beiden Ländern proklamiert wurde, sah recht unterschiedlich aus²⁸. Bei den verschiedenarti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 56

kärven: En studie av nationalsocialismen i Sverige 1924–1950 (Avhandling från Historiska institutionen i Göteborg 2, Göteborg 1990); im folgenden zitiert: *Lööw*, Hakkorset.

²⁴ Bööks ideologische Irrungen sind von Tomas Forser in seiner Dissertation Bööks 30-tal. En studie i ideologi (Stockholm 1976) analysiert worden. Zu Hedin siehe zusammenfassend *Detlef Brennecke*, Sven Hedin. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten (rowohlts monographien, Reinbek bei Hamburg 1986).

²⁵ *Åke Thulstrup*, Med lock och pock: Tyska försök att påverka svensk opinion 1933–1945 (Stockholm 1962).

²⁶ *Rolf Torstendahl*, Mellan nykonservatism och liberalism. Idébrytningar inom högern och bondepartierna 1918–1934 (Studia Historica Upsaliensia 29, Uppsala 1969). Vgl. Crister Skoglund, Upp till kamp mot massväldet!, in: Motströms. Kritiken av det moderna, hrsg. von *Staffan Källström*, *Erland Sellberg* (Stockholm 1991).

²⁷ *Johansson*, *Norman*, Security, 345. Es galt nun für die Parteiführung „to preserve national unity on foreign policy, while at the same time not colliding with opinion within the party and the trade union movement through ostensible passivity“ (346). Die Alternative, eine engere skandinavische Zusammenarbeit, war – wie immer – äußerst kompliziert.

²⁸ Zu einem interessanten Vergleich zwischen Schweden und Deutschland siehe Lars Trägårdh, Varieties of Volkish Ideologies. Sweden and Germany 1848–1933, in: Language and the Construction of Class Identities. The Struggle for Discursive Power in Social Organization: Sweden and Germany after 1800, hrsg. von *Bo Stråth* (ConDis Project, Report 3, Göteborg 1990). „The real alternative to the *Volksgemeinschaft* of the fascist warfare state“, schreibt der Politologe Björn Wittrock in einem Kommentar zu Trägårdh, „may have been neither Soviet-style communism, nor British-style aristocratically-tinged parliamentarism, but Scandinavian-style *völkische Demokratie* and its version of a pursuit of the common good of the people; not in a terror-ridden Nazi

gen historischen und aktuellen Abhängigkeiten, Schwierigkeiten mit der Neutralitätspolitik und umstrittenen skandinavistischen Bestrebungen war die Lage ziemlich kompliziert.

Die Schwierigkeiten mit Deutschland, die auch deutschfreundliche Kreise heimsuchen konnten, sollen hier durch das Beispiel eines beunruhigten Zeitgenossen beleuchtet werden, das außerdem zeigen mag, wie gut unterrichtet man in Schweden auch in Einzelheiten über das war, was in Deutschland geschah. Eine Flut von Tatsachen fand Eingang in die öffentliche Debatte, und die Maschen in dem Netzwerk von beruflichen, wirtschaftlichen und intellektuellen Kontakten waren eng.

IV.

Im Jahre 1936 kam der schwedische Lyriker Bertil Malmberg nach München. In einer Serie von Reportagen in „Dagens Nyheter“, der liberalen Stockholmer Zeitung, versuchte er, seine Eindrücke vom neuen Deutschland darzustellen und die politische und kulturelle Situation zu analysieren. Die Artikel wurden im gleichen Jahr als Buch herausgegeben²⁹. Malmberg war besonders geeignet, eine solche Aufgabe durchzuführen. Zehn Jahre lang, von 1917–1927, hatte er in München gelebt und hatte dabei lebhaft Kontakte mit intellektuellen und literarischen Kreisen gepflegt. Es war aber nicht selbstverständlich, daß er ausgerechnet für „Dagens Nyheter“ schreiben sollte. Politisch befand er sich auf dem äußeren rechten Flügel und gehörte im Ersten Weltkrieg zu der aktivistischen Gruppe, die Schwedens Anschluß an Deutschland befürwortete.

Während der Zeit in München schloß Malmberg sich einer Gruppe an, die Alfred Schuler verehrte. Spengler und Klages machten auf ihn einen tiefen Eindruck. Prophetisch und apokalyptisch versuchte er, die ktonischen Mächte zu beschwören³⁰: „Das Gefühl eines rationalistischen Zeitalters, das lebensgefährlich und aus den Fugen geraten war, verband sich halbbewußt mit eschatologischen Bildern“, schreibt er 1936 in einem Rückblick auf seine erste Begegnung mit München. „Die dunklen und erschreckenden Vorahnungen“, die bei den „pessimistischen Philosophen“ zu „edlen, tragischen Systemen“ führten, entarteten bei dem „gemeinen Mann“ zu „krankhaften Kellerpflanzen“, zu „giftigem Schimmel unter der Oberfläche der Seelen“. Die Revolution habe dies alles zu Tage gebracht.

„Es ist doch mehr als naiv und zu rationalistisch, hier vom ‚Dolchstoß‘ oder vom

Fortsetzung Fußnote von Seite 57

Volksgemeinschaft but in a half-participatory, half paternalistic *folkhem* (People's Home)“. Björn Wittrock, Cultural Identity and Nationhood. The Reconstitution of Germany – Or the Open Answer to an Almost Closed Question, in: University and Society. Essays on the Social Role of Research and Higher Education, hrsg. von Martin A. Trow. Thorsten Nybom (London 1991).

²⁹ Bertil Malmberg, Tyska intryck (Stockholm 1936); im folgenden zitiert: Malmberg, Intryck.

³⁰ Der junge Malmberg und sein erster Aufenthalt in Deutschland ist ausführlich analysiert in: Enar Bergman, Diktens värld och politikens. Bertil Malmberg och Tyskland 1908–1928 (Stockholm 1967), worauf hier generell hingewiesen wird.

„Marxismus“ zu reden oder das Geschehen mit Worten wie „jüdische Mache“ zu erklären.“ Malmberg benutzte den Ausdruck „Massenlibido“ und sprach von „dem erschreckenden Traum einer ungehemmten Euphorie“, die mit Untergang, mit einem „Rausch von Auflösung und Destruktion“ gleichzustellen sei. Durch „Noskes Söldnerheere“ habe „der geiste Kokainrausch der 20er Jahre“, „die moralische Anarchie“, ihre „verlockende Dämonie“ verloren. Die „Lastbarkeit“ ist geblieben, ist aber „grau und arm“ geworden. Man versuchte nicht, „einer vollständigen Katastrophe vorzubeugen“, sondern nur, sie aufzuschieben.

Das Dritte Reich war nun nach Malmberg „ein fanatischer Protest gegen diese Halbheit“³¹. Es sei dem Dritten Reich gelungen, heißt es, dem Leben eine neue „Gebärde“ zu geben, eine „rituelle Gebundenheit“, die „die großen Feste eigenartig suggestiv macht und zugleich das Gesicht des Alltags beseelt“. Der Hitlergruß, die „magische und primitiv religiöse Erziehung der jungen Generation“, der „erhebende“ Anblick der SA-Wache bei den Märtyrergäben, dieser „Rückkehr eines symbolischen Lebensstils“, beeindruckten Malmberg. Zugleich hatte er aber gewisse Bedenken. Was bedeuteten die nationalsozialistischen Symbole? Das Weltbild, meinte er, sei zu männlich, zu heroisch und aggressiv und habe keinen Platz für das Weibliche, das Unterirdische und die Mütter. Rosenbergs Mythos sei ein Kampf gegen das Ktonische und versperre den Zugang zu den Urquellen³². Malmberg bemühte sich offensichtlich, eine Unterscheidung zwischen der nationalsozialistischen Symbolik und derjenigen Klages zu machen.

Der Nationalsozialismus war für Malmberg nicht nur männlich-aggressiv, sondern auch krieglerisch-technisch. Er beschrieb mit Enthusiasmus das überwältigende Erlebnis einer Fahrt auf der neuen Reichsautobahn, „das künstlerische Sinnbild für die nationalsozialistische Verehrung technischer Effizienz“. Technik und Nationalsozialismus, Staatswille und Ingenieurwissenschaften seien verbunden³³, so sein Urteil. Deutschland sei auch „die modernste Kriegsmacht der Welt“. Eine Militärparade wurde für Malmberg gleichermaßen überwältigend. Er habe früher nie eine so „ernste und bedrohende“ Manifestation gesehen, gestand er, „expressiv symbolisch für die Art methodisch wissenschaftlichen Tötens und für vollkommenen Funktionalismus“. Die Disziplinierung der Jugend sei effektiv, und die Jugend bewege sich jetzt „truppenweise“, was allerdings „stilvoller“ sei als die früheren „Banden“, wenn auch „die marschierende Mentalität“ unterschiedlich beurteilt werden könne³⁴.

Der Nationalsozialismus wird somit für Malmberg zu einem Ausdruck abendländischer Modernität, deren optimistische Effektivität und deren Fortschrittsglauben er zwar im Vergleich mit dem Verfall der 20er Jahre positiv beurteilt, aber doch nicht akzeptieren kann. Die Fröhlichkeit hatte ihren Preis gehabt. In Berlin bemerkte er, daß das Straßenbild sich verändert habe. Der frühere schroffe Unterschied zwischen reich und arm sei nicht mehr zu sehen. Malmberg diskutierte auch die generellen nationalsozialistischen – wie er meinte: erfolgreichen – Gleichheitsbestrebungen, aber wo die

³¹ Tillbakablick, in: *Malmberg*, Intryck, 155–169.

³² Livets åtbörd i tredje riket, in: *Malmberg*, Intryck, 59–70.

³³ Riksautobanan, in: *Malmberg*, Intryck, 135–151.

³⁴ Det tredje rikets fasad, in: *Malmberg*, 27–56.

zweilichtigen Existenzen geblieben waren, erschien auch ihm eine offene Frage. Vielleicht sind sie „von Gefängnissen und Konzentrationslagern verschlungen worden“, mutmaßte er. „Die moderne deutsche Justiz“ sei äußerst effektiv, arbeite aber mit so „radikalen Mitteln“, daß es auf Kosten des „Wortlautes des Gesetzes und üblicher humaner Billigkeit“ geschehe.

Malmberg suchte auch nach anderen verschwundenen Gesichtern, den jüdischen, und hier äußerte er sich ohne Zögern und Vorbehalte. Die Frage, ob das Jüdische in Deutschland erloschen sei, lasse sich noch nicht beantworten. Im Alltagsleben seien die Juden zwar nicht mehr zu sehen, aber die Majorität befinde sich immer noch in Deutschland. Es sei „in einer unheimlichen Weise ergreifend und lähmend“, sich diese Hinterbliebenen vorzustellen, die sich verbergen und „den furchtbaren Druck der stummen Verachtung der Umgebung erdulden müssen“. Nicht einmal zu Hause seien sie sicher, denn sie könnten nicht wissen, wann SS-Leute an ihrer Tür klingelten. Offenbar sei die jüdische Einwanderung vom Osten eine Belastung für Deutschland, aber dies entschuldige nicht „die Grobheiten des neuen Regimes“. Bei der Behandlung der jüdischen Frage fand Malmberg keine versöhnenden Worte in bezug auf die deutsche Effektivität³⁵.

Malmberg suchte auch weiter nach den Verschwundenen. Nach Zusage der Presseabteilung der Partei fuhr Malmberg in einem Gestapoauto und zusammen mit einem Beamten „in ziviler Kleidung“ nach Dachau. Es könne vielleicht Anstoß erregen, schrieb er, über ein Konzentrationslager zu berichten, da nun die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die große Olympiade in Berlin gerichtet sei, vielleicht „die letzte friedliche Olympiade“ des modernen Menschen; aber Malmberg fühlte sich verpflichtet, „die Existenz der Schatten“ zu berücksichtigen. Der Kommandant, „alter Soldat, Typus Profos, ziemlich hoher SS-Mann, mit einem inhumanen Gesicht, die Objektivierung seelenloser Pflichterfüllung, Härte und düsteren Triumphs“, führte durch das Lager, das Malmberg mit „düsterer Beklemmung“ betrat. Er habe versprechen müssen, in seinem Bericht nicht „die Phantasie spielen zu lassen“, eine Forderung, die Malmberg unnötig fand. Die Wirklichkeit reiche völlig aus.

Malmbergs Beschreibung ist ein merkwürdiges Schriftstück. Das Lager sei ein makellos organisiertes und sauberes „Inferno“, berichtete er. Mannschaftsräume, Bad, Toiletten, Rasiersalons und Kantinen seien musterhaft, das Brot (aus eigenen Bäckereien) sei ausgezeichnet und das Essen wohlschmeckend. In der „ansehnlichen Bibliothek“ fand er nicht nur Sudermann und Ganghofer, sondern auch Hölderlin, C.F. Meyer und Stefan George. Sonntags dürften Zeitungen gelesen und Briefe geschrieben werden. Einige exemplarische, „menschlich ergreifende“ Briefe durfte Malmberg lesen. Vorbildliche Hygiene fand er aber auch (mit einer ironischen Formulierung) in den „gemütlichen kleinen Zimmern“, die als Dunkelzellen benutzt wurden. Der Kommandant versicherte, daß Strafen von 30 bis 40 Tagen häufig seien.

Die Insassen kamen aus allen Gesellschaftsschichten und waren sowohl „normale“ Verbrecher wie Asoziale, Vagabunden, Alkoholiker und sogar Hinterbliebene, als auch politische Gefangene. Hier fand Malmberg endlich seine Verschwundenen. In Un-

³⁵ Ebd.

gnade geratene Parteileute teilten „die Greuel des Konzentrationslagers“ mit „kommunistischen Agitatoren, Sozialdemokraten, Zentrumsmitgliedern, nationalen Geheimräten, jüdischen Ärzten, Geistlichen, ‚Dichtern und Denkern‘, Professoren mit Hang zur Objektivität und umherziehenden Volkspropheten, inspiriert von Jesus, Buddha und Lao-tse“. Die Behandlung der Asozialen und Verbrecher sei „furchtbar“ gewesen, ihr Leben sei wertlos erschienen, und der Besucher konnte „seine Entrüstung über ein System mit Prügeln, Arrest und Todesgefahr nicht verbergen“, auch wenn man von einem „primitiven Rechtspathos“ sprechen konnte. Die Justiz wurde „abstrakt“, ohne Rücksicht auf Psychologie, „auf die Differenz zwischen Seele und Seele, zwischen Verbrechen und Verbrechen“ ausgeübt, was „unmenschlich und verwerflich“ sei. Das Todesbataillon in Dachau erinnerte Malmberg „weniger an Menschen als an Hunde, die zur Unterwürfigkeit gepeitscht worden sind“.

Die Asozialen und die Politischen waren im Lager voneinander getrennt, was natürlich „mit der deutschen Ordnungsliebe und Neigung zur Systematik“ zusammenhing, aber auch eine gewisse Humanität aufzeigte. Man hätte somit erwarten können, daß es den Politischen möglich gewesen wäre, mehr von ihrer menschlichen Würde zu bewahren. Das sei aber nicht der Fall gewesen. „Alle machten sie denselben furchtbar erschreckten Eindruck: einige stotterten, wenn sie angeredet wurden, andere stossen ihre Antwort wie aus einem seelenlos schmetternden Megaphon heraus“, und alle standen sie stramm, wie gelähmt, „in einer Art Katatonie“.

Der Kommandant verneinte, daß die Gefangenen „nunmehr“ physisch gefoltert würden (wenigstens nicht oft), aber die Drohung sei die ganze Zeit vorhanden gewesen und die Gefangenen schienen „völlig gebrochen zu sein und von einem einzigen Gefühl beherrscht: Furcht“. Ein ziemlich riskantes und von Malmbergs Seite zu ahnungsloses Gespräch mit einem Gefangenen führte zu dessen Bestrafung³⁶. Es darf daran erinnert werden, daß Malmbergs Beschreibung von seinem Besuch in Dachau in dem Jahr publiziert wurde, in dem Carl von Ossietzky den Friedensnobelpreis vom norwegischen Reichstag erhielt.

Es ist nicht leicht, Malmbergs Ansichten auf einen Nenner zu bringen, und eben deswegen habe ich ihn hier so ausführlich zitiert. Der Ktonische hatte offenbar Schwierigkeiten mit Deutschland und mit „der marschierenden Mentalität“. Er bemühte sich, all das Positive aufzuzählen: Ordnung, Sauberkeit, Lebenswille, Autorität, Glaube an die Zukunft. Effektivität war ja sowieso fast eine deutsche Nationaleigenschaft. Bemerkenswert ist seine Betonung der Modernität des neuen Deutschland. Der deutsche Nationalismus ist technisch. Gleichzeitig ist eben diese Modernität für Malmberg eine zwielichtige Sache. Dazu kamen auch die fragwürdigen Mittel, die das neue Regime benutzte: Inhumanität der Justiz, Brutalität, männliche Aggressivität, Verfolgung der Juden – Dachau war ein unangenehmes Erlebnis.

In Gesprächen mit Intellektuellen wunderte er sich trotzdem über deren Bitterkeit und deren Klage über Mitläufer, über wissenschaftliche und politische Unfreiheit, die Dekadenz der Forschung und die Deklassierung der Wahrheit, und er fühlte sich „unangenehm berührt“ von deren Gleichgültigkeit der „wiedergewonnenen außenpoliti-

³⁶ Konzentrationslägret vid Dachau, in: *Malmberg*, Intryck, 87–116.

schen Autorität Deutschlands“ gegenüber³⁷. Malmberg mit seinen früheren Erfahrungen und seiner Vertrautheit mit der deutschen Szene wollte ein wohlwollender Betrachter sein, aber es gelang ihm nicht richtig, was er offen und mit einer gewissen Naivität gestehen mußte. Malmbergs Deutschlandbild ist ein Bündel von Ungereimtheiten. Die Unschlüssigkeit und Besorgnisse eines konservativen Deutschlandfreundes kommen bei ihm fast idealtypisch zum Vorschein³⁸.

V.

Nun gab es gewiß auch in Schweden solche, die in ihrem Urteil über das Dritte Reich eindeutiger waren. Bekannt (in Schweden) ist die Formulierung des Publizisten Torgny Segerstedt aus dem Jahre 1933, wonach es eine Beleidigung sei, sich mit Hitler beschäftigen zu müssen, was sofort zu einem empörten Protest des ‚Schwedenfreundes‘ Göring führte³⁹. Die Offenheit Segerstedts war nicht nur ein Dorn im Auge der deutschen Regierung, sondern auch eine ständige Besorgnis für die schwedische. Wichtig scheint mir zu sein, daß die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch zu einer Krise für die gesamte deutsche Tradition in Schweden führte. Der liberale Politologe Herbert Tingsten, der mit seinen vielgelesenen Büchern über die Krise der Demokratie, über die konservativen Ideen, über Faschismus und Nationalsozialismus einen großen Einfluß hatte, zeichnete ohne Zögern einen deutschen Sonderweg von Preußen via Fichte, Hegel und Treitschke zu Hitler. Geschichtsphilosophie und Systemdenken wurden als gefährliche Metaphysik abgetan⁴⁰.

Die 30er und 40er Jahre bedeuteten letztendlich eine Wende in den deutsch-schwedischen Beziehungen. Die schwedische Politik in den 30er Jahren und während des Zweiten Weltkrieges Deutschland gegenüber ist in der wissenschaftlichen Literatur heftig umstritten, nicht zuletzt die Flüchtlingspolitik. Passivität und Nachgiebigkeit sind der Regierung und den verantwortlichen Behörden nachgesagt worden. Antisemitismus, rassistische Tendenzen und Fremdenangst traten offen zutage⁴¹. Auch

³⁷ Intelligensen och det tredje riket, in: *Malmberg*, Intryck, 119–132.

³⁸ Es ist interessant, Malmbergs Ansichten mit anderen Berichten aus Deutschland zu vergleichen, die eindeutiger positiv sind. Siehe z. B. *Göran Oson Waltå*, Poet under Black Banners. The Case of Örnulf Tigerstedt and Extreme Right-Wing Swedish Literature in Finland 1918–1944 (Skrifter utgivna av Litteraturvetenskapliga institutionen vid Uppsala universitet, Uppsala 1993).

³⁹ Vgl. *Lööv*, 351. Zu der Debatte in Schweden siehe z. B. *Klas Åmark*, Makt eller moral. Svensk offentlig debatt om internationell politik och svensk utrikes- och försvarspolitik 1938–1939 (Stockholm 1973) und *Thorsten Nybom*, Motstånd – anpassning – uppslutning. Linjer i svensk debatt om utrikespolitik och internationell politik 1940–1943 (Stockholm 1978). Vgl. auch *Louise Drangel*, Den kämpande demokratin. En studie i antinazistisk opinionsrörelse 1935–1945 (Stockholm 1976).

⁴⁰ Zu Tingsten siehe *Bernt Skovdahl*, Tingsten, totalitarismen och ideologierna (Stockholm, Stehag 1992).

⁴¹ Vgl. z. B. *Steven Koblik*, „Om vi teg, skulle stenarna ropa.“ Sverige och judeproblemet 1933–1945 (Stockholm 1987). Grundlegend zu der schwedischen Flüchtlingspolitik ist *Helmut Müssemer*, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933 (München 1974); im folgenden zitiert: *Müssemer*, Exil. Wichtig aus vergleichenden Gesichtspunkten ist der Sammelband

die schwedische Neutralität im Zweiten Weltkrieg ist eine heikle Angelegenheit. Die Ausfuhr schwedischen Eisenerzes und die deutsche Ausnutzung des schwedischen Territoriums zu Wasser und Lande für Truppenbewegungen belasteten die während des Krieges amtierende Koalitionsregierung. Die schwedische Politik war nicht heroisch⁴². Gleichzeitig arbeitete die Sozialdemokratie an ihrem Nachkriegsprogramm und hoffte auf den kommenden schwedischen Wohlfahrtsstaat. Gegen Ende des Krieges sei es offenbar gewesen, schreiben Johansson und Norman, daß Neutralität für die Sozialdemokraten nicht nur ein Mittel war, Schweden aus dem Krieg zu halten, sondern auch „an instrument for safeguarding the Swedish welfare system in the future. The emotional ties with neutrality that the experiences of the war created within the Social Democratic movement became without doubt the most important foreign policy legacy from that period.“⁴³

Innenpolitisch war es wichtig, die Demokratie und die Erziehung zur Demokratie zu sichern. Dazu gehörte eine Neugestaltung des Unterrichtswesens⁴⁴. Die neuen Vorbilder kamen aus den Vereinigten Staaten. Im Jahre 1946 wurde Englisch in den schwedischen Schulen erste Fremdsprache. Diese Entwicklung wäre wohl auch ohne Hitler gekommen, aber das Erbe vom Lande der Dichter und Denker war für die neue Generation diskreditiert. „Der Bruch mit der bisherigen Bildungstradition“, schreibt der oben erwähnte Gustav Korlén, „war dann auch radikal. Hier ist, was die geistige Atmosphäre betrifft, das vielleicht allzu sehr strapazierte Schlagwort vom Jahre Null wirklich am Platze.“⁴⁵

Aber auch im Jahre Null gab es Deutschlandreisende, die versuchten, den Unruhen jener Zeit Ausdruck zu verleihen. Genau zehn Jahre nach Malmberg fuhr ein anderer schwedischer Schriftsteller nach Deutschland, d. h. nunmehr in die britische und amerikanische Okkupationszone und nach Berlin. Seine Aufgabe war dieselbe wie diejenige Malmbergs: für eine liberale Stockholmer Zeitung Reportagen zu schreiben. Es

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil 1932–1945, hrsg. v. *Uwe Petersen* (Kiel 1991) sowie *Einbart Lorenz*, Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943 (Nordeuropäische Studien 7, Baden-Baden 1992); im folgenden zitiert: *Lorenz*, Exil.

⁴² Zu einem Vergleich zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg vgl. die diplomatische Formulierung von *Wilhelm M. Carlgren*, Svensk neutralitet 1914–1918 och 1939–1945, in: *Historisk tidskrift* (1979) 397: „In 1914 neutrality meant obligations for the neutral state to defend principles of international law. In 1945 neutrality was the political way of preserving peace available to the neutral state.“

⁴³ *Johansson, Norman*, Security, 356. Die Bedeutung des Aufenthalts in Schweden für gewisse deutsche Flüchtlingsgruppen ist analysiert in: *Klaus Misgeld*, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“ in Stockholm 1942–1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges (*Studia Historica Upsaliensia* 79, Uppsala 1976). Siehe auch *ders.*, Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Internationale Europapolitik und die Deutschlandfrage 1945–1955 (Frankfurt am Main, New York 1984); im folgenden zitiert: *Misgeld*, Sozialdemokratie. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch *Einbart Lorenz*, Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933 bis 1940 (Kiel 1989).

⁴⁴ Vgl. *Bo Lindensjö*, From Liberal Common School to State Primary School: A Main Line in Social Democratic Educational Policy, in: *Creating Social Democracy*.

⁴⁵ *Korlén*, Literatur.

handelte sich hier um einen sehr jungen Mann – er war erst 23 Jahre alt –, und er hatte aus verständlichen Gründen früher nicht die Möglichkeit gehabt, außerhalb Schwedens zu reisen. Ein Redakteur hatte den Einfall gehabt, einen blutjungen Menschen, der „bisher in der schwedischen Enklave eingeschlossen gewesen ist“, in das „europäische Nachkriegschaos“ hinauszuschicken.

Der junge Mann – sein Name war Stig Dagerman – war jedoch in Schweden kein Unbekannter. Er hatte mit seinen ersten Romanen, Erzählungen und Kritiken als prominenter Vertreter einer neuen Generation der modernen schwedischen Literatur Aufsehen erregt. Er hatte Kafka und Sartre gelesen. Politisch kam Dagerman aus einem ganz anderen Lager als Malmberg, er war Syndikalist, aber auch er war mit den deutschen Verhältnissen vertraut. Seine Frau war die Tochter eines deutschen Syndikalisten, der mit seiner Familie über die typischen Stationen wie die Tschechoslowakei, Spanien, Frankreich, Norwegen nach Schweden geflüchtet war. So erhielt der junge Schriftsteller während seiner Reise von den Verwandten seiner Frau und von deutschen Syndikalisten Hilfe⁴⁶.

Bereits vor seiner Reise hatte die deutsche Problematik den jungen Mann beschäftigt. Es ist behauptet worden, daß sein symbolischer Roman „Insel der Verurteilten“ (1946) im Schatten von Nürnberg zu verstehen sei, und daß er auch den Titel „Deutschland der Verurteilten“ hätte haben können⁴⁷. Vor seiner Abreise schrieb er ein Theaterstück, „Zum Tode verurteilt“, zum Teil, wie er selbst gesteht, aus Angst vor den „Ruinen, der Not und der Bitterkeit“, die auf ihn warteten. Wer den Tod einmal gesehen hat, kann das Leben nicht mehr ertragen, ist seine Botschaft⁴⁸. Dagerman fand auch seine Befürchtungen in vollem Ausmaß bestätigt. Seine Artikel trugen, als sie 1947 als Buch publiziert wurden, den Titel „Deutscher Herbst“.

Knapp, effektiv und mit einführender Sensibilität schildert er die deutsche Ruinenlandschaft, Hunger, Not, Elend, Kälte und Regen. Erschüttert beschreibt er die Hamburger Einöde, den unbarmherzigen Kampf ums Dasein, die unwillkommenen Ostflüchtlinge, die Selbstverachtung, den Zynismus, die Apathie der Besiegten. Dagerman spricht – mit einem Anklang an Dostojewskij – von den „Kellerdeutschen“. Scharfe Konfrontation und Rivalitäten kennzeichnen seiner Meinung nach das Verhältnis zwischen verschiedenen Volksgruppen: zwischen Bauern und Stadtbevölkerung, Bauern und Evakuierten, den Armen und den Ärmsten, den Ansässigen und

⁴⁶ Zu Dagermans Deutschlandreise siehe *Olof Lagercrantz*, Stig Dagerman (1958; hier zitiert nach der Taschenbuchausgabe Stockholm 1985); im folgenden zitiert: *Lagercrantz*, Dagerman; *Hans Sandberg*, Den politiske Stig Dagerman. Tre studier (Stockholm 1977) und Sandbergs Nachwort zu *Stig Dagerman*, Tysk höst (Samlade skrifter 3, 1981); hier zitiert nach der Taschenbuchausgabe Stockholm 1990: *Dagerman*, Höst. Vgl. auch *Thure Stenström*, Existentialismen i Sverige. Mottagande och inflytande 1900–1950 (Historia litterarum 13, Stockholm 1984) 266–283. Zu Dagerman und seinem Schwiegervater Ferdinand Götze siehe *Müssener*, Exil, 479f., 504f. und *Lorenz*, Exil, 239, 351.

⁴⁷ Vgl. *Lagercrantz*, Dagerman, 250.

⁴⁸ *Stig Dagerman*, Inför premiären på „Den dödsdömde“ (1946); hier zitiert nach dem Neudruck in *ders.*, Den dödsdömde (Federativs klassiker 1, Stockholm 1977) 95f. Als das Drama Ende der 50er Jahre (nach Dagermans Tod) mit Erfolg in Deutschland aufgeführt wurde, ist es mit Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“ verglichen worden. Siehe *Claes Hoogland*, Stig Dagerman och teatern (in der angeführten Ausgabe des Dramas).

den Flüchtlingen. Hinzu komme eine Rivalität, ein gegenseitiges Mißtrauen zwischen den Generationen. Die Jungen fänden den Weg in Institutionen, Gremien und Kader von einer älteren Generation versperrt, die in den Augen der Jüngeren die Verantwortung für den Zusammenbruch der Demokratie und der Nazizeit trage. Die Jugend befände sich in einer tragischen Situation. Ihre eigene Organisation seien Räuberbanden und diese wiederum die Zentren des schwarzen Marktes.

Deutschland hat nicht nur eine, sondern mehrere verlorene Generationen. Die Entnazifizierungsprozesse erinnern Dagerman an Kafka. Mit Distanz und Skepsis beurteilt er die Sieger und ihren Umgang mit dem Demokratiebegriff. Er bezweifelt die Möglichkeit, Militarismus mit Hilfe eines Militärregimes auszurotten. Die alten Strukturen blieben, während die Klassenunterschiede wachsen würden. Niemand wünsche eine Alternative. Ehrliche deutsche Antifaschisten seien enttäuscht, verbittert und heimatlos, enttäuscht weil die Befreiung nicht radikal genug war, heimatlos weil sie sich weder mit den mißvergnügten Deutschen noch mit der Politik der Alliierten solidarisieren können. Außerdem hätten sie keinen Anteil an der deutschen Niederlage: „Diese Menschen sind die schönsten Ruinen Deutschlands.“⁴⁹ Dagermans Skepsis gilt auch der neuen Parteienlandschaft, und mit Befremden notiert er Kurt Schumachers Nationalismus⁵⁰, findet die „Kellermenschen“ im Grunde unreformiert.

Nach Dagerman ist es aber nun eine Heuchelei, etwas anderes zu fordern, und er betrachtet die Kollektivschuldthese als absurd. Der Krieg, schreibt Dagerman, sei ein „schlechter Pädagoge“. Man lerne nur zwei Sachen: „Angst zu haben und zu sterben.“⁵¹ Damals und später zitiert Dagerman mit Sympathie und Zustimmung den englischen Verleger Victor Gollancz in seiner Enttäuschung über die Politik der Siegermächte: Man könne die Situation der Hungrigen nicht analysieren, ohne erst den Hunger analysiert zu haben. Man müsse mit den Leidenden immer Mitleid haben, selbst wenn das Leiden selbstverschuldet sei. Man müsse „einen sehr scharfen Unterschied“ machen zwischen denen, die behaupten, daß alle, Sieger und Besiegte, gleich gut oder schlecht seien, um dadurch den Nazismus zu entschuldigen und den Weg für einen neuen Nationalismus zu bahnen, und jenen, die die Nachkriegsmentalität als eine Drohung gegen „Internationalismus, Humanität und Frieden“ auffassen würden. Die „sog. Mitleidspropaganda“ müsse von allen „suspekten Interessen“ befreit werden⁵². Die Problematik war brisant.

Nach seiner Rückkehr aus Deutschland machte Dagerman einen Versuch, ein Filmmanuskript mit dem Titel „Tote Städte“ zu schreiben, in dem er seine deutschen Erfahrungen verarbeitete. Episoden aus den Reportagen sowie Erinnerungen an die Hamburger Mondlandschaft tauchten hier wieder auf. Er versuchte die deutsche Situation zu verallgemeinern. Der Film sollte „die materielle und geistige Situation des

⁴⁹ Dagerman, Höst, 31.

⁵⁰ Zu der Auffassung in der schwedischen Sozialdemokratie über die SPD und Schumacher siehe *Misgeld*, Außenpolitik, speziell zu der Kritik über Dagermans Ansichten 89, mit Fußnote 123.

⁵¹ Dagerman, Höst, 19.

⁵² Dagerman, Höst, 119 und *ders.*, Medlidandespropaganda (1947); wieder gedruckt in: *Stig Dagerman*, Essäer och andra texter. Samlade skrifter 11 (Taschenbuchausgabe, Stockholm 1990) 156 ff.

europäischen Menschen in einer Art zeigen, die nicht an den Sensationshunger eines bessergestellten Publikums appellieren soll, sondern an dessen Mitleid und Sympathie“. Der Film wurde nie gedreht. „Die Engländer wollten nicht mitarbeiten“, erzählte Dagerman zwei Jahre später, „da sie fürchteten, den Eindruck einer Mitleidskampagne zu erwecken, und das war gewiß nicht beabsichtigt.“⁵³ Die schwedischen Reaktionen auf Dagermans Bericht aus Deutschland sind auch beachtenswert. Die Rezensenten waren sich weitgehend einig, daß er ein bedeutendes Buch geschrieben hatte und waren von seiner Beschreibung der deutschen Zustände sehr beeindruckt. Es fehlte aber auch nicht an Einwänden. „Weil wir täglich neue Beweise für die nationalsozialistische Bestialität bekamen“, schrieb der Schriftsteller, Lyriker und Kritiker Olof Lagercrantz Ende der 50er Jahre in seiner *Biographie über Dagerman*, „war es für uns alle schwer, Mitleid mit dem deutschen Volk zu haben, obwohl es hungernd in Ruinen lebte.“⁵⁴

Der früher erwähnte Herbert Tingsten vermutet „eine Art anarchistischer Auffassung“ bei dem Verfasser, und meint, daß Dagerman sich nicht „politisch“ engagiert habe. Er habe sich „abseits“ gestellt, sich von denen, „die in einer Neuorientierung der Politik der Siegermächte die Rettung für Deutschland und Europa sehen“ distanziert. In einer „großen, ideologischen Perspektive“ habe Dagerman „Schutz gegen die Forderung, jetzt Stellung zu nehmen“⁵⁵, gesucht. Der Begriff ‚Ideologie‘ ist in Tingstens Weltbild negativ belastet, so wie ‚Systemdenken‘ und ‚Metaphysik‘. Eine Europapolitik der Siegermächte sei die Rettung gewesen. Tingsten kämpfte später nicht nur für den ‚Tod der Ideologien‘⁵⁶, sondern auch (vergebens) für Schwedens Anschluß an die NATO. Ein anderer Rezensent bemängelte Dagermans Art, die Versuche zur Demokratisierung der Deutschen zu ironisieren. Dagermans Mitleid wurde auch von kommunistischer Seite kritisiert⁵⁷. Die Fronten des Kalten Krieges zeichneten sich deutlich ab und Dagerman befand sich zwischen den Fronten – es war eine undankbare Position.

Es ist von mir behauptet worden, daß die Periode von 1870 bis 1945 aus schwedischer Sicht und unter vielen Gesichtspunkten als ein ‚deutsches‘ Jahrhundert betrachtet werden könne (aber in der schwedischen Geschichte gewiß nicht das erste). Die beiden Jahreszahlen können auch vereinfacht als Stichworte für zwei Wendepunkte in der Geschichte der deutsch-schwedischen Beziehungen gesehen werden: Anschluß an und Emanzipation von Deutschland. Der Anschluß war zwar nicht bedingungslos (Skandinavismus, Neutralität, Identitätssuche), die Emanzipation auch nicht für immer, und die gegenseitigen Beziehungen müssen durchgehend im Verhältnis zu einer

⁵³ *Stig Dagerman*, Döda städer, in: *ders.*, Essäer (s.o.), Dagermans Vorwort 253f. und Hans Sandbergs Kommentar 393.

⁵⁴ *Lagercrantz*, *Dagerman*, 128. Vgl. *Müssener*, *Exil*, 479f., Fußnote 559.

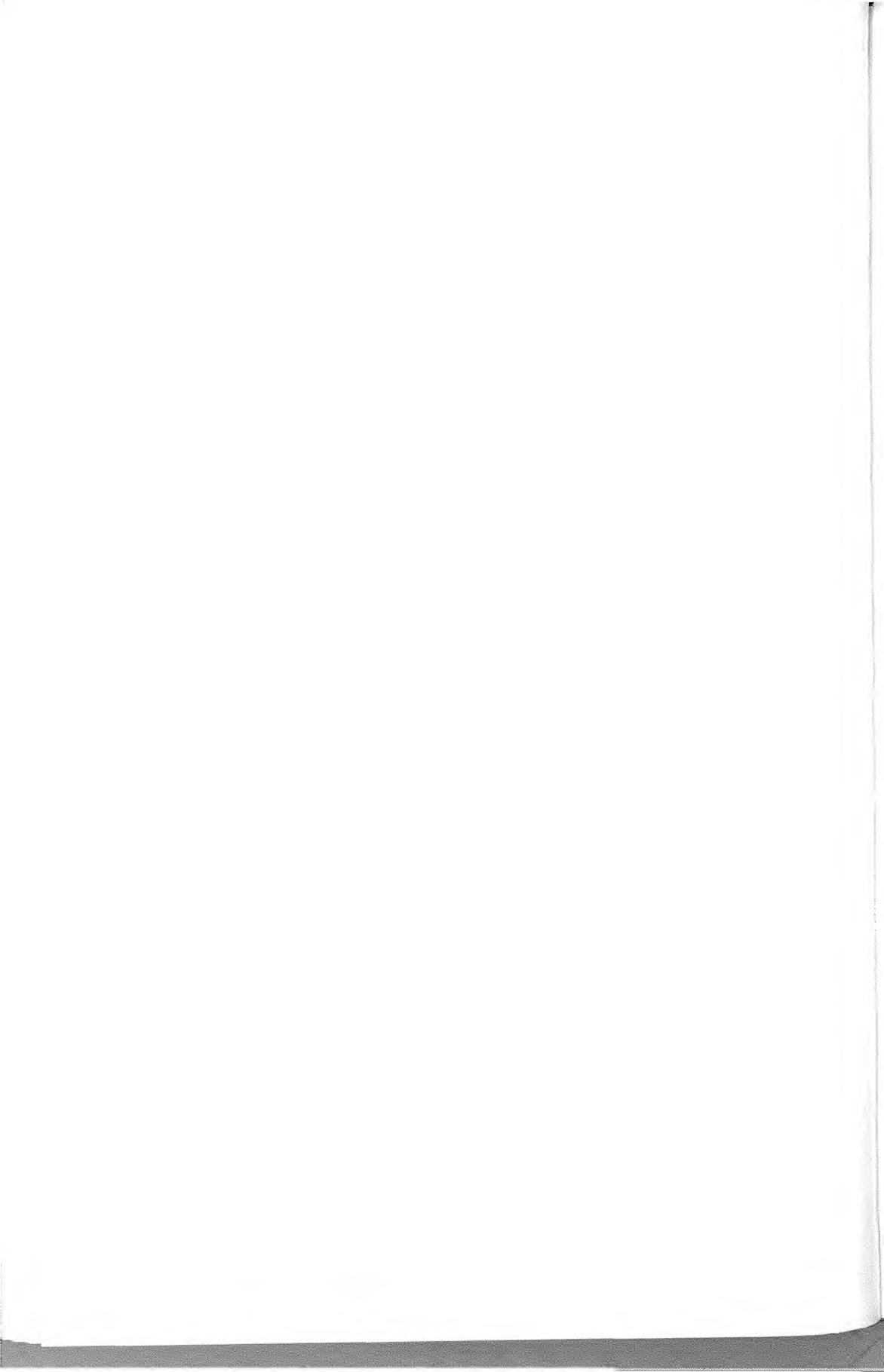
⁵⁵ Tingstens Besprechung in: *Dagens Nyheter* 14. 5. 1947; hier zitiert nach Hans Sandbergs Nachwort zu *Dagerman*, Höst, 155ff.

⁵⁶ Zu Tingsten siehe *Skovdahl*, Tingsten und zu den schwedischen Debatten über eine gemeinsame skandinavische Verteidigungspolitik und NATO *Misgeld*, Außenpolitik. Tingsten veröffentlichte einige Jahre später ein Buch über die Bundesrepublik: *Västtysklands problem* (Stockholm 1950).

⁵⁷ Siehe Hans Sandbergs Nachwort zu *Dagerman*, Höst, 155ff.

dritten Macht, zu Rußland gesehen werden. In Deutschland aber wurde die Problematik formuliert, und es wurden die Fragen gestellt.

Die drei Beispiele aus diesem Jahrhundert, die ich hier versuchsweise benutzt habe, d. h. König Oscar in Berlin, Bertil Malmberg in München und Stig Dagerman in Hamburg, drei Zeugen aus verschiedenen politischen Lagern, können vielleicht als wenig typisch aufgefaßt werden. Ich möchte aber behaupten, daß die Argumente, die bei diesen Zeugen – offen oder unausgesprochen – über Preußen, das Deutsche sowie das Dritte Reich und die Deutschen – stereotyp oder zeitbedingt – vorkommen, ein Repertoire ausmachen, das der schwedischen Haltung den deutschen Angelegenheiten gegenüber gerecht wird. Ich habe versucht, die Vielschichtigkeit und Ambivalenz dieser Haltung mit Blick auf die verschiedenen Umbrüche in Deutschland zu konkretisieren. Die Frage, wie sich diese Haltung (und ihre Ambivalenz) in den letzten 50 Jahren artikuliert hat, ist eine interessante, jedoch eine andere Geschichte.



Hans Lemberg

Das Deutsche Reich im polnischen Urteil 1871–1945

Einleitung

Im folgenden Referat wird die Frage nach der Beurteilung des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945 durch eine jener Nationen gestellt, die zunächst in unserem Betrachtungszeitraum bis in den Ersten Weltkrieg hinein über keinen eigenen Staat verfügten, deren neue oder erneuerte Staaten aber seit 1918 mit dem Deutschen Reich eine spannungsgeladene Nachbarschaft entlang einer gemeinsamen Grenze unterhielten. Die Rede ist von der Republik Polen, deren Grenze zum Reich zwar im Vertrag von Versailles international abgesichert war, von einem großen Teil des politischen Spektrums im Deutschen Reich aber dennoch als „blutend“¹, also als nur mit Widerwillen hinnehmbar angesehen wurde. 1939 war es diese Grenze, um deren Korrektur willen der deutsche Nachbar, mittlerweile unter nationalsozialistischer Herrschaft, einen Zweiten Weltkrieg vom Zaune brach.

Das zu behandelnde Thema gliedert sich also von selbst in drei Teile, in denen die Perspektive, das Urteil der Polen über das Deutsche Reich, sich jeweils wandelte:

1. Von 1871 bis in den Ersten Weltkrieg befanden sich die Polen in einer zwiespältigen Lage. Schienen Teile der polnischen Nation nach dem letzten großen gescheiterten Aufstandsversuch im russischen Teilungsgebiet an die Situation der Teilung angepaßt, eine „dreifache Loyalität“ (*trójlojalność*) entwickelt zu haben, mit der der größtmögliche Nutzen aus der unglücklichen Situation für die in Umgestaltung befindliche polnische Nation herausgeholt werden konnte, so wurde diese Anpassungshaltung nach 1871 mehr und mehr in den konservativen Hintergrund gedrängt; gleichzeitig stärkte sich das „nationaldemokratische“ Streben nach neuer Unabhängigkeit². Das preußische Teilungsgebiet gewann jetzt, das wird zu beobachten sein, eine andere Qualität dadurch, daß es in den neuen deutschen Nationalstaat von 1871 inkorporiert wurde. Preußen und Deutschland schienen nun identisch; die Folgen für die Polen waren spürbar, ihr Urteil über das Deutsche Reich wurde dadurch geprägt.

2. Zwischen 1918/19 (mit einem gewissen Vorlauf seit 1916) und 1939 standen einander im östlichen Mitteleuropa zwei relativ große, souveräne Staaten gegenüber, die wiedererstandene Polnische Republik, die in Wirklichkeit gegenüber der 1795 unter-

¹ S. u.a. *René Martel*, Deutschlands blutende Grenzen (Oldenburg 1930); *Erich Reimers*, Der Kampf um den deutschen Osten (Leipzig 1939) 261.

² Herrn Prof. Dr. Marek Czapliński von der Universität Breslau danke ich für Durchsicht des Manuskripts und freundliche Anregungen.

gegangenen *Rzeczpospolita Polska* einen gänzlich anderen, modernisierten Charakter hatte³, und das als Verlierer des Ersten Weltkriegs gedemütigte, aber in seiner Grundsubstanz und in vielen inneren Strukturen erhaltene Deutsche Reich.

3. Von 1939 bis 1945 war das deutsch-polnische Verhältnis wieder so ungleichgewichtig, wie es nur irgend sein konnte und wie es noch nie in der Geschichte so war: Das totalitäre, hochgerüstete Großdeutsche Reich unter Hitler hatte das „ehemalige“ Polen zur Hälfte – und später, ab 1941, ganz – unterworfen; die polnische Nation, abermals staatenlos, stand mehr als je zuvor am Rande ihrer Existenz, vom Genozid durch eben jenen mächtigen Nachbarn bedroht und bestenfalls in den Status von Heloten hinabgedrückt.

Die Perspektive, unter der die Polen oder ein polnischer Staat das Deutsche Reich wahrgenommen haben oder wahrnehmen konnten bzw. mußten, ist somit im Beobachtungszeitraum extremen Wandlungen unterworfen gewesen. Auf kaum einen Staat, auf kaum eine Nation in Europa, und mögen sie auch in der unmittelbaren Nachbarschaft des Deutschen Reiches gelegen haben, sind so tiefgreifende, ja existentielle Einwirkungen vom benachbarten Deutschen Reich ausgegangen; in kaum einem Fall aber auch ist die Wahrnehmung des Deutschen Reiches einer derartigen Amplitude der Verschiedenheit ausgesetzt gewesen.

Nur in den beiden Jahrzehnten zwischen 1918 und 1939 hat die Beobachtung des Deutschen Reiches aus polnischer Perspektive den Charakter einer Beurteilung von Staat zu Staat gehabt, den die Urteile über das Reich aus der Perspektive der meisten anderen Nachbarn für die gesamte behandelte Epoche kennzeichnet. Hingegen lagen die polnischen Urteile über das Reich wegen der ungleichen deutsch-polnischen Nachbarschaft vor 1918 und nach 1939 nicht auf dem Gebiet der professionellen Politik. Die Beobachtung dieser Urteile, dies muß einleitend betont werden, läßt sich vor allem für die letztgenannten Zeitabschnitte nicht trennscharf auf den Staat, das Deutsche Reich, fokussieren; eher schon sind diese Urteile mit der Methode der Stereotypenforschung, der Imagologie zu erfassen: Meist ist in diesen Perioden das in den Blick genommene Objekt dieser Urteile in Wirklichkeit nicht das Deutsche Reich, sondern es geht viel häufiger um Urteile über „die Deutschen“ ganz allgemein, über Preußen bzw. „die Preußen“ o. dgl.⁴

Trotz der extremen Wechsellagen des polnischen Urteils über das Reich bzw. über die Deutschen ist eine große Kontinuität in der Sicht der Polen oder Polens auf den großen westlichen Nachbarn und im Urteil über diesen erkennbar. Diese Kontinuität

³ Zur Metamorphose der polnischen Nation in der Ära seit den Teilungen s. *Tadeusz Łepkowski, Polska – narodziny nowoczesnego narodu* [Polen – Geburt einer modernen Nation]. 1764–1870 (Warszawa 1967).

⁴ S. dazu das monumentale Werk von *Wojciech Wrzesiński, Sąsiad. Czy Wróg? Zc studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795–1939* [Nachbar. Oder Feind? Aus den Studien über die Gestaltung des Bildes des Deutschen in Polen in den Jahren 1795–1939] (Wrocław 1992); im folgenden zitiert: *Wrzesiński, Sąsiad*. Ferner *Bronisław Pasierb, Niemcy w polskiej myśli politycznej 1870–1970. Szkiz do syntezy* [Deutschland im polnischen politischen Denken], in: *Z badań nad dziejami stosunków polsko-niemieckich*, hrsg. v. *Antoni Czubiński, Ryszard Wryk* (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Seria Historia 166, Poznań 1991) 111–131.

weist weit über 1871 hinaus zurück und über 1945 hinaus in die Zukunft – bis in unsere Gegenwart. Es liegt daher nahe, den folgenden Abriß in vier Teile zu gliedern: in einen Prolog über die Zeit vor 1871 und in die drei genannten Epochen.

1. Prolog: Preußen und die Deutschen im polnischen Urteil vor 1871

Beginnen wir also mit der Zeit vor der Reichsgründung von 1871. Der *finis poloniae* nach der letzten Teilung hatte einen der bis dahin größten europäischen Flächenstaaten beseitigt. In Europa, das während der beiden letzten Teilungen Polens zumeist gebannt nach Westen, auf das revolutionäre Frankreich blickte, hat das Verschwinden dieses Staates im Osten und die erzwungene Staatenlosigkeit einer ganzen Nation gleichwohl unerwartetes Aufsehen erregt, Kennzeichen für einen neuen Zustand, in dem das Convenienz-Prinzip nicht mehr als allein maßgebend erschien⁵.

Von deutschen Beobachtern sind folglich, darüber sind sich die zahlreichen Arbeiten über das deutsche Polenbild einig⁶, im 19. Jahrhundert die Polen nicht mit den anderen im Hegelschen oder Engelsschen Sinne „geschichtslosen“ Völkern im östlichen Europa in den gleichen Topf der Lebensunwürdigkeit und Lebensunfähigkeit geworfen worden⁷. Die Aufteilung Polens war noch nicht so lange entfernt; die zwar vom vermeintlichen Ende ihres Staates betroffenen Polen hatten sich aber immer wieder an vorübergehende Staatsbildungen klammern können (das Herzogtum Warschau nach 1807, das Königreich Polen seit 1815), und der große Aufstand von 1830 – weniger schon der von 1863 – haben das Ihre dazu beigetragen, die Polen in ihrem Kampf gegen die Despotie im liberalen Teil Europas sympathisch, ja bewundernswert erscheinen zu lassen. Viele Polen, insbesondere die zahlreichen politischen Emigranten nach dem Scheitern der Revolution von 1831, haben diese Sympathie unmittelbar zu spüren bekommen und sie erwidert⁸.

Negative Konnotationen im Urteil über die Deutschen richteten sich daher in dieser Ära konzentriert gegen Preußen. Dieser Staat hatte ja für Polen erst während des 18. Jahrhunderts durch die Annexion Schlesiens sprunghaft an Bedeutung gewonnen und war unter den großen Nachbarn der *Rzeczpospolita* eigentlich an die Stelle Schwedens getreten. Nun, seit den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts, hatte er gemeinsam mit den beiden anderen „Mächten der drei schwarzen Adler“ die Teilung Polens vollbracht und erhielt mit ihnen jahrzehntelang ein antipolnisches Zweckbündnis auf-

⁵ Marian Henryk Serejski, *Europa i rozbiory Polski. Studium historiograficzne* [Europa und die Teilungen Polens. Historiographische Studie] (Warszawa 1970).

⁶ S. dazu die Bibliographie von Johannes Hoffmann, *Stereotypen – Vorurteile – Völkerbilder in Ost und West – in Wissenschaft und Unterricht. Eine Bibliographie* (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 1, Wiesbaden 1986).

⁷ Roman Rosdolski, *Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen“ Völker* (Berlin 1979).

⁸ Vgl. Gerard Kozielek, *Reformen, Revolutionen und Reisen. Deutsche Polenliteratur im 18. und 19. Jahrhundert* (Wrocław u. a. 1990); ders., *Das Polenbild der Deutschen 1772–1848. Anthologie* (Reihe Siegen 83, Heidelberg 1989); *Dokumente zur Geschichte der deutsch-polnischen Freundschaft: 1830–1832*, hrsg. v. Helmut Bleiber und Jan Kosin (Berlin 1982).

recht⁹. Preußen hatte somit die Rolle des „aggressiven und eroberungssüchtigen Teils des Deutschtums“¹⁰ übernommen, das aber ansonsten weiterhin auch noch aus Elementen bestand, die von Polen durchaus positiv gesehen wurden¹¹.

So ließ die Konstellation im Vormärz, im „Völkerfrühling“, für manche Polen die deutsche Einheitsbewegung als den natürlichen Freund der Polen erscheinen. Die deutsche Einigung sollte die Vorherrschaft von Wien und Berlin überwinden helfen¹². Dies erwies sich freilich nach 1848 als Illusion, und so konnte man in den fünfziger Jahren in der polnischen Publizistik das Bedauern darüber lesen, daß die nichtpreußischen Deutschen nicht die Gemeinsamkeit der Interessen erkannten, die sie mit den Polen gegen Preußen verbänden¹³, ganz im Sinne jenes Solidarität schaffenden Wahlspruchs der polnischen Aufständischen: „Für unsere und Eure Freiheit“.

In den sechziger Jahren spitzten sich die Verhältnisse zu: Im polnischen Aufstand von 1863/64, zunächst einer innerrußländischen Angelegenheit, profilierte sich alsbald Preußen mit der Alvensleben-Konvention an der Seite Rußlands, und wenig später erwies endgültig der Krieg von 1866 das Übergewicht Preußens in der deutschen Frage. Selbst polnische „Optimisten“, die zuvor entweder das Aufgehen der bisherigen preußischen Politik in den ganz anderen Interessen der allgemeinen deutschen Bewegung erhofft und die bismarckschen Aktionen eher als Ausrutscher zu werten geneigt waren, mußten nun erkennen, daß sie sich geirrt hatten. Recht sollten – das erwies vollends der Krieg von 1871 – die „Pessimisten“ unter den Polen behalten, die eher die „Verpreußung Deutschlands“¹⁴ prognostizierten, also eine erhebliche Stärkung Preußens an der Spitze der deutschen Bewegung unter Beibehaltung der bisherigen antipolnischen Allianz von Berlin und St. Petersburg.

2. Das Bismarckreich: von 1871 bis zum Ersten Weltkrieg

Man muß wohl Andreas Lawaty zustimmen, wenn er „die Bismarcksche Reichsgründung an sich und nicht etwa die in ihrer Folge eintretende Verschärfung der preußischen Polenpolitik als Epochenwende in den deutsch-polnischen Beziehungen“ defi-

⁹ Eine gültige Formulierung für diese Konstante (wenn auch für das 18. Jahrhundert) hat Klaus Zernack gefunden: *Klaus Zernack*, Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts, in: *ders.*, Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, hrsg. v. *Wolfram Fischer* und *Michael G. Müller* (Historische Forschungen 44, Berlin 1991) 225–242.

¹⁰ Tadeusz Lepkowski, zitiert bei: *Andreas Lawaty*, Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 63, Berlin, New York 1986) 16 f.; im folgenden zitiert: *Lawaty*, Das Ende.

¹¹ Zur Rolle der deutschen Kleinstaaten in der polnischen Frage s. z. B. *Hans-Werner Rautenberg*, Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung (Wiesbaden 1979).

¹² Belege bei *Lawaty*, Das Ende, 19 ff.

¹³ *Henryk Kamiński*, Rosja i Europa [Rußland und Europa] [...] (Paris 1857), zitiert und referiert von *Wojciech Wrzesiński*, Sąd, 81 ff.

¹⁴ *Lawaty*, Das Ende, 30–34.

niert¹⁵. Die Metamorphose von der preußischen Teilungsmacht, die in nationaler Hinsicht als „halbdeutsch“ angesehen werden konnte, zum führenden Träger des neuen deutschen Nationalstaats verschob mit einem Schlag die Gewichte im europäischen Staatensystem; dieser Vorgang kann in seiner Dramatik auch in Bezug auf die Sicht der Deutschen und des Deutschen Reiches aus polnischer Perspektive gar nicht überschätzt werden.

Die Reichsgründung erwies nämlich, daß nun nicht nur die befürchtete antipolnische Linie Berlins erhalten, ja möglicherweise verstärkt würde, sondern daß die Polen und andere nichtdeutsche Bevölkerungsgruppen in einem national definierten deutschen Kaiserreich eindeutig in die Rolle nationaler Minderheiten rutschen würden, die zudem als solche nicht einmal auf einen besonderen Schutz im Reich rechnen könnten. Schon in der Debatte zur neuen Reichsverfassung im ersten Reichstag wurde das deutlich: Bismarck weigerte sich, die Polen als etwas anderes denn als Angehörige des „Volkes der Preußen“ anzusehen, worauf der Sprecher der polnischen Fraktion ihm das geradezu klassische Diktum entgegenhielt, das (vergleichbar in Livland mit der sogenannten Schirrenschen Antwort gegenüber russischen Ansprüchen¹⁶) die schmerzhafteste Situation des Übergangs vom vormodernen dynastischen zum modernen Nationalstaat beleuchtete: „Wir wollen, meine Herren, bis Gott anders über uns bestimmt hat, unter preußischer Herrschaft bleiben, aber dem deutschen Reich wollen wir nicht einverleibt sein.“¹⁷

Es war nicht nur diese grundsätzliche Konstellation der Nationalisierung, die den pessimistischen Prognosen aus dem polnischen Milieu der vorhergehenden Jahre und Jahrzehnte den Anschein einer Bestätigung verlieh; wie in einem Brennspiegel bündelten sich jetzt negative Elemente der bisherigen preußischen Polenpolitik und neue Akzente des deutschen Nationalstaates: die zentristische und gegen Zugeständnisse an die Polen gerichtete Linie Bismarcks, die dieser schon lange, seit der Polendebatte in der Paulskirche verfolgt hatte, die Verknüpfung der antikatholischen und damit antipolnischen Tendenz in der Verfolgung der „Reichsfeinde“ im Kulturkampf, vor allem aber die Fortsetzung und Steigerung der administrativen Germanisierung, die von den achtziger Jahren an in den bekannten Komplex von Ansiedlungspolitik, Ausweisung von Polen, nationalisierender Schulpolitik usw. mündete¹⁸.

Die Reichsgründung von 1871 hat – dies geht aus vorliegenden Analysen der öffentlichen Meinung in der deutschen Frage unter den Polen hervor – einen nachhaltigen Umschlag der polnischen Urteile in der deutschen Frage und gegenüber Preußen-Deutschland zum Negativen hin gebracht. Nun erst fielen die Stereotype über das „Deutsche“ und das „Preußische“ zusammen und fanden ihren Niederschlag in der polnischen Publizistik auf allen medialen Ebenen, bis hin zu Karikaturen, die in ihrer

¹⁵ Hier und im folgenden s. *Lawaty*, Das Ende, 17 ff. – Vgl. auch *Józef Feldman*, Bismarck a Polska (2. Aufl. o.O. [Kraków] 1947).

¹⁶ Zur Situation im Baltikum s. *Reinhard Wittram*, Baltische Geschichte (München 1954) 181 ff.

¹⁷ *Martin Broszat*, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik (Suhrkamp Taschenbuch 74, Frankfurt/Main, erw. Aufl. 1972) 127.

¹⁸ Ebd. 134–172; *Helmut Neubach*, Die Ausweisungen von Polen und Preußen 1885/86 (Marburger Ostforschungen 27, Wiesbaden 1967).

Brutalität und Animalität denen in umgekehrter Richtung oder denen im deutsch-tschechischen Verhältnis¹⁹ in nichts nachstanden²⁰. Damit begann auch die gänzliche Nationalisierung weiter Bereiche der polnischen Kunst und Wissenschaft, insbesondere wenn sie sich als ideologische Instrumente verwenden ließen. So gelangten die Geschichtswissenschaft, aber auch die Historienmalerei oder das Genre der historischen Romane jetzt, nach 1871, in ihre höchste Blütephase.

Dabei ist durchaus Gegenseitigkeit festzustellen: Wenn die „Kreuzritter“ in Historienbildern etwa von Matejko, im gleichnamigen Roman von Sienkiewicz (um nur zwei Namen zu nennen) und in ungezählten Broschüren wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Charakters²¹ als Symbole oder Metaphern für das bismarcksche bzw. wilhelminische Deutschland verwendet werden, dann finden wir das gleiche Motiv auf der anderen Seite in der Identifikation des borusischen Geschichtsbildes dieser Zeit mit dem Deutschen Orden geradezu spiegelbildlich wieder²². Von beiden Seiten wurde nun die – hier weit in die Vergangenheit zurückprojizierte – Feindschaft zwischen Deutschen und Polen als eine Art von historisch-politischer Konstante angesehen; das Sprichwort „Jak świat światem, Niemiec nie będzie Polakowi bratem“ (solange die Welt besteht, wird der Deutsche für den Polen nicht ein Bruder sein)²³ wurde zur beherrschenden Maxime auch in der polnischen Sicht des Deutschen Reiches, auch wenn gelegentlich differenziertere Sichtweisen zu beobachten waren, z. B. bei Bolesław Prus²⁴.

Neben der sozusagen propagandistischen, im historischen Bilde verdeckten Feindsicht des preußisch-deutschen Reiches gab es freilich unter den Polen eine Ebene der offenen Integration in dessen staatsbürgerliche Gesellschaft, die sich – ungeachtet aller grundsätzlichen Kritik und Opposition – in der Partizipation der Polen des Posener Gebiets an der Rechtsstaatlichkeit des neuen Reiches verwirklichen konnte. Diese sogenannte „organische Arbeit“ der Polen in der Verwaltung und Selbstverwaltung bis hinauf in die zentralen parlamentarischen Gremien in Berlin hat dem nunmehr ins Deutsche Reich integrierten preußischen Teilungsgebiet einen (relativ zum österrei-

¹⁹ Vgl. Rudolf Jaworski, Tschechen und Deutsche in der Karikatur (1891–1907), in: Deutsch-tschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild, hrsg. v. Hans Lemberg und Ferdinand Seibt (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 28, Braunschweig 1980) 58–68.

²⁰ Eine Fülle von Beispielen bei Wrzesiński, *Sąsiad*.

²¹ Gotthold Rhode, Die Situation im polnischen Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein, in: Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa, hrsg. v. Ernst Birke und Eugen Lemberg (Marburg/Lahn 1961) 46–61; ders., Das Bild des Deutschen im polnischen Roman des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts und das polnische Nationalgefühl, in: Ostdeutsche Wissenschaft (1961) 349–354.

²² Vgl. u.a.: Wolfgang Wippermann, Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik (Berlin 1979).

²³ Zitiert Lauaty, *Das Ende*, 37, dort Anm. 51: Hinweis auf Labuda. Zahlreiche Sprichwörter dieser Art bei Kurt Lück, Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum II (Ostdeutsche Forschungen 7, Leipzig ²1943).

²⁴ Lauaty, *Das Ende*, 63–66.

chischen oder gar russischen Teilungsgebiet) – auf die Dauer gesehen – hohen Nutzen in der sozialen und ökonomischen Entwicklung gebracht²⁵.

Es wäre nun reizvoll, gegen die Einstellungen der Posener Polen diejenigen im österreichischen Krakau oder im rußländischen Warschau zu halten. In Krakau hatten die dortigen Konservativen, die durchaus den inzwischen relativ großen Freiraum für polnische Politik in Cisleithanien genossen, eine historisch orientierte Denkschule etabliert, von der aus versucht wurde, zwischen dem Deutschen Reich und der für alle antipolnischen Restriktionen verantwortlichen preußischen Politik zu unterscheiden; in Warschau hingegen hat die dort etablierte positivistische Richtung zwar die ökonomischen Fortschritte im preußisch-deutschen Teilungsgebiet geschätzt, die eigene positive Anpassungs-Politik gegenüber Rußland aber dennoch vor den Hintergrund des pauschal wahrgenommenen polnisch-deutschen Antagonismus gestellt.

Wichtiger noch als die in dieser Epoche erheblich entwickelte, aus unterschiedlichen Positionen gespeiste Feindschaft gegen „die Deutschen“ oder „die Preußen“, also gegen das Deutsche Reich von 1871, mag vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Attitüde seit der Jahrhundertwende die Konzentration auf die eigene, die polnische Zukunft als Nation oder vielleicht auch einmal wieder als Staat erscheinen²⁶. Gerade die unter den Warschauer, aber auch unter den Posener Positivisten vertretene opportunistischere Haltung schien für die Zukunft eine größere Flexibilität, ein pragmatischeres Ausnutzen der Möglichkeiten anzubieten.

In der Epoche nach 1905, die durch die Revolution in Rußland und durch die Wahlrechtsreform in Österreich, aber auch durch die nunmehr vollendeten Maßnahmen der deutschen Regierung bzw. Preußens in der polnischen Frage einen deutlichen Wandel signalisierte, wurde die seit geraumer Zeit entwickelte moderne Parteienstruktur von sogenannten Orientierungen überlagert und schließlich aufgebrochen, die nicht nur in der Frage der polnischen Unabhängigkeitsbewegung, sondern damit auch in Hinsicht auf die Beurteilung des Deutschen Reiches andere Urteile und Zukunftsprojektionen produzierten²⁷.

Diese Projektionen waren kurz vor dem Ersten Weltkrieg auch schon in Optionen in Hinsicht auf künftige staatliche Bündnispartner und andererseits auf zu bekämpfende Feinde gerichtet, um jeweils auf seiten der potentiellen Verbündeten der Polen und auf Kosten ihrer Feinde einen eigenen Staat zu erringen. So faßte Roman Dmowski, der Führer der Nationaldemokraten, ins Auge, unterstützt vom Russischen Reich gegen das als Feind angesehene Deutsche Reich und auf dessen Kosten eine

²⁵ Rudolf Jaworski, *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871–1914)* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 70, Göttingen 1986); Stefan Kowal, *Spoleczeństwo Wielkopolski i Pomorza Nadwisańskiego w latach 1871–1914. Przemiany demograficzne i społeczno-zawodowe* (Uniwersitet im. A. Mickiewicza w Poznaniu, Seria Historia 105, Poznań 1982).

²⁶ Hans Lemberg, *Polnische Konzeptionen für ein neues Polen in der Zeit vor 1918*, in: *Staatsgründungen und Nationalitätsprinzip. Unter Mitw. v. Peter Alter hrsg. v. Theodor Schieder* (München 1974) 85–104, hier 88 f., *Serejski* (dort zitiert). – Zur Gesamtsituation immer noch lesenswert *Wilhelm Feldman*, *Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795–1914)* (München, Berlin ²1917).

²⁷ Lemberg, *Konzeptionen*, 93 ff., dort weitere Literatur.

Art „piastischen“, also weit westlich gelegenen polnischen Staat zu schaffen. Die genteilige Option von Józef Piłsudski und seiner PPS stützte sich auf Österreich und richtete sich gegen Rußland. Das Deutsche Reich als Angel- und Ausgangspunkt dieser Art – das erscheint als nicht zufällig – blieb ausgespart.

Erst im Großen Krieg, der nach langer Stagnation plötzlich wieder die polnische Frage auf die Tagesordnung der Weltpolitik setzte, gaben die Mittelmächte kurzfristig Anlaß, gemeinsam durch die Errichtung eines polnischen Satellitenstaates aus durchsichtigen Gründen im November 1916 einige polnische Politiker – wenn auch kurzfristig und halbherzig – auf die Seite des Deutschen Reiches zu ziehen²⁸; sie wurden wie Wilhelm Feldman zu zeitweiligen Vertretern einer deutschen Orientierung. Er selbst charakterisierte diese Haltung so: „Die Polen sind eben kühler geworden. Die ehemals nur dem Gefühl bis zum Extrem nachgingen, sind jetzt zu vorsichtigen Rechenmeistern geworden.“²⁹

3. Die Zweite Republik Polen und das Deutsche Reich

Wenige Monate später war zu erkennen, daß sich diese Vorsicht und Kühle auszahlte: Einerseits rückten die Mittelmächte wieder von ihrer Absicht eines polnischen Staates ab; die Deutsche Oberste Heeresleitung zog es vor, einen Grenzstreifen von Kongreßpolen zu annektieren und durch weitere Festlegungen das künftige Polen einzuschnüren³⁰; dann aber brachten die Wilsonschen 14 Punkte und der Zusammenbruch sowohl Rußlands wie auch der Mittelmächte der Polnischen Republik nicht nur ihre Auferstehung nach fast 125 Jahren, sondern auch die Möglichkeit, bei pragmatischem Handeln ein großes, wenn schon nicht alle polnischen Wünsche erfüllendes Staatsgebiet zu erkämpfen bzw. auszuhandeln. Gerade die letzten Kriegsmonate zeigten zudem, wie unversöhnlich die Interessen des Reichs und des neu entstehenden polnischen Staates einander gegenüberstanden.

Der Konflikt zwischen Polen und dem Reich konnte zunächst nicht schärfer sein; er äußerte sich in kriegerischen Formen, etwa im Großpolnischen Aufstand sowie später in der oberschlesischen Frage, und durch die Pariser Friedensregelungen und Nachfolgefestlegungen, die sich noch einige Jahre hinstreckten, schienen für viele Deutsche nun Bismarcks Befürchtungen bestätigt, durch eine polnische Staatlichkeit würden „Preußens beste Sehnen durchschnitten“³¹.

Die neue Lösung war schmerzlich für das Reich, wurde aber auch von Polen als

²⁸ Dazu *Werner Conze*, *Polnische Nation und Deutsche Politik im Ersten Weltkrieg* (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4, Köln, Graz 1958).

²⁹ Zit.: *Lemberg*, *Konzeptionen*, 100.

³⁰ *Immanuel Geiss*, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg* (Historische Studien 378, Lübeck, Hamburg 1960).

³¹ *Broszat*, 122. Zu diesem Bereich s. auch *Przemysław Hauser*, *Niemcy wobec sprawy polskiej. Październik 1918-czerwiec 1919* [Deutschland und die polnische Frage. Oktober 1918 – Juni 1919] (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Seria historia 121, Poznań 1984).

ungenügend empfunden³². Bis 1922 drohte immer wieder der Ausbruch militärischer Konflikte. Die Verdrängung von 3/4 Millionen Deutschen aus dem polnischen Staatsgebiet trug zu den Spannungen bei. Diese wurden auch dadurch genährt, daß beide Staaten nicht mit ihren politischen Traditionen brachen: Das Reich nicht mit der weiter gepflegten Konstanz der „negativen Polenpolitik“, und Polen nicht mit der anti-preußischen, also gegen das in seinem Charakter nicht grundsätzlich veränderte Reich gerichteten Haltung. Es gab genügend Stimmen, die die deutschen und polnischen Interessen als unvereinbar „wie Feuer und Wasser“ ansahen³³, die schlesische Frage und die bloße Existenz des vom Reich durch den Korridor abgetrennten Ostpreußen erschienen in nationaldemokratischen Kreisen als unerträglich und konfliktträchtig³⁴. Daß das Deutsche Reich die Grenzgarantien von Locarno nicht auf Polen ausdehnte, brachte keine Entschärfung der Situation, ebensowenig wie Stresemanns bewußt unklare Äußerungen über die zukünftigen Regelungen der „Dinge im Osten“³⁵ oder die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit im Gefolge von Rapallo.

Die anfängliche demokratische Meinungsvielfalt in Polen rief in der erhitzten Stimmung der ersten Jahre kaum positive oder auch nur nüchtern abwägende Äußerungen über das Deutsche Reich hervor³⁶. Die Nationaldemokraten verblieben bei ihren negativen Urteilen über das Reich und bei den Begründungsmustern dieser Sicht; allenfalls das PPS-Lager Piłsudskis konnte in seiner vorwiegenden Ostorientierung die deutsche Nachbarschaft etwas weniger aufgeregt, wenn auch nicht kritiklos beobachten. In der großen Breite des politischen Spektrums hatte sich in Polen die These von der „Verpreußung“ des Deutschen Reiches durchgesetzt³⁷. Der Staatsstreich Piłsudskis und die Errichtung des Sanacja-Regimes im Jahre 1926 haben das mögliche politische Spektrum eingengt, ohne jedoch konsequent autoritäre Strukturen zu errichten. So wie sich in der Weimarer Republik jedoch alle Parteien und alle Regierungen

³² Zu den polnisch-deutschen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit s. die Beiträge und Literaturangaben in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932, hrsg. v. Wolfgang Jacobmeyer (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung 22/8, Braunschweig 1985); Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (Braunschweig 1986).

³³ Lawaty, Das Ende, 74 (Hinweis auf Jan Ludwik Popławski).

³⁴ Lawaty, Das Ende, 75 (Hinweis auf Władysław Rabski 1925).

³⁵ Broszat, 220 ff., 222; vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar (Darmstadt 1985), passim.

³⁶ Eine Materialsammlung zu diesem Zeitabschnitt bei Frank Golczewski, Das Deutschlandbild der Polen 1918–1939. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik. (Düsseldorf 1974). Für unsere Fragestellung nicht sehr ergiebig Janusz Faryś, Niemcy w polskiej myśli politycznej dwudziestolecia międzywojennego [Deutschland im polnischen politischen Denken der beiden Zwischenkriegsjahrzehnte], in: Przegląd Zachodni 34 (1978) H. 5–6, 14–30; mit reicher Bibliographie Tadeusz Kotłowski, Republika Weimarska w polskiej historiografii [Die Weimarer Republik in der polnischen Historiographie], ebd. 31–56; ferner Karol Fiedor, Janusz Sobczak und Wojciech Wrzesiński, Obraz Polaka w Niemczech i Niemca w Polsce w latach międzywojennych i jego rola w kształtowaniu stosunków międzypaństwowych [Das Bild des Polen in Deutschland und des Deutschen in Polen in den Zwischenkriegsjahren und seine Rolle in der Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen], in: Śląski Kwartalnik Historyczny „Sobótka“ 33 (1978) Nr. 2 163–219.

³⁷ Lawaty, Das Ende, 74–83.

auf die revisionistische Ostpolitik von vornherein verpflichtet fühlten, so herrschte in Polen – nicht nur als Reaktion auf die deutsche Außenpolitik, sondern auch in Fortsetzung eigener Traditionen der Vorkriegszeit – eine nahezu ausschließlich kritische Sicht des Deutschen Reiches.

Die Spiegelbildlichkeit machte sich auch in dem Antagonismus von Forschungsrichtungen wie der „Ostforschung“ oder der „Volks- und Kulturbodenforschung“ in Deutschland und der polnischen „Westforschung“ in den Westinstituten (etwa dem Westslawischen Institut in Posen und dem baltischen Institut in Thorn)³⁸ bemerkbar, wobei jede Seite die wissenschaftliche Untermauerung betont revisionistischer Ziele betrieb. Nicht selten wurden solche auch öffentlich formuliert, wie die Vorbereitung der Rückgewinnung des Korridors für das Reich³⁹ oder die Abtrennung der „letzten deutschen Kolonie“ Ostpreußen von Deutschland als Vehikel der „Entpreußung“ des Reiches⁴⁰. In Publikationen des Westmarkenvereins, aber auch prominenter Historiker wie Zygmunt Wojciechowski, wurde die Odergrenze für Polen gefordert. Als Erklärungsmuster für die deutsche Politik auch der Gegenwart wurde der jahrhundertalte angebliche deutsche „Drang nach Osten“ angesehen und diese These propagandistisch kultiviert⁴¹.

Sucht man in diesem außerordentlich spannungsgeladenen Nebeneinander der beiden Staaten Polen und Deutschland in der Weimarer Zeit nach faßbaren Konzepten, die über bloße negative Urteile hinausgehen, so kann man einerseits feststellen, daß es – in fernem Nachklang der Vormärzzeit – ab und zu Tendenzen gab, abermals das Reich, also Deutschland, und Preußen auseinander zu dividieren; die Interessen beider Partner seien zu unterschiedlich⁴². Zum anderen könnte generalisiert werden, daß die Spannungen zwischen dem Reich und Polen gegen Ende der zwanziger Jahre statt ab- eher deutlich zunahmen⁴³. Ein führender Vertreter des Sanacija-Regimes führte dies darauf zurück, daß sich im Unterschied zur Vorkriegszeit im Deutschen Reich die antipolnischen Ressentiments und Expansionsziele von der Dynastie und der Regierung auf die breiten Massen der Bevölkerung verlagert und erweitert hätten⁴⁴. Vor diesem Hintergrund mußten Stimmen wie die des ehemaligen polnischen Diplomaten

³⁸ Marian Mroczko, *Polska myśl zachodnia 1918–1939 (Kształtowanie i upowzechnianie)* [Der polnische Westgedanke 1918–1939, Gestaltung und Verbreitung] (Poznań 1986); dort ausführlich zur polnischen Beschäftigung mit dem „Westen“, d. h. vor allem mit dem Deutschen Reich. Maria Tomczak, *Polska myśl zachodnia* [Der polnische Westgedanke], in: *Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski* [Polen und Deutsche. Aus der Geschichte der politischen Kultur Polens] 1945–1989. Praca zbiorowa [Sammelband], hrsg. v. Anna Wolff-Powęska (Poznań 1993) 161–193.

³⁹ *Brozgat*, 230 f. u. a.

⁴⁰ *Lawaty*, Das Ende, 82.

⁴¹ Wolfgang Wippermann, *Der ‚Deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes* (Impulse der Forschung, Darmstadt 1981) 70 ff.

⁴² *Lawaty*, Das Ende, 82 ff.

⁴³ Hans Roos, *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939* (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 7, Tübingen 1957) 129.

⁴⁴ Eugeniusz Kwiatkowski, zit. bei *Lawaty*, Das Ende, 83.

Władysław Studnicki⁴⁵, der ein polnisch-deutsch-ungarisches Zusammenwirken auf Kosten der ČSR befürwortete, nahezu ungehört verhallen⁴⁶.

Diese Spannungen manifestierten sich nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch in der gegenseitigen publizistischen Wahrnehmung, bei der sich – wiederum bis in die Karikaturen hinein – geradezu wechselseitige Paarungen von einander entsprechenden Bildern zusammenstellen lassen⁴⁷. Das karikaturistische Stereotyp des Deutschen in der Weimarer Zeit wurde, wenn nicht vom Deutschen Michel⁴⁸, dann meist mit einem uniformierten, mit Pickelhaube versehenen und schwer bewaffneten Mann wiedergegeben, alternativ dazu mit einer abstoßend korpulenten „Germania“⁴⁹; erst mit der Machtübernahme Hitlers verschiebt sich dieses Bild zum „Hitleristen“ als Stereotyp; der Deutsche wurde jetzt in der Gestalt Hitlers selbst oder wenigstens eines SA-Mannes abgebildet⁵⁰.

Ein Wandel in den fast durchgehend negativen Urteilen in Polen über Deutschland, die sich im Lichte der bis fast zur Kriegsdrohung 1932 gesteigerten Spannung zu bestätigen schienen⁵¹, stellte sich erst nach dem deutsch-polnischen Abkommen von 1934 ein. Das Regierungslager in Polen begrüßte durchweg die Entspannung und Stabilität an der deutsch-polnischen Grenze; auch die Konservativen lobten – nicht ganz ohne Reserve – Hitler. Dieser erschien übrigens Piłsudski sympathisch – nicht nur wegen seines Schlages gegen Parteien und Gruppen, die aus polnischer Sicht besonders gefährlich waren, die DNVP, die KPD und den Strasser-Flügel der NSDAP, sondern auch deshalb, weil Hitler „cher ein Österreicher, keineswegs ein Preuße“ sei und weil es „auch unter seinen nächsten Mitarbeitern [...] keinen einzigen Preußen“ gebe. Hier verfiel sich das Urteil in den eigenen Stereotypen⁵².

Die Zustimmung zum deutsch-polnischen Abkommen von 1934 war in Polen freilich nicht einhellig; die oppositionellen Parteien, der Westmarkenverein und nationalradikale Jugendvereinigungen stellten sich gegen dieses Abkommen, das ihrer politischen Linie widersprach, ebenso wie die PPS, die in dem Pakt eine Hilfe für den Gegner der Sozialisten, Hitler, erblickte. Das verbesserte Klima konnte sich insgesamt nicht recht durchsetzen⁵³.

In den folgenden Jahren kam es – außer durch die verordnete Einstellung der anti-polnischen Propaganda in Deutschland – zu keiner wirklichen Annäherung von Polen und Deutschland, der Pakt hielt allerdings beiden Staaten gegenseitig den Rücken

⁴⁵ Władysław Studnicki, *System polityczny Europy a Polska* [Das politische System Europas und Polen] (Warszawa 1934) (dt. Ausgabe u.d.T.: *Polen im politischen System Europas*) (Berlin 1936).

⁴⁶ Roos, *Polen und Europa*, 200 f.

⁴⁷ Z.B. Rudolf Jaworski, *Deutsch-polnische Feindbilder 1919–1933*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 6 (1984) 140–151, mit zahlreichen Parallel-Karikaturen.

⁴⁸ Tomasz Szarota, *Niemiecki Michel. Dzieje narodowego symbolu i autoosterotypu* [Der Deutsche Michel. Geschichte eines nationalen Symbols und Autostereotyps] (Warszawa 1988).

⁴⁹ Wrzesiński, *Sąsiad*, 473, 487, 525, 533, 546 u.a.m.

⁵⁰ Wrzesiński, *Sąsiad*, 570 ff.

⁵¹ Tadeusz Kuźmiński, *Polska, Francja, Niemcy 1933–1935. Z dziejów sojuszu polsko-francuskiego* [Polen, Frankreich, Deutschland 1933–1935. Aus der Geschichte des polnisch-französischen Bündnisses] (Warszawa 1963) 40–89.

⁵² Roos, *Polen und Europa*, 101; *Lawaty*, *Das Ende*, 84–86.

⁵³ Siehe die Zusammenstellung der Stimmen bei Roos, *Polen und Europa*, 122 f., auch passim.

frei. Gewisse, nicht allzu weitgehende Affinitäten der beiden autoritären Regime konnten zudem zu einer scheinbaren Nähe führen. Die von den Nachfolgern Pilsudskis vorgetragene Konzeption des „Dritten Europa“ lag jedoch nicht gerade im Sinne der deutschen Führung. Die steigenden Spannungen mit der deutschen Minderheit in Polen und die damit verbundenen wiederholten Vorstellungen der deutschen Diplomaten in Warschau wirkten ärgerlich. Erst die Beteiligung Polens an der Beute, die das Reich nach dem Münchner Abkommen machte, brachte beide Staaten vorübergehend zusammen⁵⁴. Doch diese Komplizenschaft sollte sich für Polen nicht lohnen – ein Jahr später stand es unmittelbar vor einem abermals seine staatliche Existenz vernichtenden Angriff der deutschen Wehrmacht und vor der stets in Warschau unterschwellig befürchteten deutsch-sowjetischen Allianz⁵⁵.

In den Zusammenhang der Beurteilungen des Deutschen Reiches durch Polen gehörte somit auch die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs aus polnischer Perspektive; die Urteilstebene war aber wenn irgendwo, dann gerade auf diesem Gebiet kaum gültig aus der politischen Zweckgebundenheit der jeweiligen aktuellen Lage zu lösen.

4. Aus der Sicht des Opfers 1939–1945

Die deutsch-polnischen Spannungen, schon Anfang 1939 durch die polnische Weigerung, sich in eine Satellitenrolle Deutschlands zu begeben⁵⁶, brachen unmittelbar nach der vollendeten Unterwerfung der Tschechoslowakei durch das Dritte Reich erneut aus. Der Propagandakrieg des Jahres 1939 wurde von beiden Seiten erbittert geführt, die provozierten und unprovokierten Zwischenfälle mit Volksdeutschen in Polen wurden bis zur Siedehitze gesteigert und ausgenutzt⁵⁷.

Nach dem 1. September 1939 hatte die Wirklichkeit der deutschen Besatzung mit ihren militärischen, mehr aber noch mit ihren Zivilverwaltungsaspekten in den sogenannten eingegliederten Reichsgebieten und im Generalgouvernement zur Folge, daß Ansätze zu einer Kollaboration der Polen alsbald versiegten oder gar nicht erst aufkamen und nicht, wie etwa in Frankreich oder im Protektorat Böhmen und Mähren, sich wenigstens bis zu einem gewissen Grade entwickeln konnten⁵⁸.

Die vorhandenen Negativstereotypen über die Eigenschaften und das Wesen der

⁵⁴ Hierzu s. *Jerzy Kozeński*, *Czechosłowacka jesień* [Der tschechoslowakische Frühling] 1938 (Poznań 1989).

⁵⁵ U.a. zum Hitler-Stalin-Pakt s. *Hoensch* in: *Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas?* hrsg. v. *Erwin Oberländer* (Fischer Taschenbuch 4434, Frankfurt/Main 1989).

⁵⁶ *Roos*, *Polen und Europa*, 394.

⁵⁷ Vgl. *Gottbold Rhode* in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, hrsg. v. *Theodor Schieder*, Bd. 7 (Stuttgart 1979) 1024, 1037 f.; s. auch die Titulierung von Polen als „Bromberger Blut-hunde“ u. dgl. durch deutsche Jugendliche im Zweiten Weltkrieg: *Tomasz Szarota*, *Niemcy w oczach Polaków podczas II wojny światowej* [Deutschland in den Augen der Polen während des Zweiten Weltkriegs], in: *Dzieje Najnowsze* 10 (1978) Nr.2 143–172, hier 169.

⁵⁸ *Martin Broszat*, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945* (Fischer Bücherei 692, Frankfurt/Main, Hamburg 21965); *Czesław Madajczyk*, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945* (Berlin 1987).

Deutschen verstärkten sich auf dem Hintergrund der Erfahrungen aus der gerade erst zwei Jahrzehnte zurückliegenden jahrelangen Besatzungszeit des Ersten Weltkrieges und vor allem des gegenwärtigen NS-Terrors. Dabei sind selbst positive Notationen der Deutschen wie Ordentlichkeit, Reinlichkeit, Arbeitsethos usw. ins Negative umgeschlagen, weil sie nun zur Perfektionierung des Bösen beitrugen. Leon Kruczkowski hat in einem Aphorismus bemerkt, eines der größten Hitlerverbrechen sei gewesen, vielen Völkern, vor allem den Polen, den Eindruck vom verbrecherischen Charakter aller Deutschen zu vermitteln⁵⁹.

Tomasz Szarota hat ein differenziertes Spektrum der Sichtweisen zusammengetragen und analysiert, wie sie sich während des Zweiten Weltkrieges im polnischen Milieu manifestiert haben⁶⁰. Bemerkenswert daran ist freilich in unserem Zusammenhang, daß bei diesem Material abermals vor allem „die Deutschen“ in den Blick genommen werden, kaum aber das Deutsche Reich als eine politische Einheit, als ein Faktor im internationalen System, als staatlicher Nachbar. Die Deutschen wurden in dieser Zeit freilich für Polen, ob sie nun auf dem Boden der unterworfenen Zweiten Republik oder auch in Masuren, im Ruhrgebiet oder Schlesien oder im Exil sich aufhielten, aufs engste identifiziert mit dem das Deutsche Reich beherrschenden NS-System, also mit Hitler, da sie – die Deutschen – in so überwältigender Zahl ihm Gefolgschaft leisteten bzw. zu leisten schienen⁶¹. Jeder Deutsche, der mit Polen zu tun hatte, einschließlich der im früheren Polen lebenden „Volksdeutschen“, erschien jetzt als Exponent des hitlerischen deutschen Staates; Stimmen, die nach wie vor zwischen „bösen Hitleristen und guten Deutschen“ unterscheiden wollten, gerieten ins Hintertreffen⁶².

Es mag erstaunen, wie differenziert trotz der existentiellen Bedrohung Polens die Interpretationen und Konzeptionen während des Krieges waren, die nicht nur in Hinsicht auf die Urteile über die deutsche Okkupationsmacht, sondern in zunehmendem Maße auch auf die Forderungen einer künftigen Neugestaltung Deutschlands und Mitteleuropas entwickelt wurden⁶³. Dabei bildete quasi eine nachträgliche Bestätigung der nationaldemokratischen Konzeption einen Grundzug: Verschiebung der polnischen Westgrenze nach Westen, Rückgängigmachung der deutschen Einheit, und als neues Element kam die nationale Homogenisierung Polens, also Ausweisung vor allem der Deutschen⁶⁴, hinzu. Die „slavischen“ Motivationen, die in der polnischen

⁵⁹ Zit. *Edmund Dmitrów*, Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948 [Deutschland und die Hitler-Okkupation in den Augen der Polen. Ansichten und Meinungen aus den Jahren 1945–1948] (Warszawa 1981) 5.

⁶⁰ *Szarota*, Niemcy.

⁶¹ Ebd. 160.

⁶² *Lawaty*, Das Ende, 90 ff.

⁶³ *Bronisław Pasierb*, Polska Myśl polityczna okresu II wojny światowej wobec Niemiec [Der polnische politische Gedanke in der Zeit des Zweiten Weltkrieges in Hinsicht auf Deutschland] (Poznań 1990), unterscheidet allein acht Zentren, von denen solche Konzeptionen entwickelt wurden.

⁶⁴ Hierzu generell *Hans Lemberg*, „Ethnische Säuberung“: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. B 46/92, 6. November 1992, 27–38.

Westforschung der Zwischenkriegszeit entwickelt und durch die Westmarkenpolitik unterstützt worden waren, wurden verstärkt ausgebaut.

Die Londoner Exilregierung Polens mußte je nach Stand der alliierten Planungen vorsichtiger argumentieren; ihr Problem war freilich nur sekundär die unter den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition frei diskutierte Zukunft Deutschlands; im Vordergrund stand vielmehr die heikle Frage, ob sich die sowjetischen Annexionen im polnischen Osten rückgängig machen ließen. Dies schien nach dem Kriegseintritt der Sowjetunion unter den Alliierten immer weniger konsensfähig zu sein⁶⁵. Um so stärker wurden die polnischen Kompensationsforderungen im Westen. Ein besonderes Licht auf die Kontinuität der polnischen Sicht des Deutschen Reiches seit der Bismarckzeit wirft die Forderung, bei der Neugestaltung und Aufteilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg dürfe keinesfalls Preußen eine eigene Einheit bilden; Preußen müsse vielmehr zerschlagen werden⁶⁶.

Ausblick

Es sei nun – quasi als Pendant zum Prolog – ein kleiner Epilog angefügt, der die Situation der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchtet. Sie war in Hinsicht auf unser Thema „Urteile über das Deutsche Reich“ nicht frei von Paradoxie: Das deutsche wie auch das preußische Problem schienen jetzt gelöst. Das Reich war offensichtlich zerschlagen, Preußen wurde durch Kontrollratsbeschluß abgeschafft, die polnische Westgrenze so weit nach Westen verlegt, wie es sich zuvor die Nationaldemokraten nur hatten erträumen können – freilich erkaufte durch die Abtretung Ostpolens und der sowjetischen Oberhoheit über das ganze Land, die aufgrund der historischen Erfahrungen des 19. Jahrhunderts im besonderen Maße als russische empfunden werden mußte.

Bei Kriegsende und in den folgenden Monaten 1945/46 erfüllte ein negatives Deutschland- und Preußenbild weiterhin eine wichtige Funktion in der Politik des als Volksrepublik wiedererstandenen Polen, sei es um die Verluste im Osten Polens an den traditionellen Gegner Rußland bzw. Sowjetunion zu überspielen und die Racheaktionen gegen Deutsche und den Landgewinn im Westen in Hinsicht auf die Motivation zu untermauern⁶⁷.

Danach wäre die weitere Pflege des negativen Deutschland- und Preußenbildes freilich gegenstandslos geworden, nachdem die ersten Fanfaren des Triumphes erklingen waren, wie das 1945 erschienene Buch des Nestors der Westforschung der Zwischenkriegszeit Zygmunt Wojciechowski „Polen und Deutschland – 10 Jahrhunderte des

⁶⁵ *Detlef Brandes*, Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 59, München 1988).

⁶⁶ *Lawaty*, Das Ende, 99. S. ausführlich *Pasierb*, Polska myśl.

⁶⁷ Vgl. den einsichts- und materialreichen Abschnitt „Das Problem von Schuld und Strafe. Rache oder Gerechtigkeit. Was weiter mit den Deutschen“, in: *Edmund Dmitrów*, Niemcy i okupacja, 218–322.

Ringens⁶⁸. Bald aber ergab sich im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges doch wieder das Bedürfnis, die traditionelle Sicht Preußens und Deutschlands in der Historiographie und im populären Geschichtsbild weiter zu pflegen, sei es um von der sowjetisch-russischen Dominanz abzulenken, die mit Tabu belegt war, oder um einen ideologischen Beitrag im Kampf gegen den Imperialismus zu leisten, oder aber um die zunächst noch unsichere Präsenz in den sogenannten „wiedergewonnenen (West-) Gebieten“ gegen den deutschen Revanchismus abzusichern⁶⁹.

In allen diesen Fällen war die Zielscheibe gerade der überwiegend nichtpreußische, sozusagen „beutepreußische“ deutsche Teilstaat, die Bundesrepublik Deutschland, während die Volksrepublik Polen mit dem unmittelbaren, ex-preußischen deutschen Nachbarstaat, der DDR, die verordnete Freundschaft des „sozialistischen Lagers“ verband.

Auf dieser Basis aber hatte die Welt doch wieder ihre Ordnung: Offiziell wurde die Geschichte Deutschlands (die Bundesrepublik Deutschland) mit den seit der Bismarck-Epoche traditionellen Akzenten erforscht und dargestellt. Parallel dazu begann jedoch eine neue Generation von Fachhistorikern die Fesseln dieser Tradition abzustreifen – z.T. unter dem von der UNESCO gestellten Dach der deutsch-polnischen Schulbuchrevision⁷⁰ – und nach dem Sturz des kommunistischen Regimes vollends in einer erneuerten und offenen Deutschlandforschung.

In der Summe kann der großen Schar der polnischen Fachleute, die sich an der sogenannten Deutschlandkunde (*niemcoznawstwo*) beteiligen, auf deutscher Seite nur eine auf relativ wenigen Individuen beruhende historische Polenforschung entgegengesetzt werden⁷¹. Welch hohes Interesse unser Thema in Polen nach wie vor findet, dafür ist ein rezentes Indiz das „Zentrale Grundlagenforschungsprogramm Nr. 11.06“, an der eine große Zahl polnischer Deutschlandforscher mit z.T. recht prominenten Namen sich beteiligte⁷². Sein Titel beleuchtet freilich die Generalperspektive nicht nur des polnischen „*niemcoznawstwo*“, sondern auch die der polnischen Urteile über das Deutsche Reich, die im vorstehenden in einigen Strichen skizziert werden sollten: „*Polacy – Niemcy. Tradycje i dążenia*“⁷³. Das Wort „*Niemcy*“ ist in signifikanter

⁶⁸ *Zygmund Wojciechowski*, *Polska i Niemcy. Dziesięć wieków zmagania* [Polen und Deutschland. Zehn Jahrhunderte Kampf] (Praca Instytutu Zachodniego 3, Poznań 1945). Ähnlich auch die zweite Auflage von *Józef Feldman*, *Problem polsko-niemiecki w dziejach* (Katowice 2 1946).

⁶⁹ *Wojciech Wrzesiński*, *Polskie badania niemcoznawcze* [Polnische Forschungen zur Deutschlandkunde], in: *Polacy wobec Niemców*, hrsg. v. *Anna Wolff-Powęska*, 194–224.

⁷⁰ Vgl. Die deutsch-polnischen Schulbuechempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation, hrsg. v. *Wolfgang Jacobmeyer* (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 26, Braunschweig 1979).

⁷¹ Zum Zustand vor einigen Jahren s. *Hans Lemberg*, *Lage und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung über Ostmitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 35 (1986) 191–218.

⁷² *Ryszard Wryk*, *Sprawozdanie z realizacji w latach 1986–1990 Centralnego Programu Badań Podstawowych Nr. 11.06 „Polacy-Niemcy. Tradycje i dążenia“*, in: *Z badań nad dziejami stosunków polsko-niemieckich*, hrsg. v. *Antoni Czubiński* und *Ryszard Wryk* (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, *Seria Historia* 166, Poznań 1991) 307–341; *Wojciech Wrzesiński*, *Polnische badania niemcoznawcze*.

⁷³ Deutsch: „Polen – Deutsche [oder: Deutschland]. Traditionen und Bestrebungen“.

Weise doppeldeutig: Es kann „die Deutschen“ bedeuten, aber auch „Deutschland“ (ganz ähnlich dem deutschen Wort „Polen“, das *die* Polen oder den Staat Polen meinen kann). Im vorliegenden Fall ist wohl durch die Gegenüberstellung mit „die Polen“ eher die Übersetzung „die Deutschen“ gemeint⁷⁴.

Gleichwohl wird es nicht zu gewagt sein, in dieser Doppeldeutigkeit ein Symbol dafür zu erblicken, daß polnische Urteile über das Deutsche Reich nahezu immer gleichzeitig oder gar vorrangig Urteile über „die Deutschen“ gewesen sind.

⁷⁴ Auch für diesen Hinweis danke ich Herrn Professor Marek Czapliński. – Gelegentlich kann man aber auch die Formulierung des Programmtitels „Polska – Niemcy“ lesen, was dann sicher bedeutet: „Polen – Deutschland“. *Wzrzesiński*, *Polskie badania niemcoznawcze*, 222 (dort vielleicht irrtümlich, weil auf der gleichen Seite auch anders zitiert).

Jiří Kořalka

Das Deutsche Reich im tschechischen und slowakischen Urteil

Das Verhältnis zum Deutschen Reich von 1871 bildete bis in den Zweiten Weltkrieg hinein immer nur einen Teil der Beziehungen der Tschechen zu den Deutschen. Das betraf auch alle tschechischen Einschätzungen der reichsdeutschen Politik und das tschechische Bild von der gesellschaftlichen und kulturellen Öffentlichkeit Deutschlands. Vom Norden, Westen und Süden war das tschechische Siedlungsgebiet von deutschsprachigen Territorien umklammert, man war sich der zahlenmäßigen, machtpolitischen und wirtschaftlichen Überlegenheit Deutschlands bewußt, aber für das Alltagsleben der tschechischen Gesellschaft schien das Verhältnis zu mehr als einem Drittel der deutschsprachigen Bewohner Böhmens und zu etwa einem Viertel der deutschsprachigen Bewohner Mährens viel wichtiger zu sein.

Unter diesen Verhältnissen war die politische und kulturelle Repräsentation der Tschechen in der österreichisch-ungarischen Vielvölkermonarchie immer bemüht, Idee und Wirklichkeit eines großdeutschen Staates, und zwar in jeder Form, als geradezu lebensgefährlich für die tschechische nationale Existenz hinzustellen und zu bekämpfen. In den Ländern der böhmischen Krone selbst konnten sich die Tschechen als die Mehrheitsnation fühlen und nach 1883 in Böhmen und nach 1905 in Mähren auch behaupten, aber in jedem größeren Staatsgebilde, das neben den österreichischen Erbländern auch Nord- und Süddeutschland umfaßt hätte, wären die Tschechen nur eine nationale Minderheit kleineren Umfangs gewesen¹. Aus geopolitischen Gründen war somit allen Tschechen klar, daß derjenige, der Wien mit Deutschland verbinden würde, niemals für längere Zeit bereit wäre, auf Böhmen und Mähren als wichtige Verbindungsländer zwischen Preußen, Sachsen, Bayern, Ober- und Niederösterreich zu verzichten.

Angesichts der exponierten Lage der böhmischen Länder bemühten sich alle vorsichtigeren tschechischen Politiker so weit wie möglich um eine weitgehende Minimalisierung des für die Tschechen lebenswichtigen deutschen Problems. Sie wollten unter anderem den Umstand nutzen, daß die Deutschen in Mitteleuropa staatspolitisch, konfessionell, kulturell und gefühlsmäßig keine Einheit bildeten. So versuchte

¹ Zu diesem wandelbaren Mehrheits-Minderheits-Verhältnis vgl. ausführlich *Jiří Kořalka*, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 18, Wien, München 1991) 133–138.

die politische und intellektuelle Führungsschicht der Tschechen, eine differenzierte Haltung zu der sie umkreisenden deutschen Übermacht einzunehmen:

1. Es wurden tschechischerseits wiederholt Versuche unternommen, die wirtschaftlich und verkehrsmäßig mit dem tschechischen Binnenland eng verbundenen Deutschen in Böhmen und Mähren für die Idee eines gemeinsamen zweisprachigen, nach tschechischer Auffassung allerdings von den Tschechen geführten, böhmischen Staates zu gewinnen. Dieser Plan war durch den Umstand begünstigt, daß die Deutschen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien – von 1902 an gelegentlich, seit den 1920er Jahren regelmäßig als Sudetendeutsche bezeichnet – zwar viele Stammes- und Regionalunterschiede aufwiesen, aber ihrer Mentalität, ihrer politischen Erfahrung und ihrer weitgehend staatsfeindlichen Einstellung nach sich von den Deutschen in Preußen, Sachsen und Bayern und zum Teil sogar auch von der Bevölkerung der österreichischen Donau- und Alpenländer unterschieden.

2. In gewissem Sinne konnten die Tschechen die durch die Kaiserstadt Wien symbolisierte, in sprachlicher Hinsicht deutsche Staatsführung des Kaisertums Österreich als Beschützer der tschechischen nationalen Existenz und Eigenständigkeit betrachten. Nachdem die verlorenen Kriege von 1859 und 1866 die Rückkehr zu einer einheitlichen, deutsch geführten österreichischen Gesamtmonarchie unmöglich gemacht hatten², bildeten sich, zumindest im nichtungarischen Teil der habsburgischen Doppelmonarchie für den Aufstieg einer Reihe moderner Nationalgesellschaften günstige politische und rechtliche Bedingungen heraus³, darunter in erster Linie der Tschechen, Polen und Slowenen. In der Anerkennung der nationalen Eigenständigkeit und Selbstverwaltung der einzelnen Völker in einer multinationalen Föderation sahen die meisten tschechischen Politiker bis 1914 (zum Teil auch noch im Ersten Weltkrieg) den Hauptinhalt einer modernen österreichischen Staatsidee⁴.

3. In einigen Fällen konnten die Tschechen eine wohlwollende Neutralität, sogar eine Unterstützung von Vertretern der geographisch entfernten Bevölkerung Nord-, West- und Südwestdeutschlands erwarten, die im Nationalitätenkampf innerhalb Österreich-Ungarns nicht direkt engagiert waren. Wo es sich nicht um erstrangige machtpolitische Probleme handelte, sondern um gemeinsame Angelegenheiten des modernen Lebens, zum Beispiel im Städtebau, in der Gemeindefürsorge, in der bildenden Kunst oder im Sport, setzten die Tschechen mit einigem Recht voraus, daß sie in Berlin, Hamburg, Bremen, Köln, Frankfurt am Main, München oder Kon-

² Die erste erfolgreiche Bresche in die supraethnische Konzeption des Kaisertums Österreich schlug die ungarische staatsrechtlich-nationale Opposition. Vgl. Robert A. Kann, *The Austro-Hungarian Compromise of 1867 in Retrospect. Causes and Effect*, in: *Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867. Materialien (Referate und Diskussion) der internationalen Konferenz in Bratislava 28.8.–1.9. 1967*, hrsg. von *L'udovít Holotík* und *Anton Vantuch* (Bratislava 1971) 24–44.

³ Den Begriff der „staatsoppositionellen Nationalgesellschaft“ prägte *Theodor Schieder*, *Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat* (Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 20, Köln, Opladen 1961) 8.

⁴ Vor allem *Franz Palacký*, *Österreichs Staatsidee* (Prag 1866); *Josef Pekař*, *Kdo založil Rakousko? [Wer hat Österreich begründet?]*, Neudruck in: *ders.*, *Na cestě k samostatnosti [Auf dem Weg zur Selbständigkeit]* (Praha 1993) 35–39.

stanz für ihr Bemühen, auf der europäischen Bühne als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden, ein größeres Verständnis finden würden als in Wien, Eger (Cheb) oder Reichenberg (Liberec)⁵. Es kam noch als wichtiger Umstand dazu, daß die Tschechen mit den Deutschen im Reich bis 1938/39 niemals in einem gemeinsamen Staat lebten. Die Beziehung der Tschechen zu den außerösterreichischen Deutschen war also immer ein Verhältnis zum Ausland, wenn auch die Staatsgrenzen während des 19. Jahrhunderts bis hin zum Ersten Weltkrieg fast kein Hindernis für die Arbeitsmigration und das Reisen darstellten.

Die traditionelle katholisch-prohabsburgische Angst vor einem preußischen Eroberer, der der böhmischen Krone in der Mitte des 18. Jahrhunderts fast ganz Schlesien geraubt hatte⁶, und der auch im preußisch-österreichischen Krieg von 1866 die Integrität der Länder der böhmischen Krone nicht sonderlich achtete⁷, lebte in der tschechischen Gesellschaft in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts weiter fort. Es gab allerdings auch andere Traditionen im Verhältnis der Tschechen zu Nord- und Westdeutschland. Die tschechischsprachigen Böhmen nahmen nach den französischen Hugenotten den zweitwichtigsten Platz unter den religiösen Flüchtlingen und Einwanderern im Berliner Raum ein⁸. Unter tschechischen Gelehrten und Wirtschaftspublizisten war bereits vor dem Jahr 1871 eine klare, wenn auch meist zurückhaltende Bewunderung des norddeutsch-protestantischen Geistes- und Industriebens spürbar⁹. Die führende Persönlichkeit der tschechischen Nationalbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts, der Geschichtsforscher František Palacký (1798–1876), unterhielt rege Kontakte mit vielen nord- und westdeutschen Historikern und ließ auch seinen Sohn Jan Palacký (1830–1908) das Fach Geographie an der Berliner Universität studieren¹⁰. Den liberal und demokratisch eingestellten Besuchern aus Böhmen schien es, als könnten sie außerhalb Österreichs eine freiere Luft atmen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der Umstand, daß in keinem anderen Land (außer Böhmen) dem großen tschechischen Kirchenreformer Jan Hus (hingerichtet 1415) so viel wohlwollende Aufmerksamkeit zuteil wurde wie in Deutschland¹¹.

Mit Rücksicht darauf, daß die tschechischen Politiker schon immer Österreich von Deutschland zu trennen wünschten, wurde die Auflösung des Deutschen Bundes von

⁵ Im breiteren Zusammenhang vgl. *Jiří Kořalka*, Zwischen Angst und Vorbild. Das Deutsche Reich 1871–1914 aus der Sicht tschechischer Politiker, Besucher, Studenten und Gastarbeiter (Vorträge im Georg-Eckert-Institut, Braunschweig 1993).

⁶ *František A. Slavík*, Pruské usilování o země české [Preußische Anstrengungen um die böhmischen Länder], in: *Osvěta* 18 (Praha 1888) 861–877, 1015–1028, 1075–1090.

⁷ Vgl. *Otto Urban*, Vzpomínka na Hradec Králové. Drama roku 1866 [Erinnerung an Königgrätz. Drama des Jahres 1866] (Praha 1986) 68–70, 82–83.

⁸ *Manfred Motel*, Das Böhmisches Dorf in Berlin. Die Geschichte eines Phänomens (Berlin 1983); *Das Böhmisches Dorf in Berlin-Neukölln 1737–1987. Dem Kelch zuliebe Exulant*, hrsg. von *Werner Kortbaase* (Stätten der Geschichte Berlins 20, Berlin 1987).

⁹ Vgl. (*Jiljí Vratislav Jahm* und *František Ladislav Rieger*), Berlin [Berlin], in: *Slovník naučný* [Konversationslexikon] 1 (Praha 1860) 644.

¹⁰ *Jiří Kořalka*, Palacký, Sybel a počátky Historische Zeitschrift [Palacký, Sybel und die Anfänge der Historischen Zeitschrift], in: *Husitský Tábor* 9 (1986–1987) 199–248, hier: 217–219.

¹¹ Vgl. *Jiří Kořalka*, Jan Hus und die Hussiten in den deutsch-tschechischen Beziehungen des 19. Jahrhunderts, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 35 (1984) 495–507.

ihnen eindeutig positiv bewertet. Der preußische Kriegslärm und Siegesrausch nach der Schlacht bei Sedan wurde in tschechischen Zeitungen mit unverhohlener Antipathie kommentiert¹², aber die bemerkenswerte Denkschrift der 86 tschechischen Abgeordneten des böhmischen Landtags zur auswärtigen Politik vom 8. Dezember 1870 stellte ausdrücklich fest: „Die böhmische Nation anerkennt konsequent die Vollberechtigung der verschiedenen Stämme der großen deutschen Nation, sich zu einer staatsrechtlichen Einheit zusammenzutun, soweit sie das Bedürfnis dazu fühlen. (...) Die deutsche Nation hat ein unzweifelhaftes Recht, Angriffe gegen ihr Gebiet oder gegen die Freiheit ihrer Selbstbestimmung in bezug auf ihre staatsrechtliche Einigung mit Waffengewalt zurückzuweisen. Sollte jedoch ihr Wille darauf gerichtet sein, der französischen Nation eine bestimmte Regierungsform aufzudrängen, oder ihr mit Gewalt Gebietsteile zu entreißen, deren Bevölkerungen sich als Franzosen fühlen und Franzosen bleiben wollen, so wäre sie im Begriffe, das Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Volksstämme zu verletzen und Gewalt vor Recht zu setzen.“¹³

Die Redewendung „La force prime le droit“ (Macht geht vor Recht) wurde in tschechischen politischen Kommentaren zur deutschen Reichsgründung nicht nur im Zusammenhang mit der Annexion Elsaß-Lothringens mehrmals wiederholt und moralisch abgelehnt¹⁴. František Palacký machte in den politischen Schriften seiner letzten Lebensjahre auf den großen Unterschied zwischen der deutschen humanistischen Tradition der Vergangenheit und der gewalttätigen Politik der Gegenwart aufmerksam. In dem am 4. Mai 1874 datierten Schlußwort zur Auswahl seiner deutschsprachigen politischen Aufsätze und Dokumente beurteilte Palacký die Mäßigung des ersten deutschen Reichskanzlers, Fürst Bismarck, nur als vorübergehende Taktik und entwarf als Ergebnis der jüngsten Entwicklung das düstere Bild eines für Deutschland ungünstigen Zweifrontenkrieges: „Die Deutschen überhaupt sind noch vor wenigen Jahren nicht in dem Grade hochmütig und begehrlig gewesen, wie seit den Siegen Preußens über Österreich und Frankreich: denn das waren, sagen sie, deutsche Siege, und die Deutschen haben sich nunmehr als unüberwindlich erwiesen. Ihre kriegerische Eroberungs- und Herrschsucht wächst seitdem in bedenklichem Maße, und sie glauben, nicht nur die verhaßten Slawen, sondern die ganze Welt müsse künftig ihrem Willen sich unterordnen. Sie sind nun einmal die Hegemonen in Europa. Auf wie lange? Das läßt sich nicht im voraus bestimmen. (...) Man belehrt mich in fast unglaublicher Weise, der unvermeidliche Weltkampf des Germanismus mit dem Slawismus sei bisher nur darum nicht ausgebrochen, weil der allbewunderte Staatsmann, der Mann von Blut und Eisen, der das Recht nur in der Macht erblickt, die Zeit dazu noch nicht für gekommen erachtet. Die Slawen selbst werden diesen Kampf nicht provozieren. Mag dann das Kriegsglück eine Zeit lang unentschieden hin und her wogen: am Ende, des-

¹² *Gustav Rasch*, Aus Berlin, in: *Politik* (Prag), Nr. 332 vom 2. Dezember 1870, 1–3, bis Nr. 104 vom 15. April 1871, 1–2.

¹³ *Politik*, Nr. 341 vom 11. Dezember 1870, 1.

¹⁴ Ausführlich vgl. *Ivan Pfaff*, *Tschechische Politik und die Reichsgründung*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, N.F. 20 (1972) 492–515.

sen bin ich sicher, werden die Deutschen von der Überzahl ihrer Feinde im Osten und Westen dennoch erdrückt werden ...“¹⁵

Der führende alttschechische Politiker František Ladislav Rieger (1818–1903) teilte zwar die Ansicht seines Schwiegervaters František Palacký über Bismarck als einen zielbewußten und skrupellosen Staatsmann, aber in Privatgesprächen zollte er ihm oft höchste Anerkennung, besonders in sozialpolitischen Fragen¹⁶. Den tschechischen Politikern konnte es allerdings nicht entgehen, daß der wachsende machtpolitische Einfluß des Deutschen Reiches auf dem europäischen Kontinent schwerwiegende Folgen für die inneren Verhältnisse des habsburgischen Vielvölkerreiches mit sich brachte. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß die offizielle reichsdeutsche Politik von 1871 an bis in den Ersten Weltkrieg hinein an der Erhaltung des Dualismus in Österreich-Ungarn und am starken Einfluß der ungarischen Regierungskreise in der Doppelmonarchie interessiert war. Die diplomatische Korrespondenz zwischen der deutschen Botschaft in Wien und dem Auswärtigen Amt in Berlin war selbstverständlich nicht öffentlich, aber zeitgenössische tschechische Kommentare fühlten ausreichend heraus, was der deutsche Geschäftsträger in Wien, Fürst Carl Maria Lichnowsky, in seinem Bericht vom 25. Oktober 1897 hervorhob: „Es ist ganz klar, daß das gesamte Deutschland in und außerhalb Österreichs verpflichtet ist, nicht nur einem föderalistischen Staatsstreich, sondern schon der entferntesten Anbahnung einer föderalistischen Politik, oder auch nur einer Maßregel, die die Grundlage bilden könnte für die spätere Herstellung eines Wenzelreichs, entgegenzutreten.“¹⁷

Alle führenden alt- und jungtschechischen Politiker, ebenso wie die gesamte tschechische Presse äußerten gegen Ende des 19. Jahrhunderts oftmals die Überzeugung, daß der Bündnisvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn vom 7. Oktober 1879 den tschechischen nationalen Interessen zuwiderlaufe. Außenpolitische Vorstellungen und Wünsche der Jungtschechen befürworteten eine selbständige österreichische Außenpolitik, die weder von Deutschland abhängig, noch aber gegenüber dem Deutschen Reich feindlich wäre. Diesen Standpunkt vertrat der außenpolitische Experte der Jungtschechen, Reichsratsabgeordneter Gustav Eim (1849–1897), in einer Rede in der österreichischen Delegation in Budapest am 17. Oktober 1892: „Österreich habe in Deutschland nichts zu suchen. Nun wünschen wir nichts sehnächtiger, als daß auch Deutschland in Österreich nichts mehr suche. (...) Nichts steht uns ferner als irgendwelche Feindschaft gegen Deutschland. Der Haß ist ja die schlimmste Kraftvergeudung, und wir brauchen alle unsere Kräfte zu unserer nationalen Erhaltung und zur Abwehr. Wir gönnen Deutschland von Herzen seine nationale

¹⁵ Franz Palacký, Gedenkblätter. Auswahl aus Denkschriften, Aufsätzen und Briefen aus den letzten fünfzig Jahren als Beitrag zur Zeitgeschichte (Prag 1874) 312.

¹⁶ Vgl. Příspěvky k listáři Dra Františka Ladislava Riegra [Beiträge zur Briefsammlung von Dr. František Ladislav Rieger], hrsg. von Jan Heidler und Josef Šusta, 2 (Historický archiv 45, Praha 1926) 160–161.

¹⁷ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im weiteren PA), Bonn, Österreich 101, Bd. 6, A 12.619/1897; abgedruckt bei Jiří Kořalka, Diplomacie Německé říše na konci 19. století o české svébytnosti a státosti [Die Diplomatie des Deutschen Reiches am Ende des 19. Jahrhunderts über die tschechische Eigenständigkeit und die böhmische Staatlichkeit], in: Československý časopis historický 15 (1967) 121–132, hier: 126–127.

Einigung und waren und bleiben jederzeit Gegner jedweder österreichischen Revanche-Politik, weil eine solche im Falle des Gelingens eine Wiederholung der großdeutschen, nicht nur unseren nationalen, sondern allen wirklich österreichischen Interessen zuwiderlaufenden Vormachtpolitik wäre, im Falle des Mißlingens aber wir die Kosten dieser Politik vielleicht gar mit unserer nationalen Existenz zu zahlen hätten.“¹⁸

Die führenden Jungtschechen verurteilten den Dreibund zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien als einen antiliberalen Machtfaktor, der auf die freiheitliche Entwicklung des europäischen Kontinents hemmend wirkte. Eine Minderung der Übermacht Deutschlands hätte ihrer Meinung nach die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes mit sich gebracht. Einer der klügsten und erfolgreichsten tschechischen Politiker an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, Universitätsprofessor Josef Kaizl (1854–1901), der vom März 1898 bis Anfang Oktober 1899 österreichischer Finanzminister war, hielt die öffentliche Agitation einiger Jungtschechen gegen das Bündnis mit Deutschland für einen taktischen Fehler, weil dadurch die beiden Kaiser, der österreichische wie der deutsche, gegen die Tschechen eingenommen wurden. Aber auch das aufrichtige Bemühen Kaizls, „sich mit dem Dreibund zu befreunden“, war bestenfalls der Versuch einer Aussöhnung mit dem Schicksal, einem notwendigen Übel, jedenfalls mit nichts Angenehmen¹⁹. In der tschechischen Presse wurde vornehmlich der deutsche Kaiser Wilhelm II. zum Ziel kritischer Bemerkungen, wie der erste reichsdeutsche Konsul in Prag, Freiherr Edwin von Sekendorff, am 30. April 1899 an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst berichtete: „Was aber bei allen diesen Besprechungen deutscher Reichsangelegenheiten dem aufmerksamen Leser nicht entgeht, ist die Tatsache, daß neben der ostentativen Hetze gegen den Dreibund mit besonderer Freude die Namhaftmachung Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Kaisers gepflegt wird und daß man nichts verabsäumt, den Lesern in mehr oder weniger hämischer Weise zu berichten, was den kaiserlichen Namensträger mit einer irgendwie und irgendwo nicht von allgemeinem Beifall begleiteten Aktion in Verbindung bringen kann.“²⁰

Im Unterschied zu den Tschechen, die sich bei ihrer nationalen Emanzipation nur mit den Deutschen in den böhmischen Ländern, in der österreichischen Gesamtmonarchie und auch im außerösterreichischen Deutschland auseinandersetzten, mußten die Slowaken ihre nationale Eigenständigkeit auf drei Seiten verteidigen und durchsetzen: gegen den deutschsprachigen Einfluß in vielen Städten der heutigen Slowakei und im österreichischen Staatsapparat, gegen die immer stärkere Tendenz zur Umwandlung des supraethnischen Königreichs Ungarn in einen magyarischen Nationalstaat und gegen nationalpolitische Ansprüche der tschechischen Nationalbewegung, die in den Slowaken bloß den ungarischen Zweig der tschechisch-böhmischen Nation sehen wollte. Die schmale Schicht slowakischer Intellektueller verfolgte die deutschen

¹⁸ *Gustav Eim*, Die Slaven und der Dreibund. Rede des Delegierten für das Königreich Böhmen (Wien 1892) 17.

¹⁹ *Josef Kaizl*, Z mého života [Aus meinem Leben] 3/2, hrsg. von *Zdeněk V. Tobolka* (Praha 1914) 1099.

²⁰ PA Bonn, Österreich 101, Bd. 9, A 5294/1899.

Einheitsbestrebungen mit gewissen Sympathien, als sie in der slowakischen Presse dieselben natürlichen Rechte für die Slowaken verlangte. Das weitere Verbleiben Österreichs im Deutschen Bund schien den slowakischen Politikern und Publizisten ein großes Hindernis auf dem Weg zur Föderalisierung der Vielvölkermonarchie zu sein; in dieser Hinsicht war die slowakische Haltung mit derjenigen der tschechischen Nationalbewegung identisch²¹.

Das energische Auftreten Preußens in der machtpolitischen Auseinandersetzung mit Österreich im Krieg von 1866 und nachher führte bei den Slowaken zu einer Veränderung ihres herkömmlichen Bildes von Deutschland als einer Heimat der Philosophen und Dichter, höchstens noch der Handwerker und Kaufleute, das aber in der Politik nur Zerfahrenheit und wenig Kraft zeigte²². Slowakische Beobachter und Kommentatoren der politischen Entwicklung in Deutschland im Krieg von 1870/71 und in den folgenden Jahren gaben schließlich zu, daß nur Preußen die Einigung Deutschlands verwirklichen konnte, aber zugleich sahen sie in diesem militaristischen und slawenfeindlichen Junkerstaat eine große Gefahr für die Freiheit nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch anderer europäischer Völker. Der preußische Ministerpräsident und erste deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck erfreute sich keiner Sympathie in der slowakischen Presse, nicht zuletzt wegen seiner entschiedenen Unterstützung der magyarischen Vorherrschaft in Ungarn²³.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts überwog in der slowakischen Presse ein völlig negatives Bild der Regierungspolitik des Deutschen Reiches. Das führende Presseorgan der slowakischen Nationalbewegung, *Národné noviny* [Nationalzeitung] in Turčiansky Svätý Martin, warf Bismarck vor, er verfolge eine polen- und tschechenfeindliche Politik und unterstütze die Suprematie der Magyaren in Ungarn²⁴. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis von 1879 wurde in dieser Zeitung als eine gegen das Slawentum in und außerhalb Österreichs gerichtete Maßnahme bezeichnet. Der einflußreiche slowakische Schriftsteller und Journalist Svetozár Hurban Vajanský (1847–1916) verurteilte in mehreren Leitartikeln die reichsdeutsche Politik als eine aggressive Bedrohung des Friedens in Europa. Er und seine Mitarbeiter in der konservativen Slowakischen Nationalpartei neigten schließlich dazu, die einzige Hoffnung auf die Befreiung der Slawen in Ungarn und auf dem Balkan in der angekündigten Konflagration des Germanismus mit dem Slawismus und im erwarteten Sieg Rußlands zu sehen; damit begründeten sie auch ihre innenpolitische Passivität. In der Artikelserie „Germanien im Zenit der Stärke“ stellte Vajanský den positiven Einfluß Deutschlands in der „Lehrerepoche“ an der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert der Politik des Egoismus und der brutalen Macht nach der Reichsgründung entgegen:

²¹ *Mikuláš Pišch*, Slovenské pohľady na štátnozjednocovací proces Nemecka [Der staatliche Einigungsprozeß Deutschlands in slowakischer Sicht], in: *Historický časopis* 19 (1971) 335–355.

²² In diesem Sinne äußerte sich die leitende Persönlichkeit der slowakischen Nationalbewegung, *Ludovít Štúr*, *Das Slawentum und die Welt der Zukunft*, hrsg. von *Josef Jirásek* (Bratislava 1931, Originalmanuskript um 1854) 110–111.

²³ *Pišch*, *Slovenské pohľady*, 349.

²⁴ *Mikuláš Pišch*, *Trojpolitok a Dohoda v slovenskej buržoáznej politike (1879 až 1907)* [Der Dreibund und die Entente in der slowakischen bürgerlichen Politik 1879 bis 1907], in: *Historický časopis* 23 (1975) 533–542.

„Alle Völker fühlen das Joch der deutschen Übermacht und finden sich auf einmal, durch das Gefühl der Selbstrettung getrieben, in einem Lager gegen die deutsche geistlose Maschine verbunden.“²⁵

In der tschechischen Öffentlichkeit erregte die gegen die Polen gerichtete preußisch-deutsche Politik großes Mißfallen. Ebensowenig konnte der befürchtete Expansionsdrang Deutschlands über die böhmischen Länder hinaus nach dem Südosten bei den Tschechen Unterstützung finden²⁶. Dennoch zeigte das Deutsche Reich zwischen 1871 und 1914 vielen tschechischen Studenten, Künstlern, Wissenschaftlern und Technikern ein freundlicheres Gesicht, als dies in den Einschätzungen der reichsdeutschen Innen- und Außenpolitik in tschechischen Zeitungen der Fall war. Mehr Gehör fand die in erster Linie durch Universitätsprofessor Tomáš Garrigue Masaryk (1850–1937), seine Studenten und Anhänger repräsentierte Gruppe europäisch denkender Tschechen bei reichsdeutschen Linksliberalen, Sozialdemokraten, Freidenkern und kosmopolitisch orientierten Juden. Deutschsprachige Fassungen der polemischen Schriften Masaryks gegen Verleumdungen von Art jüdischer Ritualmorde erschienen in Berlin, diejenigen gegen den österreichischen Klerikalismus in Frankfurt am Main²⁷. Das zweibändige bahnbrechende Werk Masaryks über die russische geistige Tradition wurde bei Eugen Diederichs in Jena herausgegeben²⁸. Moderne tschechische Maler und Bildhauer, schätzten die guten Ausstellungsmöglichkeiten in Düsseldorf, Köln, Berlin und anderswo in Deutschland²⁹.

Auch im slowakischen politischen und kulturellen Leben war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine Differenzierung zu beobachten. Die unkritische Russophilie der alten Führung in Turčiansky Svätý Martin konnte die junge Generation slowakischer Intellektueller, die zum Teil unter dem Einfluß Masaryks an der tschechischen Universität in Prag herangewachsen waren, nicht mehr zufriedenstellen³⁰. Eine weltoffene Haltung, auch gegenüber Deutschland, nahmen vor allem lutheranische Slowaken ein, von denen einige an reichsdeutschen Universitäten studiert hatten. Der später als Führer der slowakischen Agrarier bekannte Journalist Milan Hodža (1878–1944) trat von 1901 an zielbewußt den Grundsatz der Demokratie in der Politik, den er auch

²⁵ *Přích*, Trojspolok a Dohoda, 536.

²⁶ Ausführlich dazu *Josef Fofr*, Ven z přitímí! Českých snah pohnutky, cíle a cesty [Hinaus aus dem Halbdunkel! Die Beweggründe, Ziele und Wege der tschechischen Bestrebungen] (Praha 1905) 174–186. Vgl. *Kořalka*, Tschechen im Habsburgerreich, 272–273.

²⁷ *T. G. Masaryk*, Die Bedeutung des Polnaer Prozesses für den Ritualglauben (Berlin 1900); *ders.*, Ein Katechetenspiegel, 1: Die Masarykprozesse; 2. Wissenschaft und Religion, Religion und Schule; 3. Der Katechetenspiegel (Frankfurt am Main 1906). Vgl. *Roland J. Hoffmann*, T. G. Masaryk und die tschechische Frage 1: Nationale Ideologie und politische Tätigkeit bis zum Scheitern des deutsch-tschechischen Ausgleichsversuchs vom Februar 1909 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 58, München 1988) 199–203, 271–272, 466–467.

²⁸ *T. G. Masaryk*, Rußland und Europa. Studien über die geistigen Strömungen in Rußland. Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. Soziologische Skizzen 1–2 (Jena 1913).

²⁹ Vgl. *Miroslav Lamač*, Die Entwicklung und Resonanz des tschechischen Kubismus, in: *Kubismus in Prag 1909–1925. Malerei, Skulptur, Kunstgewerbe, Architektur*, hrsg. von *Jiří Švestka* und *Tomáš Vlček* (Stuttgart 1991) 59–60.

³⁰ *Michal Potemra*, Die slowakische Frage im europäischen Kontext in den Jahren 1901–1914, in: *Studia Historica Slovaca* 12 (1982) 119–157.

auf das Verhältnis zu anderen Völkern ausdehnen wollte³¹. Hodža gehörte vor 1914 zu den Vertrauensleuten des österreichischen Thronfolgers, Erzherzog Franz Ferdinand, und mit ihm teilte er einen reservierten Standpunkt zum wilhelminischen Deutschland³².

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Juli/August 1914 konfrontierte die tschechische Politik und die gesamte tschechische Gesellschaft mit einem verstärkten Druck der reichsdeutschen Regierungskreise auf die inneren Verhältnisse des Habsburgerreiches. Keine politische Gruppe unter den Tschechen konnte sich mit einem Krieg gegen die damals einzigen slawischen Staaten, Rußland, Serbien und Montenegro, identifizieren. In großen Teilen der Bevölkerung trat die tschechische Unzufriedenheit mit dem Krieg viel stärker zutage als in den meisten Parteiführungen, wobei das Deutsche Reich in erster Linie für den Krieg verantwortlich gemacht wurde. Der deutsche Konsul Freiherr Friedrich von Gebattel berichtete aus Prag am 20. Dezember 1914, nachdem er die – wie er es bezeichnete – hämischen und mißgünstigen Besprechungen der Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen in der führenden tschechischen Tageszeitung *Národní listy* [Nationalblätter] und das Verbot der Zeitungen *Samostatnost* [Selbstständigkeit] und *České slovo* [Tschechisches Wort] erwähnt hatte: „In dem Gebahren der Presse kommt so recht die Stimmung und Haltung der Tschechen zum Ausdruck. Zu Beginn des Krieges herrschte ja unter den Tschechen ein Eindruck der Aufrichtigkeit machende Begeisterung für die Bündnistreue des Deutschen Reiches. (...) Dieser Enthusiasmus für Deutschland ist längst abgekühlt und so gut wie in das Gegenteil umgeschlagen. In den tschechischen Kaffeehäusern und Restaurants können nicht genug Exemplare derjenigen italienischen und sonstigen ausländischen Zeitungen gehalten werden, die in einem für Deutschland und Österreich gehässigen Sinne über den Krieg berichten. Nachrichten über angebliche Mißerfolge Deutschlands und – was besonders hervorgehoben zu werden verdient – Österreichs erregen die Freude der Tschechen und werden gerne geglaubt. (...) Als charakteristisch möchte ich noch erwähnen, daß in einer Vorstellung in einem hiesigen Kinematographen, der ein Angestellter des Konsulats anwohnte, vom tschechischen Publikum gezischt wurde, als das Bild des Feldmarschalls von Hindenburg erschien. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das tschechische Volk illoyal und sogar hochverräterisch denkt und fühlt.“³³

In Prag war man sich der Tatsache bewußt, daß der seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs massiv verbreitete deutsche Mitteleuropagedanke seinem Wesen nach gegen die Selbständigkeit des österreichischen Staates und gegen den vor 1914 erreichten Status der tschechischen Gesellschaft in diesem Staat gerichtet war. Die tschechische Reaktion auf verschiedene deutsche Mitteleuropapläne, besonders auf das Buch

³¹ Dušan Kováč, Liberalismus, Demokratie und die slowakische Nationalbewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts, in: *Ungleiche Nachbarn. Demokratische und nationale Emanzipation bei Deutschen, Tschechen und Slowaken (1815–1914)*, hrsg. von Hans Mommsen und Jiří Kořalka (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 1, Essen 1993) 81–90, hier 86–87.

³² Vgl. Robert A. Kann, Erzherzog Franz Ferdinand Studien (Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 10, Wien 1976) 43–45.

³³ PA Bonn, Österreich 101, Bd. 35, A 35.838/1914.

von Friedrich Naumann³⁴, war dabei nicht eindeutig negativ. In den Jahren 1915 bis 1916 versuchten tschechische Politiker und Publizisten, sorgfältig zwischen einzelnen Schattierungen der Mitteleuropaidee zu unterscheiden, wobei jede kleine Spur einer Verständigungsmöglichkeit mit Deutschland unter Wahrung der tschechischen Eigenständigkeit begrüßt wurde. Der tschechische sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Bohumír Šmeral (1880–1940), von August 1916 an Vorsitzender des Exekutivkomitees seiner Partei³⁵, unternahm im Jahre 1915 wiederholt Versuche, linksliberale und sozialdemokratische Kreise im Deutschen Reich gegen den engstirnigen tschechenfeindlichen Nationalismus zu gewinnen. Ende Juli 1915 veröffentlichte Friedrich Naumann, ohne den Verfasser zu nennen³⁶, einen ausführlichen Hilferuf Šmerals zum Anknüpfen freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Reichsdeutschen und den Tschechen: „Der noch engere Anschluß an die Westkultur, namentlich an die deutsche, wird ausschlaggebend werden müssen. Hier müssen die Deutschen in Deutschland dem kleinen tschechischen Volke entgegenkommen, weil sonst das Gefühl der überaus empfindsamen und empfindlichen Tschechen, als sollten sie sich an die Deutschen demütig anbiedern, alles verderben möchte. Die Deutschen im Reiche müssen ein Interesse an den kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Tschechen zeigen.“³⁷

Selbst die kleinsten Anzeichen einer positiven Anerkennung tschechischer Leistungen in der reichsdeutschen Presse wurden tschechischerseits registriert, wenn sie auch nicht häufig waren. In der Atmosphäre der deutschen Kriegserfolge wollten jedoch nicht nur alldeutsche Annexionisten, sondern auch gemäßigte Regierungspolitiker in Berlin an der Maxime einer uneingeschränkten deutschen Herrschaft in den böhmischen Ländern festhalten³⁸. So konnte die deutsche Mitteleuropapropaganda als Ausdruck eines unersättlichen deutschen Imperialismus der tschechoslowakischen Auslandsaktion von T. G. Masaryk und Edvard Beneš (1884–1948) in den Ententeländern gute Dienste erweisen. Das Memorandum Masaryks vom Februar 1916 hatte den bezeichnenden Titel „L'Europe centrale pangermanique, ou Bohême libre?“. Im Gegensatz zu den deutschen Plänen erklärte Masaryk die staatliche Unabhängigkeit Polens, Böhmens und der südslawischen Länder für die notwendige Voraussetzung eines

³⁴ *Friedrich Naumann*, Mitteleuropa (Berlin 1915); Nachdruck in: *ders.*, Werke 4: Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, hrsg. von *Theodor Schieder*, bearbeitet von *Thomas Nipperdey* und *Wolfgang Schieder* (Köln, Opladen 1964) 485–766.

³⁵ Vgl. *Jan Galandauer*, Bohumír Šmeral 2: 1914–1941 (Praha 1986) 63.

³⁶ Die Autorenschaft Šmerals bestätigt *Peter Theiner*, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland 1860–1919 (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Baden-Baden 1983) 241.

³⁷ (*Bohumír Šmeral*), Prager Brief von einem tschechischen Abgeordneten des österreichischen Reichstages, in: *Die Hilfe*, Jg. 21, Nr. 30 vom 29. Juli 1915, 481.

³⁸ Vgl. *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères 1: Des origines à la déclaration de la guerre sous-marine à outrance (août 1914–31 janvier 1917)*, hrsg. von *André Scherer* und *Jacques Grunewald* (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences humaines de Paris, Textes et documents 3, Paris 1962) 227 u. a.

freien Mitteleuropas³⁹. Gegen Ende 1917 setzte Masaryk das Programm eines „neuen Europa“ souveräner Nationen ausdrücklich gegen ein deutsches Mitteleuropa ab⁴⁰. Es kann nicht übersehen werden, daß Masaryk und Beneš in ihren Betrachtungen das machtpolitische und wirtschaftliche Interesse Frankreichs und Großbritanniens an Mitteleuropa überschätzten und die Regenerationskraft Deutschlands nach dem Kriege nicht genug in Erwägung zogen.

Je mehr sich der für Deutschland und Österreich-Ungarn ungünstige Ausgang des Ersten Weltkriegs näherte, desto wichtiger schien das Anknüpfen direkter Kontakte zwischen den Reichsdeutschen und den Tschechen zu sein, wenn auch zunächst auf inoffizieller Ebene. Führende tschechische Politiker in Prag machten kein Hehl aus ihrer Überzeugung, daß die österreichische Politik in der letzten Kriegsphase immer stärker von Berlin aus bestimmt wurde. Als der liberale Redakteur der Vossischen Zeitung, Alexander Redlich, in der zweiten Maihälfte 1918 nach Prag kam, um die damalige Situation in Böhmen persönlich kennenzulernen, mußte er zur Kenntnis nehmen, daß auch die tschechischen Politiker in Prag, nicht nur Masaryk und Beneš im Ausland, über die künftige Stellung des tschechischen bzw. tschechoslowakischen Staates in Europa Überlegungen anstellten: „Ich habe in Prag in einer einzigen Woche mehr über auswärtige Politik, über Weltfragen reden gehört und reden müssen als in Wien während des ganzen vorhergegangenen Monats. Ich habe begriffen, daß auf dem bisherigen Weg eine deutsch-tschechische Einigung innerhalb Böhmens deshalb nicht möglich ist, weil der Horizont der deutschen Ausgleichsvorschläge und Polemiken kaum über die Begriffe Pilsen, Budweis und Trautenau hinausgeht, während die Tschechen sich bereits über die künftige Gestaltung des europäischen Erdteils ihre Gedanken machen. (...) Die Tschechenfrage reduziert sich demnach schließlich, wenn man den tschechischen Gedankengängen folgen will, auf die einfachste Formel: ‚Kann sich Prag mit Berlin politisch verständigen oder nicht?‘“⁴¹

Tatsächlich waren viele tschechische Politiker, Handels- und Finanzleute an einer direkten Verständigung mit dem Deutschen Reich aufrichtig interessiert⁴². In der hastigen Umsturzatmosphäre, unmittelbar nach der Ausrufung des tschechoslowakischen Staates durch den von Vertretern aller tschechischen Parlamentsparteien gebildeten Nationalausschuß am 28. Oktober 1918, nahmen daher die provisorischen Träger der Staatsmacht in Prag mit Genugtuung zur Kenntnis, daß der offizielle Vertreter des Deutschen Reiches in Prag, Generalkonsul (von Februar 1915 an mit diesem Titel) Freiherr von Gebattel, auf eigene Initiative die Anerkennung des tschechoslowaki-

³⁹ Zusammengefaßt bei Karel Pichlík, *Zahraniční odboj 1914–1918 bez legend* [Der Auslands-widerstand 1914–1918 ohne Legenden] (Praha 1968) 174–175.

⁴⁰ In deutscher Übersetzung vgl. T. G. Masaryk, *Das neue Europa. Der slavische Standpunkt* (Berlin 1922).

⁴¹ *Union* (Prag), Jg. 10, Nr. 153 vom 6. Juni 1918, 1 (Nachdruck aus der Vossischen Zeitung).

⁴² Ein hervorragender tschechischer Finanzmann, wahrscheinlich Jaroslav Preiss, Direktor der Prager *Zivnostenská banka*, forderte in einem Interview im Neuen Wiener Tagblatt (auch in der Vossischen Zeitung abgedruckt) eine dauerhafte Verständigung des tschechischen Staates mit Deutschland. Koloman Gájan, *Německý imperialismus a československo-německé vztahy v letech 1918–1921* [Der deutsche Imperialismus und die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen in den Jahren 1918–1921] (Praha 1962) 24.

schen Staates durch Deutschland aussprach⁴³. Das geschah am 2. November 1918, vor dem Waffenstillstand der Entente mit Österreich-Ungarn und neun Tage vor dem Verzicht Kaiser Karls auf Teilnahme an den Staatsgeschäften. Die deutsche Reichsregierung interpretierte diesen Schritt als eine De-facto-Anerkennung⁴⁴, aber juristisch blieb die Erklärung Gebstattsels im Bereich des Unverbindlichen, von beiden Seiten be-
streitbar⁴⁵.

In den Regierungskreisen der Tschechoslowakischen Republik traten von Anfang an zwei abweichende Tendenzen in der Einschätzung des Deutschen Reiches nach dem Kriegsende zutage. Ein starkes Mißtrauen gegen das Überleben militärischer und expansionistischer Gesinnungen in Deutschland herrschte in tschechischen rechtsnationalen Parteien vor. So erklärte der aus der Vorkriegszeit bekannte jungtschechische, nunmehr nationaldemokratische Führungspolitiker und erster tschechoslowakischer Ministerpräsident, Karel Kramář (1860–1937), in der Prager Nationalversammlung am 12. Dezember 1918, daß die Tschechoslowakei „mit Polen und dem südslawischen Staate einen Damm gegen die Expansivkraft des Deutschen Reiches, einen Wall gegen den germanischen Militarismus bilden“ müsse⁴⁶. Nur zehn Tage später, am 22. Dezember 1918, behandelte die erste Botschaft des eben aus dem Ausland zurückgekehrten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Tomáš Garrigue Masaryk, an die Nationalversammlung dasselbe Problem in einem versöhnlicheren Tone: „Unser Verhältnis zu Deutschland werden wir danach einrichten, welche Politik es einschlägt. Wir werden uns korrekt verhalten; wir wünschen, daß die Niederlage des preußischen aggressiven Militarismus zum Sieg des deutschen Volkes werde, daß das deutsche Volk sich auf seine nationalen Kräfte einzuschränken gewöhne, daß es seine expansive Politik nach Osten aufgebe und seine großen Kräfte und Fähigkeiten der internationalen Organisation der Völker und der Menschheit widme. Das ist ein viel größeres und erhabeneres Ziel als das pangermanische Ziel.“⁴⁷

Die Ausdrucksweise der ersten Botschaft T. G. Masaryks erinnerte zum Teil noch an seine Kriegsschriften, und gegenüber den Deutschböhmen war sie wenig entgegenkommend⁴⁸, aber im Grunde war schon hier das tschechische Interesse an einer

⁴³ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, 1: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918–1921. Berichte des Generalkonsuls von Gebstattsels, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger, hrsg. von *Manfred Alexander* (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 49/I, München–Wien 1983) 50–53.

⁴⁴ Die Regierung des Prinzen Max von Baden, hrsg. von *Erich Matthias* und *Rudolf Morsey* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 1/2, Düsseldorf 1962) 482, 510–511.

⁴⁵ In diesem Sinne *Manfred Alexander*, Die erste Phase der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, in: Die böhmischen Länder zwischen Ost und West. Festschrift für Karl Bosl zum 75. Geburtstag, hrsg. von *Ferdinand Seibt* (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 55, München, Wien 1983) 228–239, hier: 234.

⁴⁶ Deutsche Gesandtschaftsberichte 1, 113.

⁴⁷ Národní shromáždění československé v prvním roce republiky [Die tschechoslowakische Nationalversammlung im ersten Jahr der Republik] (Praha 1919) 79–80; zit. nach *Gajani*, Německý imperialismus, 52.

⁴⁸ Deutsche Gesandtschaftsberichte 1, 127–128.

Differenzierung des politischen Lebens in Deutschland und an möglichst guten Beziehungen zu den reichsdeutschen liberalen und demokratischen Kräften angedeutet. Diese Haltung war in der ganzen Zwischenkriegszeit charakteristisch für die einflußreiche Gruppe um die Prager Burg⁴⁹, von tschechischen politischen Parteien in erster Linie für die Sozialdemokratie. Im Gespräch mit dem inoffiziellen Abgesandten des Berliner Auswärtigen Amtes, Geheimrat Julius Wolf, einem alten Bekannten des tschechoslowakischen Präsidenten, erklärte T. G. Masaryk im Februar 1919, daß die tschechische Stimmung Deutschland gegenüber eine andere als gegenüber Deutschland-österreich sei. In Prag wünsche man gute Beziehungen zu Deutschland und ein Einvernehmen in absehbarer Zeit, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen und angesichts der geographischen Lage der Tschechoslowakei⁵⁰. Samuel Saenger, von Juni 1919 an der bevollmächtigte Vertreter des Deutschen Reiches in Prag, berichtete über die aufrichtige Hoffnung nicht nur des Staatspräsidenten Masaryk⁵¹, sondern auch des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Vlastimil Tusar (1880–1924), daß sich demokratische Kräfte in Deutschland durchsetzen werden. In diesem Sinne schrieb Saenger aus Prag am 11. August 1919: „... Der Glaube an die Zukunft der reichsdeutschen Demokratie nimmt in auffallendem Maße zu. Man traut Deutschland die Kraft zu, in absehbarer Zeit und zuerst in Europa, eine vorbildliche soziale Demokratie zu errichten. Diesem Glauben gab mir gegenüber Ministerpräsident Tusar unverhohlenen Ausdruck, und er meint, je mehr sich dieser Glaube als berechtigt erweise, desto schneller und gründlicher würde der Haß gegen Deutschland abklingen und der Anerkennung und Bewunderung Platz machen.“⁵²

Die unangefochtene Schlüsselposition in der auswärtigen Politik der Tschechoslowakei, auch in den Beziehungen zum Deutschen Reich, nahm Edvard Beneš ein, der langjährige Außenminister und engste Mitarbeiter Masaryks seit den Kriegsjahren. Von Anfang an war sich Beneš der schicksalhaften Lage der Tschechoslowakischen Republik am Schnittpunkt der europäischen Großmachtpolitik bewußt. In seinem ersten großen Exposé vor der Prager Nationalversammlung am 30. September 1919 erklärte Beneš dazu: „Auf unserem Territorium werden nämlich immer drei große Strömungen zusammenlaufen: der westliche Einfluß, der germanische Einfluß und der russische (slawische) Einfluß. Es handelt sich darum, daß wir aus diesen drei großen Faktoren eine Mittelposition zu schaffen wissen, in der wir niemals ein Werkzeug irgendeines von diesen Faktoren werden, in der wir unsere gewichtige und bedeutende Stellung behaupten, unsere eigene politische Intellektualität und hohe Kultur ausbilden und wirklich eigenständig werden.“⁵³

⁴⁹ Dazu vgl. Die „Burg“. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš, hrsg. von Karl Bosl, 2 Bde. (Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum. München, Wien 1973–1974).

⁵⁰ Deutsche Gesandtschaftsberichte 1, 149–150.

⁵¹ Ebd. 157–158.

⁵² Ebd. 186.

⁵³ *Edvard Beneš. Problémy nové Evropy a zahraniční politika československá. Projevy a úvahy z roku 1919–1924* [Probleme des neuen Europa und die tschechoslowakische Außenpolitik. Reden und Überlegungen aus den Jahren 1919–1924] (Praha 1924); zit. nach *Věra Olivová, Československo v rozrušené Evropě* [Die Tschechoslowakei im zerrütteten Europa] (Praha 1968) 109.

Nach der Ansicht von Beneš konnte der tschechoslowakische Staat kein Interesse daran haben, seine Nachbarn unnötig zu reizen. Aus diesem Grunde wollte er das Verhältnis zum Deutschen Reich möglichst korrekt und loyal gestalten, und zwar nicht nur weil sich Deutschland von allen Nachbarstaaten gegenüber der Tschechoslowakei am korrektesten benommen hatte, sondern auch aus eigenem wirtschaftlichen Interesse. Die tschechoslowakische Außenpolitik weigerte sich, die auf eine zu starke wirtschaftliche Belastung Deutschlands hinwirkenden Forderungen der französischen Regierung in vollem Ausmaß zu unterstützen, weil die Tschechoslowakei von einer Schwächung der deutschen Währung und von Handelsschwierigkeiten mitbetroffen gewesen wäre⁵⁴. Mit großem persönlichen Einsatz wirkte Edvard Beneš vor allem im Genfer Völkerbund, wo er sich unter anderem für die Aufnahme des Deutschen Reiches einsetzte. Damit Deutschland den Beitritt reibungslos vollziehen konnte, erklärte sich die Tschechoslowakei bereit, ihren Sitz im Völkerbundrat zur Verfügung zu stellen⁵⁵. Es scheint, daß Beneš Interesse daran hatte, die Beziehungen zum Deutschen Reich in den 1920er Jahren in einem rosigeren Licht darzustellen, als sie in Wirklichkeit waren. Doch konstatierte auch eine im Berliner Auswärtigen Amt Anfang März 1927 vorbereitete Aufzeichnung für den deutschen Außenminister: „Die politische Atmosphäre in den Beziehungen zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei hat im letzten Jahr eine bemerkenswerte Besserung erfahren, worauf in jüngster Zeit gerade von tschechoslowakischer Seite (Präsident Masaryk in verschiedenen Zeitungsinterviews, Außenminister Beneš in seinen Ausführungen vor den außenpolitischen Ausschüssen des Senats und des Abgeordnetenhauses und sogar der Führer der tschechischen Nationaldemokraten Kramář) mit besonderer Betonung hingewiesen worden ist.“⁵⁶

Es ist bezeichnend, daß rechtsnationale Parteien und Gruppen bei den Tschechen und auch bei den Slowaken – es waren exakt diejenigen Parteien und Politiker, die dann nach dem September 1938 aufs engste mit dem Hitler-Deutschland zusammenarbeiten sollten – in den 1920er Jahren sehr stark und laut deutschfeindlich auftraten. Organisierte Ausflüge tschechischer Legionäre in vorwiegend deutschsprachige Städte Nord- und Westböhmens wurden in diplomatischen Berichten als solche „ein[es] Prätorianerregiment[s] neben der Regierung“ bezeichnet und mit dem Faschistenunfug in Italien verglichen⁵⁷. Die 1925 nach italienischem Vorbild gegründete Nationale Faschistengemeinde blieb am Rande des tschechischen politischen Lebens, aber ihre am Beispiel der Weimarer Republik dokumentierte Abneigung gegen den jüdischen Li-

⁵⁴ *Věra Olivová*, *Československá diplomacie v době rurské krize roku 1923* [Die tschechoslowakische Diplomatie in der Zeit der Ruhrkrise im Jahre 1923], in: *Československý časopis historický* 6 (1958) 59–70; *Manfred Alexander*, Die Tschechoslowakei und die Probleme der Ruhrbesetzung 1923, in: *Bohemia* 12 (1971) 297–336.

⁵⁵ *Peter Burian*, Die Tschechoslowakei als Mitglied des Völkerbunds, in: *Gleichgewicht – Revision – Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge*, hrsg. von *Karl Bosl* (Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum, München, Wien 1976) 183–200, hier: 196.

⁵⁶ Akten zur deutschen auswärtigen Politik (im weiteren ADAP), Serie B: 1925–1933, 4: 1. Januar bis 16. März 1927 (Göttingen 1970) 456–457.

⁵⁷ Deutsche Gesandtschaftsberichte 1, 519.

beralismus und den angeblich verkommenen Parlamentarismus war am rechten Flügel des tschechischen parteipolitischen Spektrums nicht vereinzelt⁵⁸. Auch in der Nationaldemokratischen Partei erhoben einflußreiche Kritiker im März/April 1927 Einspruch gegen die Teilnahme sudetendeutscher Minister an der Regierung und gegen die Annäherung der Tschechoslowakei an Deutschland⁵⁹. In der für die Autonomie der Slowakei kämpfenden Slowakischen Volkspartei wurden „antideutsche Äußerungen“ des Parteiführers Andrej Hlinka (1864–1938) von einigen jüngeren Funktionären als „nur eine Marotte des alten Herrn“ herabgespielt⁶⁰, aber der konservativ-katholische Slawismus der Volkspartei war seinem Wesen nach deutschfeindlich.

Ähnliche gegensätzliche Tendenzen zeigten sich im tschechischen Verhältnis zum Deutschen Reich auch im Bereich von Bildung und Kunst. Im Jahre 1924 gab Otakar Vočadlo (1895–1974), damals Dozent für englische Sprache und Literatur an der tschechischen Universität in Prag, eine feurige polemische Schrift „V zajetí babilonském“ [In der babylonischen Gefangenschaft] heraus. Er zählte hier die angeblich verderblichen deutschen Einflüsse auf die tschechische Sprache und Literatur, auf die Lebensweise und die Gedankenwelt der Tschechen auf und empfahl dagegen eine anglo-amerikanische Orientierung⁶¹. Demgegenüber zeigte jede verlässliche Analyse tschechischer Übersetzungen aus fremdsprachiger Literatur, daß aus der älteren, neueren und neuesten deutschen Literatur weitaus mehr als aus anderen Sprachen übersetzt wurde; als Beispiel wurde angeführt, daß Gerhart Hauptmann und Bernhard Kellermann bis zum Jahre 1938 je zehn tschechische Ausgaben, Hans Fallada sechs Ausgaben, Hermann Hesse drei Übersetzungen ins Tschechische aufweisen konnten, daß die tschechische Ausgabe der Werke Goethes eine der vollständigsten überhaupt war und daß moderne deutsche Romane guter Qualität spätestens binnen zwei Jahren in tschechischer Sprache erschienen⁶². Die Berliner Theaterwelt wurde auch in Prag hochgeschätzt, Ausstellungen moderner deutscher Kunst verzeichneten im Prager Kunstverein „Mánes“ großen Erfolg⁶³. Tschechischerseits wurden allerdings solche Strömungen und Persönlichkeiten der deutschen Literatur und Kunst bevorzugt, die nicht national, sondern europäisch und humanistisch orientiert waren.

Bis etwa zum Tode Gustav Stresemanns im Oktober 1929 waren die Beziehungen

⁵⁸ Vgl. *Josef Harna*, Reakce českých fašistů na nástup Hitlera k moci v Německu [Die Reaktion tschechischer Faschisten auf die Machtergreifung Hitlers in Deutschland], in: Sborník k problematice dějin imperialismu 13 (Praha 1982) 85–88.

⁵⁹ Vgl. *Jaroslav Česár* und *Bobumil Černý*, Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918–1938 [Politik der deutschen bürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918–1938] 1: 1918–1929 (Praha 1962) 377.

⁶⁰ ADAP, B-5: 17. März bis 30. Juni 1927 (Göttingen 1972) 349.

⁶¹ *Otakar Vočadlo*, V zajetí babilonském. Německé vlivy na nás [In der babylonischen Gefangenschaft. Deutsche Einflüsse auf uns] (Knihy Nových Čech 3, Praha 1924).

⁶² *František Novotný*, Co jsme znali z německé literatury [Was kannten wir aus der deutschen Literatur], in: Literární noviny (Praha), Jg. 12, Nr. 6 vom Juni 1939, 123–124.

⁶³ Vgl. *Harald Olbrich*, Zu Beziehungen und zur Zusammenarbeit zwischen progressiven deutschen und tschechoslowakischen Künstlern 1918 bis 1939, in: Deutsch-tschechische Beziehungen im Bereich der Sprache und Kultur, hrsg. von *Bohuslav Havránek* und *Rudolf Fischer* (Berlin 1965) 169–180; hier: 173.

zwischen der Tschechoslowakischen Republik und dem Deutschen Reich mehr als korrekt, zuletzt fast freundschaftlich⁶⁴. Einerseits legte die deutsche Außenpolitik der Tschechoslowakei (ohne Rücksicht auf die Beschwerden eines Teiles der Sudetendeutschen) keinesfalls eine solche Bedeutung wie dem polnischen Problem bei, andererseits hatte die Tschechoslowakei größere Probleme mit anderen Nachbarn, besonders mit Ungarn und Polen, als mit dem Deutschen Reich. Den Wunsch, die Beziehungen zu Deutschland enger zu gestalten, äußerte auf tschechischer Seite in erster Linie die Agrarpartei des Ministerpräsidenten Antonín Švehla (1873–1933) aufgrund gemeinsamer Wirtschaftsinteressen⁶⁵. Die tiefe Weltwirtschaftskrise und die innenpolitische Wende in Deutschland nach dem Sturz des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller im März 1930 unterbrachen endgültig die Tendenz zur deutsch-tschechoslowakischen Annäherung. Es gelang zwar, den großangelegten Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion vom März 1931 zu vereiteln⁶⁶, aber die Großwetterlage zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei verschlechterte sich zusehends. Mehrtägige Straßendemonstrationen gegen deutsche Tonfilme in Prag im September 1930 wurden zwar zum Teil provoziert⁶⁷, die tschechische Öffentlichkeit beobachtete jedoch die politische Entwicklung im benachbarten Deutschland mit zunehmender Besorgnis.

Gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland nach dem 30. Januar 1933 nahm die offizielle tschechoslowakische Außenpolitik begrifflicherweise eine viel rücksichtsvollere Haltung ein als die tschechische demokratische Öffentlichkeit, in der Adolf Hitler und die deutschen Nationalsozialisten zu beliebten Objekten von Karikaturen, politischen Theaterstücken und Spottliedern wurden⁶⁸. Gleich in den Tagen der Machtergreifung äußerte der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš einen Gedanken, der sich auf längere Sicht als richtig erweisen sollte: „Wir werden mit Deutschland keinen Krieg führen; wir haben eine allgemeine europäische Katastrophe zu fürchten, nie aber einen Krieg mit Deutschland.“⁶⁹

Die verantwortlichen Leiter der tschechoslowakischen Außenpolitik hatten Sorgen um die innere Entwicklung des Deutschen Reiches, aber sie überschätzten zunächst die Kontinuität der außenpolitischen Ziele der Weimarer Republik unter der Herrschaft der deutschen Nationalsozialisten und sahen nach wie vor Italien, Ungarn und eine mögliche Rückkehr der Habsburger nach Wien als die Hauptgefahr für die

⁶⁴ F. Gregory Campbell, *Confrontation in Central Europe: Weimar Germany and Czechoslovakia* (Chicago, London 1975) 110. Der Verfasser unterscheidet „correct relations“ 1921–1925, „friendly relations“ 1925–1929 und „radicalization“ 1929–1933.

⁶⁵ Peter Krüger, Beneš und die europäische Wirtschaftskonzeption des deutschen Staatssekretärs Carl von Schubert, in: *Bohemia* 14 (1973) 320–339; hier: 325.

⁶⁶ Vgl. Miroslav Houšteký, *Plán rakousko-německé celní unie v roce 1931 a postoj Československa* [Der Plan der österreichisch-deutschen Zollunion im Jahre 1931 und die Haltung der Tschechoslowakei], in: *Československý časopis historický* 4 (1956) 27–51.

⁶⁷ Campbell, *Confrontation*, 217.

⁶⁸ In diesem Sinne wirkten sehr breit Theatervorstellungen und Lieder von Jiří Voskovec (1905–1981) und Jan Werich (1905–1980) im Prager Osvobozené divadlo [Befreites Theater].

⁶⁹ Thomas Storch, Die Beurteilung der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 durch die tschechoslowakische Regierung, in: *Bohemia* 18 (1977) 290–300; hier: 293.

Tschechoslowakei an. Alles deutet darauf hin, daß die Prager Regierung an einer Fortsetzung korrekter zwischenstaatlicher Beziehungen zu Deutschland interessiert und zu gewissen Zugeständnissen gegenüber Deutschland bereit war⁷⁰. Das hinderte allerdings die Tschechoslowakische Republik nicht daran, nach dem Januar 1933 ein beispielhaftes Asylland für Tausende von reichsdeutschen Emigranten zu werden. Nicht nur Heinrich Mann und Thomas Mann erhielten das Heimatrecht in einem ostböhmisches Städtchen und somit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, sondern auch der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie wirkte fünf Jahre lang in der Tschechoslowakei, desgleichen viele Künstler und Schriftsteller, die die demokratischen Freiheiten des Aufnahmelandes zu schätzen wußten⁷¹.

Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Krisenjahre war das Verhältnis eines großen Teils der tschechischen Öffentlichkeit zu den reichsdeutschen Emigranten wohlwollend, in vielen Fällen hilfsbereit, wenn auch die größte Hilfe von sudetendeutschen Demokraten kam. Tageszeitungen und Zeitschriften aus dem tschechischen rechtsnationalen Lager entfachten zwar eine Hetzkampagne gegen die reichsdeutsche Emigration, die kein Geld ins Land bringe, sondern nur um Geld bitte⁷², aber im großen und ganzen war die Asylpraxis in der Tschechoslowakei liberaler als in anderen europäischen Staaten⁷³. Tschechische Faschisten fanden Worte der Bewunderung für die Ausrottung der Juden, Kommunisten und Sozialdemokraten im nationalsozialistischen Deutschland, obgleich sie vor der deutschen Expansionspolitik auch Angst verspürten. In ähnlicher Weise bezeichnete die oppositionelle Slowakische Volkspartei die Koalitionsregierung in Prag mit Abscheu als eine Regierung der Tschechen und Deutschen und lehnte es ausdrücklich ab, in einer Regierung mit deutschen Ministern zu sitzen⁷⁴. Noch in den letzten Parlamentswahlen vom Mai 1935 zeigte die Hlinka-Partei kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Karpatendeutschen und betonte nach wie vor den angeblich allslawischen Charakter ihrer Politik⁷⁵. Erst während der Zuspitzung der tschechoslowakischen Krise im Jahre 1938 unterstützte wenig-

⁷⁰ Vgl. *Otto Novák*, Die Politik der ČSR gegenüber dem Deutschen Reich und den deutschen Demokraten ab 1933, in: München 1938. Das Ende des alten Europa, hrsg. von *Peter Glotz*, *Karl-Heinz Pollok*, *Fürst Karl von Schwarzenberg* und *John van Nes Ziegler* (Essen 1990) 179–197; hier: 180.

⁷¹ Vgl. *Drehscheibe Prag*. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933–1939, hrsg. von *Peter Becher* und *Peter Heumos* (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 75, München 1992).

⁷² *Vojtěch Blodig*, Die tschechoslowakischen politischen Parteien und die Unterstützung der deutschen und österreichischen Emigration in den 30er Jahren, in: München 1938, 251–270; hier: 254.

⁷³ *Brigitte Seebacher-Brandt*, Die deutsche politische Emigration in der Tschechoslowakei, in: München 1938, 229–249; hier: 230; *Werner Röder*, Drehscheibe – Kampfposten – Fluchtstation. Deutsche Emigranten in der Tschechoslowakei, in: *Drehscheibe Prag*, 15–29, hier: 17–18.

⁷⁴ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 4: Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933–1935. Berichte des Gesandten Koch, der Konsuln von *Bethusy-Huc*, von *Druffel*, von *Pfeil* und des Gesandtschaftsrates von *Stein*, hrsg. von *Heidrun* und *Stephan Dolezel* (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 49/IV, München 1991) 66–67, 139.

⁷⁵ Ebd. 216.

stens der radikale Flügel der Slowakischen Volkspartei die deutsche nationalsozialistische Propaganda gegen das demokratisch-parlamentarische System der Tschechoslowakischen Republik, wobei besonders die Erfolge Deutschlands bei der Bekämpfung der Kommunisten und Juden hervorgehoben wurden.

Von Ende 1937 an verstärkte sich die nationalsozialistische Propaganda vom Deutschen Reich aus gegen die Tschechoslowakei als Feind Nummer eins⁷⁶. Es zeigte sich immer klarer, daß nicht nationale Probleme, sondern entgegengesetzte politische Prinzipien das Wesen dieser Auseinandersetzung bestimmten. Der größte tschechische Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, Karel Čapek (1890–1938), beobachtete mit Sorge die Entwicklung im benachbarten Deutschen Reich, besonders nach dem Anschluß Österreichs im März 1938: „Dieser hastige Unifikationsprozeß der deutschen Nation drückt sich mit fataler Notwendigkeit auch darin aus, wie sich die deutsche Nation auf alle erdenkliche Weise, auch in kultureller und moralischer Hinsicht, ‚für sich selbst‘ umgestaltet, wie sie sich nicht nur politisch, sondern auch geistig mit ihrer ‚deutschen‘ Weltanschauung, ihrer Bildung, ihren Rassenurteilen, ihrer Kulturauffassung, nahezu auch mit ihrem deutschen Gott einigt. Mit anderen Worten, im Interesse ihrer nationalen Einheit schließt sie sich bewußt und absichtlich aus der europäischen Gemeinschaft, aus der geistigen Solidarität der europäischen Nationen aus. Sofern sie es innerhalb ihrer Grenzen tut, ist es ihre eigene Sache, obwohl das keinem gleichgültig ist, für den die Menschheit, Humanität und der geistige Fortschritt keine leeren Worte sind; das kann schon deshalb nicht gleichgültig sein, weil das Mitwirken einer so großen Nation an gemeinsamen europäischen Idealen empfindlich fehlt und fehlen wird. (...) Wir können dessen gewiß sein, daß auch die deutsche Nation früher oder später, nach größeren oder kleineren Opfern in die Lage geraten wird, den Weg aus ihrer Isolation und die Rückkehr in die geistige Gemeinschaft Europas zu suchen. Niemand kann sich dauernd und ungestraft aus der Gemeinschaft anderer Nationen ausschließen.“⁷⁷

Vom gewaltigen Einigungsprozeß der deutschen Nation wurde auch ein großer Teil der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakischen Republik ergriffen, die nun – nach der Ansicht Čapeks – ein besonderes deutsches Recht, das Recht auf deutsche nationale Isolation genießen wollten. Das konnte ihnen jedoch nicht eine Nation bieten, deren Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der europäischen Kooperation fest verankert war. Noch im Spätsommer und Frühherbst 1938 hörte die Mehrheit der tschechischen politischen Parteien und ein Großteil der tschechischen Öffentlichkeit nicht auf, zwischen dem Hitler-Deutschland und dem demokratischen Deutschland zu unterscheiden. Das große Dilemma, das sich aus der Frage ergab, ob die tschechoslowakische Demokratie und Unabhängigkeit gegen die Expansion des Deutschen Reiches mit Waffen verteidigt werden sollte oder nicht, wurde durch die Annahme des Münchner Abkommens zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und

⁷⁶ Vgl. Rudolf Jaworski, Die Tschechoslowakei in der NS-Propaganda des Jahres 1938, in: München 1938, 161–178.

⁷⁷ Karel Čapek, Lekce dějin [Eine Lektion der Geschichte], in: Přítomnost (Praha), Jg. 15, Nr. 17 vom 27. April 1938, 257; nachgedruckt in: *ders.*, Na břehu dnů [Am Ufer der Tage] (Praha 1966) 398–400.

Italien am 29. September 1938 zugunsten einer zeitweiligen Vertagung des Krieges und einer politischen Einordnung der Tschechoslowakei in die Großmächtsphäre Deutschlands entschieden. Das Trauma von München 1938 hinterließ tiefe Spuren im Verhältnis der Tschechen zu Deutschland und Westeuropa über zwei oder drei Generationen lang⁷⁸.

In der tschechischen Politik und im gesamten gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Tschechen trat nach dem 29./30. September 1938 eine jahrzehntelang nicht dagewesene Ernüchterung ein. Der neue Prager Außenminister František Chvalkovský (1885–1945), der 1927 bis 1932 als Gesandter in Berlin und 1932 bis 1938 in Rom tätig war, versicherte seinem deutschen Amtskollegen Joachim von Ribbentrop bereits am 13. Oktober 1938, das heißt zwei Wochen nach dem Münchner Abkommen, daß Prag eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland anstrebe. An der tschechischen Grenze mit Deutschland sollten keine Befestigungen errichtet werden, die tschechische Armee werde auf ein Minimum reduziert, die politischen Parteien sollten aufgelöst, und auch die Judenfrage müsse geklärt werden. Wirtschaftlich wollte sich die verkleinerte Tschecho-Slowakische Republik dem deutschen Wirtschaftssystem anpassen. Die neue Prager Regierung war sich der erdrückenden geopolitischen Realität in einem Maße bewußt, daß Ministerpräsident Rudolf Beran (1887–1954) erklärte, die Tschecho-Slowakei könne ohne das deutsche Wohlwollen überhaupt nicht existieren⁷⁹. Diese Einstellung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die einer tiefen Enttäuschung über das Verhalten der Westmächte in der Septemberkrise 1938 entsprungen war, beschränkte sich keinesfalls nur auf die tschechische konservative Rechte. Die führende tschechische liberale Tageszeitung *Lidové noviny* [Volkszeitung] faßte die in der damaligen tschechischen Gesellschaft fast allgemein verbreitete realpolitische Resignation zusammen: „Soll nun die Welt nicht vom Recht, sondern von der Stärke beherrscht werden, muß unser Platz dort sein, wo es größere Stärke und größere Entschlossenheit gibt. Es bleibt uns nichts anderes übrig: suchen wir eine Verständigung mit Deutschland, werden wir zum großen Lieferanten und Abnehmer von ihm, lehnen wir jedwede Kombination ab, die uns in irgendeine Front gegen Deutschland einreihen möchte.“⁸⁰

Auch einige weltoffene Politiker und Journalisten, die zu den Stützen des demokratisch-parlamentarischen Regimes der Ersten Tschechoslowakischen Republik gehört hatten, erwogen ernsthaft die Möglichkeit, das politische System auf dem böhmisch-mährischen Restgebiet den reichsdeutschen Vorstellungen anzupassen und die ethnisch-kulturelle Eigenständigkeit der Tschechen der nationalpolitischen Vorherrschaft der Deutschen in Mitteleuropa unterzuordnen⁸¹. Eine einigermaßen vernünftige, das tschechische Nationalleben im unpolitischen Bereich respektierende reichsdeutsche

⁷⁸ Zutreffend vgl. *Joseph Frederick Zacek*, *The Czechoslovak View*, in: *Reappraising the Munich Pact: Continental Perspectives*, hrsg. von *Maya Latynski* (Washington 1992) 47–59, hier: 56.

⁷⁹ *Lubomír Lipták*, *Slovensko v 20. storočí* [Die Slowakei im 20. Jahrhundert] (Bratislava 1968) 168.

⁸⁰ *Lidové noviny* (Praha), Jg. 46, Nr. 498 vom 4. Oktober 1938; zit. nach *Lipták*, *Slovensko*, 168.

⁸¹ Als charakteristisches Beispiel kann Ferdinand Peroutka (1895–1978), Begründer und langjähriger Chefredakteur der einflußreichen liberalen Wochenzeitung *Přítomnost* [Die Gegenwart], angeführt werden.

Politik hätte die einmalige Gelegenheit gehabt, die große Desillusion der tschechischen Gesellschaft auszunutzen und ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Tschechen und Reichsdeutschen langsam anzubahnen. Grundsätzlich änderte daran nicht viel die Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren am 15./16. März 1939. Als im Dezember 1939 der Vorsitzende der Protektoratsregierung, Alois Eliáš (1890–1942), im Interview für das offizielle Deutsche Nachrichten-Büro zu einem gesunden Wettbewerb des tschechischen Volkes mit dem deutschen Volke und zu einem harmonischen Zusammenleben der beiden Völker in Mitteleuropa aufforderte⁸², lehnte er damit ein auf Ungleichheit und Unterwürfigkeit gegründetes Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen ab. Die deutsche Okkupationspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren vereinte jedoch das Interesse an der Erhöhung der Wirtschaftskraft der böhmischen Länder mit einer rücksichtslosen Unterdrückung der tschechischen Hochschulen und der unabhängigen tschechischen Bildungsschicht, so daß sich die Perspektive einer Vernichtung der tschechischen nationalen Existenz eröffnete⁸³.

Für die von Edvard Beneš geführte tschechische Emigration im Westen war das deutsche Problem in erster Linie mit dem Scheitern des Minderheitenschutzes in der Zwischenkriegszeit verbunden, wobei zunächst territoriale Veränderungen neben Bevölkerungsverschiebungen erwogen wurden. Das Nachkriegs-Deutschland stellte sich Beneš im November 1941 als eine dezentralisierte Konföderation vor, in der die Vorherrschaft Preußens über andere Stämme der deutschen Nation gebrochen sein würde⁸⁴. Britische Kommentare stellten fest, daß die Vorstellungen des tschechoslowakischen Exils konzilianter als die Vorschläge der polnischen Regierung oder der Sowjetführung waren⁸⁵. Im Londoner Außenministerium und im britischen Unterhaus wurde mit Verstimmung zur Kenntnis genommen, daß Beneš die Grenzen des Deutschen Reiches auf den Stand von vor 1938 zurückversetzen wollte, nur mit kleineren Korrekturen zugunsten der Nachbarn, aber das sollte keine Verkleinerung Deutschlands bedeuten, weil etwaige territoriale Verluste durch den Erwerb einiger außereuropäischer Kolonien hätten kompensiert werden können⁸⁶. Interessant war auch die Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Sumner Welles im Unteraus-

⁸² Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943, 2: Spolupráce československé emigrace na západě s domácím odbojem, její vztah k tzv. protektorátní vládě a germanizační politika okupantů [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939–1943, 2: Die Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Emigranten im Westen mit dem Widerstand in der Heimat, deren Beziehung zur sogenannten Protektoratsregierung und die Germanisierungspolitik der Okkupanten], hrsg. von *Libuše Otáhalová* und *Milada Červinková* (Acta Occupationis Bohemiae et Moraviae 2, Praha 1966) 493–494.

⁸³ Vgl. *Detlef Brandes*, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, 1: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod 1939–1942 (München, Wien 1969); 2: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand 1942–1945 (München, Wien 1975).

⁸⁴ Dokumente zur Deutschlandpolitik I/1: 3. September 1939 bis 31. Dezember 1941. Britische Deutschlandpolitik, bearb. von *Rainer A. Blasius* (Frankfurt am Main 1984) 539.

⁸⁵ Dokumente zur Deutschlandpolitik I/3: 1. Januar bis 31. Dezember 1942. Britische Deutschlandpolitik, bearb. von *Rainer A. Blasius* (Frankfurt am Main 1988) 1003.

⁸⁶ Ebd. I/1, 579–580, 587–589.

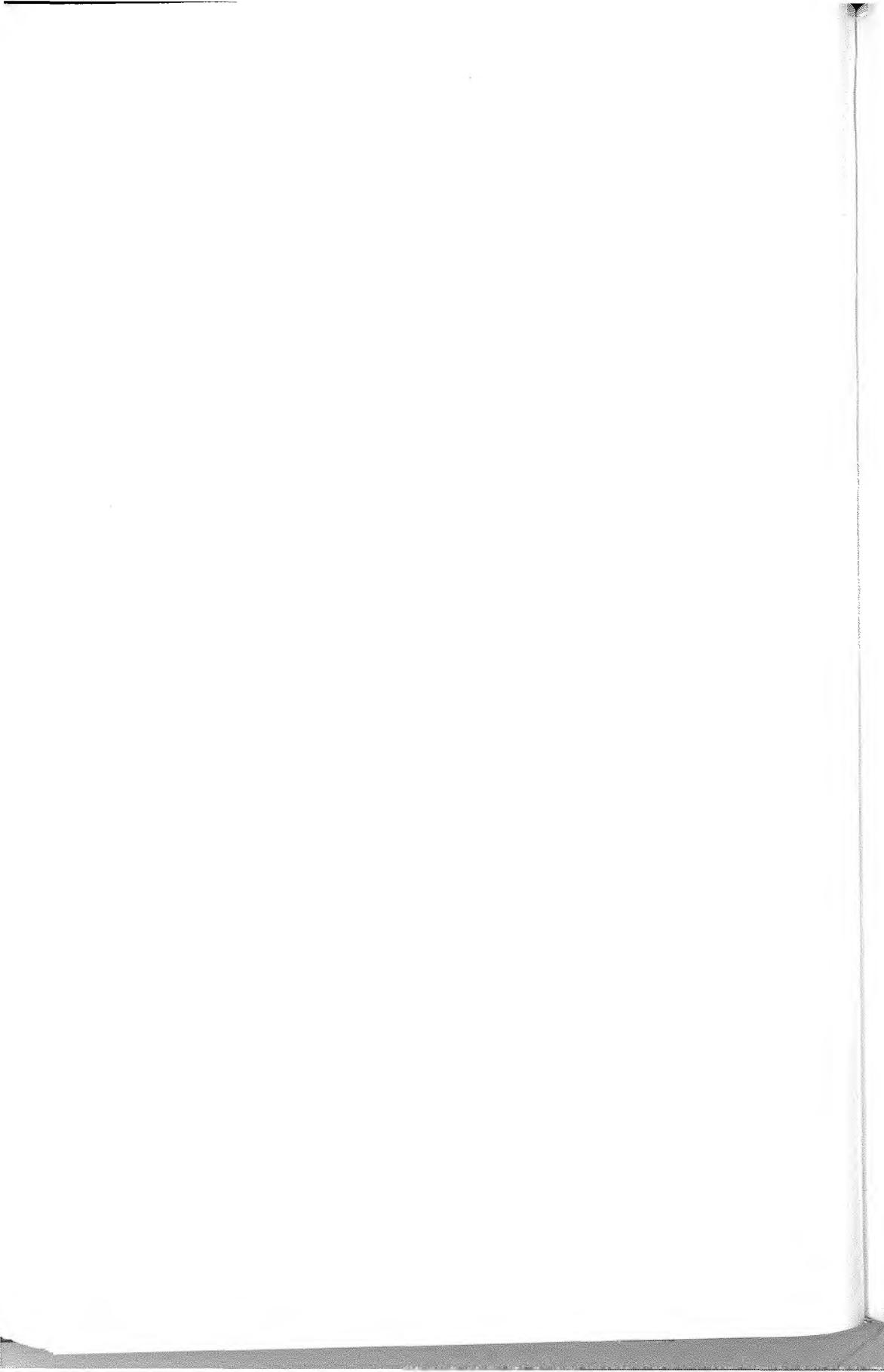
schuß des Kongresses der Vereinigten Staaten im Januar 1943, derzufolge Beneš die Sowjetführung vor einer Unterstützung des Kommunismus in Deutschland am Ende des Krieges gewarnt hatte, weil ein kommunistisches Deutschland angeblich viel stärker die alldeutschen Ziele (Pan German aims) verfolgen würde als ein liberal-religiöses Regime⁸⁷. Die spätere Koordinierung der tschechoslowakischen Außenpolitik mit Moskau bedeutete dann einen weitgehenden Verzicht auf eine selbständige Politik gegenüber Deutschland.

Für die autonome und vom 14. März 1939 an unabhängige Slowakei war das Deutsche Reich die einzige Schutzmacht der staatlichen Selbständigkeit, wenn auch die Souveränität der Slowakischen Republik beschränkt war. Staatspräsident Jozef Tiso (1887–1947) und seine Minister wetteiferten mit der ungarischen Regierung um die Gunst des mächtigen Deutschen Reiches und um eine privilegierte Stellung im „neuen Europa“ Adolf Hitlers. Die Reichsdeutschen erfreuten sich keiner besonderen Sympathien bei den Slowaken, nicht zuletzt wegen deutscher Eingriffe in das slowakische Wirtschaftsleben⁸⁸. Mehr oder weniger freiwillig paßte die slowakische Staatsführung die innere und auswärtige Politik der Slowakei dem Vorbild des nationalsozialistischen Deutschland an, was sich in der Einführung des Führerprinzips und in der Liquidation der politischen Opposition, in der Teilnahme der slowakischen Armee an den Feldzügen gegen Polen und die Sowjetunion und in der planmäßigen Liquidierung der meisten slowakischen Juden ausdrückte. Der organisierte Widerstand, der im Slowakischen Nationalaufstand von Ende August bis Ende Oktober 1944 seinen Höhepunkt fand, war eindeutig gegen die deutschen Okkupanten und ihre Handlanger gerichtet.

Sowohl in den böhmischen Ländern als auch in der Slowakei wurde in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges immer weniger zwischen den Reichsdeutschen, den Sudetendeutschen und den Karpatendeutschen unterschieden; nur die Österreicher hatten vielleicht einen etwas besseren Ruf. Sie alle waren *Němci* [Deutsche], die Feinde, denen man eine Kollektivschuld am Zweiten Weltkrieg und an den unermeßlichen Leiden zuschrieb. Nachrichten aus den Konzentrationslagern und grauenvolle Todestransporte von Kriegsgefangenen und Häftlingen über mährische und böhmische Gebiete trugen darüber hinaus zu einer weiteren Verschlechterung des Deutschenbildes unter den Tschechen und Slowaken bei. Das tschechisch-deutsche Verhältnis geriet mit dem Ende des Deutschen Reiches im Mai 1945 an den tiefsten Punkt seiner jahrhundertelangen Geschichte. Kaum jemand von den im Jahre 1945 lebenden Tschechen und Slowaken konnte an die Möglichkeit eines wirtschaftlichen und demokratischen Wiederaufbaues Deutschlands innerhalb einer relativ kurzen Zeit glauben.

⁸⁷ Dokumente zur Deutschlandpolitik I/4: 1. Januar bis 31. Dezember 1943. Amerikanische Deutschlandpolitik, bearb. von Marie-Luise Goldbach (Frankfurt am Main 1991) 71.

⁸⁸ *Lipták*, Slovensko, 194–205.



Wolfgang Altgeld

Das Deutsche Reich im italienischen Urteil 1871–1945

Angesichts so häufig betonter und, freilich viel seltener, auch wissenschaftlich aufgegriffener Vergleichbarkeiten italienischer und deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert¹, angesichts phasenweise so enger, die jeweils andere Geschichte doch wesentlich mitbeeinflussender deutsch-italienischer Beziehungen seit den ‚verspäteten‘ Nationalstaatsgründungen muß es wohl erstaunen, daß die italienische Auffassung des deutschen Nationalstaats von 1871 bisher noch nicht durchgreifend, in der Entwicklung ihrer Grundzüge bis 1945 und darüber hinaus, studiert worden ist. Es ist das ja kein Thema, das niemanden als einige wenige spezialistische Historiker interessieren müßte. Vielmehr geht es um einen Komplex von Traditionen und Traditionsbildungen, die weiter in unsere Gegenwart hineinwirken und gerade im Zeichen der großen jüngsten Wende deutscher Geschichte bewußt sein sollten. Man denke nur, um einige besonders eklatante negative Manifestationen solcher tief wurzelnden Auffassungen der Deutschen und ihres (ersten) Nationalstaats in Erinnerung zu rufen, an den scharfen Einspruch des damals als Außenminister fungierenden Giulio Andreotti gegen die deutsche Wiedervereinigungshoffnung Mitte der 1980er Jahre oder an dessen später hingeworfenes Schreckbild eines angeblich die Brennergrenzen bedrohenden Pangermanismus der Westdeutschen, Österreicher, deutschen Südtiroler; man denke an die in der öffentlichen Meinung Italiens sehr laut artikulierten Besorgnisse gegenüber dem deutschen Einigungsprozeß 1989/90², an die so leicht zu schürenden Ängste vor Deutschland in der Lira-Krise des Jahres 1992. Übertreibung, Vorurteil, besondere Unfreundlichkeit: Gleichgültig, ob wir deutscherseits das und dergleichen für völlig oder nahezu unbegründet halten mögen, es handelt sich um eine jener historisch-politischen Realitäten zwischen den Nationen, welche viel zu lange herangewachsen sind, um mit bloßen Bekundungen gegenteiliger Eigenbilder entkräftet werden zu können.

Dieser Beitrag kann nur wenige Striche zu einem in Zukunft hoffentlich einmal gründlich entworfenen Gesamtbild der italienischen Ansichten Deutschlands und der

¹ Zu rühmen ist aber das in den letzten zwanzig Jahren vom Italienisch-Deutschen Historischen Institut in Trient Geleistete, sind doch seine alljährlichen Wochenseminare und die daraus hervorgehenden Veröffentlichungen vornehmlich der vergleichenden Betrachtung gewidmet. Und in ähnlicher Weise bemüht sich nun auch das noch junge deutsch-italienische Begegnungszentrum der „Villa Vigoni“ in Loveno di Menaggio.

² Vgl. die vorzügliche Auseinandersetzung von *Jens Petersen*, Die Einigung Deutschlands 1989/90 aus der Sicht Italiens, in: *Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands*, hrsg. v. *Josef Becker* (München 1992) 55–90.

Deutschen ausführen, manche von ihnen aufgrund vorliegender Teilstudien wohl etwas besser auszuführen als andere, welche augenblicklich bloß in dichten Eindrücken gründen können. Für die erste Hälfte des hier in Frage stehenden Zeitraums verfügen wir immerhin über eine gewisse Anzahl an aufschlußreichen, wenngleich insgesamt methodisch wie thematisch zum Teil sehr disparaten Arbeiten zu einzelnen Problemen oder Phasen³. Für die Zeit vom Ende des Ersten zum Ende des Zweiten Weltkrieges, von der Niederlage des Kaiserreichs und vom Sturz des Kaisertums bis zur Katastrophe des deutschen Nationalstaats, findet sich nichts Geschlossenes, muß eigentlich alles aus verfügbaren Quellenpublikationen, meist nur wenig und eher zufällig ergiebig in unserer Beziehung, und verstreuten Hinweisen in einigen Untersuchungen der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern entnommen werden. Solcher Mangel wiegt umso schwerer, weil in einem so weiten Überblick wesentliche Vorfragen ohnehin nicht eigens behandelt werden können – Vorfragen zu Problemen, deren Aufklärung erforderlich bleibt, wenn wissenschaftlich stichhaltige Ergebnisse im diffizilen Forschungsfeld nationaler Bilder, nationaler Urteile über andere Nationen und Nationalstaaten gewonnen werden sollen. Hier wären die politischen, gesellschaftlichen, kulturellen (bis hin zu den literarischen und publizistischen) Entwicklungen auf der urteilenden mit denen auf der beurteilten Seite in acht Jahrzehnten zu konfrontieren. In jeder Phase müßten hinsichtlich der Vermittler und Medien von Deutschlandbildern die soziale Reichweite öffentlicher Meinungsbildung in Italien, deren Wechselwirkung einerseits mit den sich verändernden weltanschaulichen und parteilichen Lagern, andererseits mit dem Regierungspersonal und besonders mit den für die Außenpolitik Verantwortlichen sowie den Diplomaten präzise geklärt werden. Von dem ausgehend, hätten wir wiederum phasenweise das jeweilige Gewicht differenzierender italienischer Urteile über das Deutsche Reich zu untersuchen, diese Urteile dann aber auch in ihrer Beziehung namentlich zu denen über Österreich und Frankreich zu betrachten. Hierbei wäre genauso Schritt um Schritt das Verhältnis von

³ Vgl. *Federico Chabod*, *Il pensiero europeo della Destra di fronte alla guerra franco-prussiana*, in: *Comunità internazionale* 1 (1946) 63–77, 209–226; *ders.*, *Storia della politica estera italiana dal 1870 al 1896*, Bd. 1: *Le premesse* (Bari 1951) Kap. I/1, I/3; *Wolfgang Suchanek*, *Das Deutschlandbild in der italienischen Presse 1870/71* (phil. Diss. Bonn 1975); *Alberto Monticone*, *Die öffentliche Meinung Italiens gegenüber Deutschland am Vorabend des 1. Weltkrieges*, in: *Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte*, hrsg. v. *Ernst Schulin* (Wiesbaden 1968) 266–285; *Rosario Romeo*, *La Germania e la vita intellettuale italiana dall'unità alla prima guerra mondiale*, in: *ders.*, *Momenti e problemi di storia contemporanea* (Assisi, Roma 1971) 153–184. – *Otto Weiß* (Rom) arbeitet an einer umfassenden Gesamtdarstellung des italienischen Deutschlandbildes vor 1914 in den verschiedenen Rezeptionsbereichen. Zu etlichen Fragen hat er bereits wertvolle Ergebnisse veröffentlicht: *Staat, Regierung und Parlament im Norddeutschen Bund und im Kaiserreich im Urteil der Italiener*, in: *QFIAB* 66 (1986) 310–377; *Deutschland, Dreibund und öffentliche Meinung in Italien (1876–1883)*, in: *QFIAB* 71 (1991) 548–624; *Der deutsche Kulturkampf (1871–1890) in der öffentlichen Meinung Italiens*, in: *Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern*, hrsg. v. *Rudolf Lill, Francesco Traniello* (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 5, Berlin 1993) 221–250; *Das Deutschlandbild der Italiener von der Schlacht bei Königgrätz bis zur Reichsgründung. Konstanz und Wandel von Stereotypen*, in: *Deutsche Italienbilder und italienische Deutschlandbilder*, hrsg. v. *Angelo Ara, Rudolf Lill* (Jahrbuch des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Beiträge 4; Bologna, Berlin 1991) 239–277.

eingewurzelt und womöglich durch die Parteiungen gehenden traditionellen Ansichten und Stereotypen, von zumeist ja nur selektiver öffentlicher politischer Umsetzung solcher Traditionen und von neuen Urteilsmotiven in der fortschreitenden Auseinandersetzung mit der Entwicklung und mit dem Verhalten Deutschlands und der Deutschen zu klären. Und obendrein müßten denkbare Zusammenhänge zwischen dominierenden nationalen Selbst- und Fremdbildern beachtet werden, worauf Robert Michels schon 1930 in seinem ja immer noch lesenswerten *Italien von heute* hingewiesen hat⁴; das indessen hieße, mit Blick auf die italienischen Rezeptionen auch die Wege und Formen deutscher Selbstdarstellung systematisch aufzuweisen. Diese Bemerkungen mögen genügen, die Begrenztheit und Vorläufigkeit des Nachfolgenden nochmals zu unterstreichen. Es beschränkt sich angesichts jenes teilweisen Mangels an empirischen Vorstudien und angesichts solcher Defizite in der Auseinandersetzung mit wesentlichen Vorfragen zur Entwicklung italienischer Deutschlandbilder und zur Struktur der italienischen Urteile zwischen 1871 und 1945 auf Skizzen dreier kritischer Situationen: 1870/71, 1914/15, 1939/40, mit jeweils ganz knapp gehaltenen Rückblicken, es beschränkt sich dabei des weiteren auf die Beobachtung sehr weniger, in allen drei Situationen beim jetzigen Forschungsstand überprüfbarer Aspekte. Danach wird nochmals nach durchgängig vorherrschenden Elementen der italienischen Urteile über den ersten deutschen Nationalstaat gefragt.

I.

Betrachten wir also die italienische Urteilsbildung 1870/71, im Augenblick der deutschen Nationalstaatsgründung, vollzogen im Krieg erst gegen das kaiserliche, dann gegen das republikanische Frankreich.

Zunächst sei festgehalten, daß das Recht der Deutschen zu ihrer Nationalstaatsgründung grundsätzlich bejaht worden ist, und das in allen politischen Strömungen des gerade ein Jahrzehnt jungen Italiens und ebenso in dessen Regierung in Florenz. Im Konkreten allerdings gab es in der veröffentlichten Meinung und noch eindeutiger in der Regierung Giovanni Lanzas und um König Viktor Emmanuel starke und stärkste Vorbehalte und, gar nicht selten, deutliche Ablehnung gegenüber der wirklichen Reichsgründung. Tatsächlich sind beim Ausbruch des französisch-deutschen Krieges der König, der Hof sehr entschieden, aber auch die Mehrheit der Minister und der Abgeordneten sowie der Publizist der regierungstragenden *Destra*, der einst von Cavour zusammengebrachten liberalen *Rechten*, für Italiens Eingreifen an der Seite Frankreichs gewesen, so wie sie im Jahr zuvor Napoleons III. Versuch, ein Dreierbündnis mit Österreich-Ungarn gegen Preußen und die heraufziehende kleindeutsche staatliche Einigung zustandezubringen, nahezu vorbehaltlos unterstützt, ja, sogar des-

⁴ Vgl. Robert Michels, *Italien von heute*. Politische und wirtschaftliche Kulturgeschichte von 1860 bis 1930 (Der Aufbau moderner Staaten 5, Zürich, Leipzig 1930) 95–101. Zu den hier angedeuteten Gesichtspunkten vgl. u. a. John H. Herz, *Weltbild und Bewußtwerdung – Vernachlässigte Faktoren beim Studium der internationalen Beziehungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11 (1980) 3–17; Kripal Sobdi u. a., *Die reziproke Verschränkung von Urteilen über Völker*, in: *Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie* 5 (1958) 547–604.

Wolfgang Altgeld

Das Deutsche Reich im italienischen Urteil 1871–1945

Angesichts so häufig betonter und, freilich viel seltener, auch wissenschaftlich aufgegriffener Vergleichbarkeiten italienischer und deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert¹, angesichts phasenweise so enger, die jeweils andere Geschichte doch wesentlich mitbeeinflussender deutsch-italienischer Beziehungen seit den ‚verspäteten‘ Nationalstaatsgründungen muß es wohl erstaunen, daß die italienische Auffassung des deutschen Nationalstaats von 1871 bisher noch nicht durchgreifend, in der Entwicklung ihrer Grundzüge bis 1945 und darüber hinaus, studiert worden ist. Es ist das ja kein Thema, das niemanden als einige wenige spezialistische Historiker interessieren müßte. Vielmehr geht es um einen Komplex von Traditionen und Traditionsbildungen, die weiter in unsere Gegenwart hineinwirken und gerade im Zeichen der großen jüngsten Wende deutscher Geschichte bewußt sein sollten. Man denke nur, um einige besonders eklatante negative Manifestationen solcher tief wurzelnden Auffassungen der Deutschen und ihres (ersten) Nationalstaats in Erinnerung zu rufen, an den scharfen Einspruch des damals als Außenminister fungierenden Giulio Andreotti gegen die deutsche Wiedervereinigungshoffnung Mitte der 1980er Jahre oder an dessen später hingeworfenes Schreckbild eines angeblich die Brennergrenzen bedrohenden Pangermanismus der Westdeutschen, Österreicher, deutschen Südtiroler; man denke an die in der öffentlichen Meinung Italiens sehr laut artikulierten Besorgnisse gegenüber dem deutschen Einigungsprozeß 1989/90², an die so leicht zu schürenden Ängste vor Deutschland in der Lira-Krise des Jahres 1992. Übertreibung, Vorurteil, besondere Unfreundlichkeit: Gleichgültig, ob wir deutscherseits das und dergleichen für völlig oder nahezu unbegründet halten mögen, es handelt sich um eine jener historisch-politischen Realitäten zwischen den Nationen, welche viel zu lange herangewachsen sind, um mit bloßen Bekundungen gegenteiliger Eigenbilder entkräftet werden zu können.

Dieser Beitrag kann nur wenige Striche zu einem in Zukunft hoffentlich einmal gründlich entworfenen Gesamtbild der italienischen Ansichten Deutschlands und der

¹ Zu rühmen ist aber das in den letzten zwanzig Jahren vom Italienisch-Deutschen Historischen Institut in Trient Geleistete, sind doch seine alljährlichen Wochenseminare und die daraus hervorgehenden Veröffentlichungen vornehmlich der vergleichenden Betrachtung gewidmet. Und in ähnlicher Weise bemüht sich nun auch das noch junge deutsch-italienische Begegnungszentrum der „Villa Vigoni“ in Lovenjo di Menaggio.

² Vgl. die vorzügliche Auseinandersetzung von *Jens Petersen*, Die Einigung Deutschlands 1989/90 aus der Sicht Italiens, in: Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands, hrsg. v. *Josef Becker* (München 1992) 55–90.

Deutschen ausführen, manche von ihnen aufgrund vorliegender Teilstudien wohl etwas besser auszuführen als andere, welche augenblicklich bloß in dichten Eindrücken gründen können. Für die erste Hälfte des hier in Frage stehenden Zeitraums verfügen wir immerhin über eine gewisse Anzahl an aufschlußreichen, wenngleich insgesamt methodisch wie thematisch zum Teil sehr disparaten Arbeiten zu einzelnen Problemen oder Phasen³. Für die Zeit vom Ende des Ersten zum Ende des Zweiten Weltkrieges, von der Niederlage des Kaiserreichs und vom Sturz des Kaisertums bis zur Katastrophe des deutschen Nationalstaats, findet sich nichts Geschlossenes, muß eigentlich alles aus verfügbaren Quellenpublikationen, meist nur wenig und eher zufällig ergiebig in unserer Beziehung, und verstreuten Hinweisen in einigen Untersuchungen der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern entnommen werden. Solcher Mangel wiegt umso schwerer, weil in einem so weiten Überblick wesentliche Vorfragen ohnehin nicht eigens behandelt werden können – Vorfragen zu Problemen, deren Aufklärung erforderlich bleibt, wenn wissenschaftlich stichhaltige Ergebnisse im diffizilen Forschungsfeld nationaler Bilder, nationaler Urteile über andere Nationen und Nationalstaaten gewonnen werden sollen. Hier wären die politischen, gesellschaftlichen, kulturellen (bis hin zu den literarischen und publizistischen) Entwicklungen auf der urteilenden mit denen auf der beurteilten Seite in acht Jahrzehnten zu konfrontieren. In jeder Phase müßten hinsichtlich der Vermittler und Medien von Deutschlandbildern die soziale Reichweite öffentlicher Meinungsbildung in Italien, deren Wechselwirkung einerseits mit den sich verändernden weltanschaulichen und parteilichen Lagern, andererseits mit dem Regierungspersonal und besonders mit den für die Außenpolitik Verantwortlichen sowie den Diplomaten präzise geklärt werden. Von dem ausgehend, hätten wir wiederum phasenweise das jeweilige Gewicht differenzierender italienischer Urteile über das Deutsche Reich zu untersuchen, diese Urteile dann aber auch in ihrer Beziehung namentlich zu denen über Österreich und Frankreich zu betrachten. Hierbei wäre genauso Schritt um Schritt das Verhältnis von

³ Vgl. *Federico Chabod*, *Il pensiero europeo della Destra di fronte alla guerra franco-prussiana*, in: *Comunità internazionale* 1 (1946) 63–77, 209–226; *ders.*, *Storia della politica estera italiana dal 1870 al 1896*, Bd. 1: *Le premesse* (Bari 1951) Kap. I/1, I/3; *Wolfgang Suchanek*, *Das Deutschlandbild in der italienischen Presse 1870/71* (phil. Diss. Bonn 1975); *Alberto Monticone*, *Die öffentliche Meinung Italiens gegenüber Deutschland am Vorabend des 1. Weltkriegs*, in: *Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte*, hrsg. v. *Ernst Schulz* (Wiesbaden 1968) 266–285; *Rosario Romeo*, *La Germania e la vita intellettuale italiana dall'unità alla prima guerra mondiale*, in: *ders.*, *Momenti e problemi di storia contemporanea* (Assisi, Roma 1971) 153–184. – *Otto Weiß* (Rom) arbeitet an einer umfassenden Gesamtdarstellung des italienischen Deutschlandbildes vor 1914 in den verschiedenen Rezeptionsbereichen. Zu etlichen Fragen hat er bereits wertvolle Ergebnisse veröffentlicht: *Staat, Regierung und Parlament im Norddeutschen Bund und im Kaiserreich im Urteil der Italiener*, in: *QFIAB* 66 (1986) 310–377; *Deutschland, Dreibund und öffentliche Meinung in Italien (1876–1883)*, in: *QFIAB* 71 (1991) 548–624; *Der deutsche Kulturkampf (1871–1890) in der öffentlichen Meinung Italiens*, in: *Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern*, hrsg. v. *Rudolf Lill, Francesco Traniello* (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 5, Berlin 1993) 221–250; *Das Deutschlandbild der Italiener von der Schlacht bei Königgrätz bis zur Reichsgründung. Konstanz und Wandel von Stereotypen*, in: *Deutsche Italienbilder und italienische Deutschlandbilder*, hrsg. v. *Angelo Ara, Rudolf Lill* (Jahrbuch des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Beiträge 4, Bologna, Berlin 1991) 239–277.

eingewurzelt und womöglich durch die Parteiungen gehenden traditionellen Ansichten und Stereotypen, von zumeist ja nur selektiver öffentlicher politischer Umsetzung solcher Traditionen und von neuen Urteilsmotiven in der fortschreitenden Auseinandersetzung mit der Entwicklung und mit dem Verhalten Deutschlands und der Deutschen zu klären. Und obendrein müßten denkbare Zusammenhänge zwischen dominierenden nationalen Selbst- und Fremdbildern beachtet werden, worauf Robert Michels schon 1930 in seinem ja immer noch lesenswerten *Italien von heute* hingewiesen hat⁴; das indessen hieße, mit Blick auf die italienischen Rezeptionen auch die Wege und Formen deutscher Selbstdarstellung systematisch aufzuweisen. Diese Bemerkungen mögen genügen, die Begrenztheit und Vorläufigkeit des Nachfolgenden nochmals zu unterstreichen. Es beschränkt sich angesichts jenes teilweisen Mangels an empirischen Vorstudien und angesichts solcher Defizite in der Auseinandersetzung mit wesentlichen Vorfragen zur Entwicklung italienischer Deutschlandbilder und zur Struktur der italienischen Urteile zwischen 1871 und 1945 auf Skizzen dreier kritischer Situationen: 1870/71, 1914/15, 1939/40, mit jeweils ganz knapp gehaltenen Rückblicken, es beschränkt sich dabei des weiteren auf die Beobachtung sehr weniger, in allen drei Situationen beim jetzigen Forschungsstand überprüfbarer Aspekte. Danach wird nochmals nach durchgängig vorherrschenden Elementen der italienischen Urteile über den ersten deutschen Nationalstaat gefragt.

I.

Betrachten wir also die italienische Urteilsbildung 1870/71, im Augenblick der deutschen Nationalstaatsgründung, vollzogen im Krieg erst gegen das kaiserliche, dann gegen das republikanische Frankreich.

Zunächst sei festgehalten, daß das Recht der Deutschen zu ihrer Nationalstaatsgründung grundsätzlich bejaht worden ist, und das in allen politischen Strömungen des gerade ein Jahrzehnt jungen Italiens und ebenso in dessen Regierung in Florenz. Im Konkreten allerdings gab es in der veröffentlichten Meinung und noch eindeutiger in der Regierung Giovanni Lanzas und um König Viktor Emmanuel starke und stärkste Vorbehalte und, gar nicht selten, deutliche Ablehnung gegenüber der wirklichen Reichsgründung. Tatsächlich sind beim Ausbruch des französisch-deutschen Krieges der König, der Hof sehr entschieden, aber auch die Mehrheit der Minister und der Abgeordneten sowie der Publizistik der regierungstragenden *Destra*, der einst von Cavour zusammengebrachten liberalen *Rechten*, für Italiens Eingreifen an der Seite Frankreichs gewesen, so wie sie im Jahr zuvor Napoleons III. Versuch, ein Dreierbündnis mit Österreich-Ungarn gegen Preußen und die heraufziehende kleindeutsche staatliche Einigung zustandezubringen, nahezu vorbehaltlos unterstützt, ja, sogar des-

⁴ Vgl. Robert Michels, *Italien von heute*. Politische und wirtschaftliche Kulturgeschichte von 1860 bis 1930 (Der Aufbau moderner Staaten 5, Zürich, Leipzig 1930) 95–101. Zu den hier angedeuteten Gesichtspunkten vgl. u. a. John H. Herz, *Weltbild und Bewußtwerdung – Vernachlässigte Faktoren beim Studium der internationalen Beziehungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11 (1980) 3–17; Kripal Sobdi u. a., *Die reziproke Verschränkung von Urteilen über Völker*, in: *Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie* 5 (1958) 547–604.

sen dabei erhobene Forderung nach dem Anschluß linksrheinischer Gebiete an Frankreich akzeptiert hatten. Nur mit ziemlicher Mühe haben Ministerpräsident Lanza und Außenminister Visconti Venosta Italien im Sommer 1870 auf Neutralitätskurs halten können, und das vielmehr aus pragmatischen Erwägungen, nicht zuletzt im Hinblick auf den schlechten Zustand sowohl der Staatsfinanzen wie der Heeresrüstung und bald natürlich wegen der großen deutschen Waffenerfolge, zum wenigsten aus Sympathie für diese preußisch geführte deutsche Nationalstaatsgründung. Nach Sedan, nach dieser Katastrophe des kaiserlichen Frankreich und seines so glänzenden Militärs, welche all die genannten Kreise völlig überrascht und so tief schockiert hat, und durch den langen Winter von 1870/71 bemühte sich die italienische Außenpolitik, eine politische Intervention der europäischen Mächte zur Beendigung des Krieges in Frankreich und zur Rettung der territorialen Integrität des geschlagenen Landes einzuleiten. Bis zur Kapitulation von Sedan waren eigentlich nur einige linksliberale und demokratische Wortführer, darunter Mazzini und der spätere Mitkonstrukteur des *Dreibundes*, noch spätere Ministerpräsident Francesco Crispi, für das nationale Selbstverteidigungsrecht der Deutschen und gegen das Frankreich Napoleons III. eingetreten. In der Politik und in der öffentlichen Meinung Italiens machten sie zweifellos nur eine Minderheit aus, während es andererseits Zeichen dafür gibt, daß die Massen in den großen norditalienischen Städten eher gegen Frankreich eingestellt waren. Aber gewohntermaßen artikuliert sich diese Linke so lautstark, begleitete auch ihr öffentliches Eintreten mit subversiven Kontaktaufnahmen und Angeboten an die deutsche Seite, daß Bismarck einmal eine Drohung an die Regierung in Florenz in Erwägung zog, die radikale Linke gegen die offizielle italienische Politik zu mobilisieren. Indessen stellte sich dann ein großer Teil dieser Linken gegen die den Krieg hart weiterführenden, nun die Abtretung des Elsasses und Lothringens fordernden, schließlich auch noch das eingeschlossene Paris entsetzlich beschießenden Deutschen, als das Kaisertum Napoleons gefallen und die dritte Republik der Franzosen aufgerichtet waren. Garibaldis letzter von so vielen und einigen grandiosen Freischarenzügen richtete sich gegen die deutschen Okkupationstruppen in Mittelfrankreich – auffälligstes und in Deutschland von kaum jemandem zu verstehendes Zeichen des antideutschen Stimmungsbildes innerhalb der italienischen Demokratie⁵.

Es wäre allzu simpel, die hier nur grob polarisierend vorgestellten italienischen Grundpositionen gegenüber dem entstehenden deutschen Nationalstaat lediglich oder im wesentlichen als bloße Variablen der jeweiligen Verhältnisse zu Frankreich zu deuten. Sicherlich hat in den Anschauungen, Urteilen und Verhaltensweisen der Linken

⁵ Vgl. zu den in Anm. 3 genannten Schriften *Chabod*, *Sirbanek* und *Weiß* besonders *Rudolf Lill*, Die italienisch-deutschen Beziehungen 1869–1876, in: QFIAB 46 (1966) 399–454; *ders.*, Italiens Außenpolitik 1866–1871, in: Europa vor dem Krieg von 1870, hrsg. v. *Eberhard Kolb* (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 10, München 1987) 93–101. Zur Einordnung der internationalen Neutralitätspolitik des italienischen Kabinetts vgl. *Eberhard Kolb*, Der Weg aus dem Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71 (München 1989) 40–46, 53–57, 83–112. Zum Freischarenzug des „Helden zweier Welten“ vgl. *Garibaldi* und *Europa*, hrsg. v. *Rudolf Lill* (*Risorgimento* 3, 1982). Hinsichtlich gelegentlich nur zu streifender Zusammenhänge italienischer Geschichte sei ein für allemal auf die ebenso vorzügliche wie leicht greifbare Gesamtdarstellung von *Rudolf Lill*, *Geschichte Italiens in der Neuzeit* (Darmstadt ³1986) hingewiesen.

zuerst die Erinnerung, ja, die haßerfüllte Erinnerung an die Zerstörung der *Römischen Republik* 1849 und die nachherige Verteidigung der weltlichen Souveränität des Papstes durch das Militär und die Politik des Präsidenten Louis Bonaparte respektive Napoleons III. eine ganz wesentliche Rolle gespielt, nach dessen Abgang dann wieder die alte, so tief eingeprägte nationaldemokratische Sympathie für jenes Frankreich, welches als Mutter jeder europäischen, also auch der eigenen italienischen Freiheits- und Einheitsbewegung galt. Und ebenso unabweislich wirkten auf der anderen Seite, auf seiten der den nationalen Einigungsprozeß mit und nach Cavour gestaltenden nationalliberalen *Rechten*, im Krieg von 1859 eingewurzelte Loyalitäten und auch Notwendigkeiten in bezug auf das Frankreich Napoleons III. sowie, zumal beim König und beim Hof, Loyalität zum Kaiser selbst: Italien ist ja während der 1860er Jahre nicht zu Unrecht als eine Art Satellitenstaat Frankreichs gesehen worden – eine Bindung, von der sich Italien erst infolge der deutschen Siege über die kaiserlichen Armeen befreit sah, übrigens mit der alsbald genutzten Chance, die sogenannte römische Frage zu lösen und Rom zur Hauptstadt Italiens zu machen. Gleichwohl gab es andere, eigenständige Gründe für Vorbehalte oder gar ablehnende Meinungen gegenüber der im Krieg zum Abschluß kommenden deutschen Nationalstaatsgründung und somit auch für das Eintreten zugunsten Frankreichs. Die in der Regierung und rechtsliberalen Parlamentsmehrheit wie Publizistik bezogenen Standpunkte schlossen an Cavour's zehn Jahre zuvor ausgesprochene Warnung vor dem „Germanismus“ an: Dessen staatliche Verwirklichung müßte das europäische Gleichgewicht auf Dauer zerstören! Angesichts der überwältigend schockierenden Siege von 1870 gewannen schon länger her zugemessene und bewunderte deutsche Tugenden, etwa Disziplin, Pflichtbewußtsein, Fleiß, und Errungenschaften, darunter das gerade im Vergleich mit den Zuständen Italiens weit fortgeschrittene Volksschulwesen und die rasch zunehmende wirtschaftliche Kraft, dazu das schiere Gewicht von 60 Millionen Einwohnern eine neue verstörende Bedeutung. Man beklagte die politische Arroganz und machtbewußte Rücksichtslosigkeit der Deutschen in der Fortsetzung des Krieges nach Sedan und fand hierin den Kasernenhofstil, den Militarismus des Deutschland nunmehr dominierenden Preußens wirksam; man beklagte den fehlenden Einspruch des deutschen gebildeten Bürgertums gegen die Kriegsfortsetzung. Vor solchen Hintergründen ist dann besonders in der Publizistik der liberalen *Rechten* die Verfassung des deutschen Kaiserreichs kritisiert worden, die anders als in Italien ausbleibende Parlamentarisierung, das Übergewicht der monarchischen Exekutive, die darauf gegründete Macht des Reichskanzlers, zumal die Persönlichkeit des Amtsinhabers schon jetzt nur wenige, späterhin kaum noch Sympathien in der italienischen Öffentlichkeit gefunden hat⁶.

Sowohl in der Regierung wie in der rechtsliberalen Presse herrschte in dieser Zeit die Sorge vor, ein derartig übermächtiges, autoritär geführtes, innerlich diszipliniertes Deutschland werde sich in gar nicht so ferner Zukunft die Hegemonie über alle anderen Völker in der Mitte Europas, einschließlich der über die Italiener, anmaßen. Man

⁶ Einen der Gründe hierfür hat *Paolo Borella*, Der Fall La Marmora, in: Deutschlands Sonderung von Europa 1862–1949, hrsg. v. *Wilhelm Alff* (Frankfurt 1984) 29–52, nachgezeichnet.

erinnerte sich noch sehr genau an die ausgreifenden, wichtige Teile Italiens direkt und das ganze übrige Land indirekt miteinbeziehenden machtpolitischen Ideen der ersten deutschen Nationalversammlung 1848⁷. Weithin wurde befürchtet, daß nach der erfolgreichen kleindeutschen Nationalstaatsgründung demnächst der Anschluß wenigstens Deutsch-Österreichs und spätestens dann die Wiederaufnahme von Italiens Freiheit unmittelbar gefährdenden Traditionen des mittelalterlichen Reichs der Deutschen zu erwarten wäre. Auch aus solchen Besorgnissen heraus hatten die Forderungen Napoleons nach linksrheinischen Gebietsabtretungen in diesen Kreisen Anklang gefunden: als nötiger Gewichtsausgleich im europäischen wie italienischen Interesse bei einer prinzipiell nicht zu verhindernden deutschen Nationalstaatsgründung. Umso gefährlicher mußte nunmehr die deutsche Annexion des Elsass und Lothringens erscheinen, zumal in Italien die deutscherseits dabei vorgebrachten abstammungs- und kulturnationalen Begründungen nicht, wohl aber die machtpolitischen Motive recht klar begriffen worden sind. Selbst der aufrichtige Bewunderer Bismarcks und Fürsprecher der Rolle Preußens in der deutschen Nationalstaatsgründung Crispi wurde für den Moment unsicher und veröffentlichte seine Idee einer neutralisierten Pufferzone zwischen Deutschland, Frankreich und Italien, bestehend aus einem Alpenstaat (Savoyen, der Schweiz und Tirol) sowie einem selbständigen Elsaß-Lothringen⁸.

In den Umbrüchen und Aufregungen vom Sommer 1870 zum Frühjahr 1871 haben nur sehr wenige prominente Italiener der verbreiteten Ansicht widersprochen, das neue Reich der Deutschen würde die Traditionen des alten Reichs wiederaufnehmen, zumal diese Ansicht eng mit jener verbunden war, derzufolge der Anschluß Deutsch-Österreichs an den deutschen Nationalstaat bevorstünde – und damit der Anschluß Wiens, wo bis in die jüngste Vergangenheit solche Reichstraditionen gegenüber Italien gewissermaßen noch fortgeführt worden waren. Was in der regierungs-, ja, eigentlich staatstragenden nationalliberalen *Rechten*, bei den Erben Cavour's, die vielleicht größten Befürchtungen gegenüber der Reichsgründung verursachte, das bedeutete in den Reihen des papsttreuen italienischen Katholizismus aber gerade die größte Hoffnung nach dem Abzug der Schutzmacht Frankreich und nach der Einverleibung Roms durch den Einsatz militärischer Gewalt. Das Thema betraf also sowohl die außenpolitische Situation wie die innenpolitischen Verhältnisse, betraf auf beiden Ebenen die Stabilität des jungen italienischen Nationalstaats, welche weder den nationalen

⁷ Vgl. Günther Wollstein, Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49 (Düsseldorf 1977) 223–242; Umberto Corsini, Il problema tedesco nell'immagine italiana tra il 1848 e il 1870, in: Deutsche Italienbilder und italienische Deutschlandbilder (wie Anm. 3), 129–167.

⁸ Allerdings wäre damit ja auch das mazzinianische Ziel der Auflösung der Habsburger Monarchie wenigstens zum Teil erreicht, zugleich auch die in der Linken schmerzlich empfundene Abtretung Nizzas und Savoyens an Frankreich (1860) halbwegs rückgängig gemacht worden. 1878 hat Crispi wieder ganz in die radikal-nationalistischen Vorstellungen zurückgefunden und Bismarck mit dem Vorschlag erstaunt, ein Kriegsbündnis gegen Österreich zu schließen, dieses niederzuwerfen und zu zerlegen und mit den deutschen und italienischen Stücken beide Nationalstaatsgründungen abzuschließen. Vgl. Rudolf Lill, Crispi e la Germania, in: *La politica italiana ed europea di Francesco Crispi*, hrsg. v. der Società siciliana per la storia patria (Palermo 1987) 119–130.

Eliten noch ihren Gegnern schon auf Dauer für gründlich gesichert galt. Es provozierte umso heftigere Emotionen und Meinungsbekundungen. Und umso schwerer fiel es, jenseits von historischen Reminiszenzen, vorurteilsbelasteten Schlußfolgerungen, von Besorgnissen und entgegengesetzten Hoffnungen, den Blick auf das Selbstverständnis des neuen Deutschen Reiches, genauer gesagt: auf die Festlegungen Bismarcks und der jetzt bestimmenden administrativen, politischen und sozialen Eliten freizubekommen.

Ganz früh hat sich der italienische Gesandte in Berlin, Graf Edoardo de Launay, gegenüber der eigenen Regierung vehement für eine nüchterne Ansicht eingesetzt und das italienische Interesse an einem deutschen Nationalstaat hervorgehoben – weil es nach seiner Meinung gar keine konfliktträchtigen Berührungspunkte zwischen Italien und dem neuen Deutschland geben könnte, weil ein Anschluß Deutsch-Österreichs in Deutschland selbst gar nicht gewollt würde, weil der neue Staat das europäische Gleichgewicht keineswegs zerstören, sondern im Gegenteil als starke Macht in der Mitte zwischen den bisher übermächtigen Franzosen und Russen neuartig sichern werde, deshalb als neuer Faktor europäischer Friedenssicherung zu begrüßen wäre, weil schließlich gerade für Italien die Finanz- und Wirtschaftskraft Deutschlands wichtig werden könnte. Allmählich gewannen derartige Perspektiven an Raum, bestätigt etwa durch Kaiser Wilhelms Absage an die universalen Traditionen des alten Reichs in seiner Thronrede zur Eröffnung des ersten Reichstags am 21. März 1871, durch die entsprechenden Deklamationen der Nationalliberalen in der *Adreßdebatte*, am meisten offensichtlich mit der Aufnahme des *Kulturkampfes* seitens Bismarcks und der Nationalliberalen. Aber ein mehr oder minder deutlich artikuliertes Unbehagen blieb vielerorts, in der Folge vorwiegend an den liberal-parlamentarischen Defiziten der Reichsverfassung und an der deutschen Verfassungswirklichkeit festgemacht – und dies gerade in der Auseinandersetzung mit dem kulturkämpferischen Vorgehen gegen Kirche und Katholiken, denn es widersprach allzu tief dem Grundsatz der italienischen Liberalen von der „freien Kirche im freien Staat“, so sehr ansonsten, wie gesagt, die Distanzierung des deutschen Staates vom Papsttum begrüßt worden ist⁹.

II.

Italienischerseits bedeutete der 1882 mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn geschlossene, zunächst noch geheimgehaltene Vertrag zum *Dreibund* im wesentlichen zweierlei: zum einen den Versuch der sechsten europäischen Macht, der kleinsten unter den großen europäischen Mächten, in Anlehnung an die führende Kontinentalmacht aus der in den späteren 1870er Jahren fühlbar gewordenen internationalen Isolation zu gelangen, zum anderen den auch in der Öffentlichkeit überwiegend befürworteten Versuch, in dieser Anlehnung Rückhalt für neue koloniale Anstrengungen in Konkurrenz mit Frankreich zu gewinnen. Letzteres ist doch ziemlich mißlungen.

⁹ Vgl. zu der in Anm. 3 genannten Studie von *Weiß* auch den im selben, von *Lill* und *Traniello* besorgten Band befindlichen Beitrag (27–56) von *Guido Verucci*. Antiklerikalismus und Laizismus in den Jahren des Kulturkampfes, bes. 49–55.

gen, ersteres aber nicht: Eben als Dreibundmitglied ist Italien ja sowohl für Frankreich wie für Rußland interessant geworden, wodurch sich seine Handlungsspielräume erweitern mußten und um 1900 tatsächlich wesentlich erweitert haben¹⁰. Hervorzuheben ist, daß die seit den frühen 1870er Jahren gesuchte Verbesserung der Beziehungen zu Wien nicht bloß die Funktion hatte, die Anlehnung an das Deutsche Reich zu ermöglichen, sondern wenigstens genauso Ausdruck der untergründig fortwährenden Sorge gewesen ist, Österreich-Ungarn könnte in seine nationalen Bestandteile zerfallen, das österreichische Deutschtum sich dann dem Deutschen Reich anschließen und Italien so schließlich an die 80 Millionen staatlich vereinte „Germanen“ direkt auf dem Rücken haben – mit absehbaren Konsequenzen für Italiens außenpolitische Bewegungsfreiheit und für das Mächtegleichgewicht in Europa überhaupt. Graf Robilant, einer der Architekten italienischer Außenpolitik vor der Jahrhundertwende, äußerte sich in bezug auf dieses Problemfeld im selben Sinne wie Visconti Venosta oder später Giolitti, um nur wenige zu nennen: Notfalls müßte Italien für Österreichs Existenz kämpfen. Deshalb hat die offizielle italienische Politik das ihr Mögliche getan, zumindest die Auswüchse des seit den späten 1870er Jahren aufkommenden Irredentismus zu unterdrücken, und hat ihn auch nach der Jahrhundertwende jedenfalls nicht unterstützt – unbeschadet der Auffassung, daß Österreich-Ungarn etliche „unerlöste“ italienische Gebiete preisgeben könnte, ohne wesentlich geschwächt zu werden. Außenminister Sidney Sonnino führte Italien 1915 mit in den Krieg gegen Österreich, um diese Gebiete zu gewinnen, aber er blieb wie andere führende Politiker bis an die Katastrophe Österreich-Ungarns heran von der Notwendigkeit überzeugt, den Vielvölkerstaat im Interesse Italiens gegenüber Pangermanismus und auch Panlawismus erhalten zu müssen. Ressentiments aus der Zeit des Kampfes um die italienische Unabhängigkeit brauchten dabei nicht aufgegeben und Freundschaft für Österreich mußte bei solcher realpolitischen Einsicht nicht empfunden werden. Noch weniger haben sich die für die Außenpolitik Verantwortlichen darum über starke antiösterreichische Stimmungen in der italienischen Öffentlichkeit getäuscht.

Die italienischen Urteile über das deutsche Reich und die Reichsdeutschen bewegten sich in den beiden Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Weltkrieges, insgesamt gesehen, zwischen den Extremen größter Bewunderung deutscher Leistungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, der sozialpolitischen Errungenschaften, rechtsstaatlicher Sicherheit und bürokratisch-administrativer Effizienz, Bewunderung der politischen Stabilität und Disziplin, der integrativen Wirkungen eines vergleichsweise weit entwickelten Volksschulsystems, endlich für die in italienischer Sicht auf all das fest gegründete äußere Macht einerseits *und* andererseits Besorgnissen eben wegen dieser immer noch wachsenden Machtstellung, allmählich lauter werdenden Aversionen gegen *Deutsches*, genährt offensichtlich gerade von einem Übermaß an Einflüssen

¹⁰ Vgl. nun besonders *Rinaldo Petri gnani*, *Neutralità e alleanza. La scelte di politica estera dell'Italia dopo l'Unità* (Bologna 1987) zum Abschluß des Dreibundvertrages (mit starker Berücksichtigung der Rolle der öffentlichen Meinung). Der folgende Gesichtspunkt wird m.E. von Petri gnani, Weiß u.a. wohl doch zu sehr vernachlässigt. Für die spätere Entwicklung vgl. *Michael Behnen*, *Rüstung – Bündnis – Sicherheit. Dreibund und informeller Imperialismus 1900–1908* (Tübingen 1985).

und Adaptionen deutscher Beispiele¹¹, sowie andauernder vorherrschender Distanzierung vom politischen System und „Militarismus“ des Kaiserreichs. Letzteres hat aber wohl nur in der demokratischen Publizistik das Deutschlandbild beherrscht und eine generell feindselige Grundhaltung geprägt, während sich liberale Kreise zumeist mit der Aussage begnügten, die Verfassung des Kaiserreichs taue eben für die Deutschen, niemals aber für Italiener, wie, dem widersprechend, einige Konservative, dann auch radikalnationalistische Autoren und Politiker meinten¹². Man sieht: Eine ziemlich einhellige italienische Idee des deutschen Nationalcharakters, bestimmt von politischer Disziplin oder, negativer ausgedrückt, von Autoritarismus und Untertänigkeit, manifestiert in der Reichsverfassung, konnte in recht verschiedene Stellungnahmen münden. Politisches Gewicht erlangten die demokratischen Verurteilungen der deutschen politischen Verfassung, der autoritären Herrschaftsstrukturen, des ursprünglich preußischen, nun deutschen „Militarismus“ allerdings in den heftigen Agitationen seit dem Sommer 1914 um Italiens Neutralität oder Kriegseintritt, bezogen jetzt auf passende Nachrichten zum Beispiel vom Lob des deutschen „Militarismus“ in Verlautbarungen deutscher Hochschullehrer, von den Untaten disziplinierter deutscher Soldaten in Belgien auf Befehl. Als die radikalen Nationalisten nach einigem Schwanken für den Kriegseintritt auf seiten der Entente zu agitieren begannen, da stellten sie die Kritik am deutschen kulturellen Einfluß in Italien in den Mittelpunkt, soweit ihre Agitation Deutschland betraf. Beide Distanzierungen zeitigten jetzt erst heftige Wirkung auch in der gesamten öffentlichen Meinung. Der bisher so weithin bekundete Respekt vor deutschen Tugenden, Leistungen und Errungenschaften hatte eben nur in erstaunlich geringem Maß Sympathien für Deutschland und die Deutschen hervorgerufen; fast wäre das Gegenteil zu vermuten¹³. Geringe Sympathien bedeuteten freilich auch noch längst nicht Deutschfeindlichkeit.

¹¹ Vgl. zu der in Anm. 3 angeführten Arbeit von *Romeo* auch *Karl-Egon Lönne*, *Relazioni tra la vita culturale della Germania e dell' Italia*, in: *Annali della Facoltà di Lettere ... di Napoli* 25 (1982/83) 231–243. Viele Anschauungspunkte bietet *Reiner Schulze* (Hrsg.), *Deutsche Rechtswissenschaft und Staatslehre im Spiegel der italienischen Rechtskultur während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts* (Schriften zur europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte 1, Berlin 1990). Zur selben Veröffentlichungsreihe liegt mir im Manuskript der sehr instruktive Aufsatz von *Otto Weiß*, *Das deutsche Modell. Grundlagen und Grenzen der Bezugnahme auf die deutsche Wissenschaft in Italien*, vor.

¹² Vgl. auch *Wilhelm Alff*, *Die Associazione Nazionale Italiana von 1910*, in: *ders.*, *Der Begriff Faschismus* (Frankfurt 1973) 51–95, 68f., 78f., 80–87.

¹³ Dies war die entscheidende Erkenntnis Paul Fridolin Kehrs, des Direktors des Deutschen Historischen Instituts in Rom, mitgeteilt in einem Brief an Bernhard Fürst von Bülow (Rom, 20. 11. 1914). Er ist ediert worden von *Alberto Monticone*, *Una lettera di P.F. Kehr al Principe di Bülow*, in: *QFIAB* 48 (1968) 309–345, 341–345 (mit einer guten Einführung zum Thema des deutschen kulturellen Einflusses in Italien vor 1915). Für die italienischen Auffassungen Deutschlands im Kontext der Interventionsdebatte 1914/15 bietet neben den in Anm. 3 genannten Studien von *Monticone*, *Romeo* und *Weiß* die Arbeit von *Josef Muhr*, *Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges* (Göttingen 1977) 11–58 viel mehr für unsere Fragestellung als *Alberto Monticone*, *Deutschland und die Neutralität Italiens 1914–1915* (Wiesbaden 1982, zuerst Bologna 1971). Ein differenziertes Bild der Haltung der großen politischen und gesellschaftlichen Strömungen und Gruppen zur Frage des Kriegseintritts vermittelt der Sammelband von *Renato Mieli* (Hrsg.), *Il trauma dell' intervento 1914/19* (Florenz 1968).

Der demokratische Interventionismus richtete sich in den Traditionen Garibaldis und Mazzinis ganz eindeutig gegen den sogenannten Völkerkerker Österreich-Ungarn. Italienische demokratische Freiwillige kehrten im Winter 1914/15 entrüstet aus Frankreich zurück, nachdem ihnen dort klar geworden war, daß starke französische politische Kräfte auf eine Zerlegung oder wenigstens massive Verstümmelung des deutschen Nationalstaats zielten. Indessen gab es eine Umschaltstation, in der sich sowohl der Österreich-Haß der demokratischen wie der Österreich-Haß der radikal-nationalistischen Interventionisten über die Auseinandersetzung mit dem Pangermanismus in antideutsche Ressentiments umgesetzt hat: Der schon erwähnte Kampf um „Erlösung“ der italienischen Bevölkerung in Österreich-Ungarn, insofern hier die Italiener mit Gegenangriffen zu tun bekommen hatten, an denen vorrangig *allddeutsch* orientierte Deutsch-Österreicher und Reichsdeutsche beteiligt gewesen waren¹⁴.

Trotz aller aufgeregten demokratischen und nationalistischen Agitation: 1915 ist Italien nicht aus antideutschen Motiven in den Krieg gegangen (die Kriegserklärung an das Deutsche Reich erfolgte erst ungefähr ein Jahr später in einer veränderten politisch-militärischen Gesamtsituation), sondern gegen die Habsburger Monarchie unter dem Druck der Entente-Mächte sowohl als auch verlockt von deren Angebot großer, zum Teil lang ersehnter territorialer Gewinne auf Kosten Österreich-Ungarns, welches sich zudem ja auch am leichtesten als Erbfeind Italiens und somit als der richtige Kriegsgegner darstellen ließ. Etliche kompetente zeitgenössische Beobachter waren sich sogar sicher, daß der zweifache antiösterreichische Interventionismus nur deshalb größeren, schließlich Regierung und Parlament mitreisenden Anhang in den politisierten Schichten des italienischen Volks hatte gewinnen können, weil allgemein geglaubt worden war, einen separaten Krieg gegen die Österreicher führen zu können, nicht aber gegen das Deutsche Reich antreten zu müssen. Dazu hätten die wenigen Interessengegensätze nicht hingereicht, noch weniger die vorhandenen, aber bei weitem nicht dominierenden Aversionen. Vielmehr würden gerade die verbreiteten Ansichten deutscher Übermacht, die Vorstellungen deutscher *militärischer* Disziplin und Härte, deutscher Perfektion von einem Kriegseintritt abgeschreckt haben.

III.

Alberto Monticone hat das Deutschlandbild der italienischen radikalen Nationalisten in der Phase der Neutralität 1914/15 als eine „Art Haßliebe“¹⁵ charakterisiert – verliebt in mit dem Deutschen Reich verbundene Ideen disziplinierter militarisierter äußerer Machtentfaltung, zugleich aber hassend, eben weil dieses deutsche Vor-Bild Vorbild war und Italien so weit davon entfernt scheinen mußte, es einholen zu können. Sie wollten in den Krieg auf der einen oder anderen Seite, um territoriale und koloniale Gewinne zu machen, und genauso, um die Italiener zu einer homogenen

¹⁴ Zum *Alldeschtum* im Nationalitätenkampf der späten Habsburger Monarchie vgl. kurz Umberto Corsini, Rudolf Lill, Südtirol 1918–1946 (Bozen 1988) 13–43.

¹⁵ Monticone, (wie Anm. 3), 281.

Nation, wie sie sie teils in der deutschen Nation sahen, teils in sie hineinprojizierten, zusammenzuzwingen.

Ihre „Haßliebe“, die extreme Ambivalenz ihrer Auffassung des Deutschen Reiches, hat sich dann gewissermaßen in Mussolini fortgesetzt. Anfang der 1920er Jahre, vor dem Marsch auf Rom, hat er ja Deutschland besucht, Kontakte zur nationalistischen Opposition geknüpft und einige Reflexionen in der *Gerarchia* über dieses geschlagene Reich und diese tief verwundete Nation unter der Last des Vertrages von Versailles (und St. Germain) veröffentlicht. Er schrieb da 1922: „Die Republik ist Maske, der Pazifismus ist Maske ... Deutschland ist pazifistisch, weil man ihm die Möglichkeit genommen hat, Krieg zu führen.“ Und etwas später: „Das Deutschland von morgen, dicht bevölkert und weiter wachsend, voller Ressentiments und getrieben von alten, nie verschwundenen Träumen, wird die Schicksalsfrage Europas sein.“¹⁶ Manche ähnliche Äußerung bis hin zur Machtergreifung der Nationalsozialisten ließe sich dem zugesellen. Dabei war diese Ansicht alles andere als originell. Anfang der 1920er Jahre haben u. a. Giolitti, der Kommunist Togliatti oder der Vordenker der *Associazione Nazionale* Alfredo Rocco ziemlich dasselbe gesagt. Hinsichtlich der praktischen politischen Konsequenzen aber kam es eben auf den Duce des Faschismus und Ministerpräsidenten an. Aufgrund etlicher entsprechender Verlautbarungen konnte Botschafter Neurath dann schon im Dezember 1924 zusammenfassend nach Berlin berichten: „Maßgebend für die Politik Mussolinis ist die Überzeugung von der Lebenskraft Deutschlands und seiner schnellen Wiedererstarkung.“¹⁷

Mussolini hat bekanntlich versucht, diese festgestellte Unvermeidlichkeit machtpolitisch für das faschistische Italien zu nutzen, aber zugleich auch die mit einem Wiederaufstieg des Deutschen Reiches einhergehende mögliche Gefährdung der gestärkten italienischen Nachkriegsposition zu vermeiden. Letzteres verlangte vor allem die Verhinderung eines Anschlusses des 1918/19 übriggebliebenen Deutsch-Österreichs an den deutschen Nationalstaat, also die Erhaltung eines Pufferstaates zwischen Italien und dem früher wirklich, augenblicklich potentiell so vergleichsweise mächtigen Deutschland. Damit wurde im Rahmen des Möglichen an die oben skizzierten, von Robilant, Giolitti, Sonnino ausgezogenen Linien angeschlossen, nur daß jetzt es dabei obendrein um die Sicherung des größten Kriegsgewinns, der Brennergrenze und Südtirols mit seiner Viertelmillion Tiroler deutscher Nationalität gehen mußte. Ersteres führte indessen zur Verfolgung jener Politik, welche Renzo De Felice mit einem Begriff Dino Grandis, des italienischen Außenministers von 1929 bis 1932 und nachmaligen Botschafters in London, als Politik des „*peso determinante*“, des „entscheidenden Gewichts in den Waagschalen“ der europäischen Machtverhältnisse bezeichnet hat. Vor dem *Faschistischen Großrat* entwickelte Grandi im Oktober 1931 die außenpolitische Strategie für die nächsten zehn Jahre, wobei ein neuer schwerer deutsch-französischer Konflikt und eine daraus resultierende europäische Krise als sicher bevorste-

¹⁶ Zit. nach Jens Petersen, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933–1936 (Tübingen 1973) 8; vgl. besonders Renzo De Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti 1922–1933 (Florenz 1975).

¹⁷ Zit. nach Petersen, (wie Anm. 16), 9; vgl. auch Mubr, (wie Anm. 13), 187, 197 und Alff, (wie Anm. 12), 92.

hend unterstellt wurden: „Wir gehören noch nicht zu den Hauptakteuren in Europa, aber die Hauptakteure können nicht ohne uns handeln. Italien ist berufen, über Sieg oder Niederlage zu entscheiden [...]. Wir müssen mit allen und gegen alle sein [...]. Es geht darum, daß wir uns im rechten Moment von der einen oder anderen Seite sehr teuer bezahlen lassen.“¹⁸

Das klang faschistisch-aggressiv und war auch so gemeint; und der versuchte Vollzug dieses Konzepts würde mit beitragen zur Zerstörung der Reste des alten Europa. Aber es war auch der Versuch, jene weitgehende außenpolitische Handlungsfreiheit der beiden Jahrzehnte vor 1915 zurückzugewinnen, um welche Italien eben durch die Niederlage der Mittelmächte und besonders durch die Schwächung und Fesselung der Großmacht *Deutsches Reich* gekommen war. Es finden sich etliche Äußerungen wie die des Karrierediplomaten Raffaele Guariglia: Mussolini müsse die „für uns traditionell vorteilhafte Möglichkeit des Oszillierens“¹⁹ wiedererlangen. Guariglia war ein vorzüglicher Mitarbeiter in der vom Duce schon seit 1927, zunächst untergründig, verfolgten „Revisionspolitik“, welche die Geschlagenen von 1918 schneller auf die Beine bringen und damit die erwirkte europäische Konfliktlage rascher herbeiführen sollte. In ihrem Rahmen ist auch die deutsche Rechte unterstützt worden, lange zum wenigsten indessen Hitler und die NSDAP.

Nun soll nicht weiter auf Scheinerfolge, Illusionen und Scheitern der Politik des „entscheidenden Gewichts in den Waagschalen“ eingegangen werden – ein schrittweises Scheitern, welches zusammen mit ideologischen Radikalisierungen Mussolinis in einer zweiten Welle des Faschismus den Handlungsspielraum der Außenpolitik des faschistischen Italiens zwischen den Westmächten und dem *Deutschen Reich* Hitlers von 1936 bis 1940 Zug um Zug reduziert und immer enger an Deutschland herangeführt hat, auch wenn ein Frontwechsel bis in das Jahr 1940 hinein noch möglich blieb. Aus diesem Zusammenhang seien lediglich einige wenige, hier besonders interessante Punkte hervorgehoben.

Bezeichnend war erstens die Unfähigkeit, 1938 Österreichs Unabhängigkeit gegen Hitlers Zugriff zu wahren, obwohl damit eingetreten war, wovon der frühere Staatssekretär Fulvio Suvich seit Beginn der Annäherung an Deutschland immer gewarnt hatte: 80 Millionen Deutsche vereint an Italiens Nordgrenze, und wovon Außenminister Ciano genau wußte, daß danach Italien für die Westmächte an Interesse verlieren mußte. Der Zorn über den Verlust verschaffte sich Luft in der Ausmalung der Idee, die Deutschen könnten demnächst auch Südtirol heim ins Reich holen wollen, egal, was Hitler versichern mochte. Ciano notierte etliche Ausbrüche des Duce, darunter etwa im April 1938: Wenn die Deutschen „daran denken, den Grenzstein auch nur um einen Meter zu versetzen, sollen sie wissen, daß das nicht ohne einen harten Krieg abgehen kann, in welchem ich die ganze Welt gegen den Germanismus zusammen-

¹⁸ Zit. nach *Renzo de Felice*, Beobachtungen zu Mussolinis Außenpolitik, in: *Saeculum* 24 (1973) 313–345, 320.

¹⁹ *Raffaele Guariglia*, *Ricordi 1922–1946* (Neapel 1949) 82.

führen werde. Und wir werden Deutschland wenigstens für zwei Jahrhunderte niederwerfen.“²⁰

Am Ende verständigte sich die faschistische mit der nationalsozialistischen Führung im Umfeld der Unterzeichnung des „Stahlpaktes“ darauf, die deutschen Südtiroler zur „Option“ entweder für die Heimat und zum Bekenntnis zu Italien oder für ihre Nationalität und darum zur Umsiedlung ins Reich (und seinen Herrschaftsraum) zu zwingen.

Bezeichnend war zweitens, daß die Annäherung an das Deutsche Reich und deren politisch-ideologische Symptome: so vor allem die Rassengesetze von 1938 oder, als vergleichsweise Kleinigkeit, auch die Einführung des preußischen Stechschritts, von Anfang an unpopulär gewesen sind. Mussolinis Abschluß des *Stahlpakts* und schließlich seine Entscheidung zum Krieg an der Seite Deutschlands ließen die Mitte der 1930er Jahre sehr breite Zustimmung der Italiener zum Regime und dessen Politik schon deutlich abbröckeln. In der Zeit der sogenannten Nichtkriegsführung hören wir von spontanen Sympathiebekundungen ausschließlich zugunsten der Opfer deutscher Aggression und Politik, zugunsten der Polen, dann der Finnen, schließlich für Briten und Franzosen. Und anders als 1915 gab es keine Kriegsbegeisterung, anders als 1917 im Sommer 1943 keinerlei Entschlossenheit, dem Eindringen des offiziellen Kriegsgenegers entgegenzutreten. Der größte Teil der Italiener fühlte sich offensichtlich von Anfang an in einem unsinnigen Krieg und das auch noch auf der falschen Seite. Diese Distanziertheit reichte ebenfalls von Anfang an hinauf in die höchsten Kreise der alten und der faschistischen Eliten. Beides, der sogenannte Stahlpakt und erst recht der Kriegseintritt, war auf Widerspruch und hinhaltenden Widerstand in traditionsbewußten Kreisen um den eher deutschfeindlichen König, in der militärischen Führung, in der Diplomatie und bei Faschisten wie Grandi und Ciano gestoßen. Im Juli 1943 würden sie zusammen einen Mussolini stürzen, der nicht mehr dazu fähig war, das schon so hart geschlagene Italien aus dem deutschen nationalsozialistischen Krieg herauszuziehen.

Die *Resistenza* gegen die dem Sturz des Duce und Italiens Waffenstillstand folgende deutsche Besatzungsherrschaft kann gewiß nicht allein in den hier interessierenden Perspektiven verstanden werden. So ist sie nicht nur nationaler, von den Kommunisten bis zu den Konservativen das Volk vereinender Befreiungskrieg gewesen, sondern in hohem Maße auch ein Bürgerkrieg, der über Bekämpfung und Verfolgung von italienischen Kollaborateuren der deutschen Besatzungsmacht doch weit hinausgegangen ist. Aber die antideutschen in den antinationalsozialistischen Motiven sind auch nicht zu vernachlässigen. Die Idee des „wiedergefundenen Feindes“²¹, übersetzt

²⁰ Galeazzo Ciano, Tagebücher 1937/38 (Hamburg 1949) 153: Eintragung zum 24. April 1938. Zum Folgenden Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Hrsg.), Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5, Innsbruck 1989); Rudolf Lill (Hrsg.), Die Option der Südtiroler 1939 (Bozen 1991).

²¹ So eine Kapitelüberschrift bei Claudio Pavone, Una guerra civile. Saggio storico sulla moralità nella Resistenza (Turin 1991) 206–220. Vgl. dazu Jens Petersen, Der Ort der Resistenza in Geschichte und Gegenwart Italiens, in: QFIAB 72 (1992) 550–571.

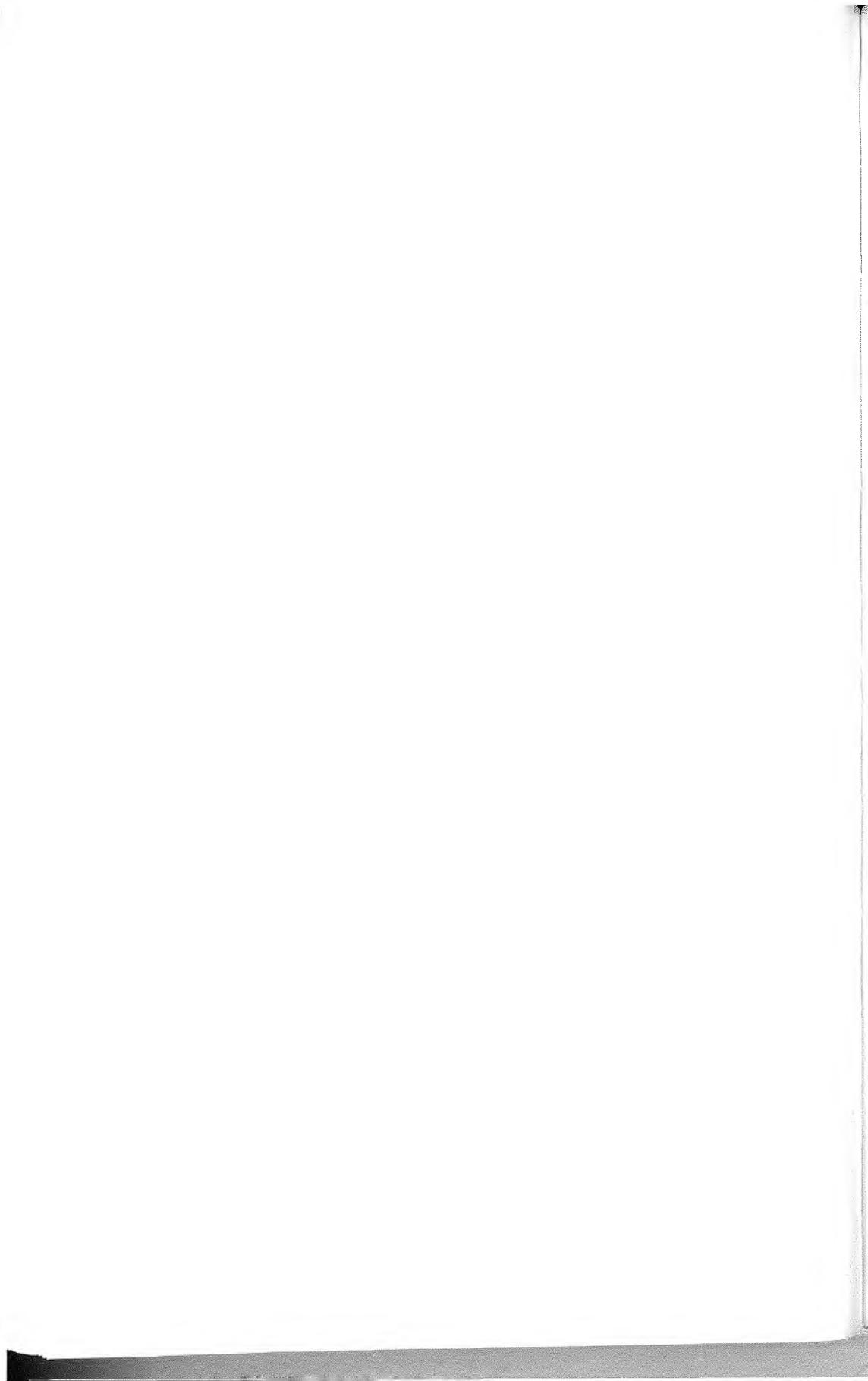
in Parolen gegen die *Hunnen* und *Teutonen*, also im Rückbezug auf ältere und älteste Aversionen und Ängste, gehörte sicherlich zu den wesentlichen Faktoren in der Mobilisierung von in diesem Krieg bis dahin unerhörter massenhaft-freiwilliger italienischer Kampf- und Opferbereitschaft. Mit mehr als 250 000 Partisanen insgesamt und 50 000 Toten zwischen 1943 und 1945 ist die *Resistenza* ja die größte Widerstandsbeziehung in Westeuropa gewesen. Betrachtet man solche Ideen und Emotionen, solches Engagement, solche Opfer und weiß dazu um die Bedeutung der *Resistenza*, mag sein, ihrer Mythologisierung, für das Selbstverständnis Nachkriegsitaliens, dann wird man vielleicht glücklich sein darüber, daß die Last dieser Geschichte im vergangenen halben Jahrhundert nicht viel häufiger offen zutage getreten ist.

IV.

Gibt es durchgängige Linien im italienischen Urteil über das Deutsche Reich? Die Frage kann bei aller gebotenen Vorsicht im Umgang mit einem derartig schwierigen Thema sowie wegen des Fehlens von detaillierten Studien zu zahlreichen wichtigen Aspekten und großen Phasen italienisch-deutscher Begegnung zwischen 1871 und 1945 wohl doch bejaht werden. Monticones Charakterisierung der italienischen Auffassung Deutschlands und der Deutschen als ‚hochachtungsvolle Furcht‘ scheint einen ersten Zugang zu bieten, wobei es weniger auf die Worte ankommt als auf die zwischen ihnen bestehende Spannung. Hochachtung, Respekt, manchmal Bewunderung für zahlreiche Leistungen und Errungenschaften der Deutschen in ihrem Nationalstaat, für dessen Stabilität und Stärke begegnen durch die gesamte Zeit, Achtung auch für in Italien für allgemein gehaltene Seiten des deutschen Nationalcharakters wie Pflichtbewußtsein, Disziplin, Perfektionismus, Fleiß und dergleichen – Zuschreibungen, welche in Italien immer noch vorherrschen und sich trotz zunehmender andersartiger Beobachtungen offenbar kaum entkräften lassen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite sehen wir oft kaschierte, gelegentlich heruntergespielte, aber immer wieder hervortretende Sorgen und gar Ängste vor der deutschen Macht in Europa und demzufolge auch Aversionen gegenüber jenen nationalen Eigentümlichkeiten und nationalstaatlichen perfekten Errungenschaften, welche in Italien mehr als die Lage und die Volkszahl Deutschlands eben für die Grundlagen solcher Macht, ja Übermächtigkeit gehalten wurden (und werden). Hochachtung und Respekt begründen ohnehin nur selten wirkliche Sympathie, zumal dann nicht, wenn die für sich respektierten Eigenschaften mit anderen als gefährlich empfundenen einherzugehen scheinen. Disziplin beispielsweise erscheint dann als Autoritarismus und Untertänigkeit, Fleiß als mangelnde Lebensfreude, Perfektion als eine Art Unmenschlichkeit.

Die italienischen Sorgen vor der Macht Deutschlands und der Deutschen indessen betrafen vielleicht weniger die tatsächliche wirtschaftliche, politische und militärische Kraft des Deutschen Reichs. Es gab andere große europäische Mächte, denen solche Sorgen nur selten und jedenfalls nicht durchgängig gegolten haben. Diese italienischen Sorgen galten möglicherweise viel mehr dem Umgang der Deutschen, der

deutschen politischen Eliten, mit ihrer Machtfülle. Immer wieder begegnete die Ansicht, in Deutschland fehle es an europäischem Bewußtsein, an der Bereitschaft, sich in europäische Ordnungen und Traditionen einzuordnen, die deutsche Macht höheren als rein nationalen Zwecken verpflichtet zu sehen.



Edgar Hösch

Südosteuropäische Urteile über das Deutsche Reich¹

Auf die Frage, wie die Entwicklung des Deutschen Reiches von Bismarck bis Hitler im jeweiligen zeitgeschichtlichen Kontext in den Ländern Südosteuropas erfahren und beurteilt worden ist, darf man keine einfachen und pauschalen Antworten erwarten. Als eigenständige politische Größe ist das Deutsche Reich im Erfahrungshorizont der verantwortlichen Politiker in Südosteuropa erst relativ spät aus dem Windschatten der österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgetreten. Ein einmütiges Urteil verhinderte zudem schon aus rein pragmatischen Gründen die wechselnde Interessenslage der einheimischen Machteliten.

Für die Balkanvölker war die aktive Mittlerrolle eines Deutschen, wie sie Reichskanzler Bismarck bei der diplomatischen Beilegung der großen Orientkrise 1878 auf dem Berliner Kongreß in Anspruch nahm, eine völlig neue historische Erfahrung. Die Tatsache an sich, daß über ihr Schicksal an einem fernen Ort und häufig ohne ihr Zutun entschieden wurde, war für sie kein ungewöhnlicher Vorgang. Während der langwierigen Emanzipationsphase hatten sie sich alle an den Gedanken gewöhnen müssen, die osmanische Fremdherrschaft nicht aus eigenen Kräften ablösen zu können. Sie blieben trotz heroischer Anstrengungen in den verlustreichen Aufständen auf den diplomatischen Beistand und die massive Militär- und Finanzhilfe befreundeter christlicher Mächte angewiesen. Auch nach den Epochenjahren 1878 bzw. 1918, als der Weg zur Eigenstaatlichkeit endgültig geebnet war, zwangen ungeklärte Grenzfragen und wachsende Absatzschwierigkeiten bei den heimischen landwirtschaftlichen Produkten immer wieder zu Rücksichtnahmen auf die jeweiligen machtpolitischen Gegebenheiten in Europa.

Die offenkundigen Rivalitäten unter den europäischen Staaten boten immer wieder eine willkommene Möglichkeit, sich mehrere Optionen offenzuhalten und je nach Sachlage auch die Fronten zu wechseln. Die natürlichen Verbündeten im Türkenkampf hatten die Balkanvölker bislang vornehmlich bei den unmittelbaren Anrainern, am Zarenhof in St. Petersburg und im kaiserlichen Wien, gesucht und gefunden. Die beiden um die Gunst der Balkanvölker konkurrierenden Randstaaten waren keineswegs selbstlose Helfer. Sie haben sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts massiv in die inneren Angelegenheiten der Balkanvölker eingemischt und ihre Interessen durch

¹ Bei der Materialsammlung waren mir Teilnehmer eines Hauptseminars im Wintersemester 1992/93 behilflich. Besonderen Dank schulde ich für wertvolle Quellenhinweise Frau Katrin Vökl, M.A. und Herrn Ilia Iliopoulos.

dauerhafte Klientelverhältnisse abzusichern gesucht. Das Deutsche Reich spielte in diesem Konkurrenzkampf zunächst nur eine sehr marginale Rolle. Gerade Bismarck wurde ja nicht müde, in seinen öffentlichen Verlautbarungen das Desinteresse an den Balkanhändeln zu bekunden. Weder Preußen noch Deutschland konnten aus naheliegenden geographischen Gründen Expansionsabsichten hegen.

Die deutsche Politik ist seit der Reichsgründung auf der Balkanhalbinsel vornehmlich im Schlepptau Wiens aufgetreten. Daß sie dabei die – zugegebenermaßen beschränkten – eigenen Zielsetzungen nicht gänzlich vernachlässigte, läßt sich in vielen Detailfragen den diplomatischen Akten entnehmen. Der spätere Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow hatte seit 1888 als Botschafter in Bukarest vor Ort konkrete diplomatische Erfahrungen sammeln können, als er der rumänischen Regierung Bismarcks hartnäckiges Beharren auf Zugeständnisse in der Eisenbahnfrage zu vermitteln hatte. Das unverhohlene Interesse deutscher Industrie- und Finanzkreise, in Südosteuropa Fuß zu fassen und sich für die Zukunft lukrative Absatzmärkte zu erschließen, bot wirksame Anknüpfungspunkte für wirtschaftliche und diplomatische Arrangements zu beiderseitigem Nutzen. Gerade deswegen lag es für einzelne Balkanstaaten nahe, mehr als bisher die deutsche Karte zu spielen und den direkten Draht nach Berlin zu suchen. Vorrangige Zielsetzung war es dabei, über deutsche Vermittlung mäßigend auf vermeintliche oder tatsächliche weiterreichende Balkanambitionen des österreichisch-ungarischen Partners einzuwirken² und sich gegenüber einem neuerlichen Vordringen Rußlands abzusichern. Die Annäherungsversuche fanden ihren Niederschlag in den Handels- und Zollabkommen der Jahrhundertwende und in den oft schwierigen Anleiheverhandlungen, zu denen sich alle Balkanstaaten zum Ausgleich ihrer chronisch defizitären Haushalte gezwungen sahen.

Unter diesen Voraussetzungen formte sich in den neuen politischen Führungsschichten der südosteuropäischen Staaten ein Deutschlandbild, dessen markante Konturen sich mehr aus der funktionalen Bedeutung des deutschen Faktors im innerbalkanischen Kräftespiel herleiteten als aus einer unvoreingenommenen Kenntnisnahme der Vorgänge im Deutschen Reich. Dieses pragmatische Verhältnis zu Deutschland und zu den Deutschen löste eine eher unpolitische Wechselbeziehung ab, die jahrhundertlang ganz von den kulturellen Kontakten bestimmt war³.

Die traditionellen Verbindungen der Balkanvölker zum deutschen Sprachraum liefen vornehmlich über den Wiener Hof. Bis zum 18. Jahrhundert spielte dabei eine Differenzierung zwischen den „Deutschen“ und den „Österreichern“ keine nennenswerte Rolle. Der Kaiser in Wien wurde als „deutscher“ Kaiser gesehen. An lebensna-

² Von Deutschland erwarteten z. B. die Rumänen Unterstützung in Wien und Budapest, um die aggressive Nationalitätenpolitik in Siebenbürgen abzumildern, vgl. *Pavel Teodor*, Die rumänische Nationalbewegung in Siebenbürgen und Deutschlands Südosteuropapolitik am Ende des 19. Jahrhunderts, in: *Revue roumaine d'histoire* 15 (1976) 483–491.

³ Vgl. *Fritz Valjavec*, Die Völker Südosteuropas und die Deutschen, in: *ders.*, Ausgewählte Arbeiten, hrsg. v. *Karl August Fischer* und *Mathias Bernath* (Südosteuropäische Arbeiten 60, München 1963) 116–128; vgl. auch *Klaus-Detlev Grothusen*, Deutschland und Südosteuropa 1871–1945. Zwischen Gegnerschaft und Partnerschaft, in: *Oskar Anweiler*, *Eberhard Reißner*, *Karl-Heinz Ruffmann* (Hrsg.), Osteuropa und die Deutschen. Vorträge zum 75. Jubiläum der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (Osteuropaforschung 25, Berlin 1990) 247–287.

heren eigenen Erfahrungen im Umgang mit Deutschen hatte es schon im Mittelalter nicht gefehlt. Sie wurden vermittelt durch das eher zufällige Zusammentreffen mit durchziehenden Kreuzrittern und Diplomaten oder mit Reisenden in Handelsgeschäften aus deutschen Landen. Der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung in Südosteuropa brachte vor allem die unmittelbare Begegnung mit „mitwohnenden“ deutschen Siedlergruppen und später mit Kriagsleuten in den kaiserlichen Heeren ein vages Deutschlandbild nahe. Deutsche Kolonisten hatten sich schon seit dem Hochmittelalter auf der Balkanhalbinsel niedergelassen. Wir finden sie als bäuerliche Siedler im gesamten Karpatenraum, als Handwerker in den ungarischen und kroatischen Städten und als Fachkräfte in den innerbalkanischen Bergwerkssiedlungen. Nach den erfolgreichen Türkenkriegen der Habsburger hatte die gezielte Peuplierungspolitik des Wiener Hofes in den neuerworbenen Territorien (den sog. *Neoacquisitica*) Scharen von deutschen Neusiedlern vornehmlich nach Südungarn (Baranya, Batschka, Banat) gebracht. Daß aus dieser Zeit den Deutschen in den gängigen Fremden- und Feindbildern der einheimischen Bevölkerung positive und negative Klischees zugeschrieben werden, wie übrigens auch den Balkanvölkern aus deutscher Sicht bestimmte charakteristische Wesenszüge anhaften, bedarf keiner weiteren Erörterung⁴. Die deutsche Tüchtigkeit und Sparsamkeit, das „schwäbische Sitzfleisch“⁵, sind in diesem Zusammenhang auch im Balkanraum sprichwörtlich geworden. Aber in das Lob der „Sachsen“ und der „Schwaben“ mischten sich häufig durchaus auch negative Untertöne. Insbesondere die unverkennbare Sonderstellung deutscher Siedlergruppen wurde zu einem Stein des Anstoßes. Im Zeitalter der nationalstaatlichen Bewegungen erwachsen daraus in den ethnischen Mischgebieten erhebliche Spannungen.

In den neuerrichteten Balkanstaaten Griechenland, Rumänien, Bulgarien und zuletzt auch in Albanien waren es schließlich deutschstämmige Monarchen mit ihrem teilweise aufwendigen Hofstaat, die im 19. Jahrhundert deutsche Präsenz in augenfälliger Weise zur Schau stellten. Als potentielle Interessenvertreter Deutschlands waren sie allerdings im politischen Alltagsgeschäft nur bedingt tauglich. Sie hatten sich des ständigen latenten Verdachtes zu erwehren, ihre Stellung für eine fremde Macht zu mißbrauchen und waren daher aus innenpolitischen Rücksichtnahmen im politischen Alltagsgeschäft zu äußerster Zurückhaltung gezwungen. In seinem Schreiben vom 7./19. 7. 1870 an den preußischen König verwies der Hohenzoller auf dem rumänischen Fürstenthron Carol I., der angesichts des deutsch-französischen Krieges sich in einer betont frankreichfreundlichen Umgebung völlig isoliert sah, auf seine mißliche Lage: „Je me vois forc e de m'imposer la plus rigoureuse réserve en présence d'un peu-

⁴ Dazu aus  sterreichischer Sicht *Arnold Suppan*, Der Nachbar als Freund und Feind. Wechselseitige Geschichtsbilder und nationale Stereotypen im s udslawischen und  sterreichischen Bereich, in:  sterreichische Osthefte 29 (1987) 295–322. Vgl. auch *Mechtbild Golczewski*, Der Balkan in deutschen und  sterreichischen Reise- und Erlebnisberichten 1912–1918 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 16, Stuttgart 1981) und *Klaus Heitmann*, Das Rum nenbild im deutschen Sprachraum 1775–1918. Eine imagologische Studie (Studia transylvanica 12, Köln, Wien 1985).

⁵ *Josef Matl*, Die Bezeichnung und Wertung fremder Völker bei den Slaven, in: Festschrift für Max Vasmer zum 70. Geburtstag (Wiesbaden 1956) 293–306, zu den Deutschen 297–298.

ple latin que ses sympathies entraînent facilement vers ses congénères.“⁶ Für Bismarck waren die deutschen Potentaten ohnehin keine verlässlichen Ansprechpartner in nationalen Belangen. „Die verwandtschaftlichen Beziehungen der regierenden Häuser zueinander geben den Massengewichten der großen Nationen gegenüber keinen Ausschlag; nicht einmal in den deutschen Kriegen von 1866 und deren Folgen sind sie von Einfluß gewesen.“⁷ Mit Rücksicht auf Rußlands Orientinteressen hatte er konsequenterweise dem Coburger Ferdinand dringend von einer Annahme des bulgarischen Thronangebotes abraten lassen⁸ und auf dessen Klage über das geringe Entgegenkommen schroff notiert: „Was geht uns Bulgarien an? Der Prinz und die Bulgaren sind für das Reich sans conséquence, Rußland aber wichtig.“⁹

Aus eigener Anschauung kannten unter den Balkanvölkern Deutschland bzw. das Deutsche Reich nur einzelne Vertreter der gesellschaftlichen Oberschichten, Handelsreisende und Adepten deutscher Lehranstalten. Seit dem 18. Jahrhundert waren die deutschen Universitäten beliebte Ziele bildungshungriger Studenten¹⁰. Häufig wurden sie anfangs auch nur als Zwischenstationen auf dem weiteren Wege nach Frankreich aufgesucht. Vor allem die kaiserliche Residenzstadt Wien zog neben dem Bildungs- und Druckzentrum Ofen-Pest die Balkanslawen und die slowakische und rumänische Intelligenz in ihren Bann. Wien wurde nicht zufällig zur Geburtsstätte der modernen Balkankunde und zum Zentrum der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Balkansprachen. Neben Wien und Graz entwickelten sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts deutsche Universitätsstädte wie Leipzig, Heidelberg, Marburg (für die protestantischen Studierenden aus Südosteuropa), München¹¹ und schließlich Berlin¹² zu wichtigen Begegnungs- und Studienorten südosteuropäischer Studierender¹³. Der

⁶ *Beatrice Marinescu, Șerban Rădulescu-Zoner, Le peuple roumain et la guerre franco-prussienne de 1870–1871*, in: *Revue roumaine d'histoire* 10 (1971) 329–342, hier 334.

⁷ Erlaß 83 nach Bukarest vom 22. 3. 1889, zitiert nach *Udo Haupt, Die Rumänienpolitik Deutschlands und Österreich-Ungarns vom Rücktritt Bismarcks bis zum Ausbruch des ersten Balkankrieges (1890–1912)* (Diss. Würzburg 1976) 12, Anm. 2.

⁸ *Joachim v. KönigsLöw, Ferdinand von Bulgarien. Vom Beginn der Thronkandidatur bis zur Anerkennung durch die Großmächte 1886 bis 1896* (Südosteuropäische Arbeiten 69, München 1970) 47f.

⁹ A.a.O. 56.

¹⁰ *Wegenetz europäischen Geistes II. Universitäten und Studenten. Die Bedeutung studentischer Migrationen in Mittel- und Südosteuropa vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, hrsg. v. *Richard Georg Plaschka, Karlheinz Mack* (Wien 1987).

¹¹ *Emanuel Turczynski, München und Südosteuropa*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas. Gedenkschrift für Wilhelm Gülich* (Südosteuropa. Schriften der Südosteuropa-Gesellschaft 2, München 1961) 321–413 und *Gerhard Grimm, Die Rolle der Universität München im geistigen Austausch mit den Ländern Südosteuropas zwischen 1826 und 1914*, in: *Wegenetz europäischen Geistes*, hrsg. v. *Richard Georg Plaschka, Karlheinz Mack* (Wien 1983) 239–249.

¹² Vgl. *Gabriella Schubert, Berlin und Südosteuropa*, in: *Berlin und Osteuropa. Ergebnisse einer Vortragsreihe*, hrsg. von *Klaus Meyer* (Berlin 1991) 177–209.

¹³ *Virginia Paskaleva, Bulgarische Studenten und Schüler in Mitteleuropa in den 40er bis 70er Jahren des 19. Jahrhunderts*, in: *Wegenetz europäischen Geistes II. Universitäten und Studenten*, hrsg. v. *Richard Plaschka, Karlheinz Mack* (Wien 1987) 57–66 und *Dan Berindei, Rumänische Studenten im Ausland und die Entstehung des modernen Rumänien im 19. Jahrhundert*, a.a.O. 83–100.

bekannte serbische Literaturhistoriker und Kulturkritiker der Jahrhundertwende Jovan Skerlić (1877–1914) hielt es der serbischen Intelligenz zugute, „daß sie das Wissen des Westens und die moderne Zivilisation nicht über die trüben Quellen von Budapest und Wien bezog, wie es bei der serbischen Intelligenz in Österreich-Ungarn der Fall war, sondern direkt aus reinen Quellen, aus erster Hand, aus Deutschland und vorwiegend aus Frankreich“¹⁴.

Germanophile Einstellungen waren deshalb in den gebildeten Kreisen in Südosteuropa weit verbreitet, ohne die traditionell frankophile Ausrichtung des öffentlichen Lebens zu stören. Der rumänische Außenminister Kogălniceanu, der 1837 zum Studium nach Berlin gekommen war und u. a. Vorlesungen bei Ranke und Savigny gehört und die Bekanntschaft mit Alexander von Humboldt gemacht hatte, bekannte noch im hohen Alter in einer Rede vor der Rumänischen Akademie der Wissenschaften von sich: „Ja, meiner zweiten Mutter, der Universität Friederica Wilhelma, dem Beispiel der Vaterlandsliebe, die ich in allen adligen wie bürgerlichen Kreisen fand, verdanke ich meine Liebe zu meinem rumänischen Vaterlande sowie den freien Geist, der mich bei allen Taten meines Lebens beseelt hat.“¹⁵ Beeindruckt hatte ihn in der Berliner Gesellschaft vor allem die starke Verbundenheit mit der nationalen Idee. „Das damalige Berlin hat sich den Namen ‚Deutschlands Athen‘ erworben und durch die Vaterlandsliebe, durch die Klugheit und die große völkische Bewegung, die in allen Gesellschaftsschichten, Adel wie Bürgertum, daheim war, kündigte sich die große Bedeutung an, die 35 Jahre später Preußen in der Geschichte zufallen sollte, als es die Führung Deutschlands übernahm und das Reich Friedrich Barbarossas neu erstehen ließ. Das Bürgertum stellte sich nämlich an die Spitze des Kampfes für die nationale Idee und die sozialen Reformen, die sich über ganz Deutschland ausbreiteten. Ihr Ziel war vor allem die Einigung des deutschen Vaterlandes.“¹⁶

Unter den verantwortlichen Politikern der auf der Balkanhalbinsel entstehenden Nationalstaaten fanden sich viele Persönlichkeiten, die deutsche oder deutschsprachige Lehranstalten absolviert hatten¹⁷ und mit der deutschen Sprache und Kultur aus eigenem Erleben näher vertraut waren. Nicht alle waren mit den besten Eindrücken wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Weniger freundliche Erinnerungen an die Deutschen hatte beispielsweise Alexander Stambolijski, der große bulgarische Bauernführer, von seinem Studienaufenthalt in Deutschland mitgebracht¹⁸. Er hatte zunächst

¹⁴ Slavische Geisteswelt. West- und Südslaven, Band 2: Staatlichkeit und Volkstum, hrsg. v. St. Hafner, O. Turecek, G. Wytrzens (Baden-Baden 1959) 244. Vgl. Zoran Konstantinovic, Die kulturelle Entwicklung der Südslaven zwischen Paris und Wien in der Zeit von 1871–1914, in: *Études danubiennes* 2 (1989) 63–71 und *ders.*, Die politische und kulturelle Position der Serben zwischen Wien und Paris am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: *Revue des Études sud-est européennes* 30 (1992) 231–237.

¹⁵ Nach Oskar Wittstock, Mihail Kogălniceanu, der Wegbereiter des Königreichs Rumänien, in: *Südost-Forschungen* 8 (1942) 226.

¹⁶ A.a.O. 225.

¹⁷ Z.B. der serbische und spätere jugoslawische Ministerpräsident Nikola Pašić hatte an der Technischen Hochschule Zürich Bauwesen studiert.

¹⁸ N. Poppetov, Studentskite godini na Aleksandar Stambolijski v Germanija, in: *Zemlja i progres*, Nr.3 (1986) 42 ff.

im Wintersemester 1900/01 in Halle und dann in München Agrarwissenschaften studiert, mußte aber wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes schon nach zwei Jahren seinen Aufenthalt vorzeitig abbrechen. Der deutsche Ordnungssinn, die Disziplin und die seelenlose Technisierung des Lebens erweckten bei ihm gemischte Gefühle des Widerwillens und der Furcht. Als Politiker lehnte er später die prodeutsche Politik des Zaren Ferdinand im Hinblick auf die eigentlichen nationalen Interessen Bulgariens entschieden ab¹⁹.

Bedrohungsängste vor den tüchtigen Deutschen wurden schon in der Bismarckzeit durch weitreichende ökonomische Ambitionen deutscher Unternehmer und Kapitalanleger geschürt²⁰. Bismarck selbst war es gewesen, der sich entgegen allen Beteuerungen des deutschen Desinteresses in Rumänien zum Sprachrohr handfester preußischer Kapitalinteressen mißbrauchen ließ und bei der Durchsetzung zweifelhafter Forderungen sich nicht scheute, selbst die üblichen diplomatischen Gepflogenheiten zu mißachten²¹. Für die Anerkennung der rumänischen Unabhängigkeit, die der rumänische Außenminister Mihail Kogălniceanu am 9. Mai 1877 im Parlament verkündet hatte, verlangte Bismarck u. a. den „Rückkauf der vom Konsortium Strousberg erbauten und nach dessen Bankrott von einem anderen Bankkonsortium, Bleichröder-Hansemann, übernommenen Eisenbahnen durch den rumänischen Staat“²².

Den auf Auslandsanleihen angewiesenen Balkanstaaten wurden von den deutschen Bankkonsortien rigorose Sicherheitsgarantien abverlangt, die Teile der Wirtschaft der Verantwortlichkeit der Regierungsorgane entzogen und unter ausländische Kuratel stellten. Das forsche Auftreten der deutschen Wirtschaftspartner nährte Mißtrauen und löste hitzige Parlamentsdebatten aus. Die Oppositionsparteien in Bulgarien und Rumänien wußten die Chance zu nutzen, sie führten sich als Sachwalterinnen einer eigenständigen Wirtschaftspolitik auf und warnten dringend vor einem drohenden

¹⁹ Vgl. *ders.*, Bălgarsko-germanski otnošenija v sledvoennite godini (1918–1923), in: Bălgarogermski otnošenija i vrăski, Tom 4 (Sofija 1989) 181–224.

²⁰ *Arnim Kessler*, Aktionsfeld osmanisches Reich. Die Wirtschaftsinteressen des Deutschen Reiches in der Türkei 1871–1908 (unter besonderer Berücksichtigung europäischer Literatur) (Disserationes in European Economic History, New York 1981).

²¹ *Gregor Schöllgen*, Zwischen Abstinenz und Engagement. Bismarck und die orientalische Frage, in: *Johannes Kunisch* (Hrsg.), Bismarck und seine Zeit (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, N.F. Beiheft I, 1991) 155–169. Bismarcks aktiven Anteil an der Entwicklung der Orientfrage betont *Konstantin Kosev*, Bismarck, istočnijat vāpros i bālgarskoto osvobodzenie 1856–1978 (Sofia 1978). Zu den Interventionen Bismarcks in Rumänien vgl. *Lothar Maier*, Rumänien auf dem Weg zur Unabhängigkeitserklärung 1866–1877. Schein und Wirklichkeit liberaler Verfassung und staatlicher Souveränität (Südosteuropäische Arbeiten 88, München 1989) 240 ff.

²² *Gheorghe Nicolae Cazan*, *Şerban Rădulescu-Zoner*, Rumänien und der Dreibund 1878–1914 (Bibliotheca historica Romaniae. Studien 65, Bucureşti 1983) 21. Allgemein zu den deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen *Dan Berindei*, Die rumänisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Von der Pruth-Ebene bis zum Gipfel des Ida. Studien zur Geschichte, Literatur, Volkskunde und Wissenschaftsgeschichte des Donau-Balkan-Raumes. Festschrift zum 70. Geburtstag von Emanuel Turczynski, hrsg. v. *Gerhard Grimm* (München 1989) 233–245.

Ausverkauf nationaler Interessen²³. Der bulgarische Bauernführer Stambolijski sah in einem übersteigerten Chauvinismus das Hauptübel in Südosteuropa. Die Verantwortlichen waren seiner Ansicht nach vor allem in der Intelligenz und in den herrschenden Dynastien zu finden. Der „Balkan den Balkanvölkern“ lautete daher seine Parole, die Regierung in Bulgarien dürfe von ihrem Neutralitätskurs nicht abweichen²⁴. Die konservativen Politiker plädierten für eine Hinwendung zur Entente. Sie trauerten einem Großbulgarien in den Grenzen von San Stefano nach und sahen im glaubensverwandten Rußland einen verlässlicheren Partner als in Deutschland, von dem nur ökonomische Unterdrückung drohe²⁵. Das Presseorgan der konservativen Narodna Partija „Mir“ warb für eine Politik der nationalen Vereinigung und spielte Rußlands Balkanambitionen herunter. Sie seien in der gegenwärtigen Lage eher hilfreich für Bulgarien, während von Deutschland nichts Gutes zu erwarten sei²⁶.

Die Balkanvölker hatten es ohne Zweifel unter der Vormundschaft der Industriestaaten, die als Gläubiger auftraten, nicht leicht, ein eigenständiges Wirtschaftsprogramm durchzusetzen. In welchem Ausmaße die handels- und machtpolitischen Rivalitäten der europäischen Mächte die Balkanstaaten zu einem peinlichen Lavieren zwangen, belegt am Beispiel Griechenlands die Aktenstudie von Werner Zürrer²⁷. Friedrich Naumann hatte in seine bekannte Mitteleuropa-Konzeption vom Jahre 1915 die Balkanvölker zwar noch nicht einbezogen, es war ihm aber sehr wohl bewußt, daß eine neue Nachkriegsordnung in Europa zwangsläufig Auswirkungen auf die südosteuropäische Peripherie haben werde. Im Juli 1916 hatte er mit einer Gruppe von zehn Reichstagsabgeordneten das verbündete Bulgarien besucht. Seine Eindrücke flossen in die Betrachtung über „Bulgarien und Mitteleuropa“ ein, in der er weitergehende Schlußfolgerungen über ein deutsches Engagement auf der Balkanhalbinsel zog und seine Gedanken über die notwendige Erweiterung des mitteleuropäischen Gedankens darlegte²⁸. Er vertrat dabei die These, daß wir Deutschen „unsere eigene geschichtliche Vollendung nur finden können, wenn wir gleichzeitig den Ungarn, den Polen und anderen Westslawen zu ihrer Vollendung verhelfen. Unsere geographische Lage ist die Lehrmeisterin einer mitteleuropäischen Politik, bei der von vornherein die benachbarten Nationen mit voller Gleichberechtigung und Gleichachtung ihrer nationalen Lebensansprüche als unsere Waffenbrüder eingerechnet werden müssen.“²⁹ In Südosteuropa setzte er auf die Bulgaren, deren künftiges Schicksal er eng mit Deutschland

²³ Ausführlich zu Bulgarien *Wolfgang-Uwe Friedrich*, Bulgarien und die Mächte 1913–1915. Ein Beitrag zur Weltkriegs- und Imperialismusgeschichte (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 21, Stuttgart 1985).

²⁴ A.a.O. 107 ff.

²⁵ Zur innerbulgarischen Diskussion über die außenpolitische Orientierung während des Ersten Weltkrieges, die ausschließlich von Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmt war, vgl. *Friedrich*, 4 ff., 159.

²⁶ A.a.O. 159.

²⁷ *Werner Zürrer*, Geschäft und Diplomatie: Der Fall Griechenland 1905–1908, in: *Südost-Forschungen* 33 (1974) 249–290.

²⁸ *Friedrich Naumann*, Werke. Politische Schriften, hrsg. v. *Theodor Schieder*, 4. Bd., Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem (bearbeitet von *Thomas Nipperdey* und *Wolfgang Schieder*) (Köln, Opladen 1964) 768–836.

²⁹ A.a.O. 769.

verbunden sieht. „Wenn die Gegner siegen, so steigen Rumänen und Serben in die Höhe und die Bulgaren sinken. Wenn aber wir siegen, so erhebt sich Bulgarien über Rumänien und Serbien.“³⁰

Vor dem Hintergrund dieser Polarisierung in der öffentlichen Meinung in Bulgarien ist es verständlich, daß die am 15. Februar 1916 von Künstlern und Wissenschaftlern in Berlin gegründete Deutsch-bulgarische Gesellschaft Unterstützung und Förderung vornehmlich in den höchsten Regierungskreisen beider Länder fand. Neben dem ersten Präsidenten Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein amtierte Gustav Stresemann als Stellvertreter. In Bulgarien selbst konstituierte sich ein rühriger Ableger, aus dessen Umfeld dem bulgarischen Leser betont deutschlandfreundliche Berichte zugänglich gemacht wurden³¹.

Nicht alle Bulgaren trauten diesen verlockenden Perspektiven. Der liberale Ministerpräsident Vasil Radoslavov, der nach der schweren Niederlage im Balkankrieg die politische Verantwortung übernommen hatte, mußte erheblich Mühe aufwenden, um die 1913–14 ausgehandelten Anleihemodalitäten, die einer deutschen Bankengruppe unter Federführung der Berliner Disconto-Gesellschaft weitgehende Vorrechte überließen, und schließlich das Bündnis mit den Mittelmächten als notwendige Schritte einer nationalen Konsolidierungspolitik zu begründen. In der Rückschau stellte er in seiner späteren Rechtfertigungsschrift lakonisch fest: „In kürzester Zeit überzeugte sich die bulgarische Regierung im Einverständnis und mit der Genehmigung des Staatsoberhauptes davon, daß die Bedingungen Österreich-Ungarns und Deutschlands vollständig den bulgarischen nationalen Aspirationen entsprachen, wenn Bulgarien seine Neutralität aufgebe und sich an die Zentralmächte anschließe.“³² In der entsprechenden Denkschrift zur Aufgabe der Neutralität wird darauf verwiesen, daß Bulgariens Handelsinteressen und sein ganzes wirtschaftliches Leben unzertrennlich verbunden seien mit den neuen Bündnispartnern, denn nur die Türkei, Deutschland und Österreich-Ungarn seien Abnehmer bulgarischer Erzeugnisse. „Für Bulgarien bleibt es nur übrig, sein Schicksal mit dem Schicksal Deutschlands zu verknüpfen.“³³

Die benachbarten und von der deutschen Balkanpolitik betroffenen Völker sahen das deutsche Engagement in Südosteuropa mit sehr gemischten Gefühlen. Schon die „Briefe aus Deutschland“³⁴, die der serbische Dichter Ljubomir P. Nenadović 1870 aus Homburg und Wiesbaden schrieb, spiegeln das unter den Balkanvölkern verbreitete zwiespältige Urteil wider: auf der einen Seite die Hochachtung vor der deutschen Kulturleistung, den Errungenschaften in Wissenschaft und Technik, auf der anderen Seite die latente Furcht vor einem übermächtigen deutschen – österreichischen – Einfluß, der durch eine betonte Sympathie für Rußland bzw. die Westmächte kompen-

³⁰ Werke Band IV. Politische Schriften, hrsg. v. Theodor Schieder (Köln 1974) 771.

³¹ Vgl. Cvetana Todorova, Elena Staelova, *Kam načalnata istorija na germansko-balgarskoto družestvo* (1916–1918), in: *Balgarsko-germanski otnošenija i vrški. Izsledvanija i materiali*, Tom 2 (Sofija 1979) 159–206.

³² *Vasil Radoslavoff (Radoslavov)*, *Bulgarien und die Weltkrise* (Berlin 1923) 187.

³³ *Friedrich*, XIII.

³⁴ *Pisma iz Nemačke*. Beograd 1922, hier zitiert nach *Josef Matl*, *Deutschland (Österreich) und die Deutschen (Österreicher) im Geschichtsbild der Kroaten und Serben*, in: *Südostdeutsches Archiv* 3 (1960) 35–54, hier 47f.

siert wird. „Schönes Germanien, den Idealen, auf die alle Völker in der Zukunft schauen, bist du am nächsten. Das Können deines Verstandes und deiner Hände bewundert die Welt. Dein Fortschritt ist ein Fortschritt der ganzen Menschheit. Du bist jene Sonne, die vom Westen nach Osten wandert und Licht den fernen Völkern bringt; soweit die Strahlen deiner Kultur dringen, soweit ist es helle. Wer immer die rechte Entwicklung des menschlichen Geschlechtes liebt, muß dir alles Gute wünschen. Deshalb vollende auch ich, beschienen und von Kindheit an erwärmt durch dein Licht, diesen Brief, stehe auf und rufe ausdrucksvoll: Es lebe Rußland.“³⁵

An der Jahrhundertwende wuchs in der Jugendbewegung der Slowenen, Kroaten und Serben die Sorge vor einem deutschen Drang nach Osten. Seit der Annexionskrise steigerte sie sich in eine übertriebene Furcht vor der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Balkanlawen durch einen Pangermanismus. Die in Frankreich und England geschürte antideutsche und antihabsburgische Propaganda fand daher ebenso bereitwillige Aufnahme wie die gegen den Fortbestand der Donaumonarchie gerichteten Ideen von einem „neuen Europa“ der kleinen Völker, als deren Propagator vor allem der spätere tschechoslowakische Präsident Thomas G. Masaryk hervorgetreten war³⁶.

Während des Ersten Weltkrieges hat die Präsenz deutscher Truppen auf dem südosteuropäischen Kriegsschauplatz zwangsläufig sehr unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Am 2. November 1915 richtete in Lausanne der albanische Journalist Faik Bej Konica³⁷ im Namen einer „Gruppe albanischer Patrioten“ einen offenen Brief an Hans Delbrück, in dem er die Parteilichkeit Deutschlands in Südosteuropa scharf anprangerte. Deutschland sei allein auf seinen Vorteil aus und setze auf größere staatliche Einheiten wie ein erweitertes Bulgarien, zu Lasten der kleinen Völker. Davon betroffen seien besonders die Albaner. „Non, Monsieur le Professeur, jamais petite nationalité ne vous devra sa libération. Vous avez trop le culte de la quantité pour vous intéresser à un atome. Votre éthique est des plus curieuses: elle a ses racines dans la science de nombres, et n'est qu'une des branches de la statistique.“³⁸

Am Ausgang des Krieges gehörte die bisher dominierende Stellung des deutschen Elementes im Donaauraum endgültig der Vergangenheit an. Die Veranlassung zu einem stärkeren Engagement in Südosteuropa hätte allenfalls noch von den deutschen Volksgruppen ausgehen können, als deren potentieller Fürsprecher sich nunmehr nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie das Deutsche Reich in die Pflicht genommen sah³⁹. Doch die Zwänge der Versailler Friedensordnung, die hohen Repa-

³⁵ A.a.O. 48.

³⁶ S. 51. vgl. auch A. Scherer, Die Deutschen, insbesondere die Donauschwaben, aus der Sicht der Serben und Kroaten, in: Südostdeutsches Archiv 34/35 (1991/92) 105–133.

³⁷ Biographische Angaben zu dieser schillernden Persönlichkeit finden sich bei Michael Schmidt-Neke, Entstehung und Ausbau der Königsdiktatur in Albanien (1912–1939). Regierungsbildungen, Herrschaftsweise und Machteliten in einem jungen Balkanstaat (Südosteuropäische Arbeiten 84, München 1987) 340f.

³⁸ Faik Konitza, L'Allemagne et l'Albanie. Lettre ouverte à M. le Professeur Dr. Hans Delbrück (Lausanne 1915) 14.

³⁹ Anthony Komjathy, Rebecca Stockwell, German Minorities and the Third Reich. Ethnic Germans of East Central Europe between the Wars (New York, London 1980) 1–15.

rationsforderungen und das Allianzsystem der Kleinen Entente engten die Bewegungsfreiheit des gedemütigten Deutschland vorerst erheblich ein. An eine Fortführung der bisherigen Balkanaktivitäten war zunächst kaum mehr zu denken. Gefahren für die wirtschaftlich schwachen Agrarstaaten Südosteuropas konnten auf längere Sicht von einem wieder erstarkten Deutschen Reich als Wirtschaftspartner der südosteuropäischen Agrarländer ausgehen. Der deutsche Wirtschaftsraum war gerade für Agrarexporte aufnahmefähig und die deutsche Industrie suchte ihrerseits nach neuen Absatzmärkten. Nichts lag näher, als auf diese Sachlage mit dem Angebot von Kompensationsgeschäften zu reagieren und aus den ungleichen Wirtschaftsbeziehungen entstehende Abhängigkeiten des kleineren und schwächeren Partners als Instrument einer beherrschenden politischen Einflußnahme zu nutzen. Vor einer derartigen künftigen Bedrohung durch ein wirtschaftlich übermächtiges Deutschland hatte schon im Jahre 1920 der Dalmatiner Josip Smodlaka (1869–1956), der sich als Gegner der österreich-ungarischen Politik in Dalmatien profiliert hatte und für einen Zusammenschluß Kroatiens mit Serbien eingetreten war, seine warnende Stimme erhoben: „Wir dürfen uns nicht täuschen lassen von der augenblicklichen friedlichen Stimmung des geschlagenen Deutschlands. Das sich Verstellen ist eine politische Stärke der /13/ Deutschen, in der sie alle anderen Völker Europas überflügeln. Heute benehmen sie sich dem Balkan gegenüber wie der Fuchs, der eine saure Traube erwischt hat. Aber auch wenn sie alle aufrichtig glaubten, sich von jeder Vormachtstellung in Südosteuropa losgesagt zu haben, das könnte uns nicht beruhigen, denn die eiserne Notwendigkeit zwingt die Deutschen, gegen die Grenzen der Nachbarn loszuschlagen, sobald sie neue Waffen geschmiedet haben.“⁴⁰

Fritz Valjavec konstatierte zurecht in seinem knappen Abriss „Die Völker Südosteuropas und die Deutschen“, daß 1918 der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie sich zunächst günstig auf das Verhältnis der Balkanvölker zu Deutschland ausgewirkt habe. Abgesehen von den Tschechen sei nunmehr die Angst vor einer deutschen Überfremdung weggefallen. Besonders in den technischen und exakten Wissenschaften habe sich Deutschland in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu einem wichtigen Partner entwickeln können⁴¹. Die unterschiedlichen Einschätzungen der Rolle Deutschlands aus dem Blickwinkel der südosteuropäischen Länder sieht er eng verknüpft mit aktuellen Entwicklungen in der Minderheitenfrage. Sie waren in den Ländern, in denen größere deutsche Volksgruppen ansässig waren, geprägt von dem Bestreben der staatlichen Kulturpolitik, nach anfänglichem Entgegenkommen in der

⁴⁰ Zitiert nach *Roswitha Bauer*, Hermann Wendel als Südosteuropa-Publizist (Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas der Universität München Bd. 2, München 1985) 138 f. Zu den Hintergründen der antiösterreichischen Politik in Dalmatien jetzt *Günter Schödl*, Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslawenstvo“. Studien zu nationaler Integration und regionaler Politik in Kroatien-Dalmatien am Beginn des 20. Jahrhunderts (Südosteuropäische Arbeiten 89, München 1990).

⁴¹ Vgl. Anm. 3, außerdem *Gottbold Rhode*, Das Deutschlandbild in Osteuropa zur Zeit der Weimarer Republik, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, hrsg. v. *Joachim Hütter*, u. a. (Köln 1975) 101–116.

Schulfrage schrittweise den fremden sprachlich-kulturellen Einfluß wieder einzudämmen. Davon betroffen waren die Deutschen in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien⁴².

Aus naheliegenden Gründen war nach 1918 bei den Kriegsverlierern Ungarn und Bulgarien die Bereitschaft zur Zusammenarbeit am größten. Beide Staaten strebten eine Revision der harten Friedensbedingungen an. Sie sahen weiterhin in Deutschland ihren natürlichen Verbündeten. Die wachsenden Sorgen um den Absatz ihrer Agrarprodukte veranlaßten aber in der Folgezeit auch die anderen Staaten Südosteuropas, sich mit dem hauptsächlichsten Abnehmer Deutschland zu arrangieren⁴³. In der sinnvollen wirtschaftlichen Kooperation sah denn auch noch Anfang der 30er Jahre der mehrfache jugoslawische Justizminister Lazar Marković die alleinige solide Basis der beiderseitigen Beziehungen, ungeachtet der traditionell frankophilen Ausrichtung der jugoslawischen Außenpolitik und der Ablehnung des preußischen Militarismus und der ultranationalistischen Ideologie des Hitlerismus⁴⁴. „Malgré tout notre respect pour les exploits de l'Allemagne, malgré l'admiration de quelques esprits isolés pour la discipline et l'organisation de l'Allemagne, les Yougoslave ne seront jamais d'accord avec le nationalisme débordant de la nouvelle Allemagne.“⁴⁵ Das nationale Interesse binde das Land untrennbar an Frankreich und lege eine strikt antirevisionistische Politik nahe. Das Fortbestehen eines unabhängigen österreichischen Staates zähle daher zu den vordringlichen Wünschen Jugoslawiens. Nur bei einer notwendigen Entscheidung zwischen dem Anschluß oder einer italienischen Lösung bzw. der Rückkehr der Habsburger werde man den Anschluß vorziehen, „à contre-coeur, mais avec la conviction profonde de défendre ainsi ses intérêts bien compris“⁴⁶.

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise erzwangen die unausweichlichen wirtschaftlichen Realitäten schon bald weiterreichende Zugeständnisse. Sie sind noch während der Weimarer Republik in den politischen und wirtschaftlichen Planungskonzepten über eine „Ergänzungswirtschaft“ in Südosteuropa⁴⁷ schon ansatzweise einkalkuliert und schließlich 1934 in dem sog. „Großen Plan“ Hjalmar Schachts vom nationalsozialistischen Deutschland als willkommene Zugabe zu einer aktiven Balkanpolitik mit betont revisionistischen Zielsetzungen rigoros eingefordert worden⁴⁸. Der serbische

⁴² Vgl. *Thomas Spira*, German-Hungarian Relations and the Swabian Problem from Károlyi to Gömbös 1919–1936 (East European Monographs XXV, Boulder 1977) und *Geza Charles Paikert*, The Danubian Swabians. German Populations in Hungary, Rumania and Ygoslavia and Hitler's Impact on their Patterns (Den Haag 1967).

⁴³ *Dov B. Lungu*, Romania and the Great Powers, 1933–1940 (Durham, London 1989).

⁴⁴ *Lazare Marcovitch*, La politique extérieure de la Yougoslavie (Paris 1935) 92 ff., 338–341.

⁴⁵ A.a.O. 342.

⁴⁶ A.a.O. 337 f.

⁴⁷ Vgl. z. B. *K. Krüger*, Deutsche Großraumwirtschaft (Hamburg 1932).

⁴⁸ Zur Kontinuität der deutschen Wirtschaftspolitik in Südosteuropa vgl. u. a. *W.S. Grenzebach*, Germany's Informal Empire in East-Central Europe. German Economic Policy toward Yugoslavia and Romania, 1919–1939 (Stuttgart 1988) und *Hans-Jürgen Schröder*, Deutsche Südosteuropapolitik 1229–1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: *Geschichte und Gegenwart* 2 (1976) 5–32 bzw. *ders.*, Südosteuropa als „Informal Empire“ Deutschlands 1933–1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N.F. 23 (1975) 70–96. Einen „von Anfang an konzipierten und dann konsequent realisierten Südosteuropa-Plan“ bestreitet demgegenüber Othmar Nikola Haberl ebenso wie die Auffassung,

Wirtschaftshistoriker Mitrović sieht denn auch in Deutschland eine systematische Planung zur wirtschaftlichen Durchdringung der Balkanhalbinsel am Werk. Er spricht von einem wohldurchdachten Expansionsprogramm, das zu einer dauernden Komponente deutscher Außenpolitik schon im Kaiserreich geworden sei. Es sei in der Weimarer Republik nur unter anderen Voraussetzungen zielstrebig fortgeführt worden und schließlich folgerichtig in Hitlers Aggressionspolitik eingemündet. „Starting with the Balkan Wars it was a constant and important political-economic factor in Germany's attitude toward the countries of the Balkans.“⁴⁹ Der Balkan war dabei nur Zwischenstation für eine weitergehende Expansion in den Vorderen Orient hinein (Komplex BERLIN-BAGDAD).

Daß die erfolgreiche nationalsozialistische Revisionspolitik in Südosteuropa selbst in den Kreisen Argwohn wecken mußte, die zunächst auf Deutschland als Partner und Helfer gegen die harten Friedensbestimmungen gesetzt hatten, läßt sich aus den kritischen Kommentaren der bulgarischen Zeitung „Mir“, dem Presseorgan der konservativen Volkspartei, in den 30er Jahren entnehmen⁵⁰.

Die eindeutigsten positiven Stellungnahmen und wertenden Urteile zu Deutschland und zum Deutschen Reich trifft man seither in Südosteuropa nur noch unter jenen politischen Gruppierungen, die sich über alle Gegensätze hinweg der Reichsführung in einer Art Gesinnungsgemeinschaft verbunden fühlten. Das trifft für die Einstellung sowohl zum Kaiserreich wie zum nationalsozialistischen Deutschland zu. Auf deutscher Seite faßte diese gegenseitige Verbundenheit der ehemalige Chef der Reichswehr, Generaloberst a.D. Hans von Seeckt, der 1930 zum Präsidenten der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft avanciert war, in einer Bulgarien gewidmeten Sondernummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 6. März 1929 in die Worte: „Der Trieb zur Selbsterhaltung eines Volkes ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden, von denen die wichtigste die Geschlossenheit der völkischen Eigenart ist. Erst das Vorhandensein dieser Eigenart gibt das Recht auf den Kampf um ihre Erhaltung... In langem, wechselvollem Kampf sahen wir Bulgarien dieser Selbständigkeit zustreben und sehen es im Kampf um ihre Erhaltung, der zugleich ein Kampf um die

Fortsetzung Fußnote von Seite 133

„daß Südosteuropa geradezu traumwandlerisch sicher ins deutsche Netz gegangen wäre“: *Othmar Nikola Haberl*, Südosteuropa und das Deutsche Reich vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Südosteuropa 39 (1990) 501–526, hier 526.

⁴⁹ *Andrej Mitrović*, Germany's Attitude toward the Balkans 1912–1914, in: *B.K. Király, D. Djordjević* (eds.), East Central European Society and the Balkan Wars (Boulder 1987) 295–316, hier 313. Sehr viel zurückhaltender urteilen über die tatsächlichen deutschen Wirtschaftsinteressen in Südosteuropa während der Zeit der Balkankriege im gleichen Sammelband *John R. Lampe*, Austro-Serbian Antagonism and the Economic Background to the Balkan Wars, 338–345 und *Ulrich Trumbener*, German Military Involvement in the First Balkan War, 346–362. Vgl. auch *Andrej Mitrović*, Prodor na Balkan i Srbija 1908–1918 (Beograd 1981).

⁵⁰ Vgl. die Auswertung von *R. Karaganev*, Najkoi vāprosi na evropejskata politika, ekspanzionizmat na Germanija i Italija i vestnik „Mir“ (1934–1939), in: Bälgaro-germanski otnošenija i vrāski, Tom 4 (Sofija 1989) 255–282.

Erhaltung der völkischen Eigenart ist.“⁵¹ In seinem in deutscher Sprache verfaßten Schreiben an Hitler vom 22. April 1934, in dem er für eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen warb, kleidete der ungarische Ministerpräsident Gömbös diese Gemeinsamkeit in den Schlußsatz: „Wir alte rassenschützerischen Kameraden, die wir in derselben Weltanschauung uns auch auf der wirtschaftlichen Linie verstehen und uns gegenseitig unterstützen werden.“⁵²

Der Kontext weist unmißverständlich auf den eigentlichen Anlaß des Briefes hin. Er lag gewiß nicht in einer tiefgehenden ideologischen Übereinstimmung. Handfeste ökonomische Interessen hatten Gömbös die Feder geführt. Es wäre in der Tat voreilig, aus derartigen Bekenntnissen ein weitergehende Identifizierung mit dem Nationalsozialismus herleiten zu wollen. Den Königsdiktaturen der 30er Jahre in den Balkanländern fehlen wesentliche Elemente eines genuin faschistischen Regimes. Die autoritäre Regierungsweise folgte sehr viel mehr dem Beispiel des Faschismus' italienischer Prägung. Gemeinsam waren die Ablehnung des parlamentarischen Systems, der Antikommunismus und der Antiliberalismus sowie das Bekenntnis zu den nationalen Werten, doch schon in der Behandlung der Judenfrage und mehr noch im Verhältnis zu Christentum und Kirche waren erhebliche Divergenzen nicht zu übersehen.

Das positive Verhältnis zu Deutschland und die günstigere Einschätzung des deutschen Faktors in den zwischenstaatlichen Beziehungen hatte weitgehend seinen instrumentalcharakteristischen Charakter beibehalten. Allein Deutschland bot in einer teilweise ausweglosen wirtschaftlichen Lage einen Handelsaustausch zu akzeptablen Bedingungen an. Die gleiche ökonomische Vernunft war es, die den jugoslawischen Ministerpräsidenten Milan Stojadinović zu einer für die Staaten der Kleinen Entente folgenreichen Kehrtwendung in der außenwirtschaftlichen Orientierung seines Landes bewogen hat. Er war bereit, dafür auch den politischen Preis zu bezahlen. Als der Anschluß Österreichs anstand, ließ er verlauten, daß es sich um eine innere Angelegenheit des Deutschen Reiches handle. Eher der Zufall wollte es, daß er seinen unbestreitbaren Sachverstand in Wirtschafts- und Finanzfragen u. a. auch durch Studienaufenthalte an deutschen Universitäten (in München und Berlin) erworben hatte.

Die auffallende Kontinuität eines germanophilen Grundkonsenses über alle politischen und gesellschaftlichen Umbrüche hinweg verkörpert in seiner Person am glaubhaftesten Ioannis Metaxas, der Diktator Griechenlands von 1936–1941. Als Abkömmling einer alten ionischen Adelsfamilie hatte er eine militärische Karriere eingeschlagen, die ihn als engen Vertrauten des Kronprinzen in die Nähe des Königshauses führte. 1899–1903 absolvierte er eine längere Ausbildung an der Berliner Kriegsakademie, von der er eine lebenslange Hochschätzung der deutschen Ordnung und Disziplin und der Schlagkraft der deutschen Militärmacht nach Hause mitbrachte.

Als Anhänger des aristokratischen Deutschland, das in seinen Augen gegen das revolutionäre Prinzip der westlichen Demokratien angetreten war⁵³, glaubte er noch in

⁵¹ Zitiert nach Gerhard Podskalsky, „Otez Paissi“ und die „Deutsch-Bulgarische Gesellschaft“ e.V., in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N.F. 37 (1989) 73–80, hier 74.

⁵² Ivan Berend, György Ránki, *German-Hungarian Relations Following Hitler's Rise to Power (1933–34)*, in: *Acta Historica* 8 (1961) 313–346, hier 321 f.

⁵³ Ioannou Metaxa, *To prosopiko tou imerologio*. Bd. 2: 1910–1920 (Athen 1951) 459 ff.

der Endphase des Weltkrieges unerschütterlich an den Sieg der deutschen Waffen. Den ententefreundlichen Kurs von Venizelos hat er folgerichtig 1915 mit seinem Rücktritt als Generalstabschef quittiert. Selbst die Niederlage der kaiserlichen Truppen mochte seinen Optimismus nicht zu dämpfen. Er sah in einer knappen Tagebuchnotiz vom 4./17. Oktober 1918 in ihr nur Hammerschläge, die den Rost entfernen und das edle Metall zum Vorschein kommen lassen⁵⁴.

Im Jahre 1936 konnte er als Vertrauter des Königs mit seinem „Regime des 4. August“ unmittelbar an diese Ideale seiner militärischen Ausbildung wieder anknüpfen. Er ließ sich in seiner nationalgriechischen Politik nicht als williger Gefolgsmann der Achsenmächte mißbrauchen und enthielt sich auch jeder ideologischen Anbiederung. Die kritiklose Begeisterung für den deutschen Nationalsozialismus, die beispielsweise im Umfeld des 1933 gegründeten Athener Verlages „Neue Generation“ seltsame publizistische Blüten trieb, war ihm völlig fremd. Der Mitarbeiterin dieses Verlages, Sizza Karaiskakis, verdanken wir einen hymnischen Deutschlandreport „Das Deutsche Reich durch meine Brille gesehen“⁵⁵, ein journalistischer Schnellschuß, der schon 1934 in Berlin erschienen ist. Die Verfasserin, eine Griechin aus Kleinasien, die in den 20er Jahren zum deutschen Sprachstudium nach München gekommen war⁵⁶, hatte inzwischen im Propagandaministerium des „welteinzigartigen Propagandaministers“⁵⁷ Josef Goebbels eine Bleibe gefunden und durfte für führende deutsche Tageszeitungen schreiben. Ihr Buch ist nicht zufällig für das deutsche Publikum geschrieben worden. Es ist ein übles Machwerk, das die allenthalben schon sichtbaren Untaten des Hitler-Regimes verharmloste und für die neue völkische Politik eifrig die Werbetrommel rührte⁵⁸. Die Griechin erlebte in den oft stundenlangen Wartephasen, die für sie untrennbar zu den Versammlungen des Dritten Reiches gehörten, das „Fluidum der Gemeinschaft“ und sah in den Begeisterungstürmen für Hitler, die nach ihrer Ansicht Bismarck in den Schatten stellten, „welteinzigartige Leidenschaftszyklone“, wie sie die Geschichte bisher noch nicht gekannt habe⁵⁹. „Der wirkliche Nationalsozialismus ist wagemutig und verantwortungssüchtig“⁶⁰, faßt sie ihre persönlichen Eindrücke zusammen, und kommt abschließend, nur ein Jahr nach der Machtergreifung, zu dem Schluß: „Deutschland ist im Denken seiner Mehrheit, seiner überwältigenden Mehrheit, nationalsozialistisch, und Hitler, heute schon ein legendärer Mythos, ist Maß seiner Weltanschauung. Was er will, ist der Wille aller, und seine Ethik ist das

⁵⁴ A.a.O. 462.

⁵⁵ Sizza Karaiskakis, *Das Deutsche Reich durch meine Brille gesehen. Bilanz der nationalsozialistischen Macht vom 30. I. 33 bis 30. VI. 34* (Berlin 1934).

⁵⁶ Georgios I. Thanopoulos, *Das deutsche Griechenland-Bild 1918–1944* (Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas der Universität München 3, München 1987) 180.

⁵⁷ A.a.O. 5.

⁵⁸ Daß die Verfasserin in dieser Hinsicht auf eine breitere Zustimmung auch in der damaligen griechischen Gesellschaft rechnen konnte, belegt der Beitrag von Gunnar Hering, *Die Faszination der brutalen Ordnung: Mussolini und Hitler im griechischen Politischen Diskurs vor dem Ende der Demokratie 1936*, in: *Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen dem Donau- und Balkanraum seit dem Wiener Kongreß* (Zur Kunde Südosteuropas II/17, Graz 1991) 265–274.

⁵⁹ Karaiskakis, 29.

⁶⁰ A.a.O. 179.

Maß für alle. Die Welt wird sich mit dieser Tatsache abfinden müssen. Sie wird es zu begreifen haben: für fremdes, fressendes und zersetzendes Unkraut ist Deutschland kein Boden. *Die Welt wird mit dem homogenen deutschen Geist von Tag zu Tag mehr zu rechnen haben.* Sie wird ihren Glauben gründlich revidieren müssen. Der Lüge ist erlegen wer heute noch immer annimmt, daß bloße Demagogie den deutschen Geist umnebele.“⁶¹

Von einem verständlichen Zweckrationalismus hatte sich Ante Pavelić, der Führer (poglavnik) des kroatischen Ustascha-Staates von Hitlers Gnaden, im Verhältnis zu seinem Gönner leiten lassen⁶². Allein von Deutschland war nach seiner Ansicht für das kroatische Volk eine Revision des Friedensdiktates zu erwarten, das Kroatien gegen seinen Willen der serbischen Vormacht ausgeliefert hat. „Man weiß genau, daß durch die Befreiung Kroatiens jener Block der sogenannten ‚kleinen Nationen‘ zerschlagen werden würde, die den Ring um Deutschland schließen.“⁶³ Hitler wurde daher folgerichtig zum Repräsentanten eines mit den Kroaten gleichgesinnten Volkes hochstilisiert. „Wie vor Jahrhunderten, so blicken auch heute die Kroaten ... auf das deutsche Volk als Ganzes, dessen Mittelpunkt im Deutschen Reich liegt und das heute verkörpert wird von der nationalsozialistischen Bewegung unter Führung seines größten und besten Sohnes Adolf Hitler. Im Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit, den das kroatische Volk gegen das ihm durch Friedensdiktate aufgezwungene drückende Joch führt, strebt das kroatische Volk nach den Sympathien Hitler-Deutschlands, in dem es den mächtigsten Kämpfer für lebendes Recht, wahre Kultur und eine höhere Zivilisation erblickt.“⁶⁴

Auf eigene Erfahrungen in Deutschland konnte sich auch der Führer der „Eisernen Garde“ in Rumänien Codreanu stützen, obwohl in seiner Bewegung kaum ideologische Entlehnungen nachzuweisen sind⁶⁵. Seine Familie stammte aus der Bukowina, und mütterlicherseits hatte er sogar eine entfernte deutsche Abstammung – seine Mutter Eliza Brauner war die Enkelin eines bayerischen Einwanderers – aufzuweisen. Militärischer Geist und kämpferische nationale Gesinnung waren ihm von seinem Elternhaus her und als Zögling des Militärlyzeums von Manastirea-Dealului und als Schüler des Wirtschaftswissenschaftlers und Schriftstellers A.C. Cuza an der Universität Jassy, der als Gründer der „Nationalistisch-Demokratischen Partei“ (1919–1916) und der „Liga zur Nationalen Christlichen Verteidigung“ (1923) das rechte Parteienspektrum in Rumänien prägte, vertraut. Der Studienaufenthalt in Deutschland, der ihn 1922/23 an die Universitäten Berlin und Jena geführt hatte, war zu kurz, um einen prägenden Einfluß auszuüben, obwohl er auch dazu diente, Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen herzustellen⁶⁶. Unter den damaligen deutschen Studenten suchte er allerdings noch vergeblich nach einer vergleichbaren antisemitischen Einstellung, wie er

⁶¹ A.a.O. 247.

⁶² *Ante Pavelić*, Die kroatische Frage (Berlin 1941).

⁶³ A.a.O. 10.

⁶⁴ A.a.O. 39.

⁶⁵ *Armin Heinen*, Die Legion „Erzengel Michael“ in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus (Südosteuropäische Arbeiten 83, München 1986).

⁶⁶ A.a.O. 134.

sie von seiner Heimatuniversität Jassy her gewohnt war. „Und ich bin stolz darauf, ihr Lehrer in antisemitischen Fragen gewesen zu sein.“⁶⁷

In Erinnerung geblieben ist ihm im Deutschland der Nachkriegszeit die leidende Bevölkerung, deren Sorgen und Nöte der nahezu mittellose Student nur allzuleicht nachempfinden konnte. „Die allgemeine Not veranlaßte mich, Berlin kurz vor Weihnachten zu verlassen und nach Jena überzusiedeln, wo das Leben billiger war. Dort machten der Geist der Disziplin, die Arbeitskraft des deutschen Volkes, sein Pflichtgefühl, seine Genauigkeit, seine zähe Widerstandskraft und sein Glaube an bessere Tage, trotz allem Jammer und aller Not, in der es sich befand, einen tiefen Eindruck auf mich. Es ist ein kraftvolles, gesundes Volk. Ich sah, daß es nicht gewillt war, sich zu Boden schlagen zu lassen, sondern daß es trotz allen Schwierigkeiten, die wie Felsen auf ihm lasteten, mit ungeahnten Kräften zu neuem Leben auferstehen würde.“⁶⁸ Die Hinweise auf Hitler als dem kommenden Heilsbringer des deutschen Volkes und auf den Helden Mussolini, „der den giftigen Drachen mit dem Fuß zertrat“⁶⁹ und der „zu unserer Welt“ gehört, sind wohl nur als Zugeständnis an die veränderte gesamtpolitische Lage bei der Niederschrift des Textes zu verstehen. Bei Codreanu war der Antisemitismus das einigende Band. „Es besteht ein festes Band der Sympathie zwischen allen denen, die unter verschiedenen Himmelsstrichen ihren Völkern dienen, wie auch eine enge Verbindung zwischen allen denen besteht, die an der Vernichtung der Völker arbeiten.“⁷⁰

In den Beziehungen der Völker Südosteuropas zu Deutschland und zu den Deutschen sind in unserem Jahrhundert Irritationen und Mißverständnisse nicht ausgeblieben. Dementsprechend schwanken je nach der aktuellen Interessenlage die Urteile zwischen Sympathie und Antipathie, zwischen Hochachtung vor den wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen der Deutschen und schroffer Ablehnung deutscher Wesensart. Das Bismarckreich war trotz unverhohlener eigener Wirtschaftsinteressen im Balkanraum nur sehr zögerlich aus dem Windschatten der Wiener Politik herausgetreten. Erst der Zusammenbruch der Donaumonarchie hatte den Weg für eine eigenständige deutsche Politik in Südosteuropa geebnet. Sie konnte sich insbesondere die günstigen Kooperationsmöglichkeiten mit den südosteuropäischen Agrarstaaten im Sinne einer Ergänzungswirtschaft nutzbar machen. Mit dem Anschluß Österreichs war Deutschland auch räumlich den Völkern Südosteuropas nähergerückt. Hitlers aktive Balkanpolitik ließ es für die einen zu einem willkommenen Partner bei der Revision der Pariser Grenzregelungen, für die anderen aber zu einem immer bedrohlicheren Nachbarn werden. Das Urteil über die Deutschen und das Deutsche Reich schwankte daher in diesen Jahren zwischen hochgesteckten Erwartungen⁷¹ und den schlimmsten Befürchtungen je nach der aktuellen Interessenlage

⁶⁷ Codreanu, *Eiserne Garde* (Berlin 1941) 57.

⁶⁸ A.a.O. 56.

⁶⁹ A.a.O. 58.

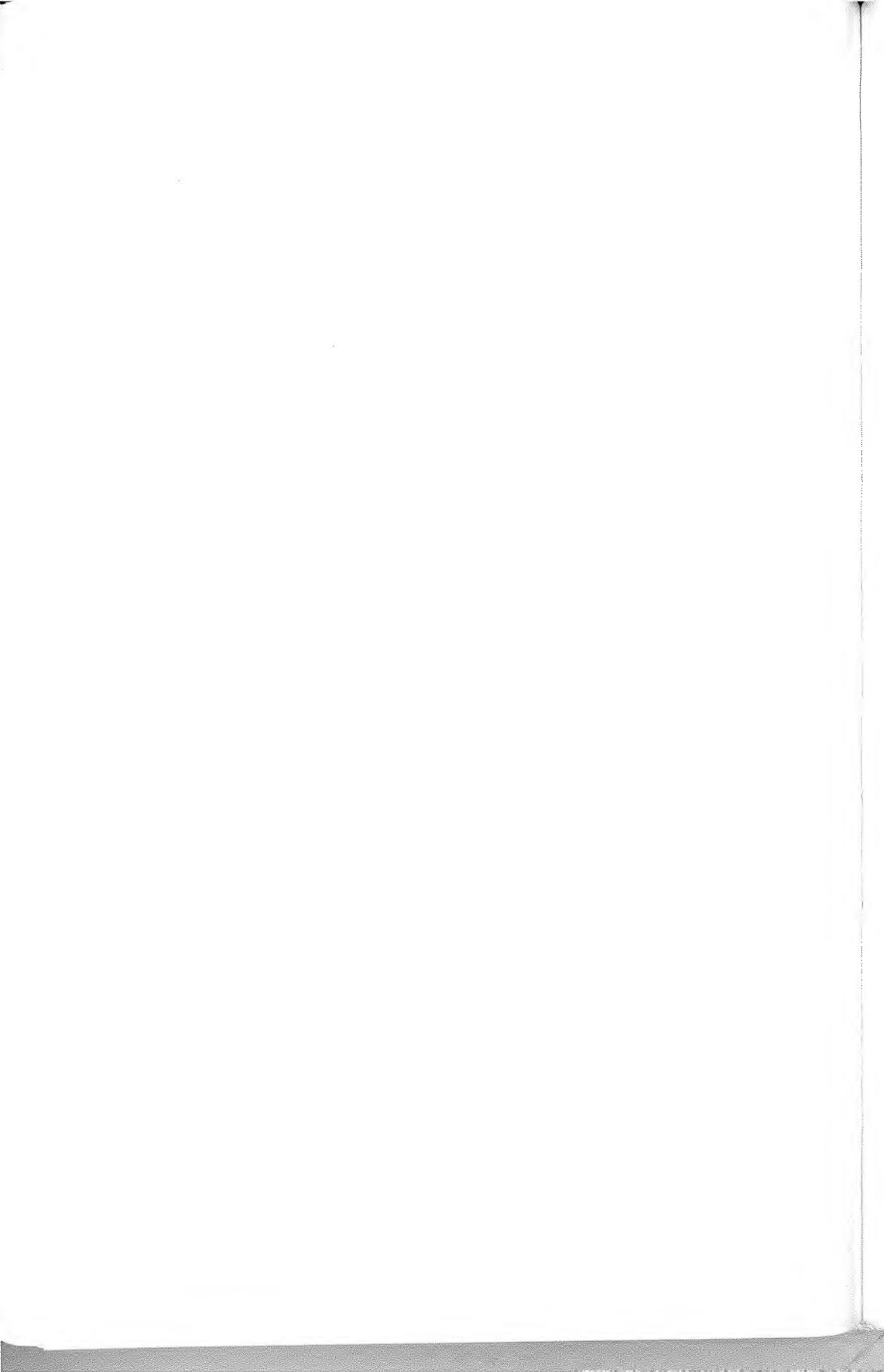
⁷⁰ A.a.O. 57 f.

⁷¹ *Janko Janeff* beispielsweise erwartete in seinem Buch: *Südosteuropa und der deutsche Geist* (Berlin 1943) von der Verbindung mit dem germanischen Norden nichts Geringeres als eine

der einzelnen Balkanvölker und den jeweiligen Schlußfolgerungen, die aus der wachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Präsenz Deutschlands in Südosteuropa gezogen wurden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 138

Rückkehr zu den Urkräften, die „Zurückführung des südöstlichen Werdens auf den totalen geistigen Zusammenhang des Erdteils und seine Wiedervereinigung mit dem großen indoarischen Strom der Geschichte und Kultur“ (S. 130) und glaubte im Hinblick auf Deutschland feststellen zu müssen: „Die nationale Idee des Südostens ist ureigen und zugleich ist sie mit der deutschen Bewegung des Volksgeistes verbunden.“(S. 16)



Detlef Junker

Die manichäische Falle: Das Deutsche Reich im Urteil der USA, 1871–1945

Als sich 1989 die Mauer öffnete, die sowjetischen Panzer in der Kaserne blieben, die berühmte amerikanische Strategie der doppelten Eindämmung der Sowjetunion und Deutschlands – *to keep the Soviets out, the Americans in, the Germans down, and the Europeans happy* – zusammenzubrechen begann und die Einheit Deutschlands erneut auf der Tagesordnung der Weltgeschichte stand, reagierte die amerikanische Regierung genau so, wie es nach der Geschichte der amerikanisch-deutschen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert zu erwarten war.

Die Amerikaner begrüßten wie 1848 oder 1871 die Aussicht auf Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen. In den USA war der Jubel über den Fall der Mauer ehrlich und spontan. Von allen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges unterstützten die USA die sich abzeichnende Wiedervereinigung am frühesten und entschlossensten. Die bisher publizierten Dokumente, aber auch die Tagebücher des Kanzlerberaters Horst Teltschik, zeigen mit eindringlicher Klarheit die ausschlaggebende Rolle der USA seit Dezember 1989, als Mitterrand und Margaret Thatcher den Zug aufzuhalten suchten und Gorbatschow noch nicht bereit war, die deutsche NATO-Mitgliedschaft zu akzeptieren. Im Februar, Mai und Juni 1990 war Bundeskanzler Kohl in den USA. Bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Harvard-Universität rief man ihm zu: „Herr Bundeskanzler, wir sind alle Deutsche.“¹ Gemeint war: Wir alle freuen uns über den Sieg der Freiheit. Nachdem Kohl im Januar 1990 den sowjetischen Vorschlag einer Viermächtekonferenz der ehemaligen Siegermächte über Deutschland kategorisch mit der Bemerkung abgelehnt hatte: „Wir brauchen keine vier Hebammen“², wurde Anfang Februar besonders in deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit die Idee der „Zwei-Plus-Vier-Konferenz“ geboren. Auf den vielen internationalen Konferenzen dieses Jahres, sei es in Ottawa, Malta, Houston, Dublin, Paris oder London, taten die USA das ihre, um den Vereinigungsprozeß zu unterstützen. Außenminister Baker konnte einen Tag nach dem berühmten Treffen von Kohl und Gorbatschow auf einer Pressekonferenz in Paris am 17. Juli 1990 zu Recht erklären: „The terms of the agreement that were reached between Chancellor Kohl and President Gorbachev are terms that the United States have supported since as early at

¹ *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung (Berlin 1991) 264.

² Ebd. 105.

least as last December when we called for a unified Germany as a member of the NATO alliance.“³

Die andere, komplementäre und ebenfalls aus der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu erwartende Seite der US-Deutschlandpolitik war eine Fortsetzung der Eindämmungspolitik unter neuen Bedingungen. Das wiedervereinigte Deutschland mußte ein Teil der NATO und einer europäisch-atlantischen Gesamtarchitektur bleiben, eine Neutralisierung und Isolierung des Landes auf jeden Fall vermeiden, den Europäern die neu entfachten Ängste vor Deutschland genommen und der amerikanische Einfluß in Europa gesichert werden.

Am Ende waren die Amerikaner zufrieden. Als Ergebnis des Zwei-Plus-Vier-Vertrages entstand ein Deutschland, wie sie es sich im gewissen Sinne seit 1848 immer gewünscht hatten: Es hat mit den Grenzen seine Geographie gefunden. Zum ersten Male in ihrer Geschichte genießen die Deutschen Einigkeit und Recht und Freiheit, die Wohlfahrt im Osten, so hofften nicht nur die Amerikaner im Jahre 1990, würde bald folgen. Deutschland kann seine Nachbarn militärisch nicht gefährden. Auf sich allein gestellt, ist es nach den Bestimmungen des Vertrages weder zum Angriff noch zur Verteidigung fähig. Es bleibt über die NATO, die EG und zahlreiche andere Organisationen in den Westen integriert, die deutsche Wirtschaft auf den offenen Weltmarkt angewiesen. Trotz des außenpolitischen Dauerspagats der Deutschen zwischen den USA und Frankreich würden die Amerikaner die wichtigsten Verbündeten bleiben. Deutschland garantiert als Rechtsstaat die liberalen Grundfreiheiten, besitzt eine föderale Struktur und hält am Prinzip der sozialen Marktwirtschaft fest.

Das wiedervereinigte Deutschland als Demokratie westlicher Prägung, als Klein-Amerika in Europa – diese Hoffnung des Jahres 1990 erinnert an die Hoffnung von 1871 und die ersten Urteile über den deutschen Nationalstaat. Denn drei Wochen nach der Proklamation eines zweiten Deutschen Reiches in Versailles erklärte Präsident Ulysses S. Grant am 7. Februar 1871 gegenüber dem Kongreß, daß Deutschlands Einigung in einer Regierungsform, die in vielen Hinsichten der Amerikanischen Union gleiche, auf tiefe Sympathie beim amerikanischen Volk treffe: „The adoption in Europe of the American system of union under the control and the direction of a free people, educated to self-restraint, can not fail to extend popular institutions and to enlarge the peaceful influence of American ideas.“⁴

In diesen und anderen Äußerungen des amerikanischen Präsidenten, die vermutlich die Meinung der Mehrheit des amerikanischen Volkes repräsentierten⁵, kristallisierte

³ Adam Daniel Rotfeld, Walter Stützle (Hrsg.), *Germany and Europe in Transition* (Oxford 1991) 179. Zur frühen amerikanischen Unterstützung vgl. *Teilschik*, *Innenansichten*, 48, 77, 123, 129, 137.

⁴ Zitiert in: *Manfred Jonas*, *The United States and Germany. A Diplomatic History* (Ithaca, London 1984) 15; im folgenden zitiert: *Jonas*, *United States. Der amerikanische Gesandte und Historiker George Bancroft hatte den Präsidenten zu einer solchen Stellungnahme angeregt*, vgl. *Peter Krüger*, *Die Beurteilung der Reichsgründung und Reichsverfassung von 1871 in den USA*, in: *Liberalitas. Festschrift für Erich Angermann zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. *Norbert Finzsch* u.a. (Stuttgart 1992) 263–283.

⁵ Zur amerikanischen Reaktion auf die Reichsgründung vgl. neben *Krüger* (Anm. 4) *Jonas*, *United States*, 15–34; *Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode*, *Deutschland und die Vereinigten Staa-*

sich die amerikanische Hoffnung auf das beste aller möglichen Deutschlande: ein weit entferntes Land der Alten Welt, freiheitlich, friedlich, föderal und protestantisch, von Größe und Gewicht, aber ohne expansive Ambitionen in Europa oder gar in anderen Teilen der Welt; in seiner inneren Struktur in erster Linie geprägt von Gelehrten, Künstlern, Musikern und Dichtern, von Bauern, Handwerkern, Technikern, Ingenieuren, Kaufleuten und Unternehmern, nicht von Soldaten, Priestern und Junkern; ohne ernsthafte Interessengegensätze zu den USA, berufen, als freiheitlicher Staat in Europa der welthistorischen Mission der USA zu folgen, nämlich die Geschichte als Entfaltungsprozeß der Freiheit voranzutreiben. Wie andere nationale und liberale Freiheitsbewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts, etwa in Griechenland, Ungarn, Italien und im republikanischen Frankreich, interpretierten die Amerikaner auch die deutsche Einheit aus dieser providentiellen Perspektive.

Das Urteil der USA über das Deutsche Reich von 1871 bis 1945 hing, das ist die erste These dieses Vortrages, davon ab, wie weit sich das Deutsche Reich diesem hoffnungsvollen Ideal annäherte oder sich von ihm entfernte. Die verschiedenen Deutschlandbilder der Amerikaner, ihre Urteile, Vorurteile, Klischees, Stereotypen, Feind- und Haßbilder, sind im großen und ganzen der Politik, d. h. den wechselnden politischen Lagen und politischen Urteilen über das Deutsche Reich gefolgt.

Aus dem Baukasten des schon früh entwickelten Satzes typischer amerikanischer Preußen- und Deutschlandbilder wurden je nach politischer Lage bestimmte Stereotypen herausgenommen und dominant, andere blieben latent. Es gab und gibt das romantische und gemütliche Deutschland mit seinen zauberhaften Landschaften, Burgen und Schlössern – als Heidelberger kann ich davon ein beredtes Zeugnis ablegen –, das denkende, dichterische und künstlerische, das fleißige, tüchtige, zuverlässige, produktive und technisch erstklassige Deutschland, das arrogante, zynische, anmaßende, obrigkeitshörige, freiheitsunfähige, aggressive, militärische, notorisch kriegslüsterne, antisemitische und rassistische, nach Weltmacht, ja Weltherrschaft strebende Deutschland. Am Ende der beiden Weltkriege, das ist die zweite These, war das Urteil über die Deutschen so negativ, daß das Kaiserreich 1918, das Dritte Reich 1945 aufgelöst werden mußten.

Die dritte These liegt in der Einsicht, daß selbst das negativste Urteil, das Amerika während der beiden Weltkriege gewann, nicht dazu führte, daß amerikanische Regierungen und das amerikanische Volk die Legitimität der Existenz eines geeinten und selbstbestimmten Deutschlands in der Mitte Europas in Frage stellten, von dem kurzen und folgenlosen Zwischenspiel der Teilungspläne und des Morgenthau-Planes im Zweiten Weltkrieg einmal abgesehen. Um das zu tun, hätten die Amerikaner sich selbst aufgeben müssen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 142

ten von Amerika im Zeitalter Bismarcks (Berlin, Leipzig 1933) 98–146; *John Gerow Gazley*, *American Opinion of German Unification* (New York 1926); *Christine Totten*, *Deutschland – Soll und Haben. Amerikas Deutschlandbild* (München 1964) 76–82; *Hans L. Trefousse*, *Die deutsch-amerikanischen Einwanderer und das neugegründete Reich*, in: *Frank Trommler* (Hrsg.), *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300-jährigen Geschichte* (Opladen 1986) 177–191, im folgenden zitiert: *Trommler*, *Amerika und die Deutschen*.

Die vierte These lautet: Das Urteil über die Gegenwart und Zukunft des Deutschen Reiches war immer zugleich ein Urteil über die Gegenwart und Zukunft Europas, weil die amerikanische Deutschlandpolitik immer ein integraler Bestandteil ihrer Europa-politik war. Es war immer eingebunden in ein vergleichendes Urteil über andere europäische Staaten, besonders über England, Frankreich und Rußland bzw. die Sowjetunion. Man könnte sogar fragen, ob es so etwas wie eine amerikanische Deutschlandpolitik, eine bilaterale Beziehung, je gegeben hat.

Wenn das neu gegründete, real existierende Deutsche Reich selbstverständlich vom besten aller möglichen Deutschlande um einiges entfernt war, wenn auch der jungen französischen Republik nach dem Sturz Napoleons III. viel Sympathie entgegenströmte, die Abtretung Elsaß-Lothringens und die Höhe der Reparationen in Teilen der öffentlichen Meinung auf harsche Kritik stießen, so bleibt doch bestehen, daß die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten im ersten Jahrzehnt des Deutschen Reiches zwar zweitrangig, aber vorzüglich blieben. Der Interessenschwerpunkt der USA lag in Nordamerika, des Deutschen Reiches in Europa. Bedeutende Konflikte gab es nicht.

Die Rekonstruktion des Südens, die Industrialisierung des Landes und die Landnahme des Kontinents absorbierten fast alle Energien der USA. Die tatsächliche Außenpolitik konzentrierte sich im wesentlichen auf die westliche Hemisphäre, auf Kanada, den Erwerb Alaskas und auf den Versuch, die eigene Position in der Karibik auszubauen. Die ersten Ansätze einer Ostasienpolitik waren noch ziemlich konfus und wenig zielstrebig. Gegenüber Europa galt unangefochten das Erbe George Washingtons, sich auf keinen Fall in die Händel und Bündnisse der Alten Welt verstricken zu lassen.

Bismarcks Politik hingegen blieb, wie bekannt, nach 1870/71 europazentrisch, die USA waren eine *cura posterior*. Dennoch lag es für ihn nach wie vor im wohlverstandenen Interesse deutscher Staatsräson, das Wohlwollen der USA zu behalten. Bismarck behandelte die USA weiter mit bemerkenswertem Scharfsinn und Augenmaß. Insbesondere nahm er Rücksicht auf die Monroe-Doktrin und die Empfindlichkeiten der Amerikaner in der westlichen Hemisphäre, wenn es darum ging, die Interessen deutscher Staatsbürger, etwa in Venezuela, Peru, Brasilien, Nicaragua oder Hawaii zu schützen. Den deutschen Botschafter von Schlözer wies er am 18. 12. 1871 an, dem amerikanischen Außenminister folgendes mitzuteilen: „Es liegt uns ganz fern, irgendwo in Amerika Fuß fassen zu wollen, und wir erkennen in Betreff des ganzen Kontinents den vorwiegenden Einfluß der Vereinigten Staaten als in der Natur der Dinge begründet und unseren Interessen am meisten zusagend unumwunden an.“⁶ Eine solche Note war zu dieser Zeit von keiner der alten europäischen Kolonialmächte zu haben, die die USA nacheinander aus der westlichen Hemisphäre herausdrängten: weder von Großbritannien noch Frankreich oder Spanien. Es war deshalb kein Zufall, daß die USA Kaiser Wilhelm I. dazu ausersahen, einen Grenzkonflikt zwischen Britisch-Kolumbien und dem Washington-Territorium an der Nord-Ost-Küste der USA zu schlichten. Das tat Wilhelm, indem er die amerikanischen Ansprüche für

⁶ Abgedruckt in: *Stolberg-Wernigerode*, a.a.O. 321.

legitim erklärte. Die Amerikaner konnten sich über das Deutsche Reich nicht beklagen.

Innenpolitische Faktoren, die nur benannt seien, trugen dazu bei, ein insgesamt wohlwollendes Bild eines respektierten, teilweise sogar bewunderten Deutschen Reiches in den USA zu schaffen, obwohl kritische Untertöne in Teilen der amerikanischen Gesellschaft auch im ersten Jahrzehnt nicht fehlten. Zu diesen Faktoren zählten die deutschen Einwanderer, deren Selbstwertgefühl durch den Sieg im deutsch-französischen Krieg erheblich gestiegen war, und das durch Humboldt reformierte deutsche Hochschulsystem, das gerade im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung zum Vorbild genommen wurde, um die amerikanischen Hochschulen nach deutschem Muster zu reformieren. Weder der Kulturkampf noch die Sozialistengesetze haben dem Ansehen Bismarcks und des Deutschen Reiches bei der Mehrheit der Amerikaner geschadet. Im Jahre 1876, aus Anlaß der 100-Jahr-Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, tauschten Bismarck und Kaiser Wilhelm I. freundliche Botschaften mit Präsident Grant aus. Bismarck konnte mit einigem Recht an die hundertjährige Freundschaft seit den Tagen Friedrichs des Großen erinnern⁷.

Doch diese Kontinuität löste sich in einem langen Prozeß auf. Ab Anfang der achtziger Jahre, verstärkt nach dem Sturz Bismarcks, begann eine tiefgreifende Veränderung, die „great transformation“ der deutsch-amerikanischen Beziehungen, die bis 1914 zu einem solchen Wandel des amerikanischen Deutschlandbildes führte, daß bei Ausbruch des europäischen Krieges 1914 die Mehrheit der anglo- und frankophilen Elite der USA – im Gegensatz zu 1870 – mit den Alliierten sympathisierte. Dieser Imagewechsel des Deutschen Reiches war eine wichtige Teilursache für die Politik der partiischen Neutralität der USA von 1914 bis 1916 und für die Rechtfertigung des Kriegseintrittes der USA gegen Deutschland im April 1917⁸. Obwohl bis 1916 alle Konflikte zwischen den beiden Staaten in Europa, Ostasien, im Atlantik und Pazifik sowie in Lateinamerika friedlich beigelegt wurden und das diplomatische Verhältnis auf der Ebene der Ereignisgeschichte insgesamt durch eine Mischung aus begrenztem Konflikt und Kooperation gekennzeichnet war, wurde das Wilhelminische Reich ein integraler Bestandteil des amerikanischen Feindbildes. Es nahm die Stelle ein, die vorher von den Indianern, von Frankreich, England, Mexiko und Spanien besetzt war⁹.

⁷ Jonas, *United States*, 33.

⁸ Zum Imagewechsel vgl. *Clara Eve Schieber*, *The Transformation of American Sentiment Toward Germany 1870–1914* (New York, Boston 1923); *Melvin Small*, *The American Image of Germany 1906–1914* (Unveröffentl. Diss., University of Michigan 1965); *Jörg Nagler*, *From Culture to Kultur: Changing American Perceptions of Imperial Germany 1870–1914*. Paper presented at the conference „Mutual Images and Multiple Implications: American Views of Germany and German Views of America from 18th to the 20th Centuries (Kalamazoo College, April 15–17, 1993); zum amerikanischen Deutschlandbild *Konrad H. Jarausch*, *Das amerikanische Deutschlandbild in drei Jahrhunderten*, in: *Klaus Weigert* (Hrsg.), *Das Deutschland- und Amerikabild. Beiträge zum gegenseitigen Verständnis beider Völker* (St. Augustin 1986) 10–20; *ders.*, *Huns, Krauts or Good Germans? The German Image in America, 1800–1980*, in: *James F. Harris* (Hrsg.), *German-American Interrelations. Heritage and Challenge* (Tübingen 1983) 145–159.

⁹ Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen bis 1917 vgl. besonders *Jonas*, *United States*, 35–124; *Hans W. Gatzke*, *Germany and the United States. A Special Relationship?* (Cambridge/MA

Dieser qualitative Wandel hing mit den veränderten relativen Positionen beider Staaten in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik im Zeitalter des Imperialismus zusammen, als beide Staaten ihren bisher regionalen Interessensradius entgrenzten, Weltmacht wurden oder zumindest werden wollten, sich am konkurrierenden Wettlauf aller Großmächte um die vermutete Endverteilung der Welt beteiligten, sich als Rivalen im Pazifik, in Ostasien und Lateinamerika wiederfanden und sich überdies in handelspolitische Kontroversen – Stichwort Schweinekrieg – verwickelten. Es versteht sich von selbst, daß diese intensiv erforschte Entwicklung auf beiden Seiten des Atlantiks nicht zum Gegenstand dieses Vortrages gemacht werden kann. Es sei lediglich theseartig die Vermutung begründet, daß der Imagewechsel des Deutschen Reiches nicht nur mit den Gegensätzen zwischen den beiden Staaten zusammenhing, sondern ebenso sehr damit, daß diese beiden „Neureichen“ der Weltpolitik in der Substanz ihrer Außenpolitik sehr viele Ähnlichkeiten und Parallelen aufwiesen.

Das gewaltige Wirtschaftswachstum in beiden Staaten machte Deutschland und die USA verstärkt zu Handelspartnern und Konkurrenten zugleich. In beiden Staaten entwickelten Parteien und mächtige Interessengruppen erfolgreichen Druck auf die Regierungen, um protektionistische Maßnahmen durchzusetzen. Während die USA Menschen und Kapital aus Europa unbeschränkt aufsogen, vollzog sich seit 1861 die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft hinter einer wachsenden Mauer von Schutzzöllen, die besonders den Import von Industrieprodukten behinderte. Die Schutzzollpolitik des Deutschen Reiches hingegen war in erster Linie ein Agrarprotektionismus. Dadurch war das Grundmuster des gegenseitigen Schuldvorwurfs in den sich lange hinziehenden Zollkonflikten vorgegeben: Die USA beschwerten sich regelmäßig über den Agrarprotektionismus der Deutschen, das Deutsche Reich über den Industrieprotektionismus der Amerikaner.

Beide Staaten wurden, wie gesagt, imperialistische Staaten. Die USA legten sich vor 1914 ein formelles und informelles Imperium in der Karibik und im Pazifik zu. Sie verstärkten ihre Position in Ostasien, wo sie trotz des eigenen Protektionismus versuchten, die Politik der „offenen Tür“ durchzusetzen, teilweise mit deutscher Unterstützung.

Beide Staaten strotzten vor Selbstwertgefühl. Ein aggressiver Nationalismus verband sich in beiden Staaten mit zeitspezifischen Ideologien: mit Navalismus, Rassismus

Fortsetzung Fußnote von Seite 145

1980) 27–51; *Alfred Vagts*, Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik (New York 1935); *Reiner Pommerin*, Der Kaiser und Amerika (Köln, Wien 1986); *Ragnbild Fiebig von Hase*, Lateinamerika als Konfliktherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1890–1903 (Göttingen 1986); *dies.*, The United States and Germany in the World Arena, 1900–1917, in: *Hans-Jürgen Schröder* (Hrsg.), Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924 (Oxford 1993) 33–68; *Raimund Lammersdorf*, Anfänge einer Weltmacht. Transatlantische Beziehungen während der Präsidentschaft Theodore Roosevelt, 1901–1909 (Diss. Freie Universität Berlin 1991); *Reinhard R. Doerries*, Imperial Challenge: Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations (Chapel Hill, London 1989); *ders.*, Kaiserreich und Republik. Deutsch-amerikanische Beziehungen vor 1917, in: *Trommler*, Amerika und die Deutschen, 353–366; *Holger H. Herwig*, The United States in German Naval Planning, 1889–1941 (Boston, Toronto 1976).

und Weltreichslehren. Wilhelms Kraftspruch „Weltpolitik als Aufgabe, Weltmacht als Ziel, Flottenbau als Instrument“ war dem Sinne nach ein Kernelement aller Expansionsisten und Flottenstrategen in den USA. Alfred Thayer Mahans Bestseller „The Influence of Sea Power upon History“ aus dem Jahre 1890 wurde bei allen Marinen der Welt zur Pflichtlektüre.

In beiden Staaten gab es die Marine als „pressure group“, die von lautstarken Flottenvereinen unterstützt wurde. In konkreten deutsch-amerikanischen Konflikten, etwa über Samoa, die Philippinen oder Venezuela, konnte die amerikanische „yellow press“ es spielend mit der deutschen oder englischen Presse aufnehmen. Die veröffentlichte Meinung in beiden Staaten pflegte einen selbstgerechten Nationalismus, sie intensivierte die Feindbilder. In den USA entwickelte sich die Stereotype von der deutschen, in Deutschland die Stereotype von der amerikanischen Gefahr.

Beide Staaten hatten als aufsteigende Weltmächte ein gemeinsames Problem: die alte, etablierte Weltmacht Großbritannien. Für den Imagewechsel des Deutschen Reiches wurde von entscheidender Bedeutung, daß England den Wettlauf um die Gunst der USA gewann, weil Englands Brautgeschenk erheblich großzügiger ausfiel als das Angebot des geizigen deutschen Freiers. Der wertvollste Teil des britischen Brautgeschenkes war der strategische Rückzug aus der Karibik und die ausdrückliche Anerkennung der Monroe-Doktrin, während das Wilhelminische Deutschland auch auf diesem Gebiet hinter die Einsichten Bismarcks zurückfiel.

Diese Transformation im Zeitalter des Imperialismus hatte zur Folge, daß das Deutsche Reich 1914 seinen Platz als Klein-Amerika in Europa verloren hatte. Auch die Bewunderung für die deutsche Kultur hatte erheblich nachgelassen, während umgekehrt seit den 90er Jahren der kulturelle Einfluß Frankreichs und Englands in den USA gewachsen war. Die ungeschickten Versuche des deutschen Kaiserreiches und Wilhelms II., dieser mit Sorge beobachteten Tendenz durch verstärkten Kulturaustausch und deplazierte Gastgeschenke entgegenzuwirken, änderten daran nichts. Eine Statue Friedrichs des Großen konnte eben mit dem genialen französischen Geschenk, der Freiheitsstatue, nicht konkurrieren¹⁰.

Auf der anderen Seite war die Kritik am autokratischen, militaristischen, anmaßenden, rüden, ja zivilisationsfeindlichen Deutschland auch deshalb stärker geworden, weil „Bill the Kaiser“ für viele Amerikaner das Wilhelminische Deutschland repräsentierte. Seine Besessenheit für Uniformen, seine Vorliebe für alles Militärische und seine martialischen Reden verstärkten den Eindruck von Deutschland als Militärstaat. Besonders seine berüchtigte „Hunnen-Rede“ bei Ausschiffung deutscher Soldaten zur Niederschlagung des Boxeraufstandes in China hinterließ einen verheerenden Eindruck in den USA. Sie wurde während des Ersten Weltkrieges von der englischen und amerikanischen Kriegspropaganda ausgebeutet, um die Welt mit der Gleichsetzung von Deutschen und „Hunnen“ zu beeinflussen.

Ohne diese Transformation ist auch der wichtigste Sachverhalt für die Entwicklung des amerikanischen Urteils über das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg nicht zu erklären: die Tatsache nämlich, daß es in die, wie ich es nennen möchte, manichäische

¹⁰ Nagler, *From Culture to Kultur*, 15; Gatzke, *Germany and the United States*, 45.

Falle des amerikanischen Sendungsbewußtseins geriet. Diese Behauptung sei mit einigen Sätzen erläutert.

Individuen und Nationen können die Idee der Gleichheit offensichtlich schwer ertragen, wenn sie eine eigene Identität gewinnen wollen. Sie versuchen, sich eine besondere Bedeutung zuzulegen, die sie vor anderen Individuen oder Nationen auszeichnet, sie anders, ja einzig machen soll – unter Berufung auf Vorstellungen von erhabener Allgemeinheit: Gott, die Geschichte, die Vorsehung, der Fortschritt, die Erlösung der Menschheit. Auch die Amerikaner verstehen sich, wie viele Völker vor und neben ihnen, als ein auserwähltes Volk. Die Idee einer besonderen Sendung Amerikas gehört seit der Gründung der Nation zum selbstverständlichen Bestandteil der politischen Kultur der USA. Die in erster Linie vom Geist der Aufklärung geprägten Gründungsväter der Union integrierten christlich-puritanische Sendungsvorstellungen der neuenglischen Siedler wie „the chosen people“, „the covenant people“, „God's new Israel“, „God's last American Israel“ in die Idee einer säkularen Mission Amerikas. Diese Verschmelzung von Christentum und Aufklärung hat die besondere Zivilreligion Amerikas hervorgebracht, eine unverwechselbare Mischung von christlichem Republikanismus und demokratischem Glauben, eine Nation mit der Seele einer Kirche. Die amerikanische Nation hat keine Ideologien, sie ist eine.

Die Sendungsziele Amerikas haben oszilliert, sich mit den jeweiligen Tendenzen des Zeitgeistes verbunden, z. B. mit dem Rassismus im Zeitalter des Imperialismus, und sich wieder von ihnen gelöst. Sie haben sich gewandelt, von der puritanischen Sendung, die Reformation zu vollenden, bis zur Mission, der Welt Freiheit und Demokratie zu bringen, in den Worten des Präsidenten Woodrow Wilson in seiner Kriegserklärung an Deutschland im Jahre 1917: „to make the world safe for democracy“; von der *passiven* Idee, Amerika in ein neues Jerusalem zu verwandeln und durch eigenes Beispiel ein Leuchtturm für die Welt zu sein, bis zur *aktiven* Missionspflicht, zurückgebliebene, weniger zivilisierte Völker auf amerikanisches Niveau zu heben, eine neue Weltordnung zu schaffen, die Welt zu erlösen, das Millenium herbeizuführen.

Jedes geschichtsteleologisch begründete Sendungsbewußtsein braucht zu seiner historischen Realisierung die jeweils konkrete Negation, das Anti-Prinzip, das Reich des Bösen, das im Krieg bekämpft werden muß, um Fortschritt zu ermöglichen und die Sendung zu erfüllen. Deshalb kann eine Nation mit der Seele einer Kirche einen tatsächlichen Kriegseintritt nur ideologisch rechtfertigen. Sie kann sich nicht auf materielle Interessen, die Staatsräson oder – *horribile dictu* – das verletzte Gleichgewicht der Kräfte berufen, allenfalls auf verletzte Rechte, weil Legalität und Moralität für ein solches Bewußtsein austauschbar sind. Aus diesem Grunde sitzt, wer immer mit den USA in Krieg und Konflikt gerät, automatisch in der manichäischen Falle. Das ist dem Deutschen Reich im Ersten und Zweiten Weltkrieg passiert.

Erst die Verwandlung des deutschen Kaiserreiches in das Reich des Bösen, so meine These, hat es dem amerikanischen Volk und ganz besonders seinem Präsidenten Woodrow Wilson ermöglicht, die zutiefst ambivalente und auf Dauer nicht durchzuhaltende Europapolitik der USA von 1914 bis 1916 zu beenden, den Kampf um die keineswegs kriegsbereite Seele des amerikanischen Volkes zu gewinnen – Wilson hat

den Wahlkampf 1916 tatsächlich wegen seines Verdienstes gewonnen, Amerika aus dem Krieg herausgehalten zu haben –, die „threat perception“ des amerikanischen Volkes zu revolutionieren, den Rubikon zu überschreiten und Deutschland den Krieg zu erklären; schließlich nach dem Kriegseintritt eine Propagandamaschinerie in Gang zu setzen, die groteske Bedrohungsszenarien über die Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der USA durch Deutschland in der westlichen Hemisphäre produzierte. Mit Ausnahme der Hexenjagd gegen die Deutsch-Amerikaner, deren Identität im Ersten Weltkrieg zerstört wurde¹¹, wiederholte sich dieser Vorgang in großen Zügen von 1939–1941; mit dem einen Unterschied, wenn sie mir dieses Werturteil gestatten, daß es sich im zweiten Falle tatsächlich um ein Reich des Bösen handelte.

Die tiefe Ambivalenz Wilsons hatte darin gelegen, daß er Europa weder leiden noch von dem Kontinent lassen konnte; die moralisch bessere Neue Welt von der verrottenen Alten Welt isolieren und zugleich die Menschheit und das System der internationalen Beziehungen von den alten Übeln erlösen wollte.

Einerseits appellierte er am 19. August 1914 an die Amerikaner, nicht nur in ihren Taten, sondern auch in ihren Gedanken neutral zu bleiben, und erklärte, daß die Wirkung des europäischen Krieges auf die USA allein davon abhängt, wie die Amerikaner selbst handelten und dächten, eine Aussage, die er noch am 7. Dezember 1915 wiederholte¹². Während der zutiefst parteiische und anglophile US-Botschafter in London, Page, Wilson bereits im August 1914 erklärte, das preußische Militärsystem müsse wie ein Tumor entfernt werden, behauptete Wilson gegenüber seinem ebenfalls englandfreundlichen Intimus House im November 1914, daß Deutschland keine Gefahr für Amerika darstelle und die USA selbst im Falle eines Sieges in Europa nicht angreifen könne¹³. Immer wieder versicherte er seinen Landsleuten im Wahljahr 1916, daß Amerika nichts mit den Ursachen und Zielen des europäischen Krieges zu tun habe, ein Urteil über die deutsche Kriegsschuld kam zu diesem Zeitpunkt nicht über seine Lippen. Noch im November 1916 hielt er den deutschen Militarismus und den britischen Navalismus für die beiden großen Übel der Menschheit¹⁴.

Andererseits war die amerikanische Neutralität für Wilson kein Selbstzweck, sondern bis zum Januar 1917 die Voraussetzung dafür, selbst eine welthistorische Mission zu erfüllen, nämlich dem ausgebluteten und erschöpften Europa einen amerikanischen Frieden zu bringen und als Werkzeug Gottes, als „servus servorum Dei“, in die

¹¹ Vgl. *Frederick C. Luebke*, *German-Americans and World War I. Bonds of Loyalty* (De Kalb, Illinois 1974).

¹² Neutralitätserklärung in: *Henry Steele Commager* (Hrsg.), *Documents of American History*, Vol. II. since 1898 (Englewood Cliffs 1973) 96f.; im folgenden zitiert *Commager*, *Documents*. Vgl. Wilsons „Annual Message on the State of Union“ vom 7. Dezember 1915, besonders die folgende Aussage: „We are at peace with all the nations of the world, and there is reason to hope that no question in controversy between this and other Governments will lead to any serious breach of amicable relations, grave as some differences of attitude and policy have been and may yet turn out to be. I am sorry to say that the gravest threats against our national peace and safety have been uttered within our own borders.“ *Arthur S. Link* (Hrsg.), *The Papers of Woodrow Wilson*, Vol. 35 (Princeton 1980) 306.

¹³ *Jan Willem Schulte Nordholt*, *Woodrow Wilson. A Life for World Peace* (Berkeley, Los Angeles, Oxford 1991) 142; im folgenden zitiert *Nordholt*, *Wilson*.

¹⁴ *Nordholt*, *Wilson*, 201.

Geschichte einzugehen. Seine berühmte Rede vor dem amerikanischen Senat am 22. Januar 1917, in der er Prinzipien für einen „Frieden ohne Sieg“ und eine Revolution der internationalen Politik ankündigte, endete mit zivilreligiösen Sätzen, die die Essenz der Wilsonschen Missionsidee zusammenfaßten: Wilson und das amerikanische Volk als Stellvertreter der Menschheit. „These are American principles, American policies. We could stand for no others. And they are also the principles and policies of forward looking men and women everywhere, of every modern nation, of every enlightened community. They are the principles of mankind and must prevail.“¹⁵

Der tiefe Haß gegen und die Verachtung für das Deutsche Reich wurden für Wilson erst begründet, als die Ankündigung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und das Zimmermann-Telegramm nicht nur die Interessen und das Prestige der USA gefährdeten, sondern ihm diese weltgeschichtliche Rolle zu entziehen drohten. Jetzt sah sich der schwer ringende Wilson vor die Alternative gestellt, auf seine Mission zu verzichten oder sie auf eine radikal andere als die gerade verkündete Weise zu verwirklichen, nämlich durch „Krieg und Sieg“. Gegenüber dieser Entscheidungslage waren, soweit es den Präsidenten selbst anging, alle anderen Gründe für den US-Kriegseintritt zweitrangig, den möglichen Verlust des Gleichgewichts in Europa durch einen deutschen Sieg oder die „goldenen Ketten“ eingeschlossen, durch die sich die amerikanische Wirtschaft an die Ökonomie der Alliierten gebunden hatte.

Wilson befreite sich aus seinem Dilemma, indem er in der von ihm selbst verfaßten Botschaft an den Kongreß vom 2. April 1917 den bevorstehenden Krieg gegen Deutschland aus der amerikanischen Sendungsidee legitimierte und auf eine universale Ebene hob: Der deutsche U-Boot-Krieg sei ein Krieg gegen alle Nationen, gegen die Menschheit. Die Gefahr für Frieden und Freiheit der Welt liege in der Existenz autokratischer Regierungen, deren organisierte Gewalt nur durch sie selbst, nicht durch den Willen ihrer Völker kontrolliert werde. Die preußische Autokratie habe überdies durch Spione und kriminelle Intrigen den Frieden in den USA gefährdet, sie sei der natürliche Feind der Freiheit. Die USA selbst hätten keine eigensüchtigen Interessen. Sie kämpften für einen endgültigen Frieden und die Befreiung der Völker, das deutsche Volk eingeschlossen, gegenüber dem man nur Sympathie und Freundschaft empfinde. „The world must be safe for democracy.“

Wilson beendete seine Kriegsbotschaft mit den Worten: „To such a task we can dedicate our lives and our fortunes, everything that we are and everything that we have, with the pride of those who know that the day has come when America is privileged to spend her blood and her might for the principles that gave her birth and happiness and the peace she has treasured.“ Er schloß lutherisch: „God helping her, she can do no other.“¹⁶

¹⁵ *Commager*, Documents, 128.

¹⁶ Ebd. 132. Aus der reichen Literatur zu Wilson in der Weltpolitik vgl. *Lloyd E. Ambrosius*, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective* (Cambridge 1987); *ders.*, *Wilsonian Statecraft. Theory and Practice of Liberal Internationalism during World War I* (Wilmington, Delaware 1991); *John Milton Cooper*, *The Warrior and the Priest: Woodrow Wilson and Theodore Roosevelt* (Cambridge 1983); *Patrick Devlin*, *Too Proud to Fight: Woodrow Wilson's Neutrality* (Oxford 1975); *Robert H. Ferrell*, *Woodrow Wilson and*

Die letzte und zwingende Konsequenz der manichäischen Falle war, daß Wilson mit dem Reich des Bösen keinen Waffenstillstand und keinen Frieden schließen konnte; um so mehr, als das „autokratische“ Kaiserreich und sein Krebsgeschwür, der preußische Militarismus, in der Kriegspropaganda zum „outlaw“ wurden, die Situation durch den Slogan „Hang the Kaiser“ einem „shoot out at high noon“ immer ähnlicher wurde, die nationalistischen Republikaner eine bedingungslose Kapitulation forderten und Wilsons Demokraten schwere Einbußen bei den Kongreßwahlen befürchteten. Deshalb mußte Wilson das Waffenstillstandsgesuch der Regierung Max von Baden vom 4. Oktober 1918 mit der Forderung nach dem Ende des Deutschen Reiches in seiner bisher verfaßten Form, nach einem Regimewechsel und einer demokratischen Legitimität des Verhandlungspartners verbinden. Es ist bekannt, daß die vom Staatssekretär des Äußeren, Paul von Hintze, von Hindenburg und Ludendorff inszenierte „Revolution von oben“, nämlich der Wechsel von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie, erfolgte, weil die deutsche Reichsleitung diesen Wunsch Wilsons antizipierte; und es ist weiter bekannt, daß ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit aus den bewußt unklar verfaßten Noten Wilsons den Schluß zog, daß der amerikanische Präsident tatsächlich auch die Abdankung des Kaisers und einen Übergang zur Republik meinte, sich deshalb der Druck auf Wilhelm von allen Seiten erhöhte, weil man durch ein Kaiseropfer bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erhoffte¹⁷.

Allerdings änderten weder das Ende des Kaiserreiches noch die Umwälzungen in Deutschland noch die Strategie der Deutschen, sich auf die vierzehn Punkte und das Selbstbestimmungsrecht als Basis des Friedensvertrages zu berufen, etwas an den harten Friedensbedingungen für Deutschland. Im Gegenteil, mehrere Faktoren verstärkten die Tendenz Wilsons zu einem Straffrieden: seine neu erworbene Einsicht, daß Deutschland am Ausbruch des europäischen Krieges schuldig gewesen sei – nach Ansicht Clemenceaus die Ansicht der gesamten zivilisierten Welt –, seine im Laufe der Versailler Konferenz wachsende Überzeugung, daß das neue Deutschland nur das alte in neuer Verkleidung repräsentiere, die Rücksichtnahme auf die Strategien und Interessen der Verbündeten, vor allem die mögliche Gefährdung des Völkerbundes und seiner Rolle als „arbitrator mundi“.

Fortsetzung Fußnote von Seite 150

World War I, 1917–1921 (New York 1985); *Lloyd C. Gardner*, Safe for Democracy: The Anglo-American Response to Revolution (New York 1984); *N. Gordon Levin*, Woodrow Wilson and World Politics: America's Response to War and Revolution (New York 1968); *Arthur S. Link*, The Higher Realism of Woodrow Wilson and other Essays (Nashville 1971); *ders.*, Wilson, Vol. 3, 4, 5 (Princeton 1960–1965); *ders.*, Woodrow Wilson and a Revolutionary World, 1913–1921 (Chapel Hill 1982); *Ernest R. May*, Imperial Democracy: The Emergence of America as a Great Power (New York 1961); *ders.*, The World War and American Isolation, 1914–1917 (Cambridge 1959); *Arno J. Mayer*, Political Origins of the New Diplomacy, 1917–1918 (New Haven 1959); *Nordholt*, Wilson.

¹⁷ Zu Wilson und Deutschland 1918/19 vgl. besonders *Klaus Schwabe*, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden: Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19 (Düsseldorf 1971); *ders.*, Woodrow Wilson, Revolutionary Germany and Peacemaking, 1918–1919: Missionary Diplomacy and the Realities of Power (Chapel Hill 1985).

Auf der anderen Seite sollte der Straf- und Rachefriede nicht zu einem Karthago am Rhein führen. Das Selbstbestimmungsrecht und Überlegungen zur zukünftigen Gesamtarchitektur Europas, auch die Furcht vor der bolschewistischen Gefahr, hielten ihn davon ab, die Einheit eines deutschen Nationalstaates in Frage zu stellen, die Bismarcksche Reichsgründung rückgängig zu machen und Frankreich zu erlauben, die linksrheinischen Gebiete auf Dauer von Deutschland abzutrennen. Während der Versailler Konferenz mußte er praktizieren, was er selbst als das Erzübel des europäischen Mächtesystems angeprangert hatte und durch den Völkerbund überwinden wollte: das Prinzip des Gleichgewichtes der Mächte. Genau besehen, könnte man schon Wilsons Europapolitik als Politik einer dreifachen Eindämmung charakterisieren, nämlich als Eindämmung der sowjetischen und deutschen Gefahr in Europa, verbunden mit dem Wunsch, Frankreichs Sicherheitsängsten entgegenzukommen, ohne das Land zur Hegemonialmacht in Europa aufsteigen zu lassen¹⁸.

Obwohl die Weimarer Verfassung durch den ersten Satz des ersten Artikels „Das Deutsche Reich ist eine Republik“ eine gesamtstaatliche Kontinuität mit dem 1871 gegründeten Nationalstaat postulierte, war für die Amerikaner das „Reich“ mit der Konstituierung der Weimarer Republik de facto untergegangen. Die manichäische Falle war leer. Deutschland sollte aus amerikanischer Sicht die Chance erhalten, nach einer Phase der Reue, Buße und Besserung als geachtete Macht in den Kreis der Nationen zurückzukehren und sich als liberal-kapitalistische Demokratie, als Klein-Amerika in Europa zu bewähren.

Unter solchen Voraussetzungen waren Revisionen des Versailler Vertrages, den der Senat ohnehin nicht ratifiziert hatte, aus amerikanischer Sicht durchaus denkbar. Im Gegensatz zu Frankreich war es nie das Ziel der USA, den Status quo von 1919 zu zementieren, friedlicher Wandel (*peaceful change*) gehörte methodisch zum Kernbestand der amerikanischen Europapolitik. Es lag im aufgeklärten Selbstinteresse der USA, einen solchen Wandel zu unterstützen, der letztlich dem Ziel diene, Deutschland politisch in Europa und ökonomisch in die Weltwirtschaft zu re-integrieren.

Wie jeder Historiker der Weimarer Republik weiß, bewegten sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen besonders von 1923 bis 1929 in diese Richtung. Der Dawes-Plan von 1924, das konkrete Ergebnis der amerikanischen Stabilisierungspolitik in Europa, markierte die entscheidende Zäsur. Die wirtschaftliche Sicherung durch den

¹⁸ Zu Wilson in Versailles vgl. neben den in Anmerkung 16 und 17 genannten Arbeiten: *Lawrence E. Gelfand*, *The Inquiry: American Preparations for Peace, 1917–1919* (New Haven 1963); *Lord Maurice Hankey*, *The Supreme Control of the Paris Peace Conference, 1919* (London 1963); *Michael Hogan*, *The United States and the Problem of International Economic Control: American Attitudes toward European Reconstruction, 1918–1920*, in: *Pacific Historical Review* 46 (1975) 84–103; *Melvin P. Leffler*, *The Elusive Quest: America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933* (Chapel Hill 1979); *Arno J. Mayer*, *Politics and Diplomacy of Peacemaking: Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919* (London 1968); *Keith L. Nelson*, *Victors Divided: America and the Allies in Germany 1918–1923* (Berkeley 1975); *Carl P. Parrini*, *Heir to Empire: United States Economic Diplomacy, 1916–1923* (Pittsburgh 1969); *Jan Willem Schulte Nordholt*, *Wilson in Versailles*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis* 80 (1967) 177–199; *David F. Trask*, *The United States in the Supreme War Council, 1917–1918* (Middletown/Conn. 1961); *Arthur C. Walworth*, *American's Moment: 1918* (New York 1977).

Dawes-Plan machte den politischen Sicherheitsvertrag von Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die Räumung des Rheinlandes erst möglich. Diese wirtschaftliche Intervention von Amerikanern war der Anfang vom Ende der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg. Deutschland wurde mit amerikanischer Hilfe aus der hilflosen Objektkontrolle des Jahres 1919 befreit. Und durch den massiven Zufluß amerikanischen Kapitals ging, wie ein Zeitgenosse ironisch bemerkte, die „Dollar-Sonne“ über Deutschland auf; eine wichtige Grundlage für die Stabilitätsphase der Republik bis zum Ausbruch der größten Weltwirtschaftskrise seit Beginn der industriellen Revolution¹⁹.

Wie nach 1945, als die Amerikaner unter den Deutschen in Konrad Adenauer eine politische Potenz für ihre Politik der Westintegration der Bundesrepublik fanden, so gab es in der mittleren Phase der Weimarer Außenpolitik in Gustav Stresemann einen kongenialen Politiker, der die Ziele der US-Außenpolitik richtig perzipierte: bündnispolitische Abwesenheit, wirtschaftliche Anwesenheit, Revisionismus durch friedlichen Wandel, multilaterale Methode.

Der nationalistischen Rechten in Deutschland, die die Souveränitätsverluste und Kontrollen der deutschen Wirtschaft durch den Dawes-Plan beklagte, erklärte der deutsche Außenminister: Je größer die wirtschaftlichen Interessen der USA in Deutschland, je mehr amerikanische Kredite nach Deutschland fließen, desto größer sei das Interesse der USA an einem friedlichen Wandel, dessen letztes Ziel aus Stresemanns Sicht die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung einer gleichberechtigten deutschen Großmachtposition in Europa war.

Die USA waren durch den Ersten Weltkrieg zur führenden Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt geworden, sie bauten diese Position in den zwanziger Jahren weiter aus. Sie vergrößerten ihren Vorsprung als führender Produzent, wurden zum größten Exporteur und zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs von 35,8 % im Jahre 1913 auf 46 % im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929. Gemessen in Dollar, war das Nationaleinkommen der USA ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen – Großbri-

¹⁹ Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Weimarer Republik und dem Deutschlandbild der Amerikaner in dieser Zeit vgl. *Peter Berg*, Deutschland und Amerika 1918–1929. Über das deutsche Amerikabild der zwanziger Jahre (Lübeck, Hamburg 1963); *Manfred Berg*, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929 (Baden-Baden 1990); *ders.*, Gustav Stresemann. Eine politische Karriere zwischen Reich und Republik (Göttingen 1992); *Frank C. Costigliola*, Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933 (Ithaca, London 1984); *Peter Bruno Gescher*, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924 (Bonn 1956); *Robert Gottwald*, Die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann (Berlin 1965); *Peter Krüger*, Die Außenpolitik der Republik von Weimar (Darmstadt 1985); *Melvyn P. Leffler*, The Elusive Quest, a.a.O.; *Werner Link*, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932 (Düsseldorf 1970); *William C. McNeill*, American Money and the Weimarer Republik. Economics and Politics in the Era of the Great Depression (New York 1986); *Stephen A. Schuker*, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes-Plan (Chapel-Hill 1976); *Eckhard Wandel*, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–1929 (Tübingen 1971).

tannien, Deutschland, Frankreich und Kanada eingeschlossen. New York wurde neben London zum zweiten Finanzzentrum der Welt, das Weltwirtschaftssystem wurde bizentrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Auch der kulturelle Einfluß der USA verstärkte sich, die US-Filmindustrie z.B. eroberte den europäischen Markt. Unter dem Stichwort „Amerikanismus“ begann in Deutschland und in anderen europäischen Ländern eine intensive Auseinandersetzung mit den zugleich bewunderten und gefürchteten USA.

Das gewaltige Machtgefälle zum geschlagenen Deutschland hatte zur Folge, daß die Weimarer Republik aus dem öffentlichen Bewußtsein der USA weithin verschwand und nur eine kleine, informierte Öffentlichkeit sich mit den Entwicklungen in Deutschland beschäftigte. Bis 1923 gab es in dieser Gruppe erhebliche Zweifel daran, ob die Republik Bestand haben und nicht einer Diktatur weichen würde. Stresemann begegnete man zunächst mit Skepsis, seine Metamorphose zum Vernunftrepublikaner und Verständigungspolitiker mußte sich erst bewähren. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 rief blankes Entsetzen hervor. Der Verband amerikanischer Weltkriegsveteranen verlangte von Präsident Coolidge die Verhaftung Hindenburgs und eine Wiederholung der Reichspräsidentenwahl²⁰. Erst die Locarnopolitik, die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Kellogg-Briand-Kriegsächtingspaktes und der Friedensnobelpreis für Stresemann hatten zur Folge, daß die Überlebenschancen der ersten deutschen Demokratie von der politischen Klasse der USA verhalten optimistisch eingeschätzt wurden. Nichts symbolisiert vielleicht die neue Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen und das spannungsgeladene Verhältnis zu Frankreich besser als der 5. Mai 1928 in Heidelberg, ein „dies academicus“ und ein „dies politicus“ zugleich. Stresemann und dem US-Botschafter Jacob Gould Schurman wurde von meiner Universität die Ehrendoktorwürde verliehen. Stresemann faßte bei diesem Anlaß die Ziele und Methoden seiner Außenpolitik zusammen, Schurman sagte sogar, er sei während der letzten drei Jahre in steigendem Maße von der Ähnlichkeit der grundlegenden Ideale der Regierungen und Völker beider Länder durchdrungen worden. „Deutschland und die Vereinigten Staaten marschieren vorwärts in einem großen und edlen Abenteuer für die Sache der menschlichen Kultur.“ Diese Äußerung des amerikanischen Botschafters stieß auf scharfe Kritik in Frankreich. Außenminister Kellogg, der die prekäre Balance innerhalb der amerikanischen Europapolitik gefährdet sah, ließ daraufhin erklären, daß die Rede vor der Veröffentlichung dem State Department nicht vorgelegt worden sei²¹.

Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 und die Errichtung einer Diktatur führten zu einem dramatischen Ansehensverfall Deutschlands und des Dritten Reiches in den USA, der seit Mitte der dreißiger Jahre – dank der neuen Umfragetechni-

²⁰ Berg, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten, 231–173; zur Reaktion auf die Wahl Hindenburgs, 248 ff.

²¹ Detlef Junker, Jacob Gould Schurmann, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: *Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls Universität Heidelberg 1386–1986*. Festschrift in sechs Bänden, Bd.III (Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1986); ders., Die USA und die Weimarer Republik, in: *Heidelberger Jahrbücher XXXV* (Berlin, Heidelberg 1991) 27–34.

ken von Gallup und Roper – auch quantitativ genauer zu bestimmen ist. Auf die Frage, welches europäische Land sie am meisten mögen, antworteten im Januar 1937 55 % England, 11 % Frankreich und 8 % Deutschland. Auf die Frage, welche Seite sie in einem Krieg zwischen Deutschland und Rußland gewinnen sehen wollten, antworteten im November 1938 83 % Rußland und 17 % Deutschland. Auf die Frage, wer für den gegenwärtigen Krieg verantwortlich sei, antworteten in einer Umfrage vom 1. bis 6. September 1939 82 % Deutschland, 3 % England und Frankreich, 3 % der „Versailler Vertrag“ und 1 % Polen. Auf die Frage, welche Seite sie im gegenwärtigen Krieg gewinnen sehen wollten, antworteten Anfang März 1940 84 % England und Frankreich, 1 % Deutschland. Auf die Frage, welche Seite sie im gegenwärtigen Krieg zwischen Deutschland und Rußland siegen sehen wollten, antworteten in einer Umfrage vom 26. Juni bis 1. Juli 1941 72 % Rußland, 4 % Deutschland²².

In den dreißiger Jahren wuchs in den USA die Furcht, daß das vermeintliche „trojanische Pferd“ der NSDAP in den USA, der „Bund der Freunde des neuen Deutschlands“ möglicherweise die innere Sicherheit der USA gefährde; zugleich wuchs die Furcht, daß die Außenpolitik des Dritten Reiches eine Bedrohung für den Weltfrieden darstelle. Diese doppelte Furcht führte nun nicht zu einer präventiven Interventionspolitik in Europa, sondern im Gegenteil zu einer Verstärkung der isolationistischen Grundstimmung des amerikanischen Volkes, sich angesichts dieser Gefahrensignale noch entschiedener von Europa zu isolieren. Diese Grundstimmung und die in ihr enthaltenen Sachurteile über die nationalen Interessen der USA sind die wichtigste Determinante der amerikanischen Außenpolitik bis zum Ausbruch des europäischen Krieges im Jahre 1939. Was Hitler 1940 mit dem Drei-Mächte-Pakt, 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion und mit der Bundesgenossenschaft Japans vergeblich versucht hatte, nämlich Amerika aus Europa herauszuhalten und in die westliche Hemisphäre zurückzuschrecken, das tat der amerikanische Kongreß durch Verabschiedung der Neutralitätsgesetze zunächst selbst. Die weltpolitische Situation war gegenläufig. Während in Europa und Asien Aggression und Expansion zunahmen, vervollständigte der Kongreß durch die Neutralitätsgesetze von 1935–1937 den Index der für die Regierung Roosevelt in Kriegs- und Krisenzeiten verbotenen außenpolitischen Maßnahmen. Auf der Ebene der offiziellen, von Kongreß, Gesetzgebung und öffentlicher Meinung unterstützten Außenpolitik war Roosevelt bei Ausbruch des europäi-

²² Abgedruckt in: *Detlef Junker*, Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933–1945 (Düsseldorf 1988) 70–78. Eine Bibliographie zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen dieser Zeit, ebd. 173–179. Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf eigene Forschungen, vgl. *Detlef Junker*, Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941 (Stuttgart 1975); *ders.*, Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten (Göttingen ²1989); *ders.*, Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten 1933–1945, in: *Wolfgang Michalka* (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg (München 1989) 57–73; *ders.*, The Impact of Foreign Politics on the U.S. Domestic Scene, 1939 to 1941, in: *Maurizio Vaudagna* (Hrsg.), The United States in the Late Thirties, Special Issue of *Storia Nord-americana*, vol. 6, nos 1–2 (Torino 1989) 17–34; *ders.*, Hitler's Perception of Franklin D. Roosevelt and the United States of America, in: *Cornelis A. van Minnen, John F. Sears* (Hrsg.), FDR and His Contemporaries. Foreign Perceptions of an American President (New York 1992) 145–156; *ders.*, The Continuity of Ambivalence: German Views of America, 1933–1945 (erscheint voraussichtlich 1994 in einem Sammelband, Cambridge University Press).

schen Krieges ein unbewaffneter Prophet, eine *Quantité négligeable*, und als solche wurde er auch von Hitler behandelt.

Roosevelt nun wußte nur zu genau, daß er seine Handlungsfreiheit und seine Einwirkungsmöglichkeiten in der Weltpolitik nur in dem Maße wiedergewinnen würde, wie es ihm gelang, die „threat perception“, die Vorstellungen des amerikanischen Volkes über das Bedrohungspotential des nationalsozialistischen Deutschlands für die Vereinigten Staaten, zu verändern. Er mußte dem amerikanischen Volk erklären und demonstrieren, daß es für die USA eine gefährliche Illusion sei, das nationale Interesse auf die westliche Hemisphäre zu beschränken, sich in der „Fortress America“, der Festung Amerika, einzuigeln und die Veränderungen in Eurasien ihren Lauf nehmen zu lassen. „Preparedness“ – die industrielle, wirtschaftliche und geistige Vorbereitung auf einen möglichen Krieg war bis 1941 das überragende Ziel seiner Außenpolitik. In diesem Sinne war Außenpolitik in einem erheblichen Maße Innenpolitik. Seinen „Public Papers and Addresses“ für das Jahr 1941 hatte er selbst den Titel gegeben: „The Call to Battle Stations“. Roosevelt wußte, wie alle Zeitgenossen des Ersten Weltkrieges, daß nur eine verunsicherte Nation bereit sein würde, sich auf einen Krieg vorzubereiten oder gar zu kämpfen.

In dieser Erziehungskampagne, in diesem öffentlichen Dialog mit der isolationistischen Mehrheit, entwickelte Roosevelt die Dialektik des US-Globalismus im 20. Jahrhundert in seinen beiden Komponenten: die Warnung vor der Weltherrschaft des Feindes, in diesem Fall des Dritten Reiches, und die globale Definition des nationalen Interesses der USA, und zwar global im Hinblick auf den Inhalt und die Reichweite des nationalen Interesses. Man kann sogar behaupten, daß erst die harte innenpolitische Auseinandersetzung um das Bedrohungspotential des Dritten Reiches und der Überfall auf Pearl Harbor die Mehrheit der Amerikaner dahin gebracht haben, ihr Land als globale Macht mit Interessen in allen Kontinenten und auf allen Meeren zu begreifen – zumindest bis zum Ende des Kalten Krieges.

Arthur M. Schlesinger Jr. hat jüngst, ich meine zu Recht, an die Tradition erinnert, die Roosevelts Internationalismus und Globalismus geprägt hat²³. Mit Thomas Jefferson, mit Theodore Roosevelt und mit dem Seestrategen Alfred Thayer Mahan teilte er die Auffassung, daß ein Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Kontinent von vitalem Interesse für die USA sei. Mit Woodrow Wilson glaubte er an das Ideal einer Welt, in der die freie Selbstbestimmung der Nationen und das Prinzip kollektiver Sicherheit den Frieden garantieren sollten. Mit seinem Außenminister Cordell Hull teilte er die Überzeugung, daß allein eine freie Weltwirtschaft die Güter und Dienstleistungen erzeuge, die notwendig seien, um den Weltfrieden langfristig zu erhalten. Hitler bedrohte offensichtlich alles zugleich: das Gleichgewicht der Kräfte in Europa, den Weltfrieden und die freie Weltwirtschaft. Deshalb hat Roosevelt seine Warnungen, seinen Globalismus als dreifache Vorwegnahme der Zukunft artikuliert. Das ist

²³ Arthur M. Schlesinger Jr., Franklin D. Roosevelt's Internationalism, in: *Cornelis A. van Minnen, John F. Sears* (Hrsg.), *FDR and His Contemporaries*, 1–16.

die Hauptthese meiner Habilitationsschrift, die ich abschließend in wenigen Worten zusammenfasse²⁴.

Mit jedem militärischen Erfolg rückte eine mögliche ökonomische Zukunft näher, deren Verwirklichung in den Augen Roosevelts und der Internationalisten die Katastrophe für die amerikanische Wirtschaft schlechthin bedeutet hätte. Ihre Grundstruktur sei mit wenigen Sätzen nachgezeichnet: Ein Sieg Hitlers und Italiens in Europa, Japans im Fernen Osten würde beide Regionen in ein System fast autarker Planwirtschaft zwingen. Die USA würden ihre Investitionen verlieren, das Handelsvolumen würde drastisch fallen und Außenhandel, wenn überhaupt, zu den Bedingungen der Achsenmächte stattfinden. Südamerika, der natürliche Lieferant Europas, würde zusehends unter den Einfluß von Hitlers Europa geraten. Durch das Schrumpfen der Import- und Exportindustrie der USA und der damit verbundenen sekundären Effekte auf die gesamte Volkswirtschaft würde das vom New Deal ungelöste Arbeitslosenproblem sich radikal zuspitzen und soziale Spannungen erzeugen, die im Rahmen des bestehenden Systems nicht gelöst werden könnten. Mit anderen Worten: Für die Internationalisten war der offene, unteilbare Weltmarkt eine der Grundbedingungen für das Überleben des amerikanischen Systems.

Nun zum militärischen Aspekt: Zu Beginn der Präsidentschaft Roosevelts umfaßte die amerikanische Sicherheitszone die westliche Hemisphäre und den halben Pazifik, insgesamt ein Drittel des Erdballs. Seit München und der fast zeitgleichen Verkündung einer „Neuen Ordnung“ in Ostasien durch Japan schob Roosevelt die Grenzen der Sicherheit der USA immer weiter hinaus, bis sie spätestens 1941 mit dem Pacht- und Leihprogramm globale Dimensionen im wörtlichen Sinne angenommen hatten. Einer der Eckpfeiler in dieser Neuorientierung war eben eine neue Bestimmung der Grenzen der Sicherheit der USA: Eine Beschränkung auf die Verteidigung der westlichen Hemisphäre sei selbstmörderisch; ohne die Kontrolle der Weltmeere glichen diese „highways“ – so ein oft gebrauchter Vergleich Roosevelts –, die die Achsenmächte jederzeit zum Angriff auf die USA nutzen könnten. Eine Kontrolle der Meere könne aber nicht von der US-Flotte allein geleistet werden; sie sei nur möglich, wenn Europa und Asien nicht von den Achsenmächten beherrscht würden und ihnen die Schiffbaukapazitäten zweier Kontinente zur Verfügung stünden. Frankreich, England und China, seit der Mitte 1941 auch die Sowjetunion, müßten unterstützt werden, weil sie stellvertretend die USA mitverteidigten. Auch im militärischen Sinne hätten die USA ein vitales Interesse an der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa und Asien.

Die dritte globale Komponente in der Bestimmung des nationalen Interesses der USA vor Eintritt in den Zweiten Weltkrieg war die ideelle. In fast ermüdender Wiederholung hat Roosevelt immer wieder erklärt: Das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung und die Pflicht der Staaten, sich in der internationalen Politik den Grundsätzen des Völkerrechts zu unterstellen, seien unteilbar. Diese Prinzipien müßten für alle Staaten überall auf der Welt uneingeschränkt gelten. Gewalt und Aggression als Mittel zur Veränderung des Status quo seien illegitim. Die Regierung Roose-

²⁴ Junker, Der unteilbare Weltmarkt.

velt hatte sich die Stimson-Doktrin aus dem Jahre 1932 uneingeschränkt zu eigen gemacht, nach der die USA gewaltsame territoriale Veränderungen nicht anerkennen würden.

Im Selbstverständnis Roosevelts war die heraufziehende Auseinandersetzung mit den Achsenmächten nie nur ein Konflikt zwischen den „Habenden“ und den „Habenichtsen“. Er deutete ihn als einen epochalen Kampf um die zukünftige Gestalt der Welt zwischen Aggressoren und friedlichen Nationen, zwischen liberaler Demokratie und Faschismus, zwischen westlicher, christlich-humanistischer Zivilisation und Barbarei, zwischen Bürgern und Verbrechern, zwischen Gut und Böse. Wie Wilson entfaltete Roosevelt ein manichäisches Weltbild, das Dritte Reich saß, wie einst das Kaiserreich, in der manichäischen Falle.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich in Roosevelts Denken der ideelle und wirtschaftliche Globalismus der Freiheit (Wilson's liberal globalism) mit einem neuen, durch die Entwicklung der Waffentechnik und die angenommenen Weltherrschaftspläne Hitlers bedingten militärischen Globalismus verband. Deshalb mußten die USA selbst in den Krieg eintreten, um sowohl die „Neuen Ordnungen“ in Europa und Asien zu zerstören, als auch die eigene Position als zukünftige Weltmacht zu sichern, den „novus ordo seclorum“, wie auf jedem Dollarschein zu lesen ist.

Peter Alter

Herausforderer der Weltmacht. Das Deutsche Reich im britischen Urteil

Anfang 1947 debattierte das Londoner Unterhaus über die politische und wirtschaftliche Situation im besiegten Deutschland. Dort hatte Großbritannien als Besatzungsmacht gemeinsam mit seinen Alliierten nach der deutschen Kapitulation Verpflichtungen übernommen, die sowohl seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch die politische Gestaltungskraft seiner Politiker zu überfordern drohten. Die Debatte bot unversehens Gelegenheit für einen Rückblick auf die Geschichte eines Staates, der in der kurzen Zeitspanne seiner Existenz die Inselmacht zweimal herausgefordert hatte und nur unter Aufbietung aller ihrer Kräfte und im Bündnis mit anderen Mächten niedergeworfen werden konnte.

Die Frage, die sich den Abgeordneten in London stellte, war nicht sonderlich originell. Sie lag nahe und mußte geradezu zwangsläufig in jede öffentliche oder private Diskussion der britischen Deutschland- und Besatzungspolitik einfließen. Konnte und sollte die deprimierende politische Erfahrung mit dem Deutschen Reich nach dem Kriege den Siegermächten eine Leitlinie für zukunftsgerichtetes politisches Handeln in Deutschland sein? Sollte das nun durchweg negative Urteil über das Reich und seine kurze, wenngleich dramatische Geschichte die britische Haltung gegenüber den Deutschen beherrschen? „My fear is this“, meinte in der Debatte vom Februar 1947 der Labourpolitiker und spätere Minister Richard Stokes. „We have seen nationalism in Germany grow up and try to express itself in two forcible ways in the past two or three generations – first under Bismarck and then under Hitler. If we break up Germany again, the same thing will happen once more. The States will be at loggerheads with one another, there will be all kinds of intrigue with outside Powers, and the whole situation will become so charged in favour of Nationalism that, to use a rather bad electrical simile, all the positive poles will be off against the first suitable negative pole that appears, and there will be another wholesale row in Europe. I hope that the proposal to break up and dismember Germany will be entirely set aside and condemned for all time.“¹

Stokes war ein Kritiker der britischen Deutschlandpolitik nach 1945, ein strikter Gegner aller Pläne, die auf eine Aufteilung des besiegten Reiches zielten. Doch das Bild, das er von Deutschland und seiner jüngsten Geschichte zeichnete, war nicht weniger schlicht wie seine Prognose über die künftige politische Entwicklung in Mittel-

¹ Hansard, Parl. Deb., H.C., 5. Serie, Bd. 432, Sp. 1832 f., 5. 2. 1947.

europa im Falle einer Aufspaltung des Reiches. Dennoch ist das Bild nicht ganz untypisch für die britische Einstellung gegenüber Deutschland und seiner nationalstaatlichen Vergangenheit in den Jahren vor und nach 1945. Auf der akademischen Ebene ist dafür A.J.P. Taylors berühmt-berüchtigtes Buch *The Course of German History*, das im Jahr 1945 erstmals erschien und noch heute seine Leser und Käufer findet, das vielleicht bekannteste Beispiel. Das Urteil über Deutschland und seine jüngste Vergangenheit war in diesen Jahren verständlicherweise sehr stark von Emotionen bestimmt; es zeugte darüber hinaus von Unkenntnis der Verhältnisse in Deutschland und der deutschen Geschichte. Und es war vielfach geprägt von tradierten Klischees und Voreingenommenheit. Nach zwei großen militärischen Konfrontationen innerhalb eines Vierteljahrhunderts, nach Jahren der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Rivalität und der nur gelegentlichen Kooperation, war nicht widerlegt, was in der Zeitschrift *Edinburgh Review* 1909 in einem Beitrag über die deutsch-britischen Beziehungen zu lesen war: „Undoubtedly, one of the chief causes of estrangement is the Englishman's and the German's abysmal ignorance of one another.“² Selbst noch vor wenigen Jahren charakterisierte der Journalist John Mander die deutsch-britischen Beziehungen als „a tale of mutual misunderstanding“³. Der Topos von der gegenseitigen Unkenntnis war zur Konstante im Urteil des einen über den anderen geworden.

Natürlich ist die hier zitierte Aussage des heute vergessenen Politikers Richard Stokes, über dessen Vertrautheit mit der Geschichte des Deutschen Reiches nichts bekannt ist, letztlich nur ein britisches Urteil unter vielen. Es braucht nicht eigens betont zu werden, daß es *das* britische Urteil über Deutschland gar nicht gibt, auch nicht geben kann angesichts einer historischen Epoche, in der Deutschland binnen eines Dreivierteljahrhunderts viermal seinen Charakter mehr oder weniger tiefgreifend veränderte. Aus britischer Sicht gab es zwar seit 1871 so etwas wie ein „ewiges“ Deutschland, doch worin die Konstanz, der sich nicht verändernde Kern Deutschlands, des deutschen Nationalstaates und der Deutschen letzten Endes bestand, entzog sich einer genauen Definition. Auf den ersten Blick zumindest hatten das Bismarckreich, das Wilhelminische Deutschland, die Weimarer Republik und schließlich das sogenannte Dritte Reich der Nationalsozialisten aus britischer Sicht manches gemein.

Darüber hinaus gab und gibt es in einem freien Land wie dem Vereinigten Königreich ein ungemein breites Meinungsspektrum. Dadurch werden Verallgemeinerungen über Haltungen, Einstellungen, Vorurteile und Urteile der Briten außerordentlich erschwert, ja geradezu unmöglich gemacht. Das offizielle oder offiziöse Urteil über das Deutsche Reich in bestimmten Phasen seiner historischen Existenz, d.h. das Urteil der politischen Elite Großbritanniens, brauchte und braucht nicht notwendigerweise mit dem „britischen“ Urteil über bzw. der „britischen“ Einstellung zu Deutschland identisch zu sein. Im Gegenteil: Oft ist das nichtoffizielle Urteil über Deutschland bzw. sind die Einstellungen von Persönlichkeiten außerhalb des relativ kleinen Kreises von Politik, hoher Beamtenschaft und Regierung im Zeitraum 1871–1945 wesent-

² *Anonym*, Anglo-German Relations, in: *Edinburgh Review* 210 (1909) 450.

³ *John Mander*, Our German Cousins. Anglo-German Relations in the Nineteenth and Twentieth Centuries (London 1974) 15.

lich differenzierter, informierter und interessanter als das sogenannte offizielle Urteil, die Ansichten der „official mind“.

Die öffentliche Meinung Großbritanniens, wie sie sich vor allem seit der Jahrhundertwende beispielsweise in der neuen Massenpresse niederschlug, mochte vielfach in einer vergrößerten und holzschnittartigen Version die Haltung der Regierung in Whitehall zum Deutschen Reich und seiner Politik spiegeln. Aber das Urteil des britischen Musikfreundes (um nur ein Beispiel zu nennen) über „das Land der Musik“ hatte damit im späten 19. und im 20. Jahrhundert wenig zu tun. Auch dem Urteil und der Einstellung des einzelnen britischen Wissenschaftlers über und zu Deutschland, besonders in den Jahren zwischen 1870 und 1914, lagen völlig andere Kriterien und Maßstäbe zugrunde als denen des Politikers oder hohen Beamten im Foreign Office⁴. Gleiches mag für den Industriellen und Geschäftsmann in Birmingham oder Manchester gegolten haben oder für den Bankier in der Londoner City. Und die britischen Monarchen wie auch die Aristokratie, ein letztes Beispiel, mochten zwar verwandtschaftliche Beziehungen zu deutschen Fürstenhäusern haben, die ihre Haltung zu Deutschland positiv oder auch negativ beeinflusste, doch die Anziehungskraft von Paris und Südfrankreich war für sie (Königin Viktoria einmal ausgenommen) unvergleichlich größer als diejenige Berlins oder Bayerns. Andererseits stieß das vermeintlich dekadente, republikanische Frankreich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts bei der britischen Aristokratie, nicht bei Eduard VII., aber auch auf Vorbehalte, während es neben dem Berlin der Hohenzollern eben auch die Höfe in Braunschweig, Darmstadt, Dresden oder Coburg gab.

Es ist folglich nur korrekt und billig von britischen Urteilen über das Deutsche Reich, seine Politik, Diplomatie, Wirtschaft und Gesellschaft zu sprechen. Davon läßt sich für die Lebensspanne des ersten deutschen Nationalstaates eine geradezu erdrückende Fülle zitieren⁵. In ihrer Gesamtheit vermitteln die Urteile den Eindruck außerordentlicher Heterogenität, zumal sie sich auf ganz unterschiedliche Aspekte der Lebenswirklichkeit und Politik in Deutschland und auf unterschiedliche Phasen von dessen Geschichte beziehen. Zu bedenken ist auch, daß Urteile über die Verhältnisse anderswo häufig einen bestimmten Zweck verfolgen. Sie zielen nicht auf eine zutref-

⁴ *Thomas Kleinknecht*, Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 aus der Sicht des britischen Gelehrtenliberalismus, in: *Bernd-Jürgen Wendt* (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts (Bochum 1984) 81–102; *Peter Alter*, Science and the Anglo-German Antagonism, in: *T.R. Gourvish, Alan O'Day* (Hrsg.), Later Victorian Britain, 1867–1900 (Basingstoke 1988) 271–290; *ders.*, Deutschland als Vorbild britischer Wissenschaftsplanung um die Jahrhundertwende, in: *Adolf M. Birke, Lothar Kettenacker* (Hrsg.), Wettlauf in die Moderne. England und Deutschland seit der industriellen Revolution (München 1988) 51–69.

⁵ Beispiele finden sich in der Literatur zu den deutsch-britischen Beziehungen seit 1870/71, die mittlerweile recht umfangreich ist. Die im folgenden genannten Arbeiten enthalten Bibliographien der älteren Literatur: *Paul M. Kennedy*, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914 (London 1980); *Raymond J. Sontag*, Germany and England. Background of Conflict, 1848–1894 (New York 1964); *Klaus Hildebrand*, Großbritannien und die deutsche Reichsgründung, in: *Eberhard Kolb* (Hrsg.), Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880 (München 1980) 9–62; *ders.*, „British Interests“ und „Pax Britannica“. Grundfragen englischer Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 221 (1975) 623–639.

fende Charakterisierung der Realität im anderen Land, sondern sind im Grunde Kritik an Zuständen im eigenen Land. Indem im anderen Land etwas gepriesen oder bemängelt wird, versucht der Urteilende, den Lauf der Dinge im eigenen Land zu beeinflussen. Die Grenzen zwischen Information und Manipulation von Informationen verschwimmen. Im Bewußtsein dieses hinlänglich bekannten Sachverhaltes lassen sich dennoch drei verallgemeinernde und typisierende Beobachtungen zum britischen Urteil über das Deutsche Reich machen. Sie stützen sich im wesentlichen auf Aussagen der politischen Elite Großbritanniens. Ob auf diese Weise eine Annäherung an das „britische Urteil“ über das Deutsche Reich zwischen 1871 und 1945 gelingt, sei dahingestellt.

1. In der längerfristigen Perspektive lassen sich in britischen Urteilen über das Deutsche Reich ungeachtet aller sich dort vollziehenden politischen Umwälzungen und Brüche so etwas wie Konstanten aufzeigen, zählbeige Stereotypen, Vorurteile, Bilder, Verhaltens- und Reaktionsmuster. Sie dominieren die Urteile und sind über Jahre und Jahrzehnte hinweg öffentlichkeitswirksam und meinungsbildend, vielfach bis heute. Das Schlagwort vom „Vierten Reich“, das 1990–91 im Zuge der deutschen Vereinigung durch die Gazetten Europas geisterte, fand beispielsweise in Großbritannien ein stärkeres Echo und wurde dort ernster genommen als anderswo⁶. Die Wurzeln des geläufigen britischen Urteils über das Deutsche Reich sind in der Reichsgründungszeit zu suchen. In den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde es um ein paar wichtige Elemente ergänzt. Um die Jahrhundertwende stand das „pattern“ mehr oder weniger fest. Es löste ein Deutschlandbild ab, das, wie Wolfgang J. Mommsen gezeigt hat⁷, bis zur Reichsgründungszeit gegolten hatte und sich aus völlig anderen Komponenten zusammensetzte.

2. Das Urteil der britischen Eliten und der britischen Öffentlichkeit über Deutschland, seine Politik und Gesellschaft, oszillierte im Zeitraum 1871–1945 zwischen zwei Polen bzw. zwei Extremen. Dabei lassen sich zeitliche Phasen ausmachen, in denen beide Extreme gleichzeitig und gleichgewichtig nachzuweisen sind, und Phasen, in denen ein Extrem mehr oder weniger allein das Feld beherrscht. Das eine Extrem war auf der britischen Seite die Haltung, daß das Deutsche Reich ein willkommenener Partner Großbritanniens sei, in der Politik, der Diplomatie, der Wirtschaft, im Handel, bei der Konsolidierung und Verteidigung des weltumspannenden Empire. Aus dieser Haltung resultierte ein positives, manchmal sogar unrealistisches und überschwengliches britisches Urteil über das Reich, seine Institutionen und führenden Persönlichkeiten. Das andere Extrem im Spektrum britischer Urteile über das Reich drückte sich in der Überzeugung aus, daß das Deutsche Reich ein Herausforderer, ja gefährlicher Rivale Großbritanniens sei, in der Außen- und Kolonialpolitik, auf militärischem

⁶ Siehe dazu *Richard Davy*, Großbritannien und die Deutsche Frage, in: *Europa-Archiv* 45 (1990) 139–144; *Günter Heydemann*, Partner oder Konkurrent? Das britische Deutschlandbild während des Wiedervereinigungsprozesses 1989–1991, in: *Franz Bosbach* (Hrsg.), *Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit* (Köln 1992) 201–234.

⁷ *Wolfgang J. Mommsen*, *Two Centuries of Anglo-German Relations. A Reappraisal* (London 1984) 15. Siehe auch *Angela Schwarz*, *Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933–39)* (Göttingen 1993) 41.

Gebiet (insbesondere der Flottenrüstung), in Wirtschaft, Handel und der Wissenschaft. Aus dieser, von Panikreaktionen nicht freien Einstellung heraus resultierte häufig ein überaus negatives, manchmal geradezu irrational anmutendes britisches Urteil über das Reich, das praktisch seit seiner Gründung in Großbritannien als die stärkste europäische Kontinentalmacht eingeschätzt wurde, ein wirtschaftlicher und militärischer Gigant, der seinen Nachbarn das Fürchten zu lehren imstande war.

Die unfreundliche bis negative Einschätzung bedeutete jedoch nicht zwangsläufig, daß das Reich als europäische Kontinentalmacht in London auch als die größte Bedrohung für die weltpolitischen Interessen Großbritanniens angesehen wurde. Eine solche Bedrohung ging, besonders in den Jahrzehnten vor 1907, in britischer Sicht primär von Rußland aus und dann, nach dem Ersten Weltkrieg bis in die frühen dreißiger Jahre von der Sowjetunion⁸. Noch im späten 19. Jahrhundert galten Rußland und Frankreich für die Briten als „the two aggressive powers of the Continent“⁹.

Im Grunde und überspitzt formuliert stellte das Reich in der britischen Perspektive bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges nur einen Störfaktor dar, der die Aufmerksamkeit der britischen Regierung von den wichtigen Problemen in Übersee zeitweise ablenken konnte. Das war lästig und bot Anlaß für heftige Irritationen im deutsch-britischen Verhältnis, so vor allem der Beginn des Schlachtflottenbaus seit 1897. Doch spätestens 1910 war den Experten klar, daß Großbritannien im Wettrüsten zur See die Oberhand behielt¹⁰. Solange die stabile Ordnung eines machtpolitisch ausbalancierten Staatensystems in Kontinentaleuropa nicht gefährdet war und Großbritannien freie Hand bei der Lösung kolonialer und innenpolitischer Probleme hatte, verhielt sich die britische Regierung neutral bis wohlwollend gegenüber den Geschehnissen in Deutschland und den außenpolitischen Aktionen der Berliner Regierung, wie rätselhaft sie den Briten auch manchmal erscheinen mochten. Das Reich konnte dann, wie in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts und den Jahren der Weimarer Republik, als Partner, ja sogar als potentieller Bundesgenosse gesehen werden. Nicht untypisch für die britische Haltung war, was der neue Außenminister Lord Lansdowne im November 1900 unmittelbar nach Amtsübernahme an den britischen Botschafter in Berlin schrieb: „I shall undertake the duties of my new office without I hope too many preconceived ideas, but I plead guilty to one – the idea that we should use every effort to maintain, and if we can to strengthen the good relations which at present exist between the Queen’s Government and that of the Emperor.“¹¹

3. Das seit dem frühen 19. Jahrhundert in der britischen Außenpolitik weitgehend geltende Prinzip der politischen und militärischen Non-Intervention oder der „intelligent inaction“ auf dem europäischen Kontinent und die schon angesprochenen weltpolitischen Interessen Großbritanniens zogen eine merklich distanzierte Haltung ge-

⁸ *Gottfried Niedhart*, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen (München 1972).

⁹ So der Außenminister Lord Stanley an den britischen Botschafter in Paris am 7. 8. 1866 (zit. in: *Werner E. Mosse*, *The European Powers and the German Question 1848–1871 with special reference to England and Russia* [Cambridge 1958] 249).

¹⁰ *Robert K. Massie*, *Britain, Germany, and the Coming of the Great War* (London 1992) 709 ff.

¹¹ Zit. in: *P.J.V. Rolo*, Lansdowne, in: *Keith M. Wilson* (Hrsg.), *British Foreign Secretaries and Foreign Policy: From Crimean War to First World War* (London 1987) 159.

genüber Deutschland und anderen kontinentaleuropäischen Staaten nach sich¹². Disraelis Diktum von Großbritannien als „metropolis of a great maritime empire“ (Juni 1866)¹³ gab der weitverbreiteten Stimmung Ausdruck, daß sich das Inselreich nicht primär als europäische Macht, sondern als Weltmacht verstand, in Disraelis gern zitierten Worten: mehr als eine asiatische denn europäische Macht¹⁴. Diese distanzierte Haltung zu Kontinentaleuropa und seinen politischen Problemen findet sich im britischen Urteil über das Deutsche Reich wieder bzw. beeinflußt das Urteil: Es ist im Einzelfall oft oberflächlich, undifferenziert und beruht nur in seltenen Fällen auf eigener Anschauung und Kenntnis der Verhältnisse in Deutschland. „Über Preußen“, hatte Bismarck schon während seiner Englandreise im Sommer 1862 spitz bemerkt, „wissen die englischen Minister weniger wie über Japan und die Mongolei“¹⁵.

Im Grunde, und wieder etwas pauschal aus der Vogelperspektive gesehen, hat es zwischen 1871 und 1945 nur zwei Phasen gegeben, in denen das Deutsche Reich von den Briten weniger distanziert wahrgenommen wurde und in denen seine innenpolitischen und sozialen Verhältnisse eingehender studiert wurden. Ob das britische Urteil über Deutschland dadurch in dieser Zeit realistischer oder zutreffender wurde, ist eine Frage, die auch im prüfenden Rückblick nur schwer zu entscheiden ist.

Die erste Phase einer intensiveren britischen Wahrnehmung Deutschlands waren die Jahre zwischen ca. 1885 und 1914. Die sich damals verstärkende Wahrnehmung des Reiches in Großbritannien steht im engen Zusammenhang mit der neuen politischen Herausforderung der Weltmacht durch eine europäische Kontinentalmacht. Die Kolonial- und Flottenpolitik des Reiches und die hinter ihr vermuteten weiterreichenden Strategien und Ambitionen Berlins erzwangen die Aufmerksamkeit Whitehalls. Doch die verstärkte Wahrnehmung des Reiches hing auch zusammen mit der in diesen Jahren geführten britischen Diskussion über den vermeintlichen Niedergang bzw. das Zurückfallen von Großbritanniens Wirtschaft und Wissenschaft gerade im Vergleich mit dem rasch zur modernen Industriemacht aufsteigenden Reich. Der Publizist Ernest Williams leitete seine berühmte Schrift von 1896 *Made in Germany* mit den schockierenden Sätzen ein: „The Industrial Supremacy of Great Britain has been long an axiomatic commonplace; and it is fast turning into a myth ... The industrial glory of England is departing, and England does not know it.“¹⁶

¹² Siehe für die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts Peter Alter, Weltmacht auf Distanz. Britische Außenpolitik 1860–1870, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Europa vor dem Krieg von 1870: Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch (München 1987) 71–91; allgemein auch Muriel E. Chamberlain, „Pax Britannica“? British Foreign Policy 1789–1914 (London 1988) und Hildebrand, „British Interests“ und „Pax Britannica“.

¹³ Zit. in: Hildebrand, Großbritannien und die deutsche Reichsgründung, 24.

¹⁴ So in einer Rede im Juni 1866 (William F. Monypenny, George E. Buckle [Hrsg.], The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, Bd. 2: 1860–1881 [London 1929] 201).

¹⁵ Brief Bismarcks an seine Frau vom 5. 7. 1862, in: Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 14/II (Berlin 1933, Neudr. Nendeln 1972) 599. Siehe Lothar Gall, Bismarck und England, in: Paul Kluge, Peter Alter (Hrsg.), Die deutsch-britischen Beziehungen im Laufe der Jahrhunderte (Stuttgart 1978) 46–59.

¹⁶ Ernest E. Williams, „Made in Germany“ (London 1896) 1; Ross J.S. Hoffman nannte Williams' Buch „the most famous and sensational piece of alarmist literature ... , a trumpet blast to awaken

Den informierten Zeitgenossen war mehr oder weniger klar, daß die beträchtlichen Verschiebungen im Gefüge der Weltwirtschaft seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu einem erheblichen Teil mit der mangelhaften Entwicklung neuer wissenschaftsabhängiger und wachstumsintensiver Industrien in Großbritannien zusammenhingen. Als Paradebeispiel dafür wurde meist die Teerfarbenindustrie angeführt, die großindustrielle Herstellung synthetischer Farben, die in Deutschland die Grundlage für den erstaunlichen Aufstieg seiner chemischen Industrie bildete. Im Gegensatz zur britischen Regierung, so schrieb die Tageszeitung *The Daily Telegraph* 1906, habe die deutsche Regierung in der Vergangenheit alles getan, um die chemische Forschung und die Entfaltung der chemischen Industrie zu fördern. Und die Deutschen seien dafür belohnt worden. Wörtlich hieß es: „They have created a colossal trade, much of which might have been ours.“¹⁷ Der Bedrohung vitaler britischer Interessen durch die deutsche Politik, die deutsche Militärmacht, die deutsche Wirtschaft und die anwendungsorientierte deutsche Wissenschaft in den Jahren und Jahrzehnten vor 1914 konnte Großbritannien nur begegnen, so schien es zeitgenössischen Beobachtern, indem es deutsche „scientific methods“ (was immer man darunter verstand) gründlich studierte und weitgehend übernahm. Dem Reich wurde von den Briten die Qualität eines partiell modernen Staates zugestanden, der anderen Gesellschaften den Weg in die Zukunft zeigte¹⁸.

Durch die Arbeiten von Peter Hennock ist uns auch bekannt, welch großer Wertschätzung sich neben der Wissenschaft in Deutschland auch das deutsche System der Sozialversicherung in Großbritannien erfreute¹⁹. Das Studium der deutschen Sozialpolitik, das den späteren liberalen Premierminister David Lloyd George im August 1908 nach Deutschland führte, setzte ebenfalls in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ein. Es unterstreicht die Bedeutung, die das Reich in dieser Zeit für Großbritannien als Modell hatte – als Modell, das man nicht unbedingt kopieren mußte, doch welches das eingehende Studium bei der Vorbereitung von Reformen lohnte. Der

Fortsetzung Fußnote von Seite 164

his countrymen“ (*Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875–1914* [Philadelphia und London 1933] 246). Dazu neben *Martin J. Wiener, English Culture and the Decline of the Industrial Spirit, 1850–1980* (Cambridge 1981) jetzt die Studie von *William D. Rubinstein, Capitalism, Culture, and Decline in Britain, 1750–1900* (London 1993).

¹⁷ *The Daily Telegraph*, 19. 2. 1906.

¹⁸ Vgl. dazu u. a. *Peter Alter, Wissenschaft, Staat, Mäzene. Anfänge moderner Wissenschaftspolitik in Großbritannien 1850–1920* (Stuttgart 1982) bes. 90–156.

¹⁹ Siehe vor allem *E.P. Hennock, British Social Reform and German Precedents. The Case of Social Insurance 1880–1914* (Oxford 1987); *ders., Arbeiterunfallentschädigung und Arbeiterunfallversicherung: Die britische Sozialreform und das Beispiel Bismarcks*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985) 19–36; *ders., Die Ursprünge der staatlichen Sozialversicherung in Großbritannien und das deutsche Beispiel 1880–1914*, in: *Wolfgang J. Mommsen, Wolfgang Mock* (Hrsg.), *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950* (Stuttgart 1982) 92–114; siehe auch *Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich* (München 1983) bes. 150–169. Die Vorbildfunktion der deutschen Technischen Hochschulen in England untersucht *E.P. Hennock* in: *Technological Education in England, 1850–1926: the Uses of a German Model*, in: *History of Education* 19 (1990) 299–331.

Astronom Norman Lockyer erklärte Anfang 1907 auf einer öffentlichen Versammlung: „Germany is strengthening its universities just as thoroughly as it is strengthening its Fleet, a reminder that we ought to be able to compete with other nations in the preparation and equipment for industrial progress, as well as for war.“²⁰ Winston Churchill appellierte im Dezember 1908 an Premierminister Asquith: „Germany ... has managed to establish tolerable basic conditions for her people. She is organised not only for war but for peace. We are organised for nothing except politics. The minister who will apply to this country the successful experience of Germany in social organisation may or may not be supported at the polls, but he will at least have left a memorial ... Thrust a big slice of Bismarckianism over the whole underside of our industrial system, and await the consequences whatever they may be with a good conscience.“²¹ Geradezu symptomatisch ist, was der Geologe und ehemalige Präsident der Royal Society of London im Rückblick auf die Jahre vor 1914 schrieb: „The example of that country [= Deutschland] was often cited here, and contrasted with the unsympathetic attitude and stingy support of our authorities, much to the surprise and annoyance of the permanent officials of the Treasury, who seemed rather to think that their grants to science were remarkably liberal. I remember an occasion when I had to go to the Treasury about a matter connected with the Geological Survey. The official on whom I called was one of the heads of the Department ... He began the interview by saying that he would be glad to hear me, but begged that the example of Germany might not be mentioned.“²²

Die zweite Phase einer intensiven Wahrnehmung Deutschlands begann in Großbritannien 1933 mit der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten. Wie Brigitte Granzow, Rolf Kieser und Francis Carsten in ihren Arbeiten zum Aufstieg des Nationalsozialismus und dessen Spiegelung in der britischen Presse gezeigt haben²³, standen der britischen Öffentlichkeit und Regierung seit den frühen dreißiger Jahren für ihre Urteilsbildung eine Vielzahl von Informationen über Hitler und seine Bewegung zur Verfügung. Darunter waren erstaunliche Einsichten in den wahren Charakter und die Gefährlichkeit Hitlers und des Nationalsozialismus. Granzow, Kieser und Carsten haben aber auch gezeigt, daß bei den meisten Briten erst lange nach der

²⁰ Bericht über die I. Jahresversammlung der British Science Guild, abgedr. in: *Nature* 75 (1906–07) 327.

²¹ Zit. in: Ritter, Sozialversicherung, 161.

²² Archibald Geikie, Retrospect and Prospect, in: *Nature* 104 (1919–20) 196. Vgl. dazu auch Manfred Messerschmidt, Deutschland in englischer Sicht: Die Wandlungen des Deutschlandbildes in der englischen Geschichtsschreibung (Düsseldorf 1955), und Günter Hollenberg, Englisches Interesse am Kaiserreich. Die Attraktivität Preußen-Deutschlands für konservative und liberale Kreise in Großbritannien 1860–1914 (Wiesbaden 1974).

²³ Brigitte Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929–1933 (London 1964); Rolf Kieser, Englands Appeasementpolitik und der Aufstieg des Dritten Reiches im Spiegel der britischen Presse (1933–1939). Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs (phil. Diss. Winterthur 1964); Francis L. Carsten, Adolf Hitler im Urteil des Auslandes – in britischer Sicht, in: Wolfgang Treue, Jürgen Schmäddeke (Hrsg.), Deutschland 1933. Machtzerfall der Demokratie und nationalsozialistische „Machtergreifung“ (Berlin 1984) 97–118. Hinzuweisen ist auch auf Howard B. Golieb, England and the Nature of the Nazi Regime. A Critical Assessment of British Opinion, 1933–1938 (phil. Diss. Oxford 1953).

Machtübernahme der Nationalsozialisten ein Prozeß einsetzte, in dessen Verlauf die einzelnen Informationen über Teilaspekte zu einem kohärenten Bild und Urteil über das nationalsozialistische Deutschland zusammengesetzt wurden. Dabei zogen die Konsolidierungsjahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland ein Maximum an britischer Zustimmung und positiver Bewertung auf sich, wenngleich die Maßstäbe für die Interpretation der Informationen und die Urteilsbildung noch weitgehend schwankten. Im Juli 1933 schrieb der Pressezar Lord Rothermere in der *Daily Mail*: „I write from a new country on the map of Europe. Its name is Naziland ... I urge all British young men and women to study closely the progress of this Nazi regime in Germany. They must not be misled by the misrepresentations of its opponents ... The minor misdeeds of individual Nazis will be submerged by the immense benefits that the new regime is already bestowing upon Germany.“²⁴ Selbst der nüchterne Anthony Eden schrieb nach seiner Begegnung mit Hitler im Februar 1934: „Of one thing I am confident: the new Germany of Hitler and Goebbels is to be preferred to the old of Bülow.“²⁵ Die Jahre 1934 und 1935 markieren den Höhepunkt von Sympathie und unkritischer Begeisterung für Hitler-Deutschland bei einem Teil der britischen Eliten und Bevölkerung²⁶.

In der Mitte der dreißiger Jahre verlagerte sich das Schwergewicht des britischen Interesses an Nazi-Deutschland von inneren Aspekten des neuen Regimes auf dessen zunehmend bedrohlicher werdende außenpolitische Aktionen. Der etablierte Nationalsozialismus trat nach außen immer aggressiver und selbstsicherer auf. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 und der Einmarsch der Reichswehr in das entmilitarisierte Rheinland nur ein Jahr später waren für die Briten Alarmsignale²⁷. Aber seit 1935 beanspruchten auch andere Krisenherde die Aufmerksamkeit der britischen Regierung und Öffentlichkeit: der Überfall des faschistischen Italiens auf Abessinien, der Bürgerkrieg in Spanien und der chinesisch-japanische Konflikt, ganz abgesehen von den vorrangigen wirtschaftlichen, konstitutionellen und sozialen Problemen im eigenen Land. Die Vorgänge in und um Deutschland traten dahinter zurück. Mit dem „Anschluß“ Österreichs an das Reich 1938 und den Ereignissen um die Tschechoslowakei wandte sich das britische Interesse erneut dem nationalsozialistischen Deutschland zu²⁸.

In dieser zweiten Phase einer intensiveren Deutschlandwahrnehmung wie auch po-

²⁴ Schwarz, Reise, 64.

²⁵ Zit. in: Gottfried Niedhart, Zwischen negativem Deutschlandbild und Primat des Friedens: Großbritannien und der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung (Paderborn 1984) 278.

²⁶ Richard Griffiths, Fellow Travellers of the Right. British Enthusiasts for Nazi Germany, 1933–1939 (London 1980); Schwarz, Reise, 381–394.

²⁷ Walter Bußmann, Maßstäbe diplomatischer Urteilsbildung im Foreign Office während der Rheinlandkrise 1936, in: Lotbar Kettenacker u. a. (Hrsg.), Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge (München 1981) 263–280; Karl Robe (Hrsg.), Die Westmächte und das Dritte Reich 1933–1939 (Paderborn 1982).

²⁸ Gustav Schmidt, England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik (1930–1937) (Opladen 1981) 97–180; Bernd-Jürgen Wendt, München 1938. England zwischen Hitler und Preußen (Frankfurt/M. 1965).

litischer und geistiger Auseinandersetzung mit Deutschland, im Jahrzehnt zwischen Weltwirtschaftskrise und Kriegsausbruch, stützte sich das britische Urteil über Deutschland wie noch nie zuvor auf eine überaus kundige und ausführliche Berichterstattung der überregionalen Presse und auf eine große Zahl von publizierten Erfahrungs- oder Augenzeugenberichten. Nach den Untersuchungen von Angela Schwarz erschienen zwischen 1933 und 1940 in Großbritannien fast 500 Buchpublikationen über das Deutschland Hitlers und seinen Weg in die Diktatur. Allein in den Jahren 1933/34 waren es 104 Titel, 1939 angesichts der unmittelbaren militärischen Bedrohung Großbritanniens sogar 123 Titel²⁹. An authentischen Informationen für ein fundiertes britisches Urteil über das „Dritte Reich“ bestand also wahrlich kein Mangel. Zu denen, die damals Deutschland besuchten, gehörte auch Winston Churchill. Zwar scheiterte im Sommer 1932 ein Zusammentreffen mit dem „Führer“ in München³⁰, doch der Besuch war für Churchill auch Anlaß und Grundlage, drei Jahre später in einem hellsichtigen Artikel im *Strand Magazine* über „The Truth about Hitler“ zu schreiben³¹. Auf ihn ist noch einzugehen.

Vor und zwischen den beiden hier skizzierten Phasen einer intensiveren Wahrnehmung des Reiches in Großbritannien und einer möglicherweise fundierteren Beurteilung Deutschlands ist das britische Urteil, wie schon gesagt, im Grunde von Distanz, ja häufig sogar Gleichgültigkeit geprägt. Darin spiegelt sich das britische Desinteresse an den Geschehnissen in Mitteleuropa. Donald Watt sprach sogar einmal von Apathie in der britischen Haltung zum Reich³². Dabei schwangen im britischen Urteil schon im Umfeld der Reichsgründung ablehnende bis feindselige Untertöne mit. Disraelis Charakterisierung der Reichsgründung als „deutsche Revolution“ und seine eindringliche Warnung vor deren langfristigen Auswirkungen auf Großbritannien und das „Gleichgewicht der Macht“ in Europa sind hinlänglich bekannt³³, ebenso Gladstones entschiedene Ablehnung der deutschen Annexion Elsaß-Lothringens im Oktober 1870. „To wrench a million and a quarter of a people from the country to which they have belonged for some two centuries, and carry them over to another country of which they have been the almost hereditary enemies, is a proceeding not be justified in the eyes of the world and of posterity by any mere assertion of power, without even the attempt to show that security cannot be had by any other process.“³⁴ Gladstone beklagte hier öffentlich die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts durch das gerade entstehende Reich und plädierte mit Nachdruck für den „westlichen“ Nationsbegriff, für den der politische Wille und nicht die Abstammung das entscheidende Kriterium

²⁹ Angela Schwarz, In Großbritannien veröffentlichte Literatur über den Nationalsozialismus bzw. das nationalsozialistische Deutschland (1933–1945), in: Jahresbibliographie 1988. Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart (Koblenz 1990) 539–569; *ders.*, Reise, 57.

³⁰ Vgl. Churchills kurzen Bericht über seinen Deutschlandaufenthalt in: *Winston S. Churchill, The Second World War*, Bd. 1: The Gathering Storm (London 1971) 75 f.

³¹ *Winston Churchill, The Truth about Hitler*, in: *Strand Magazine* 90 (Nov. 1935) 10–21.

³² Donald C. Watt, Zwischen Apathie und Verständigung. Die Berichte der britischen Botschafter in Berlin, in: *Das Parlament*, Nr. 4/5 (29.1./5. 2. 1983).

³³ Hansard, Parl. Deb., H.C., 3. Serie, Bd. 204, 81 f. (9. 2. 1871).

³⁴ *W.E. Gladstone, Germany, France, and England*, in: *Edinburgh Review* 132 (Oktober 1870), wieder abgedr. in: *ders.*, *Gleanings of Past Years, 1843–1878*, Bd. 4 (London 1879) 241.

für die Zugehörigkeit zu einer Nation ist. Der Hof, das Foreign Office und große Teile der britischen Öffentlichkeit mißbilligten ebenfalls die Annexion Elsaß-Lothringens³⁵. Die Sympathien wandten sich dem geschlagenen und gedemütigten Frankreich zu. Im Juni schrieb die britische Schriftstellerin George Eliot an eine deutsche Bekannte: „I think you misconceive the state of English minds generally at the opening of the War. So far as our observation went, English sympathy was mainly on the German side. It was not till after the battle of Sedan, that there was any widely-spread feeling on behalf of the French.“³⁶ Das Urteil über Bismarck, für Königin Viktoria „the wicked man“³⁷, und sein Werk war damit von der Entstehung des Reiches an mit Skepsis, ja Entrüstung behaftet. Das Aperçu des Diplomaten Henry Lytton Bulwer von Anfang 1871 traf die Stimmung in Großbritannien – es wirkte lange nach: „Europe has lost a mistress and got a master.“³⁸

Durch die Begleitumstände der Reichsgründung war jedoch noch kein Keil in die Beziehungen Großbritanniens zu Deutschland getrieben, der die Zukunft auf Dauer belastet hätte. Von einer politischen Entfremdung zwischen London und Berlin konnte nicht die Rede sein, trotz aller Kritik an Bismarcks „Junkerregiment“. Der Kronprinz Friedrich schien eine liberalere Zukunft zu garantieren. Im Grunde blieb das britische Urteil über das junge Reich bis in die neunziger Jahre hinein fair, wenn auch nicht frei von Befürchtungen über seinen künftigen Weg. „I am afraid the result will be“, schrieb Gladstone Anfang 1871, „that Germany, crowned with glory and confident in her strength, will start on her new career to encounter the difficulties of the future without the sympathies of Europe: which in my opinion no nation, not even we in our seagirt spot, can afford to lose.“³⁹ Die Historiographie hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Existenz eines geeinten deutschen Staates, dessen Regierung eine Politik der Stabilität und „Saturiertheit“ verfolgte, keine Bedrohung für Großbritannien und seine vitalen Interessen in Europa und darüber hinaus darstellte. Im Gegenteil: Der junge deutsche Nationalstaat konnte unter dem Schirm der *Pax Britannica* durchaus die gleiche stabilisierende Funktion in Europa ausüben, die sich Großbritannien nach dem Wiener Kongreß vom vergrößerten Preußen und vom Deutschen Bund erhofft hatte. Es waren primär Frankreich und Rußland, später auch die Vereinigten Staaten, die London als weltpolitische Rivalen und potentielle Kontrahenten betrachtete.

So bestand zwischen der Politik Bismarcks, die auf Friedenserhalt in Europa abzielte, und den Zielen britischer Europapolitik zur Wahrung des Status quo eine sehr weitgehende Kongruenz. Dies schien auf längere Sicht Normalität und Kooperation in den Beziehungen beider Staaten zueinander zu garantieren. Der Außenminister

³⁵ Vgl. dazu die gründliche Analyse von *Thomas Schaarschmidt*, Außenpolitik und öffentliche Meinung in Großbritannien während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 (Frankfurt/M. 1993).

³⁶ Zit. in: *Günter Bläicher*, Das Deutschlandbild in der englischen Literatur (Darmstadt 1992) 157.

³⁷ Zit. in: *Hollenberg*, Englisches Interesse, 19.

³⁸ Zit. in: *John Morley*, The Life of William Ewart Gladstone, Bd. 2 (London 1903) 357. Vgl. auch *Hollenberg*, Englisches Interesse, 21.

³⁹ Zit. in: *Kleinknecht*, Gründung, 93.

und ehemalige Premierminister Lord Derby konnte im Juli 1875 mit Recht erklären, zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich gebe es keinen grundsätzlichen Interessenkonflikt⁴⁰. Die *Times* beschrieb das britisch-deutsche Verhältnis im September 1876 mit folgenden Worten: „We have no jealousy of the new Empire. Within its own bounds we wish it every success. But we feel that an enormous power for good or evil has risen up somewhat suddenly in the midst of us, and we watch with interested attention for signs of its character and intentions.“⁴¹

Der fast dramatisch zu nennende Umschlag vom letzten Endes wohlwollenden, leicht paternalistischen britischen Urteil über das Reich in ein eher feindseliges, von Mißtrauen und irrationalen Befürchtungen bestimmtes Urteil setzte gegen Ende der achtziger Jahre ein. Die törichte deutsche Kolonialpolitik, der Thronwechsel und die Entlassung Bismarcks waren dafür wichtige Gründe. Der Umschlag im Urteil verstärkte sich seit der unglückseligen Krügerdepesche von 1896 und mit Beginn der deutschen Flottenrüstung. Die Belege für die sich ändernde Sicht des Reiches in Großbritannien sind Legion. Das Reich, mit dem rhetorisch so unglücklich agierenden jungen Kaiser an seiner Spitze, wurde nun als Emporkömmling gesehen, als Herausforderer der etablierten Weltmacht. Rückblickend schrieb der Politiker Lord George Hamilton über die Jahre nach der Ablösung Bismarcks: „From the moment we gave up Heligoland, the whole tone of the German Government changed. It became aggressive, hostile and insincere, and from that time up to now I cannot recollect a simple instance in which Germany has behaved to us with either the courtesy or consideration which we undoubtedly received from other big countries in our international dealings ... Germany had suddenly sprung into wealth, and she had all the sensitiveness of the *parvenu*.“⁴² Für James Garvin, den Herausgeber der Zeitschrift *The Outlook*, war das Reich nach der Jahrhundertwende „no longer the saturated power of Bismarck's *post-bellum* reassurances“. Es war für ihn nun „an unsated Power“ und „a cause of intensifying anxiety and apprehension to all her neighbours“⁴³.

In die britischen Urteile über das Reich flossen immer stärker Spott ein, Gereiztheit, Herablassung und Kritik an seiner innenpolitischen Struktur, ja verfassungsrechtlichen Rückständigkeit. Der schon zitierte James Garvin stellte 1906 fest: „In Germany ... the people have nothing to do with the conduct of foreign affairs. That is a matter that lies entirely in the hands of the Kaiser and of the Chancellor whom he appoints and dismisses at will. The Reichstag may discuss, but it cannot decide, what is to be Germany's policy towards England or any other country. It exercises no con-

⁴⁰ Alfred Francis Pribram, *England and the International Policy of the European Great Powers 1871–1914* (Oxford 1931) 10.

⁴¹ Zit. in: Klaus Hildebrand, *Von der Reichseinigung zur „Krieg-in-Sicht“-Krise. Preußen-Deutschland als Faktor der britischen Außenpolitik 1866–1875*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918* (Düsseldorf 1970) 227.

⁴² George F. Hamilton, *Parliamentary Reminiscences and Reflections*, Bd. 2: 1886–1906 (London 1922) 142. Dazu auch Rainer Labme, *Großbritannien und die Anfänge des Neuen Kurses in Deutschland*, in: Adolf M. Birke, Marie-Luise Recker (Hrsg.), *Das gestörte Gleichgewicht. Deutschland als Problem britischer Sicherheit im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert* (München 1990) 65–80.

⁴³ James Garvin, *The Imprisoned Empire*, in: *The Outlook*, 10. 3. 1906, 327.

trol over the Chancellor, who is the instrument of a personal, dynastic and absolutist policy. Nothing it can say or do can affect the decisions or modify the course of action determined upon by the Emperor and his irresponsible advisers ... Until, therefore, Germany becomes a selfgoverning nation or England relapses into an autocracy, very different values must be attached to the flow of public opinion in the two countries."⁴⁴ Dabei übersah man in Großbritannien natürlich nicht, daß gerade bürgerliche und liberale Kräfte das Wilhelminische Reich auf den Weg der Weltmacht- und Flottenpolitik brachten. Indes, bei allem Antagonismus im deutsch-britischen Verhältnis dieser Jahre blieb das britische Urteil über das Reich und seine Führung ambivalent und Schwankungen unterworfen. Als Partner, um die politischen Ambitionen Frankreichs und Rußlands in Asien und Afrika, aber auch auf dem europäischen Kontinent zu zügeln, war das Reich ungeachtet aller britisch-deutschen Friktionen weiterhin geschätzt. „Solange England dem allgemeinen Grundsatz der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Macht treu bleibt,“ schrieb der Abteilungsleiter im Foreign Office Sir Eyre Crowe Anfang 1907 in seinem berühmten Memorandum, „wäre seinen Interessen nicht damit gedient, wenn Deutschland auf den Rang einer schwachen Macht herabgedrückt würde, da dies leicht zu einem französisch-russischen Übergewicht führen könnte, das für das britische Reich ebenso furchtbar, wenn nicht noch furchtbarer wäre. Es gibt keine bestehenden territorialen oder sonstigen deutschen Rechte, die England vermindert zu sehen wünschen könnte. Solange die Aktion Deutschlands daher die Grenze eines berechtigten Schutzes bestehender Rechte nicht überschreitet, kann es immer auf die Sympathie und das Wohlwollen, ja sogar auf die moralische Unterstützung Englands rechnen.“⁴⁵

Der Kaiser wurde belächelt. Sein Temperament und seine Sprunghaftigkeit lösten gelegentlich Verwunderung und Ärger aus; doch bei Besuchen in England wurde er von den Londonern umjubelt⁴⁶. Daß Wilhelm II. einen Krieg gegen das Land seiner Vorfahren mütterlicherseits in Erwägung ziehen könnte, unterstellte ihm in Großbritannien wohl niemand. Und auch Wilhelms Onkel Eduard VII. hielt einen Krieg zwischen beiden Ländern für völlig ausgeschlossen. Von Lord Esher, dem Freund des Monarchen, ist überliefert, daß der König einen militärischen Sieg Großbritanniens oder Deutschlands über den anderen als ein Desaster für beide Nationen bewertete⁴⁷. Das Vertrauen in die prinzipielle Friedfertigkeit der Berliner Politik war durch die

⁴⁴ Ders., *The Sentimental Peril in Foreign Policy*, in: *The Outlook* (20. 1. 1906) 81 f. Zur britischen Kritik am „Bismarckismus“ siehe vor allem *Klaus Hildebrand*, *Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870–1914)*, in: *Heinz Dollinger u.a.* (Hrsg.), *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982* (Münster 1982) 305–331. Zur Haltung der britischen Linken: *Friedrich Weckerlein*, *Streitfall Deutschland. Die britische Linke und die „Demokratisierung“ des deutschen Reiches, 1900–1918* (Göttingen und Zürich 1994).

⁴⁵ *Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898–1914*, Bd. 3 (Stuttgart 1929) 681.

⁴⁶ Zum Bild Wilhelms II. in der britischen Öffentlichkeit bereitet Lothar Reinermann (Köln) eine Studie vor.

⁴⁷ *Reginald B. Brett* (Viscount Esher), *The Influence of King Edward and Essays on Other Subjects* (London 1915) 55.

dröhnende Rhetorik des Kaisers und deutscher Politiker noch nicht zerstört. Selbst ein so mißtrauischer Mann wie Winston Churchill, damals Marineminister, schrieb im Mai 1912 an den deutschstämmigen Finanzier Sir Ernest Cassel: „I have never had any but friendly feelings towards that great nation ... and I regard the antagonism which has developed as insensate. Anything in my power to terminate it, I would gladly do.“⁴⁸

In mancher Hinsicht hat der Erste Weltkrieg die dunklen Ahnungen Eduards VII. über die Konsequenzen eines deutsch-britischen Konfliktes bestätigt. Nach 1918 ebneten dann aber ganz wesentlich zwei Faktoren Großbritannien den Weg zu einer Wiederannäherung an den ehemaligen Kriegsgegner. Der eine Faktor war das damals schon geläufige Konstrukt einer Zwei-Deutschland-Theorie, die mit ihrer etwas naiven Unterscheidung zwischen dem schlechten, durch preußischen Einfluß verbildeten Deutschland und dem guten, kulturell-wissenschaftlich bedeutenden Deutschland den Briten Anknüpfungspunkte für eine Aussöhnung und eine Revision des Urteils über das Reich der demokratischen Weimarer Republik bot. Die Theorie wirkte bekanntlich bis in die ersten Jahre des Zweiten Weltkrieges nach, als man in Großbritannien immer noch geneigt war, zwischen Hitler und dem „anderen Deutschland“, den Nationalsozialisten und dem deutschen Volk einen Unterschied zu machen⁴⁹. Interessant ist der Umstand, daß sich nach 1918 die pro- und antideutsche Haltung in Großbritannien entlang ideologischer bzw. parteipolitischer Bruchlinien orientierte. Auf dem linken und radikal-liberalen Ende des politischen Spektrums in Großbritannien überwog ungeachtet mancher Bedenken die Neigung, die deutsche Sozialdemokratie als Teil des „guten“ Deutschland anzusehen und so die Weimarer Republik als demokratischen Neuanfang zu akzeptieren⁵⁰. „If Germany had had a democracy ... like ourselves ...“, meinte Lloyd George schon im März 1917, „we should not have had this trouble.“⁵¹ Die politische Rechte hielt demgegenüber an der Position fest, Deutschland sei identisch mit Preußen, mit reaktionärem Junkertum, mit Militarismus und ungehemmtem Expansionswillen. Von der Verlegenheitskonstruktion der demokratischen Republik werde dies nur notdürftig kaschiert.

Erhebliche Bedeutung für die deutschen Revisionsbestrebungen nach dem Versailler Frieden und das Verhältnis zu Großbritannien gewann eine dritte, mittlere Position gegenüber dem Reich, die der linke Flügel der Konservativen, die Liberalen und

⁴⁸ Zit. nach *Richard Hough*, *Former Naval Person. Churchill and the Wars at Sea* (London 1985) 51. Siehe auch *John A.S. Grenville*, *Imperial Germany and Britain: From cooperation to war*, in: *Birke, Recker* (Hrsg.), *Das gestörte Gleichgewicht*, 90.

⁴⁹ *Lothar Kettenacker* (Hrsg.), *Das „Andere Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive* (Stuttgart 1977). Zu den Ursprüngen der Zwei-Deutschland-Theorie vgl. *Wolf D. Gruner*, *Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich. Aspekte eines britischen Deutschlandbildes vor der Reichsgründung*, in: *Wendt* (Hrsg.), *Das britische Deutschlandbild*, 55–78, und *Joachim Kuropka*, „Militarismus“ und das „Andere Deutschland“. Zur Entstehung eines Musters britischer Deutschlandinterpretation, in: ebd., 103–124.

⁵⁰ *Reinhard Meyers*, *Das Dritte Reich in britischer Sicht. Grundzüge und Determinanten britischer Deutschlandbilder in den dreißiger Jahren*, in: *Wendt* (Hrsg.), *Das britische Deutschlandbild*, 133.

⁵¹ Zit. in: *David Reynolds*, *Great Britain and the Third Reich, 1933–1940. Appeasement, Intelligence and Misperception*, in: *Birke, Recker* (Hrsg.), *Das gestörte Gleichgewicht*, 118.

die Gemäßigten in der Labour Party vertraten. Vertreter dieser Position betrachteten den Versailler Vertrag nicht als ein für alle Zeit gültiges, in sich geschlossenes Vertragswerk. Sie erkannten Deutschlands „legitimate grievances“ und Wunsch nach einer Revision der Vertragsbestimmungen an. Die Politik, in diesen Fragen den Deutschen entgegenzukommen, stieß bei den Vertretern dieser mittleren Position auf Verständnis und Unterstützung. Stellvertretend soll hier Lord Riddell zitiert werden, ein enger Vertrauter des Premierministers David Lloyd George. Schon im April 1920 notierte Lord Riddell: „The official British point of view is that the German nation were not responsible for the war, that the Junkers have been ejected, that the German Government should be supported, that the German industries should be revived and that, generally, the Germans should not be regarded with suspicion.“³²

Daß sich für Großbritannien – vor allem langfristig gesehen – Möglichkeiten für eine Wiederannäherung an das Reich ergaben, war mithin weniger ein Produkt von Germanophilie denn Ergebnis nüchternen politischen Kalküls. Damit ist der zweite Faktor angesprochen, der den Briten den Weg zu einem Ausgleich mit dem ehemaligen Kriegsgegner ebnete. Das Streben nach Ausgleich war Ausdruck des britischen Wunsches, Deutschland im Schatten des revolutionären Sowjetrußland als anti-kommunistisches Bollwerk zu stärken, und der Einsicht, daß Europa möglichst rasch aus der Kriegssituation in ein auf Kooperation und Verhandlungen basierendes Staatensystem überführt werden mußte, in dem Deutschland ein Partner war. Früher Ausfluß der einschlägigen Überlegungen auf britischer Seite war das bekannte Fontainebleau-Memorandum Lloyd Georges vom März 1919. In ihm wurden nicht nur die Bedingungen für die Sicherung eines dauerhaften Friedens niedergelegt, sondern wurde auch vor einem Sieg der kommunistischen Weltrevolution in Deutschland gewarnt³³. Die im Memorandum genannten Ziele britischer Europa- und Deutschlandpolitik waren aber nur realisierbar, wenn der Krieg nicht mit anderen Mitteln fortgeführt und seine Ergebnisse nicht auf Dauer festgeschrieben wurden, wie es Frankreich in seinem übersteigerten Sicherheitsbedürfnis damals zu tun versuchte.

Das seit 1914 dominierende harsche Urteil über das Reich und seine kriegslüsterne Politik wurde in Großbritannien nach 1918 auch dadurch abgemildert, daß sich die Rahmenbedingungen britischer Außenpolitik fundamental geändert hatten. Niemals zuvor hatte das Empire einen solchen territorialen Umfang wie nach der Übergabe deutscher Kolonien und ehemals osmanischer Gebiete in die Obhut der britischen Mandatsverwaltung. Und niemals zuvor hatte ein deutlicher politischer und wirtschaftlicher Machtverlust Großbritannien in eine so augenfällige Situation der strategischen Überbeanspruchung gebracht. Da Deutschland als politischer Rivale und Herausforderer für längere Zeit ausgeschaltet schien, verschwanden aus der britischen Haltung zum Weimarer Deutschland die Emotionen. Eine kühlere Sicht gewann wieder die Oberhand. Einen Tag nach Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages

³² Lord Riddell's *Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918–1923* (London 1933) 188. Dazu ausführlich *Gottfried Niedhart*, Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasement-Politik 1919–1933, in: *Michael Stürmer* (Hrsg.), *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas* (Königstein/Ts. 1980) 113–130.

³³ *David Lloyd George*, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1 (London 1938) 404 ff.

schrieb der spätere Außenminister Austen Chamberlain: „If Germany remains or becomes really democratic, they cannot repeat the folly of Frederic the Great and Bismarck and his later followers. No democracy can or will make aggressive war its year-long study and business.“⁵⁴ Für Lloyd George, den Premierminister, gab es keinen Zweifel, daß „Germany is to us the most important country in Europe“⁵⁵.

In gewisser Weise knüpfte die Londoner Politik nach dem Ersten Weltkrieg an der Einstellung wieder an, die sie gegenüber dem Reich in den knapp zwei Jahrzehnten nach 1871 eingenommen hatte. Im Hinblick auf Europa formulierte London eine Politik, die in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren auf Erhalt des Friedens, Behebung der Kriegsfolgen und die Stabilisierung einer liberalen Wirtschaftsordnung abzielte⁵⁶. Die Methode zur Erreichung dieses Ziels, gerade auch im Hinblick auf Deutschland, hieß Appeasement – ein Begriff, der in den zwanziger Jahren im britischen Verständnis noch ganz positiv besetzt war. Nicht zu übersehen ist allerdings, daß das britische Interesse an Deutschland nach dem Friedensschluß rasch nachließ. Marie-Luise Recker hat zu Recht darauf hingewiesen, daß „das Bild der Weimarer Republik in Großbritannien unscharf und widersprüchlich“ blieb. „Der demokratische Neuanfang in Berlin wurde zwar begrüßt, der Wille zu neuen politischen Akzenten bei den Parteien der Mitte und der gemäßigten Linken auch positiv vermerkt, doch gab es nach wie vor Zweifel an der Dauerhaftigkeit und Stärke dieses Wandels... Auch das außenpolitische Verhalten der Weimarer Regierungen nährte diese Unsicherheit.“ Die deutschen Revisionsforderungen trafen auf Sympathie, doch „die Art und Weise, in der diese Forderungen erhoben wurden, und auch das mangelnde Entgegenkommen gegenüber Anregungen und Forderungen der Alliierten [stießen] immer wieder auf Mißtrauen und Mißbilligung“⁵⁷. Dennoch war im Foreign Office Anfang der dreißiger Jahre nicht umstritten, daß Großbritannien dem Reich erlauben müsse, „to resume her place and rights as a great power on equal footing with the others“⁵⁸.

Problematisch für die britische Europapolitik der dreißiger Jahre sollte das Faktum werden, daß die in den frühen zwanziger Jahren festgelegten Leitlinien dieser Politik, die Haltung und Politik gegenüber Deutschland eingeschlossen, nicht oder nicht schnell genug den veränderten Umständen angepaßt wurden. Der Blick blieb, wie es Lothar Kettenacker einmal formuliert hat, „starr auf die Kontinuitätsmerkmale der deutschen Geschichte“ gerichtet, das „qualitative Neue der Hitlerbewegung“ wurde nicht wahrgenommen⁵⁹. Das galt vor allem für die ersten Monate und Jahre nach der

⁵⁴ Zit. in: Recker, Demokratische Neuordnung, 101.

⁵⁵ Zit. in: C.J. Lowe, Michael L. Dockrill, *The Mirage of Power*, Bd. 2 (London 1972) 356.

⁵⁶ Vgl. dazu immer noch Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939* (Düsseldorf 1971); ders., *Die englische Politik des ‚Appeasement‘ in den dreißiger Jahren und ihre Beurteilung in der Geschichtswissenschaft*, in: Gerhard Schulz (Hrsg.), *Die Große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg* (Göttingen 1985) 233–260; außerdem Recker, *Demokratische Neuordnung*, 97–112; Bernd Dohrmann, *Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921–1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik* (München, Wien 1980).

⁵⁷ Recker, *Demokratische Neuordnung*, 110.

⁵⁸ So Alexander Cadogan im Mai 1932 (zit. in: Reynolds, *Great Britain and the Third Reich*, 119).

⁵⁹ Lothar Kettenacker, *Preußen-Deutschland als britisches Feindbild im Zweiten Weltkrieg*, in:

nationalsozialistischen „Machtergreifung“, als sich selbst ein so guter Deutschlandkenner wie Harold Nicolson für die politische Entwicklung im Reich nur beiläufig interessierte⁶⁰. Die mangelnde Fähigkeit, einmal verfestigte Urteile, Beurteilungen und Einstellungen schnell zu modifizieren, führte bei der politischen Elite Großbritanniens anfänglich zu einer Fehleinschätzung, genauer: zur Unterschätzung Hitlers und des sogenannten Dritten Reiches⁶¹. Vom Vorwurf, Hitler und den Nationalsozialismus lange Zeit unterschätzt zu haben, können auch Männer wie Winston Churchill oder Sir Robert Vansittart nicht freigesprochen werden. Ihr Urteil über das nationalsozialistische Regime beruhte nicht auf einer direkten und persönlichen Kenntnis der Verhältnisse in Deutschland nach dem Einschnitt von 1933. Churchill war weder ein Kritiker Hitler-Deutschlands vom Tag der Machtübernahme an, wie etwa Dietrich Aigner nachweist⁶², noch beruhte seine Kritik von Anfang an auf selbstgewonnenen Einsichten in die Mechanismen und Hintergründe des nationalsozialistischen Regimes.

Im Gegensatz zu den Äußerungen in seinem Memoirenband *The Gathering Storm* (1948), wo Churchill die Nachwelt davon überzeugen möchte, daß er schon in den zwanziger Jahren die „deutsche Gefahr“ in den Mittelpunkt seiner politischen Aktivitäten gestellt habe, trat er eigentlich erst ab 1935 als entschiedener Gegner jeglicher Zugeständnisse an Nazi-Deutschland auf, als einer der heftigsten Kritiker der britischen Appeasement-Politik. Noch im November 1935 nannte er Hitler in dem schon zitierten Zeitschriftenartikel „The Truth about Hitler“ ein „mystery“. Churchill schloß zum damaligen Zeitpunkt die Möglichkeit nicht aus, daß sich Hitler als Retter der Deutschen entpuppen könnte – as „the man who restored honour and peace of mind to the great Germanic nation and brought them back secure, helpful and strong, to the European family circle“. Allein die Zukunft werde entscheiden, „whether he will rank in Valhalla with Pericles, with Augustus, and with Washington, or whether in the inferno of human scorn with Attila and Tamerlane. It is enough to say that both possibilities are open at the present moment.“⁶³ Wie Sebastian Haffner und Dietrich Aigner in ihren Churchill-Biographien richtig beobachten, rutschte Churchill in seine entschlossene Gegnerschaft zu Hitler und Nazi-Deutschland erst relativ spät mehr oder weniger hinein⁶⁴. Der bestürzende Antisemitismus, der innenpolitische Terror des Regimes und die Bekanntschaft mit Vansittart waren dafür Auslöser.

Gerade Churchill ist als Verkörperung der zunächst deutschlandkritischen und

Fortsetzung Fußnote von Seite 174

Wendt (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild, 146; Reynolds, Great Britain and the Third Reich, 118 und 127; Bußmann, Maßstäbe; Oswald Hauser, England und das Dritte Reich, 2 Bde. (Göttingen, Zürich 1982).

⁶⁰ Hermann Fromm, Das Dritte Reich im Urteil eines Engländers: Harold Nicholson und die Deutschen 1933–1945, in: Kettenacker u.a. (Hrsg.), Studien zur Geschichte Englands, 246.

⁶¹ Hierzu vor allem Niedhart, Zwischen negativem Deutschlandbild und Primat des Friedens.

⁶² Dietrich Aigner, Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis. Die öffentliche Meinung 1933–1939. Tragödie zweier Völker (München 1969) 154 f.

⁶³ Churchill, Truth about Hitler, 10 f.

⁶⁴ Sebastian Haffner, Winston Churchill in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten (Reinbek 1967) 96; Dietrich Aigner, Winston Churchill. Ruhm und Legende (Göttingen 1975) 102–122.

dann deutschfeindlichen Komponente im britischen Urteil ein gutes Beispiel dafür, daß die Gegner des Nationalsozialismus sich in ihrer Deutung Hitler-Deutschlands nur schwer vom überlieferten Deutschlandbild trennen konnten. Das prinzipiell Neue und Gefährliche in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik entging ihnen lange Zeit, ungeachtet des zunehmenden Interesses vieler Briten am nationalsozialistischen Reich⁶⁵. Zwar mißtraute Neville Chamberlain dem deutschen Diktator, aber, so meinte er selbst noch im März 1939, die britische Politik sei „still the same, namely, the securing of peace by the removal of reasonable causes of war, whilst pursuing a programme of rearmament“⁶⁶. Dennoch, das „amtliche“ britische Urteil über das nationalsozialistische Reich stand spätestens seit Mitte 1936 fest: „Hitler's foreign policy may be summed up as the destruction of the peace settlement and reestablishment of Germany as the dominant Power in Europe.“⁶⁷ Vansittart, als Unterstaatssekretär praktisch der Chef des Londoner Foreign Office, warnte vom Beginn der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ an vor der Kriegsgefahr, die von Deutschland wieder ausgehe. In den dreißiger Jahren war aber selbst Vansittart kein kategorischer Gegner von Zugeständnissen an das Reich, wiewohl eine langfristig angelegte Revision des Versailler Vertrags für ihn nur in einem gesamt europäischen Rahmen in Frage kam⁶⁸.

Vansittarts Ruf als unerbittlicher „Deutschenhasser“ und entschiedener Gegner des nationalsozialistischen Reiches entstammt der Zeit, als er, nach seiner Ablösung im Januar 1938 durch Sir Alexander Cadogan, seine politischen Ansichten in Zeitungsartikeln, Pamphleten und Rundfunkansprachen ungehindert vertreten konnte. Vansittarts *Black Record. Germans Past and Present*, Ende 1940 in der Form von Vorträgen von der BBC gesendet und im Januar 1941 als Pamphlet erschienen, bildete den Anfang seiner Laufbahn als Publizist deutschfeindlicher Schriften. Das Pamphlet war in Großbritannien Auslöser einer kontroversen, mit viel Polemik geführten Diskussion um die Frage nach der richtigen Interpretation Hitler-Deutschlands⁶⁹. In dem Bemühen zu erklären, warum Preußen/Deutschland Europa innerhalb von nur 75 Jahren in fünf Kriege gestürzt hatte, projizierte Vansittart ein übersteigertes Bild nationalsozialistischer Gegenwart auf die deutsche Geschichte der letzten zweitausend Jahre. In dieser Geschichte bezeichnete für ihn das Deutsche Reich während dessen kurzen Existenz den Tiefpunkt. Mit dieser zeitgebundenen Sicht der deutschen Geschichte und des Reiches war Vansittart in Großbritannien damals wahrlich kein Außenseiter. Auch das Foreign Office und Briten, die es eigentlich besser hätten wissen müssen, schlossen sich der pauschalen Verdammnis Deutschlands an⁷⁰. Wer wollte sie dafür kritisieren!

⁶⁵ Vgl. *Reynolds*, *Great Britain and the Third Reich*, 119, und die ausgezeichnete Studie von Schwarz, *Reise*.

⁶⁶ Zit. in: *Reynolds*, 127.

⁶⁷ Memorandum Anthony Edens „The German Danger“, 17. 9. 1936 (Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Serie, Bd. 15 [London 1976] 569).

⁶⁸ Vgl. *Klaus Jaitner*, Aspekte britischer Deutschlandpolitik 1930–32, in: *Josef Becker, Klaus Hildebrand* (Hrsg.), *Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933* (München 1980) 21–38.

⁶⁹ Vgl. Schwarz, *Reise*, 70 und *Norman Rose*, *Vansittart: Study of a Diplomat* (London 1978).

⁷⁰ *Kettenacker*, *Preußen-Deutschland als britisches Feindbild*, 145–168.

Das britische Urteil über das Deutsche Reich hatte damit zum zweitenmal in unserem Jahrhundert eine extreme, von starken Emotionen beherrschte Position erreicht, und das aus sehr verständlichen Gründen. Nach 1945, vor allem dann in den fünfziger Jahren, schlug das Pendel zurück. Man mag hoffen, daß die Mittellage, die es seitdem erreicht hat, lange Bestand haben wird.



Helmut Altrichter

„...und ganz unter dem Schweif stehen Lessing
und Kant...“

Das Deutsche Reich aus russischer und sowjetischer Sicht

I.

Zur ersten Serie von Kriegsplakaten, die im Sommer 1941 im Staatsverlag „Iskusstvo“ (Kunst) gedruckt wurden, gehörte der Titel „Dnevnik efrejtora Gansa Mjullera“ (Tagebuch des Gefreiten Hans Müller). Im Stile der russischen Volksbilderbogen (der lubki) erzählte das Plakat, wie der Gefreite Mjuller zunächst, am Montag, „kam, sah und siegte“, das Kind umbrachte und die Mutter erschlug, am Dienstag mit seiner Nazi-Truppe ein Dorf erstürmte und in Flammen aufgehen ließ; wie er am Mittwoch – er, der sich einbildete, Vertreter einer höheren Kultur zu sein – Kulturgüter mit Füßen trat und sich am Donnerstag stolz seiner erbeuteten russischen „Trophäen“ brüstete (die vier „Batterien“, die er im Tagebuch aufführte, waren nur Spielzeugkanonen); am Freitag erlebte er dann einen „heißen Tag“, weshalb er, wie er sagte, keine Lust hatte, Tagebucheintragungen zu machen (die Hitze rührte vom sowjetischen Artilleriefeuher her); den Samstag verbrachte er „im Kreise seiner Freunde“ (der Bildbetrachter sah, sie lagen tot oder verwundet um ihn herum), bevor ihn am Sonntag zwei hochgewachsene Rotarmisten in ihre Mitte nahmen, seinen Lügen ein Ende machten und ihn einsperrten.

Die Bildsprache war einfach, der Ton der kommentierenden Verse sarkastisch, die Botschaft unmißverständlich – wenn auch reichlich optimistisch, angesichts der aktuellen militärischen Lage (das von mir benutzte Exemplar des Plakates weist am unteren Rand als offensichtliches Druck- oder Druckfreigabedatum den 28. Juli 1941 aus)¹. Die Geschichte verstand auch, wer den Text nicht las oder nicht lesen konnte; schließlich trug jener Mjuller, der zunächst als Sieger auftrat, am Ende aber kläglich scheitern sollte, auf seinem Stahlhelm ein Hakenkreuz. Sein Dienstgrad nahm offenkundig ironischen Bezug auf jenen anderen Gefreiten, der seit 1933 als Reichskanzler fungierte und den Angriff auf die Sowjetunion politisch zu verantworten hatte. Doch

¹ Das Plakat hat die Größe 87,5 × 60,5 cm und erschien in einer Auflage von 75 000. Das Randimpresum vermerkt als Künstler V. und Z. Pravdjan, als Verfasser des Textes B. Petker und G. Rublev. Mein herzlicher Dank gilt Herrn Hubertus F. Jahn, Ph.D., Erlangen, der mich in seine Sammlung von Kriegsplakaten und Kriegspostkarten Einsicht nehmen ließ.

Дневник ефрейтора Ганса Мюллера



ПЯТНИЦА.
Сегодня очень тяжелый день!

...вотому жалеть мне себя.



ПОНЕДЕЛЬНИК
Помощь, усталость, победный

...ребенка смеет, в мать ушла.



СРЕДА.
В смысле не высокую культуру!

...моя мучительная структура.



СРЕБОТА.
Почему-то мне было весело!

...кроме его в кругу друзей.



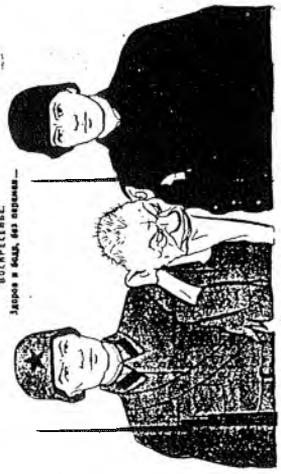
ВТОРНИК
Завтра сама страна моя

...отсюда был заключен.



ЧЕТВЕРГ.
Сегодня тяжелые трагедии!

...много русских солдат.



ВОСКРЕСЕНЬЕ.
Завтра в Яссы, но сначала...

...иногда война — есть Молдавия и Яссы.

im Unterschied zu vielen anderen sowjetischen Kriegsplakaten wies die Physiognomie des Dargestellten nicht die typischen Attribute, den dunklen Schnauzbart und die tief in die Stirn fallende Haarsträhne auf. Nein, mit diesem grobschlächtigen Uniformierten war nicht Hitler, eher wohl der „typische Deutsche“ gemeint.

„Typisch deutsch“ war nicht nur der Name (Hans Müller), auch verschiedene seiner Charaktereigenschaften hatten als „typisch deutsch“ in Rußland durchaus Tradition. Der Grundtypus des zwar fleißigen und ordentlichen, aber zugleich groben und gefühlsarmen deutschen Kleinbürgers mit dem steten Hang zur Überheblichkeit gegenüber allem Russischen läßt sich zumindest bis weit ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen². Ivan A. Gončarov hat ihm im Roman ‚Oblomov‘ das vielleicht bekannteste literarische Denkmal gesetzt. Sein Deutscher heißt nicht Müller, sondern „Stolz“, ist Gutsverwalter, bildungsbeffissen, wie es ein Deutscher eben so ist, zugleich streng und wortkarg bis zur Sprachlosigkeit. Das alles schlägt sich in der Erziehung seines minderjährigen Sohnes nieder. Der Achtjährige „buchstabiert“ bereits „an Wieland, an Herder, an biblischen Versen herum“, sitzt mit dem Vater gebeugt über einer geographischen Karte und „addiert die unorthographischen Rechnungen der Bauern, Kleinbürger und Fabrikarbeiter“; als er einmal für eine Woche verschwindet, will der Vater vom Heimkehrer nur wissen, ob er seinen Cornelius Nepos übersetzt habe, und als der Sohn das verneint, schmeißt der Vater ihn mit einem Tritt wieder hinaus, mit dem Rat, dort hinzugehen, wo er hergekommen sei und nicht ohne die Übersetzung zurückzukehren. Der Mutter, einer Russin, behagten diese Erziehungsmethoden gar nicht. Sie fürchtete, daß ihr Sohn genau so ein Deutscher werde wie die, von denen der Vater abstammte. Ja sie sah die „ganze deutsche Nation für einen Haufen von Kleinbürgern an, reihte alle Deutschen in ein Heer von Kommis, Handwerkern, Kaufleuten, kerzengeraden Offizieren mit Soldatengesichtern und Beamten mit Alltagsgesichtern ein, die alle kurze Pfeifen rauchten und durch die Zähne ausspuckten, die nur für schwere Arbeit, für mühsamen Gelderwerb, für die schablonenhafte Ord-

² Viele Anregungen zum Thema verdanke ich: *Georg von Rauch*, Streiflichter zum russischen Deutschlandbilde des 19. Jahrhunderts, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* NF 12 (1964) 5–47, im folgenden zitiert: *von Rauch*, Streiflichter; sowie *Victor Frank*, Russians and Germans. An Ambivalent Heritage, in: *Survey. A Journal of Soviet and East European Studies* (1962) 66–73; *Dagmar Herrmann*, *Johanne Peters*, Deutsche und Deutschland in der russischen Lyrik des frühen 20. Jahrhunderts (West-Östliche Spiegelungen Reihe B, Sonderband, München 1988); *Walter Laqueur*, Deutschland und Rußland (Berlin 1965); *Jörg Peter Mentzel*, *Wolfgang Pfeiler*, Deutschlandbilder. Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR und der Sowjetunion (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 6/7, Düsseldorf 1972); *Ludolf Müller*, Ein Jahrhundert deutsch-russischer Wechselseitigkeit in Literatur und Dichtung, in: *Werner Markert* (Hrsg.), Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart (Stuttgart 1964) 207–222; *Friedrich Wilhelm Neumann*, Das Bild des Deutschen im russischen Schrifttum. Ein Beitrag zur Charakterologie des russischen Volkes, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* 8 (1961) 234–252; *Wolfgang Pfeiler*, Das russische Deutschlandbild und das sowjetische Bild der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 16 (1972) 3–22; *Günther Stöckl*, Die historischen Grundlagen des russischen Deutschlandbildes, in: *Friedhelm Berthold Kaiser*, *Bernhard Stasiewski* (Hrsg.), Deutsche im Europäischen Osten. Verständnis und Mißverständnis (Studien zum Deutschtum im Osten 13; Köln, Wien 1976) 18–34; *ders.*, Osteuropa und die Deutschen. Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft (Oldenburg, Hamburg 1967).

nung, für langweilige Regelmäßigkeit des Lebens und die pedantische Erfüllung der Pflichten taugten...“³.

Bemüht man psychologische Topoi, so wäre Mjuller der enthemmte, der wildgewordene Deutsche und Stolz so etwas wie sein anankastisch verklemmter Ahn. Dabei urteilen andere Autoren noch wesentlich schärfer als Gončarov. Der als Mitbegründer der Slawophilenbewegung geltende Ivan V. Kireevskij schrieb 1830 aus München, es gebe „auf dem ganzen Erdball kein schlechteres, seelenloseres, dumpferes und unangenehmeres Volk als die Deutschen“. Er „hasse“ Deutschland, und er verglich es mit einer „Kette“, einem „Gefängnis“, einem „Sarg, in dem Menschen lebendig begraben werden“. Die Deutschen hätten schon recht, wenn sie sich als ein Land der Eichen bezeichneten; zwar gebe es die entsprechenden Bäume hier kaum; aber sie selbst seien die „hölzernsten aller Eichen“, gefühllos und indolent⁴. Alexander Herzen (russ. Aleksandr Gercen), der dem anderen Lager, den „Westlern“, zugerechnet wird, urteilte in den 50er Jahren nicht weniger hart, wobei er die Deutschen vor allem als Emigranten in Westeuropa kennengelernt hatte. Er beschrieb sie als „wenig weltmännisch“, „kleinbürgerlich“, „langweilig“ und „zänkisch“ und rechnete zu ihren Charaktereigenschaften „deutsche Grobheit“, „schwerfälligen schulmäßigen Doktrinarismus“ und „übermäßige Vertraulichkeit“⁵. Für Michail Bakunin, den man nicht weiter vorzustellen braucht, waren die Deutschen „schreckliche Philister. Wäre der Zehnte Teil ihres reichen geistigen Bewußtseins ins Leben übergegangen“, so schrieb er im Oktober 1840 aus Berlin, „wären sie herrliche Leute, bis jetzt aber sind sie, ach! ein höchst lächerliches Volk...“. Und ihm schien es typisch, daß sie Sprüche wie den folgenden an ihre Häuser schrieben: „Ein preußisch Herz, ein Gutes Bier / Was wollen sie noch mehr von mir.“⁶

³ Hier zitiert nach der Ausgabe *Ivan Gontscharow, Oblomow* (Roman). Aus dem Russischen übersetzt von *Clara Brauner* (Zürich 1980) 210; die obige Charakterskizze des Stolz (Vater) 207 ff.

⁴ Kireevskij beschreibt die Schwerfälligkeit und Indolenz in einer kleinen Episode: Als Kireevskijs Bruder mit seinem Regenschirm einen vorbeigehenden Deutschen so unglücklich aufspießte, daß der Regenschirm zerbrach, nahm der Deutsche das ebensowenig wahr wie die Entschuldigung des Russen. Erst 20 Schritte weiter verspürte er den Schmerz, blieb wie tot stehen, verdrehte die Augen und schwieg, bevor er dann den Hut abnahm und dem Bruder bescheinigte: „Ich bitte recht sehr, Herr Baron, es thut nichts.“ Diesen Satz sowie den Begriff „Land der Eichen“ gibt Kireevskij auch in Deutsch wieder. *Ivan Kireevskij, Polnoe sobranie sočinenij* (Moskau 1911, ND 1970) Bd. 1, 48; Bd.2, 221 ff.

⁵ *Alexander I. Herzen, Mein Leben. Memoiren und Reflexionen*, Bd. 2: 1852–1868 (Berlin 1962) 40 ff, 190 ff. Festzuhalten aber ist auch, was die Deutschen für Herzen offenkundig nicht waren: selbst- und nationalbewußt. Sie schauten zu den Engländern auf wie russische Kleinbürger zu russischen Adeligen, versuchten sich so schnell wie möglich zu assimilieren und ihr Deutschsein abzulegen: „Wenn ein Deutscher [in England] irgend etwas unternimmt, rasiert er sich gewöhnlich zunächst, legt einen Kragen um, der bis zu den Ohren reicht, sagt ‚yes‘ an Stelle von ‚ja‘ und ‚well‘, wo man nichts zu sagen brauchte. Nach zwei Jahren schreibt er seine Briefe und kurze Mitteilungen auf englisch und lebt völlig in einem englischen Kreise.“

⁶ *Michail Dragomanov* (Hrsg.), *M. Bakunins sozialpolitischer Briefwechsel mit Alexander Iw. Herzen und Ogarjow* (Stuttgart 1895) 5; dabei beschreibt Bakunin Berlin als „eine gute Stadt, – vortreffliche Musik, billiges Leben, sehr anständige Theater, in den Konditoreien viele Zeitungen, und ich lese alle der Reihe nach, – mit einem Worte, alles gut, sehr gut“. Dieses deutsche

Sucht man nach einer gemeinsamen Grunderfahrung, so war es wohl die: Der russische Reisende, gebildet und von Stand, der „seinen“ Deutschen von zu Hause kannte – in untergeordneter Stellung, in der Position eines Hauslehrers oder Gutsverwalters, verlässlich, solide, devot und unpolitisch – traf ihn, überrascht, hier als Massenerscheinung wieder.

Nun ließen sich unschwer weitere Zitate aufführen, mitunter sogar von den gleichen Autoren, die bei den „typisch deutschen“ Eigenschaften (Bildung und Bildungsbeflissenheit, Ordentlichkeit und Fleiß) nicht gleich an ihre Perversion dachten, ihnen auch positive Aspekte abgewannen⁷. Doch ebenso unbestreitbar ist, daß mit der Reichsgründung und zum Ende des Jahrhunderts hin die negativen Züge im russischen Bild der Deutschen eher zu- als abnahmen, das Bild Deutschlands immer mehr zum Feindbild wurde und die Erinnerung an das „gute“, das gebildete, das kosmopolitische, weltoffene Deutschland, das auch ein vorstaatliches und vornationales, in jedem Falle vornationalstaatliches Deutschland war, verblaßte. Damit sind wir beim eigentlichen Thema.

II.

Der preußische Militärbeauftragte in St. Petersburg, von Werder, lag im Sommer 1870 gründlich schief, als er – nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges – seinem König meldete, die „Stimmung“ sei „im allgemeinen Preußen sehr günstig“⁸. Wenn sie es je war, so wechselten die Sympathien bereits nach den ersten preußisch-deutschen Siegen und schlugen – je deutlicher Berlin das militärische und politische Geschehen diktierte – in eine entschieden antipreußische, antideutsche Stimmung um. Als eine hochrangige preußische Militärdelegation (mit dem Prinzen Friedrich Karl und General Moltke an der Spitze) im Spätherbst 1871 St. Petersburg besuchte und mit großem Zeremoniell empfangen wurde, war das Echo durchaus geteilt und der gleiche Werder resümierte: Der Besuch habe an der vorherrschenden Stimmung leider nichts geändert, ja wieder einmal fühlen lassen, „wie ungünstig diese in den gebildeten Klassen, in den Offizierskreisen“ sei. Vom Zaren abgesehen, begegnete man den „berühmten Führern“ zwar mit „Neugier“, nicht aber „mit Wohlwollen“. Ob „Neid oder Angst vor dem starken Nachbarn, dem man sich nicht gewachsen fühlt“, der Grund waren, ließ Werder offen, „jedenfalls ist die Stimmung eine sehr entschiedene“.

Fortsetzung Fußnote von Seite 182

Philistertum sah er auch im Frühjahr 1848 am Werk: bei der Vorbereitung der Wahlen zur Paulskirche, in allen „möglich[e]n Maßnahmen gegen das Volk“, in der „reaktionären“ Schleswig-Holstein-Bewegung. Und „Der größere Teil Deutschlands ist in Unruhe, ohne eine eigentliche Revolution zu haben, was die Deutschen jedoch nicht hindert, beim Rheinwein von ‚innerer Revolution‘ zu sprechen“ (ebd. 9 ff.). Ich verdanke diese wie die vorangegangenen Hinweise der Lektüre von *Georg von Rauch*, Streiflichter.

⁷ Vgl. selbst die ergänzenden Ausführungen in den Anm. 4, 5 und 6.

⁸ *Wolfgang von Werder* (Hrsg.), *Aus Jahrzehnten deutsch-russischer Freundschaft. Immediatberichte des deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg General d. Inf. Bernhard von Werder*, in: *Berliner Monatshefte* 17 (1939) 759–779, hier 765.

den anti-deutsche⁹. So ganz falsch lag Bismarck offenkundig nicht, wenn er in diesen Jahren Alexander II. als den „einigen Freund“ Preußens und Deutschlands in Rußland bezeichnete¹⁰.

Was von Werder für die Spitzen der Petersburger Gesellschaft, Hof und Offizierskreise ausführte, galt ebenso für das literarische Rußland. Auch hier nur wenige Beispiele. Ivan S. Turgenev, der sich 1863 in Baden-Baden niedergelassen hatte und inzwischen – nach eigenem Bekunden – ganz wie ein Deutscher „gestimmt“ war, hatte die Kapitulation von Sedan noch begrüßt. Doch die „Eroberungssucht“, die danach ganz Deutschland erfaßte, stieß ihn ab. Sein Deutschland, das er liebte, das Deutschland der Weimarer Klassik und der Heidelberger Romantik, und Bismarcks „preußischer Militarismus“ vertrugen sich nicht mehr. Noch Anfang der 70er Jahre gab er sein Haus in Baden-Baden auf und zog nach Paris¹¹.

Fedor M. Dostoevskij erlebte den Krieg in Dresden. Einem Freunde schrieb er, wie zu Kriegsbeginn immer wieder die „Wacht am Rhein“ intoniert wurde, was später nachgelassen habe, und sich im nationalen Eifer besonders die „Professoren, Doktoren und Studenten“ hervortaten – etwa mit der Forderung, Paris zu bombardieren. Und Dostoevskij fuhr fort: „Das sind die Ergebnisse ihrer Wissenschaft. Wenn nicht ihrer Wissenschaft, so ihrer Dummheit.“ Und was für die Wissenschaft galt, galt ihm für das ganze Volk: „Das ganze Volk hier versteht zu lesen und zu schreiben, ist aber ganz unwahrscheinlich ungebildet, dumm und blöd, und es hegt die allerniedrigsten Interessen.“ Mehr „Lüge und Habgier“ könne man sich kaum vorstellen. Reichlich naiv schien ihm auch die Vorstellung, im Krieg habe die bessere Schule den Ausschlag gegeben, in Sedan gleichsam der preußische Volksschullehrer gesiegt. Im übrigen wäre das „eine schöne Schule, die zu rauben lehrt und zu foltern wie die Horden Attilas. Ja, und vielleicht sogar noch mehr.“¹²

⁹ Nach dem Bericht von Werders über den Besuch des Prinzen Friedrich Karl in St. Petersburg vom 13. 12. 1871 (PA AA Bonn Rußland IA Bi 49, Acta betr. Schriftwechsel mit der Kgl. Gesandtschaft zu Petersburg usw.), wiedergegeben bei *Klaus Meyer*, Rußland und die Gründung des deutschen Reiches, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 22 (Berlin 1973) 176–195, hier 192 f.; im folgenden zitiert *Meyer*, Rußland und Reichsgründung; zur Konstanz dieser Grundeinstellung in den 70er und 80er Jahren vgl. Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz, 2 Bde. (Berlin 1927) passim.

¹⁰ *Meyer*, Rußland und Reichsgründung, 180, verweist dabei auf: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. von *Johannes Lepsius*, *Albrecht Mendelssohn-Bartholdy*, *Friedrich Thimme*, Bd.3 (Berlin 1922) 28 (Brief Bismarck aus Gastein an Wilhelm I., bezogen auf das Jahr 1875). Ähnlicher Tenor in Gesprächen vgl. *Bismarck*, Die gesammelten Werke (Berlin ²1924) Bd.7, 441, 505; Bd.8, 43 f., 144 f., 280.

¹¹ *Boris Zajcev*, *Žizn' Turgeneva* (Paris ²1949) 162 ff., 185 ff.; ausführlich wiedergegeben auch bei *von Rauch*, Streiflichter, 25 ff.

¹² 1871 nach Hause zurückgekehrt, suchte er den „Zügen eines wilden Teutonismus“ auch eine positive Seite abzugewinnen. Das „erregte Volksgefühl“, das „in Deutschland zur Zeit die große Masse in außerordentlich hohem Grade ergriffen“ habe, sollte in Rußland eigentlich Neid hervorrufen und beispielhaft wirken. Noch in den 70er Jahren sprach er sich dann für eine deutsch-russische Freundschaft aus, die zwei großen Völker seien ausersehen, das Antlitz der Welt zu ändern; vgl. *F.M. Dostojevskij*, Als schwanke der Boden unter mir. Briefe 1831–1881, hrsg. von *W. Lettenbauer* (Wiesbaden o.J.) 267 f.; *ders.*, *Dnevnik pisatelja za 1877 god* (Paris o.J.) 212 ff; Auszüge

Der kritische Publizist und Literaturkritiker Nikolaj K. Michajlovskij wurde vom Kriegsausbruch in Bad Kissingen überrascht. Erschreckt von den Manifestationen des neuen deutschen Nationalgefühls, schrieb er im Sommer 1870, Deutschland werde zur größten Gefahr für die Ideale der Toleranz, des Fortschritts und der Föderation. Im deutschen Kanzler sah er (ein halbes Jahr später) den ersten europäischen Staatsmann, der keine Werteordnungen neben denen der Machtausübung mehr anerkenne. Zu Ende gedacht, würde damit die Idee des Reiches zur Idee der Weltmonarchie und permanenten Gefahr für den Weltfrieden, und der Zivilisation drohe die Verpreußung, wenn sein Beispiel Schule mache¹³.

Auch der Dichter Fedor I. Tjutčev, der lange Jahre seines Lebens in Deutschland verbracht und Goethe, Schiller und Heine übersetzt hatte, wandte sich entsetzt von der Bismarckschen Politik des „Blut und Eisens“ ab, sah den Zusammenbruch der europäischen Zivilisation nahen und das Zeitalter des „Antichrist“ beginnen¹⁴.

Ein Großteil der zitierten Meinungsäußerungen des literarischen Rußland war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, entsprechend gering dürfte ihr Wirkungsgrad einzuschätzen sein. Anders die Medien. Die Gründung der slawophil eingestellten Tageszeitung ‚Birževye Vedomosti‘ (‚Börsennachrichten‘) 1861; des reformorientierten ‚Golos‘ (‚Die Stimme‘) 1863, der rasch Einfluß und Publikum gewann; die Tatsache, daß im gleichen Jahr der Liberale Evgenij F. Korš die Redaktion der ‚Sankt-Peterburgskie Vedomosti‘ (‚Sankt Petersburg Nachrichten‘) übernahm und der großrussische Nationalist Michail N. Katkov die Leitung der ‚Moskovskie Vedomosti‘; sowie die Aufhebung der Vorzensur für die hauptstädtischen Blätter 1865, ließ zumindest hier, in St. Petersburg und Moskau, seit den 60er Jahren Vorformen einer politischen Öffentlichkeit entstehen¹⁵.

In der Grundeinschätzung der Reichsgründung – als alarmierendes, für Rußland

Fortsetzung Fußnote von Seite 184

daraus bei: Dieter Grob, Dmitrij Tschibževskij (Hrsg.), Europa und Rußland. Texte zum Problem des westeuropäischen und des russischen Selbstverständnisses (Darmstadt 1959) 484 ff., im folgenden zitiert als Grob, Tschibževskij, Europa und Rußland; von Rauch, Streiflichter, 27 ff.

¹³ N.K. Michajlovskij, Sočinenija (St.Petersburg 1896) Bd. 5, 10, 15; Bd.6, 71 ff., 98 ff.; Hinweis bei von Rauch, Streiflichter.

¹⁴ Vgl. das kritische Gedicht „Zwei Einheiten“, in dem er dem „Orakel“ des Westens, nur „Blut und Eisen“ könne die Einheit bringen, die Aufforderung an die slawischen Völker gegenüberstellt, sie „liebend“ zu suchen; in F.I. Tjutčev, Lirika (Moskau 1965) Bd.1, 223; in deutscher Übertragung bei von Rauch, Streiflichter, 34; dazu ders., J.Ph. Fallmerayer und der russische Reichsgedanke bei F.I. Tjutčev, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas NF 1 (1953) 54 ff.; zum Hintergrund auch Auszüge Tjutčevscher Gedanken (von der Mitte des Jahrhunderts) bei Grob, Tschibževskij, Europa und Rußland, 225 ff.

¹⁵ Dazu Daniel Balnuth, Censorship in Russia, 1865–1905 (Washington 1979); ders., Censorship in the Russian Empire, in: Joseph L. Wiczyński (Hrsg.), The Modern Encyclopedia of Russian and Soviet History 47 (Gulf Breeze 1988) 161–167; Ju.I. Gerasimova, Iz istorii russkoj pečati v period revoljucionnoj situacii 1850-ch – načala 1860-ch godov (Moskau 1974); einleitend Irene Grünig, Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten 1878–1894 (Osteuropäische Forschungen NF 3, Berlin, Königsberg/Pr. 1929); D.M. O'Flaherty, Tsarism and the Politics of Publicity 1865–1881 (Oxford Ph.D. 1975); Charles A. Ruud, The Russian Empire's New Censorship Law of 1865, in: Canadian Slavic Studies 3 (196) 235–245; auch A.G. Dement'ev, A.V. Zapadov, M.S. Čerepachov (Hrsg.), Russkaja periodičeskaja pečat' 1702–1894 (Moskau 1959).

bedrohliches Signal – war sich diese publizistisch-politische Öffentlichkeit mit dem literarischen Rußland weitestgehend einig. Selbst wenn man von liberaler Seite zunächst die Berechtigung Deutschlands zum „nationalen Verteidigungskampf“ anerkannte: Die dargestellte, wachsende Sympathie für die französische Seite, die sich mit den preußischen Siegen, dem Sturz Napoleons III., der Fortführung des Krieges gegen das republikanische Frankreich und den preußischen Annexionsforderungen nur noch verstärkte, dominierte die Berichte und Stellungnahmen im liberalen ‚Golos‘ ebenso wie in den großrussischen ‚Moskovskie Vedomosti‘¹⁶. Siege Deutschland, so hatte der ‚Golos‘ bereits im August 1870 gewarnt, werde es zur „Kaserne“ werden, so triumphiere „das Junkertum, die brutale Gewalt, welche ganz Europa bedrohe. Werde [aber] das schöne, friedliche Deutschland in ein Heerlager verwandelt, so bleibe Rußland nichts übrig, als gleichfalls ein Lager zu werden.“¹⁷

Die Befürchtung, die preußische Expansion könne sich fortsetzen, war allenthalben spürbar: „1864 Dänemark, nach zwei Jahren Österreich, nach vier Jahren Frankreich. Rußland wird sich schon heute bereithalten müssen“, schrieben Anfang September 1870 die ‚Birževye Vedomosti‘¹⁸. Besonders aufmerksam verfolgte man die Manifestationen der Begeisterung, die die deutschen Siege in den Ostseeprovinzen auslösten. Hinter beidem stand die (doppelte) Furcht, daß Preußen nach Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen auch eine Begehrlichkeit gegenüber den baltischen Provinzen entwickeln könnte und dessen deutsche Bewohner – angesteckt von der nationalen Begeisterung – sich zunehmend mit Preußen-Deutschland identifizierten. Beides umso mehr, als die russische Regierung in den Ostseeprovinzen eine bewußte Russifizierungspolitik betrieb¹⁹. Da die Lage so war, wie sie war, meinten selbst als „gemäßigt“

¹⁶ Zum Gesamtzusammenhang: *Dietrich Beyrau*, Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches 1866 – 1870/71 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München 40, Wiesbaden 1974), im folgenden zitiert *Beyrau*, Russische Orientpolitik; *Rudolf Buchner*, Rußlands Haltung zur Reichsgründung, in: Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr. 22 (Berlin 1972) 88–109; *Klaus Meyer*, Rußland und Reichsgründung. Außen vor bleibt hier die Haltung Rußlands zur Vorgeschichte der Reichsgründung, den Kriegen der 60er Jahre; vgl. dazu etwa *A.G. Fedorov*, Političeskaja i kul’turnaja žizn’ Germanii v russkoj presse 60-ch godach XIX v., in: Leningradskij pedagogičeskij Institut im. *A.I. Gercena* (Hrsg.), *Gercenovskie čtenija* 21 (Leningrad 1969) 48–52; *Eberhard Kolb*, Rußland und die Gründung des Norddeutschen Bundes, in: *R. Dietrich* (Hrsg.), *Europa und der Norddeutsche Bund* (Berlin 1968) 183–219; *Sten Martenson*, Württemberg und Rußland im Zeitalter der deutschen Einigung 1856–1870. Die diplomatischen und dynastischen Beziehungen eines deutschen Mittelstaates (Göppinger Akademische Beiträge 4, Göppingen 1970); *Lidija I. Naročnickaja*, Rossija i vojny Prussii v 60-ch godach XIX v. za ob’edinenie Germanii „sverchu“ (Moskau 1960); *Lev M. Šneerson*, Otkliki v Rossii na avstro-prusskiju vojnu 1866 g., in: Belorusskij gosudarstvennyj universitet (Hrsg.), *Učenyje zapiski* 10 (Minsk 1950) 157–182; *ders.*, *Avstro-prusskaja vojna 1866 g. i diplomatija velikich evropejskich deržav* (2. Aufl. Minsk 1976).

¹⁷ Auswertung der Sammlung von Presseauschnitten, übermittelt durch die Gesandtschaft in St. Petersburg (PA AA Bonn IA Bi 48, 49 adh. Auszüge aus der russischen und polnischen Presse 1870, 1871) bei *Beyrau*, Russische Orientpolitik, sowie *Meyer*, Rußland und Reichsgründung; hier ‚Golos‘ vom 20. August 1870 nach *Beyrau*, Russische Orientpolitik, 272 Anm. 235.

¹⁸ ‚Birževye Vedomosti‘ vom 4. September 1870, nach *Beyrau*, Russische Orientpolitik, 256.

¹⁹ Vgl. *Beyrau*, Russische Orientpolitik, 257; *Meyer*, Rußland und Reichsgründung, 186 ff. Zur Russifizierungspolitik im Baltikum *Michael Hatzel*, Der Abbau der deutschen ständischen

geltende Blätter im Herbst 1870, der Regierung eine Forcierung ihrer Bemühungen in den Ostseeprovinzen anraten zu müssen, bevor sich die Verhältnisse in Deutschland stabilisiert hätten und das neue Reich sich auf dem Baltikum einmischen könne²⁰.

Noch weiter gingen die Befürchtungen der großrussischen Nationalisten. So suchte Katkov den Lesern der ‚Moskovskie Vedomosti‘ in einer ganzen Serie von Artikeln nachzuweisen, daß Deutschland künftig auch auf dem Balkan als Konkurrent und Gegner auftreten werde, Hand in Hand mit der Habsburger Monarchie, die nach dem Ausgleich von 1867 „zu einem deutschen Vorposten gegen den Orient und überhaupt gegen das Slawentum“ geworden sei²¹. Auch der liberale ‚Golos‘ beteiligte sich an diesen Gedankenspielen und begann darüber zu spekulieren, daß sich die deutschen Erbländer der Habsburger einschließlich Böhmens und Mährens dem Reich anschließen könnten, womit Ungarn ein selbständiger Staat werde und seinerseits auf dem Balkan (wohl mit deutscher Rückendeckung) eine Expansionspolitik betreiben würde²².

Wichtiger als diese Zukunftsphantasien sind die Ängste, denen sie Ausdruck gaben, und das Bild, das sie vom neuen Deutschland zeichneten. Deutschland, so die Befürchtung, war nicht nur durch Waffengewalt geschaffen worden, sondern auf weitere Expansion angelegt, als Macht- wie als Nationalstaat. Und es war das Bild eines „erweiterten Preußen“, das sie dabei stets aufs neue beschworen. Der „Parvenu“ im europäischen Mächtesystem habe – dank seiner überlegenen Militärmacht – triumphiert. Preußen, so räumte der ‚Golos‘ im August 1870 ein, war „eine sparsame und nationale Dynastie, eine ehrliche und unverkäufliche Administration, eine strenge Ordnung im volkswirtschaftlichen Haushalt und, endlich, eine solche Volksbildung, wie wir sie nirgends in Europa antreffen“. Das sei schon etwas im Vergleich mit der Charlatanerie des zweiten französischen Kaiserreiches. Denn, so ergänzte er sarkastisch sein Lob, trotz aller Antipathien müsse man einfach „eingestehen“, daß die „nachbarliche Kaserne ... in Ordnung gehalten wird und zu lesen versteht“. Paris blieb für ihn das Zentrum des guten Geschmacks, der Kunst, der Wissenschaft und der weltbewegenden Ideen, während nach Berlin nur komme, wer am Anblick eines kasernenartigen Lebens und am Kauf billiger Zigaretten interessiert sei. Und so sah er das Denkmal Friedrichs II. als Symbol für das ganze: „In Berlin, Unter den Linden, steht das Denk-

Fortsetzung Fußnote von Seite 186

Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Rußlands. Ein Beitrag zur Geschichte der russischen Unifizierungspolitik 1855–1905 (Marburg 1977); *Gert Kroeger*, Die evangelische Landeskirche und das griechisch-orthodoxe Staatskirchentum in den Ostseeprovinzen 1840–1918, in: *Reinhard Wittram* (Hrsg.), Baltische Kirchengeschichte (Göttingen 1956) 177–206; *Gert von Pistohlkors*, Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution (Göttingen 1978; ders., „Russifizierung“ und die Grundlage der deutsch-baltischen Russophobie, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 25 (1976) 618–631; *H. Schaudinn*, Das baltische Deutschtum und Bismarcks Reichsgründung (Leipzig 1932); *Reinhard Wittram*, Baltische Geschichte (Darmstadt 1977) 216 ff.

²⁰ Vgl. ‚Vestnik Evropy‘ (1870, 10) 904 ff., nach *Beyrau*, Russische Orientpolitik, 257; oder auch ‚Golos‘ vom 19. 3. 1871, nach *Meyer*, Rußland und Reichsgründung, 189.

²¹ *Michail N. Katkov* in den ‚Moskovskie Vedomosti‘ seit Oktober 1870, wieder abgedruckt in *M.N. Katkov*, *Sobranie peredovych statej Moskovskich Vedomostej*, 1883–1887 (Moskau 1898), Nachweise bei *Beyrau*, Russische Orientpolitik, 257 ff.

²² ‚Golos‘ vom 24. und 31. August 1870, Nachweise bei *Beyrau*, Russische Orientpolitik, 258.

mal Friedrichs des Großen. Der König zu Pferde ist auf ein breites Postament gestellt; um ihn herum seine Generäle und Staatsmänner, und ganz unter dem Schweiße des Pferdes stehen Lessing und Kant.“²³

III.

Sahen wir seit den 60er Jahren in Rußland Vorformen einer politischen Öffentlichkeit entstehen, so war sie im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg dabei, sich zu entfalten. Sie fand ihr neues Forum (seit 1906) in der Duma, die – trotz aller, hier nicht weiter zu diskutierenden Einschränkungen beim Wahlrecht und den Kompetenzen – zumindest eins erreichte, was es so bisher nicht gegeben hatte: daß „der größte Teil der Staatsgeschäfte zu öffentlichen Angelegenheiten, das heißt durchschaubar, kontrollierbar und öffentlicher Diskussion und Beurteilung zugänglich gemacht wurde“²⁴. Dazu gehörte auch die Außenpolitik, über die der Außenminister seit 1908 (erst Izvol'skij, dann Sazonov), wenn es um seinen Etat ging, regelmäßig Bericht erstattete²⁵. In der Duma und neben ihr entwickelte sich das Fraktions- und Parteienwesen weiter, als „Versuche der öffentlichen Organisierung politischer Absichten“, teils als Kampfbund, teils als klassenübergreifende Bewegung²⁶.

Auch die Presselandschaft hatte sich verändert. Gab es 1883 80 Zeitungen in Rußland, so 1914 fast 1.300. Eine Voraussetzung dafür war der Anstieg der Lese- und Schreibfähigkeit. Selbst in St. Petersburg konnten 1869 von den über Sechsjährigen nur 59,5 % lesen, 1910 waren es 76,6 %, bei den 11–15jährigen lag der Anteil sogar bei 93,6 %. Ende Oktober 1906 wurde die Pressezensur prinzipiell aufgehoben. Selbst wenn die Regierung im Nachhinein versuchte, durch Strafandrohung, Verhängung von Geldbußen und Verboten, Willkürmaßnahmen und Schikanen neue Dämme zu errichten, zu einer vollständigen Knebelung der öffentlichen Meinung war der verbleibende Zensurapparat – schon quantitativ – gar nicht mehr in der Lage. Ein Stab von weniger als hundert Beamten hatte 1914 die Publikation von über 32.000

²³ 'Golos' von August 1870 und Januar 1871, nach Meyer, Rußland und Reichsgründung, 184f.

²⁴ Manfred Hagen, Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Rußland 1906–1914 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 18, Wiesbaden 1982) Zitat 337, im folgenden zitiert: Hagen, Politische Öffentlichkeit.

²⁵ Caspar Ferenczi, Außenpolitik und Öffentlichkeit in Rußland 1906–1912 (Historische Studien 440, Husum 1982), im folgenden zitiert: Ferenczi, Außenpolitik und Öffentlichkeit; Horst Jablonowski, Die Stellungnahme der russischen Parteien zur Außenpolitik der Regierung von der russisch-englischen Verständigung bis zum Ersten Weltkrieg, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 5 (1957) 60–92, im folgenden zitiert: Jablonowski, Parteien zur Außenpolitik; Margarete Wollers, Außenpolitische Fragen vor der vierten Duma (Hamburger Historische Studien 1, Hamburg 1969).

²⁶ Zur Gesamtentwicklung Terence Emmons, The Formation of Political Parties and the First National Elections in Russia (Cambridge/Mass., London 1983); Heinz-Dietrich Löwe, Das Spektrum der Parteien, in: Gottfried Schramm (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Rußlands 3 (Stuttgart 1983) 392–419; Erwin Oberländer, Die Rolle der politischen Parteien, in: George Katkov, Erwin Oberländer, Nikolaus Poppe, Georg von Rauch (Hrsg.), Rußlands Aufbruch ins 20. Jahrhundert. Politik, Gesellschaft, Kultur 1894–1917 (Freiburg 1970) 63–85; Peter Scheibert (Hrsg.), Die russischen politischen Parteien von 1905–1917. Ein Dokumentationsband (Darmstadt 1972).

Büchern und Broschüren und über 3.100 Periodika in einem halben Dutzend Sprachen zu überwachen. Mochten die Behörden in der Provinz mitunter eine Friedhofsruhe noch erzwingen können, in den großen Städten ging jeder derartige Versuch über ihre Kraft. Schließlich kamen (1914) allein in St. Petersburg auf ein knappes Dutzend Zensoren 127 Zeitungen und 541 Zeitschriften²⁷.

Diese Fortentwicklung der politischen Öffentlichkeit bringt auch für unser Thema eine gewisse, neue Unübersichtlichkeit mit sich. Freilich: prima facie scheint sich an der – vorwiegend negativen – Einstellung zum westlichen Nachbarn wenig geändert zu haben. Im Gegenteil: Als Hans Delbrück, Nachfolger Treitschkes auf dem Berliner historischen Lehrstuhl und Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“, aus Anlaß einer wüsten Pressefehde zwischen deutschen und russischen Blättern, seinen St. Petersburger Historikerkollegen Pavel Mitrofanov um eine klärende Stellungnahme zum deutsch-russischen Verhältnis bat, beschied dieser ihn freundlich, aber bestimmt: „die Mißstimmung gegen die Deutschen ist [in Rußland] in jedermanns Seele und Munde, und selten, dünkt mir, war die öffentliche Meinung einstimmiger“, wobei er sich selbst als „Kernrusse“, in „Rußland geboren“ und „patriotisch erzogen“, mit einschloß²⁸.

Bei der Erklärung dieses Phänomens ging Mitrofanov bis zu Peter dem Großen zurück, der „unbarmherzig und gewaltsam das alte Russentum ausrottete und die Russen in Deutsche verwandeln wollte“. Seine Reformen seien zwar „notwendig“, aber den Russen „in der Seele zuwider“ gewesen, tauschten sie doch ihre alte Freiheit gegen den „berühmten Polizeistaat des 18. Jahrhunderts“, mit der steten Einmischung in das Leben jedes einzelnen. Fremd seien den Russen nicht nur die neuen Regierungsformen gewesen, fremd waren ihnen auch die „Namen der unverständlichen Behörden“, fremd die Kleider, in die man die Beamten steckte, fremd die Kanzleisprache und Fremde saßen auch in den Kanzleien; viele davon waren Deutsche, sie schauten überheblich auf alles Russische herab, ganz wie der baltische Baron auf den russischen Rekruten²⁹. Katharina II. stürzte, so Mitrofanov weiter, den Preußenfreund Peter III., wurde, obwohl von Geburt Deutsche, zu einer „Russin von echtem Schrot und Kerne“, baute ihre Regierung auf das „Russentum“ und ersetzte die Deutschen durch die Franzosen³⁰. Rußland öffnete sich nun mehr und mehr der „unübertrefflichen“ französischen Sprache und Zivilisation, Franzosen wurden zu den neuen Kulturträgern, während Preußen-Deutschland sein Sündenregister fortsetzte: mit dem Verhal-

²⁷ Alle Zahlenangaben bei Hagen, Politische Öffentlichkeit, 102–113, 144–153; zum Gesamtzusammenhang vor allem auch Jeffrey Brooks, *When Russia Learned to Read. Literacy and Popular Literature, 1861–1917* (Princeton, New Jersey 1985).

²⁸ Paul von Mitrofanoff, Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland, in: Preußische Jahrbücher Bd.156 (Berlin 1914) 385 ff.; im folgenden zitiert: Mitrofanoff, Offener Brief. Als Beleg, daß Mitrofanov mit seiner Auffassung „keineswegs allein“ steht, druckt Delbrück im gleichen Jahrgang auch die Ausführungen Fürst Kočubejs ab, die dieser im Pariser ‚Correspondant‘ gemacht hatte; vgl. Fürst Kotschubej, Das Problem der Triple-Entente, in: Preußische Jahrbücher Bd.157 (1914) 481–513. Beide erschienen (hrsg. von Hans Delbrück unter dem Titel „Die Motive und Ziele der russischen Politik nach zwei Russen“) ein Jahr später in Berlin auch als selbständige Schrift.

²⁹ Mitrofanoff, Offener Brief, 387.

³⁰ Ebd. 388.

ten im Krimkrieg und auf dem Berliner Kongreß; so wurde der „Gedanke an einen Krieg gegen Deutschland höchst populär“³¹.

Im gleichen Maße, in dem sich Deutschland im Bunde mit Österreich dem russischen Drang nach Süden widersetzte, ja sich selbst dort engagierte, wuchs, wenn wir Mitrofanov weiter folgen, in Rußland die Erkenntnis, daß „der Weg nach Konstantinopel über Berlin“ führe. Weil es nicht anerkannte, daß der Besitz des Bosphorus und der Dardanellen für Rußland eine „historische, politische und ökonomische Notwendigkeit“ sei, wurde Deutschland „eo ipso“ ein „feindlicher Staat“³². Schließlich: Daß Deutschland bei den Handelsvertragsverhandlungen 1904/05 den Augenblick der außen- und innenpolitischen Schwäche des Zarenreiches ausnutzte, machte Rußland aus Mitrofanovs Sicht für 12 Jahre zum „Tributär Deutschlands“. Doch 1914 sei nicht mehr 1904, Rußland hatte seine Schwäche überwunden, geistig, wirtschaftlich und militärisch, und „stoßen wir auf kein verständiges Entgegenkommen und Kompensationen, so ist die Sache schlimm“³³.

Mitrofanov empfand sich nur als Resonanzboden für eine weitverbreitete Mißstimmung gegen Deutschland, und in der Tat finden sich die gleichen und weitere Vorwürfe zuhauf in den Analysen der Dumadebatten und russischen Presseorgane wieder. Als nach 1909 die Alternative einer Annäherung an Deutschland oder Großbritannien diskutierte wurde, machte sich für „eine enge und aufrichtige Freundschaft mit Deutschland“ im Grunde nur die äußerste Rechte stark: Sie sah England als „Hauptherd des Freimaurertums“, in Deutschland den „Verfechter des Staatsgedankens“ und nur in der deutsch-russischen Monarchensolidarität die Chance zur Sicherung des Überkommenen, um im Innern „Ordnung zu schaffen und nach außen eine vorteilhafte Politik der Nichteinmischung zu führen“. Sie begrüßte deshalb auch die Ablösung Izvoľskijs als Außenminister und das Kaisertreffen von Potsdam im Herbst 1910, als Absage an die Pläne der „jüdischen Liberalen und Fremdstämmigen“ und als Ende der „Speichelleckerei“ gegenüber Großbritannien³⁴.

Die Mehrheit der Öffentlichen Meinung, der Parteien und Presseorgane war da ganz anderer Meinung³⁵: Sie unterstützte das seit den 90er Jahren bestehende Bünd-

³¹ Ebd. 391.

³² Ebd. 392, 394.

³³ Ebd. 395.

³⁴ Nachweise bei *Ferenczi*, Außenpolitik und Öffentlichkeit, 248f., 260f.

³⁵ Vgl. das Meinungsbild bei *Bernd Bonwetsch*, Kriegsallianz und Wirtschaftsinteressen. Rußland in den Wirtschaftsplänen Englands und Frankreichs 1914–1917 (Studien zur modernen Geschichte 10, Düsseldorf 1973) 18 ff.; *Valerij I. Bovykin*, Očerki istorii vnešnej politiki Rossii konca XIX veka – 1917 goda (Moskau 1960) 134f.; *V.S. Džakin*, K ocenke rusko-germanskogo torgovogo dogovora 1904 g., in: Problemy istorii meždunarodnych otnošenij. Sbornik statej pamjati akademika E.V.Tarle (Leningrad 1972) 156–183; *Ferenczi*, Außenpolitik und Öffentlichkeit, 247 ff.; *Andrea Hermann*, Zum Deutschlandbild der nichtmarxistischen russischen Sozialisten. Analyse der Zeitschrift ‚Russkoe Bogatstvo‘ von 1880 bis 1904 (Arbeiten und Texte zur Slavistik 4, München 1974), wobei das hier gezeichnete, trotz der Stereotypen durchaus facettenreiche Deutschlandbild wohl nur für einen engen Ausschnitt der russischen öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung stehen dürfte; *Jablonowski*, Parteien zur Außenpolitik, 63 ff.; *Uwe Liszkowski*, Zur Aktualisierung der Stereotype „Die deutsche Gefahr“ im Neoslavismus, in: *ders.* (Hrsg.), Rußland und Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag von Georg von Rauch (Kieler Histori-

nis mit Frankreich und forderte seine Erweiterung um Großbritannien. Mit wechselnder Gewichtung verwies man dabei auf die negativen Auswirkungen, die eine Verständigung mit Deutschland für die russische Innenpolitik haben würde, und auf die konfligierenden, ja antagonistischen Interessen in der Außen- und Außenhandelspolitik: die hohen deutschen Zollsätze für Getreide, die den russischen Agrariern seit dem letzten Handelsvertrag den Export nach Deutschland erschwerten; die Macht, mit der die deutsche Exportindustrie auf den russischen Markt drängte und dabei war, sich den kleinasiatischen und nordpersischen Raum zu erschließen; ja den allenthalben, auf dem Balkan, an den Meerengen wie darüber hinaus spürbaren, politischen und ökonomischen deutschen Druck, Ausdruck des deutschen „Dranges nach Osten“³⁶. Ob die deutschen Polengesetze, das österreichische Projekt einer Bahnlinie durch den Sandschak von Novibazar oder die Annexion von Bosnien und der Herzegowina: in panslawistischer Sicht war es stets das gleiche, Jahrhunderte alte Anrennen des „Germanismus“ gegen das Slawentum, und mit dem Bau der Bagdadbahn werde „das reiche Süd- und Westrußland wie [von] einer ehernen Riesenschlange umschlungen“, die ihm den Ausweg über das eisfreie Meer versperrt; ja in noch globalerer Sicht sah man dabei das Slawentum in der „entsetzlichen Lage zwischen dem mongolischen Hammer und dem deutschen Amboß“³⁷; da war es dann nicht mehr weit zur oft zitierten Maxime vom „Endkampf zwischen slawischer und deutscher Rasse“, der letztendlich „unvermeidlich“ sei.

Sucht man auch hier nach einer gemeinsamen Grunderfahrung, so war es die Verbindung eines starken, prosperierenden und expandierenden Industriestaates mit der Tradition des preußischen Militärstaates, die Angst machte. Die Geschlossenheit, mit der – zog man die Summe – die Gegnerschaft Deutschlands außen- und innenpolitisch begründet und in eine jahrhundertealte Tradition gestellt wurde, beeindruckte. Doch sie verlor an Überzeugungskraft, wenn man ihre Argumente gesondert betrachtete. Trotz aller Klagen über konfligierende Handelsinteressen war und blieb das deutsche Reich für das Zarenreich der weitaus wichtigste Handelspartner; 40–50% des

Fortsetzung Fußnote von Seite 190

sche Studien 22, Stuttgart 1974) 278–294, im folgenden zitiert: *Liszkowski*, Deutsche Gefahr; *Christoph Schmidt*, Russische Presse und deutsches Reich 1905–1914 (Dissertationen zur Neuen Geschichte 20, Köln 1988) v.a. 51 ff., 63 ff., 108 ff., im folgenden zitiert: *Schmidt*, Russische Presse.

³⁶ Zum Schlagwort und seiner Virulenz *Hans Lemberg*, Der „Drang nach Osten“ – Schlagwort und Wirklichkeit, in: *Friedhelm Bertold Kaiser*, *Bernhard Stasiewski*, Deutsche im europäischen Osten. Verständnis und Mißverständnis (Studien zum Deutschtum im Osten 13, Köln, Wien 1976) 1–17; *Wolfgang Wippermann*, Der „Deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes (Impulse der Forschung 35, Darmstadt 1981); sowie der Sammelband des Institut slavjanovedenija i balkanistiki der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion von *I.I. Astaf'ev u.a.*, „Drang nach Osten“ i narody Central'noj Vostočnoj i Jugo-Vostočnoj Evropy 1871–1918 gg. (Moskau 1977); zur panslawistischen „Fibel“ von *D.N. Vergun*, Nemeckij Drang nach Osten v cifrach i faktach (Der Deutsche Drang nach Osten in Zahlen und Fakten), die 1905 in St. Petersburg erschien, vgl. *Schmidt*, Russische Presse, 65 f.; auch *Liszkowski*, Deutsche Gefahr, 281 f.

³⁷ Beide Zitate aus der Zeitung ‚Novoe Vremja‘ in den Jahren 1907/08, hier nach *Liszkowski*, Deutsche Gefahr, 282 f.

russischen Außenhandels wurden mit dem deutschen Reich abgewickelt. Es rangierte damit weit vor Großbritannien oder gar Frankreich. Nationalistischen Kreisen fiel es nicht schwer, die Intensität der Handelsbeziehungen als „Abhängigkeit“ zu deuten und durch den Hinweis zu ergänzen, daß dafür Frankreich zum wichtigsten Kreditgeber geworden war. Schlüssig ist das freilich nur, wenn man davon ausgeht, daß das Verhältnis zum Gläubiger immer spannungsfreier ist oder sein sollte als das zum Kunden. Und sah man sich die Klagen über den Handelsvertrag genauer an, zielten sie in unterschiedliche Richtung; wollten die russischen Agrarier Freihandel, forderten die Industriellen Zollschutz³⁸.

Mit dem Gegensatz auf dem Balkan stand es ähnlich. Nationalistische Kreise mochten ihn auf Jahrhunderte zurückdatieren. Das ändert nichts an der Tatsache, daß er erst seit 1905/06 – mit der Rückwendung der russischen Außenpolitik auf Europa nach den Niederlagen in Fernost – wieder aktuell wurde. Diese Neuorientierung ließ auch die panslawistischen Ideengespinnste, die seit dem Ende der 80er Jahre nur noch vor sich hingekümmert hatten, erneut aufleben. Ihr Problem war nur, daß es kaum eine konkrete Vorstellung, geschweige denn einen Konsens darüber gab, wie die sich gegen den deutschen „Drang nach Osten“ formierende slawische Einigung aussehen sollte. Schon die Vereinigung der drei wichtigsten Petersburger Slawengesellschaften mißlang. Im Zarenreich waren und blieben die Spannungen zwischen den slawischen Völkern, zwischen Russen, Polen und Ukrainern enorm, weshalb Polen und Ukrainer auch die Teilnahme am Slawenkongreß in Sofia (1910) ablehnten. Erst recht galt dies für den Balkan, wo 1912 Serben und Bulgaren (im zweiten Balkankrieg) um die eben im Krieg gegen die Türkei errungene Beute stritten und das Wort von der slawischen Einheit zu leerem Gerede machten³⁹.

Ob in der Außen- oder Außenwirtschafts-, Nationalitäten- oder Innenpolitik, einig waren sich die Antideutschen – Liberale und gemäßigt Rechte, großrussische Nationalisten und Panslawisten, Agrarier und Moskauer Industrielle – im Grunde nur im Gegner: Dieser war gleichsam allgegenwärtig und stets marschbereit, trug preußische Pickelhaube und Beutesack (wie auf jener Postkarte aus dem Ersten Weltkrieg, die den marodierenden kleinen Willy aus Berlin zeigt)⁴⁰. Wer dieses gemeinsame Feindbild

³⁸ Zum Gesamtzusammenhang *Helmut Altrichter*, Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890–1914 (Erlanger Historische Studien 1, Frankfurt am Main, Bern, Las Vegas 1977) 178 ff.; *Bernd Bonwetsch*, Handelspolitik und Industrialisierung. Zur außenwirtschaftlichen Abhängigkeit Rußlands 1890–1914, in: *Dietrich Geyer* (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 71, Köln 1975) 277–299; *Brigitte Löhr*, Die 'Zukunft Rußlands'. Perspektiven russischer Wirtschaftsentwicklung und deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen vor dem Ersten Weltkrieg (Stuttgart 1985); *Barbara Vogel*, Deutsche Rußlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900–1906 (Studien zur modernen Geschichte 11, Düsseldorf 1973).

³⁹ Vgl. *Liszkowski*, Deutsche Gefahr, 279 ff., 289 f.; *Nicholas V. Riasanovsky*, Russia and the West in the Teaching of the Slavophiles. A Study of Romantic Ideology (Cambridge, Mass. 1952) bes. 60 ff., 109 f., 165 ff.; *Schmidt*, Russische Presse, 51 ff.; selbst das Deutschlandbild der Pan- und Neoslawisten wies dabei, wie bei ihm nachzulesen ist, zahlreiche Brechungen auf (ebd. 63 ff.).

⁴⁰ Die Postkarte (in der Größe 9 x 14 cm) trägt unter der Überschrift „Vas'ka Berlinskij“ (Kleiner Willy aus Berlin) die sich im Russischen reimenden Verse: „Finster blickt der Willy drein / abgerissen ist er und behaart / auf dem Rücken trägt dieser Bandit / ein gestreiftes Bündel / ehrliche



Васька Берлинский.

Васька сумрачно глядит,
Рваный, волосатый...
На спину несет, бандит,
Узел полосатый.
Оборать честной народ
Для него сподручно,
Понакрадъ и промаеть—
„Оутомъ и поштучно“!

beschwor, versuchte wohl auch, die innerrussischen Gegensätze zu verdecken. Vielleicht lag darin der tiefere Grund, der das deutsche Feindbild, ja den Gedanken an einen Krieg gegen Deutschland so „populär“ machte.

IV.

Die Oktoberrevolution entzog all dem die Grundlage. Sie nahm den Agrariern und Industriellen, was sie zu Agrariern und Industriellen machte, und verbot – noch im Winter 1917/18 – alle nichtsozialistischen Presseorgane, ganz gleich ob liberaler, gemäßigt oder extrem rechter, großrussisch nationalistischer oder panslawistischer Ausrichtung.

Die neuen Machthaber sahen Deutschland als modernen, leistungsfähigen, kapitalistischen Industriestaat, der – zusammen mit den USA – an der Spitze der Weltentwicklung marschierte. Durch den Ausbau der Kontroll- und Steuerungsmechanismen bei Produktion und Verwaltung hatte er während der Kriegsjahre eine (so Lenin) „großartige Regulierung des [gesamten] Wirtschaftslebens“, ein „staatskapitalistisches System“ geschaffen, das auch Sowjetrußland beim ökonomischen Wiederaufbau als Vorbild dienen konnte⁴¹. Doch dieser hochentwickelte Kapitalismus war für die Bolschewiki nur die eine Seite Deutschlands; zusammen mit ihm sei ein mächtiges, klassenbewußtes Proletariat entstanden, das zu den bestorganisierten in der Welt zähle. Das eine sei die Kehrseite des anderen und beides zusammen mache Deutschland „reif“ für den Sozialismus.

Hatte man in Brest-Litowsk noch den Vertretern des alten Deutschland gegenüber gegessen, so sah man seit Herbst 1918 in Deutschland alles auf die große Wende zulaufen⁴². Nach dem deutschen Waffenstillstandsersuchen und der Regierungsumbildung gab das bolschewistische Zentralkomitee Anfang Oktober seiner Zuversicht Ausdruck, die „deutsche Arbeiterklasse“ werde nun „unwiderstehlich zur Eroberung der Macht“ vorstoßen⁴³. Am 1. November lautete die Schlagzeile der ‚Pravda‘: „Die

Fortsetzung Fußnote von Seite 192

Leute zu berauben / ist für ihn ein Klacks / was er zusammenklaute, verkauft er nun / en gros und Stück für Stück“ (Quelle vgl. Anm. 1). Dazu demnächst *Hubertus F. Jabn*, *Patriotic Culture in Russia during World War I* (im Druck bei Cornell University Press).

⁴¹ Vgl. dazu nur *Lenin* in „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ geschrieben und veröffentlicht im Herbst 1917, abgedruckt in *W.I. Lenin*, Werke, Dt. Übersetzung nach der vierten russischen Ausgabe, Bd. 25 (Berlin 1981) 327–377, bes. 341 ff., im folgenden zitiert: *Lenin*, Werke; oder auf der Tagung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees am 29. April 1918 über „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, in: *W.I. Lenin*, Werke Bd. 27, 269–305, bes. 284 f.; in diesen Zusammenhang gehört auch die Leninsche Vorstellung der Reichspost „als Muster sozialistischer Wirtschaft“. Die „gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren“, das sei „der Staat, das ist die ökonomische Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen“, so schrieb er in „Staat und Revolution“ im August/September 1917 (in *W.I. Lenin*, Werke Bd. 25, 393–507, hier 439 f.).

⁴² Zum Gesamtzusammenhang *Lionel Kochan*, Rußland und die Weimarer Republik (Düsseldorf 1955), im folgenden zitiert: *Kochan*, Rußland und Weimarer Republik.

⁴³ In seinem Schreiben an die gemeinsame Sitzung des Allrussischen Zentralen Exekutivko-

Weltrevolution hat begonnen“, sie fügte hinzu, nichts könne „den ehernen Schritt der Revolution aufhalten“⁴⁴. Und am 5. Dezember meinte Karl Radek, im Frühjahr 1919 würde ganz Europa bereits seine Sowjetmacht haben⁴⁵. Just in jenen Tagen wurde in Moskau auch die Delegation für den Gründungsparteitag der KPD zusammengestellt, der Ende des Monats im Preußischen Abgeordnetenhaus stattfinden sollte. Als Vertreter der russischen Sowjetrepublik wurden Karl Radek, Ernst Reuter und Felix Wolf nach Berlin geschickt.

Doch die Hoffnungen trogen: Am 5. November 1918 wurde der sowjetische Botschafter aus Berlin ausgewiesen, am 19. Dezember lehnte der Berliner Rätekongreß mit großer Mehrheit die Bildung einer deutschen Sowjetrepublik ab, am 19. Januar 1919 wurde die Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt und am 6. Februar trat sie in Weimar zusammen. Obwohl sich die Massenbewegungen nun radikalisierten, die Streiks und bewaffneten Auseinandersetzungen zunahmen, in München und Bremen Räterepubliken ausgerufen wurden, und die anhaltenden Unruhen den neuen Weimarer Staat in Atem hielten, vermochten sie die eingeleitete Entwicklung nicht mehr rückgängig zu machen.

So kam Karl Radek, im Februar 1919 verhaftet und nach Moabit gebracht, bereits Ende des Jahres zur Überzeugung, der „Zersetzungsprozeß“ des Kapitalismus dauere doch etwas länger, als ursprünglich angenommen; es komme deshalb darauf an, einen modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten zu finden⁴⁶. Lenin gab die Hoffnung nicht so schnell auf, sah noch im März 1920 in Deutschland die proletarische Räte-macht „unaufhaltsam“ heranwachsen und machte den Delegierten des 9. Parteitags Mut, die Zeit sei nicht mehr fern, „da wir Hand in Hand mit einer deutschen Räteregierung marschieren werden“⁴⁷. Doch Ende des Jahres – nach Aufhebung der allier-

Fortsetzung Fußnote von Seite 194

mites und des Moskauer Sowjets mit Vertretern der Betriebskomitees und der Gewerkschaften prognostizierte Lenin in der ‚Pravda‘ vom 4. Oktober 1918, der Ausbruch der politischen Krise in Deutschland bedeute „entweder den Beginn der Revolution oder auf jeden Fall, daß es den Massen jetzt völlig augenscheinlich geworden ist, daß die Revolution unvermeidlich ist und nahe bevorsteht. Die Krise hat in Deutschland erst begonnen. Sie wird unvermeidlich mit dem Übergang der politischen Macht in die Hände des deutschen Proletariats enden“ (*W.I. Lenin, Werke* Bd. 28, 90).

⁴⁴ Am 3. November hielt Lenin eine Ansprache „zu Ehren der österreichisch-ungarischen Revolution“, sah die Zeit „nicht mehr fern, da der erste Tag der Weltrevolution allerorts gefeiert werden wird“ und ließ „die proletarische Weltrevolution“ hochleben (Bericht in der ‚Pravda‘ vom 5. November 1918, hier nach *W.I. Lenin, Werke* Bd. 28, 122).

⁴⁵ ‚Pravda‘-Artikel vom 5. Dezember 1918, hier nach *Kochan*, Rußland und Weimarer Republik, 19.

⁴⁶ Er schrieb hierüber mehrere Artikel in der ‚Internationalen‘, der ‚Russischen Korrespondenz‘ und der ‚Zukunft‘ sowie die Broschüre „Die Auswärtige Politik Sowjet-Rußlands“, die 1921 in Hamburg erschien.

⁴⁷ Vgl. Rede bei der Eröffnung des Parteitags am 29. Mai 1920, *W.I. Lenin, Werke* Bd. 30, 433 f. und öfter. Dabei sah Lenin Deutschland und Sowjetrußland in einer vergleichbaren Lage. England, Frankreich und Amerika hätten nach dem „Sieg über Deutschland“ und der „Plünderung seiner Kolonien“ – über ihre Intervention im Bürgerkrieg – auch „Rußland auf diese Weise niederzuringen“ versucht; vgl. etwa Lenins Referat auf dem I. Allrussischen Kongreß der werktätigen Kosaken am 1. März 1920 (*W.I. Lenin, Werke* Bd. 30, 372–392, hier 374).

ten Wirtschaftsblockade, Beendigung des Bürgerkriegs, Friedensschluß mit den Nachbarstaaten und dem Beginn von Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland und England – war er auf die Radeksche Linie eingeschwenkt.

Auch in der neuen Konzeption sowjetischer Außenpolitik, wie sie nun allmählich Gestalt anzunehmen begann, fiel Deutschland eine Schlüsselrolle zu, freilich eine etwas andere als bisher. Deutschland und Sowjetrußland sollten im gemeinsamen Kampf gegen den Vertrag von Versailles zueinanderfinden; sie sollten eine Allianz bilden gegen eine Weltordnung, die Sowjetrußland außen vor ließ und Deutschland unter Kuratel stellte; eine Allianz gegen die „Siegermächte“, die führenden „imperialistischen Mächte“, die sich anmaßten, das Weltgeschehen zu diktieren. Der Versailler Vertrag, so führte Lenin in einer Rede vor dem 8. Allrussischen Sowjetkongreß im Dezember 1920 aus, schaffe in Deutschland „unmögliche Existenzbedingungen“, „knebele“ das deutsche Volk, bringe deutsche Reaktionäre und deutsche Spartakisten zum Schulterschluß und dränge die bürgerliche deutsche Regierung – trotz ihrer tiefen Abneigung, trotz ihres „wütenden Hasses“ gegen die Bolschewiki – in ein Bündnis mit Sowjetrußland. Die Sowjetregierung müsse sich darauf einlassen; denn „solange wir allein sind und die kapitalistische Welt stark“, bestünde der eine Eckpfeiler der sowjetischen Außenpolitik darin, Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten auszunützen. Und Lenin nannte sogleich auch den anderen: „den Völkern, die sich der kapitalistischen Unterjochung bewußt werden, zu beweisen, daß es für sie keine andere Rettung gibt als die Sowjetrepublik“. Den nationalen Kampf der bürgerlichen Regierung gegen Versailles zu unterstützen, den deutschen Massen den imperialistischen Charakter von Versailles zu erklären und die revolutionären Bestrebungen in Bewegung zu halten, diese Bemühungen sollten sich wechselseitig ergänzen⁴⁸. Sie bestimmten die bilateralen Beziehungen bis zum Ende der Weimarer Republik, ja darüber hinaus, wie wir noch sehen werden.

Zwiespältig wie die Politik war auch das Bild, das sowjetische Medien vom Weimarer Staat zeichneten: Es war das Bild eines Staates, der sich in einem nationalen Überlebenskampf zu behaupten suchte; gegen eine imperialistische Übermacht; im Inneren selbst gezeichnet von den Widersprüchen eines kapitalistischen Systems, von Klassenspannungen, Arbeitslosigkeit und Inflation; und nach Außen unsicher, ob er an der Freundschaft mit der Sowjetunion festhalten, sich weiterhin gegen Versailles zur Wehr setzen oder vor dem „Weltimperialismus“ kapitulieren sollte. Es war ein Deutschland der Pickelhaube und der Proletariermütze⁴⁹.

Während sich die Kommunistische Internationale arbeitsteilig um die Revolution kümmerte, übernahm das Außenkommissariat die Pflege der zwischenstaatlichen Beziehungen, tatkräftig unterstützt von Medien wie der ‚Pravda‘ oder der Regierungszei-

⁴⁸ Lenin wiederholte dabei noch einmal seine These von Deutschland als dem „fortgeschrittensten Land“ neben Amerika. Er warb gleichzeitig für eine gesetzliche Regelung, die Vergabe von Konzessionen an kapitalistische Mächte möglich machte, und verwarf den Versailler Vertrag auch deshalb, weil er „direkte Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland untersagt“; vgl. *Lenin*, Werke Bd. 31, 471 ff.

⁴⁹ Vgl. *Helmut Grieser*, Die Sowjetpresse über Deutschland in Europa 1922–1932. Revision von Versailles und Rapallo-Politik in sowjetischer Sicht (Kieler Historische Studien 10, Stuttgart 1970); im folgenden zitiert: *Grieser*, Sowjetpresse über Deutschland.

tung „Izvestija“. Sie ermunterten immer wieder aufs neue, nicht jeder „Erpressung“ Frankreichs nachzugeben, versprachen die Hilfe der arbeitenden russischen Massen gegen die „imperialistische Vergewaltigung“, forderten zum Durchhalten im Ruhrkampf auf, beklagten Stresemanns „schmähliche Flucht“ und den deutschen Eintritt in den Völkerbund, unterstellten dem Dawes-Plan, Deutschland in ein „Kolonialland besonderen Typs“ verwandeln zu wollen, und wurden im folgenden nicht müde, von enttäuschten Locarno-Hoffnungen zu berichten⁵⁰.

V.

Seit 1923 waren die sowjetischen Hoffnungen auf eine unmittelbar bevorstehende deutsche Revolution verfliegen und in der Außenpolitik macht- und gleichgewichtspolitische Maximen mehr und mehr in den Vordergrund gerückt. Wer die Hauptschuld daran trug, daß die Revolution nicht gekommen war, glaubte man indes zu wissen: die Sozialdemokraten. Sie hatten die Revolution 1918 verraten und betrieben die Aussöhnung des Proletariats mit dem kapitalistischen System. So wurden sie Ende der 20er Jahre, als man erneut eine revolutionäre Krise heraufziehen sah, zum „Hauptfeind“ der kommunistischen Bewegung erklärt.

An dieser Einschätzung änderten auch jene rechtsradikalen Bewegungen nichts, die sich revolutionärer Kampfmethoden bedienten, in Italien schon Anfang der 20er Jahre die Macht ergriffen hatten und seit Ende des Jahrzehnts auch in Deutschland kräftigen Zulauf erhielten. Die Komintern faßte sie als „Faschismus“ zusammen und fügte sie rasch in ihr Weltbild ein: Faschismus sei nichts anderes als ein Instrument der kapitalistischen „Gegenoffensive“. Bei der Verteidigung des bürgerlichen Staates waren die traditionellen bürgerlichen Parteien und Gruppierungen der sozialistischen Herausforderung nicht mehr gewachsen gewesen; so entstand eine bürgerliche Partei neuen Typs, der Faschismus. Faschismus sei nur eine andere Ausformung bürgerlicher Herrschaft, zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur bestünde kein „prinzipieller Unterschied“⁵¹.

So war das offizielle Moskau zwar überrascht, als Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler berufen wurde, sah darin aber noch keinen hinreichenden Grund, seinerseits die Interessengemeinschaft und bilaterale Zusammenarbeit mit sofortiger Wirkung aufzukündigen. Man war auch bereit, Hitlersche Ausfälle gegen das bolschewistische Rußland als parteipolitische Propaganda, die Repressionspolitik gegen die KPD als innere Angelegenheit abzuhaken, wenn sich Berlin in seinen Außenbeziehungen von anderen, „staatspolitischen“ Maximen leiten ließ. An entsprechenden Moskauer Signalen fehlte es nicht. Im übrigen sah man die Berufung Hitlers als Fort-

⁵⁰ Nachweise bei *Grieser*, Sowjetpresse über Deutschland, 22 ff., 64 ff., 68 ff., 85 ff., 131 ff., 184 ff. und öfter.

⁵¹ Zur Entwicklung der Faschismuskommunistendiskussion in der Komintern vgl. *Leonid Luks*, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935 (Studien zur Zeitgeschichte 26, Stuttgart 1985) sowie den knappen Überblick von *Wolfgang Schieder*, Faschismus, in: *Claus D. Kernig* (Hrsg.), Sowjet-system und demokratische Gesellschaft 2 (Freiburg 1968) 438 ff.

setzung jener Politik, die 1918 mit der Übergabe der Regierungsgeschäfte an den Sozialdemokraten Ebert begonnen hatte; die Folgen der Weltwirtschaftskrise, die Last des Versailler Vertrages und das nachhaltige Anwachsen des Proletariats hätten der Bourgeoisie nun keine andere Wahl gelassen, als zur offenen faschistischen Diktatur überzugehen. Doch auch mit diesem letzten verzweifelten Schritt werde sie ihre Macht nicht mehr stabilisieren können. Dafür würden schon die Meinungsverschiedenheiten im Regierungslager, die Fixierung der Faschisten auf die am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Kräfte des Finanzkapitals, ihre Unfähigkeit, die ökonomischen und politischen Probleme zu lösen, und nicht zuletzt: die Stärke der organisierten Arbeiterschaft sorgen⁵².

Erst als die antisowjetische Agitation nicht aufhörte, als Deutschland im Januar 1934 mit dem Erzfeind Polen einen Nichtangriffspakt schloß, als Hitler es im März ablehnte, zusammen mit der Sowjetunion die Sicherheit und Unverletzlichkeit der baltischen Staaten zu garantieren, und im Herbst des gleichen Jahres auch einen von Frankreich vorgeschlagenen Garantiepakt für die Grenzen in Osteuropa verwarf, erst da setzten sich in der sowjetischen Führung diejenigen durch, die ein neues Sicherheitskonzept forderten. Es war ein erster Schritt in diese Richtung, als man sich entschloß, dem Völkerbund beizutreten, den Deutschland und Japan soeben verlassen hatten. Der Friede sei „unteilbar“, so fügte der sowjetische Außenkommissar Litwinov im Januar 1935 gleichsam erklärend hinzu, und könne nur in gemeinsamen Anstrengungen, in einem System der kollektiven Sicherheit, also auch mit den Westmächten, gesichert werden⁵³.

Es sei ein Fehler gewesen, so gestand nun auch der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale lautstark ein, die Unterschiede zwischen einer bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform und offener faschistischer Diktatur übersehen, unterschätzt zu haben; nötig sei jetzt der gemeinsame Kampf aller antifaschistischen Kräfte. Und er fügte hinzu: Faschismus sei der „schlimmste Feind der Arbeiter und aller Werktätigen“ und der deutsche Nationalsozialismus seine „reaktionärste Abart“. Dieses „rasende“ Regime „rottet in den Gefängnissen und Konzentrationslagern die Blüte der Arbeiterklasse, ihre Führer und Organisatoren aus. Es hat die Gewerkschaften, die Genossenschaften und alle legalen Organisationen der Arbeiter und auch alle anderen nichtfaschistischen, politischen und kulturellen Organisationen vernichtet. Es hat den Arbeitern die elementarsten Rechte der Verteidigung ihrer Interessen geraubt.

⁵² *Karlheinz Niehaus*, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1929–1935 (Bonner Historische Forschungen 29, Bonn 1966); *ders.*, Stalin und Hitlers Machtergreifung, in: Deutschland und das bolschewistische Rußland von Brest-Litowsk bis 1941 (Abhandlungen des Göttinger Arbeitskreises 8, Berlin 1991) 49–67; *Bianka Pietrow*, Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941 (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte 2, Melsungen 1983), im folgenden zitiert: *Pietrow*, Das Dritte Reich in der sowjetischen Außenpolitik; *Thomas Weingartner*, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934 (Berlin 1970).

⁵³ Zum Gesamtzusammenhang *Hans-Adolf Jacobsen*, Der Primat der Sicherheit, in: *Dietrich Geyer* (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955 (Köln, Wien 1972) 213–269.

Es hat ein kulturell hochstehendes Land in geistige Finsternis gestürzt und in einen Herd der Barbarei und des Krieges verwandelt. Der deutsche Faschismus ist der Hauptanstanfiter eines neuen imperialistischen Krieges.“⁵⁴

Doch das galt alles offenkundig nur bis zum Sommer 1939. Mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und dem Grenz- und Freundschaftsvertrag⁵⁵ hörten im Herbst 1939 Deutschland und der Nationalsozialismus auf, Gegenstand kritischer Auseinandersetzungen zu sein. Zugleich kehrte die Sowjetregierung zu jener Sicht der Dinge zurück, wie sie vordem geherrscht hatte. Molotovs Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. Oktober 1939 gab dafür den Ton an. Molotov bezeichnete die Feindseligkeiten, wie sie in den letzten Jahren vor dem Paktabschluß zwischen Deutschland und der Sowjetunion geherrscht hatten, als „anormal“, machte dafür die Mächtschaften „gewisser europäischer Mächte“ verantwortlich und führte den Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Polen auf die Versailler Nachkriegsordnung zurück, die von Großbritannien und Frankreich (unter Beteiligung der USA) geschaffen worden sei, um ihre Weltherrschaft zu sichern. Alle Grenzgarantien hätten indes den polnischen Staat, diese „Mißgeburt des Versailler Vertrages“, der von der „Unterdrückung der nichtpolnischen Nationalitäten lebte“, nicht retten können. Nur zu berechtigt schien in Molotovs Rede der deutsche Wunsch nach ungehinderter staatlicher Existenz, „die Ketten des Versailler Vertrages abzuschütteln“, womit den Westmächten letztendlich die Schuld am Kriege zufiel. Mehr noch: Indem sie den Krieg nach dem Zerfall Polens fortsetzten und die „Vernichtung des Hitlerismus“ zum Ziel erklärten, wurden sie für Molotov selbst zu „Aggressoren“: Sie machten den Krieg zu einem ideologischen Feldzug und mischten sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein. Es war augenscheinlich, wie sorgsam Molotov den Begriff des Faschismus vermied, womit er gleichzeitig von der bisherigen Faschismuskritik abrückte; als „Hitlerismus“ wurden die politischen Verhältnisse in Deutschland zu dessen innerer Angelegenheit, und indem er „Hitlerismus“ und westlichen Parlamentarismus als eben unterschiedliche „Ideologien“ wertungslos nebeneinander setzte, kehrte er zur früheren sowjetischen Position zurück, die „prinzipielle“ Unterschiede zwischen ihnen nicht auszumachen vermochte⁵⁶.

⁵⁴ Vgl. Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau 25. Juli – 20. August 1935, Ungekürzte Ausgabe (Stuttgart 1976) 321 ff., 984 ff., 998 ff.; gleichzeitig distanzierte sich der Weltkongreß von der Bezeichnung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und forderte ein breites Bündnis der antifaschistischen Kräfte als Voraussetzung für den Sturz der Diktatur.

⁵⁵ Zu den hier nicht zu referierenden Vorgängen, Hintergründen und Folgen vgl. neben der in den Anmerkungen 50 und 51 genannten Literatur *Helmut Altrichter, Josef Becker* (Hrsg.), *Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale* (München 1989) 59–83; *Ingeborg Fleischbauer*, *Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939* (Berlin, Frankfurt am Main 1990); *Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand*, *Der Hitler-Stalin-Pakt. Parallelen bis heute?* (Zürich 1980); *Erwin Oberländer* (Hrsg.), *Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Mitteleuropas* (Frankfurt am Main 1989); *Reinhold W. Weber*, *Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939* (Frankfurt am Main, Bern, Cirencester 1980); *Bernd Wegner* (Hrsg.) *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum ‚Unternehmen Barbarossa‘* (München, Zürich 1991), jeweils mit zahlreichen Hinweisen auf weiterführende Literatur.

⁵⁶ O vnešnej politike Sovetskogo Sojuza. Doklad predsedatelja Soveta narodnych komissarov i

Im März 1940 ging Molotov – in einer weiteren, vielbeachteten Rede vor dem Obersten Sowjet – noch darüber hinaus: Sie wies die Behauptung Englands und Frankreichs, mit der Kriegserklärung nur ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Polen nachgekommen zu sein, als bloßen „Vorwand“ zurück, in Wahrheit hätten sie – die führenden „imperialistischen Mächte“ in Europa – Deutschland als immer stärker werdenden, „gefährlichen Konkurrenten“ betrachtet und betrieben nun unter der Vorgabe der Verteidigung „demokratischer Länder“ und der „Rechte“ kleinerer Völker dessen „Vernichtung und Zerstückelung“. Die Sowjetunion habe sich nicht zum „Instrument der anglo-französischen Imperialisten in ihrem Kampf um die Welt-hegemonie“ machen lassen, womit Molotov nicht nur die entsprechenden Vertragsabschlüsse mit Deutschland rechtfertigte, sondern das deutsche Verhalten fast schon zum nationalen Befreiungskampf hochstilisierte³⁷.

Dazu „paßte“ auch das Bild, das die sowjetischen Medien mittlerweile von Deutschland zu vermitteln suchten. Aus ihnen verschwand allmählich alles, was auch nur entfernt als Kritik aufgefaßt werden konnte. Die „Presse ist wie umgewandelt“, meldete schon Anfang September 1939 der deutsche Botschafter aus Moskau³⁸. Der Moskauer Rundfunk brachte nach langer Zeit wieder deutsche Musik. Die Aufnahme von Schillers „Maria Stuart“ ins Theaterprogramm bot die doppelte Gelegenheit, deutsche Kultur und antienglische Ressentiments gleichzeitig zu pflegen. Der Film „Aleksandr Nevskij“ von Sergej Ejzenštejn, der den heroischen Abwehrkampf der Russen gegen Schweden und den Deutschen Orden im 13. Jahrhundert zum Thema hatte und zwei Jahre zuvor noch gefeiert worden war, wurde aus den Kinos genommen. Statt dessen erklärte der gleiche Regisseur im Februar 1940 im Moskauer Rundfunk den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zur soliden Grundlage für den weiteren Ausbau der Kulturbeziehungen und inszenierte im Herbst des gleichen Jahres Wagners „Walküre“ für das Bol’soj-Theater³⁹. Auch Historiker hatten seit Frühherbst 1939 umzu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 199

Narodnogo Komissara Inostrannyh Del tov. V.M. Molotova na zasedanii Verchovnogo Soveta Sojuza SSR 31 oktjabrja 1939 goda, in: Bol’shevik 1939 No 20, 1–12; Auszüge nach dem Wortlaut der ‚Pravda‘ in: Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld (Hrsg.), Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen (Berlin 1990) 271 ff., im folgenden zitiert: Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld, Sowjetstern und Hakenkreuz; zur Interpretation sowie zum Folgenden auch Pietrou, Das Dritte Reich in der sowjetischen Außenpolitik, 146 ff.

³⁷ Vnešnjaia politika Pravitel’stva. Doklad predsedatelja Soveta Narodnyh Komissarov i Narodnogo Komissara Inostrannyh Del tov. V.M. Molotova na zasedanii VI Sessii Verchovnogo Soveta Sojuza SSR 29 marta 1940 goda, in: Bol’shevik (1940) no 7, 1–12; Auszüge wiederum in Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld, Sowjetstern und Hakenkreuz, 293 f.

³⁸ Telegramm Schulenburgs an das Auswärtige Amt vom 6. September 1939, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd.8 (Frankfurt 1961) 10 f.; er fügte hinzu: „Angriffe auf Haltung Deutschlands haben nicht nur aufgehört, sondern auch Darstellung außenpolitischer Vorgänge fußt vorwiegend auf deutschen Nachrichtenquellen, aus Buchhandel wird antideutsche Literatur entfernt u. a.“; obwohl die Sowjetregierung „alles“ tue, „um Einstellung hiesiger Bevölkerung gegenüber Deutschland zu ändern“, werde der Schwenk von der Bevölkerung allerdings „noch schlecht verstanden“.

³⁹ Einzelnachweise und zahlreiche weitere Beispiele zur „Aufwertung Deutschlands im kulturel-

denken: „An Stelle der bis dahin üblichen Ausfälle gegen den angeblich verhängnisvollen Einfluß, den Deutschland auf die Politik des zaristischen Rußland geübt hatte, traten jetzt Betrachtungen über die wohltätige Wirkung deutschen Geistes auf die kulturelle Entwicklung des russischen Volkes.“⁶⁰ So erschienen auch Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ in einer Auflage von 100 000, nicht ohne eine positive Würdigung seiner Persönlichkeit und seiner Bemühungen um ein gutes Verhältnis zu Rußland⁶¹.

VI.

Erst der deutsche Überfall änderte dieses Bild. Vor dem Hintergrund des Dargestellten erscheint Molotovs erste Reaktion bei der Übergabe der Kriegserklärung („Das haben wir nicht verdient“) subjektiv verständlich⁶². In der eigenen Existenz bedroht, holte man nun in der Kriegspropaganda wieder jenen Prototypen des gefühllosen, wild gewordenen, deutschen Militaristen hervor, von dem zu Anfang dieses Referats die Rede war – und der allein die Bestialitäten des Krieges zu erklären schien. In den Plakaten der Jahre 1942 und 1943 sind als Themen „das Leid des Volkes, der Mord, die Zerstörung, die Vertreibung und die Versklavung typisch“, aber auch der Aufruf zur Vergeltung, bevor dann – nach Stalingrad – die eigene Offensive und der Vormarsch nach Westen bildmotivisch immer mehr in den Vordergrund rücken⁶³. Mit ihnen veränderte, differenzierte sich – wenn ich recht sehe – allmählich auch das Bild des Aggressors, nahm es immer mehr Hitlersche Züge an: Ausdruck für die wachsende Bereitschaft, zwischen dem deutschen Volk und den Nationalsozialisten, zu denen man nun auch wieder „Faschisten“ sagte, zu unterscheiden. Vielleicht ein Hinweis auf jenes Umdenken, das Stalin bewog, von jener 1941 geforderten und in Jalta letztmals bestätigten Politik der territorialen „Zerstückelung“ Deutschlands wieder abzugehen, sich mit der Entnazifizierung und der Entmilitarisierung, der Auflösung Preußens als deren vermeintlicher Keimzelle und der Kontrolle des Ruhrgebietes als

Fortsetzung Fußnote von Seite 200

len Leben der UdSSR“ (zumeist auf den Berichten der Deutschen Botschaft Moskau beruhend) bei *Pietrow*, Das Dritte Reich in der sowjetischen Außenpolitik, 162–168.

⁶⁰ *Gustav Hilger*, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten (Frankfurt am Main, Berlin 1955) 293, im folgenden zitiert: *Hilger*, Kreml; er fügt hinzu: „Besonders der bekannte Historiker Tarle, der seit 1933 dauernd Gift und Galle gegen Deutschland verspritzte, entdeckte über Nacht, daß Deutsche seit jeher eine sehr positive Rolle in Rußland gespielt hätten“.

⁶¹ Hinweis bei *Hilger*, Kreml, 293; *Pietrow*, Das Dritte Reich in der sowjetischen Außenpolitik, 165 f.; ausführliche Würdigung Bismarcks bei *A. Erusalimskij*, Bismark kak diplomat, in: *Bol'sevik* (1940) No 18, 10–42.

⁶² *Hilger*, Kreml, 313.

⁶³ *Nadesbda Miljailo*, Sowjetische Plakate aus dem Großen Vaterländischen Krieg, in: *Agitprop im Krieg gegen das ‚Großdeutsche Reich‘. Sowjetische Plakate 1941–1946 aus dem Staatlichen Historischen Museum Moskau (Magazin des Deutschen Historischen Museums, 1. Jg. Heft 4, Berlin 1991) 7.*

deren Waffenschmiede zufrieden zu geben⁶⁴, obwohl er – wie er in Teheran seinen westlichen Verhandlungspartnern zu verstehen gab – von solchen regionalen Schuldzuweisungen wenig hielt⁶⁵.

⁶⁴ Zum Gesamtzusammenhang *Alexander Fischer*, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945 (Stuttgart 1975); *Andreas Hillgruber*, Der Zweite Weltkrieg, in: *Dietrich Geyer* (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955 (Köln, Wien 1972) 270–342; auch als selbständige Veröffentlichung *ders.*, Sowjetische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg (Düsseldorf 1979).

⁶⁵ Tegeranskaja konferencija rukovoditelej trech sojuznich deržav – SSSR, SŠA i Velikobitanii (28 nojabrja – 1 dekabrja 1943g.), Sbornik dokumentov (Sovetskij sojuz na meždunarodnych konferencijach perioda Velikoj Otečestvennoj Vojny 1941–1945 gg., Bd. 2, Moskau 1978) 166.

Jacques Bariéty

Das Deutsche Reich im französischen Urteil, 1871–1945

Sowie mich Herr Professor Hildebrand eingeladen hatte, am Historischen Kolleg über die Art der Wahrnehmung des Deutschen Reiches in Frankreich zwischen 1871 und 1945 zu sprechen, habe ich zugesagt, zum einen, weil die Einladung von Klaus Hildebrand kam und weil das Kolloquium am Historischen Kolleg stattfinden sollte, zum anderen zugegebenermaßen aber auch, weil jene Frage der Wahrnehmung des Reiches durch die Franzosen, über die ich noch nie etwas geschrieben hatte, mich immer gereizt hatte und die Vorbereitung dieses Vortrages mir eine gute Gelegenheit bot, mir über meine Gedanken zu diesem Thema Klarheit zu verschaffen. Ich habe mir erlaubt, Klaus Hildebrand mitzuteilen, daß die Beurteilung des Reiches zwischen 1871 und 1945 durch die Franzosen nicht positiv sein konnte angesichts von drei Kriegen, die unsere Länder und Völker während dieser 75 Jahre – also etwa der Dauer eines Menschenlebens – zu Feinden werden ließen. Er wollte darin kein entscheidendes Hindernis sehen, und ich danke ihm dafür.

Als ich mit meiner Arbeit begann, wurde ich mir schnell einer anderen großen Schwierigkeit bewußt: Es gibt noch keine französische Untersuchung zu diesem Thema. Meine bibliographischen Nachforschungen führten zu keinem Ergebnis¹. So wurde zum Beispiel an der Sorbonne im Jahre 1977 ein großes Kolloquium über den „Begriff des Reiches“ veranstaltet. Die Akten des Kolloquiums wurden 1980 veröffentlicht. Man findet darin 21 wissenschaftliche Beiträge über alle möglichen Reiche, von den Mesopotamischen Reichen des zweiten Jahrtausends vor Christus bis zur „Autopsie des äthiopischen Reiches“ im 20. Jahrhundert. Verschiedene andere Reiche wie das Römische Reich, das Byzantinische Reich, das Römisch-Germanische Reich, das Reich Karls V., das Reich Napoléons und das britische Kolonialreich wurden behandelt, aber weder das Bismarckreich noch das Dritte Reich fanden Erwähnung². Man könnte sich über eine solche Auslassung Gedanken machen.

¹ Ich danke meinem Kollegen Jacques Ridé, Professor der Germanistik an der Sorbonne, der mir mit seinen ausgezeichneten Kenntnissen der Bibliographie über das Deutschland der Gegenwart gerne geholfen hat. Er bestätigte mir, daß es bis heute keine ernstzunehmende Untersuchung zu dieser Frage gibt.

² *Maurice Duverger*, *Le concept d'Empire*. Akten zum Kolloquium der Sorbonne vom 9. und 10. Dezember 1977 (Paris 1980). Von *Karl Ferdinand Werner*, dem damaligen Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris, findet sich darin eine bemerkenswerte wissenschaftliche

Wie dem auch sei, ich mußte also ohne frühere Untersuchungen mit meiner Aufgabe beginnen. Es ist somit klar, daß meine Ausführungen nicht dem Anspruch einer kompletten und definitiven Synthese genügen können. Nichtsdestoweniger sind meine Überlegungen das Ergebnis persönlicher Studien, die sich auf eine bereits lange Auseinandersetzung mit der französischen Historiographie stützen; von daher folge ich natürlich den Historikern, aber auch den französischen Germanisten, die im 20. Jahrhundert ebenfalls viel über die deutsche Landeskunde und somit über die Geschichte geschrieben haben. Andererseits habe ich den Aspekt der öffentlichen Meinung in Frankreich außer acht gelassen; dies hätte eine immense Lektüre, insbesondere der Presse, erforderlich gemacht. Im übrigen war die konkrete Realität für den durchschnittlichen Franzosen „Deutschland“ und nicht das für ihn etwas abstrakte Prinzip „Reich“.

Folglich habe ich meinen Vortrag ausgehend von Büchern und Artikeln von Historikern und französischen Germanisten aufgebaut. Ich möchte also noch einmal unterstreichen, daß ich mich ausschließlich an die *französische* Sichtweise halte³.

Ausgangspunkt muß das tiefe Trauma sein, das die Ausrufung des Deutschen Reiches auf französischem Boden am 18. Januar 1871 im nationalen Bewußtsein des französischen Volkes verursachte, und zwar nicht irgendwo auf französischem Boden, sondern in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles als einem der heiligsten Orte im Geschichtsbewußtsein Frankreichs. Hinzu kamen Umstände, die dies in den Augen der Franzosen verschlimmerten: Die Ausrufung an diesem Ort war möglich geworden, weil Frankreich eine militärische Katastrophe erlitten hatte und weil die Hauptstadt Paris, ein paar Kilometer entfernt, vom Feind eingekreist worden war. Man wird diesem Trauma nie genug Bedeutung beimessen können. Die Szene in der Spiegelgalerie wurde in Frankreich nicht nur als Symbol des Übergangs der Vormachtstellung in Europa von einer politischen Macht zur anderen empfunden – Frankreich verlor damals seine Position an das Deutsche Reich – sondern auch als eine Art politische Vergewaltigung des nationalen Kulturguts. Dies hat im nationalen politischen Bewußtsein der Franzosen, gleich welcher politischen Richtung sie sich auch zuordneten, tiefe Spuren hinterlassen. Der alte Republikaner Clemenceau, im Jahre 1919 einziger Überlebender der 1871 gewählten Nationalversammlung, sieht die Kränkung vom 18. Januar 1871 erst durch die Unterschrift der Deutschen unter den Versailler Vertrag am selben Ort, am 28. Juni 1919, wieder aufgehoben.

Neben diesem Trauma im nationalen Bewußtsein hat das französische Volk im Jahre 1871 noch ein weiteres erlitten: das Drama im Inneren, das der Kommune, welches sich nicht nur auf Paris beschränkte. Der Übergang vom Kaiserreich – Napoléon III. war schließlich auch Kaiser gewesen – zu einer gemäßigten Republik voll-

Fortsetzung Fußnote von Seite 203

Abhandlung über „L'Empire carolingien et le Saint-Empire“, 151–201. Zwar gab es bei diesem Kolloquium keinen Beitrag über das Zweite und Dritte Reich, aber *Karl Ferdinand Werner* unterstreicht sehr wohl die Rolle der deutschen Historiographie im 19. Jahrhundert bei der widerrechtlichen Anbindung des Zweiten Reichs an das Heilige Reich, 156. Siehe dazu auch Anm. 10.
³ Ich kenne sehr wohl die deutschen Untersuchungen, aber ich halte mich hier an die französische Sichtweise des Reiches und muß nochmals das Fehlen französischer Arbeiten feststellen.

zog sich durch die Umwälzungen einer revolutionären Explosion, die selbst auch die Erinnerung an einen großen Augenblick der nationalen Geschichte wachrief und eine patriotische Dimension besaß, im Sinne der Deutung des Begriffes „patriote“ der Jahre 1792–1793⁴. Die Frage des Regimes war sicherlich eine innere Angelegenheit Frankreichs, sie war aber nicht weniger eng verbunden mit dem deutsch-französischen Krieg von 1870–1871. Der Antagonismus Republik–Reich im französischen Kollektivbewußtsein macht, ob nun explizit oder implizit, auch einen Teil des deutsch-französischen Antagonismus aus. Der Historiker muß meiner Meinung nach den Wörtern eine große Bedeutung beimessen; sie sind keine toten, auswechselbaren Objekte. Für jedes Volk haben sie politischen und psychologischen Inhalt, manchmal ein emotionales Gewicht, je nach dem Gebrauch, der im Verlauf der Geschichte von ihnen gemacht wurde. Denken wir dabei nur an die Verwendung der Wörter *Reich* und *Republik* in Deutschland und in Frankreich vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts!

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen möchte ich mich den ersten Reflexionen über das Reich nähern, die nach den Ereignissen von 1871 von französischen Intellektuellen angestellt wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen in Frankreich verschiedenste Publikationen über das 19. Jahrhundert, die das Interesse, ja sogar die Schwärmerei französischer Denker für Deutschland bis zum Jahre 1870 bezeugen und die unterstreichen, wie groß der Schock über den Krieg und über die Ausrufung des Reiches war⁵. Um nur die größten Namen zu nennen, erwähnen wir Renan und Jules Michelet⁶; die Rufe eines Edgar Quinet nach Vorsicht und Wachsamkeit sind Ausnahme geblieben⁷. Des

⁴ Die verschiedenen Arbeiten, entstanden anlässlich der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution, haben den Begriff des „Patriotismus“ in Anbindung an den der Republik wieder aufgewertet. Die Pariser Kommune von 1871 hatte ebenfalls eine „patriotische“ Dimension, in einem Sinn, wie er von der Großen Revolution übernommen worden war. Siehe *Alice Gerard*, *La Révolution française. Mythes et interprétations, 1789–1970* (Paris 1970).

⁵ *André Monchoux*, *L'Allemagne devant les Lettres françaises de 1814 à 1835* (Paris 1953); *Jean-Marie Carré*, *Les écrivains français et le mirage allemand* (Paris 1947); *Claude Digeon*, *La crise allemande de la pensée française 1870–1914* (Paris 1959) und für die militärischen Aspekte: *Henri Contamine*, *La revanche* (Paris 1957). Nicht zu vergessen die grundlegenden Werke der deutschen Kollegen: *Heinz-Otto Sieburg*, *Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts*, Bd. 1 u. 2 (Wiesbaden 1954 u. 1958); *Beate Gödde-Baumanns*, *Deutsche Geschichte in französischer Sicht* (Wiesbaden 1971).

⁶ Ernest Renan ist voll von Bewunderung für die deutschen Theologen. Er nimmt die Ideen von *David Strauss* in „*La vie de Jésus*“, 1863 erschienen, wieder auf: Er schreibt: „J'ai étudié l'Allemagne et j'ai cru entrer dans un temple... O mon âme, oui, c'est un trésor, c'est la continuation de Jésus Christ.“ *Michelet* seinerseits hing mit Leidenschaft an Deutschland; er hatte bei den deutschen Historikern, Vordenkern im 19. Jahrhundert, den Sinn der Geschichte gefunden, das unverminderte Wiederaufleben der Vergangenheit. Seine Konzeption vom Volk als Akteur in der Geschichte ist stark von Hegel beeinflusst. 1871 bedeutet für ihn auch einen tiefen Schock; in diesem Jahr veröffentlichte er sein Buch „*La France devant l'Europe*“, das zur Entstehung des antipreußischen Mythos in Frankreich beiträgt und an die Pflicht Frankreichs appelliert, Europa zum Kampf gegen Preußen aufzurufen.

⁷ *Edgar Quinet*, der in erster Ehe mit einer deutschen Frau verheiratet war, war der erste französische Intellektuelle des 19. Jahrhunderts, der in seinem Buch „*La Teutomanie*“ 1842 vor dem

weiteren sind die Jahrzehnte vor und nach dem deutsch-französischen Drama diejenigen, in denen sich die deutsche Geschichtswissenschaft entwickelte und in denen die moderne französische Geschichtsschreibung die großen Meister der deutschen Historiographie zum Vorbild nahm. Dies macht die Wahrnehmung des Zweiten Deutschen Reiches durch die französischen Historiker kompliziert. Die französischen Schüler versuchten, sich aus der intellektuellen Vormundschaft der deutschen Meister zu befreien, obwohl sie gleichzeitig ihre Methoden übernahmen, um die deutschen Wissenschaftler dann, wenn nötig, besser bekämpfen zu können. Sybel, Schüler des großen Ranke, gründete im Jahre 1859 die berühmte „Historische Zeitschrift“; Gustave Monod, Anhänger der deutschen wissenschaftlichen Methode, gründete 1876 die „Revue Historique“, in der zahlreiche französische Historiker, die die deutschen Methoden übernommen hatten, mit den deutschen Kollegen über Themen gemeinsamen Interesses polemisierten⁸. Tatsächlich ist es seltsam, festzustellen, daß deutsche und französische Historiker um 1870 über dieselben Themen arbeiteten, beispielsweise über Karl V. und Franz I. (also über den Gegensatz Reich – Königreich) oder über die Französische Revolution (also über den Gegensatz zwischen Souveränität auf der Grundlage des Gottesgnadentums und Souveränität auf der Grundlage des Volkes), über die königliche Legitimität und die Staatsnation oder auch über die Politik der „natürlichen Grenzen“ des Nationalkonvents und über den Imperialismus Napoléons I., d. h. unter anderem über die Frage des Rheins und über den Untergang des Heiligen Reiches⁹.

Um die Reaktionen der französischen Historiker auf die Proklamation des Zweiten Reiches zu erfassen, habe ich mich insbesondere an die Lektüre der in der „Revue des deux Mondes“ veröffentlichten Artikel aus den Jahren 1872 und 1873 gehalten. Man entdeckt darin eine gewisse Zahl von Themen, die noch auf längere Sicht von Belang sein werden.

So zuerst die These von einer gewissen Illegitimität des neuen Reiches, das, im Unterschied zum alten, weder den Willen Gottes noch die Einheit des Christentums vermittelt, zumal das Papsttum bei seinem Entstehen keine Rolle gespielt hatte¹⁰. Auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 205

preußischen Machtstreben gewarnt hatte. 1871 veröffentlichte er „France et Allemagne“, ein Buch, das ein Warnruf ist. In zweiter Ehe mit einer Rumänin verheiratet, beendet er seine Laufbahn als Professor an der Sorbonne, als Verteidiger der Staatsnationen gegen die Bedrohungen der germanischen Vormacht.

⁸ Zur *Revue Historique* siehe Sonderausgabe anlässlich des Jubiläums zum 100jährigen Bestehen, N^o 518, April-Juni 1976.

⁹ Neben den schon unter Anm. 5 erwähnten Untersuchungen: *Jürgen Voss*, Deutschland und die französische Revolution (Akten des Kolloquiums 1981 in Bad Homburg, organisiert vom Deutschen Historischen Institut Paris, Artemis Verlag, 1983). Siehe auch *Isabelle von Bueltzingsloewen*, A propos du centenaire de 1789: imaginaire politique et écriture de la Révolution dans l'Allemagne du XIX^{ème} siècle, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* (Januar-März 1989); *Jacques Bariéty*, Die deutsch-französische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert und die französische Revolution, in: *GWU* (1989/7) 385–393.

¹⁰ *Karl Ferdinand Werner* schreibt in dem in Anm. 2 angeführten Werk „Le concept d'Empire“: „Le XIX^{ème} siècle n'a pas seulement amarré des Etats sécularisés, il a vu naître et se propager l'idée nationale et les différents nationalismes. Or c'est à ce moment même que se produit

französische Bischöfe brachten diese Position in ihren Hirtenbriefen zum Ausdruck, die näher zu betrachten zweifellos von Nutzen wäre. Jene Tendenz des französischen Episkopats erklärt sich sicherlich durch einen nationalen Reflex, aber auch durch Gründe, die der katholischen Kirche und dem französischen Katholizismus eigen sind. Der Heilige Stuhl hat zu dieser Zeit gerade seine ganze weltliche Macht verloren, obwohl französische Freiwillige die letzten Überreste dieser Macht verteidigt hatten. Das Vatikanische Konzil hatte gerade die päpstliche Unfehlbarkeit erklärt, und die Kirche Frankreichs wandte sich dem Ultramontanismus zu, wobei sie Jahrhunderte des Gallikanismus hinter sich ließ, und zu einer der stärksten Stützen des Papsttums wurde. Schließlich war der Kulturkampf wenig später für französische Bischöfe Anstoß, sich der Kämpfe der Geistlichkeit und des Kaiserreiches zu erinnern¹¹.

Ein zweites Thema ist das der „Verpreußung“ Deutschlands durch den Akt vom 18. Januar 1871. Es ist auffällig, den Unterschied festzustellen, den die französischen Schreiber von damals glaubten zwischen Preußen – einem Staat, der seinen Ursprung nicht einmal auf die deutsche Nationalität zurückführte – und Deutschland – Volk und Nation – machen zu müssen. Nach der Tragödie von 1871 wollten sich die französischen Historiker und Publizisten ihre Bewunderung, ja sogar ihre emotionale Verbundenheit und ihre Hoffnungen für Deutschland erhalten, indem sie, oft in einer Anwendung von Enttäuschung, Überraschung und Verletzung, die Verantwortung für das unsägliche Schicksal Frankreichs und für das Deutschlands an Preußen gaben. So wie Brandenburg-Preußen am 18. Januar 1701 widerrechtlich in die Gemeinschaft der europäischen Königreiche eingebrochen sei, habe sich Preußen am 18. Januar 1871 der kaiserlichen Würde widerrechtlich bemächtigt; und man betonte besonders gerne die Gründe für die Wahl dieses „Jubiläums“¹².

Ein drittes Thema ist der „preußische Militarismus“, der durch die Proklamation des Reiches zum „deutschen Militarismus“ wird. Die französischen Beobachter in den Jahren nach 1871 zitierten niemals Kant und dachten nicht mehr an Voltaire in Sans-souci, wenn sie über Preußen schrieben; sie sprachen vom Staatsheer und vom „Gene-

Fortsetzung Fußnote von Seite 206

l'essor d'une science historique moderne... En Allemagne, elle a assuré la sécularisation et la nationalisation de l'idée d'Empire. (56, vom Autor hervorgehoben). Le IIème Reich rêvé par l'historien du Ier Reich Giesebrecht, qui marque de son empreinte toute l'historiographie ultérieure allemande concernant le Saint-Empire, était antiromain, souvent anticatholique, antiautrichien, souvent protestant, mais surtout allemand, dans le sens de la Petit-Allemagne, kleindeutsch... Le Saint-Empire était donc devenu un Empire essentiellement germanique, non dans le sens limitatif des XV-XVIème siècles, mais dans le sens qui en faisait une partie intégrante et exclusive de l'histoire allemande, du peuple allemand. Même les étrangers, même les Français ont été dupes de cette nationalisation et germanisation post festum du Saint-Empire.“

¹¹ Man denke besonders an den Hirtenbrief des Bischofs von Nancy, Foulon, vom 26. Juli 1873, der auch in den Kirchen des annektierten Lothringen verlesen wurde, was Bismarck zu Protesten veranlaßte; auch an den Hirtenbrief des Erzbischofs von Angers, Freppel, der elsässischer Abstammung war, an den Hirtenbrief des Bischofs von Nîmes, Plantier, der das Konzept des *Reiches* eindeutig kritisiert, indem er von *Césars pontifes* spricht, die mit dem „Kulturkampf“ Traditionen der „Niederträchtigkeit und Unsittlichkeit“ fortsetzen wollten.

¹² *Jacques Bainville*, Quarante ans d'Empire allemand, in: *L'Action française mensuelle*, 15. Februar 1911.

ralstab“. Ihrer Deutung nach habe sich dieses Staatsheer des deutschen Volkes durch den Akt vom 18. Januar 1871 bemächtigt, was eine schwerwiegende Gefahr für die Zukunft in sich geborgen habe: Die Wehrpflicht für alle Deutschen habe im Zentrum Europas ein militärisches Werkzeug ohnegleichen bereitgestellt, ein Werkzeug in der Verfügungsgewalt des einzigen preußisch-deutschen Kaisers, dem der preußische Generalstab zu Diensten stand. Die Autoren der „Revue des deux Mondes“ sahen darin eine von da an ständige Gefahr für das europäische Gleichgewicht und eine Bedrohung für den Frieden. Charles Giraud schrieb am 15. Januar 1872: „La maison de Hohenzollern est condamnée à la guerre perpétuelle, comme le fut Napoléon Ier, parce qu'elle n'a pas limité ses agrandissements démesurés... L'Empire allemand a désormais une capitale, et c'est Berlin... Tous ceux, qui connaissent Berlin ont pu lire au fronton de l'église catholique que la construction en est due à la clémence du souverain. Le Junkertum affecte la politesse, mais le fond n'a rien perdu de son caractère... Que Dieu garde la civilisation européenne.“

Und Giraud unterstrich die Gefahr eines Kaisers „sans le couronnement par le Pape“ und die eines Kaisers „Pape aussi bien qu'Empereur“. Dieser deutsche Kaiser würde durch den Pangermanismus in Versuchung gebracht werden; Giraud beschwor dieses Risiko schon 1872, sogar vor der Entstehung des Begriffs, und er verwies zur Unterstützung seiner These auf eine geographische Karte, veröffentlicht im ersten Band der „Geschichte der deutschen Kaiserzeit“ von Giesebrecht, welche fortan als Bezugsrahmen in Deutschland diene¹³.

Die französischen Kritiker des Zweiten Reiches bezogen sich oft auf die Exzesse der Politik Napoléons, sogar auch auf das unbedachte Machtstreben Napoléons III. Albert Sorel erinnerte an die Demütigungen, denen Napoléon I. Preußen aussetzte, als er am 1. Mai 1872 schrieb: „Sa politique imprévoyante et hautaine ne réussit qu'à préparer Waterloo pour lui-même, Sedan pour son neveu.“ Sorels Schlußfolgerung war unvoreingenommener, wie ein Aufruf an Deutschland zeigt: „Il n'est pas interdit d'espérer qu'un jour viendra, où un peuple instruit par ses malheurs, aura de ses destinées une conscience assez pure pour éviter cette impardonnable faute d'infliger à ses adversaires les souffrances qu'il a subies, au risque d'entraîner les mêmes représailles.“¹⁴

Aufmerksamkeit möchte ich auf die Analyse lenken, mit der Saint-René Taillandier am 15. August 1873 die Briefe König Friedrich Wilhelms IV. und die Baron von Bunsens interpretierte. Ranke hatte die Briefe damals gerade herausgegeben. Taillandier glaubte, schon in diesen Schriftzeugnissen aus dem Jahre 1848 viele Gründe finden zu können, die Anlaß zur Sorge um die Zukunft gaben. *Was ist des Deutschen Vaterland?* Die Feierlichkeiten zur Fertigstellung des Kölner Doms am 14. August 1848 lassen

¹³ Siehe Anm. 10.

¹⁴ Albert Sorel, *La Prusse et les deux Empires*, in: *Revue des deux Mondes*, 1. Mai 1872, 36–65. Zu Albert Sorel, der von den Ereignissen von 1870–1871 stark geprägt worden war, was sich in seiner Lehrtätigkeit an der Ecole Libre des Sciences Politiques de Paris jahrzehntelang widerspiegelt und was dann Generationen von französischen Politikern und hohen Beamten beeinflusst hat, siehe Jacques Bariéty, *Albert Sorel. L'Europe et la Révolution française, 1885–1904*, in: *ders.*, 1889: *Centenaire de la Révolution française, réactions et représentations politiques en Europe* (Bern 1992).

ihn die Verpreußung und eine Abwendung vom Erbe des Heiligen Reiches vorausahnen. Taillandier sah darin eine deutsche Vorliebe für ein gefühlsbetontes Wachrufen der Vergangenheit, das in eine unsichere und unvorbereitete Zukunft weise¹⁵.

Historische Illegitimität eines Reiches, das sich selbst ausgerufen hatte, Verpreußung Deutschlands, europäisches Ungleichgewicht, Unsicherheiten Deutschlands, das sind die Themen, die in den Jahren nach der Proklamation des Reiches Bismarcks in den Schriften französischer Beobachter als unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse auftauchen. Sie sind in den darauffolgenden Jahrzehnten so alltäglich geworden, daß man fast geneigt ist, von Stereotypen zu sprechen. Es ist festzustellen, daß die Geschichtsschreibung, auch die französische, nach und nach zu einer kritischeren Analyse und zu differenzierten Urteilen gelangte. Bis 1945 tauchten diese Themen jedoch im französischen Denken immer wieder auf – bis hin zu den Überlegungen des Generals de Gaulle der Jahre 1944–1945¹⁶.

In den Jahrzehnten zwischen 1871 und 1914 war es immer wieder ein Wort, das die Wunde von 1871 aufriß: der Begriff des *Reichslands*, um das Elsaß und den Teil Lothringens zu bezeichnen, die durch den Vertrag von Frankfurt an das Reich angeschlossen waren. Die Historiker wissen heute natürlich, nach welchem Vorgang diese Bezeichnung gewählt worden war, um das neue Gebiet zu benennen; für Generationen von Franzosen jedoch hat das Wort *Reichsland* die Bezeichnung und den Begriff *Reich* auf besonders enge Weise mit der Annexion verbunden, eine Annexion, die ohne Volksabstimmung und gegen den Willen der Bevölkerungen der beiden verlorenen Gebiete vonstatten ging. Hier kann nicht noch einmal die Frage nach der Definition von Nationalität erörtert werden, auch nicht die Rolle, die Natur und Geschichte, die Sprache und das Bewußtsein darin einnehmen; Denker von sehr großer Bedeutung haben sich im Zeitraum der Tragödie von 1870–1871 damit beschäftigt¹⁷. Was ich hier sagen und unterstreichen möchte, ist, daß im Kollektivgedächtnis des französischen Volkes aus der Tatsache heraus, die sich hinter dem Wort *Reichsland* verbirgt, das Wort *Reich* mit der Erinnerung an die Verletzung von 1871 und an das, was als ungerechter Gewaltakt empfunden worden war, immer verbunden geblieben ist. Man erlaube mir hier eine persönliche Erinnerung: Anfang der 40er Jahre, als ich in Paris zur Schule ging, wurde uns auf genau die Weise, die ich in meiner vorangehenden Interpretation dargelegt habe, von unseren Lehrern der Sinn des Wortes *Reichsland* erklärt.

Der Begriff der *Reichsbank*, obwohl weniger heikel, hatte ebenfalls einen negativen Effekt auf die Empfindung des Begriffes *Reich* durch die Franzosen, denn sie verbanden ihn mit fünf Milliarden Francs in Goldwährung, die sie als Kriegsentschädigung bezahlen mußten und tatsächlich auch aufgebracht haben, um den Rückzug der deutschen Truppen aus Frankreich zu erreichen. Dieser Tatbestand wird in der französischen Geschichtsschreibung immer noch als „libération du territoire“ beschrieben, ein

¹⁵ *Saint-René Taillandier, Frédéric-Guillaume IV. et le Baron de Bunsen. La formation du nouvel empire d'Allemagne*, in: *Revue des deux Mondes*, 15. August 1873, 779–817.

¹⁶ *Pierre Maillard, De Gaulle et l'Allemagne, le rêve inachevé* (Paris 1990) 45–65 und 83–93.

¹⁷ Man denke nur an die Korrespondenz von Renan und Strauss und an den Brief von Fustel de Coulanges an Mommsen.

Begriff, der mit überhöhten nationalen Emotionen belastet ist. Der außergewöhnlich starke wirtschaftliche Aufschwung des Reiches ab 1890, der es zur ersten Industriemacht in Europa schon vor 1914 und zur zweiten in der Welt machen mußte, rief bei den Franzosen Unruhe, ja sogar Eifersucht, hervor. Sicher hielten die Franzosen die fünf Milliarden Francs in Gold niemals für den einzigen Faktor des Aufschwungs und der wirtschaftlichen Macht Deutschlands, was auch absurd gewesen wäre. Gleichwohl sahen sie darin immer, nicht ohne Grund, die Möglichkeit für Bismarck, die *Reichsbank* zu gründen, und darüber hinaus sogar noch eine Nationalwährung einzuführen, ein entscheidendes Instrument bei der Vereinigung Deutschlands zu einem Reich. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß die französischen Entscheidungsträger sich nach 1919 daran erinnerten; es ist wahr, daß selbst Hjalmar Schacht daran dachte, als er 1924 die Reichsmark in Währungsparität zur Goldmark von 1914 einführte¹⁸.

Die französische Geschichtsschreibung von 1871 bis 1914 (teilweise auch bis 1945) tendierte stark zur Systematisierung, sogar zur Theoretisierung der Kontinuität im Antagonismus der deutsch-französischen Beziehungen seit der Teilung des Reiches Karls des Großen. Dies geschah im Hinblick auf die Ereignisse von 1870–1871, unter dem Schock der Traumata, die sie verursachten. In gewisser Weise ergibt sich daraus eine erneute historische und politische Lektüre des Ersten Reichs unter Einbeziehung des Zweiten und sogar des Dritten Reiches.

Einer der ersten und wichtigsten französischen Theoretiker, der über die Kontinuität der deutsch-französischen Beziehungen unter dem Begriff des Antagonismus gearbeitet hat, war sicherlich Albert Sorel. Er, der sehr geprägt war von den Vorgängen 1870–1871, gehörte als junger Diplomat der Delegation des Außenministeriums an, die sich zur Regierung der nationalen Verteidigung nach Tours geflüchtet hatte. Bereits 1875 gab er die „Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande“ heraus, und 1885 nahm er eine große Geschichte, „L'Europe et la Revolution française“, in Angriff. Ihr achter und letzter Band erschien 1904. Das Werk von Sorel ist eine Antwort auf das Werk von Sybel, „Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1800“, das dieser von 1853 bis 1870 veröffentlichte. Die französische Übersetzung wurde von 1869 bis 1888 herausgebracht. Die parallele Lektüre dieser beiden Hauptwerke ist sehr ergiebig, was die Gegenüberstellung der französischen und deutschen Konzeptionen eines Staates und der Souveränität in dem Zeitabschnitt angeht, der hier von Belang ist. Auch in seinen Büchern glaubte Albert Sorel, eine Kontinuität der französischen Politik aufstellen zu können, vom Ancien Régime bis zur Revolution und bis zum Reich Napoléons I., ausgehend von den „natürlichen Grenzen“, also der französischen Rheinpolitik, und von dem deutsch-französischen Antagonismus¹⁹.

¹⁸ Viele Arbeiten haben eine enge Verknüpfung zwischen den Währungsfragen und dem Fortbestand des Reiches nach dem Ersten Weltkrieg herausgestellt. Der Erfolg der *Reichsmark*, deren Bezeichnung nicht zufällig gewählt worden war, bedeutete nach der vorläufigen Einführung der Rentenmark ein Ende aller auf eine rheinische Währung abzielenden Pläne, also auch aller Rheinlandprojekte. Darüber hinaus sogar war der Erfolg Zeichen des Fortbestandes des Reiches in den preussisch-deutschen Strukturen von 1871.

¹⁹ Siehe Anm. 14. In seinen Forschungen über eine Kontinuität der Außenpolitik des Ancien

Nirgendwo in Frankreich ist die über Jahrhunderte dauernde Kontinuität des Antagonismus' zwischen Frankreich und Deutschland theoretisch ähnlich systematisch und dabei bemerkenswert brillant dargestellt worden wie bei Jacques Bainville²⁰. Für ihn, wobei man nicht vergessen darf, daß er Royalist war, stellte der deutsch-französische Antagonismus nichts anderes dar als den jahrhundertealten Kampf zwischen dem französischen Königreich als Verfechter der Freiheiten der Staatsnation und dem Reich als Instrument zur Durchsetzung deutscher Ansprüche auf die europäische Vorrherrschaft. So stuft Bainville den Gegensatz zweier Konzeptionen vom Staat als wichtiger ein als den zweier Völker; eine Konzeption nämlich, die auf dem Königreich als dem Verfechter der Freiheiten und der Unabhängigkeit der Nation basiert, und demgegenüber eine andere, die auf das Reich und damit auf den Anspruch der Hegemonie und auf die Herrschaft eines Volkes über andere zurückführt. Ich war erstaunt, nachdem ich zuerst die Artikel in der eben erwähnten „Revue des deux mondes“ und dann Bainville wiedergelesen hatte, wie verwandt ihre Thesen sind: die Illegitimität des Anspruchs des Zweiten Reiches, vom Ersten abzustammen; die Verpreußung Deutschlands, die es von Grund auf veränderte; das europäische Ungleichgewicht, das infolge der Gründung des Reiches das Risiko eines Krieges bedeutete. Bei Bainville aber sind diese Thesen systematisiert und führen zu einer erneuten Lektüre der deutschen Geschichte seit Karl dem Großen, ja sogar zurück bis Arminius und bis zur „Germania“ von Tacitus. Diese theoretische Betrachtung beginnt in den Artikeln der „Action française“ von 1911, die anlässlich der von Wilhelm II. veranlaßten Feiern zum 40jährigen Jubiläum der Proklamation des Reiches 1871²¹ geschrieben wurden, und führt 1915, mitten im Krieg, zur Veröffentlichung der „Histoire de deux peuples“: das Duell habe mit der Schlacht von Bouvines 1214 mit dem Sieg des französischen Königs Philippe Auguste begonnen, der durch Kontingente französischer Gemeinden unterstützt worden sei, gegen Kaiser Otto IV. und seine Verbündeten. Die wichtigsten Punkte dieser Politik seien der Westfälische Friede von 1648 und die beginnende Machtlosigkeit des Reiches. Diese progressive und methodische Politik sei durch die Auswüchse der Französischen Revolution und durch die Politik der Bona-

Fortsetzung Fußnote von Seite 210

Régime, des revolutionären und des nachrevolutionären Frankreichs war Albert Sorel motiviert durch die Sorge um die nationale Versöhnung, zumindest im Bereich der Außenpolitik nach den traumatischen Ereignissen von 1871. Hinzu kam, daß die Debatte über die sogenannten „natürlichen Grenzen“ die deutsch-französischen Beziehungen verschlechterte und die Unbefangenheit in deutscher und französischer Geschichtsschreibung über Jahrzehnte hinweg belastete. Siehe auch im folgenden Anm. 27.

²⁰ Jacques Bainville (1879–1936) interessierte sich schon im jungen Alter für Deutschland, das er sehr gut kennengelernt hat und dessen Sprache er perfekt beherrschte. Er machte eine Karriere als Historiker und arbeitete dabei unabhängig. Er schloß sich der royalistischen *Action française* an und schrieb in der Zeitschrift regelmäßig über die Fragen der internationalen Politik. Seine Zuhörerschaft umfaßte weit mehr als nur royalistische Kreise; seine Wahl in die *Académie française* zeugt von einem breiten Publikum.

²¹ Jacques Bainville, *L'Allemagne*, Bd.1 (Paris 1939), Bd.2 (Paris 1940). Aufsatzsammlung über Deutschland, die der Autor zwischen 1911 und Januar 1936, kurz vor seinem Tod, veröffentlichte. Diese Sammlungen wurden nach seinem Tod von seiner Witwe mit einem Vorwort von Albert Rivaud, Professor an der Sorbonne, herausgegeben.

partes aufs Spiel gesetzt worden, mit der Sanktion von Sedan und des preußisch-deutschen Zweiten Reiches²². Für den französischen Leser dieses 1915 veröffentlichten Buches erscheint die Schlacht an der Marne vom September 1914 ganz selbstverständlich wie ein zweites Bouvines, und an Frankreich lag es nur noch, nach dem Sieg das Deutsche Reich zu zerstören... Nach dem Versailler Vertrag veröffentlichte Bainville ein neues Buch, „Les conséquences politiques de la paix“. Dieses Buch, das eine Antwort auf das Buch von John Maynard Keynes, „The economic consequences of the Peace“, sein sollte, hatte ebenfalls den Anspruch, den Versailler Vertrag zu verurteilen, aber mit einem anderen Motiv als das des britischen Wirtschaftswissenschaftlers: Bainville warf dem Vertrag vor, „d'être trop faible pour ce qu'il avait de dur“, d. h., seiner Meinung nach zwang der Vertrag dem deutschen Volk harte Friedensbedingungen auf und mußte so seine Opposition wecken, ohne dabei den Alliierten Mittel zu geben, ihre Ansprüche in die Wirklichkeit umzusetzen; er kritisierte an dem Vertrag, den Deutschen die Möglichkeit des Widerstandes gelassen zu haben, folglich die Einheit als Reich unter preußischer Führung erhalten zu haben²³. Im April 1933, drei Monate nach dem Beginn des Dritten Reiches, veröffentlichte Bainville eine neue Ausgabe seines Buches, „Histoire de deux peuples continuée jusqu'à Hitler“²⁴.

Sicherlich war Bainville kein akademischer Historiker; man sollte dennoch seinen Einfluß auf zahlreiche französische Intellektuelle nicht unterschätzen, da er weit hinaus über das Milieu der Royalisten der „Action française“ gelesen wurde. Es ist sicher, daß de Gaulle Bainville gelesen hat, daß er seine Kritik am Versailler Vertrag und am republikanischen *Reich* von Weimar teilte und daß er im Dritten Reich und im Ausbruch des Zweiten Weltkriegs das Eintreten seiner Vorhersagen sah. Die ersten Pläne de Gaulles von 1944–1945, die Deutschland betrafen, waren entscheidend von dem Gedankengut Jacques Bainvilles geprägt²⁵.

Es ist jedoch wichtig, sich ins Gedächtnis zu rufen, daß die von Bainville für die Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen über Jahrhunderte gegebene Interpretation die eines Denkers und politischen Schriftstellers war, der damit einen Mythos für die politischen Debatten seiner Zeit lieferte. Es ist ebenfalls wichtig, daran zu erinnern, daß sehr bedeutende französische Universitätsgelehrte schon in der Zwischenkriegszeit bemerkenswerte Arbeiten über die Punkte der Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen veröffentlicht haben, die zu den heikelsten Themen gehören – Arbeiten, die noch immer maßgeblich sind und die zur Entlastung der Geschichtswissenschaft beigetragen haben. Dabei denke ich besonders an die Untersuchungen von Georges Pagès²⁶ über den Dreißigjährigen Krieg und über die Deutschlandpolitik Ludwigs XIV. und vor allem an die von Gaston Zeller über den Anschluß

²² Jacques Bainville, *Histoire de deux peuples* (Paris 1915).

²³ Ders., *Les conséquences politiques de la paix* (Paris 1920).

²⁴ Ders., *Histoire de deux peuples continuée jusqu'à Hitler* (Paris 1933).

²⁵ De Gaulle en son siècle, *Colloque du Centenaire*, Bd. 5: *L'Europe* (Paris 1990).

²⁶ Georges Pagès, in der Zwischenkriegszeit Professor an der Sorbonne, habilitierte schon 1905 mit der Arbeit „Contributions à l'histoire de la politique française en Allemagne sous Louis XIV.“. Im Jahre 1921 veröffentlichte er in Zusammenarbeit mit *Emile Bourgeois*, „Les origines et les responsabilités de la Grande Guerre“, dann 1928 „La monarchie d'Ancien Régime en France (de Henri IV. à Louis XIV.)“ und 1939 „La guerre de Trente Ans, 1618–1648“.

von Metz an Frankreich und über das Heilige Reich selbst²⁷. Besonders hinzuweisen ist auf die beiden langen Artikel, die Zeller 1934 in der „Revue Historique“ über „Les rois de France candidats à L'Empire. Essai sur l'idéologie impériale en France“ veröffentlichte²⁸. In einer lückenlosen Analyse stellt er definitiv die Entstehung der Theorie der Kapetinger vom „Roi de France Empereur dans son Royaume“ und die komplexen Beziehungen des Königs zum Kaiser dar, seit der Erbschaft Karls des Großen bis zu Ludwig XIV. Dabei erwähnt er auch die Kandidatur Franz' I. für das Kaiserreich und die Verträge des Westfälischen Friedens. Zeller, indem er sich oft auf die Veröffentlichung des Buches von Marc Bloch, „Rois thaumaturges“²⁹, stützt, entmysti-

²⁷ *Gaston Zeller*, der in Belfort geboren wurde, einer Stadt, die historisch gesehen zum Elsaß gehörte, aber 1871 französisch blieb, lehrte in der Zwischenkriegszeit an der Universität Straßburg und dann an der Sorbonne, wo er Nachfolger von Georges Pagès wurde. Er habilitierte sich 1926 mit der Schrift „La réunion de Metz à la France, 1552–1648“. 1928 veröffentlichte er „L'organisation des frontières du nord et de l'est de la France au 17ème siècle“, 1945 „L'Alsace française de Louis XIV. à nos jours“ und im Jahre 1948 „Les institutions de la France au 16ème siècle“. Die Arbeiten von Georges Pagès und Gaston Zeller, die übrigens sehr gebunden waren an die Vorstellung einer Zugehörigkeit des Elsasses und Lothringens an die französische Nation, zeigten, daß die Politik der „natürlichen Grenzen“ des Rheins niemals ein Ziel Frankreichs im Ancien Régime gewesen war. Der Mythos des Rheins als natürlicher Grenze Frankreichs entstand während der Französischen Revolution mit Danton und dem Nationalkonvent und hatte Fortbestand im 19. Jahrhundert, mit allen Entwicklungen, die wir kennen. Siehe zu diesem Thema *Gaston Zeller*, *La monarchie d'Ancien Régime et les frontières naturelles*, in: *Revue d'Histoire Moderne*, Paris, August-September 1933, und auch *Herman Weber*, *Richelieu et le Rhin*, in: *Revue historique* 239 (1968) 265–280.

²⁸ *Gaston Zeller*, *Les rois de France candidats à l'Empire. Essai sur l'idéologie impériale en France*, in: *Revue Historique* 173 (Paris März-April 1934) 273–311 und (Mai-Juni 1934) 498–534. Es erscheint mir sehr bemerkenswert, daß ein herausragender Wissenschaftler und vortrefflicher Kenner Deutschlands, wie Gaston Zeller einer war, ein zudem sehr intelligenter Mann, sich im Frühling 1934 in einer derart gewissenhaften und angemessenen Studie über die so drängende Frage zwischen Deutschland und Frankreich beschäftigt hat: Er arbeitete, im Zusammenhang mit den Kandidaturen der französischen Könige für die Kaiserkrone, über die Begriffe Reich und Königreich. Bezogen auf die Zeit sehe ich darin den vorsichtigen, zurückhaltenden Ausdruck eines wissenschaftlichen und staatsbürgerlichen Bewußtseins. Diese Seiten, voll von Verweisen auf die französische und deutsche Historiographie, verdienten es, mehr Beachtung zu finden.

²⁹ Gaston Zeller kannte Marc Bloch, der seine universitäre Laufbahn ebenfalls in Straßburg begonnen hatte, persönlich. Die französischen Entscheidungsträger legten nach 1919 Wert darauf, in Straßburg diejenigen jungen französischen Universitätsgelehrten zu berufen, die am vielversprechendsten erschienen. *Marc Bloch* veröffentlichte bereits 1924 sein Hauptwerk, „Les rois thaumaturges“, eine Studie über jene übernatürliche Kraft, die die französischen Könige am Tage ihrer Salbung gehabt haben sollen, um Kranke zu heilen. Marc Bloch, aufgrund seines Berufs als Historiker, wo er hervorragende Arbeit leistete, sowohl ein intimer Kenner des französischen Mittelalters, als auch, wegen seiner Herkunft, vertraut mit der hebräischen Tradition, besaß die Genialität, die Verbindung der spirituellen Abstammung aufzuspüren, die die französische Monarchie mit Hilfe der Kirche zwischen den Königen Israels und denen Frankreichs herstellte – und das obwohl er selbst weit davon entfernt war, die Religion zu praktizieren. Die Statuen und die Kirchenfenster in den französischen Kathedralen legen Zeugnis dieser Verbindung ab. Ludwig IX., heiliggesprochen durch die Kirche, knüpfte an die Tradition König Davids an; welch ein Vorrang im Vergleich zu Karl dem Großen und selbst im Vergleich zu Kaiser Konstantin! Die Debatte zwischen Kaiser und König, wie auch immer die späteren Wendungen des Schicksals

fiziert meisterhaft die historischen Interpretationen der Vergangenheit, die gemäß den politischen Vorgängen der Gegenwart gemacht werden. Diese Seiten sind ein Hauptwerk wissenschaftlicher Arbeit – Zeller kannte die gesamte deutsche Geschichtsschreibung – und stellen eine sehr exakte Analyse dar. Er beweist darin, daß es unmöglich ist, die These von einem dauerhaften, quasi dem Wesen eigenen Gegensatz zwischen Königreich und Kaiserreich seit dem Tode Karls des Großen bis in die heutige Zeit aufrechtzuerhalten. Liest man ihn, so versteht man, wie sehr es notwendig ist, sich von der Aktualität des zwanzigsten Jahrhunderts freizumachen, wenn man hofft, das Mittelalter und auch die Epoche der absoluten Monarchien verstehen zu wollen³⁰.

Für die französische Beurteilung und Interpretation des Dritten Reiches auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau sollte man sich mit dem bekannten Germanisten Edmond Vermeil beschäftigen, der Generationen französischer Studenten zwischen den Kriegen an der Universität Straßburg, dann an der Sorbonne und später, nach 1945, durch seine Lehrtätigkeit wie durch sein Buch „Doctrinaires de la Révolution allemande, 1918–1938“, das 1938 in Paris erschien, geprägt hat³¹. Es ist seltsam, festzustellen, daß Vermeil, wenn er zu besagter Zeit die Grundlagen der Ideologie und die Praktiken des Nazi-Reiches analysiert, auf dieselben Themen stößt, die schon seit 1871 von den französischen Historikern zur Sprache gebracht worden waren: nämlich die Unterscheidung zwischen Deutschland und Preußen, zwischen der Einheit des katholischen Christentums und dem Germanismus des Luthertums mit allen politischen Folgen, die Unterscheidung zwischen Wien und Berlin, der unüberlegte Appell an die Vergangenheit angesichts einer unbestimmten Zukunft und schließlich die sogenannte natürliche und nicht zu unterdrückende Tendenz des Reiches in seiner preußisch-deutschen Konstitution, nach Expansion und Hegemonie zu streben. Vermeil sieht auch die Elemente, die neu und dem Nazismus eigen sind: ein „organisierter Romantizismus“ und eine „Mystik der Rasse“. Vermeil, der 1938 schrieb, wollte dennoch im Programm des Dritten Reiches zahlreiche Bezüge zur Vergangenheit sehen: Es stehe in der direkten Tradition des Pangermanismus, der wiederum ein mit dem Preußentum vermischter Germanismus sei, und der auf die doppelte preußische Tra-

Fortsetzung Fußnote von Seite 213

sein mochten, war dadurch für die Franzosen entscheidend gelöst. Siehe zur Problematik des „Reiches“ und des „Royaume“ auch das neu erschienene Buch von Jacques Krynen, *L'Empire du Roi, idées et croyances politiques en France* (Paris 1993).

³⁰ Auch wenn Gaston Zeller nicht ein einziges Mal den Namen Jacques Bainvilles nennt, kann man sich von der Vorstellung nicht losmachen, daß seine Artikel in der *Revue Historique* als wissenschaftliche Antwort auf das Werk „Histoire de deux peuples“, das der royalistische Schriftsteller 1915 veröffentlichte und das er im April 1933 in der „Histoire de deux peuples continuée jusqu'à Hitler“ aktualisierte, gelesen werden sollen. Deshalb glaube ich, daß man durch eine parallele Lektüre von Jacques Bainville und Gaston Zeller herausfinden kann, was die Intellektuellen Frankreichs über die Belastungen der Vergangenheit in den Beziehungen zu Deutschland – dem Reich und dem Königreich (inzwischen eine Republik) ein Jahr nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland dachten.

³¹ *Edmond Vermeil* war in den 20er Jahren Professor der Germanistik an der Universität Straßburg, dann in den 30er und 40er Jahren Professor an der Sorbonne. Er veröffentlichte 1926 in Paris „L'Empire allemand 1871–1900“ und 1938, ebenfalls in Paris, das bedeutende Werk „Doctrinaires de la Révolution allemande 1918–1938“.

dition des Deutschen Ordens und der Armee und auf die doppelte deutsche Tradition des Heiligen Reiches und der Hanse zurückgehe; der Pangermanismus sei auch eine Weiterführung des „religiösen Pangermanismus“, der seit dem 19. Jahrhundert aufgeblüht sei und eine nationale Religion anstrebe, mit dem Anspruch eines universellen Wertes. Der Antisemitismus sei der Kampf der deutschen Nation gegen den Supranationalismus, sei er christlich, liberal-kapitalistisch oder marxistisch. Um seine Interpretation des Dritten Reiches zu stützen, analysierte und zitierte Vermeil ausführlich Moeller van den Bruck³².

Nach 1945 wurden die Interpretationen Vermeils von den französischen Historikern und auch den Germanisten kritisiert, mitunter sogar heftig. Wie konnte z. B. der Anhänger Luthers, Pierre Chaunu, die Analyse der historischen Verantwortung, die Vermeil Luther zuschreibt, akzeptieren? Viele warfen Vermeil vor, nicht in der Lage gewesen zu sein, die schrecklichsten Seiten des Nazismus, besonders den gewalttätigen Rassismus, zu sehen, wenn er die Nazi-Ideologie praktisch mit der eines Moeller van den Brucks vereinigte und das Dritte Reich in eine lange historische Tradition einreihete. Wenn man sich die Interpretation der intellektuellen Elite Frankreichs ins Gedächtnis zurückrufen will, die sie am Vorabend des Zweiten Weltkriegs vom Dritten Reich entwickelt hatte, ist nichts aufschlußreicher als die Lektüre von Edmond Vermeil. Seine Bücher beinhalten die schriftliche Niederlegung der an der Sorbonne gehaltenen Vorlesungen des damals bedeutenden französischen Germanisten³³.

Es ist einleuchtend, daß durch die Prüfungen, denen Frankreich zwischen 1940 und 1944 von seiten des „Großdeutschen Reiches“ ausgesetzt war, die negative Beurteilung des Begriffes *Reich* bedeutend verstärkt wurde. Um meinen Gedankengang zu illustrieren, möchte ich hier nur an eine der für die Franzosen schmerzhaftesten Episoden des Zweiten Weltkriegs erinnern, ein Ereignis, das im nationalen Bewußtsein der Franzosen tief verankert geblieben ist: das Massaker an der Bevölkerung des Dorfes Oradour-sur-Glane (die Männer in den Scheunen, die Frauen und Kinder in der Kirche). Diese schreckliche Maßnahme vollzogen Männer der im Südwesten Frankreichs stationierten Panzerdivision der SS, die nach der Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944 den Befehl erhalten hatten, sich der Front zu nähern und dabei auf dem Weg Terroraktionen durchzuführen. Es ist verheerend für den Gebrauch des Begriffes in der Geschichte: Diese Division der SS trug den Namen „Das Reich“.

Bei dem Prozeß nach dem Krieg entdeckten die Franzosen, daß ein Teil der Mörder aus der SS-Panzerdivision „Das Reich“ junge Elsässer waren, die kurz vorher in die

³² Siehe Anm. 31, *Doctrinaires de la Révolution allemande*, 130–173.

³³ Ziemlich überraschend hat kürzlich ein junger französischer Germanist ein Buch veröffentlicht, in dem er, ohne es explizit zu benennen, die von Historikern und französischen Germanisten zwischen 1871 und 1939 entwickelten Thesen wieder aufnimmt: *Pierre Behar, Du Ier au IVème Reich, Permanence d'une Nation, Renaissances d'un Etat* (Paris 1990). Darin findet man insbesondere die Thesen Jacques Bainvilles über das jahrhundertelange Fortbestehen des „Limes“ und des Kampfes des „Königreiches“ gegen das „Reich“ sowie die Thesen Vermeils über Luther und den deutschen Nationalismus. Dieses Buch, das zur Geschichte des Reiches keinen bedeutenden Beitrag leistet, sagt viel aus über die Wahrnehmung des Begriffes vom Reich durch die Franzosen und über das Wiederaufleben des uralten Mythos' im politischen und psychologischen Kontext der Vorgänge des Jahres 1990.

Waffen-SS eingezogen worden waren. Diese Entdeckung löste eine der schwierigsten moralischen Krisen der Nachkriegszeit in Frankreich aus; der Begriff des „Reiches“ spielte dabei eine Rolle³⁴. Mit Sicherheit kann die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit seit dem Mittelalter nicht für die kriminelle Ausbeutung des Vokabulars und der Terminologie durch die Nazis verantwortlich gemacht werden. Dennoch läßt sich nicht vergessen, daß dieser Mißbrauch Spuren hinterlassen hat. Erlauben Sie mir als Franzosen, Ihnen als Deutschen zu sagen, daß Kanzler Adenauer und die anderen Gründer der Bundesrepublik einen ganz besonderen politischen Sinn bewiesen haben, als sie zur Bezeichnung des neuen deutschen Staates nach 1945 den Begriff Reich vermieden haben. Dieses einzige Wort hätte vielleicht alles das unmöglich gemacht, was sich glücklicherweise seit 1949 zum Wohle aller zwischen Deutschland und Frankreich entwickelt hat.

Als Beweis, und ich werde mit diesem Punkt enden, beziehe ich mich auf die wiederholten Stellungnahmen des Generals de Gaulle hinsichtlich des Reiches, vor 1914, zwischen den beiden Weltkriegen und noch im Jahre 1945. Zwar haben sich die Vorstellungen de Gaulles über die französische Deutschlandpolitik geändert, und das besonders zwischen 1945 und 1958; aber keinesfalls seine Ansichten über das *Reich*. Wenn man seine Schriften und Reden liest, kann man sich davon überzeugen, daß de Gaulle nicht grundsätzlich antideutsch eingestellt war; in seinen Adern floß übrigens deutsches Blut³⁵; aber er stand in grundlegender Opposition zum Reich. Der Begriff Reich war für ihn kein Synonym für den Begriff Staat; er war für ihn Träger einer Last unbestimmter Bedrohungen; für de Gaulle hatte das Unglück Deutschlands am 18. Januar 1871 begonnen und damit auch das Unglück Europas; der Fehler des Versailler Vertrages sei es gewesen, das Reich erhalten zu haben; für das Wohl Europas und das des deutschen Volkes selbst sei es notwendig, am Ende des Zweiten Weltkrieges das durchzuführen, was am Ende des Ersten versäumt worden sei: das Reich aufzulösen. Wenn man diese Idee im Hinterkopf hat, versteht man die Pläne, die de Gaulle 1945 hinsichtlich der Deutschlandfrage entwickelte, besser; sie zielten weniger auf die Teilung Deutschlands in souveräne Einzelstaaten ab als auf die Schaffung einer Konföderation, von der Preußen ausgeschlossen sein sollte. Deshalb akzeptierte er die Politik Stalins im Osten Deutschlands und das Verschwinden Preußens³⁶, nachdem er im Dezember 1944 vergeblich auf ein Zusammengehen von Frankreich und der Sowjet-

³⁴ Der Prozeß gegen die neun Deutschen und die zwölf Elsässer der Division „Das Reich“, die für den Tod von 642 Menschen der Zivilbevölkerung des Dorfes Oradour-sur-Glane am 10. Juni 1944 verantwortlich waren, fand 1953 in Bordeaux statt. Diese Affäre spielte eine nicht zu vernachlässigende Rolle in der Kampagne der öffentlichen Meinung in Frankreich gegen Pläne für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und bei ihrer Ablehnung durch die französische Nationalversammlung im Jahre 1954. Siehe *Hans Luther, Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und seine Bekämpfung* (Tübingen 1957) 63 ff. und 251–252; *Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa* (Stuttgart 1966).

³⁵ Siehe Anm. 16, *Pierre Maillard*, 17–18.

³⁶ Siehe Anm. 16, *ders.*, 86–90, zitiert mehrfach aus den Erklärungen de Gaulles zwischen 1945–1947, Erklärungen, die nicht gegen Deutschland als solches gerichtet sind, sondern gegen die historische Rolle Preußens und des Reiches: „Nous ne voulons plus jamais de Reich.“

union in den Deutschland betreffenden Angelegenheiten gehofft hatte. Ist eigentlich schon aufgefallen, daß de Gaulle, der soviel reiste, während seines ganzen Lebens niemals in Berlin gewesen ist?

Als de Gaulle im Jahre 1958 die politische Bühne wieder betrat, hatte sich die internationale Situation entscheidend entwickelt, die Konstruktion Europas war schon weit fortgeschritten, und de Gaulle als großer Realist hatte seine Ansichten grundlegend geändert. Beim Lesen der Protokolle der Gespräche zwischen Kanzler Adenauer und General de Gaulle, die einzusehen ich das Vorrecht hatte, habe ich mich auf jeden Fall davon überzeugen können, daß eine der Hauptbedingungen der tiefen Verständigung zwischen den beiden in der Überzeugung de Gaulles lag, mit der Bundesrepublik sei eine völlig neue deutsche politische Tradition gegründet worden, die nichts mehr mit dem Reich gemein hatte, und daß Adenauer von jeglichem Einfluß des Erbes Bismarcks frei war; sogar die Kritik an Stresemann, zu der sich der Kanzler einmal in Gegenwart des Generals hatte hinreißen lassen, konnte de Gaulle nur beruhigen: Adenauers Deutschland war ganz bestimmt nicht mehr das Reich³⁷.

Ich bin mir der Unzulänglichkeiten meines Vortrags bewußt und bitte, sie zu entschuldigen. Es gibt noch so viele andere französische Schriftsteller, die ich hätte erwähnen müssen. Dabei denke ich insbesondere an Charles Andler, den Vater der modernen französischen Germanistik. Er wurde 1866 in Straßburg geboren, und seine Familie optierte für Frankreich. 1897 habilitierte er über „*Les origines du socialisme d'Etat en Allemagne*“, und von 1901 an lehrte er an der Sorbonne. Er stand am Ausgangspunkt der großen Debatte zwischen den französischen Germanisten über das Vertrauen, das man in den deutschen Sozialismus und seine Beziehungen zum Reich haben könne. Ich denke an seinen Schüler Robert Minder, der am Collège de France unterrichtete und dessen Werk noch zu analysieren ist. Schließlich denke ich an André François-Poncet, von Hause aus Germanist und ein Kenner Deutschlands aus der Praxis. Er war von 1931–1938 Botschafter in Berlin, von 1949 bis 1955 Hochkommissar in Bonn und veröffentlichte zahlreiche Artikel, die es verdienen, untersucht zu werden³⁸.

Eine gewisse Kontinuität in der Wahrnehmung, die man in Frankreich von 1871 bis 1945 vom Deutschen Reich hatte, läßt sich, wie ich glaube, trotz der Abweichungen und Ausnahmen, herausstellen. Diese Wahrnehmung ist zweifellos niemals objektiv, weil sie immer von den Ereignissen geprägt ist. Dies ist zumindest auch ein historisches Faktum. Als ich die Vorbereitungen für diesen Vortrag abgeschlossen hatte, wurde mir klar, wieviel Forschungsarbeit zu diesem Thema noch zu leisten ist. Über die Bereicherung hinaus, die ich während dieses Kolloquiums durch die Überlegun-

³⁷ Die Korrespondenz *de Gaulles* deckt auf, daß er in den 20er Jahren sehr kritisch gegenüber der Politik Briands und Stresemanns eingestellt gewesen war. In einer Pressekonferenz am 16. Juni 1953 bezeichnete er die Verträge von Locarno noch als „Desaster“, siehe *Discours et Messages*, Bd. 2, 566.

³⁸ *André François-Poncet, De Versailles à Potsdam* (Paris 1948). Es wäre an der Zeit, eine Untersuchung über die Artikel, die André François-Poncet über die deutsche Frage vor seiner Ernennung zum Hochkommissar Frankreichs in Bonn von 1945 bis 1949 in „*Le Figaro*“ veröffentlicht hat, durchzuführen.

gen meiner Kollegen habe erfahren können, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es notwendig ist, über die Wahrnehmungsweise des Reiches durch die Franzosen noch gründlichere Untersuchungen anzustellen. Ich danke Klaus Hildebrand, daß er mir die Gelegenheit dazu gegeben hat.

Harold James

Deutschland und die deutsche Identität 1871–1945

Diesem Beitrag möchte ich im wesentlichen drei, vielleicht etwas verallgemeinernde Hypothesen voranschicken:

1. Die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik und die Möglichkeiten eines inneren Interessenausgleichs sowie die Möglichkeiten, auf internationaler Ebene Interessen zu formulieren und politisch zu vertreten, sind Ausdruck eines gewissen Etwas, das wir am besten mit dem Begriff „Identität“ beschreiben können. So kommen wir aber zur modernen Gretchen-Frage: Wie steht es mit der Identität?

2. Im internationalen Rahmen ist diese Identität wesentlich durch die Größe bzw. Kleinheit eines Landes bestimmt. Was bedeutet aber Größe? Die Kleinheit eines Kleinstaates oder die Größe eines Großstaates sind keine längerzeitigen Konstanten. Die Größe im internationalen System ist immer relativ, da sie von Beziehungen zu anderen Mitgliedern des internationalen Systems abhängig ist. Das Maß – vom System her betrachtet – ist eine Funktion des Ausmaßes der Integration des gesamten Systems.

Es gibt allerdings noch eine zweite Bedeutung des Begriffs „Größe“, die für die historische Betrachtung wichtig erscheint. Das 19. Jahrhundert im allgemeinen, aber besonders die deutschen Länder, beschäftigten sich fortwährend mit dem Gedanken der Größe: der persönlichen Größe, der politischen Größe, der staatlichen Größe. Es gab den Mythos Napoleons oder den Mythos Alexanders des Großen, der von Droysen liebevoll dargestellt, richtungsweisend für die deutsche neuzeitige Entwicklung sein sollte. Große Männer verkörpern den Weltgeist; große Mächte machen die Weltgeschichte, so könnte man die gängige Betrachtungsweise des 19. Jahrhunderts darstellen. Die deutsche Selbstbetrachtung, die selbstverständlich die Betrachtung des prägenden deutschen Historismus war, kreiste sowohl um das Leiden wie um die Größe des deutschen Volkes, suchte nicht zuletzt im Leiden die Größe des deutschen Volkes.

3. In dem internationalen Gesamtsystem mit der dieses charakterisierenden, andauernden gegenseitigen Betrachtung und Beurteilung von Groß- und Kleinstaaten sind folgende Phänomene von dem historischen Beobachter zu konstatieren:

- Kleine Staaten haben Angst, wenn sie den großen Nachbarn betrachten.
- Die großen Nachbarn haben manchmal Sorge und Angst, wenn sie sich selbst betrachten.

– Alle Staaten sollten Angst haben bei der Betrachtung eines Staates, dessen Bevölkerung vor sich selbst Angst hat und der keine stabile Identität und Möglichkeit zu Interessenbildung und Interessenvertretung hat. Gerade ein solcher Staat aber war das Deutsche Reich.

* * *

War das Deutsche Reich von 1871 Nationalstaat, Großmacht oder Weltmacht? Die Antwort auf eine solche Frage enthält den Schlüssel zur Lösung des Rätsels der zutiefst problematischen deutschen Identität. Die Diskussion dieser Tagung hat bedeutende Aufschlüsse zur Frage der Nationalstaatlichkeit des Reiches gegeben, aber die Frage nur begrenzt bejahen können. Zweifelsohne war es kein Nationalstaat im modernen Sinn, wie er zu dieser Zeit in England, Frankreich oder auch in Belgien, den Niederlanden und in Spanien bereits in seinen Grundzügen bestand. Innerhalb der deutschen Grenzen wohnten zu viele Nicht-Deutschsprachige: Franzosen, Polen, Dänen, usw. Und außerhalb der Grenzen des Reiches ertönte noch die deutsche Sprache unter anderen nicht nationalen Staatsordnungen: in der Eidgenossenschaft, im Zarenreich und in der Habsburger Doppelmonarchie. Diese Tatsache beeinflusste das Urteil der anderen Mächte: Gerade weil bei den Nachbarn vielfach das Urteil über den Staat „Deutsches Reich“ mit dem Urteil über das Benehmen Deutschsprachiger im eigenen Land untrennbar verbunden war, konnte man das Deutsche Reich nicht als normalstaatlichen Akteur im internationalen System betrachten.

Zweifelsohne war das Deutsche Reich auch keine Weltmacht, obwohl es spätestens seit den 90er Jahren eifrig bestrebt war, eine solche zu werden. Nach 1871 hatte Deutschland die Kleinstaaterei hinter sich gelassen: Es war also eine ganz normale Großmacht, geschaffen allerdings durch das Kalkül der bismarckschen Diplomatie.

Diese Diplomatie beruhte auf dem Prinzip des steten Wandels sowohl der Allianzen als auch der politischen Institutionen und Bindungen. So schrieb Bismarck bezeichnenderweise 1869 an den preußischen Kriegsminister Albrecht von Roon: „Sie werden doch zugeben, daß wir beide und unser allergnädigster Herr geborene Norddeutsche sind, während vor etwa 170 Jahren unsre Vorfahren sich im höheren Interesse ruhig gefallen ließen, den glorreichen Namen der Brandenburger gegen den damals ziemlich verschollenen der Preußen zu vertauschen, ohne Preußen zu sein.“¹ 1871 waren auf einmal Bismarck und der Kriegsminister nicht mehr Norddeutsche, sondern schlicht Deutsche.

Es war eine zwanghafte neue Staatsidentität geschaffen worden – aus Zwängen des realpolitischen Kalküls, der militärischen Lage und nicht zuletzt der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1871 hatte eine Logik, nicht nur die des Schutz- und Trutz-Bündnisses, sondern auch der durch den Zollverein erweckten wirtschaftlichen Dynamik. Bismarck liebte es, die „materiellen Kräfte“ im Lauf der Geschichte zu beschwören. Damit stand er keineswegs allein: In der realpolitisch denkenden Zeit der 1860er Jahre war dies die gängige und zwingende Argumen-

¹ *Hans Rothfels* (Hrsg.), *Bismarck Briefe* (Göttingen 1954) 345.

tation. So schrieb 1869 der Vater der Realpolitik, August Ludwig Rochau: „Die deutsche Einheit ist keineswegs eine Sache des Herzensdranges der Nation... Die Einheit ist für die Deutschen im Grunde genommen eine reine Geschäftssache, bei welcher niemand einbüßen, jedermann hingegen so viel wie irgend möglich für sich heraus schlagen will.“²

Wie stabil war die neue deutsche staatliche Ordnung? Mit dem Blick auf die ersten 25 Jahre könnte man die These vertreten, daß die bismarcksche Realpolitik eine stabile Einheit in der Mitte Europas gestaltet habe, die für mehr als eine Generation den Frieden auf dem Kontinent sicherte. In Wirklichkeit erscheint die internationale Arena des zu Ende gehenden 19. Jahrhunderts von heute aus höchst instabil. Bismarck hatte den neuen deutschen Staat in eine internationale Ordnung eingebunden, die mindestens ebenso vergänglich war wie das System, mit dem Metternich die internationale Restauration mit dem Deutschen Bund verknüpft hatte. Nach 1871 bildete Deutschland den Teil eines Systems, das aus fünfeinhalb Großmächten bestand: Britannien, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, dazu das zerbröckelnde Ottomanische Reich. Österreich, Rußland und das Ottomanische Reich waren echte multinationale Reiche. Das Prinzip der Nationalität bedrohte sie; aber jeder Beobachter konnte damit rechnen, daß es im Falle ihres Zusammenbruchs zu einer größeren territorialen Neuordnung Mittel- und Osteuropas kommen würde. Eine solche Revision, die um die Jahrhundertwende immer wahrscheinlicher wurde, würde Deutschland vielleicht neue Möglichkeiten eröffnen. Könnte es seinen Einfluß nicht auf die Gebiete der Handelsniederlassungen deutscher Sprache ausweiten, die über Süd- und Osteuropa verstreut waren und bis zur Wolga reichten? Könnte es nicht soeben erwachende Verbraucheransprüche – und die reichen Rohstoffquellen des Ostens – umfassen?

Deutsche Hoffnungen, die machtpolitischen Möglichkeiten auszunutzen, die sich durch den Zusammenbruch der Übereinkommen nach dem Krimkrieg und nach 1871 boten, beruhten auf einer Ausbreitung des Nationalitätenprinzips. Auf der anderen Seite würde die Anwendung dieser Theorie auf das Deutsche Reich selbst ebenfalls seine Zerstörung bedeuten, da Deutschland, anders als Frankreich oder Britannien, die Ziele und Träume eines Nationalstaates nur sehr partiell verwirklicht hatte. Seine Bündnisse litten unter diesem Problem. 1879 schloß Deutschland einen Vertrag mit Österreich und geriet danach in wachsende Abhängigkeit von der äußerst heterogenen Habsburger-Monarchie als dem einzigen verlässlichen Partner.

In dem Augenblick, als die europäische Landkarte durcheinandergeriet, tauchten weitere politische Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten auf. Die wachsende diplomatische Instabilität und die Entwicklung der parlamentarischen Politik nach 1890 und 1900 weckten bei vielen Deutschen neue Hoffnungen und Erwartungen – die weit über die begrenzten Möglichkeiten hinausgingen, die deutschen Staatsmännern tatsächlich zur Verfügung standen.

Bis zur Jahrhundertwende waren zwei neue Arten eines deutschen Nationalismus als Alternativen zu der um die Jahrhundertmitte herausgebildeten Tradition des wirt-

² Ludwig August von Rochau, Grundsätze der Realpolitik, Bd.II (Heidelberg 1869) 26–7.

schaftlichen Nationalismus und der Wirtschaftsnation aufgetaucht. Erstens war da der Angriff derjenigen, die, wie Richard Wagner oder Friedrich Nietzsche, glaubten, daß wirtschaftlicher Nationalismus eine oberflächlich betrachtete und abartige Perversion der Vorstellung von „Kulturstaat“ sei. Zweitens hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Logik der wirtschaftlichen Entwicklung viele zu dem Schluß kommen lassen, daß der Nationalstaat nicht mehr der geeignete Rahmen sei, in dem jene Entwicklung stattfinden könne.

Wirtschaftliches Denken brachte eine andere Form der Kritik am Wilhelminischen Staat hervor. Was zu einer typisch deutschen Sehweise nationaler Identität geworden war, wurde nun auf eine Lehre über die Logik der politischen Entmachtung der ganzen Welt übertragen.

Die unerbittlichen ökonomischen Gesetze des späten 19. Jahrhunderts, so der Gedankengang, führten nämlich vom Nationalstaat weg. Die Suche nach Märkten und Rohstoffen bedeutete eine ständige Erweiterung der Wirtschaftswelt. Außerdem brachte die Wirtschaftskonzentration solche Vorteile im Wettbewerb um Märkte, daß nur die größten Einheiten überleben konnten. Die Welt würde in drei oder vier große Reiche aufgeteilt.

Nationen, die miteinander um die Macht rangen, und konkurrierende Firmen entsprachen einander genau. In den drei Jahrzehnten vor 1914 hatte die Kartellierung und die Bildung großer vertikaler Konzerne viele mittelgroße Firmen in Deutschland beseitigt. Würde nicht der gleiche Prozeß auf der Ebene der internationalen Politik stattfinden?

Die Theorie der Weltstaaten wurde von einer Gruppe sehr einflußreicher Historiker aufgestellt: Hans Delbrück, Max Lenz, Erich Marcks, Otto Hintze, Hermann Oncken. Sie legten moralische Gründe wie auch eine ökonomisch-logische Erklärung vor. Der Kolonialismus würde einen neuen, besseren Schlag von Deutschen erzeugen.

Nach der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch der Monarchie stellte sich 1918/19 die entscheidende Frage erneut: Sollte Deutschland nun Großmacht sein, wie es die Repräsentanten des Kaiserreichs haben wollten, was unter den Bedingungen des frühen 20. Jahrhunderts dann Weltmacht bedeuten würde; oder sollte das Reich auf den Status einer zweitrangigen Macht zurückfallen und damit bloßes Objekt der Politik anderer Mächte werden?

Da viele deutsche Hoffnungen durch den aus deutscher Sicht mißglückten Kriegsausgang enttäuscht wurden, war der Hinweis der zuständigen Politiker auf die Unmöglichkeit der Erfüllung aller Hoffnungen als Folge eines höchst ungünstigen außenpolitischen Rahmens in gewisser Weise verständlich. Dieser Rahmen hätte aber entlastend für die neue Demokratie sein können, genau wie nach 1948 der außenpolitische Rahmen der Besatzung und dann des Kalten Krieges sich günstig auf die politische Stabilität der Bundesrepublik auswirkte. Aber eine solche Sichtweise kann nur die eines kleinen Staates sein und läßt sich nicht mit dem Staatsgedanken einer Großmacht vereinbaren.

Nationalismus bot gerade denen, die die Republik zerstören wollten, ein wirksames Instrument. Er hob alles hervor, was die Republik nicht sein konnte: ein kulturell homogener Staat, eine blühende Volkswirtschaft, eine Großmacht in der internationalen

Arena. Allgemeiner ausgedrückt, behaupteten die Nationalisten, daß die aus der militärischen Niederlage geborene Republik niemals die wahren Gefühle des deutschen Volkes widerspiegeln könne. Die Anliegen und Interessen der wahren Nation waren den Deutschen ausgetrieben worden. Eine ganz ähnliche Unterscheidung hatte man im 19. Jahrhundert in Frankreich zwischen dem *pays légal* (Frankreichs offiziellen Institutionen) und dem *pays réel* (dem wahren Frankreich) gemacht. Das Volk verfügte über eine „höhere Wirklichkeit“ als papierne Institutionen. Im Deutschland der zwanziger Jahre glaubte die Rechte, daß Verfassung und Volk uneins miteinander seien. Als der Schriftsteller Hans Fallada einen Bauernprotest gegen die Republik schilderte, ließ er die Demonstranten das Deutschlandlied von Hoffmann von Fallersleben singen.

Die Republikaner reagierten mit dem Versuch, ihre eigene nationale Symbolik, eine republikanische, zu schaffen. Sie taten ihr Bestes, Deutschland wieder in den Rang einer Großmacht zu erheben, und gleichzeitig versuchten sie, ausreichenden Wohlstand zu erzeugen, um die verschiedenen Wählergruppen des deutschen Staates zufriedenzustellen. Das führte zu einem der hartnäckigsten Probleme der Weimarer Republik: zur Interpretation von Politik und nationalem Interesse im Sinne von Sonderinteressen. Freilich war auch dies eines der vielen schädlichen Vermächnisse des Kaiserreichs für den neuen Staat.

Unter den richtigen Umständen konnten widerstreitende Interessen zusammengeführt und ausgesöhnt werden. „Richtige Umstände“ bedeuteten in erster Linie eine vernünftige Wachstumsrate der Wirtschaft: mindestens die 2,7 Prozent, die das Kaiserreich erreicht hatte. Aber das hatte die Weimarer Republik nicht, und wirtschaftliche Umwälzungen machten den Interessenausgleich noch schwerer: die traumatische Nachkriegsinflation von 1923, eine Währungsstabilisierung, verbunden mit Rezession und hoher Arbeitslosigkeit 1923/24, eine neuerliche Rezession 1925, Aufschwung bis 1929 und dann tiefe Depression. Ausgehend von den Haltungen, die sich schon vor 1914 herauskristallisiert hatten, setzte eine Reaktion ein. Eine aggressiv nationalistische Bewegung legte eine Doktrin vor, die behauptete, Klassenschranken und materielle Gegensätze zu überwinden. Weimar scheint bestens zu illustrieren, wie die „ökonomische Idee der Nation“ zerstört wird, sobald die Wirtschaft ins Stolpern gerät.

Weimar konnte viele Fragen der Innenpolitik und der Verteilung nur dadurch lösen, daß es auf seine beschränkte Souveränität verwies. Wenn die politische Mitte und Rechte 1919 Gründe gegen die Verstaatlichung anführen wollten, erklärten sie, daß das eine Gefahr für die Reparationspolitik wäre. Als der Großindustrielle Hugo Stinnes den Achtstundentag abschaffen wollte, dachte er, die Alliierten könnten darauf bestehen. Als Brüning den Haushalt ausgleichen mußte, erklärte er, daß dies im Grunde wegen der Reparationen sein müsse.

Die Begrenzung der deutschen Souveränität war also von zentraler Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems von Weimar. Wenn es keinen Ausländer zu beschuldigen gab, liefen die inneren Konflikte Gefahr, unlösbar zu werden. Auch aus diesem Grund besteht eine Verbindung zwischen dem großen deutschen außenpolitischen Erfolg in Lausanne und der instabilen und rapide schlechter werdenden innenpolitischen Situation Ende 1932 und Anfang 1933.

Das Dilemma der Weimarer Politik könnte so ausgedrückt werden: Es war wichtig, jemanden zu haben, dem man die Schuld zuschieben konnte – vorzugsweise einem Ausländer. Es war auch wichtig, den deutschen Großmachtstatus geltend zu machen – auch das bedeutete, Ausländern nicht zu gestatten, sich einzumischen. Wie konnte man in diesem Fall Ausländern die Schuld zuschieben? Der Gedanke von der großen Nation zusammen mit der Geschichte der wirtschaftlichen Stärke des 19. Jahrhunderts machte es schwierig, mit den Realitäten des vergangenen Wohlstands und dem Trauma einer Nation, die nicht mehr groß war, zu leben. Es bestand eine Gefahr, daß das gesammelte politische Gift der Deutschen sich inneren Zielen zuwenden würde – den sozial Schwächeren, den Minderheiten und besonders den Juden. 1919 und 1924 waren teilweise Triumphe für die Souveränität und Großmachtprinzipien; aber erst mit dem Ende der Reparationen 1932 verschwanden die fremden Ketten ganz, und mit ihnen verschwand der beschränkende und stabilisierende Faktor in der deutschen Politik.

Unter Hitler wollte Deutschland wieder Großmacht sein, und zwar mit nicht nur gesamteuropäischen Ambitionen, sondern auch – wie Klaus Hildebrand ausführlich belegt hat – mit dem Anspruch auf Weltherrschaft³. Erst mit dem totalen militärischen Zusammenbruch 1945, der offensichtlichen Zerschlagung des europäischen Wirtschaftsraums und vor allem dem Aufstieg der Supermächte, wurde klar, daß Deutschland wohl doch keine Großmacht war.

Worin bestand diese insgesamt destruktive Vision des „Großmacht-Sein-Wollens“, und auf welcher Basis beruhte sie? Wie sahen die Deutschen ihren Staat; gibt es Parallelen zu historischen Entwicklungen außerhalb Deutschlands? Die Antworten auf diese Fragen können meines Erachtens nur geisteswissenschaftlich erklärt werden. Für die kulturgesättigten Machteliten war der Gedanke eines nur von wirtschaftlichen und diplomatischen Notwendigkeiten vorangetriebenen Staates höchst unbequem. Die Bürger suchten im Staat ein höheres Ziel, forderten einen Staat, der sich mit diesem Kulturanspruch, wie Thomas Mann ihn in den *Betrachtungen eines Unpolitischen* beschrieb, von dem auf Zweckrationalität und engstirnigem wirtschaftlichen Kalkül beruhenden westlichen Demokratien abhob.

Diese Tendenz ist freilich keine spezifisch deutsche: Sie ergriff nicht nur das kaiserliche Deutschland. Die neuen Großmächte im späten 19. Jahrhundert, die keine traditionellen Nationalstaaten wie Frankreich oder Großbritannien waren, stellten sich als Ersatz für das Nicht-Nation-Sein die Aufgabe, eine weltgeschichtliche Mission zu haben, die mit hoch-moralischem Inhalt erfüllt sein sollte.

Kleine Staaten brauchen keine anspruchsvollen Ideologien zu entwickeln, um die Beschränkungen zu erklären, denen ihre Politik und die diese ausführenden Politiker ausgesetzt sind. Man kann einfach auf das gefährliche außenpolitische Umfeld und auf die begrenzten Möglichkeiten des eigenen Handelns hinweisen. Auch Nationalstaaten mit alten und ehrwürdigen Traditionen sind stark genug, Enttäuschungen und selbst Niederlagen zu verkraften. Großmächte dagegen können Hindernisse und geschei-

³ Klaus Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich: Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945* (München 1969) 83.

terte Machtansprüche nur schwer hinnehmen und ihre eigene Begrenztheit ihrem politischen Publikum erklären.

Die bedeutendsten Beispiele von Staaten, die in ihrer Politik nicht die kleinstaatliche Ausrede haben konnten, sind die USA, Japan und Deutschland. Im amerikanischen Fall waren der Drang nach einer Mission und die Überzeugung von der eigenen historischen Sendung sehr stark entwickelt und führten leicht zu einer Überheblichkeit oder im Falle Woodrow Wilsons zu einer moralisierenden Vereinfachung politischer Probleme⁴. Da aber diese historische Mission mit den universellen Werten des 18. Jahrhunderts, wie sie in der amerikanischen Verfassung verankert sind, verbunden war, führte diese nicht zu den katastrophalen Konflikten, die mit der Verwirklichung von Großmachtmissionen anderer Länder entstanden waren.

Japan war am Ende des 19. Jahrhunderts ein neuer Staat, institutionell neu entstanden nach dem Einwirken einer feindlichen Macht, und hatte wie Deutschland ein hohes militärisches und wirtschaftliches Aufholbedürfnis. Das Japan der Meiji-Restauration sah im kaiserlichen Deutschland ein sehr attraktives Modell⁵. (Die japanische Verehrung wurde auf deutscher Seite kaum entsprechend erwidert. Wilhelm II. gab sogar Zar Nikolaus ein Wandgemälde mit dem Thema der „Gelben Gefahr“.)

Die japanischen Universitäten und die neue Armee entstanden nach deutschem bzw. preußischem Vorbild. Die Gemeindeordnung (*chihō jichi*), die in den 80er Jahren eingeführt wurde, beruhte auf einer Nachahmung der Steinschen Selbstverwaltung (*jichi* ist die japanische Übersetzung von Selbstverwaltung). Das neue „Bürgerliche Gesetzbuch“ (1898) entsprach dem deutschen Modell. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts argumentierte die japanische Regierung z. B. folgendermaßen: „Da der Deutsche Kaiser alle möglichen Mittel zur Unterdrückung des Sozialismus benutzt, sollten wir das gleiche tun.“ Vor allem suchte das neue Japan eine Ideologie, die zur Legitimierung des Staatswesens dienen konnte. Der Vater der japanischen Verfassung, Ito Hirobumi, sah im göttlichen-kaiserlichen Haus, so wie im deutschen Fall in der Hohenzollern-Dynastie, den „Grundpfahl der Nation“.

In einer Großmacht, die kein Nationalstaat ist, spielt die Ideologie eine notwendige Rolle bei der Selbstbetrachtung und Selbstdarstellung der Machthaber. Ein Nationalstaat darf Interessen haben; Bismarck glaubte, daß die Hohenzollern-Dynastie ebenso Interessen besitzen könne. Aber in der Zeit nach Bismarck änderte sich die Lage. Das wilhelminische Kaiserreich wollte moderner sein, wollte sich der neuen Stimmung anpassen. Im wilhelminischen Zeitalter, wie auch später im hitlerischen Weltbild, mußte Deutschland nicht so sehr Interessen, sondern vielmehr Ideale vertreten. Weltpolitik war mehr berauschendes Herrschaftsdenken als nüchtern ausgedachte Politik.

Ein Teil der Faszination Hitlers bestand darin, daß er für seine Zeitgenossen gerade

⁴ Siehe *Richard Hofstadter*, *The American Political Tradition* (New York 1951); *Samuel Huntington*, *American Politics and the Promise of Disharmony* (Cambridge Mass. 1981) 240 f.: „In the eyes of Americans, not only should their foreign-policy institutions be structured and function so as to reflect liberal values, but American foreign policy should also be substantially directed to the promotion of those values in the external environment.“

⁵ Siehe zu diesem Thema vor allem *Carol Gluck*, *Japan's Modern Myths: Ideology in the Late Meiji Period* (Princeton 1985).

kein „Politiker“ war, der den Richtlinien der Interessen folgte. Der rassistische Philosoph Houston Stewart Chamberlain beschrieb in seinen alten Tagen den jungen Hitler als „Gegenteil von einem Politiker“. Als Außenpolitiker folgte Hitler nicht nur taktischen Erwägungen, sondern auch tief verwurzeltem Glauben und Trieben. Hildebrand spricht richtig von einer „dogmatisch gestützten Machtpolitik“: „Nicht das der bürgerlichen Leistungsethik entspringende Parameter des meßbaren Erfolges, sondern der weltanschaulich vorgegebene Glaube an die höhere Geburt dominierte und verhinderte eine angemessene Besetzung der entscheidenden Positionen.“⁶

Es ist kaum notwendig, an dieser Stelle zu beschreiben, *wie* sich diese Vision auf die deutsche Außenpolitik ausgewirkt hat und wie diese Politik das machtpolitische Gleichgewicht gefährdet hat. Eine längerfristige und stabile weltpolitische Ordnung läßt sich nämlich wesentlich leichter auf der Grundlage eines Interessenausgleichs als auf der Basis eines Kampfes der Ideologien aufbauen. In einer Zeit, in der nun der Kampf der Ideologien abgeklungen ist, kann man diese Tatsache durchaus als Trost empfinden.

⁶ Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1933–1945: Kalkül oder Dogma?* (Stuttgart 1980) 139.

Personenregister

angefertigt von Knut Linsel

- Adenauer, Konrad 153, 216f.
Aigner, Dietrich 175
Albert I., König der Belgier 37
Alexander II., russischer Zar 183f.
Alexander der Große 219
Alvensleben, Gustav von 72
Amiel, Henri-Frédéric 4
Andler, Charles 217
Andrassy, Julius Graf 18
Andreotti, Giulio 107
Arminius, Cheruskerfürst 211
Arndt, Ernst Moritz 28
Asquith, Herbert Henry 166
- Badeni, Kasimir Felix Graf 20f.
Bächtold, Hermann 8
Baernreither, Joseph Maria 22
Bainville, Jacques 211f.
Bake, Rudolf Willem Johan Cornelis 32
Baker, James 141
Bakunin, Michail 182
Bauer, Otto 23
Bauer, Wilhelm 22
Beaulieu, Alcindor Baron de 34
Bebel, August 7
Bech, Joseph 41
Becker, Nikolaus 33
Beethoven, Ludwig van 11
Below, Georg von 8
Benesch, Eduard 94f., 97f., 100, 104f.
Beran, Rudolf 103
Bergen, Carl von 49f.
Bernstein, Eduard 5
Bethmann Hollweg, Theobald von 38
Beust, Friedrich Ferdinand Graf von 17ff.
Beyen, Hendrik Johan Rudolf 33
Biegeleben, Ludwig von 17
Binder von Kriegelstein, Franz Freiherr von 2
Bismarck, Otto Fürst von 5, 7, 15ff., 20, 24,
30ff., 34–37, 49ff., 72f., 76, 88f., 91, 110–
113, 123f., 126, 128, 136, 144f., 147, 152,
159, 164, 169f., 174, 184f., 201, 209f., 217,
220f., 225
- Björn, Gösta 55
Bley, Fritz 32
Bloch, Marc 213
Boch, Wilhelmine 35
Böök, Fredrik 57
Brahms, Johannes 8
Branting, Hjalmar 56
Brauner, Eliza 137
Brehm, Alfred 55
Bruck, Karl Ludwig Freiherr von 16
Brüning, Heinrich 223
Bührle, Emil G. 6
Bülow, Bernhard Fürst von 37, 124, 167,
170f.
Bülow, Bernhard Ernst von 52
Bunsen, Christian Karl Josias Freiherr von
208
Burckhardt, Jacob 3, 7, 15
- Cadogan, Sir Alexander 176
Čapek, Karel 102
Carlsson, Sten 54
Carol I., König von Rumänien 125
Carsten, Francis Ludwig 166
Cassel, Sir Ernest Joseph 172
Cavour, Camillo Graf Benso di 109, 111f.
Chamberlain, Arthur Neville 176
Chamberlain, Houston Stewart 226
Chamberlain, Sir Joseph Austen 174
Charlotte, Großherzogin von Luxemburg 41
Chaunu, Pierre 215
Churchill, Winston Spencer 166, 168, 172,
175
Chvalkovský, František 103
Ciano, Galeazzo Graf 118f.
Clemenceau, Georges 151, 204
Codreanu, Corneliu Zelea 137f.
Coolidge, Calvin 154
Courts-Mahler, Hedwig 55
Crispi, Francesco 110, 112
Crowe, Eyre 171
Cuza, A.C. 137
Czernin, Ottokar Graf 22

- Dagermann, Stig 50, 63–67
 D'Annunzio, Gabriele 40
 Danton, Georges Jacques 49
 Déak, Ferenc 15
 Dechamps, Victor 36
 Degrelle, Léon 44
 Delbrück, Hans 131, 189, 222
 Derby, Edward Henry Stanley, 15th Earl of 170
 Diderot, Denis 49
 Diederichs, Eugen 92
 Disraeli, Benjamin, 1st Earl of Beaconsfield 164, 168
 Dmowski, Roman 75
 Dollfuß, Engelbert 23 f.
 Dostojewski, Fjodor 64, 184
 Droysen, Johann Gustav 219
- Ebert, Friedrich 198
 Eden, Robert Anthony 167
 Eduard VII., König von Großbritannien und Irland 161, 171 f.
 Eicke, Theodor 60 f.
 Eim, Gustav 89
 Einstein, Albert 6
 Eisenstein, Sergej Michajlowitsch 200
 Eliáš, Alois 104
 Eliot, George 169
 Elvander, Nils 53
 Engels, Friedrich 7, 71
 Eötvös, József Freiherr von 15, 20
 Ernst Günther zu Schleswig-Holstein 130
 Esher, Reginald Baliol Brett, 2nd Viscount 171
- Falkenhausen, Alexander Freiherr von 44
 Fallada, Hans 99, 223
 Feldman, Wilhelm 76
 Felice, Renzo de 117
 Ferdinand I., Fürst von Bulgarien [Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha-Koháry] 126, 128, 130
 Ferdinand II., Kaiser 1
 Fichte, Johann Gottlieb 62
 Fish, Hamilton 144
 François-Poncet, André 217
 Frank, Josip 23
 Frantz, Constantin 32
 Franz I., König von Frankreich 206, 213
 Franz Ferdinand, Erzherzog, österreichischer Thronfolger 22 f., 93
 Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 19 f., 22, 90
 Friedrich I. Barbarossa, Kaiser 127
- Friedrich II., der Große, König von Preußen 51, 145, 147, 174, 187 f.
 Friedrich III., Deutscher Kaiser 169
 Friedrich Karl, Prinz von Preußen 183
 Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, von Brandenburg 51
 Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 208
 Frisch, Max 11
 Froelicher, Hans 10
- Ganghofer, Ludwig 60
 Garibaldi, Giuseppe 110, 116
 Garvin, James Louis 170
 Gaulle, Charles André Joseph Marie de 209, 212, 216 f.
 Gebtsattel, Ludwig Freiherr von 93, 95 f.
 Geikie, Archibald 166
 Georg II., König von Griechenland 135 f.
 George, Stefan 60
 Gerlach, Ernst Ludwig von 31
 Giesebrecht, Wilhelm von 208
 Giolitti, Giovanni 114, 117
 Giraud, Charles 208
 Gladstone, William Ewart 168 f.
 Glaise von Horstenau, Edmund 22 f.
 Goebbels, Joseph 45, 136, 167
 Gömbös von Jákfa, Gyula 135
 Göring, Hermann 45, 62
 Goethe, Johann Wolfgang von 11, 99, 185
 Götze, Ferdinand 64
 Gollancz, Victor 65
 Gontscharow, Iwan Alexandrowitsch 181 f.
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 141
 Grandi di Mordano, Dino Graf 117, 119
 Grant, Ulysses Simson 142, 145
 Granzow, Brigitte 166
 Grillparzer, Franz 16 f.
 Groen von Prinsterer, Guillaume 31
 Guariglia, Raffaele 118
 Gustav V., König von Schweden 54
- Haffner, Sebastian 175
 Hamilton, Lord George Francis 170
 Hammer, Bernhard 5
 Hansemann, David 35
 Hauptmann, Carl 6
 Hauptmann, Gerhart 6, 99
 Hedin, Sven 57
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 30, 62, 71
 Heine, Heinrich 185
 Heinrich von Mecklenburg-Schwerin, Herzog [Prinzgemahl der niederländischen Königin Wilhelmina] 33

- Hennock, Peter 165
 Herder, Johann Gottfried 29, 181
 Herzen, Alexander 182
 Hess, Heinrich 17
 Hesse, Hermann 99
 Hildebrand, Klaus 203, 218, 224, 226
 Hindenburg, Paul von Beneckendorff und
 von 93, 151, 154
 Hintze, Otto 222
 Hintze, Paul von 151
 Hirobumi, Ito 225
 Hitler, Adolf 43 ff., 47, 57, 62 f., 70, 79, 81,
 100, 102, 105, 118, 123, 134–138, 155–159,
 166 ff., 172, 175 f., 179, 181, 197 f., 201, 212,
 224 ff.
 Hlinka, Andrej 99, 101
 Hodža, Milan 92 f.
 Hölderlin, Friedrich 11, 60
 Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich
 223
 Hofmann, Arthur 9
 Hofmannsthal, Hugo von 22
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu
 90
 Hohenwart, Carl Sigmund Graf 19
 House, Edward Mandell (Colonel) 149
 Huch, Ricarda 5 f.
 Hugenberg, Alfred 7, 45
 Hugo, Victor 49
 Hull, Cordell 156
 Humboldt, Alexander von 127
 Humboldt, Wilhelm von 145
 Hus, Jan 87

 Innitzer, Theodor 23
 Iswolski, Alexander Petrowitsch 188, 190

 Jaspas, Henri 43
 Jefferson, Thomas 156
 Joffe, Adolf Abramowitsch 195
 Johansson, Alf W. 57, 63

 Kafka, Franz 64 f.
 Kaizl, Josef 90
 Kant, Immanuel 179, 188, 207
 Karaskakis, Sizza 136
 Karl I., Kaiser von Österreich 22, 96
 Karl V., Kaiser 1, 203, 206
 Karl XV., König von Schweden 50
 Karl der Große, Kaiser 210 f., 213 f.
 Katharina II., russische Zarin 189
 Katkow, Michail Nikiforowitsch 185, 187
 Kellermann, Bernhard 99
 Kellogg, Frank Billings 154

 Kettenacker, Lothar 174
 Keynes, John Maynard 212
 Kieser, Rolf 166
 Kirejewskij, Iwan Wassiljewitsch 182
 Kjellén, Rudolf 55
 Klages, Ludwig 58 f.
 Kogálniceanu, Mihail 127 f.
 Kohl, Helmut 141
 Konica, Faik Bej 131
 Korlén, Gustav 54, 63
 Korsch, Evgenij Fjodorowitsch 185
 Kramář, Karel 96, 98
 Kraus, Karl 23
 Kristóffy, József 23
 Kruczkowski, Leon 81
 Krzyzanowsky, Heinrich 73
 Kwiatkowski, Eugen 78
 Kyper, Abraham 34

 Lagercrantz, Olof 66
 Lammasch, Heinrich 22
 Lamprecht, Karl 39
 Lansdowne, Henry Charles Keith Petty-Fitz-
 maurice, 5th Marquess of 163
 Lanza, Giovanni 109 f.
 Lascelles, Sir Frank Cavendish 163
 Launay, Graf Edoardo de 113
 Lawaty, Andreas 72
 Ledochowski, Mieczyslaw Halka Graf von 36
 Lenin (d.i. Wladimir Iljitsch Uljanow) 194 ff.
 Lenz, Max 222
 Leopold II., König der Belgier 37
 Leopold III., König der Belgier 43
 Lessing, Gotthold Ephraim 179, 188
 Leyden, Kasimir Graf von 53
 Lichnowsky, Karl Max Fürst von 89
 Lindberg, Anders 53
 Lindberg, Folke 54
 Litwinow (eigentl. Maxim Maximowitsch Wal-
 lach) 198
 Lloyd George, David 165, 172 ff.
 Lockyer, Norman 166
 Ludendorff, Erich 151
 Ludwig XIV., König von Frankreich 1, 212 f.
 Luther, Martin 51, 215
 Luxemburg, Rosa 6
 Lytton Bulwer, Henry 169

 Mahan, Alfred Thayer 147, 156
 Malmberg, Bertil 50, 58–64, 67
 Mander, John 160
 Mann, Heinrich 101
 Mann, Thomas 101, 224
 Marcks, Erich 10, 222

- Maria Adelheid, Großherzogin von Luxemburg 41
 Marie Valerie, Tochter Kaiser Franz Josephs II. 20
 Marković, Lazar 133
 Masaryk, Tomáš Garrigue 92, 94–98, 131
 Matejko, Jan 74
 Max, Prinz von Baden 151
 Mayrisch, Emil 41
 Mazzini, Giuseppe 110, 116
 Merode, Cléo de 37
 Metaxas, Ioannis 135 f.
 Metternich, Klemens Wenzel Nepomuk Lot-
 har Fürst von 2, 16, 24, 221
 Meyer, Conrad Ferdinand 3, 60
 Michailowski, Nikolai Konstantinowitsch 185
 Michelet, Jules 205
 Michels, Robert 109
 Minder, Robert 217
 Mitrofanov, Pavel 189 f.
 Mitrović, Andrej 134
 Mitterrand, François 141
 Moeller van den Bruck, Arthur 215
 Mohl, Robert von 32
 Molière [eigentl. Jean-Baptiste Poquelin] 49
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (Skrjabin) 199 ff.
 Moltke, Helmuth Karl Bernhard Graf von [d.Ä.] 7, 17, 183
 Mommsen, Wolfgang Justin 162
 Monod, Gustave 206
 Montaigne, Michel Eyquem de 49
 Monticone, Alberto 116, 120
 Mozart, Wolfgang Amadeus 11
 Müller, Hermann 100
 Münzenberg, Willi 7
 Musil, Robert 23
 Mussert, Anton Adriaan 45
 Mussolini, Benito 117 ff., 138

 Näf, Werner 10
 Napoleon I., Kaiser der Franzosen 1, 203, 206, 208, 210 f., 219
 Napoleon III., Kaiser der Franzosen 17, 31, 34 ff., 109–112, 144, 186, 204, 208, 211
 Naumann, Friedrich 21, 94, 129
 Nenadovic, Ljubomir P. 130
 Neurath, Konstantin Freiherr von 117
 Nicolson, Sir Harold George 175
 Nietzsche, Friedrich 222
 Nikolaus II., russischer Zar 190, 225
 Norman, Torbjörn 57, 63
 Noske, Gustav 59
 Nothomb, Jean Baptiste 35, 40

 Oncken, Hermann 222
 Oscar II., König von Schweden und Norwegen 50–53, 67
 Ossietzky, Carl von 61
 Otto IV., Kaiser 211

 Page, Walter Hinse 149
 Pagès, Georges 212
 Palacký, František 16, 20, 86–89
 Palacký, Jan 87
 Pascal, Blaise 49
 Pavelić, Ante 137
 Pekař, Josef 86
 Peter I., der Große, russischer Zar 189
 Peter III., russischer Zar 189
 Pfizer, Paul 3
 Philipp II. August, König von Frankreich 211
 Pilsudski, Josef Klemens 76 f., 79 f.
 Pius IX., Papst 111
 Polzer-Hoditz, Arthur 22
 Pourtalès, Graf Friedrich von 33 f.
 Prus, Boleslaw 74

 Quinet, Edgar 205

 Rabelais, François 49
 Radek, Karl 195 f.
 Radoslavov, Vasil 130
 Ranke, Leopold von 127, 206, 208
 Recker, Marie-Luise 174
 Redlich, Alexander 95
 Redlich, Joseph 22
 Renan, Ernest 4, 205
 Renner, Karl 23
 Reuter, Ernst 195
 Ribbentrop, Joachim von 103
 Riddell, George Allardice, Baron, of Walton Heath 173
 Rieger, František Ladislav 89
 Ritter, Gerhard 24
 Robilant, Carlo Felice Nicolis Graf 114, 117
 Rocco, Alfredo 117
 Rochau, August Ludwig von 221
 Roon, Albrecht Theodor Emil von 220
 Roosevelt, Franklin Delano 155–158
 Roosevelt, Theodore 156
 Rosenberg, Alfred 59
 Roth, Arnold 7
 Rothermere, Harold Sidney Harmsworth, 1st Viscount 167
 Rousseau, Jean-Jacques 49
 Rudolf, österr.-ungar. Thronfolger 21

- Saenger, Samuel 97
 Sartre, Jean-Paul 64
 Sasonow, Sergei Dmitrijewitsch 188
 Savigny, Friedrich Carl von 127
 Schacht, Hjalmar 133, 210
 Schäffle, Albert 19
 Schiller, Friedrich von 185, 200
 Schirren, Carl 73
 Schlegel, August Wilhelm von 29
 Schlesinger, Arthur Meier 156
 Schlözer, Kurd von 144
 Schmerling, Anton von 16
 Schnabel, Franz 24
 Schönerer, Georg von 20 f.
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der 200
 Schuler, Alfred 58
 Schumacher, Kurt 65
 Schumpeter, Joseph 22
 Schurman, Jacob Gould 154
 Schuschnigg, Kurt von 23 f.
 Schwarz, Angela 168
 Schwarzenberg, Felix Fürst zu 16 f.
 Seckendorff, Edwin Freiherr von 90
 Seeckt, Hans von 134
 Segerstedt, Torgny 62
 Segesser, Philipp Anton von 4
 Seipel, Ignaz 23
 Seyß-Inquart, Arthur 23, 46
 Sienkiewicz, Henrik 74
 Skerlić, Jovan 127
 Šmeral, Bohumír 94
 Smodlaka, Josip 132
 Sonnino, Sidney Baron 114, 117
 Sophie von Württemberg 31, 33
 Sorel, Albert 208, 210
 Spengler, Oswald 58
 Spitteler, Carl 8
 Sribik, Heinrich Ritter von 10, 24
 Stahl, Friedrich Julius 31
 Stalin (d.i. Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili) 201 f., 216
 Stambolijski, Alexander 127 ff.
 Stegemann, Hermann 6
 Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum 225
 Stimson, Henry Lewis 158
 Stinnes, Hugo 223
 Stojadinović, Milan 135
 Stokes, Richard 159 f.
 Stresemann, Gustav 42, 77, 98 f., 130, 153 f., 197, 217
 Studnicki, Wladyslaw 79
 Sudermann, Hermann 60
 Suvich, Fulvio 118
 Švehla, Antonín 100
 Sybel, Heinrich von 206, 210
 Szarota, Tomasz 81
 Taaffe, Eduard Graf von 20
 Tacitus, Publius Cornelius 211
 Taillandier, Saint-René 208 f.
 Taylor, Alan John Percivale 160
 Teltschik, Horst 141
 Thatcher, Margaret 141
 Tingsten, Herbert 62, 66
 Tiso, Josef 105
 Tjutttschew, Fjodor Iwanowitsch 185
 Togliatti, Palmiro 117
 Treitschke, Heinrich von 3, 31 f., 62, 189
 Turgenjew, Iwan Sergejewitsch 184
 Tusar, Vlastimil 97
 Urner, Klaus 6 f.
 Vajanský, Svezozár Hurban 91
 Vajda-Voevod, Alexandru 23
 Valjavec, Fritz 132
 Vansittart, Sir Robert Gilbert 175 f.
 Venizelos, Eleptherios K. 136
 Vermeil, Edmond 214 f.
 Veth, Pieter Johannes 30
 Viktor Emanuel II., König von Italien 109, 111
 Viktor Emanuel III., König von Italien, Kaiser von Äthiopien 119
 Viktoria, Königin von Großbritannien und Irland 161, 169
 Visconti-Venosta, Emilio 110, 114
 Vočadlo, Otakar 99
 Voltaire [eigentl. François Marie Arouet] 49, 207
 Vreede, Albert Cornelis 32
 Wagner, Richard 200, 222
 Wallwitz, Nikolaus Graf von 37
 Washington, George 144
 Watt, Donald Cameron 168
 Weber, Wolfram 44
 Wedekind, Frank 6
 Welles, Sumner 104
 Werder, Bernhard von 183 f.
 Widmann, Joseph Viktor 8
 Wieland, Christoph Martin 181
 Wilhelm I., Deutscher Kaiser 4, 17, 52, 113, 125, 144 f., 183, 220
 Wilhelm II., Deutscher Kaiser 7 f., 33, 37 f., 40 f., 53, 90, 147, 151, 170 ff., 190, 211, 225

- Wilhelm III., König der Niederlande, Groß-
herzog von Luxemburg 31, 33
Wilhelmina, Königin der Niederlande 33
Wille, François 3
Willequet, Jacques 40
Williams, Ernest E. 164
Wilson, Thomas Woodrow 76, 148-152, 156,
158, 225
Wojciechowski, Zygmunt 78, 82
Wolf, Felix 195
Wolf, Julius 97
Zeller, Gaston 212 ff.
Zetkin, Klara 7
Zimmermann, Arthur 150
Zürrer, Werner 129

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 1 *Heinrich Lutz* (Hrsg.): Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V., 1982, XII, 288 S. ISBN 3-486-51371-0
- 2 *Otto Pflanze* (Hrsg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, 1983, XII, 304 S. ISBN 3-486-51481-4
- 3 *Hans Conrad Peyer* (Hrsg.): Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter, 1983, XIV, 275 S. ISBN 3-486-51661-2
- 4 *Eberhard Weis* (Hrsg.): Reformen im rheinbündischen Deutschland, 1984, XVI, 310 S. ISBN 3-486-51671-X
- 5 *Heinz Angermeier* (Hrsg.): Säkulare Aspekte der Reformationszeit, 1983, XII, 278 S. ISBN 3-486-51841-0
- 6 *Gerald D. Feldman* (Hrsg.): Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, 1985, XII, 407 S. *vergriffen*
- 7 *Jürgen Kocka* (Hrsg.): Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, 1986, XVI, 342 S. *vergriffen*
- 8 *Konrad Reppen* (Hrsg.): Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven, 1988, XII, 454 S. ISBN 3-486-53761-X
- 9 *Antoni Maczak* (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, X, 386 S. ISBN 3-486-54021-1
- 10 *Eberhard Kolb* (Hrsg.): Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch, 1987, XII, 220 S. ISBN 3-486-54121-8
- 11 *Helmut Georg Koenigsberger* (Hrsg.): Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, XII, 323 S. ISBN 3-486-54341-5
- 12 *Winfried Schulze* (Hrsg.): Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, 1988, X, 416 S. ISBN 3-486-54351-2
- 13 *Johanne Autenrieth* (Hrsg.): Renaissance- und Humanistenhandschriften, 1988, XII, 214 S. mit Abbildungen. ISBN 3-486-54511-6
- 14 *Ernst Schulin* (Hrsg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), 1989, XI, 303 S. ISBN 3-486-54831-X
- 15 *Wilfried Barner* (Hrsg.): Tradition, Norm, Innovation. Soziales und literarisches Traditionsverhalten in der Frühzeit der deutschen Aufklärung, 1989, XXV, 370 S. ISBN 3-486-54771-2
- 16 *Hartmut Boockmann* (Hrsg.): Die Anfänge der ständischen Vertretungen in Preußen und seinen Nachbarländern, 1992, X, 264 S. ISBN 3-486-55840-4
- 17 *John C. G. Röhl* (Hrsg.): Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, 1991, XIII, 366 S. ISBN 3-486-55841-2
- 18 *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, 1990, XXI, 461 S. ISBN 3-486-55641-X

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 19 *Roger Dufraisse* (Hrsg.): Revolution und Gegenrevolution 1789–1830. Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland, 1991, XVIII, 274 S. ISBN 3-486-55844-7
- 20 *Klaus Schreiner* (Hrsg.): Laienfrömmigkeit im späten Mittelalter. Formen, Funktionen, politisch-soziale Zusammenhänge, 1992, XII, 411 S. ISBN 3-486-55902-8
- 21 *Jürgen Miethke* (Hrsg.): Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert, 1992, IX, 301 S. ISBN 3-486-55898-6
- 22 *Dieter Simon* (Hrsg.): Eherecht und Familiengut in Antike und Mittelalter, 1992, IX, 168 S. ISBN 3-486-55885-4
- 23 *Volker Press* (Hrsg.): Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit? (mit Beiträgen von H. Carl, H. Duchhardt, G. Haug-Moritz, A. Gotthard, H. Langer, M. Lanzinner, P. Moraw, M. Mout, J. Panek, A. Schindling, G. Schmidt, P. Stadler, D. Stievermann, G. Vogler) 1995, XII, 254 S. ISBN 3-486-56035-2
- 24 *Kurt Raaflaub* (Hrsg.): Anfänge politischen Denkens in der Antike. Griechenland und die nahöstlichen Kulturen (mit Beiträgen von J. Assmann, M. Bernal, H. Cancik, F. Crüsemann, W. Eder, V. Fadinger, F. Gschnitzer, V. Haas, S. Humphreys, P. Machinist, H. Matthäus, W. Nicolai, W. Röllig, H. Sancisi-Weerdenburg, K. Seybold/J. v. Ungern-Sternberg, P. Spahn, C. Wilcke) 1993, XXIV, 454 S. ISBN 3-486-55993-1
- 25 *Shulamit Volkov* (Hrsg.): Deutsche Juden und die Moderne (mit Beiträgen von A. Barkai, H.-P. Bayerdörfer, U. Frevert, A. Funkenstein, A. Herzog, M. A. Kaplan, R. Katz, G. Schramm, D. Sorkin, S. Volkov, A. S. Zuckerman) 1994, XXIV, 170 S. ISBN 3-486-56029-8
- 26 *Heinrich A. Winkler* (Hrsg.): Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, 1992, XIII, 296 S. ISBN 3-486-55943-5
- 27 *Johannes Fried* (Hrsg.): Dialektik und Rhetorik im früheren und hohen Mittelalter. Rezeption, Überlieferung und gesellschaftliche Wirkung antiker Gelehrsamkeit vornehmlich im 9. und 12. Jahrhundert (in Vorbereitung)
- 28 *Paolo Prodi* (Hrsg.): Glaube und Eid. Treueformeln, Glaubensbekenntnisse und Sozialisziplinierung zwischen Mittelalter und Neuzeit (mit Beiträgen von H.-J. Becker, A. Black, G. Dilcher, M. Heckel, R. M. Kingdon, H. G. Koenigsberger, H. Maier, J. Miethke, P. Prodi, A. Prosperi, D. Quagliioni, M. Schaab, P. Schiera, H. Schilling, D. Willoweit), 1993, XXX, 246 S. ISBN 3-486-55994-X
- 29 *Ludwig Schmugge* (Hrsg.): Illegitimität im Spätmittelalter (mit Beiträgen von K. Borchardt, N. Bulst, F. R. Aznar Gil, M. Haren, C. Hesse, H.-J. Hoffmann-Nowotny, P. Landau, F. Rapp, K. Schreiner, C. Schuchard, K. Schulz, B. Schwarz, M. M. Sheehan, F. Tamburini, G. Wieland, D. Willoweit) 1994, X, 314 S. ISBN 3-486-56069-1
- 30 *Bernhard Kölver* (Hrsg.): Recht, Staat und Verwaltung im klassischen Indien (in Vorbereitung)

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 31 *Elisabeth Fehrenbach* (Hrsg.): Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848 (mit Beiträgen von H. Berghoff, H. Brandt, L. Gall, E. Kell, D. Langewiesche, H. Möller, S. Paletschek, T. Pierenkemper, H. Reif, W. Siemann, E. Treichel, H.-P. Ullmann, B. Wunder) 1994, XVI, 251 S. ISBN 3-486-56027-1
- 32 *Robert E. Lerner* (Hrsg.): Neue Richtungen in der hoch- und spätmittelalterlichen Biblexegese (mit Beiträgen von R. Berndt, D. Burr, G. Dahan, J. Van Engen, R. E. Lerner, D. Luscombe, Chr. Meier, A. J. Minnis, G. L. Potestà, S. Schmolinsky, L. Smith) 1996, ca. 200 S. ISBN 3-486-56083-2
- 33 *Klaus Hildebrand* (Hrsg.): Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945) (mit Beiträgen von P. Alter, W. Altgeld, H. Altrichter, J. Bariéty, K. Hildebrand, E. Hösch, H. James, D. Junker, J. Korfalka, H. Lemberg, K. Pabst, H. Rumpler, N. Runeby, P. Stadler) 1995, X, 232 S. ISBN 3-486-56084-0
- 34 *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.): Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg (mit Beiträgen von Th. Anz, H. Börsch-Supan, Chr. Cornelißen, W. Gephart, G. Häntzschel, G. Hübinger, H. Joas, E. Koester, G. Krumeich, F. Lenger, Chr. Lenz, St. Meineke, W. J. Mommsen, P. Paret, D. Schubert, A. Schumann, J. Segal, P. Watier) 1995, X, 280 S. ISBN 3-486-56085-9
- 35 *Peter Krüger* (Hrsg.): Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit (in Vorbereitung)
- 36 *Peter Blickle* (Hrsg.): Theorien kommunaler Ordnung in Europa (in Vorbereitung)
- 37 *Hans Eberhard Mayer* (Hrsg.): Die Kreuzfahrerstaaten als multikulturelle Gesellschaft. Die Rolle der Einwanderer in Kirche, Staat, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur (in Vorbereitung)
- 38 *Manlio Bellomo* (Hrsg.): Die Kunst der Disputation in der europäischen Rechtsgeschichte (13.–14. Jahrhundert) (in Vorbereitung)
- 39 *František Šmahel* (Hrsg.): Häresie und vorzeitige Reformation im Spätmittelalter (in Vorbereitung)
- 40 *Alfred Haverkamp* (Hrsg.): Formen der Information, Kommunikation. Selbstdarstellung in den mittelalterlichen Gemeinden Deutschlands und Italiens

Sonderpublikation

Horst Fuhrmann (Hrsg.): Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs. Reden und wissenschaftliche Beiträge zur Eröffnung, 1989, XII, 232 S. ISBN 3-486-55611-8

Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 1 *Heinrich Lutz*: Die deutsche Nation zu Beginn der Neuzeit. Fragen nach dem Gelingen und Scheitern deutscher Einheit im 16. Jahrhundert, 1982, IV, 31 S. *vergriffen*
- 2 *Otto Pflanze*: Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, 1982, IV, 39 S. *vergriffen*
- 3 *Hans Conrad Peyer*: Gastfreundschaft und kommerzielle Gastlichkeit im Mittelalter, 1983, IV, 24 S. *vergriffen*
- 4 *Eberhard Weis*: Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire (1799–1815), 1984, 41 S. *vergriffen*
- 5 *Heinz Angermeier*: Reichsreform und Reformation, 1983, IV, 76 S. *vergriffen*
- 6 *Gerald D. Feldman*: Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, 1984, IV, 41 S.
- 7 *Erich Angermann*: Abraham Lincoln und die Erneuerung der nationalen Identität der Vereinigten Staaten von Amerika, 1984, IV, 33 S.
- 8 *Jürgen Kocka*: Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 1987, 48 S.
- 9 *Konrad Repgen*: Kriegslegitimationen in Alteuropa. Entwurf einer historischen Typologie, 1985, 27 S. *vergriffen*
- 10 *Antoni Mączak*: Der Staat als Unternehmen. Adel und Amtsträger in Polen und Europa in der Frühen Neuzeit, 1989, 32 S.
- 11 *Eberhard Kolb*: Der schwierige Weg zum Frieden. Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71, 1985, 33 S. *vergriffen*
- 12 *Helmut Georg Koenigsberger*: Fürst und Generalstände. Maximilian I. in den Niederlanden (1477–1493), 1987, 27 S.
- 13 *Winfried Schulze*: Vom Gemeinnutz zum Eigennutz. Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, 1987, 40 S. *vergriffen*
- 14 *Johanne Autenrieth*: „Litterae Virgilianae“. Vom Fortleben einer römischen Schrift, 1988, 51 S.
- 15 *Tilemann Grimm*: Blickpunkte auf Südostasien. Historische und kulturalanthropologische Fragen zur Politik, 1988, 37 S.
- 16 *Ernst Schulin*: Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und Umriss einer Geschichte der Historie, 1988, 34 S.
- 17 *Hartmut Boockmann*: Geschäfte und Geschäftigkeit auf dem Reichstag im späten Mittelalter, 1988, 33 S. *vergriffen*
- 18 *Wilfried Barner*: Literaturwissenschaft – eine Geschichtswissenschaft? 1990, 42 S.

Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 19 *John C. G. Röhl*: Kaiser Wilhelm II. Eine Studie über Cäsarenwahnsinn, 1989, 36 S. *vergriffen*
- 20 *Klaus Schreiner*: Mönchsein in der Adelsgesellschaft des hohen und späten Mittelalters. Klösterliche Gemeinschaftsbildung zwischen spiritueller Selbstbehauptung und sozialer Anpassung, 1989, 68 S.
- 21 *Roger Dufraisse*: Die Deutschen und Napoleon im 20. Jahrhundert, 1991, 43 S.
- 22 *Gerhard A. Ritter*: Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, 1989, 72 S.
- 23 *Jürgen Miethke*: Die mittelalterlichen Universitäten und das gesprochene Wort, 1990, 48 S.
- 24 *Dieter Simon*: Lob des Eunuchen, 1994, 27 S.
- 25 *Thomas Vogtherr*: Der König und der Heilige. Heinrich IV., der heilige Remaklus und die Mönche des Doppelklosters Stablo-Malmedy, 1990, 29 S.
- 26 *Johannes Schilling*: Gewesene Mönche. Lebensgeschichten in der Reformation, 1990, 36 S.
- 27 *Kurt Raaflaub*: Politisches Denken und Krise der Polis. Athen im Verfassungskonflikt des späten 5. Jahrhunderts v. Chr., 1992, 63 S.
- 28 *Volker Press*: Altes Reich und Deutscher Bund. Kontinuität in der Diskontinuität, 1995, 31 S.
- 29 *Shulamit Volkov*: Die Erfindung einer Tradition. Zur Entstehung des modernen Judentums in Deutschland, 1992, 30 S.
- 30 *Franz Bauer*: Gehalt und Gestalt in der Monumentalsymbolik. Zur Ikonologie des Nationalstaats in Deutschland und Italien 1860–1914, 1992, 39 S.
- 31 *Heinrich A. Winkler*: Mußte Weimar scheitern? Das Ende der ersten Republik und die Kontinuität der deutschen Geschichte, 1991, 32 S.
- 32 *Johannes Fried*: Kunst und Kommerz. Über das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft im Mittelalter vornehmlich am Beispiel der Kaufleute und Handelsmessen, 1992, 40 S.
- 33 *Paolo Prodi*: Der Eid in der europäischen Verfassungsgeschichte, 1992, 35 S.
- 34 *Jean-Marie Moeglin*: Dynastisches Bewußtsein und Geschichtsschreibung. Zum Selbstverständnis der Wittelsbacher, Habsburger und Hohenzollern im Spätmittelalter, 1993, 47 S.

Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 35 *Bernhard Kölver*: Ritual und historischer Raum. Zum indischen Geschichtsverständnis, 1993, 65 S.
- 36 *Elisabeth Fehrenbach*: Adel und Bürgertum im deutschen Vormärz, 1994, 31 S.
- 37 *Ludwig Schmugge*: Schleichwege zu Pfründe und Altar. Päpstliche Dispense vom Geburtsmangel 1449–1533, 1994, 35 S.
- 38 *Hans-Werner Hahn*: Zwischen Fortschritt und Krisen. Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts als Durchbruchphase der deutschen Industrialisierung, 1995, 47 S.
- 39 *Robert E. Lerner*: Himmelsvision oder Sinnendelirium? Franziskaner und Professoren als Traumdeuter im Paris des 13. Jahrhunderts, 1995, 35 S.
- 40 *Andreas Schulz*: Weltbürger oder Geldaristokraten. Hanseatisches Bürgertum im 19. Jahrhundert, 1995, 38 S.
- 41 *Wolfgang J. Mommsen*: Die Herausforderung der bürgerlichen Kultur durch die künstlerische Avantgarde. Zum Verhältnis von Kultur und Politik im Wilhelminischen Deutschland, 1994, 30 S.
- 42 *Klaus Hildebrand*: Reich – Großmacht – Nation. Betrachtungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945, 1995, 25 S.
- 43 *Hans Eberhard Mayer*: Herrschaft und Verwaltung im Kreuzfahrerkönigreich Jerusalem (in Vorbereitung)
- 44 *Peter Blickle*: Reformation und kommunaler Geist. Die Antwort der Theologen auf den Wandel der Verfassung im Spätmittelalter (in Vorbereitung)
- 45 *Peter Krüger*: Wege und Widersprüche der europäischen Integration im 20. Jahrhundert, 1995, 39 S.
- 46 *Werner Greiling*: „Intelligenzblätter“ und gesellschaftlicher Wandel in Thüringen. Anzeigenwesen, Nachrichtenvermittlung, Rasonnement und Sozialdisziplinierung, 1995, 38 S.
- 47 *Manlio Bellomo*: Geschichte eines Mannes: Bartolus von Sassoferrato und die Anfänge der modernen europäischen Jurisprudenz (in Vorbereitung)
- 48 *František Šmahel*: Das verlorene Ideal der Stadt in der böhmischen Reformation (in Vorbereitung)
- 49 *Alfred Haverkamp*: „... an die große Glocke hängen“. Über Öffentlichkeit im Mittelalter (in Vorbereitung)
- 50 *Hans-Christof Kraus*: Montesquieu, Blackstone, De Lolme und die englische Verfassung des 18. Jahrhunderts

Schriften des Historischen Kollegs: Dokumentationen

- 1 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Erste Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1984, VI, 70 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 2 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Horst Fuhrmann, Das Interesse am Mittelalter in heutiger Zeit. Beobachtungen und Vermutungen – Lothar Gall, Theodor Schieder 1908 bis 1984, 1987, 65 S. *vergriffen*
- 3 Leopold von Ranke: Vorträge anlässlich seines 100. Todestages. Gedenkfeier der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 12. Mai 1986, 1987, 44 S.
- 4 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Zweite Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1987, 98 S., mit Abbildungen
- 5 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Thomas Nipperdey, Religion und Gesellschaft: Deutschland um 1900, 1988, 29 S. *vergriffen*
- 6 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Christian Meier, Die Rolle des Krieges im klassischen Athen, 1991, 55 S.
- 7 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Dritte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1991, 122 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 8 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Historisches Kolleg 1980–1990. Vorträge anlässlich des zehnjährigen Bestehens und zum Gedenken an Alfred Herrhausen, 1991, 63 S.
- 9 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Karl Leyser, Am Vorabend der ersten europäischen Revolution. Das 11. Jahrhundert als Aufbruchzeit, 1994, 32 S.
- 10 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Vierte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1993, 98 S., mit Abbildungen
- 11 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Rudolf Smend, Mose als geschichtliche Gestalt, 1995, 23 S.

Die Vorträge und Dokumentationen erscheinen nicht im Buchhandel; sie können über die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs (Kaulbachstraße 15, 80539 München) bezogen werden.